Großherzogtum Baden.

Staatsvoranschlag

für die Jahre

1906 und 1907.

Class _____

Book _____

OFFICIAL DONATION.

THE UNIVERSITY

OF ILLINOIS

LIBRARY

336.4346
B14s

1906-07.

Digitized by the Internet Archive
in 2015

https://archive.org/details/staatsvoranschla1906bade

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

Großherzogtum Baden.

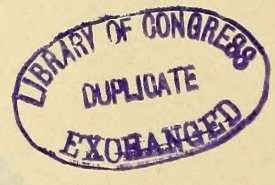
Staatsvoranschlag

für die Jahre

1906 und 1907.

Dupl '08
M.L.M.

D. OF D.
SEP 2 1908



336.4346
B145
1906-07

Inhalts-Verzeichnis.

		Haupt-abteilung	Seite
A.	**Vortrag des Präsidenten des Finanzministeriums bei Vorlage des Budgets für 1906 und 1907.**		
B.	**Gesetzentwurf, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1906 und 1907 betreffend, samt Begründung und Beilagen.**		
C.	**Spezial-Budgets der allgemeinen Staatsverwaltung:**		
I. Hauptabteilung.	**Staatsministerium**	I.	
	a. Ausgabe.		
Titel	I. Großherzogliches Haus	„	2
„	II. Landstände	„	2
„	III. Staatsministerium	„	4
„	IV. Matrikularbeitrag zur Reichskasse	„	4
„	V. Anteil der Eisenbahnschuldentilgungskasse an den Überschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung	„	4
„	VI. Aversen für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile	„	6
„	VII. Verschiedene und zufällige Ausgaben	„	6
	b. Einnahme.		
Titel	I. Überweisungen aus der Reichskasse	„	6
II. Hauptabteilung.	**Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten**	II.	
	Ausgabe.		
Titel	I. Ministerium	„	2
„	II. Geheimes Kabinett	„	4
„	III Gesandtschaft in Berlin	„	6
„	IV. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	„	8
„	V. Verschiedene und zufällige Ausgaben	„	8
Anlage	1. Zusammenstellung der Stellenzahl für etatmäßige Beamte	„	12
III. Hauptabteilung.	**Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts**	III.	
	a. Ausgabe.		
Titel	I. Ministerium	„	2
„	II. Oberlandesgericht	„	4
„	III. Landgerichte	„	8
„	IV. Staatsanwaltschaft	„	10
„	V. Amtsgerichte	„	14
„	VI. Notariats- und Grundbuchwesen	„	20
„	VII. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege	„	22
„	VIII. Strafanstalten	„	28
„	IX. Kultus	„	36
„	X. Unterrichtswesen	„	40
„	XI. Wissenschaften und Künste	„	84
„	XII. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	„	94
„	XIII. Verschiedene und zufällige Ausgaben	„	96

260212

			Hauptabteilung	Seite
		b. Einnahme		
Titel	I.	Justizverwaltung	III.	97
„	II.	Strafanstalten	„	98
„	III.	Unterrichtswesen	„	100
Anlage	1.	Voranschlag über den Aufwand für den Katholischen Oberstiftungsrat	„	102
„	2.	Voranschlag über den Aufwand für den Evangelischen Oberkirchenrat in seiner Eigenschaft als Evangelischer Oberstiftungsrat	„	108
„	3/10.	Voranschlagsberechnungen nebst Erläuterungen zum Budget der Hochschulen	„	112
„	11	Zusammenstellung der Stellenzahl für etatmäßige Beamte	„	137
IV. Hauptabteilung.		**Ministerium des Innern**	IV.	
		a. Ausgabe.		
Titel	I.	Ministerium	„	2
„	II.	Landeskommissäre	„	8
„	III.	Verwaltungsgerichtshof	„	10
„	IV.	Verwaltungshof	„	14
„	V.	Generallandesarchiv	„	16
„	VI.	Obereichungsamt	„	18
„	VII.	Rheinschiffahrtsbehörden	„	20
„	VIII.	Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze	„	20
„	IX.	Bezirksverwaltung und Polizei	„	26
„	X.	Allgemeine Sicherheitspolizei	„	44
„	XI.	Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten	„	48
„	XII.	Heil- und Pflegeanstalten	„	58
„	XIII.	Besserungs- und Erziehungsanstalten	„	66
„	XIV.	Für Bearbeitung der Landesstatistik	„	70
„	XV.	Für Förderung der Gewerbe und für das gewerbliche Unterrichtswesen	„	74
„	XVI.	Für Förderung der Landwirtschaft	„	108
„	XVII.	Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	„	120
„	XVIII.	Verwaltung des Bergwesens	„	150
„	XIX.	Für die geologische Landesaufnahme	„	150
„	XX.	Unterstützungs- und Belohnungsfonds	„	152
„	XXI.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	„	152
		b. Einnahme.		
Titel	1.	Bezirksverwaltung und Polizei	„	156
„	II.	Allgemeine Sicherheitspolizei	„	156
„	III.	Heil- und Pflegeanstalten	„	158
„	IV.	Besserungs- und Erziehungsanstalten	„	158
„	V.	Landesstatistik	„	158
„	VI.	Gewerbe	„	160
„	VII.	Landwirtschaft	„	160
„	VIII.	Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	„	162
„	IX.	Geologische Landesaufnahme	„	166
Anlage	1.	Verzeichnis der Beamten, deren Diensteinkommen nicht aus der Staatskasse fließt	„	168
„	2.	Voranschlag der Badanstaltenverwaltung	„	169
„	3.	Zusammenstellung der Stellenzahl für etatmäßige Beamte	„	178
V. Hauptabteilung.		**Finanzministerium**	V.	
		a. Ausgabe.		
Titel	I.	Ministerium	„	2
„	II.	Landeshauptkasse	„	6
„	III.	Hochbauwesen	„	8
„	IV.	Forst- und Domänenverwaltung	„	12
„	V.	Salinenverwaltung	„	38

			Hauptabteilung	Seite
Titel	VI.	Steuerverwaltung	V.	48
„	VII.	Zollverwaltung	„	68
„	VIII.	Münzverwaltung	„	90
„	IX.	Allgemeine Kassenverwaltung	„	92
„	X.	Schuldentilgung	„	94
„	XI.	Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben	„	94
„	XII.	Allgemeiner Fonds der Großherzoglichen Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art	„	98
„	XIII.	Unterstützungs- und Belohnungsfonds	„	98
„	XIV.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	„	100
		b. Einnahme.		
Titel	I.	Forst- und Domänenverwaltung	„	104
„	II.	Salinenverwaltung	„	110
„	III.	Steuerverwaltung	„	110
„	IV.	Zollverwaltung	„	114
„	V.	Münzverwaltung	„	116
„	VI.	Allgemeine Kassenverwaltung	„	118
Anlage	1.	Übersicht der übertragbaren Stellen im Bereich der Finanzverwaltung (Gemeinschaftsetat)	„	122
„	2.	Voranschlag der Amortisationskasse	„	124
„	3.	Voranschlag der Beamtenwitwenkasse	„	128
„	4.	Zusammenstellung der Stellenzahl für etatmäßige Beamte	„	134
VI. Hauptabteilung.		**Oberrechnungskammer**	VI.	
		a. Ausgabe	„	2
		b. Einnahme	„	4

D. **Spezial-Budgets der ausgeschiedenen Verwaltungszweige.**

VII. Hauptabteilung.		**Verkehrsanstalten**	VII.	
	1.	Eisenbahnbetriebsverwaltung	„	1
	2.	Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung	„	36
	3.	Anteil Badens an den Reineinnahmen der Main-Neckar-Eisenbahn	„	42
VIII. Hauptabteilung.		**Eisenbahnbau**	VIII.	
IX. Hauptabteilung.		**Eisenbahnschuldentilgungskasse**	IX.	

Vortrag

des Präsidenten des Finanzministeriums

bei

Vorlage des Staatsvoranschlags für die Jahre 1906 und 1907.

Im Allerhöchsten Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs habe ich die Ehre, Ihnen den Staatsvoranschlag für die Jahre 1906 und 1907 zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen.

Staatshaushaltsergebnisse der letzten Jahre.

Bestehender Übung gemäß sei es mir gestattet, bevor ich auf eine nähere Darlegung des Staatsvoranschlags für die kommende Budgetperiode eingehe, einige Bemerkungen über die Ergebnisse des Staatshaushalts der letzten Jahre vorauszuschicken.

Mit der zweiten Hälfte des Jahres 1900 begann die wirtschaftliche Hochkonjunktur, die 1896 eingesetzt und 1900 ihren Höhepunkt erreicht hatte, einer rückläufigen Bewegung Platz zu machen. In der Budgetperiode 1900/01 blieb zwar nach den Rechnungsergebnissen des ordentlichen Budgets das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben noch aufrecht erhalten, aber zur Bestreitung des außerordentlichen Etats in der ungewöhnlichen Höhe von 14,2 Millionen Mark reichten die Überschüsse des ordentlichen Etats mit 10,6 Millionen Mark nicht aus, und es mußte der Fehlbetrag mit 3,6 Millionen Mark den im Betriebsfonds angesammelten Überschüssen früherer Jahre entnommen werden.

Mit wesentlich geringeren Überschüssen schloß die Rechnungsperiode 1902/03 ab. Zwar wurde der budgetmäßige Fehlbetrag des ordentlichen Etats im Betrage von 1,6 Millionen Mark durch die rechnungsmäßigen Überschüsse nicht nur völlig ausgeglichen, sondern es konnte auch aus den letzteren noch die Summe von 4,3 Millionen Mark zur Deckung des außerordentlichen Etats von 11,4 Millionen Mark verwendet werden. Es blieb aber von dem außerordentlichen Aufwand der ungewöhnlich hohe Betrag von 7,1 Millionen Mark ungedeckt, um den infolgedessen der schon in der vorigen Budgetperiode um 3,6 Millionen Mark verminderte Betriebsfonds weiter geschwächt wurde. Er sank von 21,7 Millionen Mark im Jahr 1899, seinem höchsten Stand in den letzten zehn Jahren, auf 18 Millionen Mark am Ende der Budgetperiode 1900/01 und auf 11 Millionen Mark am Schluß der Budgetperiode 1902/03, und wenn er nicht, wie im Vortrag des Finanzministers zum Budget 1904/05 angenommen wurde, bis auf den eisernen Bestand von 9,5 Millionen Mark zur Einzehrung gelangte, so findet dies seine Erklärung hauptsächlich darin, daß zur Deckung des außerordentlichen Aufwands auch die von der Amortisationskasse erwirtschafteten Zinsen mit 2,450 Millionen Mark herangezogen wurden.

Das Jahr 1903 bezeichnet den Tiefstand unserer finanziellen Verhältnisse, läßt aber zugleich die Anzeichen einer sich anbahnenden Besserung deutlich erkennen. Die ungünstige Finanzlage fand in der geringen Höhe der rechnungsmäßigen Überschüsse des ordentlichen Etats ihren Ausdruck. Waren sie schon im Jahr 1902 auf den niedrigen Betrag von 2,7 Millionen Mark herabgesunken, so erfuhren sie 1903 noch eine weitere Abnahme auf 1,6 Millionen Mark. Die direkten Staatssteuern, deren Wachstum

schon seit dem Jahr 1900 einen von Jahr zu Jahr sich steigernden Rückgang zeigte, lieferten 1903 ein das Erträgnis des Vorjahres nur um 250 000 Mark übersteigendes Ergebnis, während das Mehrerträgnis im Jahr 1902 noch 600 000 Mark, 1901 850 000 Mark und 1900 sogar 1,1 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr betragen hatte.

Trotzdem war 1903 der Beginn einer Besserung der allgemeinen Erwerbsverhältnisse nicht zu verkennen. Wenn sie sich auch der Natur der Sache nach bei den direkten Steuern nicht sofort bemerklich machen konnte, so trat sie, wenn auch in sehr bescheidenem Umfang, bei den indirekten Steuern und in etwas stärkerem Maß bei der Verwaltung der Staatseisenbahnen zutage, auf die ich später noch näher einzugehen haben werde. Die indirekten Steuern, deren Erträgnis in den Jahren 1900/02 um 1,1 Millionen Mark gegenüber dem des Jahres 1899 zurückgegangen war, zeigten erstmals im Jahr 1903 wieder eine, wenn auch unbedeutende Steigerung von 160 000 Mark gegenüber dem Vorjahr.

Die geringen rechnungsmäßigen Überschüsse des ordentlichen Etats des Jahres 1903 reichten zur Deckung des außerordentlichen Aufwands mit 4,6 Millionen Mark entfernt nicht aus. Der am 1. Januar 1903 ohnehin stark geschwächte und auf den Betrag von 14 Millionen Mark herabgeminderte Betriebsfonds erfuhr eine weitere Einzehrung von 3 Millionen Mark, so daß er auf 1. Januar 1904 nur noch 11 Millionen Mark betrug, den unangreifbaren Bestand von 9,5 Millionen Mark also nur noch um 1,5 Millionen Mark überstieg.

Rechnungsabschluß von 1904.

Der Abschluß der Staatsrechnung von 1904 bietet, wenn man lediglich auf die Abschlußziffern sieht, ein anscheinend äußerst günstiges Bild. Der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben beträgt

im ordentlichen Etat nach der Rechnung . . . . . 9,2 Millionen Mark.

Nach dem Budget war ein Einnahmeüberschuß nur vorgesehen in der Höhe von 1,3 „ „

Die Rechnung schloß also gegenüber dem Budget günstiger ab um . . . 7,9 Millionen Mark.

Dieser hohe Einnahmeüberschuß bedarf aber einer näheren Erläuterung. Er rührt zum weitaus größten Teil (nahezu 5 Millionen Mark) von einem besseren Abrechnungsergebnis mit dem Reich her, in dem aber nicht eine effektive Erleichterung unserer finanziellen Beziehungen zum Reich um diesen Betrag ihren Ausdruck findet, das vielmehr in erster Linie auf die mit den Änderungen im Finanzwesen des Reichs infolge des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1904 zusammenhängende Überleitung der früheren auf die jetzigen Abrechnungsverhältnisse mit dem Reich zurückzuführen ist, wobei sich eine einmalige, künftig nicht wiederkehrende Mehreinnahme an Überweisungssteuern von etwa 3,2 Millionen Mark vorwiegend deshalb ergab, weil uns im Übergangsjahr 1904 an Überweisungen zwei hohe Vierteljahrsraten nach dem früheren System zu gut kamen, während dem gleichen System entsprechende hohe Matrikularbeiträge nur für 3 Monate zu verrechnen waren. Dazu kam ein weiterer einmaliger Betrag von etwa 1,5 Millionen Mark dadurch, daß im Rechnungsjahr 1904 die Buchung der Überweisungssteuern bei der Landeshauptkasse in die wünschenswerte zeitliche Übereinstimmung gebracht wurde mit dem Verfahren bei der Buchung der Matrikularbeiträge. Während nämlich die Matrikularbeiträge von jeher in Monatsraten zahlbar sind, und in der Jahresrechnung die dem Kalenderjahr entsprechenden 12 Monatsbetreffnisse erscheinen, werden die nach Kalendervierteljahren festgestellten Überweisungen erst um die Mitte des nächstfolgenden Vierteljahrs fällig, infolgedessen die Mitte Februar eingehende Überweisungsquote vom 4. Kalendervierteljahr des vorhergegangenen Jahres bisher jeweils erst in der Rechnung des nächstfolgenden (neuen) Jahres Aufnahme gefunden hat. Dies ist nunmehr erstmals in der Staatsrechnung von 1904 dahin geändert worden, daß die Überweisungen vom 4. Kalendervierteljahr noch in das Soll der alten Rechnung eingestellt wurden. Infolge dieser Verschiebung enthält die Rechnung von 1904 an Überweisungen ausnahmsweise den Betrag für fünf Quartale statt deren vier und damit das erwähnte scheinbare Mehr von weiteren 1,5 Millionen Mark.

Eine wirkliche Verstärkung der verfügbaren Betriebsmittel für die Landesverwaltung konnten aber jene dem Betriebsfonds zugeflossenen 5 Millionen Mark aus dem Grund nicht bilden, weil sie in der Hauptsache im unangreifbaren (eisernen) Teil dieses Fonds, auf dessen Unzulänglichkeit schon wiederholt hingewiesen wurde, festgehalten werden. Eine erhebliche Verstärkung dieses Fonds kann nicht mehr länger verschoben werden, und es werden in dieser Richtung im Finanzgesetz die erforderlichen Anträge gestellt werden. Wegen des näheren erlaube ich mir auf die Begründung zur Anlage 2 des Finanzgesetzes zu verweisen.

Nach Abzug dieser 5 Millionen Mark ergibt sich ein wirklicher Einnahmeüberschuß von 4,2 Millionen Mark, also gegenüber dem Überschuß des ungünstigen Jahres 1903 mit 1,6 Millionen Mark ein Mehr von 2,6 Millionen Mark und gegenüber dem Überschuß des Jahres 1902 mit 2,7 Millionen Mark ein Mehr von 1,5 Millionen Mark.

Der Nettoaufwand im außerordentlichen Etat erreichte 1904 die Höhe von 5,6 Millionen Mark. Durch die rechnungsmäßigen Überschüsse des ordentlichen Etats mit 9,2 Millionen Mark konnte nicht nur diese Summe gedeckt, sondern noch der Betrag von 3,6 Millionen Mark zur Verstärkung des Betriebsfonds verwendet werden, dessen Stand dadurch auf Ende 1904 den Betrag von 14,6 Millionen Mark erreichte.

Besonders erfreulich am Abschluß des Jahres 1904 ist die Wahrnehmung, daß das Wachstum der Staatsabgaben wieder eine steigende Tendenz erkennen läßt, und wenn auch die bei den direkten Steuern eingetretene Steigerung von 2,8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr zum größten Teil (2,3 Millionen Mark) der durch das Gesetz vom 29. Juni 1904 beschlossenen Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer um 20 Prozent zuzuschreiben ist, so bleibt doch noch ein Mehrerträgnis von 550 000 Mark, das gegenüber dem Vorjahr mit einem solchen von nur 250 000 Mark eine erfreuliche Besserung der Verhältnisse beweist.

Noch deutlicher tritt die Hebung der allgemeinen Wirtschaftslage in den Erträgen der indirekten Steuern zutage, die 1904 ein Mehrerträgnis von rund 670 000 Mark geliefert haben, während es sich 1903 nur auf 160 000 Mark belief. Diese Steigerung um annähernd das Vierfache läßt bei Fortdauer der günstigen Entwickelung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß 1905 die Erträgnisse der indirekten Steuern wieder ihren bisher höchsten Stand von 1899 erreichen werden. Immerhin verdient aber die Tatsache ernste Beachtung, daß in der Ergiebigkeit unserer indirekten Steuern ein gewisser Beharrungszustand eingetreten zu sein scheint, und daß wir mit so starken Steigerungen, wie sie in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre zu beobachten waren, nicht mehr mit Sicherheit rechnen dürfen. Die Weinsteuer, Fleischsteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuer zeigen seit Jahren in ihren Erträgen nur unerhebliche Änderungen. Die Biersteuer, deren Erträgnis sich von ihrer Einführung im Jahr 1897 von 7,1 Millionen Mark auf 8,8 Millionen Mark im Jahr 1899 steigerte, ist von 1900 bis 1903 um 600 000 Mark zurückgegangen und die neuerdings vom Jahr 1903 auf 1904 beobachtete Steigerung beträgt nur 100 000 Mark. In der Hauptsache ist es also nur die Verkehrssteuer, der das günstige Ergebnis an indirekten Steuern im Jahr 1904 zu verdanken ist. Nachdem sie unter dem Einfluß der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage von ihrem höchsten Stand von 5,1 Millionen Mark im Jahr 1899 auf ihren niedrigsten Stand von 4,1 Millionen Mark im Jahr 1902 heruntergesunken war, zeigt sie in den letzten beiden Jahren wieder eine kräftige Steigerung von je 300 000 Mark. Wenn, wie zu erwarten, im Jahr 1905 eine weitere Steigerung eintritt, wird die Verkehrssteuer wieder ihren bisher höchsten Stand von 1899 erreichen.

Eine unausgesetzt steigende Tendenz, der auch die wirtschaftliche Krise in den ersten Jahren des Jahrhunderts keinen Eintrag tat, zeigen die Justiz- und Polizeigefälle, die namentlich 1900 und 1901 eine starke Steigerung erfahren haben. Sie sind von 5,7 Millionen Mark im Jahr 1899 auf 7,7 Millionen Mark im Jahr 1904 angewachsen.

Allgemeine Gesichtspunkte für die Budgetaufstellung 1906/07.

Die finanzielle Lage, mit der ich bei Aufstellung des Staatsvoranschlags für 1906/07 zu rechnen hatte, zeigt, wie Sie aus meinen Ausführungen entnommen haben werden, zwar eine kleine Besserung gegenüber dem Stand bei Bearbeitung des letzten Budgets, im wesentlichen aber doch noch dieselbe Gespanntheit, die wir vor zwei Jahren zu beklagen hatten. Daß die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Stand unserer Staatsfinanzen nicht rascher und intensiver zum Ausdruck kommt, erklärt sich aus dem Umstand, daß bei den vorwiegend auf direkter Besteuerung gegründeten Staatseinnahmen die Folgen einer Stockung im Wirtschaftsleben nur allmählich eintreten, aber auch der Wiederausgleich sich nur langsam vollzieht. Wenn wir auch nach den Erfahrungen des Jahres 1904 und nach den Ergebnissen der Steuereinschätzung für 1905 in der kommenden Budgetperiode wieder auf bessere Abschlüsse in unserer Einnahmewirtschaft rechnen dürfen, als in den letzten Jahren, so wird doch auch in der nächsten Wirtschaftsperiode noch immer ein auffälliges Mißverhältnis zwischen den nur langsam wieder anwachsenden Staatseinnahmen und den rasch und stark ansteigenden Staatsausgaben bestehen. Dazu kommt der niedrige Stand der Reserven, der zu dem unhaltbaren Zustand geführt hat, daß der außerordentliche Etat nicht in dem Betrag der in früheren Budgetperioden bereits erwirtschafteten Überschüssen einschließlich der Zinsen der Amortisationskasse seine Begrenzung und Deckung findet, sondern auf die in der laufenden Budgetperiode erst zu erhoffenden Überschüsse und soweit sie nicht ausreichen auf die Vermögensbestände der Amortisationskasse verwiesen werden muß.

Die wesentlichen Ursachen, die neben dem Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse das Gleichgewicht unserer Finanzen nachhaltig gestört haben: die starke Ausgabesteigerung im ordentlichen Budget, zu der

wir uns in den Zeiten der Hochkonjunktur haben bestimmen lassen, und die überreiche Ausstattung der außerordentlichen Etats, sind eben noch keineswegs überwunden, haben vielmehr durch neu hinzutretende große und unverschiebliche Ausgaben — ich erinnere nur an die Aufwendungen für das Unterrichtswesen — eine weitere Verstärkung erfahren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit fortgesetzter Anwendung der im Vorbericht zum Staatsvoranschlag für 1904/05 bezeichneten Mittel, die allein eine wirkliche Überwindung dieser ungesunden Verhältnisse herbeizuführen geeignet sind: angemessene Erhöhung der Staatseinnahmen und Anpassung der Ausgabepolitik an das durch die ordentlichen Einnahmen gegebene Maß.

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint die Beibehaltung der durch das Gesetz vom 29. Juni 1904 erfolgten Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer auch in der kommenden Budgetperiode dringend geboten, und es kann deshalb, wenn nicht wesentliche Staatsinteressen gefährdet werden sollen, die Hoffnung meines Amtsvorgängers, diese Mehrbelastung der Steuerzahler für die Jahre 1906/07 nicht mehr in Anspruch nehmen zu müssen, nicht in Erfüllung gehen. Sie wird jedenfalls bis zur Einführung der Vermögenssteuer beibehalten werden müssen, von der ich eine im Interesse unseres Staatshaushalts dringend erwünschte Stärkung unserer Einnahmewirtschaft erwarte. Die Umwandlung unserer bisherigen Ertragssteuern in eine einheitliche auf dem Grundsatz der Besteuerung nach dem laufenden Wert und unter Zulassung eines angemessenen Schuldabzugs aufgebaute Vermögenssteuer wird zu einer gerechteren Verteilung der Steuerlast führen und die Möglichkeit bieten, auch bei namhafter Herabsetzung der dermaligen Ertragsteuersätze ein dem steigenden Staatsaufwand entsprechendes höheres Gesamtsteuererträgnis zu erzielen als aus den bisherigen Ertragssteuern. Wenn auch diese im Interesse des Staatshaushalts dringend erwünschte Stärkung unserer Einnahmewirtschaft erst für die Budgetperiode 1908/09 praktische Bedeutung gewinnen wird, so darf doch schon jetzt darauf hingewiesen werden, wie der Übergang zum System der Vermögenssteuer einem unmittelbaren Bedürfnis der praktischen Finanzverwaltung entspricht und sich als ein wirksames Mittel zur Stärkung der Tragfähigkeit und Spannkraft unserer Finanzen erweisen wird.

Die Fürsorge für die weitere Ausbildung der Einnahmewirtschaft wird freilich nur dann zu einer Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts unserer Finanzen führen, wenn auch bei der Ausgabegebarung der bei Aufstellung des Budgets 1904/05 betretene Weg weiter verfolgt und die Steigerung der Ausgaben des ordentlichen Etats mit dem natürlichen Wachstum der ordentlichen Einnahmen in Einklang gebracht und die Ausstattung des außerordentlichen Budgets sich innerhalb der Grenzen der durchschnittlich erzielten rechnungsmäßigen Überschüsse des ordentlichen Etats bewegt, die nach Aufzehrung der Reserven mit den von der Amortisationskasse erwirtschafteten Zinsen die einzigen Deckungsmittel für außerordentliche Bedürfnisse bieten.

Reichsfinanzwesen.

Die Entwickelung unserer Landesfinanzen wird in den nächsten Jahren sehr wesentlich beeinflußt werden, durch die Gestaltung der Reichsfinanzen, auf die ich die Aufmerksamkeit des hohen Hauses ganz besonders hinlenken möchte.

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 einsetzende Stockung in der Industrie, im Handel und Verkehr machte sich in ihren Wirkungen auf die hauptsächlich auf indirekter Besteuerung beruhenden Finanzen des Reichs viel unvermittelter und einschneidender geltend, als in den im wesentlichen auf die direkte Besteuerung gegründeten Finanzen der Einzelstaaten. Während der Reichshaushalt des Jahres 1899 gegenüber dem Voranschlag noch mit einem Überschuß von 32,6 Millionen Mark abschloß, ergaben sich von 1900 an regelmäßig Fehlbeträge, zumteil von so beträchtlichem Umfang, daß sie der Balanzierung des Reichsetats große Schwierigkeiten bereiteten. Die Deckung dieser Fehlbeträge und der trotz vorsichtigster Aufstellung der Reichsetats unausgesetzt steigenden Reichsausgaben, mit denen die Steigerung der Reichseinnahmen nicht gleichen Schritt halten konnte, hätten notwendig zu einer starken Anspannung der Matrikularbeiträge führen müssen, wenn nicht die Rücksicht auf die gedrückte Finanzlage der meisten Bundesstaaten die leitenden Organe des Reichs bestimmt hätte, zur Deckung des steigenden Finanzbedarfs andere Auskunftsmittel zu suchen. Man fand sie teils in einer stärkeren Inanspruchnahme des Reichskredits durch Verweisung gewisser, eigentlich aus laufenden Mitteln zu deckender Ausgaben auf Anleihe, teils durch Leistung eines Zuschusses zu den Ausgaben des ordentlichen Etats aus Mitteln des außerordentlichen, d. h. aus Anlehen. Dieses ungewöhnliche Mittel zur Finanzierung des Reichsetats wurde erstmals im Etat 1902 vorgeschlagen, indem eine Zuschußanleihe von 35 Millionen Mark vorgesehen war. Wenn es schließlich noch möglich war, diesen an sich unerwünschten Weg der Deckung durch anderweite Finanzierung zu vermeiden, so sahen die verbündeten Regierungen für den Etat für 1903 keinen andern Ausweg. Es wurde infolgedessen in den außerordentlichen Etat für 1903 eine Zuschußanleihe in dem hohen Betrag

von 72,1 Millionen Mark eingestellt. Die steigende Finanznot des Jahres 1904 legte die abermalige Anwendung dieses vom Standpunkt einer gesunden Finanzpolitik durchaus verwerflichen Mittels nahe, der Reichstag aber lehnte es ab, zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt wiederholt auf ein Mittel von so fragwürdiger Zulässigkeit zurückzugreifen. Durch weitere Abstriche an den schon mit größter Zurückhaltung aufgestellten Ausgabeetats und durch Erhöhung der Voranschläge der eigenen Einnahmen des Reichs gelang es, die Zuschußanleihe auf den unbedeutenden Betrag von 5 Millionen Mark herabzumindern. Soweit durch diese Maßnahmen der Reichshaushalt nicht bilanziert werden konnte, wurde der noch ungedeckte Reichsbedarf auf Matrikularbeiträge verwiesen, die infolgedessen auf rund 40,5 Millionen Mark stiegen. In der gleichen Richtung bewegte sich die Reichsfinanzpolitik im laufenden Jahr. Der Reichsetat belastete die Bundesstaaten mit Matrikularbeiträgen in der ungewöhnlichen Höhe von 77,2 Millionen Mark. Man muß auf die Zeit von 1872 bis 1878 zurückgehen, um ähnlich hohen Anforderungen des Reichs an die Bundesstaaten zu begegnen. In jener Periode betrug der Durchschnitt der jährlichen Matrikularbeiträge nur 62 Millionen Mark; nur in einem Jahr (1872) überstiegen sie mit 82 Millionen Mark den jetzt von den Bundesstaaten geforderten Betrag, in den übrigen Jahren bewegten sie sich zwischen 51 und 60 Millionen Mark und erreichten nur zweimal (1877 und 1878) höhere Beträge von 64 und 70 Millionen Mark.

Die eigene Finanznot der Bundesstaaten gestattete aber die Einhebung der in den Reichsetatjahren 1904 und 1905 ausgeschriebenen hohen Matrikularbeiträge nicht. Man griff deshalb zu dem Auskunftsmittel der Stundung dieser Beiträge, soweit sie den Betrag von rund 24 Millionen Mark jährlich überstiegen. Es wurden infolgedessen vom Jahr 1904 16,8 und vom Jahr 1905 53,3 Millionen Mark, zusammen rund 70 Millionen Mark Matrikularbeiträge im Ausstand belassen, bis der zur Deckung des Bedarfs für diese Jahre erforderliche Betrag nach den wirklichen Ergebnissen des Reichshaushalts festgestellt sei. Nun hat das Rechnungsjahr 1904 mit einem Fehlbetrag von 8,6 Millionen Mark abgeschlossen und die Bundesstaaten werden deshalb im Reichsetat für 1906 mit dem Betrag der für 1904 gestundeten Matrikularbeiträge belastet werden, die infolge eines im gleichen Jahr festgestellten Mehrertrags an Überweisungssteuern von 0,7 Millionen Mark sich von 16,8 auf 16,1 Millionen Mark vermindern. Auch für 1905 sind im Reichshaushalt Überschüsse in der Höhe der gestundeten Matrikularbeiträge kaum zu erwarten, so daß die Bundesstaaten auch im Reichsetatjahr 1907 mit der Einforderung eines beträchtlichen Teils der ausstehenden Matrikularbeiträge werden zu rechnen haben. Eine Abwendung dieser drohenden Belastung vermag nur die Reichsfinanzreform zu bringen.

Was die Rückwirkung dieser Verhältnisse auf Baden anlangt, so ergibt sich aus dem Gesagten, daß unsere finanziellen Beziehungen zum Reich sich seit 1900 insofern einer gewissen Beständigkeit erfreut haben, als die effektiven Anforderungen des Reichs an ungedeckten Matrikularbeiträgen sich im wesentlichen auf der gleichen mäßigen Höhe hielten und auch der Ausgleichungsbetrag, den wir wegen unseres Biersteuerreservatrechts an das Reich zu bezahlen haben, nur unerheblichen Schwankungen unterlag. Unsere baren Hinauszahlungen an das Reich beliefen sich in den letzten vier Reichsetatjahren (1900/04) auf rund 2 Millionen Mark jährlich, wovon 1,2 bis 1,3 Millionen Mark auf den Bierausgleichungsbetrag und der Rest mit 0,7 bis 0,8 Millionen Mark auf ungedeckte Matrikularbeiträge entfiel. Wenn auch unsere Verpflichtungen gegenüber dem Reich in den Jahren 1895/98 ungefähr um die Hälfte niedriger waren, so kann man die nach dem Jahr 1900 eingetretene Spannung unserer Finanzlage damit nicht in ursächlichen Zusammenhang bringen. Sie beruht vielmehr ausschließlich auf den von mir bereits gekennzeichneten Ursachen. Wohl aber bildet die mit dem Reichsetatjahr 1904 eingetretene beträchtliche Steigerung der ungedeckten Matrikularbeiträge um zwei Dritteile, im laufenden Jahr um mehr als das Dreifache des bisherigen Betrags für die Zukunft eine ernste Gefahr für das Gleichgewicht unserer ohnedies geschwächten Landesfinanzen.

Angesichts dieser Verhältnisse wird das Verlangen nach endlicher Inangriffnahme und Durchführung einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen immer dringlicher. Die Rücksicht auf die steigende Finanznot des Reichs und die Unfähigkeit der Einzelstaaten zur Leistung höherer Matrikularbeiträge, als der in den letzten Jahren geleisteten, lassen die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Bundesstaaten durch feste Abgrenzung der beiderseitigen Steuergebiete und Stärkung der Einnahmewirtschaft des Reichs durch Bewilligung neuer Reichssteuern als schlechthin unabweisbar und unverschieblich erscheinen. Durch das Reichsgesetz vom 14. Mai 1904, betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs, sind der Durchführung einer solchen durchgreifenden Finanzreform die Wege geebnet worden. Wenn die Bedeutung dieses Gesetzes in der Hauptsache auch nur auf dem Gebiet der Finanzverwaltung liegt und eine

unmittelbare finanzielle Kräftigung des Reichs dadurch nicht herbeigeführt wurde, so hat es doch einen wesentlichen Mangel unserer Reichsfinanzwirtschaft — die auf der Frankensteinschen Klausel beruhende Verquickung der Reichs- und Einzelstaatsfinanzen — wenn auch nicht völlig beseitigt, so doch in ihren nachteiligen Wirkungen erheblich abgemildert. Die Beschränkung der Überweisungssteuern auf die Branntweinverbrauchsabgabe nebst der Maischbottich- und Materialsteuer, sowie auf die Reichsstempelabgabe hatte die Wirkung, daß die Überweisungen, die sich früher in der Höhe von 542 Millionen Mark bewegten, nur noch den Betrag von 200 Millionen Mark erreichten, so daß das bisherige unnütze Hin- und Herschieben großer Summen zwischen Reichs- und Landeskassen wesentlich eingeschränkt und die Abrechnung zwischen den beiderseitigen Kassen erheblich vereinfacht wurde. Ist dadurch das Reich wieder in den Stand gesetzt, den größten Teil seiner Einnahmen, insbesondere die aus den Zöllen und der Tabaksteuer, anstatt sie an die Einzelstaaten abführen zu müssen, zur Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse zu verwenden und dabei auch die natürliche Einnahmesteigerung seiner Hauptfinanzquellen wieder selbst zu beziehen, so hat ihm die weitere Vorschrift, daß etwaige Überschüsse aus den Vorjahren, soweit nicht das Gesetz über den Reichshaushalt etwas Anderes bestimmt, zur Deckung außerordentlicher Ausgaben zu verwenden sind, wenigstens die Möglichkeit der Schuldentilgung eröffnet. Andererseits hat das Gesetz bezüglich der ungedeckten Matrikularbeiträge die im Interesse der Bundesstaaten gelegene Bestimmung getroffen, daß diese Beiträge den letzteren am Jahresschluß in dem Maß zu erstatten sind, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reichs dessen Bedarf übersteigen.

Eine Fortdauer der Finanznot des Reichs würde die Bundesstaaten mit der Gefahr einer ihre eigene Aktionsfähigkeit lähmenden Überlastung mit ungedeckten Matrikularbeiträgen bedrohen. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß der erneute Versuch der verbündeten Regierungen, sich mit dem Reichstag über eine durchgreifende Sanierung der Reichsfinanzen zu verständigen, endlich von Erfolg gekrönt sein möchte. Welche Gestalt aber auch diese Reform annehmen mag, in jedem Fall wird sie von den Bundesstaaten und nicht zum mindesten von den süddeutschen namhafte finanzielle Opfer erheischen. Um so berechtigter ist aber auch das Verlangen, daß ganze Arbeit gemacht und unter grundsätzlicher Abgrenzung der Steuergebiete zwischen dem Reich und den Bundesstaaten dem ersteren neue Einnahmequellen von solcher Ergiebigkeit und Steigerungsfähigkeit eröffnet werden, daß sie für eine Reihe von Jahren zur Bestreitung seines wachsenden Aufwands und insbesondere auch zur Durchführung einer richtigen Anlehens- und Schuldentilgungspolitik ausreichen und ihm auch in Zukunft gestatten, seinen steigenden Finanzbedarf lediglich durch weitere Ausgestaltung der ihm überwiesenen Steuerquellen und ohne Inanspruchnahme der Bundesstaaten mit ungedeckten Matrikularbeiträgen aufzubringen.

Hauptabschluß des Staatsvoranschlags für 1906/07 im Vergleich mit dem letzten Budget.

Ich gehe nunmehr auf den Inhalt des Staatsvoranschlags für die Jahre 1906/07 selber näher ein. Der ordentliche Etat schließt ab

in den Ausgaben mit jährlich	79 469 343	Mark
in den Einnahmen mit jährlich	79 923 995	„
das heißt mit einem Überschuß von jährlich	454 652	Mark
und für beide Jahre zusammen von	909 304	„

Spezieller Vergleich des neuesten Staatsvoranschlags mit demjenigen für 1904/05.

Faßt man im Sinne der früheren Darstellungen die Spezialetats des ordentlichen Budgets in zwei Gruppen zusammen, in die eigentlichen Aufwandsetats auf der einen, in die Einnahmeetats, d. h. die Etats der die eigentlichen Staatseinkünfte liefernden Verwaltungszweige des Finanzressorts auf der anderen Seite, und setzt man überall nur die Nettobeträge ein, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Aufwandsetats der fünf Ministerien und der Oberrechnungskammer ergaben für 1904/05 einen Jahresbetrag von 41 944 380 Mark, erfordern dagegen für die nächste Budgetperiode einen solchen von 44 514 886 Mark, d. h. 2 570 506 Mark oder 6,1 Prozent mehr. Wenn hiernach die als Obergrenze vorgezeichnete Aufwandssteigerung von 3 Prozent des Bruttoaufwands diesmal in weit höherem Maße als bei der Budgetaufstellung vor zwei Jahren überschritten worden ist, so liegt die Ursache zum größeren Teil in der bereits erwähnten beträchtlichen Mehrbelastung des neuen Budgets mit Matrikularbeiträgen für das Reich, zum geringeren Teil in den gesteigerten Bedürfnissen der Landesverwaltung. Das Steigerungsprozent würde noch erheblich größer sein, wenn nicht vorgeschlagen wäre, die gestundeten Matrikularbeiträge der Jahre 1904 und 1905 mit rund 2,3 Millionen Mark oder jährlich 1,15 Millionen Mark ausnahmsweise auf die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu verweisen; es würde in diesem Falle statt 6,1 Prozent 8,9 Prozent betragen. Läßt man dagegen die Beziehungen zum Reich

und die hiermit im Zusammenhang stehende Kürzung der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse ganz außer Rechnung, so verbleibt eine Aufwandssteigerung von 5,1 Prozent, also im Vergleich zu dem Budgetabschluß vor zwei Jahren immer noch eine Verschlechterung um (5,1 — 3,5) = 1,6 Prozent. Sie ist in der Hauptsache auf ein Mehr von in der kommenden Budgetperiode anfallenden Gehaltszulagen zurückzuführen.

Demgegenüber ist in der Zunahme der Einnahmeetats gegen früher verhältnismäßig nicht nur keine Steigerung, sondern ein, wenn auch unbedeutender Rückgang zu verzeichnen. Für 1906/07 sind nämlich die Einnahmen auf jährlich 44 969 538 Mark, das ist gegenüber dem Budgetsatz für 1904/05 mit 43 246 579 Mark nur um 1 722 959 Mark = 3,98 Prozent höher veranschlagt, während bei der Budgetaufstellung vor zwei Jahren mit einer Einnahmesteigerung gegenüber der vorhergegangenen Periode von 4,2 Prozent gerechnet werden konnte.

Entzifferung der Aufwandsetats nach Ministerien.

Nach Ministerien verteilt ergeben sich folgende Abweichungen gegenüber dem endgültigen Budget für 1904/05 — in Nettobeträgen —:

Beim Staatsministerium eine Mehrausgabe von 1 828 400 Mark = 35,3 Prozent, die in der Hauptsache neben der bereits erwähnten Deckung der gestundeten Matrikularbeiträge mit jährlich 1,15 Millionen Mark damit begründet ist, daß als Mehrbetrag des eigentlichen (reinen) Matrikularbeitrags gegenüber den Überweisungen vom Reich diesmal die Summe von jährlich 2 Millionen Mark eingestellt ist, gegenüber 0,8 Millionen Mark des ursprünglichen und 1,4 Millionen Mark des endgültigen Budgets für 1904/05. Ich bemerke übrigens, daß die Matrikularbeiträge und Überweisungen, die mangels anderer Grundlagen teils auf Schätzung, teils auf den Ansätzen des Reichsetats für 1905 beruhen, nach Feststellung des Reichsetats für 1906 der Berichtigung bedürfen werden.

Der Etat des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten schließt ab mit einer Mehrausgabe von 40 000 Mark = 13,7 Prozent. Die verhältnismäßig bedeutende Steigerung findet ihre Erklärung vorwiegend in der namhaften Erhöhung des Unterstützungsfonds für etatmäßige Beamte der Staatseisenbahnen, eine Maßnahme, die in Anbetracht der allgemeinen Unzulänglichkeit dieser Fonds auch für die übrigen Staatsverwaltungszweige in der Weise vorgeschlagen ist, daß der bisherige Einheitssatz von 7 Mark 50 Pfennig für den Kopf von der nächsten Budgetperiode ab auf 8 Mark 50 Pfennig erhöht werden soll.

Beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ergibt sich im ganzen eine Mehrausgabe gegen bisher von 893 000 Mark oder 5,6 Prozent, wovon auf das Ministerium selbst 16 000 Mark oder 7,5 Prozent, auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften 174 000 Mark oder 5,2 Prozent, auf die allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege 76 000 Mark oder 4,3 Prozent und auf das Unterrichtswesen 530 000 Mark oder 7,4 Prozent entfallen. Bei diesen Verwaltungszweigen mußte über die allgemein normierte Zuwachsgrenze von 3 Prozent hinausgegangen werden, was zumteil auf die vermehrten sachlichen Bedürfnisse infolge der gesteigerten Tätigkeit der Behörden, vorwiegend aber auf die fortwährende Zunahme des persönlichen Aufwands infolge der Vermehrung und Umwandlung von Beamtenstellen aller Art zurückzuführen ist. Besonders umfangreich sind diesmal die Mehrforderungen auf dem Gebiete des Unterrichtswesens mit 530 000 Mark, bei welchem Betrag die ebenfalls beträchtlichen Mehrforderungen für das gewerbliche Unterrichtswesen, die infolge organisatorischer Änderungen nunmehr im Budget des Ministeriums des Innern erscheinen, noch nicht berücksichtigt sind. Davon entfallen auf die Höheren Unterrichtsanstalten 95 000 Mark, auf die Lehrerbildungsanstalten, hauptsächlich infolge der Erweiterung und Vermehrung dieser Anstalten, 122 000 Mark, auf die Realmittelschulen 168 000 Mark, auf die Volksschulen, hier insbesondere infolge der namhaften Vermehrung der Lehrerstellen und des Bedarfs an geordneten Gehaltszulagen 214 000 Mark und nach Abzug der Mehreinnahme an Beiträgen der Gemeinden 93 000 Mark.

Beim Ministerium des Innern ist die Aufwandssteigerung mit im ganzen 578 000 Mark oder 4,4 Prozent zwar etwas geringer, übersteigt aber ebenfalls die normierte Grenze um ein erhebliches und zwar im allgemeinen aus denselben Ursachen, wie ich sie vorhin beim Etat des Ministeriums der Justiz 2c. erwähnt habe. Von der Mehrforderung entfallen auf das Ministerium selbst 32 000 Mark oder 10,5 Prozent, auf die Bezirksverwaltung und Polizei 226 000 Mark = 4,8 Prozent, auf die Heil- und Pflegeanstalten 70 000 Mark = 12,2 Prozent, auf Förderung der Gewerbe und für das gewerbliche Unterrichtswesen 93 000 Mark = 10 Prozent.

Der Aufwandsetat des Finanzministeriums schließt zwar im ganzen gegen bisher günstiger ab um 783000 Mark, jedoch ist dieses Ergebnis nur darauf zurückzuführen, daß, wie schon erwähnt, die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse von bisher jährlich 2 Millionen Mark wegen Ausgleichung der beim Staatsministerium angeforderten gestundeten Matrikularbeiträge um 1,15 Millionen Mark oder für beide Jahre um 2,3 Millionen Mark gekürzt ist. Ohne diese Maßnahme würde statt des Minderbedarfs ein Mehraufwand von 367000 Mark oder 5,1 Prozent zu verzeichnen sein, der wie in der ablaufenden Budgetperiode so auch diesmal in der Hauptsache in der fortdauernden Steigerung der Ausgaben für Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung seine Erklärung findet. Eine Einschränkung dieser auf Gesetz beruhenden Ausgaben ist ausgeschlossen. Bei den übrigen Aufwandstiteln des Finanzministeriums konnte die Steigerung fast durchweg innerhalb der Grenze von 3 Prozent gehalten werden.

Ergebnisse der Einnahmeetats.

Von den Einnahmeetats bleiben die Erträgnisse der Forst- und Domänenverwaltung gegenüber der letzten Budgetperiode um 77000 Mark = 1,9 Prozent zurück, während die Salinenverwaltung eine Steigerung um 91000 Mark = 34,7 Prozent und die Steuerverwaltung eine solche von 1,7 Millionen Mark = 4,4 Prozent aufweist.

Der außerordentliche Etat insbesondere.

Von den Anforderungen des außerordentlichen Etats im Bruttobetrag von 8847220 Mark und im Nettobetrag von 7582878 Mark entfallen:

auf das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	3635800 Mark
auf das Ministerium des Innern	3560400 „
auf das Ministerium der Finanzen	386678 „
Summe . .	7582878 Mark

Von den Anforderungen im Bereich des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts entfallen auf die Justiz- und Strafanstaltenverwaltung (meist für Neuerstellung von Gefängnisbauten) 1044000 Mark, darunter die dritte Rate für das neue Landesgefängnis in Mannheim mit 800000 Mark, auf den Kultusetat 95000 Mark, auf das Unterrichtswesen 2412000 Mark, unter welchen Forderungen ich den nunmehr fällig werdenden Kaufpreis für den Bauplatz der Universitätsbibliothek in Heidelberg mit 327000 Mark, die zweite Rate für den Neubau eines Kollegienhauses der Universität Freiburg mit 250000 Mark, den Erweiterungsbau für die Augenklinik daselbst mit 150000 Mark, die Raten für den Neubau zweier Lehrerseminare in Freiburg und Heidelberg mit 850000 Mark sowie die Staatsbeihilfe an bedürftige badische Gemeinden für Schulhausbauten mit 100000 Mark besonders hervorhebe.

Im außerordentlichen Etat des Ministeriums des Innern sind an größeren Anforderungen enthalten: die Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindewege mit 350000 Mark, die vierte Rate des Staatsbeitrags zur Enzkorrektion in Pforzheim mit 200000 Mark, Beiträge an unbemittelte Gemeinden zu Wasserversorgungsanlagen mit 300000 Mark, eine dritte Rate für die Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch mit 1100000 Mark, für Förderung der Landwirtschaft 448000 Mark, endlich für die Wasser- und Straßenbauverwaltung 525000 Mark.

Das Finanzministerium fordert im außerordentlichen Etat zunächst zu Lasten des Domänengrundstocks 627320 Mark, darunter eine erste Rate von 100000 Mark für Instandsetzung verschiedener Nebengebäude des Bruchsaler Schlosses im Anschluß an die ihrer Vollendung entgegengehenden Restaurationsarbeiten, ferner 239000 Mark für Erstellung von Dienstgebäuden für zwei Domänenämter und drei Forstwarte und 156000 Mark für Erstellung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden auf verschiedenen domänenärarischen Hofgütern. Zu Lasten der allgemeinen Staatsverwaltung werden 586300 Mark angefordert, wovon der größte Teil auf die Beschaffung von Dienst- und Wohngebäuden im Bereich der Steuer- und Zollverwaltung entfällt. Als außerordentliche Einnahme ist der Ersatz an Kasernenbaukosten vom Reich mit 199622 Mark zu erwähnen, deren letzte Rate im Jahr 1907 geleistet werden wird.

Rechnungsergebnisse und Voranschlag des ausgeschiedenen Verwaltungszweigs der Staatseisenbahnen.

Im Gegensatz zum allgemeinen Staatshaushalt bietet die gegenwärtige Lage der Staatseisenbahnverwaltung ein etwas freundlicheres Bild. Wie der im Jahr 1900 einsetzende Rückgang der allgemeinen Wirtschaftslage, mit der eine enorme Steigerung des Betriebsaufwands sowohl nach der persönlichen wie sachlichen Seite zusammentraf, sich alsbald in einer wesentlichen Abnahme der Reineinnahmen unserer Staatsbahn ausdrückte — sie betrugen 1899 24,2 Millionen Mark, 1900 nur 17,1 Millionen Mark, erlitten also von einem Jahr zum andern einen Rückschlag von 7,1 Millionen Mark —, so hatte die im Jahr 1903 sich anbahnende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Verbindung mit einer

entschiedenen Zurückhaltung in den Betriebsausgaben alsbald eine namhafte Steigerung des Reinertrags des Eisenbahnbetriebs zur Folge. Der in den Jahren 1901 und 1902 auf je 13,9 Millionen Mark herabgesunkene Reinertrag hob sich 1903 ebenso rasch wieder, als er von 1899 auf 1900 gefallen war und erreichte den Betrag von 22,3 Millionen Mark. An dieser Steigerung von 8,4 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr waren die Bruttoeinnahmen mit einem Mehr von 3,8 und die Betriebsausgaben mit einem Weniger von 4,6 Millionen Mark beteiligt. Damit war der Zustand der Unzulänglichkeit der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse in den Jahren 1901 und 1902, in denen sich ein Fehlbetrag von zusammen 6 Millionen Mark ergeben hatte, überwunden.

Im Jahre 1904 machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Das Reinerträgnis des Eisenbahnbetriebs mit 26,5 Millionen Mark, an dem die Roheinnahme mit einem Mehr von 4,5 Millionen Mark beteiligt war, während die Betriebsausgaben nur eine unbedeutende Steigerung von 300 000 Mark erfuhren, ist das Günstigste, was seit Bestehen unserer Eisenbahnen erzielt wurde. Es übertrifft das bisher höchste Ergebnis von 1899 von 24,2 Millionen Mark um 2,3 Millionen Mark. Da die namhafte Steigerung der Roherträge nicht von einem entsprechenden Anwachsen der Betriebsausgaben begleitet war, ging der Betriebskoefficient, der 1902 die ungewöhnliche Höhe von 81,20 Prozent erreicht hatte und schon 1903 auf 71,64 Prozent gesunken war, auf 68,07 Prozent zurück. Ich darf aber nicht verschweigen, daß die Befriedigung über den erfreulichen Aufschwung der finanziellen Ergebnisse unseres Eisenbahnbetriebs durch die Wahrnehmung stark getrübt wird, daß infolge des raschen und starken Anwachsens der Eisenbahnschuld die Steigerung der Reinerträge weit überholt wird von der Zunahme der aus der Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld erwachsenden Verpflichtungen, deren Druck sich im nächsten Jahrzehnt in steigendem Maß fühlbar machen wird. Während sich die Reineinnahme des Eisenbahnbetriebs 1904 um 2,3 Millionen Mark höher stellte als 1899, sind die Zinsen und Tilgungsraten für die Eisenbahnschuld in der gleichen Periode um 5,4 Millionen Mark, also um nahezu das 2½ fache gestiegen und da von 1906 an auch mit der Tilgung der seit 1896 aufgenommenen Anlehen — bis zum Schluß des Jahres 1904 168,5 Millionen Mark — begonnen wird, so bedarf es einer sehr wesentlichen Zunahme der Reinerträge, wenn sie mit dem Anwachsen der Zins- und Tilgungslasten gleichen Schritt halten sollen.

Der Voranschlag der Eisenbahnbetriebsverwaltung für 1906/07 stellt sich jährlich		
für die Einnahme auf	81 988 200	Mark
für die Ausgaben auf	63 891 200	„
so daß sich ein Überschuß ergibt von	18 097 000	Mark
gegen 13 503 000 Mark in der Budgetperiode 1904/05.		
Hierzu tritt der Anteil der Staatsbahn an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn mit jährlich	974 400	„
zusammen . .	19 071 400	Mark
Unter Berücksichtigung des Fehlbetrags der Bodenseedampfschiffahrt von . . .	66 240	„
ergibt sich ein Nettoertrag der Eisenbahnbetriebsverwaltung von	19 005 160	Mark
Da der Jahresbedarf der Eisenbahnschuldentilgungskasse an Verwaltungskosten, Zinsen und Tilgungsraten auf durchschnittlich jährlich	25 183 186	„
veranschlagt ist, bleiben die Ablieferungen der Eisenbahnverwaltung hinter diesem Betrag zurück um	6 178 026	Mark

Wenn ich auch bei Fortdauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Konjunktur auf einen wesentlich günstigeren Rechnungsabschluß hoffe, der die Eisenbahnschuldentilgungskasse in den Stand setzen wird, ihre Verpflichtungen, wie in den Jahren 1903 und 1904, ohne Inanspruchnahme der außerordentlichen Dotation zu erfüllen, so halte ich dennoch ein grundsätzliches Festhalten an der bisherigen Dotationspolitik für geboten. Denn ich kann trotz der günstigen Rechnungsabschlüsse der Eisenbahnverwaltung in den beiden letzten Jahren ihre finanzielle Lage keineswegs für eine dauernd gesicherte halten. Die Steigerung des Eisenbahnreinertrags in den letzten beiden Jahren beruht jedenfalls zumteil auf einer Zurückhaltung in den Betriebsausgaben, von der es mir zweifelhaft scheint, ob sie auch in den kommenden Jahren wird beibehalten werden können. Wir müssen eben aus Gründen, deren Beseitigung nicht in unserer Macht steht, dauernd mit einem sehr hohen Betriebskoefficienten rechnen, der sich in den nächsten Jahren durch umfassende Stellenvermehrungen vermutlich noch weiter erhöhen wird. Dazu kommt der bereits erwähnte Umstand, daß der Anlehensdienst immer größere Mittel in Anspruch nimmt. Bei dieser Sachlage wird sich auch in Zukunft die 1901 und 1902 wieder beobachtete Erscheinung wiederholen, daß jeder erheblichere

Rückgang im Eisenbahnverkehr ein namhaftes Sinken des Reinertrags des Eisenbahnbetriebs und in seinem Gefolge eine erneute Unzulänglichkeit der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse herbeiführt. Die weitere Frage, ob bei grundsätzlicher Festhaltung der Dotationspolitik der Betrag der jährlichen Zuschüsse aus allgemeinen Staatsmitteln an die Eisenbahnschuldentilgungskasse nicht wenigstens eine wesentliche Minderung zulasse, erledigt sich für die kommende Budgetperiode dadurch, daß es sich zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Budget als unerläßlich erwies, die 1906/07 voraussichtlich zur Erhebung kommenden gestundeten Matrikularbeiträge in der Höhe von 2,3 Millionen Mark aus der für die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse bestimmten Summe zu entnehmen, so daß die letztere für die Budgetperiode nur 1,7 Millionen Mark oder für das Jahr 0,85 Millionen Mark betragen, mithin eine namhafte Ermäßigung erfahren würde.

Das außerordentliche Budget der Eisenbahnverwaltung, das sogenannte Eisenbahnbaubudget, beansprucht für die beiden Jahre 1906 und 1907 eine Summe von 30 652 600 Mark (Nettoaufwand). Darunter sind enthalten: für den Bahnbau Wertheim—Miltenberg Restforderung 698 000 Mark, für die Bahn Kappel--Bonndorf, dritte Rate, 1 500 000 Mark, für den Ankauf der Dinglingen—Lahrer Bahn 295 000 Mark, für den Bau zweiter Gleise auf den Strecken Oos—Baden, Gengenbach—Hausach, Immendingen—Singen und Neckarelz—Osterburken 2 928 700 Mark, für die Bahnhofbauten in Heidelberg, Karlsruhe, Offenburg, Dinglingen, Lahr, Basel, Lörrach und Radolfzell weitere oder erste Raten mit zusammen 11 Millionen Mark, für Herstellung von Stellwerksanlagen 2 Millionen Mark, für sonstige Herstellungen, Änderungen und Erweiterungen von Bahnhöfen, Gleisanlagen, Werkstätten, Dienst- und Wohngebäuden 6,7 Millionen Mark, für Beschaffung von Transportmaterial 3,2 Millionen Mark, endlich für Lasten und Verwaltungskosten 2,1 Millionen Mark.

Zu den rund 30,7 Millionen Mark betragenden neuen Anforderungen kommen an aufrechtzuerhaltenden Krediten früherer Budgetperioden rund 39 Millionen Mark, so daß sich ein Eisenbahnbaubudget in der Gesamthöhe von rund 70 Millionen Mark ergibt, von dem ich übrigens nach bisheriger Erfahrung bezweifle, daß es innerhalb der nächsten zwei Jahre in vollem Umfang zum Vollzug kommen wird.

Aufnahme von Eisenbahnanlehen.

Seit dem 3½ prozentigen Anlehen von 1902 im Betrag von 42 Millionen Mark ist 1904 ein weiteres von 54 Millionen Mark zu 3½ Prozent ausgeschrieben, und es sind davon im gleichen Jahre 30 Millionen zum Kurs von 99,35 Prozent und im laufenden Jahr (1905) 12 Millionen zum Kurs von 99,60 Prozent tatsächlich begeben worden, so daß augenblicklich noch ein unbegebener Rest jenes Anlehens von 12 Millionen Mark vorhanden ist. Zu einer neuen Anlehensaufnahme in der kommenden Budgetperiode wird in dem Finanzgesetz Ermächtigung nachgesucht.

Domänengrundstock.

Der Stand des Domänengrundstocks beläuft sich auf Ende 1904 auf 4,2 Millionen Mark gegenüber 6 Millionen Mark nach dem Stand auf Ende 1902. Die Einzehrung ist hiernach in den Jahren 1903 und 1904 um weitere 1,8 Millionen Mark vorgeschritten und zwar im wesentlichen infolge der erheblichen Ausgaben für die nunmehr zu Ende gehenden Schloßrestaurierungen, für die Erbauung einer größeren Anzahl Forst- und Forstwartshäuser und für Aufwendungen für die Staatsbrauerei Rothaus. Dazu kommen noch namhafte Summen für Gütererwerbungen, die indessen durch Erlöse infolge Abstoßung ärarischen Besitzes in derselben Zeit, worunter insbesondere die Überweisung des für den neuen Bahnhof in Heidelberg erworbenen Geländes an die Eisenbahnverwaltung zu erwähnen ist, mehr als ausgeglichen werden. Andernfalls würde die Einzehrung des Domänengrundstocks eine noch stärkere sein. In dem neuesten Budget konnten die Anforderungen zu Lasten des Domänengrundstocks eine wesentliche Verminderung erfahren; sie sind von 2,7 Millionen Mark im letzten Budget auf 0,6 Millionen Mark zurückgegangen.

Amortisationskasse.

Der neueste Voranschlag der Amortisationskasse zeigt gegenüber dem letzten Budget zwar eine kleine Verbesserung, indem der zu erwirtschaftende Zinsenüberschuß mit 834 000 Mark statt bisher 773 000 Mark veranschlagt werden konnte. Gleichwohl wird es sich empfehlen, als Zinsenablieferung an den allgemeinen Staatshaushalt die bisherige Summe von jährlich 750 000 Mark unverändert beizubehalten.

Schlußbetrachtung.

Hiermit bin ich am Schluß meiner Betrachtungen über den Staatsvoranschlag für 1906/07 angekommen. Es ist gelungen, ihn im ordentlichen Etat ohne Fehlbetrag, ja sogar mit einem kleinen Einnahmeüberschuß abzuschließen, dem die Mittel zur Deckung der durch die Volksschulvorlage entstehenden und im Budget nicht berücksichtigten Kosten für die nächsten zwei Jahre entnommen werden können. Dieses Ergebnis war aber nur durch Anwendung zweier außerordentlicher Maßnahmen zu

erreichen, nämlich durch die Beibehaltung der Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer um 20 Prozent auch für die kommende Budgetperiode und durch Bereitstellung des größeren Teils der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse zur Deckung der vom Reich gestundeten Matrikularbeiträge aus den Jahren 1904 und 1905. Unsere Finanzlage ist hiernach noch immer eine ziemlich gespannte und dies um so mehr, als der Staatsvoranschlag durch den Vollzug der reichlich ausgestatteten außerordentlichen Budgets von 1902/03 und 1904/05 noch mit starken Restkrediten belastet ist, zu deren Deckung die zur Verfügung stehenden Mittel des Betriebsfonds nebst dem budgetmäßigen Überschuß des Jahres 1905 und den von der Amortisationskasse erwirtschafteten Zinsen entfernt nicht ausreichen. Die Abschlußziffern des Staatsvoranschlags, wie sie im Entwurf des Finanzgesetzes zusammengefaßt sind, zeigen deshalb kein befriedigendes Resultat. Dem Fehlbetrag des außerordentlichen Etats für 1906/07 mit 7,6 Millionen Mark nebst dem Betrag der Restkredite aus früheren Etatperioden mit 10,4 Millionen Mark, zusammen 18 Millionen Mark, steht an Deckungsmitteln nur der Betrag von 6,1 Millionen Mark gegenüber, so daß im ganzen ein Fehlbetrag von 11,9 Millionen Mark vorläufig auf die Vermögensbestände der Amortisationskasse verwiesen werden muß. Das Finanzgesetz der ablaufenden Budgetperiode hatte mit einem Fehlbetrag von 12,9 Millionen Mark zu rechnen, der vorliegende Entwurf des Staatsvoranschlags bewirkt also gegenüber dem Budget von 1904/05 nur eine Verbesserung unserer Bilanz von rund 1 Million Mark, die sich bei Annahme der Gesetzentwürfe, betreffend Änderungen des Elementarunterrichtsgesetzes und die Besserstellung der Volksschullehrer, noch erheblich verringern wird. Immerhin darf auch darin ein erfreulicher Fortschritt in der Gesundung unserer finanziellen Verhältnisse erblickt werden, daß es dank dem günstigen Rechnungsabschluß des Jahres 1904 möglich war, den unzulänglichen umlaufenden Betriebsfonds zu verstärken und ihn dadurch wieder auf eine den Bedürfnissen einer geordneten Finanzverwaltung entsprechende Höhe zu bringen.

Bei dieser Sachlage mußte auch bei der Budgetaufstellung für 1906/07 eine vorsichtige Zurückhaltung in der Ausgabegebarung beobachtet werden. Leider waren meine dahinzielenden Bestrebungen im ordentlichen Budget nicht von Erfolg gekrönt, indem die Steigerung der Ausgaben eine viel beträchtlichere war, als im laufenden Budget, und der Zunahme der Einnahmen weit vorauseilte. Die Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung liegen zumteil in den steigenden Bedürfnissen der Landesverwaltung, zumteil aber auch in der Verschlechterung unserer finanziellen Beziehungen zum Reich. Dagegen bewegen sich die Forderungen des außerordentlichen Etats in wesentlich geringern Beträgen, als in den drei letzten Budgetperioden. Diese Erscheinung hat nichts Auffälliges, wenn man sich gegenwärtig hält, daß mein Amtsvorgänger die Höhe der außerordentlichen Etats seit 1900 als eine nur durch das Zusammentreffen besonders günstiger Umstände ermöglichte Ausnahme bezeichnete, mit deren Fortdauer nicht gerechnet werden könne. Nachdem die ungewöhnlich günstigen Überschußjahre mit dem Jahr 1901 ihr Ende erreicht hatten und in den folgenden Jahren die verfügbaren Mittel des Betriebsfonds für Zwecke des außerordentlichen Etats nahezu völlig aufgezehrt wurden, ergibt sich von selbst die Notwendigkeit einer Einschränkung der Anforderungen für außerordentliche Bedürfnisse. Wenn hiernach eine größere Zurückhaltung sämtlicher Ressorts in außerordentlichen Ausgaben durch die Finanzlage und im Interesse der Aufrechthaltung der Ordnung des Staatshaushalts geboten war und auch geübt wurde, so war es nichtsdestoweniger möglich, für wichtige kulturelle Zwecke Mittel in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen.

Was die zukünftige Gestaltung unserer finanziellen Verhältnisse betrifft, so wird sie im wesentlichen von dem Schicksal der Reichsfinanzreform und von der Entwickelung des allgemeinen Wirtschaftslebens abhängen. Wenn die erstere, wie ich hoffe, zu einer durchgreifenden und nachhaltigen Stärkung der Reichsfinanzen und zu einer Änderung des Verhältnisses zu den Bundesstaaten führt, die den Anforderungen des Reichs an die letztern festbestimmte Grenzen zieht, so werden die störenden Einwirkungen, die die chronische Fehlbetragswirtschaft des Reichs gegenwärtig auf unsern Staatshaushalt ausübt, von selbst wegfallen. Dann erst wird der Einfluß einer weiteren günstigen Entwickelung der allgemeinen Wirtschaftslage unbehindert zur Geltung kommen und unseren Staatshaushalt von dem noch immer auf ihm lastenden Drucke völlig befreien können. Damit wäre auch die Möglichkeit näher gerückt, eine große Aufgabe der staatlichen Ausgabepolitik auf dem Gebiete des Beamtengehaltswesens ihrer Erledigung zuzuführen, die bisher zurückgestellt werden mußte, da gangbare Wege zur Finanzierung einer solchen Vorlage in den letzten Jahren nicht offen standen.

Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß meinen Bestrebungen, die Ordnung unseres Staatshaushalts dauernd aufrecht zu erhalten, die verständnisvolle Unterstützung des hohen Hauses nicht fehlen möge, und empfehle in diesem Sinne das Budget für 1906/07 Ihrer wohlwollenden Prüfung.

Becker.

Gesetz-Entwurf.

Die Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1906 und 1907 betreffend.

Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Artikel 1.

Der Haushaltsetat der allgemeinen Staatsverwaltung wird auf Grund der diesem Gesetz beigefügten Beilage Nr. 1 wie folgt festgestellt:

Die ordentlichen Ausgaben betragen jährlich		79 469 343 M.
" " Einnahmen " "		79 923 995 "
Überschuß der ordentlichen Einnahmen jährlich		454 652 M.
und für 1906 und 1907 zusammen		909 304 M.
Die außerordentlichen Ausgaben für 1906/07 betragen	8 847 220 M.	
" " Einnahmen " " "	1 264 342 "	
Überschuß der außerordentlichen Ausgaben für 1906/07		7 582 878 "
Hiernach ergibt sich für 1906/07 zusammen ein Fehlbetrag in Höhe von		6 673 574 M.

wegen dessen Deckung in Artikel 4 Vorsorge getroffen ist.

Artikel 2.

Die Restbeträge von den außerordentlichen Krediten der Etatperioden 1902/03 und 1904/05, wofür Deckungsmittel vorzubehalten sind, betragen nach dem Stand vom letzten Dezember 1904 (vergleiche Beilage Nr. 3) . . . . . 10 396 572 M. 74 Pf.

Zu deren teilweisen Begleichung stehen zur Verfügung:

1. der durch Artikel 1 des Finanzgesetzes vom 29. Juni 1904 festgesetzte Einnahmeüberschuß des ordentlichen Etats für 1905 mit	1 302 199 M.	
2. die nach Artikel 4 des gleichen Gesetzes hierfür vorgesehenen Aktivzinsen der Amortisationskasse für 1905 mit	750 000 "	
zusammen		2 052 199 " — "
Verbleibt ein restlicher Ausgabebedarf aus früheren Budgetperioden mit		8 344 373 M. 74 Pf.

wegen dessen Deckung das Nötige in Artikel 4 bestimmt ist.

Artikel 3.

Von dem Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung, der am letzten Dezember 1904	14 640 665 M. 12 Pf.
betragen hat, ist vorweg der laut Beilage Nr. 2 auf	13 000 000 " — "
festgesetzte Bedarf für den umlaufenden Betriebsfonds der Budgetperiode 1906/07 zu bestreiten	
Über den Restbetrag mit	1 640 665 M. 12 Pf.

ist in Artikel 4 verfügt.

Artikel 4.

Zur Begleichung der in Artikel 1 und 2 nachgewiesenen ungedeckten Ausgaben von 6673574 ℳ. und 8344373 ℳ. 74 ₰., zusammen . . . . . 15017947 ℳ. 74 ₰. sind zu verwenden:

1. der nach Artikel 3 verfügbare Rest des umlaufenden Betriebsfonds mit . . . . . 1640665 ℳ. 12 ₰.
2. die von der Amortisationskasse erwirtschafteten Aktivzinsen von jährlich 750000 ℳ. oder für beide Jahre . . . 1500000 „ — „

zusammen . . 3140665 „ 12 „

der restliche Fehlbetrag mit . . . . . 11877282 ℳ. 62 ₰. ist durch einen außerordentlichen, in den folgenden Etatperioden wieder zu ersetzenden Zuschuß aus der Amortisationskasse zu decken.

Artikel 5.

Die Budgets der Verkehrsanstalten, des Eisenbahnbaues und der Eisenbahnschuldentilgungskasse sind nach Beilage Nr. 4 zu vollziehen.

Artikel 6.

Die Eisenbahnschuldentilgungskasse ist ermächtigt, den Kapitalbetrag, den der Vollzug des Budgets des Eisenbahnbaues für die Jahre 1906 und 1907 in Anspruch nehmen wird, sowie den zur Schuldentilgung erforderlichen Betrag, insoweit die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums im Wege von Staatsanlehen aufzubringen.

Es soll dies durch den Verkauf verzinslicher Teilschuldverschreibungen geschehen, die von seiten der Gläubiger unaufkündbar sind.

Die Begebung des Anlehens darf, im ganzen oder teilweise, im Submissionswege oder aus der Hand geschehen.

Ferner ist das Finanzministerium ermächtigt, statt durch Begebung verzinslicher Teilschuldverschreibungen die nach Absatz 1 nötigen Mittel, soweit erforderlich, vorübergehend durch Ausgabe von Schatzanweisungen für Rechnung der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu beschaffen.

Die Bestimmung des Zinssatzes dieser Schatzanweisungen und der Dauer ihrer Umlaufszeit bleibt dem Finanzministerium überlassen.

Zur Einlösung solcher Schatzanweisungen können wiederholt Schatzanweisungen ausgegeben werden

An Schuldpapieren (Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen) dürfen im ganzen zu keiner Zeit mehr ausgegeben werden, als zum Vollzug der bewilligten Kredite und zur Schuldentilgung, soweit die verfügbaren Einnahmen dafür nicht ausreichen, erforderlich sind.

Artikel 7.

Das Finanzministerium ist ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von fünf Millionen Mark hinaus, Schatzanweisungen durch die Amortisationskasse ausgeben zu lassen.

Die Bestimmung des Zinssatzes dieser Schatzanweisungen und der Dauer ihrer Umlaufszeit, die den 30. September 1908 nicht überschreiten darf, bleibt dem Finanzministerium überlassen. Innerhalb dieses Zeitraums kann der obige Betrag an Schatzanweisungen wiederholt ausgegeben werden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß er durch die sämtlichen zu gleicher Zeit umlaufenden Schatzanweisungen in keinem Falle überschritten wird.

Artikel 8.

Alle dermalen bestehenden Abgabegesetze bleiben mit den zurzeit in Geltung befindlichen Sätzen (vergleiche Beilage Nr. 7) in Kraft, vorbehaltlich der Änderungen, die Wir mit Unseren Ständen vereinbaren.

Artikel 9.

Das Finanzministerium ist mit dem Vollzug beauftragt.

Gegeben 2c.

Begründung.

Zu Artikeln 1 bis 4.

Die ordentlichen Ausgaben finden ihre volle Deckung in den ordentlichen Einnahmen, die darüber hinaus noch einen Überschuß von jährlich 454 652 ℳ. oder 909 304 ℳ. für die Budgetperiode aufweisen.

Die außerordentlichen Bedürfnisse, für deren Deckung im Finanzgesetz besondere Vorkehr zu treffen ist, setzen sich zusammen:

1. aus neuen Forderungen der Budgetperiode 1906/07 (Artikel 1) mit . . . 7 582 878 ℳ. — Pf.
2. aus Forderungen früherer Budgetperioden nach dem Stand auf letzten Dezember 1904 (Artikel 2 Absatz 1) mit . . . . . 10 396 572 „ 74 „

zusammen . . 17 979 450 ℳ. 74 Pf.

Diesem Bedarf stehen an Deckungsmitteln gegenüber:

a. der voranschlagsmäßige Einnahmeüberschuß des ordentlichen Etats für das Jahr 1905 mit	1 302 199 ℳ. — Pf.		
b. der voranschlagsmäßige Einnahmeüberschuß des ordentlichen Etats für die Budgetperiode 1906/07 mit	909 304 „ — „		
c. der verfügbare Rest des umlaufenden Betriebsfonds (vergleiche Begründung zu Anlage 2 dieses Gesetzentwurfs) mit	1 640 665 „ 12 „		
d. die von der Amortisationskasse erwirtschafteten Aktivzinsen für das Jahr 1905 mit	750 000 „ — „		
e. desgleichen für die Budgetperiode 1906/07 je 750 000 ℳ. =	1 500 000 „ — „		
zusammen		6 102 168 „ 12 „	
		11 877 282 ℳ. 62 Pf.	

Es bleibt hiernach noch ein Fehlbetrag von . . . . . welcher auf einen der Amortisationskasse zu entnehmenden, in den folgenden Budgetperioden wieder zu ersetzenden außerordentlichen Zuschuß verwiesen werden soll.

Da indessen das Reinvermögen dieser Kasse auf Ende des Jahres 1904 nur 11,1 Millionen Mark betragen hat, erscheint es schon hierwegen wie auch zur Erleichterung der Finanzgebahrung insonderheit der Vermögensumsätze bei der Amortisationskasse überhaupt, endlich auch, sofern erforderlich, zur vorübergehenden Verstärkung des umlaufenden Betriebsfonds über den dafür vorbehaltenen Betrag von 13 Millionen Mark hinaus angezeigt, wiederum die Aufnahme kurzfristiger schwebender Schulden durch Ausgabe von Schatzanweisungen bis zum Betrag von 5 Millionen Mark wie bisher vorzusehen.

Ebenso soll wie im letzten Finanzgesetz das Finanzministerium ermächtigt werden, den für Zwecke des Eisenbahnbaues und der Schuldentilgung erforderlichen Kapitalbetrag unter Umständen statt durch Begebung verzinslicher Teilschuldverschreibungen vorübergehend durch Ausgabe von Schatzanweisungen für Rechnung der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu beschaffen.

Hinsichtlich der Umlaufszeit und der näheren Bedingungen für die auszugebenden Schatzanweisungen sowie der Verrechnung der dafür zu zahlenden Zinsen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Eine Anzahl Zusammenstellungen und Übersichten sind als Beilagen Nr. 5 bis 7 beigefügt.

An den Gehalts- und Wohnungsgeldetats sind wegen Stellenerledigungen ꝛc. wieder 1 ½ % und 4 % in Abzug gebracht (vergleiche die Begründung zum Finanzgesetzentwurf für 1896/97 Seite V). Die Abzüge waren für 1904/05 auf durchschnittlich jährlich 465 061 ℳ. für die allgemeine Staatsverwaltung und auf

227 164 ℳ. für die ausgeschiedenen Verwaltungszweige berechnet; für die nächste Budgetperiode betragen die entsprechenden Zahlen 499 507 ℳ. und 251 730 ℳ.

Aus Beilage 6 ergibt sich, daß in der allgemeinen Staatsverwaltung an etatmäßigen Stellen für 1904/05 11 030 genehmigt waren, während für 1906/07 11 620 angefordert sind; darunter sind enthalten an Beamtenstellen, deren Inhaber mit Gebühren bezahlt sind oder ihr Diensteinkommen ohne Beteiligung der Staatskasse erhalten, für 1904/05 1 061, für 1906/07 1 232. An Beamtenstellen der Eisenbahnverwaltung sind nachgewiesen für 1904/05 6 169, für 1906/07 6 573. Die Gesamtzahl aller etatmäßigen Stellen beträgt hiernach:

für 1904/05 . . . 17 199
für 1906/07 . . . 18 193

Der Aufwand an Gehalt ist für die allgemeine Staatsverwaltung veranschlagt

für 1904/05 auf . . . . . 21 628 940 ℳ.
dagegen für 1906/07 auf . . . . . 23 339 290 „

Im übrigen wird auf den Inhalt der Beilage 6 selbst verwiesen.

In Artikel 8 ist auf die Zusammenstellung der zurzeit gültigen Steuersätze verwiesen, die künftig jeweils auch als Anlage des Finanzgesetzes veröffentlicht werden soll.

Beilage Nr. 1.

Übersicht*)

der

Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung

für die Jahre 1906 und 1907.

1.	2.	3.	4.		5.
	Ordentlicher Etat.				
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich		Außerordentlicher Etat**).
			mehr.	weniger.	
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
Ausgabe.					
A. Staatsministerium.					
Titel I. Großherzogliches Haus	1 881 412	1 881 412	—	—	—
„ II. Landstände	174 880	141 560	33 320	—	—
„ III. Staatsministerium	5 100	5 100	—	—	—
„ IV. Matrikularbeitrag zur Reichskasse	10 657 818	10 496 639	161 179	—	—
„ V. Anteil der Eisenbahnschuldentilgungskasse an den Überschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung	500 000	500 000	—	—	—
„ VI. Aversen für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile	49 790	44 460	5 330	—	--
„ VII. Verschiedene und zufällige Ausgaben	50	50	--	—	—
Summe A	13 269 050	13 069 221	199 829	—	—
B. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.					
Titel I. Ministerium	134 700	136 800	—	2 100	—
„ II. Geheimes Kabinett	62 600	50 200	12 400	—	—
„ III. Gesandtschaft in Berlin	57 070	49 100	7 970	-	—
„ IV. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	70 000	45 500	24 500	—	—
„ V. Verschiedene und zufällige Ausgaben	9 330	12 000	—	2 670	—
			44 870	4 770	
			4 770		
Summe B.	333 700	293 600	40 100		—
C. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.					
Titel I. Ministerium	228 490	212 590	15 900	—	—
„ II. Oberlandesgericht	249 290	241 870	7 420	—	—
„ III. Landgerichte	1 094 800	1 022 910	71 890	—	--
Übertrag	1 572 580	1 477 370	95 210	--	—

*) Der besseren Übersicht wegen ist in dem gegenwärtigen Entwurf auch die Vergleichung mit den seitherigen Budgetsätzen (Spalten 3 und 4) mitaufgenommen; in der endgültigen Fassung des Gesetzes selbst und seiner Anlagen sollen diese Zahlen keine Aufnahme finden.

**) Die einzelnen Anforderungen des außerordentlichen Etats sind in den Unterbeilagen a. und b. nachgewiesen.

1.	2.	3.	4.		5
	Ordentlicher Etat.				
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich		Außerordentlicher Etat.
			mehr.	weniger.	
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
Übertrag . .	1 572 580	1 477 370	95 210	—	—
Titel IV. Staatsanwaltschaft	329 610	309 660	19 950	—	—
„ V. Amtsgerichte	1 831 325	1 756 720	74 605	—	—
„ VI. Notariats- und Grundbuchwesen	2 406 790	2 381 400	25 390	—	—
„ VII. Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege . . .	1 850 010	1 773 580	76 430	—	243 900
„ VIII. Strafanstalten	1 542 813	1 530 171	12 642	—	800 000
„ IX. Kultus	1 095 525	1 079 546	15 979	—	95 000
„ X. Unterrichtswesen	11 167 835	10 515 665	652 170	—	2 411 900
„ XI. Wissenschaften und Künste	333 044	323 664	9 380	—	85 000
„ XII. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	22 750	15 400	7 350	—	—
„ XIII. Verschiedene und zufällige Ausgaben	83 700	81 060	2 640	—	—
Summe C. . .	22 235 982	21 244 236	991 746	—	3 635 800
D. Ministerium des Innern.					
Titel I. Ministerium	333 030	301 350	31 680	—	30 000
„ II. Landeskommissäre	76 450	76 700	—	250	—
„ III. Verwaltungsgerichtshof	70 740	68 880	1 860	—	—
„ IV. Verwaltungshof	232 050	223 100	8 950	—	—
„ V. Generallandesarchiv	48 460	43 060	5 400	—	—
„ VI. Obereichungsamt	5 350	5 120	230	—	—
„ VII. Rheinschiffahrtsbehörden	2 680	2 920	—	240	—
„ VIII. Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze	94 940	84 840	10 100	—	—
„ IX. Bezirksverwaltung und Polizei	6 396 420	6 011 480	384 940	—	1 069 500
„ X. Allgemeine Sicherheitspolizei	1 130 070	1 103 830	26 240	—	—
„ XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten	125 490	119 780	5 710	—	292 000
„ XII. Heil- und Pflegeanstalten	2 603 840	2 337 800	266 040	—	1 100 000
„ XIII. Besserungs- und Erziehungsanstalten	218 610	221 310	—	2 700	27 000
„ XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik	99 900	91 940	7 960	—	15 000
„ XV. Für Förderung der Gewerbe und für gewerbliches Unterrichtswesen	1 047 410	950 160	97 250	—	53 800
„ XVI. Für Förderung der Landwirtschaft	639 500	632 890	6 610	—	474 000
„ XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	5 312 160	5 140 410	171 750	—	936 500
„ XVIII. Verwaltung des Bergwesens	5 450	5 430	20	—	—
„ XIX. Für die geologische Landesaufnahme	37 610	36 850	760	—	—
„ XX. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	32 950	32 160	790	—	—
„ XXI. Verschiedene und zufällige Ausgaben	58 980	52 940	6 040	—	—
			1 032 330	3 190	
			3 190		
Summe D. . .	18 572 090	17 542 950	1 029 140		3 997 800

1.	2.	3.	4		5.
	Ordentlicher Etat.				
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Außerordentlicher Etat.
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
E. Finanzministerium.					
Titel I. Ministerium	163 590	161 500	2 090	—	—
„ II. Landeshauptkasse	61 300	60 440	860	—	—
„ III. Hochbauwesen	521 480	508 230	13 250	—	—
„ IV. Forst- und Domänenverwaltung	6 260 405	6 128 827	131 578	—	627 320
„ V. Salinenverwaltung	683 850	729 881	—	46 031	102 450
„ VI. Steuerverwaltung	6 614 003	6 431 089	182 914	—	248 000
„ VII. Zollverwaltung	3 000 294	2 876 896	123 398	—	235 850
„ VIII. Münzverwaltung	53 167	53 576	—	409	—
„ IX. Allgemeine Kassenverwaltung	15 110	12 380	2 730	—	—
„ X. Schuldentilgung	850 152	2 000 000	—	1 149 848	—
Hierzu Voranschlag der Amortisationskasse: für 1906 / für 1907					
in Ausgabe . . . 1 102 580 ℳ. / 997 580 ℳ.					
in Einnahme . . 1 102 580 „ / 997 580 „					
„ XI. Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben	6 608 290	6 000 780	607 510	—	—
Hierzu Voranschlag der Beamtenwitwenkasse:					
in Ausgabe jährlich . . . . . 3 310 960 ℳ.					
in Einnahme „ . . . . . 3 310 960 „					
„ XII. Allgemeiner Fonds der Großherzoglichen Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art	50 000	50 000	—	—	—
„ XIII. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	42 010	26 120	15 890	—	—
„ XIV. Verschiedene und zufällige Ausgaben	10 400	9 140	1 260	—	—
			1 081 480	1 196 288	
				1 081 480	
Summe E. .	24 934 051	25 048 859		114 808	1 213 620
F. Oberrechnungskammer	124 470	111 380	13 090	—	—
Wiederholung.					
A. Staatsministerium	13 269 050	13 069 221	199 829	—	—
B. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	333 700	293 600	40 100	—	—
C. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	22 235 982	21 244 236	991 746	—	3 635 800
D. Ministerium des Innern	18 572 090	17 542 950	1 029 140	—	3 997 800
E. Finanzministerium	24 934 051	25 048 859	—	114 808	1 213 620
F. Oberrechnungskammer	124 470	111 380	13 090	—	—
			2 273 905	114 808	
			114 808		
Summe der Ausgabe . .	79 469 343	77 310 246	2 159 097		8 847 220
Ordentlicher Etat für beide Jahre . .	158 938 686				
Hierzu Außerordentlicher Etat	8 847 220				
Gesamtsumme der Ausgaben . .	167 785 906				

1.	2.	3.	4.		5.
	Ordentlicher Etat.				
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich		Außerordentlicher Etat.
			mehr.	weniger.	
	ℳ.	ℳ.	ℳ	ℳ.	ℳ.
Einnahme.					
A. Staatsministerium.					
Titel I. Überweisungen aus der Reichskasse	6 266 890	7 895 489	—	1 628 599	—
B. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.					
Titel I. Justizverwaltung	874 390	885 520	—	11 130	—
„ II. Strafanstalten	987 920	999 680	—	11 760	—
„ III. Unterrichtswesen	3 503 650	3 382 360	121 290	—	—
			121 290	22 890	
			22 890		
Summe B. . .	5 365 960	5 267 560	98 400		—
C. Ministerium des Innern.					
Titel I. Bezirksverwaltung und Polizei	1 433 100	1 274 130	158 970	—	—
„ II. Allgemeine Sicherheitspolizei	15 590	11 580	4 010	—	—
„ III. Heil- und Pflegeanstalten	1 954 740	1 759 060	195 680	—	—
„ IV. Besserungs- und Erziehungsanstalten	115 980	125 130	—	9 150	—
„ V. Landesstatistik	500	500	—	—	—
„ VI. Gewerbe	26 950	23 160	3 790	—	—
„ VII. Landwirtschaft	11 270	10 060	1 210	—	25 720
„ VIII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	1 294 970	1 198 530	96 440	—	411 680
„ IX. Geologische Landesaufnahme	800	800	—	—	—
			460 100	9 150	
			9 150		
Summe C. . .	4 853 900	4 402 950	450 950		437 400
D. Finanzministerium.					
Titel I. Forst- und Domänenverwaltung	10 300 526	10 246 283	54 243	—	627 320
„ II. Salinenverwaltung	1 037 137	992 347	44 790	—	—
„ III. Steuerverwaltung:					
1. Direkte Steuern	22 273 238	20 539 721	1 733 517	—	—
2. Indirekte Steuern	16 765 043	16 856 410	—	91 367	—
3. Justiz- und Polizeigefälle	7 637 239	7 391 382	245 857	—	—
4. Verschiedene Einnahmen	514 613	510 233	4 380	—	—
	47 190 133	45 297 746	1 892 387	—	—
„ IV. Zollverwaltung	2 536 048	2 407 114	128 934	—	—
„ V. Münzverwaltung	68 396	63 224	5 172	—	—
„ VI. Allgemeine Kassenverwaltung	2 304 740	2 039 270	265 470	—	199 622
Summe D. . .	63 436 980	61 045 984	2 390 996	—	826 942

1.	2.	3.	4.		5.
	Ordentlicher Etat.				
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich		Außerordentlicher Etat.
			mehr.	weniger.	
	ℳ.	ℳ	ℳ.	ℳ.	ℳ.
E. **Oberrechnungskammer.**	265	462	—	197	—
Wiederholung.					
A. Staatsministerium	6 266 890	7 895 489	—	1 628 599	—
B. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	5 365 960	5 267 560	98 400	—	—
C. Ministerium des Innern	4 853 900	4 402 950	450 950	—	437 400
D. Finanzministerium	63 436 980	61 045 984	2 390 996	—	826 942
E. Oberrechnungskammer	265	462	—	197	—
			2 940 346	1 628 796	
			1 628 796		
Summe der Einnahme	79 923 995	78 612 445	1 311 550		1 264 342
Ordentlicher Etat für beide Jahre	159847990				
Hierzu Außerordentlicher Etat	1 264 342				
Gesamtsumme der Einnahmen	161112332				
verglichen mit der Gesamtsumme der Ausgaben mit	167785906				
ergibt sich ein Gesamtfehlbetrag von	6 673 574				

Unterbeilage a.
zu Beilage Nr. 1.

Nachweisung

der außerordentlichen Ausgaben für 1906|07.

	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
	M.
A. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.	
Titel VII. **Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.**	
§. 1. Erweiterung des Amtsgefängnisses in Heidelberg	180 000
§. 2. Erweiterung der Dienstwohnung des Amtsgerichtsvorstandes in Buchen	8 000
§. 3. Einrichtung der Zentralheizung in das Amtsgerichtsgebäude in Pforzheim	14 000
§. 4 Herstellung einer feuersicheren Treppe im Landgerichtsgebäude in Waldshut	6 900
§. 5. Für die innere Einrichtung des Amtsgerichtsneubaues in Waldkirch	8 000
§. 6. Für die innere Einrichtung der erweiterten Diensträume des Land- und Amtsgerichts in Heidelberg	6 000
§. 7. Anschaffung von Geschäftszimmereinrichtungen für die Notariate	9 000
§. 8. Anschaffung von feuersicheren Urkundenschränken für die Amtsgerichte	4 000
§. 9. Förderung des Stenographieunterrichts für Kanzleibeamte	3 000
§. 10. Zur Honorierung von Richtern, welche mit der Leitung von an Gerichtshöfen für Rechtspraktikanten u. s. w. eingerichteten gemeinsamen praktischen Übungen betraut sind	5 000
Summe Titel VII.	243 900
Titel VIII. **Strafanstalten.**	
§. 1. Landesgefängnis Mannheim: Neubau eines Landesgefängnisses, III. Rate	800 000
Titel IX. **Kultus.**	
§. 1. Beitrag zur Tilgung der Schuld des theologischen Konvikts und des Seminarfonds	20 000
§. 2. Beitrag zu den Kosten der Erstellung eines Dienstgebäudes für den Evangelischen Oberkirchenrat, I. Rate	75 000
Summe Titel IX.	95 000
Titel X. **Unterrichtswesen.**	
I. **Höhere Unterrichtsanstalten.**	
A. Universität Heidelberg	
§. 1. Neubau für die Universitätsbibliothek: Kaufpreis für den Bauplatz nebst Verzinsung	327 400
§. 2. Erweiterung des Küchen- und Maschinenhauses beim akademischen Krankenhaus	140 000
§. 3. Umbau des alten Bibliothekgebäudes	70 000
§. 4. Größere bauliche Herstellungen	30 000
§. 5. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	60 000
§. 6. Zuschuß an die Stadt Heidelberg zur Verzinsung der Aufwendungen wegen Verlegung des Zementwerks von Heidelberg nach Leimen	10 000
§. 7. Zur Förderung des Studiums der Theologie durch Stipendien	6 000
Übertrag	643 400

	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
	ℳ.
Übertrag . .	643 400
B. Universität Freiburg.	
§. 8. Zuschuß für den Neubau eines Kollegienhauses, II. Rate	250 000
§. 9. Hörsaalanbau für das zoologische Institut	69 000
§. 10 Erweiterungsbau für die Augenklinik	150 000
§. 11. Größere bauliche Herstellungen	30 000
§. 12. Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	60 000
§. 13. Zur Verzinsung von Aufwendungen des Grundstocks der Universität und des klinischen Hospitals für Universitätsbauten	44 500
C. Technische Hochschule.	
§. 14. Innere Einrichtung des Erweiterungsbaues für die Maschinenbauschule	20 000
§. 15. Erweiterung der Kraftanlage der elektrischen Zentrale	45 000
§. 16. Ergänzung des Lehrmaterials und der Institutseinrichtungen	20 000
Summe I. . .	1 331 900
II. Mittel- und Volksschulen.	
§. 17. Für den Neubau einer Schülerabortanlage beim Gymnasium in Karlsruhe	20 000
§. 18. Für die Einfriedigung des Schulhofs beim Gymnasium in Mannheim	5 000
§. 19. Zur Ergänzung der inneren Einrichtung des Friedrichsgymnasiums in Freiburg	15 000
§. 20. Für den Neubau eines Lehrerseminars in Freiburg, letzte Rate	500 000
§. 21. Für die innere Einrichtung des neuen Lehrerseminars in Freiburg	100 000
§. 22. Für den Neubau eines Lehrerseminars in Heidelberg, I. Rate	250 000
§. 23. Für größere bauliche Herstellungen in der Taubstummenanstalt in Gerlachsheim	20 000
§. 24. Zur Weiterführung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg	40 000
§. 25 Zur Anschaffung von Musikinstrumenten für die Lehrerbildungsanstalten	20 000
§. 26. Zu Staatsbeihilfen für bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten	100 000
§. 27. Für die innere Einrichtung weiterer Kurse am Vorseminar in Heidelberg	10 000
Summe II. . .	1 080 000
Hierzu „ I. . .	1 331 900
Summe Titel X. . .	2 411 900
Titel XI. Wissenschaften und Künste.	
§. 1. Zur Förderung der Erhaltung und Restaurierung alter Kunst- und Baudenkmäler	40 000
§. 2. Zur Fortführung der Inventarisation und Publikation der Kunstdenkmäler des Großherzogtums	15 000
§. 3. Zur Ergänzung und Verbesserung des Aufbewahrungsmaterials und des Inventars der Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde und des Naturalienkabinetts in Karlsruhe	5 000
§. 4. Zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen	25 000
Summe Titel XI. . .	85 000
Hierzu „ „ VII. . .	243 900
„ „ VIII. . .	800 000
„ „ IX. .	95 000
„ „ X. . .	2 411 900
Summe A. . .	3 635 800

	Vor-anschlag für 1906/07 zusammen.
	ℳ.

B. Ministerium des Innern.

Titel I. **Ministerium.**

§. 1. Für die Ergänzung der inneren Einrichtung des Dienstgebäudes des Ministeriums des Innern	30 000

Titel IX. **Bezirksverwaltung und Polizei.**

§. 1. Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindewege (§ 32 des Straßengesetzes)	350 000
§. 2. Staatsbeiträge zu Hauptverbesserungen an den aus dem Landstraßenverband ausgeschiedenen und den Städten der Städteordnung überwiesenen Straßen	5 000
§. 3. Beihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausführung von Be- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Meliorationen und Regulierungen	10 000
§. 4. Staatsbeitrag zur Enzkorrektion in Pforzheim, IV. Rate	200 000
§. 5. Staatsunterstützung für Flußüberfahrten	2 500
§. 6. Beiträge an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten der Wasserversorgungsanlagen	300 000
§. 7. Erstellung von Dienstwohngebäuden für die Schutzmannschaft in Mannheim, IV. Rate	40 000
§. 8. Erweiterung des Amthauses in Buchen	25 000
§. 9. Erweiterung der Diensträume des Bezirksamts Rastatt	8 000
§. 10. Umbau des Amthauses in Eppingen	30 000
§. 11 Erweiterung der Diensträume des Bezirksamts Freiburg	39 000
§. 12. Ergänzung der Bibliotheken der Bezirksämter, III. Rate	8 000
§. 13. Reisestipendien für Tierärzte	2 000
§. 14. Für Durchführung der Registraturordnung der Bezirksämter vom 31. Dezember 1904, II. Rate	10 000
§. 15. Staatsbeiträge zu den Kosten der ersten Einrichtung von Verbandsabdeckereien, I. Rate	40 000
Summe Titel IX. . .	1 069 500

Titel XI. **Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten.**

§. 1. Beitrag zu dem Aufwand der Idiotenanstalt in Mosbach	20 000
§. 2. Beitrag zum Aufwand der Anstalt für Epileptiker in Kork	20 000
§. 3. Beihilfen zur Erweiterung und Anlage von öffentlichen Krankenanstalten	60 000
§. 4. Beitrag an die Stadt Baden zur Förderung der Kurinteressen	10 000
§. 5. Erweiterung der Bäder in Badenweiler, II. Rate	100 000
§. 6. Größere bauliche Herstellungen in Badenweiler	10 000
§. 7. Staatszuschuß zur Errichtung einer Heilanstalt für weibliche Lungenkranke bei Marzell	50 000
§. 8. Beitrag an den Landesverein für innere Mission zu den Kosten der Neubauten der Erziehungsanstalten „Schwarzacher Hof“ und „Mädchen- und Frauenheim Bretten“ je 6 000 ℳ.	12 000
§. 9 Staatsbeitrag zur Bekämpfung der Tuberkulose	10 000
Summe Titel XI. . .	292 000

Titel XII. **Heil- und Pflegeanstalten.**

§. 1. Errichtung einer Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch, 3. Teilforderung	1 100 000

Titel XIII. **Besserungs- und Erziehungsanstalten.**

§. 1 Entwässerung des polizeilichen Arbeitshauses in Kislau	17 000
§. 2. Für Bauausführungen in der Erziehungsanstalt in Flehingen, 3. Teilforderung	10 000
Summe Titel XIII. . .	27 000

	Vor-anschlag für 1906/07 zusammen.
	M.
Titel XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik.	
§. 1. Bearbeitung der Volkszählung von 1905, II. Rate	15 000
Titel XV. Für Förderung der Gewerbe und das gewerbliche Unterrichtswesen.	
§. 1. Zuschüsse an die Handelskammern auf dem Schwarzwald und im Kreis Konstanz	5 000
§. 2. Neubau der Landesgewerbehalle (Landesgewerbeamt)	10 000
§. 3. Beihilfe zur Beschickung der Kunstgewerbeausstellung in Dresden	12 000
§. 4. Herstellung eines neuen Katalogs der Bibliothek des Landesgewerbeamts	8 500
§. 5. Ergänzung der Einrichtung der Filiale des Landesgewerbeamts in Furtwangen	2 700
§. 6. Einführung der Dampfheizung in den Museumsbau der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, I. Rate	8 000
§. 7. Errichtung eines Tierhauses für den Zeichenunterricht bei der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe	3 000
§. 8. Ergänzung der Vorbildersammlung für die Kunstgewerbeschule in Pforzheim, III. Rate	1 800
§. 9. Einrichtung von 2 weiteren Unterrichtsräumen im Gebäude der Kunstgewerbeschule in Pforzheim	2 800
Summe Titel XV.	53 800
Titel XVI. Für Förderung der Landwirtschaft.	
§. 1. Für den Betrieb der Rinderstammzuchtstationen	60 000
§. 2. Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens	50 000
§ 3. Staatszuschuß für die Rindviehversicherung	230 000
§. 4. Erstellung eines Dienstgebäudes für das tierhygienische Institut in Freiburg, innere Einrichtung, III. Rate	25 000
§. 5. Erbauung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt auf Augustenberg, II. Rate	94 000
§. 6. Rebkultur- und Rebveredlungsversuche auf Augustenberg	5 000
§. 7. Geflügelzuchtanstalt auf Hochburg	10 000
Summe Titel XVI.	474 000
Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.	
§. 1. Herstellung eines Gehwegs an der Landstraße Nr. 163 (Mainaustraße), I Teilforderung	25 000
§. 2. Verbreiterung der Landstraße Nr. 49 in Zell i. W.	5 500
§. 3. Verbesserung der Landstraße Nr. 115 bei Gottenheim	13 300
§. 4. Umbau der Rinnengrabenbrücke bei Oberrimsingen	5 800
§. 5. Umbau der Dreisambrücke in der Landstraße Nr. 114 zwischen Nimburg und Eichstetten	14 400
§ 6 Verbesserung der Landstraße Nr. 299 in St. Georgen und von da bis zum Bahnhof	66 000
§. 7. Umbau der Bleibrücke bei Schönwald, Landstraße Nr. 39	14 000
§. 8. Umbau der Schutterkanalbrücke in Kehl, Landstraße Nr. 2	20 000
§. 9. Instandsetzung der Kinzigbrücke bei Kehl, Landstraße Nr. 2	10 000
§. 10. Umbau der Renchbrücke bei Memprechtshofen, Landstraße Nr. 2	20 000
§. 11. Umbau der Kanalbrücke in Biberach, Landstraße Nr. 28	3 000
§. 12. Verbesserung der Landstraße Nr. 34 zwischen Wolfach und Rippoldsau, I. Teilforderung	64 000
§. 13. Verstärkung der Acherbrücke in Oberachern und in Kappelrodeck, Landstraße Nr. 164	13 600
§. 14. Neubau der Auerbrücke in Pforzheim, Landstraße Nr. 158, I Rate	90 000
§. 15. Umbau der Pfinzbrücke in Singen, Landstraße Nr. 13	28 500
§. 16. Erneuerung des Straßenpflasters in Wiesloch, Landstraße Nr. 1	7 300
§. 17. Verbreiterung der neuen Neckarbrücke in Heidelberg, letzte Teilforderung	234 000
§. 18. Pflasterung der Landstraße Nr. 170 in Weinheim	14 000
Übertrag	648 400

	Vor-anschlag für 1906/07 zusammen.
	ℳ
Übertrag . .	648 400
§. 19. Zuschlag zum Unterhaltungsetat der Landstraßen wegen Einführung der deckenweisen Unterhaltung, letzte Teilforderung	22 000
§. 20. Aufstellung von Ortsentfernungssteinen an den Landstraßen, letzte (III.) Teilforderung	5 000
§. 21. Anschaffung eines weiteren Dampfbaggers	55 000
§. 22. Anschaffung eines neuen Strombereisungsbootes	29 000
§. 23. Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	20 000
§. 24. Erdmagnetische Vermessung des Großherzogtums	3 000
§. 25. Neubau eines Dienstgebäudes für die Wasser- und Straßenbauinspektion und den Bezirksgeometer in Sinsheim	95 000
§. 26. Ankauf des Inspektionsgebäudes in Lahr	52 600
§. 27. Anteil Badens an den Kosten der Einrichtung einer meteorologischen Drachenstation zur Erforschung der höheren Luftregionen am Bodensee	6 500
Summe Titel XVII. . .	936 500
Hierzu „ „ I. . .	30 000
„ „ IX. . .	1 069 500
„ „ XI. . .	292 000
„ „ XII. . .	1 100 000
„ „ XIII. . .	27 000
„ „ XIV. . .	15 000
„ „ XV. . .	53 800
„ „ XVI. . .	474 000
Summe B. . .	3 997 800

C. Finanzministerium.

Titel IV. **Forst- und Domänenverwaltung.**

Für den Grundstock.

§. 1. Instandsetzung des Schlosses in Bruchsal, hier insbesondere der Nebengebäude, I. Anforderung	100 000
§. 2. Bauherstellungen im sogenannten großen Dienerbau des Schlosses in Bruchsal	40 000
§. 3. Bauliche Veränderungen im ehemaligen Kavalierbau des Schlosses in Bruchsal	11 000
§. 4. Errichtung eines im Schloßstil gehaltenen Portal- und Gitterabschlusses am westlichen Ende des oberen Schloßgartens in Bruchsal	19 020
§. 5. Erbauung eines Dienstgebäudes für das Domänenamt und den Bezirksgeometer in Kehl	100 000
§. 6. Neubau eines Domänenamtsgebäudes in Meersburg	95 000
§. 7. Umbau des alten Domänenamtsgebäudes in Meersburg zu einem Kellereigebäude	42 200
§. 8 Neubau eines Ökonomiegebäudes und einiger Nebengebäude auf der Domäne Rheinschanzinsel bei Philippsburg	61 000
§. 9. Erstellung von Feldscheuern zu den drei Straßenheimer Hofgütern	24 000
§. 10. Erstellung eines Doppel-Arbeiterwohnhauses für die Straßenheimer Hofgüter II und III.	28 000
§. 11 Erbauung eines neuen Rindviehstalles und Verbesserung der Wasserleitung für den Gemeinmerkerhof, Gemarkung Kaltbrunn	43 000
§. 12. Neubau eines Forstwartshauses in Haigerach	15 500
§. 13. Neubau eines Forstwartshauses in Sommerau	14 100
§. 14. Erstellung eines Forstwartshauses in Wehr	14 500
§. 15. Zum Ankauf von Kunstgegenständen für die Großherzogliche Kunsthalle aus Anlaß der internationalen Kunstausstellung in Mannheim im Jahre 1907	20 000
Summe Titel IV. . .	627 320

	Vor-anschlag für 1906/07 zusammen.
	ℳ.
Titel V. Salinenverwaltung.	
§. 1. Erbauung eines aus zwei Wohnungen bestehenden Beamtenhauses in Dürrheim	26 200
§. 2. Erstellung eines Solreservoirs in Dürrheim	33 200
§. 3. Erweiterung des Elektrizitätswerks in Dürrheim	20 400
§. 4. Erstellung einer elektrischen Kraftübertragungs- und Beleuchtungsanlage in Dürrheim	9 000
§. 5. Beitrag zu den Kosten der Motorwagenverbindung Donaueschingen—Dürrheim—Schwenningen	2 000
§. 6. Erstellung eines Fahrwegs zwischen der sogenannten Salinenstraße und dem Gasthof zur Saline in Rappenau	1 650
§. 7 Anschaffung einer Reservekraftmaschine für die Solpumpwerks- und die elektrische Licht- und Kraftanlage in Rappenau	10 000
Summe Titel V.	102 450
Titel VI. Steuerverwaltung.	
§. 1. Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes	5 000
§ 2 Überweisung des alten evangelischen Pfarrhauses in Durlach vom Domänen- an den Steueretat	24 600
§. 3. Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Müllheim	75 300
§. 4. Beschaffung eines Dienstgebäudes für die Steuerkommissärsdienste in Pforzheim	110 000
§. 5. Ankauf des Grundstücks für das in der Budgetperiode 1904/05 erstellte Dienstgebäude für die Steuereinnehmereien und für 2 Steuerkommissäre in Freiburg	33 100
Summe Titel VI.	248 000
Titel VII. Zollverwaltung.	
§. 1. Erstellung eines Nebenzollamtsgebäudes in Rheinheim	27 120
§. 2. Wiederaufbau des abgebrannten Stiftsökonomiegebäudes in Säckingen und Abtragung des alten Amtsgefängnisses zur Gewinnung von Gärten	12 100
§ 3. Erwerbung eines Bauplatzes zu einem Nebenzollamtsgebäude in Gottmadingen	5 700
§ 4 Erstellung eines Untersteueramtsgebäudes in Rastatt	125 500
§. 5. Ausstattung der Räume im neuen Zollgebäude am Bahnhof in Pforzheim	3 100
§. 6. Entwässerung des Marstallhofs in Heidelberg	4 400
§. 7. Anschluß der Abortgruben einiger Zollgebäude in Mannheim an die städtische Kanalisation	12 730
§. 8. Bauliche Herstellungen im Hauptsteueramtsgebäude in Karlsruhe zur Unterbringung des Finanzamts daselbst und zu Verbesserungen im Kassenzimmer	4 300
§. 9. Anlage einer Fernsprecheinrichtung und eines elektrischen Läutewerks für die Diensträumlichkeiten der Zollverwaltung im neuen Güterbahnhof in Basel	6 500
§. 10. Ankauf und Herrichten eines Gebäudes in Arlen zur Gewinnung von Dienstwohnungen für Grenzaufseher	30 000
§. 11. Errichtung einer Wahrschau an der Mündung des Mühlauhafens in Mannheim	4 400
Summe Titel VII.	235 850
Hierzu „ „ IV.	627 320
„ „ V.	102 450
„ „ VI	248 000
Summe C.	1 213 620
Hierzu „ A.	3 635 800
„ B.	3 997 800
Summe Ausgabe „Außerordentlicher Etat“	8 847 220

Unterbeilage b.
zu Beilage Nr. 1.

Nachweisung

der außerordentlichen Einnahmen für 1906|07.

	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
	M.
A. Ministerium des Innern.	
Titel VII. **Landwirtschaft.**	
§. 1. Ertrag der Rinderstammzuchtstationen	25 720
Titel VIII. **Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.**	
§. 1. Beiträge der Gemeinden zu dem Aufwand für den Neubau und die Hauptverbesserung der Landstraßen (nach § 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884) und sonstige Beiträge	391 320
§. 2. Beiträge der Rheinuferstaaten zu den Kosten der Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	14 800
§. 3. Sonstige Einnahmen	5 560
Summe Titel VIII . .	411 680
Hierzu „ „ VII. . .	25 720
Summe . .	437 400
B. Finanzministerium.	
Titel I. **Forst- und Domänenverwaltung.**	
Für den Grundstock.	
Ersatz der Grundstocksverwaltung für die in Unterbeilage a. unter C. Titel IV. aufgeführten außerordentlichen Ausgaben	627 320
Titel VI. **Allgemeine Kassenverwaltung.**	
§. 1. Einnahmen von der vormaligen badischen Militärverwaltung und zwar Ersatz an Kasernenbaukosten . .	199 622
Summe B. . .	826 942
Hierzu „ A. . .	437 400
Summe Einnahme „Außerordentlicher Etat“ . .	1 264 342

Beilage Nr. 2.

Voranschlag

des umlaufenden Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung für 1906 und 1907.

Ord.-Zahl.		Aktiven.				Passiven.	Rest der Aktiven.
		Geld-vorrat.	Natural-vorräte.	Aktiv-reste.	Summe.		
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
	A. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.						
1.	Strafanstalten		319 000	90 000		1 000	
	B. Ministerium des Innern.						
2.	Amtskassenverwaltung		—	366 000		36 000	
3.	Heil- und Pflegeanstalten		267 000	23 000		40 000	
4.	Besserungs- und Erziehungsanstalten		50 000	6 000		1 000	
5.	Gewerbe, Landwirtschaft und Statistik . . .		—	96 000		14 000	
6.	Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues		49 000	64 000		3 000	
	C. Finanzministerium.						
7.	Forst- und Domänenverwaltung		144 000	4 333 000		188 000	
8.	Salinenverwaltung		38 000	682 000		464 000	
9.	Steuerverwaltung		—	1 249 000		27 000	
10.	Zollverwaltung		—	86 000		125 000	
11.	Landeshauptkasse		*) 27 000	6 251 000		2 941 000	
	Im ganzen . .	2 700 000	894 000	13 246 000	16 840 000	3 840 000	13 000 000

*) Münzverwaltung.

Begründung.

Nach der Darstellung auf Seite 120 der Rechnungsnachweisungen für 1903/04 war der umlaufende Betriebsfonds am Schlusse des Jahres 1904 wie folgt zusammengesetzt:

1. Geldvorrat		2 712 136 ℳ. 36 ₰.
2. Naturalvorräte		893 649 „ 36 „
3. Aktivreste	14 874 356 ℳ. 10 ₰.	
abzüglich Passivreste	3 839 476 „ 70 „	
sonach restlich		11 034 879 „ 40 „
und betrug daher im ganzen		14 640 665 ℳ. 12 ₰.

Bei obigem Voranschlag sind die Geld- und Naturalvorräte sowie die Passivreste wie bisher nach dem neuesten Stande in abgerundeten Beträgen eingesetzt. Dagegen haben die Aktivreste mit 14 874 356 ℳ. 10 ₰. eine Verminderung erfahren, indem bei den hierunter erscheinenden Kontokorrentguthaben der Landeshauptkasse der, wie angenommen werden darf, für Zwecke des Betriebsfonds nicht unbedingt erforderliche Betrag von . . . . . 1 640 665 „ 12 „

abgesetzt und zur Finanzierung des Haushaltsetats zur Verfügung gestellt worden ist.

Darnach ergibt sich ein umlaufender Betriebsfonds von		13 000 000 ℳ. — ₰.
Gegen den seitherigen Voranschlag mit		9 500 000 „ — „
	sonach mehr . .	3 500 000 ℳ. — ₰.

Hierzu ist zu bemerken:

Der Voranschlag des umlaufenden Betriebsfonds — seit der Budgetperiode 1894/95 auf den jetzigen Betrag festgesetzt hat sich schon seit einigen Jahren als unzureichend erwiesen. Bis jetzt ist von einer Erhöhung des umlaufenden Betriebsfonds abgesehen worden, um bei der seit einer Reihe von Jahren ohnehin schon gespannten Finanzlage durch eine solche Maßnahme die Bilanzierung des Etats nicht noch mehr zu erschweren. Dieses Verfahren war möglich und hat zu Störungen im Kassenbetrieb nicht geführt, so lange die Landeshauptkasse über den im sogenannten eisernen Bestand des Betriebsfonds veranschlagten Betrag hinaus Guthaben bei der Amortisationskasse stehen hatte, die sie zu Betriebsfondszwecken in Anspruch nehmen konnte. Die Verhältnisse des Betriebsfonds sind aber mit der in den letzten Jahren nach und nach eingetretenen Aufzehrung dieser Reserven ganz unhaltbare geworden. Die nicht zur freien Verfügung stehenden Aktivreste sind seit 1893 tatsächlich um rund 4,8 Millionen Mark gestiegen, ohne daß dies bis jetzt in der Veranschlagung des Betriebsfonds voll entsprechende Berücksichtigung gefunden hätte. Hieran sind insbesondere beteiligt: die Forst- und Domänenverwaltung mit 2 230 000 ℳ, die Steuerverwaltung mit 710 000 ℳ, die Landeshauptkasse mit 1 790 000 ℳ. Infolge dieser starken Zunahme der Aktivreste fehlt es dem Betriebsfonds bei seiner jetzigen anschlagmäßigen Höhe an zugreifbaren Mitteln. Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Kassenverkehrs ist daher eine wesentliche Erhöhung des Betriebsfonds nicht mehr länger zu umgehen und zwar ist nach dem Gesagten eine Erhöhung um mindestens 3 500 000 ℳ, also auf 13 000 000 ℳ geboten.

Bei Festsetzung des umlaufenden Betriebsfonds auf 13 000 000 ℳ sind die im Durchschnitt notwendigen Aktivreste der Landeshauptkasse abzüglich der Passivreste nur mit 3 310 000 ℳ in Anschlag gebracht, ein Betrag, der in letzter Zeit öfter tatsächlich nicht mehr ausgereicht hat und bei den großen Umsätzen der Kasse als sehr gering angesehen werden muß. Es bleibt hierbei zu berücksichtigen, daß die Ausgaben, besonders die ordentlichen im großen Durchschnitt gleichmäßiger verteilt sich vollziehen als die Einnahmen und daß für die regelmäßig vorkommenden Zeitabschnitte, in denen die Einnahmen vorübergehend hinter der staatlichen Ausgabegebahrung zurückbleiben, die Landeshauptkasse zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Reserven braucht, die sie zum größten Teile in Kontokorrentguthaben bei der Reichsbank und der Badischen Bank sich zu sichern pflegt. Durch verschiedene Maßnahmen, die zur Herbeiführung einer Ermäßigung der notwendigen Aktivreste bei der Landeshauptkasse in letzter Zeit getroffen worden sind, hofft man mit dem veranschlagten Betrage, der dem umlaufenden Betriebsfonds im Gesamtbetrage von 13 Millionen Mark zugrunde liegt — von ganz vorübergehenden Ausnahmefällen abgesehen, für die unter Umständen die Inanspruchnahme des Schatzanweisungskredits angezeigt wäre — tatsächlich auch auszukommen.

Das Anwachsen der Einnahmerückstände gibt übrigens zu weiteren Bedenken keinen Anlaß; diese Erscheinung ist großenteils die natürliche Folge der Einnahmesteigerung überhaupt, so insbesondere bei der Steuer- und Domänenverwaltung Bei der letzteren Verwaltung wirkt auf Vermehrung der Rückstände hauptsächlich die Befristung der Holzgelder ein.

Eine Verminderung dieser Rückstände wäre daher nur durch Aufhebung oder Abkürzung der althergebrachten Borgfristen für Holzgeldschuldigkeiten und bei der Steuerverwaltung durch Verschärfung der Gefällbetreibung zu erzielen, Maßnahmen, die sich zur Vermeidung von Härten und mit Rücksicht auf einen ungestörten Verlauf des allgemeinen Wirtschaftslebens zur Einführung nicht empfehlen.

Die Steigerung der Aktivreste bei der Landeshauptkasse endlich beruht in der Hauptsache darauf daß im Abrechnungsverfahren mit dem Reich, um den Matrikularbeiträgen innerhalb eines Rechnungsjahres jeweils die Überweisungen für den gleichen Zeitraum gegenüberstellen zu können, diese früher zu Buch gebracht werden müssen, als sie tatsächlich eingehen. So werden die tatsächlich erst im Februar eingehenden Überweisungen für die Monate Oktober bis Dezember noch im Soll der Rechnung des vorhergehenden Jahres gebucht, wodurch am Jahresschluß ein um diese Summe erhöhter Aktivrest entsteht (vergleiche Drucksache Nr. 11 a. des vorigen Landtags) Eine Verschlechterung der tatsächlichen Betriebsfondsverhältnisse ist dadurch nicht eingetreten, denn der Bestand des gesamten Betriebsfonds hat, wie der Abschluß des Jahres 1904 zeigt, in dem man im Anschluß an das Reichsgesetz vom 14. Mai 1904 betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs zu dem neuen Buchungsverfahren übergegangen ist, durch die Buchung von f ü n f statt vier Vierteljahrsraten Überweisungen im Rechnungssoll gleichzeitig eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Beilage Nr. 3.

Nachweisung

der Restbeträge von außerordentlichen Krediten für die allgemeine Staatsverwaltung, für welche in den Jahren 1905 beziehungsweise 1906 und 1907 noch Deckungsmittel vorzubehalten sind.

(Nach dem Stand vom letzten Dezember 1904.*)

	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	Ausgaben.		
	A. **Budgetmäßige Ausgaben.**		
	a. Kreditreste aus der Etatperiode 1902/03.		
	(erlöschen mit dem 31 Dezember 1905; Artikel 13 Absatz 2 Etatgesetz.)		
	III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts		
O.-Z.	Titel VII. **Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.**		
1	Neubau eines Amtsgefängnisses in Säckingen	918	77
2.	Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Weinheim	42 669	16
3.	Erbauung eines Dienstwohngebäudes für die Gerichtsvorstände in Waldshut	968	09
4	Herstellung der Einfriedigung und der Gehwege beim Oberlandesgerichtsgebäude und dem Amtsgefängnis Karlsruhe	1 679	26
5.	Für die innere Einrichtung des Amtsgerichts in Rastatt	99	14
6.	Anschaffung von feuersicheren Urkundenschränken für die Amtsgerichte	1 847	—
	Summe Titel VII.	48 181	42
	Titel VIII. **Strafanstalten.**		
	Landesgefängnis und Weiberstrafanstalt Bruchsal:		
7.	Für die innere Einrichtung der neuen Irrenabteilung	537	80
	Landesgefängnis Mannheim:		
8.	Neubau eines Landesgefängnisses, I. Rate	250 000	—
	Summe Titel VIII.	250 537	80
	Titel X. **Unterrichtswesen.**		
	a. Universität Heidelberg.		
9.	Neubau eines Gebäudes für die Universitätsbibliothek: Verzinsung des Kaufpreises für den Bauplatz und Mietzinsentschädigung	2 164	—
10.	Verbesserung der Abortanlage und der Kanalisation des akademischen Krankenhauses und der Augenklinik	25 754	01
11.	Erweiterung und Verbesserung der Betriebsbauten des akademischen Krankenhauses	6 938	10
12	Errichtung eines Stallgebäudes für das hygienische Institut	8 850	66
13.	Zuschuß zur Herausgabe der Matrikel der Universität Heidelberg von 1704 bis 1870	7 825	—
14.	Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	31	83
15.	Größere bauliche Herstellungen und Verbesserungen an Universitätsgebäuden	6 166	67
16.	Erstellung eines Absonderungshauses für die medizinische Klinik in Heidelberg	2 819	75
	Übertrag	60 550	02

*) Außerdem sind noch die in den Jahren 1904 und 1905 erteilten Administrativkredite aufgenommen.

	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	Übertrag . .	60 550	02
O.-Z.	b. Universität Freiburg.		
17.	Neubau eines Gebäudes für die Universitätsbibliothek: Für die innere Einrichtung, II. (letzte) Rate . .	20 179	82
18.	Adaptierung der Räume im alten Bibliothekgebäude sowie im dritten Stock des Kollegiengebäudes . .	238	64
19.	Erweiterung des chemischen Laboratoriums — philosophische Abteilung	3 071	12
20.	Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	51	15
21.	Größere bauliche Herstellungen und Verbesserungen an Universitätsgebäuden	3 410	95
	c. Technische Hochschule.		
22.	Ergänzung des Lehrmaterials und der Institutseinrichtungen	6 162	90
23.	Größere bauliche Herstellungen	12 223	03
	d. Mittel- und Volksschulen.		
24.	Erstellung eines Gebäudes für eine weitere Lehrerbildungsanstalt, I. Rate	198 461	35
25.	Erweiterungsbau der Blindenerziehungsanstalt in Ilvesheim	17 080	28
	e. Gewerbliche Unterrichtsanstalten.		
26.	Ergänzung der Vorbildersammlung für die Kunstgewerbeschule in Pforzheim, I. Rate	1 742	50
27.	Erweiterung des Gebäudes der Baugewerkeschule, Schlußrate	12 742	33
	Summe Titel X. .	335 914	09
	Titel XI. **Wissenschaften und Künste.**		
28.	Staatliche Unterstützung zur Erhaltung und Restaurierung alter Kunst- und Baudenkmäler	7 285	54
29.	Fortführung der Inventarisation und Publikation der Kunstdenkmäler des Großherzogtums	50	—
30.	Größere bauliche Herstellungen in den Gebäuden der Akademie der bildenden Künste	394	16
31.	Größere bauliche Herstellungen in den Gebäuden der Sternwarte in Heidelberg	330	57
	Summe Titel XI. .	8 060	27
	Hierzu „ „ VII. .	48 181	42
	„ „ VIII. .	250 537	80
	„ „ X. .	335 914	09
	Summe III. .	642 693	58
	IV. Ministerium des Innern.		
	Titel V. **Generallandesarchiv.**		
32.	Drucklegung von Archivinventaren, III. Rate	2 000	—
	Titel IX. **Bezirksverwaltung und Polizei.**		
33.	Staatsbeiträge zu Hauptverbesserungen an den aus dem Landstraßenverband ausgeschiedenen und den Städten der Städteordnung überwiesenen Straßen	5 000	—
34.	Neubau eines Amthauses in Mannheim, II Rate	1 201	65
35.	Erstellung von Dienstwohngebäuden für die Schutzmannschaft in Mannheim, II. Rate	44 445	57
36.	Vergrößerung der Polizeiwachtstube in Baden	2 220	93
	Summe Titel IX. .	52 868	15

O.-Z.	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	Titel XI. Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten.		
37.	Erweiterung der Badanstalten und sonstige bauliche Herstellungen in Badenweiler	8 734	96
38.	Beihilfen zur Anlage und Erweiterung von öffentlichen Krankenanstalten	45 500	—
39.	Erweiterung der Kaltwasserleitung des Badfonds in Badenweiler	27 558	67
	Summe Titel XI.	81 793	63
	Titel XII. Heil- und Pflegeanstalten.		
40.	Verlegung der Küche und Waschküche sowie des Elektrizitätswerks und Einrichtung der Warmwasserversorgung in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, I. Rate	21 489	28
41.	Errichtung einer Irren-, Heil- und Pflegeanstalt mit Ackerbaukolonie bei Emmendingen	8 044	81
	Summe Titel XII.	29 534	09
	Titel XIII. Besserungs- und Erziehungsanstalten.		
	Polizeiliches Arbeitshaus.		
42.	Bauliche Veränderungen im Anstaltsgebäude	219	64
43.	Umbau der Schloßmühle in Kislau	961	29
	Summe Titel XIII.	1 180	93
	Titel XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik.		
44	Herstellung des Manuskripts und Drucklegung der Ergebnisse der Berufs- und gewerbestatistischen Aufnahme vom 14. Juni 1895	8 111	49
	Titel XV. Für Förderung der Gewerbe.		
45.	Ergänzung der Einrichtung der Bibliothek der Landesgewerbehalle und Druck eines Nachtrags zum Bibliothekskatalog sowie Ergänzung der Sammlungen	1 095	90
	XVII. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.		
46.	Verbesserung der Randensteige in der Landstraße Nr. 28	450	45
47.	Zuschlag zum Unterhaltungsetat der Landstraßen wegen Einführung der deckenweisen Unterhaltung	40 395	08
48	Aufstellung von Ortsentfernungssteinen an den Landstraßen, I. Rate	80	52
49.	Austiefung des Meersburger Hafens	7 066	88
50.	Verbesserung des Dammschutzes der Stadt Mannheim	1 060	74
51.	Umbau der Jungbuschbrücke über den Verbindungskanal am Mannheimer Hafen und Errichtung eines erhöhten Fußgängersteges daselbst	8 127	38
52.	Rheinregulierung zwischen Sondernheim und Straßburg, I. Rate	900 000	—
53.	Örtliche Untersuchungen und Studien, betreffend die Anlegung von Nutzwasserbecken	5 229	37
54	Erstellung eines Dienstgebäudes für die Wasser- und Straßenbauinspektion Emmendingen	24 629	30
55.	Erstellung eines Dienstgebäudes für die Wasser- und Straßenbauinspektion und für den Bezirksgeometer in Rastatt	38 033	60
56.	Für die Beschaffung von Bureaueinrichtungen für die Bezirksgeometer	1 596	04
	Summe Titel XVII.	1 026 669	36

O.-Z.	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	Titel XVIII. Bergwesen.		
57.	Grabungen behufs Gewinnung weiteren Thermalwassers und chemische Untersuchung des Thermalwassers in Baden-Baden	4 110	35
	Hierzu Summe Titel V.	2 000	—
	„ „ IX.	52 868	15
	„ „ XI.	81 793	63
	„ „ XII.	29 534	09
	„ „ XIII.	1 180	93
	„ „ XIV.	8 111	49
	„ „ XV.	1 095	90
	„ „ XVII.	1 026 669	36
	Summe IV.	1 207 363	90
	V. Finanzministerium.		
	Titel III. Hochbauwesen.		
58.	Erstellung eines Dienstgebäudes für die Bezirksbauinspektion und die Wasser- und Straßenbauinspektion Emmendingen	24 629	29
	Titel IV. Forst- und Domänenverwaltung.		
	Für den Grundstock.		
59.	Für die Restaurierung des Außern des Schloßgebäudes in Mannheim, V. Anforderung	71 623	22
60.	Für das Heidelberger Schloß	13 329	03
61.	Instandsetzung des Wohnungsanbaues am nördlichen Seitenflügel des Schlosses in Rastatt	3 840	61
62.	Verlegung des Bezirksamts Bruchsal in das Schloß daselbst	24 433	94
63	Erstellung eines Dienstgebäudes für das Forstamt Freiburg	1 460	30
64.	Erstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Forstamt Todtnau	6 931	40
65.	Erstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Forstamt Wiesloch	1 405	30
66.	Erweiterung des Forstamtsgebäudes in Kirchzarten	1 037	20
67.	Erbauung eines Forstwartshauses in Wilferdingen	581	75
	Summe Titel IV.	124 642	75
	Titel V. Salinenverwaltung.		
68.	Erstellung einer elektrischen Kraftübertragungs- und Beleuchtungsanlage in Dürrheim Ein auf Ende 1905 nicht verwendeter Betrag von 9 000 M. ist unter § 4 des außerordentlichen Etats des Salinenbudgets für 1906/07 neu angefordert.	126 000	—
	Titel VI. Steuerverwaltung.		
69	Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes	14 176	50
70.	Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Hornberg	8 032	09
71.	Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Villingen	11 235	32
	Summe Titel VI.	33 443	91

Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
O.-Z. Titel VII. **Zollverwaltung.**		
72. Neubau einer Zollniederlage mit Abfertigungsraum in Bruchsal	21 599	29
73. Ankauf und bauliche Herstellung eines Anwesens zur Unterbringung des Hauptsteueramts in Pforzheim	41 978	08
74 Neubau eines Nebenzollamtsgebäudes in Schusterinsel	10 896	60
75. Neubau eines Dienstwohngebäudes in Grenzach	11 233	36
76 Neubau eines Dienstwohngebäudes in Wyhlen	12 996	20
77. Neubau eines Dienstgebäudes für das Nebenzollamt in Inzlingen	11 696	94
78. Neubau eines Dienstwohngebäudes in Schaffhausen	453	34
79. Neubau zweier Dienstwohngebäude in Meersburg	6 613	09
Summe Titel VII.	117 466	90
Hierzu „ „ III.	24 629	29
„ „ IV.	124 642	75
„ „ V.	126 000	—
„ „ VI.	33 443	91
Summe V.	426 182	85
Hierzu „ III.	642 693	58
„ IV.	1 207 363	90
Summe a. Kreditreste aus der Etatperiode 1902/03	2 276 240	33
b. Kreditreste aus der Etatperiode 1904/05.		
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.		
80. Wegen Auflösung des zwischen Baden und Hessen bestehenden Kondominats über die Gemeinde Kürnbach	175 000	—
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.		
Titel VII. **Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.**		
81. Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Mannheim, III. Rate	178 637	74
82. Für die Ergänzung der inneren Einrichtung des Amtsgerichtsgebäudes in Mannheim	30 000	—
83. Für die innere Einrichtung des Amtsgerichtsgebäudes in Weinheim	7 500	—
84. Für die innere Einrichtung des neuen Amtsgefängnisses in Säckingen	2 540	32
85. Für Anschaffung von Geschäftszimmereinrichtungen der Notariate	8 246	44
86. Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Waldkirch	151 728	81
87. Erwerbung eines Bauplatzes für ein Amtsgefängnis in Breisach	3 312	15
Summe Titel VII.	381 965	46
Titel VIII. **Strafanstalten.**		
88 Männerzuchthaus Bruchsal: Umdecken der Dächer der 4 Zellenflügel und des Mittelbaues sowie der Beamtenwohnungen A und B.	43 771	20
89. Landesgefängnis und Weiberstrafanstalt Bruchsal: Überwölbung des Stadtgrabenkanals auf dem Gebiete der Weiberstrafanstalt von der Anstaltskirche bis zum Turm	10 000	—
90 Landesgefängnis Mannheim: Neubau eines Landesgefängnisses, II. Rate	700 000	—
Summe Titel VIII	753 771	20

Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
O.-Z.		
Titel XIII. Besserungs- und Erziehungsanstalten.		
143. Erneuerung der Wasserversorgung der Erziehungsanstalt Flehingen	4 926	76
144 Bauausführungen in der Anstalt Flehingen, II. Rate	28 489	37
Summe Titel XIII.	33 416	13
Titel XIV. Für Bearbeitung der Landesstatistik.		
145. Bearbeitung der Volkszählung 1905, I. Rate	9 864	45
146. Erhebungen über die liegenschaftliche Verschuldung	19 242	43
Summe Titel XIV.	29 106	88
Titel XV. Für Förderung der Gewerbe.		
147. Zuschüsse an die Handelskammern auf dem Schwarzwald und im Kreis Konstanz	3 200	—
Titel XVI. Für Förderung der Landwirtschaft.		
148. Für den Betrieb der Rinderstammzuchtstationen	55 558	38
149. Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens	29 990	—
150. Staatszuschuß für die Rindviehversicherung	134 526	53
151. Erstellung eines Dienstgebäudes für das tierhygienische Institut in Freiburg einschließlich der innern Einrichtung, II. Rate	108 720	31
152. Erbauung von Schweineställen mit Getreidespeicher auf Hochburg	14 166	87
153. Erbauung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt auf Augustenberg	181 950	36
154. Rebkultur- und Rebveredlungsversuche auf Augustenberg	7 500	—
Summe Titel XVI.	532 412	45
Titel XVII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.		
155. Umbau der Aachbrücke in Aach	15 127	40
156. Verbesserung der Landstraße am südlichen Ausgang von Bonndorf	12 613	52
157. Umbau der Schlüchtbrücke bei Gurtweil	45 965	40
158. Verstärkung der Schlüchtbrücke in der Landstraße Nr. 48	5 515	64
159. Rheinbrücke Rheinheim-Zurzach, badischer Anteil	110 000	—
160. Verbesserung an der Landstraße Nr. 48 bei Albbruck	8 013	88
161. Verbesserung der Landstraße Nr. 112 (Albtalstraße), III. Rate	14 905	26
162. Verbesserung der Landstraße Nr. 54 zwischen Stühlingen und Weizen an der Breschnegg	21 384	83
163. Verbesserung der Landstraße Nr. 51 zwischen Rothaus und Steinasäge, Kohlhaldesteige	109 181	76
164 Verbreiterung der Landstraße Nr. 36 in Waldkirch	15 600	—
165. Verstärkung der Fahrbahn der Landstraße Nr. 34, Gutach-Freudenstadt	6 316	36
166. Umbau der Flutbrücke in der Landstraße Nr. 128 bei Greffern	48 183	25
167. Verstärkung der Leimbachbrücke in Wiesloch	8 800	—
168. Verbreiterung der Neckarbrücke in Heidelberg, I. Rate	169 967	—
169. Verbesserung der Landstraße Nr. 6 Wertheim-Mergentheim bei der Theilbacher-Mühle	15 643	72
170. Zuschlag zum Unterhaltungsetat der Landstraßen wegen Einführung der deckenweisen Unterhaltung	50 000	—
171. Aufstellung von Ortsentfernungssteinen an den Landstraßen, II Rate	5 000	—
172. Anschaffung von 2 Klappschiffen für die Instandhaltung des Kehler Hafens	2 952	05
173. Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	10 003	40
174 Für hydrographische Untersuchungen zur Förderung der Wasserwirtschaft	5 000	—
175. Bauliche Verbesserung der Straßenmeisterwohnung in Villingen	5 000	—
176 Entwässerung der Dienstgebäude bei der Kammerschleuse am Mühlauhafen in Mannheim	4 600	—
177. Errichtung eines Dienstgebäudes für den Bezirksgeometer und für den Straßenmeister in Boxberg	24 018	65
Summe Titel XVII.	713 792	12

O.-Z.	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	Titel XVIII. Verwaltung des Bergwesens.		
178.	Quellenschürfungen in Baden und Badenweiler	5 000	—
	Hierzu Summe Titel IX	744 150	31
	„ „ XI	112 210	—
	„ „ XII	955 396	30
	„ „ XIII	33 416	13
	„ „ XIV	29 106	88
	„ „ XV	3 200	—
	„ „ XVI	532 412	45
	„ „ XVII	713 792	12
	Summe IV	3 128 684	19
	V. Finanzministerium.		
	Titel III. Hochbauwesen.		
179	Neubau eines Dienstgebäudes für die Oberrechnungskammer, den Verwaltungsgerichtshof und das Generallandesarchiv, Schlußrate	664 604	89
180.	Erstellung eines Dienstgebäudes für die Bezirksbauinspektion Freiburg	86 710	36
181.	Erweiterung der Diensträume des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	8 000	—
	Summe Titel III	759 315	25
	Titel IV. Forst- und Domänenverwaltung.		
	Für den Grundstock.		
182.	Renovation des Äußern des Schlosses in Rastatt, IV. Anforderung	102 998	54
183.	Instandsetzung der noch nicht hergestellten Wohnungen in den beiden Flügeln des Schlosses in Rastatt und Kanalisation des Schlosses	122 441	86
184.	Renovation des Äußern des Schlosses in Bruchsal, III. Anforderung	118 211	50
185	Entwässerung des Schloßgebiets in Bruchsal, Verbesserung der Gehwege samt Entwässerung des anstoßenden Geländes und Herstellung der Brüstungen bei den Gräben in der Schönbornstraße	70 546	42
186.	Instandsetzung der Großherzoglichen Sternwarte in Mannheim im Äußern und Innern	53 000	—
187	Neubau eines Dienstgebäudes für das Domänenamt Wiesloch	64 000	—
188.	Erstellung eines Doppelforsthauses in Donaueschingen	111 450	22
189.	Erstellung neuer Dienstgebäude für die beiden Forstämter Forbach I. und Herrenwies in Forbach	92 938	72
190.	Neubau eines Dienstgebäudes für das Forstamt Jestetten	40 500	—
191.	Erstellung eines Dienstgebäudes für das Forstamt Löffingen	50 113	—
192.	„ „ „ „ „ „ St Märgen	47 340	—
193.	„ „ „ „ „ „ Schluchsee	45 000	—
194.	„ „ „ „ „ zweite Forstamt Staufen	46 800	—
195.	„ „ „ „ „ Forstamt Wollbach in Lörrach	51 997	80
196.	Vergrößerung des Dienstgebäudes für das Forstamt Gernsbach	7 237	89
197.	„ „ „ „ „ „ Neustadt	8 515	75
	Übertrag	1 033 091	70

Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
D.-Z. Übertrag . .	1 033 091	70
198. Erstellung eines Dienstgebäudes für den Güteraufseher in Beuggen	9 682	79
199. „ „ „ „ „ „ „ Holzhausen	8 134	04
200. „ „ „ „ einen Forstwart in Altneudorf	13 500	—
201. „ „ Forstwartshauses in Hesselhurst	14 400	—
202. „ „ „ „ Hüttersbach bei Gengenbach	14 400	—
203. „ „ „ „ Freiamt-Reichenbach	6 130	57
204. „ „ „ „ Ziegelhausen	13 500	—
205. „ „ „ „ Gereuth	9 242	90
206. Für den Wiederaufbau der abgebrannten Gebäulichkeiten der Brauerei Rothaus	139 168	74
207. Für Erweiterung der Wasserleitung der Brauerei Rothaus	16 000	—
208. Für Holzabfuhrwege	245 484	11
209. Ablieferung der Brandentschädigung für die Brauerei Rothaus an die Grundstocksverwaltung	99 934	—
Summe Titel IV. . .	1 622 668	85
Titel V. Salinenverwaltung.		
210. Erstellung einer Zimmer- und Schreinerwerkstätte in Dürrheim	15 500	—
211. Erbauung von Arbeiterwohnungen in Dürrheim	21 022	44
212. Wasserversorgungsanlage in Dürrheim	4 781	21
213. Erbauung weiterer Solreservoirs in Rappenau	33 899	40
214. Erstellung eines neuen Bohrlochs für die Saline Rappenau	16 000	—
215. Erbauung eines Geschirr- und Materialmagazins in Rappenau	256	22
216. Erstellung von Arbeiterwohnhäusern in Rappenau	16 000	—
Summe Titel V. . .	107 459	27
Titel VI. Steuerverwaltung.		
217. Kosten der Neueinschätzung der Waldungen, Grundstücke und Gebäude, III. Anforderung	141 515	95
218. Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Mosbach	75	44
219. Erstellung eines Dienstgebäudes für die Steuereinnehmereien und für 2 Steuerkommissäre in Freiburg	79 437	23
Summe Titel VI. . .	221 028	62
Titel VII. Zollverwaltung.		
220. Verbesserung der zolleigenen Lagerplätze in Unteruhldingen	2 300	—
221. Herstellung einer Waschküche zu dem alten Dienstwohngebäude für Grenzaufseher in Singen	1 660	80
222. Erstellung eines Nebengebäudes beim Nebenzollamtsgebäude Öhningen und Verbesserungen im Hauptgebäude	3 000	76
223. Erwerbung eines Bauplatzes zur Erstellung eines Nebenzollamtsgebäudes in Büßlingen	15	—
224. Erwerbung eines Bauplatzes zur Erstellung eines Nebenzollamtsgebäudes in Rheinheim	50	20
225. Erwerbung des domäneneigenen sogenannten Neuhauses bei Beuggen und Erstellung eines Stallgebäudes samt Waschküche daselbst	37 625	—
226. Ausstattung der Diensträume der Zollverwaltung im Verwaltungsgebäude des neuen badischen Güterbahnhofs in Basel	12 000	—
227. Erwerbung eines Bauplatzes für das neue Nebenzollamtsgebäude in Leopoldshöhe	5 987	40
Übertrag . .	62 639	16

Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
O.-Z. Übertrag . .	62 639	16
228. Umbau der Niederlage beim Hauptsteueramtsgebäude in Freiburg zu Diensträumen und Verbesserung der Abortanlage	8 995	–
229. Bauliche Veränderungen in den Niederlageräumen des Hauptsteueramts zu Karlsruhe und den zugehörigen Dienstzimmern im I Stock des Gebäudes	4 928	—
Summe Titel VII. . .	76 562	16
Hierzu „ „ III. . .	759 315	25
„ „ IV. . .	1 622 668	85
„ „ V. . .	107 459	27
„ „ VI. . .	221 028	62
Summe V. . .	2 787 034	15
VI. Oberrechnungskammer.		
230. Umzugskosten vom bisherigen in das neue Dienstgebäude und für Verlegung des Rechnungsarchivs von Bruchsal nach Karlsruhe	3 217	—
Summe VI. . .	3 217	—
Hierzu „ II. . .	175 000	—
„ III. . .	3 066 603	93
„ IV. . .	3 128 684	19
„ V. . .	2 787 034	15
Summe b. Kreditreste aus der Etatperiode 1904/05 . .	9 160 539	27
„ a. „ „ „ „ 1902/03 . .	2 276 240	33
Summe A. Budgetmäßige Ausgaben . .	11 436 779	60
B. Im Administrativweg verwilligte Kredite.		
a. Kreditreste aus der Etatperiode 1902/03.		
b. Kreditreste aus der Etatperiode 1904/05.		
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.		
Titel VII. **Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.**		
231. Erweiterung der Diensträume im Land- und Amtsgerichtsgebäude in Heidelberg	90 000	—
Titel X. **Unterrichtswesen.**		
232. Für bauliche Herstellungen in der Universitäts-Frauenklinik in Freiburg sowie für die Vervollständigung und Ergänzung der apparativen Ausstattung und inneren Einrichtung der Klinik 70 000 M. + 39 520 M. =	109 520	—
233. Zur Erstellung eines Stockaufbaues auf den einstöckigen Erweiterungsanbau des chemisch-technischen Instituts der Technischen Hochschule	20 000	—
Summe Titel X . .	129 520	
Summe III. . .	219 520	—

O.-Z.	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	IV. Ministerium des Innern.		
	Titel V. **Generallandesarchiv.**		
234.	Zur Bestreitung des Mehraufwands für die Ordnungsarbeiten im Generallandesarchiv, der Kosten des Umzugs in das neue Dienstgebäude sowie zur Bewilligung außerordentlicher Belohnungen für die beim Umzug beteiligt gewesenen Beamten	14 100	—
	Titel IX. **Bezirksverwaltung und Polizei.**		
235.	Durchführung der Amtsregistraturordnung vom 31. Dezember 1904	8 000	—
	Titel XII. **Heil- und Pflegeanstalten.**		
236.	Erstellung einer Beobachtungsstation auf der Frauenseite der Heil- und Pflegeanstalt Illenau	150 000	—
237.	Für die Einrichtung einer Fernheizungsanlage in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch	200 000	—
238.	Umbau der Weiherschloß-Wasserleitung in der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen	9 000	—
239.	Erstellung eines Teils des Werkstättengebäudes der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch	46 000	—
	Summe Titel XII.	405 000	—
	Titel XVII. **Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.**		
240.	Aufwand für die infolge von Hochwasserbeschädigungen nötig gewordenen, unverschieblichen größeren Herstellungen von Landstraßen in den Amtsbezirken Meßkirch und Stockach	90 000	—
241.	Ausführung der zur Verbreiterung der neuen Neckarbrücke in Heidelberg erforderlichen gesamten Steinbauarbeiten	100 000	—
	Summe Titel XVII.	190 000	—
	Hierzu „ „ V.	14 100	—
	„ „ IX.	8 000	—
	„ „ XII.	405 000	—
	Summe IV.	617 100	—
	V. Finanzministerium.		
	Titel III **Hochbauwesen.**		
242	Bauliche Herstellungen im Münzgebäude aus Anlaß der Verlegung der Bezirksbauinspektion Karlsruhe in dieses Gebäude	15 000	—
243.	Umbau und Erweiterung des Ständehauses	528 500	—
244.	Erweiterung und Instandstellung der Diensträume des Ministeriums des Innern	130 000	—
	Summe Titel III.	673 500	—
	Titel IV. **Forst- und Domänenverwaltung.**		
245.	Verbesserung der Abortverhältnisse im rechten Flügel des Mannheimer Schlosses	14 550	—
246.	Erstellung von zwei Rebmannswohnungen in Meersburg	24 350	—
247.	Staatsbeitrag zum Bahnbau Kappel—Bonndorf	35 000	—
248.	Instandsetzung des Ballhauses beim Großherzoglichen Schloß in Mannheim	66 200	—
	Summe Titel IV.	140 100	—

O.-Z.	Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
	Titel V. **Salinenverwaltung.**		
249.	Erstellung von Gleisanlagen und Verladeeinrichtungen für die Saline Dürrheim	42 807	83
	Titel VII **Zollverwaltung.**		
250.	Erwerbung eines Bauplatzes zur Erstellung von Dienstwohngebäuden in Erzingen	6 600	—
	Summe Titel III. . .	673 500	—
	„ „ IV. . .	140 100	—
	„ „ V. . .	42 807	83
	„ „ VII. .	6 600	—
	Summe V. .	863 007	83
	Hierzu „ III. . .	219 520	—
	„ IV. . .	617 100	—
	Summe b. Kreditreste aus der Etatperiode 1904/05 . .	1 699 627	83
	Hierzu „ a. „ „ „ „ 1902/03 . .	—	—
	Summe B. Im Administrativwege verwilligte Kredite . .	1 699 627	83
	„ A. Budgetmäßige Ausgaben	11 436 779	60
	Summe der Ausgabe . .	13 136 407	43
	Einnahmen.		
	a. Von der Etatperiode 1902|03.		
	IV. Ministerium des Innern.		
	Titel VIII. **Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.**		
1.	Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der Straßenneubauten nach § 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884 und sonstige Beiträge	15 650	—
	V. Finanzministerium.		
	Titel I. **Forst- und Domänenverwaltung.**		
	Vom Grundstock.		
2.	Ersatz der Grundstocksverwaltung für die unter O.-Z. 59—67 der Ausgabekredite bezeichneten Kosten .	124 642	75
	Titel IV. **Zollverwaltung.**		
3.	Verwertung des der Zollverwaltung gehörigen Anwesens in Pforzheim	211 754	20
	Summe a. Von der Etatperiode 1902/03 . .	352 046	95
	b Von der Etatperiode 1904|05.		
	III Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.		
	Titel I. **Justizverwaltung.**		
4.	Kaufpreis der Stadt Mannheim für den an sie abgetretenen Teil des früheren Gymnasiumsgebäudes .	240 000	—

Betreff.	Betrag des Kreditrestes. M.	Pf.
IV. Ministerium des Innern.		
O.-Z. Titel VIII. **Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.**		
5. Beiträge der Gemeinden zu den Kosten der Straßenneubauten nach § 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884 und sonstige Beiträge	174 396	67
6. Beiträge der Rheinuferstaaten zu den Kosten der Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	4 398	87
7. Sonstige Einnahmen	5 378	35
Summe IV.	184 173	89
V. Finanzministerium.		
Titel I. **Forst- und Domänenverwaltung.**		
Für den Grundstock.		
8. Ersatz der Grundstocksverwaltung für die unter O.-Z. 182–209 und 245—248 der Ausgabekredite bezeichneten Kosten	1 762 768	85
9. Brandentschädigung für die zerstörten Gebäude der Brauerei Rothaus	99 934	—
Summe Titel I.	1 862 702	85
Titel VI. **Allgemeine Kassenverwaltung.**		
10. Einnahme von der vormaligen badischen Militärverwaltung und zwar Ersatz an Kasernenbaukosten	99 811	—
Summe V.	1 962 513	85
VI. Oberrechnungskammer.		
11. Erlös aus abgängigen Materialien und Geräten	1 100	—
Hierzu Summe III.	240 000	—
„ IV.	184 173	89
„ V.	1 962 513	85
Summe b. Von der Etatperiode 1904/05	2 387 787	74
Hierzu „ a. „ „ „ 1902/03	352 046	95
Summe der Einnahme	2 739 834	69
Vergleichung.		
Kreditreste von außerordentlichen Ausgaben	13 136 407	43
Reste von außerordentlichen Einnahmen	2 739 834	69
Es bleiben daher noch zu decken	10 396 572	74

Beilage Nr. 4.

Ausgeschiedene Verwaltungszweige.

Zusammenstellung

der Spezialbudgets für 1906 und 1907.

1.	2.	3.	4.
	Ordentlicher Etat.		
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
A Verkehrsanstalten.*)				
I. Eisenbahnbetriebsverwaltung.				
a. Ausgabe.				
Titel I. Gehalte und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten	12536 600	11541 700	994 900	—
„ II. Andere ständige persönliche Ausgaben und Löhne	11560 900	11438 600	122 300	—
„ III. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, sowie andere Nebenbezüge	4616 000	4441 100	174 900	—
„ IV. Für Wohlfahrtszwecke	3002 900	2697 700	305 200	—
„ V. Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände, sowie für Beschaffung von Betriebsmaterialien	10386 400	9640 500	745 900	—
„ VI. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen	10803 700	11020 500	—	216 800
„ VII. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und maschinellen Anlagen	7282 000	7123 500	158 500	—
„ VIII. Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten	1003 000	1059 500	—	56 500
„ IX. Für Benützung fremder Betriebsmittel	2081 000	2213 000	—	132 000
„ X. Verschiedene Ausgaben	618 700	562 200	56 500	—
			2558 200	405 300
			405 300	
Summe der Ausgabe	63891 200	61738 300	2152 900	
b. Einnahme.				
Titel I. Personen- und Gepäckverkehr	24894 000	23870 300	1023 700	—
„ II. Güterverkehr	49597 000	44107 700	5489 300	—
„ III. Für Überlassung von Bahnanlagen und Leistungen für Dritte	1878 200	1790 000	88 200	—
„ IV. Für Überlassung von Betriebsmitteln	2027 000	1949 000	78 000	—
„ V. Erträge von Veräußerungen	1917 000	2036 200	—	119 200
„ VI. Verschiedenes	1675 000	1488 100	186 900	—
			6866 100	119 200
			119 200	
Summe der Einnahme	81988 200	75241 300	6746 900	
Verglichen mit der Summe der Ausgabe mit	63891 200	61738 300	2152 900	
Bleibt Einnahmeüberschuß von	18097 000	13503 000	4594 000	

*) Der besseren Übersicht wegen ist in dem gegenwärtigen Entwurf auch die Vergleichung mit den seitherigen Budgetsätzen (Spalten 3 und 4) mit aufgenommen. Bei der Gesetzausgabe selbst bleiben diese Zahlen außer Betracht.

1.	2.	3.	4.	
	Ordentlicher Etat.			
	Für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.	Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
II. Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung.				
a. Ausgabe.				
Titel I. Gehalte und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten	109 500	99 600	9 900	—
„ II. Andere persönliche Ausgaben	93 300	102 650	—	9 350
„ III. Allgemeine sachliche Ausgaben	5 640	5 740	—	100
„ IV. Bauliche Unterhaltung der Anlagen auf dem Lande	5 700	1 500	4 200	—
„ V. Bauliche Unterhaltung der Schiffe und Zubehör	86 000	92 100	—	6 100
„ VI. Schiffahrt und Transport	144 000	150 000	—	6 000
„ VII. Staatsbeitrag zur Unterhaltung eines Dampfschiffbetriebs auf dem Untersee und eines Motorschiffbetriebs zwischen Bodman und Ludwigshafen	17 700	15 700	2 000	—
			16 100	21 550
				16 100
Summe der Ausgabe	461 840	467 290		5 450
b. Einnahme.				
Titel I. Transportgefälle	391 000	378 000	13 000	—
„ II. Sonstige Einnahmen	4 600	2 600	2 000	—
Summe der Einnahme	395 600	380 600	15 000	—
Verglichen mit der Summe der Ausgabe mit	461 840	467 290	—	5 450
Bleibt Ausgabeüberschuß (Fehlbetrag) von	66 240	86 690	—	20 450
III. Anteil an den Reineinnahmen der Main-Neckareisenbahn	974 400	858 400	116 000	—

B. Eisenbahnbau. Badisches Bahnnetz.	Außerordentlicher Etat für 1906/07 zusammen.
a. Ausgabe.	ℳ.
Titel I. Neue Bahnen	2 198 400
„ II. Bestehende Bahnen	6 114 700
„ III. Stationen	19 737 800
„ IV. Transportmaterial	3 181 700
„ V. Lasten und Verwaltungskosten	2 068 500
Summe der Ausgabe	33 301 100
b. Einnahme.	
Titel I. Kostenbeiträge zu baulichen Herstellungen	2 176 500
„ II. Sonstige Einnahmen	472 000
Summe der Einnahme	2 648 500
Summe der Mehrausgabe	30 652 600

C. Eisenbahnschuldentilgungskasse.

a. Ausgabe.

		Für 1906.	Für 1907.
		ℳ.	ℳ.
Titel I.	Verwaltungsaufwand	98 140	98 140
„ II.	Passivzinsen	17 067 242	18 094 969
„ III.	Planmäßige Schuldentilgung	8 360 298	8 447 584
„ IV.	Rückerstattung von Vorschüssen an die Amortisationskasse	3 000 000	3 000 000
„ V.	Bauaufwand	34 000 000	35 652 600
„ VI.	Kursverluste bei neu zu begebenden Anlehen	600 000	760 000
„ VII.	Kassen- und sonstige Aktivbestände	13 199 632	6 401 651
	Summe der Ausgabe	76 325 312	72 454 944

b. Einnahme.

Titel I.	Kassenvorrat	70 000	13 199 632
„ II.	Aktiven	25 000 000	
„ III.	Aktivzinsen	900 000	900 000
„ IV.	Dotation	20 355 312	20 355 312
„ V.	Kursgewinn bei neu zu begebenden Anlehen	—	—
„ VI.	Schuldenaufnahme	30 000 000	38 000 000
	Summe der Einnahme	76 325 312	72 454 944

Unterbeilage
zu Beilage Nr. 4.

Budget

über den umlaufenden Betriebsfonds der Eisenbahnbetriebs- und Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung für 1906|07.

	Aktiven.				Passivreste.	Der Aktiven	
	Geldvorräte.	Naturalvorräte.	Aktivreste.	Zusammen.		Mehr.	Weniger.
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
Eisenbahnbetrieb	283 000	964 000	17 717 000	18 964 000	14 137 000	4 827 000	—
Dampfschiffahrtsbetrieb	—	—	3 900	3 900	—	3 900	—
Summe	283 000	964 000	17 720 900	18 967 900	14 137 000	4 830 900	—

Hiernach wird der umlaufende Betriebsfonds der Eisenbahnbetriebs- und der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung auf rund 4,8 Millionen Mark veranschlagt.

Erläuterung.

Den Geld- und Naturalvorräten, den Aktiv- und Passivresten liegen die Durchschnittsergebnisse der drei letzten Jahre zugrunde.

Beilage Nr. 5.

Vergleichung

der Voranschläge der allgemeinen Staatsverwaltung für ein Jahr der Budgetperiode 1906|07 und 1904|05.

	Budget 1906/07.				Budget 1904/05.				Budget 1906/07 gegen 1904/05	
	Einnahme.	Ausgabe.	Mehr= Einnahme.	Mehr= Ausgabe.	Einnahme.	Ausgabe.	Mehr= Einnahme.	Mehr= Ausgabe.	günstiger.	ungünstiger.
	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
Ordentlicher Etat.										
I. Aufwands-Etats.										
a.										
Staatsministerium	6 266 890	13 269 050	—	7 002 160	7 895 489	13 069 221	—	5 173 732	—	1 828 428
Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten	—	333 700	—	333 700	—	293 600	—	293 600	—	40 100
Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	5 365 960	22 235 982	—	16 870 022	5 267 560	21 244 236	—	15 976 676	—	893 346
Ministerium des Innern	4 853 900	18 572 090	—	13 718 190	4 402 950	17 542 950	—	13 140 000	—	578 190
Oberrechnungskammer	265	124 470	—	124 205	462	111 380	—	110 918	—	13 287
Zusammen a.	16 487 015	54 535 292	—	38 048 277	17 566 461	52 261 387	—	34 694 926	—	3 353 351
b.										
Finanzministerium und zwar:										
1. Finanzministerium	—	163 590	—	163 590	—	161 500	—	161 500	—	2 090
2. Landeshauptkasse	—	61 300	—	61 300	—	60 440	—	60 440	—	860
3. Baubehörden und Aufwand auf Zentralstaatsgebäude	—	521 480	—	521 480	—	508 230	—	508 230	—	13 250
4. Zollverwaltung	2 536 048	3 000 294	—	464 246	2 407 114	2 876 896	—	469 782	5 536	—
5. Münzverwaltung	68 396	53 167	15 229	—	63 224	53 576	9 648	—	5 581	—
6. Allgemeine Kassenverwaltung	2 304 740	15 110	2 289 630	—	2 039 270	12 380	2 026 890	—	262 740	—
7. Schuldentilgung	—	850 152	—	850 152	—	2 000 000	—	2 000 000	1 149 848	—
8. Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben	—	6 608 290	—	6 608 290	—	6 000 780	—	6 000 780	—	607 510
9. Allgemeiner Fonds der Regierung	—	50 000	—	50 000	—	50 000	—	50 000	—	—
10 Unterstützungs= und Belohnungsfonds	—	42 010	—	42 010	—	26 120	—	26 120	—	15 890
11. Verschiedenes	—	10 400	—	10 400	—	9 140	—	9 140	—	1 260
Zusammen b.	4 909 184	11 375 793	2 304 859	8 771 468	4 509 608	11 759 062	2 036 538	9 285 992	1 423 705	640 860
Dazu a.	16 487 015	54 535 292	—	38 048 277	17 566 461	52 261 387	—	34 694 926	—	3 353 351
Im ganzen I.	21 396 199	65 911 085	2 304 859	46 819 745	22 076 069	64 020 449	2 036 538	43 980 918	1 423 705	3 994 211
		21 396 199		2 304 859		22 076 069		2 036 538		1 423 705
		44 514 886		44 514 886		41 944 380		41 944 380		2 570 506
II. Einnahme-Etats.										
1. Forst= und Domänenverwaltung	10 300 526	6 260 405	4 040 121	—	10 246 283	6 128 827	4 117 456	—	—	77 335
2. Salinenverwaltung	1 037 137	683 850	353 287	—	992 347	729 881	262 466	—	90 821	—
3. Steuerverwaltung	47 190 133	6 614 003	40 576 130	—	45 297 746	6 431 089	38 866 657	—	1 709 473	—
Im ganzen II.	58 527 796	13 558 258	44 969 538	—	56 536 376	13 289 797	43 246 579	—	1 800 294	77 335
	13 558 258				13 289 797				77 335	
	44 969 538				43 246 579				1 722 959	
Zusammenstellung.										
I. Aufwands=Etats	—	44 514 886			—	41 944 380			—	2 570 506
II. Einnahme=Etats	44 969 538	—			43 246 579	—			1 722 959	—
Einnahme=Überschuß im ordentlichen Etat	454 652				1 302 199					847 547

Beilage Nr. 6.

Entzifferung

der

budgetmäßigen Anforderungen in persönlichen und sachlichen Aufwand.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
	Zahl der etatmäßigen Stellen.	Persönlicher Aufwand.				
		Gehalte.	Wohnungsgeld.	Andere persönliche: Vergütungen des nichtetatmäßigen Personals	Andere persönliche: Tagegelder, Reise- und Umzugskosten.	Andere persönliche: Stellvertretung und Dienstaushilfe.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
Allgemeine Staatsverwaltung.						
I. Staatsministerium.						
Budgetsatz für 1904/05	4	16 400	2 900	17 000	40	4 950
„ „ 1906/07	4	16 500	2 900	20 000	40	7 400
1906/07 gegen 1904/05 mehr	—	100	—	3 000	—	2 450
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	—	—
II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.						
Budgetsatz für 1904/05	29	145 100	21 100	9 360	2 785	7 110
„ „ 1906/07	29	145 980	21 700	9 570	2 260	5 350
1906/07 gegen 1904/05 mehr	—	800	600	210	—	—
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	525	1 760
III. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.						
Budgetsatz für 1904/05	5 823	11 629 140	1 533 500	2 580 100	504 306	326 089
„ „ 1906/07	6 200	12 795 920	1 636 630	2 689 650	496 500	348 964
1906/07 gegen 1904/05 mehr	377	1 166 780	103 130	109 550	—	22 875
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	7 806	—
IV. Ministerium des Innern.						
Budgetsatz für 1904/05	2 815	5 303 300	1 112 150	1 248 650	690 770	81 018
„ „ 1906/07	2 951	5 614 070	1 188 560	1 345 790	753 310	94 814
1906/07 gegen 1904/05 mehr	136	310 770	76 410	97 140	62 540	13 796
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	—	—
V. Finanzministerium.*)						
Budgetsatz für 1904/05	2 315	4 445 200	858 600	1 182 507	648 622	294 127
„ „ 1906/07	2 392	4 675 400	905 300	1 247 490	676 312	322 272
1906/07 gegen 1904/05 mehr	77	230 200	46 700	64 983	27 690	28 145
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	—	—
VI. Oberrechnungskammer.						
Budgetsatz für 1904/05	20	89 800	15 700	—	520	400
„ „ 1906/07	20	91 500	15 700	2 140	—	360
1906/07 gegen 1904/05 mehr	—	1 700	—	2 140	—	—
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	520	40

*) Ohne Amortisations- und Eisenbahnschuldentilgungskasse (siehe folgende Seite).

8.	9.	10.	11.	12.	
Ausgaben.		Sachlicher Aufwand.	Summe Spalte 3, 4, 9 und 10	Von dem Gesamtaufwand Spalte 11	
Sonstiges.	Zusammen Spalte 5–8.			werden durch eigene Einnahmen von Schulanstalten ꝛc. gedeckt.	verbleibt als eigentlicher budgetmäßiger Staatsaufwand.
M.	M.	M.	M.	M.	M.
5 020	27 010	13 022 911	13 069 221		
6 740	34 180	13 215 470	13 269 050		
1 720	7 170	192 559	199 829		
—	—	—	—		
2 745	22 000	105 400	293 600		
2 620	19 800	146 300	333 700		
—	—	40 900	40 100		
125	2 200	—	—		
1 003 492	4 413 987	7 685 337	25 261 964	4 017 728	21 244 236
1 056 204	4 591 318	8 262 712	27 286 580	5 050 598	22 235 982
52 712	177 331	577 375	2 024 616	1 032 870	991 746
—	—	—	—	—	—
181 572	2 202 010	9 135 790	17 753 250	210 300	17 542 950
197 976	2 391 890	9 660 030	18 854 550	282 460	18 572 090
16 404	189 880	524 240	1 101 300	72 160	1 029 140
—	—	—	—	—	—
329 499	2 454 755	17 290 304	25 048 859		
326 551	2 572 625	16 780 726	24 934 051		
—	117 870	—	—		
2 948	—	509 578	114 808		
1 340	2 260	3 620	111 380		
1 060	3 560	13 710	124 470		
—	1 300	10 090	13 090		
280	—	—			

1.	2	3.	4.	5.	6.	7.
	Zahl der etatmäßigen Stellen.	Persönlicher Aufwand. Gehalte.	Wohnungsgeld.	Andere persönliche Vergütungen des nichtetatmäßigen Personals.	Tagegelder, Reise und Umzugskosten.	Stellvertretung und Dienstaushilfe.
		M.	M.	M.	M.	M.
Allgemeine Staatsverwaltung zusammen						
Budgetsatz für 1904/05	11006	21 628 940	3 543 950	5 037 617	1 847 043	713 694
„ „ 1906/07	11596	23 339 290	3 770 790	5 314 640	1 928 422	779 160
1906/07 gegen 1904/05 mehr	590	1 710 350	226 840	277 023	81 379	65 466
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	—	—	—
Hierzu:						
Amortisationskasse.						
Budgetsatz für 1904/05	18	18 500	3 900	940	—	330
„ „ 1906/07	18	18 600	3 800	940	—	330
1906/07 gegen 1904/05 mehr	—	100	—	—	—	—
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	100	—	—	—
Beamtenwitwenkasse.						
Budgetsatz für 1904/05	6	21 100	4 400	1 250	—	1 120
„ „ 1906/07	6	22 200	4 500	1 100	—	1 300
1906/07 gegen 1904/05 mehr	—	1 100	100	—	—	180
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	150	—	—
Gesamtbetrag für 1904/05	11030	21 668 540	3 552 250	5 039 807	1 847 043	715 144
„ „ 1906/07	11620 *)	23 380 090	3 779 090	5 316 680	1 928 422	780 790
Verkehrsanstalten.						
I. Eisenbahnbetriebs- und Dampfschiffahrtsverwaltung.						
Budgetsatz für 1904/05	6169	9 567 800	2 073 500	3 129 200	360 000	1 581 700
„ „ 1906/07	6573	10 410 000	2 236 100	2 779 100	360 000	1 724 000
1906/07 gegen 1904/05 mehr	404	842 200	162 600	—	—	142 300
1906/07 gegen 1904/05 weniger	—	—	—	350 100	—	—
II. Eisenbahnschuldentilgungskasse.						
Budgetsatz für 1904/05	—	37 000	7 800	1 800	250	600
„ „ 1906/07	—	37 200	7 600	1 800	50	600
1906/07 gegen 1904/05 mehr	—	200	—	—	—	—
1906/07 gegen 1904/05 weniger	— **)	—	200	—	200	—
III. Eisenbahnbauverwaltung.						
Titel V. Lasten und Verwaltungskosten.						
Budgetsatz für 1906/07	***)	70 610	12 550	573 000	67 500	65 000

*) Darunter befinden sich Beamtenstellen, deren Inhaber mit Gebühren bezahlt sind oder ihr Diensteinkommen ohne Beteiligung der Staatskasse erhalten:
1904/05: 1 061 Stellen
1906/07: 1 231 „

**) Die Stellenzahl ist oben unter „Amortisationskasse" mit inbegriffen.

***) Die Stellenzahl ist unter „Eisenbahnbetriebs- und Dampfschiffahrtsverwaltung" mit inbegriffen.

8.	9.	10.	11.	12.	
Ausgaben.		Sachlicher Aufwand.	Summe Spalte 3, 4, 9 und 10.	Von dem Gesamtaufwand Spalte 11	
Sonstiges.	Zusammen Spalte 5–8.			werden durch eigene Einnahmen von Schulanstalten ꝛc. gedeckt.	verbleibt als eigentlicher budgetmäßiger Staatsaufwand.
ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
1 523 668	9 122 022	47 243 362	81 538 274	4 228 028	77 310 246
1 591 151	9 613 373	48 078 948	84 802 401	5 333 058	79 469 343
67 483	491 351	835 586	3 264 127	1 105 030	2 159 097
—	—	—	—	—	—
230	1 500	1 026 180	1 050 080		
230	1 500	1 026 180	1 050 080		
—	—	—	—		
—	—	—	—		
3 660	6 030	2 925 800	2 957 330		
3 650	6 050	3 278 210	3 310 960		
—	20	352 410	353 630		
10	—	—	—		
1 527 558	9 129 552	51 195 342	85 545 684		
1 595 031	9 620 923	52 383 338	89 163 441		
10 911 450	15 982 350	34 581 940	62 205 590		
11 407 100	16 270 200	35 436 740	64 353 040		
495 650	287 850	854 800	2 147 450		
—	—	—	—		
770	3 420	82 014 445	82 062 665		
660	3 110	74 342 218	74 390 128		
—	—	—	—		
110	310	—	—		
20 000	725 500	1 343 000	2 068 500	Die auf dem Eisenbahnbauetat verrechneten Lasten und Verwaltungskosten waren in den früheren Budgets nicht entziffert, daher dieser Eintrag erstmals für 1906/07.	

Beilage Nr. 7.

Steuersätze

für die Jahre 1906 und 1907.

(Vergleiche Artikel 8 des Gesetzes vom 29. Juni 1904, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für die Jahre 1904 und 1905 betreffend nebst Beilage Nr. 4 — Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 125.)

I.

Von je 100 ℳ Steuerkapital beziehungsweise Steueranschlag sind zu entrichten:

1. An Grund-, Häuser- und Gefällsteuer . . . . . 15 ₰
2. „ Gewerbsteuer . . . . . 15 „
3. „ Kapitalrentensteuer . . . . . 12 „
4. „ Einkommensteuer von den steuerbaren Einkommen, deren Steueranschlag beträgt . . . . . 200 ℳ — . . . . . 2 ℳ 40 ₰
   250 „ — 25 000 ℳ . . . 3 „ — „
   25 000 „ — 30 000 „ . . . 3 „ 15 „
   30 000 „ — 40 000 „ . . . 3 „ 30 „
   40 000 „ — 50 000 „ . . . 3 „ 45 „
   50 000 „ — 75 000 „ . . . 3 „ 60 „
   75 000 „ — 100 000 „ . . . 3 „ 75 „
   100 000 „ — 150 000 „ . . . 3 „ 90 „
   150 000 „ — 200 000 „ . . . 4 „ 05 „
   200 000 „ und mehr . . . . . 4 „ 20 „
5. an Beförsterungssteuer . . . . . 10 „

II.

An Weinsteuer sind zu entrichten:

1. Accise:
   a. 3 ₰ vom Liter Traubenwein,
   b. 0,9 „ „ „ Obstwein;
2. Ohmgeld:
   a. 2 ₰ vom Liter Traubenwein,
   b. 0,6 „ „ „ Obstwein;
3. Aversum für die Accise vom eigenen Weinverbrauch der Weinhandlungskellerbesitzer:
   jährlich 18 ℳ für den Weinhändler selbst, 3 ℳ 60 ₰ für jeden männlichen, 1 ℳ 80 ₰ für jeden weiblichen Tischgenossen über 18 Jahre;
4. Gebühr für ein Weinlagerpatent:
   jährlich 50 ℳ.

Bei Berechnung der Weinaccise und des Ohmgeldes wird jede Flasche von geringerem Inhalt als ein Liter wie eine Literflasche behandelt.

Bei Rückvergütung von Weinaccise und Ohmgeld sind die zurzeit der Gewährung der Rückvergütung bestehenden Erhebungssätze maßgebend.

III.

Die Biersteuer beträgt von dem im Großherzogtum bereiteten Bier:

für je 100 kg ungebrochenen Malzes, die bei einem Brauereigeschäft in einem Kalenderjahr steuerbar werden:

1. für die ersten 250 Doppelzentner . . . . . 8 ℳ
2. für die folgenden 1 250 Doppelzentner . . . . . 10 „
3. für die folgenden 1 500 Doppelzentner . . . . . 11 „
4. für die folgenden 2 000 Doppelzentner . . . . . 12 „
5. für die folgenden Doppelzentner . . . . . 13 „

Für diejenigen, die obergäriges Bier nur zum eigenen Bedarf im Haushalt bereiten und hierzu in einem Kalenderjahr nicht mehr als 5 Doppelzentner Malz verwenden, beträgt die Steuer für je 100 kg 2 ℳ.

IV.

Die Fleischsteuer beträgt:

1. bei Schlachtungen innerhalb des Großherzogtums
   für jedes Stück Rindvieh (mit Ausnahme der Milchkälber)
   bei einem Schlachtgewicht von weniger als 200 kg . . . . . 4 ℳ.
   von 200 bis ausschließlich 250 kg . . . . . 6 „
   von 250 kg und mehr:
   für Kühe und Farren . . . . . 6 „
   sonst . . . . . 11 „
2. für eingeführtes Fleisch
   vom Kilogramm . . . . . 8 ₰.

V.

An Grundstücks-Verkehrssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer sind zu entrichten:

1. Grundstücks-Verkehrssteuer.

$2\frac{1}{2}$ Prozent des gemeinen Werts (Verkaufswert) des Gegenstandes des Erwerbs.

2. Erbschaftssteuer.

Vom Wert des Anfalls:

1. bei Anfällen an Eltern des Erblassers 1 Prozent;
2. bei Anfällen an Voreltern des Erblassers von Beträgen bis 5000 ℳ. 1 Prozent, über 5000 ℳ. 2 Prozent;
3. bei Anfällen an Geschwister und Abkömmlinge von Geschwistern des Erblassers bis 3000 ℳ. 3 Prozent, über 3000 ℳ. 4 Prozent;
4 bei Anfällen:
   a. an andere Seitenverwandte des Erblassers bis zum vierten Grad (einschließlich),
   b. an Stiefkinder und deren Abkömmlinge, sowie an Stiefeltern des Erblassers,
   c. an Schwiegerkinder und Schwiegereltern des Erblassers,
   d. bei Anfällen, die ausschließlich zu milden (wohltätigen), gemeinnützigen oder sonstigen öffentlichen Zwecken bestimmt sind, insofern solche nicht einzelne Familien oder bestimmte Personen betreffen und die wirkliche Verwendung zu dem bestimmten Zwecke gesichert ist, 6 Prozent;
5. bei Anfällen an sonstige Personen 10 Prozent.

3. Schenkungssteuer.

Vom Wert der Schenkung die für die Erbschaftssteuer festgesetzten Sätze, wobei für die Höhe des Steuersatzes die Verhältnisse des Schenkers zu dem Beschenkten maßgebend sind.

Hauptabteilung I.

Spezial-Budget

des

Staatsministeriums

für die Jahre

1906 und 1907.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
I.		**Großherzogliches Haus.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	a. Civilliste	1 289 983	1 289 983
		b. Zusätzliche Aufbesserung	300 000	300 000
	2.	a. Apanagen	190 286	190 286
		b. Zusätzliche Aufbesserung	101 143	101 143
		Summe Titel I.	1 881 412	1 881 412
		„ „ „ für beide Jahre	3 762 824	
II.		**Landstände.**	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.
		2 Landständische Archivare E. 3	9 100	
		2 Kassenzulagen (1 zu 60 ℳ. und 1 zu 130 ℳ.)	190	
		2 Dienstwohnungen.		
		2 Diener der Ständekammern K. 3	2 750	
		1 Dienstwohnung.		
		4 Beamte wie bisher . . . Summe	12 040	
		Voranschlag für 1906	12 077 ℳ.	
		„ „ 1907	12 190 „	
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	12 133 ℳ.	
		und nach Abzug von 1½ % rund	12 000 „	12 000 / 11 900
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme		2 300 / 2 300
	3.	Andere persönliche Ausgaben		34 180 / 27 010
		Übertrag		48 480 / 41 210

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	—	
—	—	
—	—	
—	—	
—	—	
		1 Beamter bezieht auf Grund des Artikels 27 Absatz 3 des Etatgesetzes einen den Höchstgehalt um 500 ℳ. übersteigenden Gehalt; deshalb 500 ℳ. künftig wegfallend.
		1 Diener bezieht für den Hausmeisterdienst 200 ℳ. und für Straßenreinigung 100 ℳ. Nebengehalt zu Lasten von Titel II. § 3 beziehungsweise § 5. Die beiden Diener beziehen wandelbares Einkommen, wofür nach Anmerkung 3 c. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs je 150 ℳ., zusammen 300 ℳ. auf den Gehalt angerechnet werden.
100	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	
7 170	—	a. Vergütung der Stenographen, voraussichtlicher Aufwand nach dem Ergebnis früherer Perioden und unter Berücksichtigung des wegen Änderung der Dienstanweisung für die Stenographen der II. Kammer durch Kammerbeschluß vom 19. Juli 1904 zu erwartenden Mehraufwands rund . . . . . 20 000 ℳ. b. Nebengehalt eines dem Archivariat der II. Kammer für die Dauer des Landtags beigegebenen Assistenten 500 ℳ. (statt bisher 400 ℳ.) wegen Geschäftsvermehrung — für 1 Jahr 250 ℳ. — und eines Dieners für Hausaufsicht jährlich 200 ℳ., zusammen . . . . . 450 „ c. Zeitungsberichterstattung (Vergütungen an die Berichterstatter), voraussichtlicher Aufwand nach dem Ergebnis der letzten Tagung unter Zuschlag eines Betrags wegen Verwendung eines weiteren Berichterstatters für die I. Kammer . . . . . 4 750 „ d. Dienstaushilfe nach bisherigem Ergebnis und unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Mehrbedarfs wegen Geschäftszunahme . . . . . 7 400 „ e. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, wie bisher . . . . . 40 „ f. Dienstkleidung der 2 Kanzleidiener zu 50 ℳ. . . . . 100 „ g. Wandelbares Einkommen (Tagesgebühren) der 2 Diener der Ständekammern nach früheren Ergebnissen . . 1 340 „ h. Unterstützung der etatmäßigen Beamten, 4 Köpfe zu 8 ℳ. 50 ₰. = 34 ℳ. und des nichtetatmäßigen Personals, 9 Köpfe zu 7 ℳ. 50 ₰. = 63 ℳ., zusammen rund . . . . . 100 „ Ein allgemeiner Unterstützungsfonds für die 4 etatmäßigen Beamten wird nicht vorgesehen; bei eintretendem Bedarf können Unterstützungen aus Mitteln dieser Position gewährt werden.
7 270	—	zusammen . . 34 180 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(II.)		Übertrag . .	48 480	41 210
	4.	Aufwand wegen jährlicher Versammlung des Ausschusses	400	350
	5.	Aufwand wegen des Landtags	126 000	100 000
		Summe Titel II.	174 880	141 560
		„ „ „ für beide Jahre . .	349 760	
III.		**Staatsministerium.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Gehalt	4 500	4 500
	2.	Wohnungsgeld	600	600
		Summe Titel III.	5 100	5 100
		„ „ „ für beide Jahre . .	10 200	
IV.		**Matrikularbeitrag zur Reichskasse.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Eigentlicher Matrikularbeitrag	9 416 738	9 247 527
	2.	Ausgleichungsbetrag wegen der Biersteuer (Biersteueräquivalent)	1 241 080	1 249 112
		Summe Titel IV.	10 657 818	10 496 639
		„ „ „ für beide Jahre . .	21 315 636	
V.	1.	**Anteil der Eisenbahnschuldentilgungskasse an den Überschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat	500 000	500 000
		Summe Titel V. für beide Jahre . .	1 000 000	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
7 270	—	
50	—	Rechnungsdurchschnitt.
26 000	—	Nach dem Ergebnis der letzten Tagung unter Berücksichtigung des künftigen Mehraufwands wegen Vermehrung der Zahl der Kammermitglieder sowie wegen Einrichtung der Zentralheizung.
33 320	—	Hierunter Wahlkosten, Tagegelder und Reisekosten der Kammermitglieder, sachlicher Bureauaufwand (einschließlich Literatur und Druckkosten), sachliche Kosten der Kammerberichterstattung, Postporto u. s. w., ferner Vergütung an den Diener der II. Kammer für Besorgung der Straßenreinigung 100 ℳ.
—	—	Der derzeitige Vorstand der Forst- und Domänendirektion hat als stimmführendes Mitglied des Staatsministeriums einen
—	—	Gehalt von 12 000 ℳ. und ein Wohnungsgeld von 1 800 ℳ. zu beziehen. Der Mehrbetrag gegenüber den Bezügen eines
	—	Direktors einer Mittelstelle (vergleiche Budget des Finanzministeriums Titel IV.) an Gehalt (12 000 — 7 500 =) 4 500 ℳ. und an Wohnungsgeld (1 800 — 1 200 =) 600 ℳ. wird hier vorgesehen.
169 211	—	Zurzeit des Budgetabschlusses können bestimmte Angaben über die Höhe des auf Baden voraussichtlich entfallenden Matrikularbeitrags für 1906 nicht gemacht werden, da die Beratungen des Bundesrats über den Reichshaushaltsetat für 1906 noch nicht zum Abschlusse gekommen sind. Jedenfalls muß aber nach dem derzeitigen Stand dieser Beratungen mit der Möglichkeit einer nicht unbeträchtlichen Erhöhung der Matrikularbeiträge gerechnet werden. Vorläufig und vorbehaltlich späterer Berichtigung nach Verabschiedung des Reichshaushaltsetats für 1906 wird als Matrikularbeitrag für 1906/07 ein die Überweisungen (vergleiche unten Einnahmetitel I.) um 2 Millionen Mark übersteigender Betrag hier eingestellt, nämlich

	für 1906	für 1907
	8 266 890 ℳ.	8 266 890 ℳ.
Hierzu kommen die auf Baden entfallenden Betreffnisse aus den für die Reichsetatjahre 1904 und 1905 gemäß § 4 des Gesetzes vom 1. April 1905 (Reichsgesetzblatt Seite 181) bis zum April 1906 gestundeten Matrikularbeiträgen und zwar:		
fürs Reichsetatjahr 1904 aus 16 787 113 ℳ., abzüglich des nach dem wirklichen Ertrag der Überweisungssteuern abgebürdeten Betrags von 709 230 ℳ., somit aus restlich 16 077 883 ℳ. mit	532 802 „	— „
fürs Reichsetatjahr 1905 aus 53 317 881 ℳ. mit	1 766 894 „	— „
	10 566 586 ℳ.	8 266 890 ℳ.
für 1 Jahr durchschnittlich . .	9 416 738 ℳ.	

Von diesem Matrikularbeitrag sind durch Überweisungen (vergleiche Einnahmen des Staatsministeriums Titel I. §§ 1 bis 3) gedeckt 6 266 890 ℳ., so daß für 1906 und 1907 mit einer Hinauszahlung an das Reich gerechnet werden muß von im Durchschnitt jährlich 3 149 848 ℳ. Wegen der Deckung der in den Jahren 1904 und 1905 gestundeten Matrikularbeiträge vergleiche Ausgabeetat des Finanzministeriums Titel X. § 2.

Berichtigung dieser Beträge beim Bekanntwerden des Abschlusses des Reichshaushaltsetats für 1906 bleibt vorbehalten.

—	8 032	Als vorläufiger Budgetsatz ist der aus dem Reichshaushaltsetat für 1905 sich ergebende Betrag eingestellt, dessen Berichtigung nach Verabschiedung des Reichshaushaltsetats für 1906 vorbehalten bleibt.
169 211	8 032	
8 032		
161 179		
—		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
VI.	1.	**Aversen für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile.**		
		Ordentlicher Etat	49 790	44 460
		Summe Titel VI. für beide Jahre . .	99 580	
VII.	1.	**Verschiedene und zufällige Ausgaben.**		
		Ordentlicher Etat	50	50
		Summe Titel VII. für beide Jahre . .	100	

Zusammenstellung.

Titel.			
I.	Großherzogliches Haus	1 881 412	1 881 412
II.	Landstände	174 880	141 560
III.	Staatsministerium	5 100	5 100
IV.	Matrikularbeitrag zur Reichskasse	10 657 818	10 496 639
V.	Anteil der Eisenbahnschuldentilgungskasse an den Überschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung	500 000	500 000
VI.	Aversen für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile	49 790	44 460
VII.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	50	50
	Summe der Ausgabe . .	13 269 050	13 069 221

Einnahme.

I.		**Überweisungen aus der Reichskasse.**		
		Aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer	—	1 299 434
	1.	Aus dem Ertrag der Maischbottichsteuer und der Verbrauchsabgabe für Branntwein nebst Zuschlag	3 885 540	3 910 690
	2.	Aus dem Ertrag der Reichsstempelabgaben	2 381 350	2 685 365
		Summe der Einnahme	6 266 890	7 895 489
		„ „ „ für beide Jahre . .	12 533 780	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
5 330	—	Nach dem Reichshaushaltsetat für 1905.
—	—	

Gesamtbetrag für die Budgetperiode: Ordentlicher Etat.	Gesamtbetrag für die Budgetperiode: Außerordentlicher Etat.	Gesamtbetrag für die Budgetperiode: Hauptsumme.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	ℳ.	
—	—	3 762 824	—	3 762 824	
33 320	—	349 760	—	349 760	
—	—	10 200	—	10 200	
161 179	—	21 315 636	—	21 315 636	
—	—	1 000 000	—	1 000 000	
5 330	—	99 580	—	99 580	
—	—	100	—	100	
199 829	—	26 538 100	—	26 538 100	
—	1 299 434				Ist nach Gesetz vom 14. Mai 1904 (Reichsgesetzblatt Seite 169) weggefallen.
—	25 150				Vergleiche § 39 des Reichsgesetzes vom 24. Juni 1887 in der Fassung vom 17. Juni 1895 (Reichsgesetzblatt Seite 276) und § 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1904 (Reichsgesetzblatt Seite 169).
—	304 015				Vergleiche § 55 des Reichsstempelgesetzes vom 14. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt Seite 275). Zu §§ 1 und 2. Mangels anderer Grundlagen sind hier einstweilen die aus dem Reichshaushaltsetat für 1905 sich ergebenden Beträge eingestellt. Wie bei Ausgabe Titel IV. bleibt auch hier Berichtigung nach Feststellung des nächsten Reichshaushaltsetats vorbehalten.
—	1 628 599				

Hauptabteilung II.

Spezial-Budget

des

Ministeriums des Großherzoglichen Hauses

und der

auswärtigen Angelegenheiten

für die Jahre

1906 und 1907.

Hierzu 1 Anlage.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
I.		**Ministerium.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		1 Ministerialpräsident A. 1	12 000			
		Tarifmäßige Dienstzulage	4 000			
		Tarifmäßiger Repräsentationsgehalt	10 000			
		Dienstwohnung.				
		2 Ministerialdirektoren B. 1	15 000			
		2 Kollegialmitglieder B. 3	7 800			
		1 Technischer Referent C. 2	5 800			
		1 Ministerialsekretär D. 3	2 000			
		1 Revisionsvorstand E. 1	4 800			
		1 statt bisher 2 Revisoren F. 1	7 020			
		4 Stellen nach F. 3: Registratoren (2), Expeditor (1) und Kanzleisekretär (1)	12 360			
		3 statt bisher 2 Stellen nach G. 5: Registraturassistent (1), Expeditursassistenten (2)	4 380	1 500		
		3 Stellen nach J. 3: Kanzleiassistenten (2), Bureauassistent (1)	5 000			
		1 Beamter tarifmäßige Dienstzulage	200			
		3 Kanzleidiener K. 3	4 330			
		1 Beamter hat Dienstwohnung.				
		22 Beamte wie bisher . . . Summe	94 690	1 500		
		Ab den Gehalt des an das Finanzministerium übergegangenen Revisors	3 020			
		verbleiben	91 670	1 500		
		Voranschlag für 1906	94 950 ℳ.			
		„ „ 1907	95 840 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	95 390 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	94 000 „		94 000	94 300
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst einer Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die unter § 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			16 500	15 900
		Übertrag			110 500	110 200

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Vorbemerkung. Bei dem Ministerium werden die Kanzleigeschäfte des Staatsministeriums und die sonstigen für die Geschäfte des Präsidiums erforderlichen Hilfsarbeiten besorgt. Daher ist für das Staatsministerium als solches ein Aufwand nicht vorgesehen
		1 Beamter bezieht als Vorsitzender des Schiedsgerichts der Arbeiterpensionskasse der Staatsbahn- und Salinenverwaltung 500 ℳ. zu Lasten von Titel I. § 3 b. und 1 Beamter als Mitglied des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse 600 ℳ. zu Lasten dieser Kasse.
		Der Beamte bezieht für Führung der Konsulatsfondsrechnung 200 ℳ. zu Lasten des § 3 b.
		Die Stelle eines Revisors, die wegen Mitwirkung bei Besorgung der Geschäfte für den Verwaltungsrat der Beamtenwitwenkasse hier vorgesehen war, ist an das Finanzministerium übergegangen, bei dem seit 1. September 1905 die Verwaltungsratsgeschäfte besorgt werden.
		1 Beamter bezieht für Führung der Handkasse 100 ℳ. zu Lasten des § 3 b.
		Für die beiden Registraturen des Staatsministeriums und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten reicht 1 Registrator nicht aus. (Der 2. Registrator gehört zur Eisenbahnabteilung) Bisher war den beiden Registraturen ein Kanzleigehilfe beigegeben. Mit Rücksicht auf das Dienstalter dieses Gehilfen als Aktuar und dessen ausschließliche Verwendung im Registraturdienst soll die Gehilfenstelle in eine Assistentenstelle umgewandelt werden.
		Beziehen wandelbares Einkommen aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten; auf den Gehalt werden 10 ℳ. angerechnet. 1 Beamter erhält für Beaufsichtigung des Dienstgebäudes 40 ℳ. zu Lasten des § 3 b.
—	300	
600	—	
600	300	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(I.)		Übertrag . .	110 500	110 200
	3.	Andere persönliche Ausgaben:		
		a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	2 000	2 600
		b. Sonstige persönliche Ausgaben	9 600	11 400
	4.	Sachliche Amtsunkosten	12 600	12 600
		Summe Titel I	134 700	136 800
		„ „ „ für beide Jahre . .	269 400	

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
II.		**Geheimes Kabinett.** **Ordentlicher Etat.**				
	1.	Gehalte.	M.	M.		
		1 Vorstand B. 2	7 000			
		Tarifmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts	500			
		1 Hilfsarbeiter C. 3	4 500			
		1 Registrator F. 3	3 670			
		Dienstzulage nach § 22 der Gehaltsordnung	130			
		1 Kanzleisekretär F. 5	3 090			
		1 Kanzleidiener K. 3	1 650			
		5 Beamte wie bisher . . . Summe	20 540			
		Voranschlag für 1906	21 090	M.		
		„ „ 1907	21 190	„		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	21 140	M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund	20 800	„	20 800	20 100
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in § 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme rund			3 800	3 800
		Übertrag . .			24 600	23 900

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
ℳ.	ℳ.		
600	300		
—	600	Rechnungsdurchschnitt 1 200 ℳ. Mit Rücksicht auf zu erwartende vermehrte Dienstreisen 2 000 ℳ.	
—	1 800	a. Ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals. 1 Referendär 1 750 ℳ., 2 (bisher 3) Kanzleigehilfen (vergleiche die Erläuterung zu § 1 G. 5) 2 450 ℳ.	4 200 ℳ.
		1 Kanzleigehilfe als Stellvertreter für einen der II. Kammer zur Verfügung gestellten Beamten	1 350 „
		b. Nebengehalte etatmäßiger Beamten: 1 Ministerialdirektor als Vorsitzender des Schiedsgerichts der Arbeiterpensionskasse für den Bereich der Staatsbahn- und Salinenverwaltung	500 „
		1 Revisionsbeamter für Führung der Konsulatsfondsrechnung	200 „
		1 Kanzleibeamter für Führung der Handkasse	100 „
		1 Kanzleidiener für Besorgung des Hausmeisterdienstes	40 „
		c. Honorare der Examinatoren bei der maschinentechnischen Staatsprüfung und bei der Prüfung der Werkmeister im bahn- und tiefbautechnischen Dienst, Rechnungsdurchschnitt abzüglich der sachlichen Kosten	1 330 „
		d. Stellvertretung, Dienst- und Schreibaushilfe beim Ministerium und dem badischen Gesandten am Königlich Bayerischen Hof in München, Rechnungsdurchschnitt	1 700 „
		e. Dienstkleidung für 3 Kanzleidiener	150 „
		f. Unterstützung des nichtetatmäßigen Personals (4 Köpfe je 7 ℳ. 50 ₰.) rund	30 „
		zusammen . .	9 600 ℳ.
—	—	Kredit der Handkasse, Rechnungsdurchschnitt	8 720 ℳ.
600	2 700	Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 380 ℳ.	
	600	unter Zuschlag für Einrichtung des Erweiterungsbaues . . . . . 400 „	780 „
	2 100	Miet- und Wasserzins für die Diensträume der Abteilung für das Eisenbahnwesen	3 100 „
		zusammen . .	12 600 ℳ.
700	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.	
—	—		
700	—		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(II.)		Übertrag . .	24 600	23 900
	3.	Andere persönliche Ausgaben	2 000	2 100
	4.	Sachliche Amtsunkosten	1 000	1 000
	5.	Für Orden und Medaillen	35 000	23 200
		Summe Titel II	62 600	50 200
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	125 200	

Titel.	§.	Gesandtschaft in Berlin. Ordentlicher Etat.	Effektivetat auf 1 Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
III.			ℳ.	ℳ.		
	1.	Gehalte.				
		1 Gesandter B. 2	7 500			
		Dienstzulage — mit dem Wohnungsgeld von 760 ℳ. — zur Gewährung des tarifmäßigen Gesamteinkommens von 28 000 ℳ.	19 740			
		1 Registrator F. 3	2 640			
		Budgetmäßige Dienst-(Orts-)zulage	1 300			
		Beide Beamte haben Dienstwohnung.				
		2 Beamte wie bisher . . . Summe	31 180			
		Voranschlag für 1906/07 jährlich			31 530 ℳ.	
		und nach Abzug von 1½ % rund			31 100 „	31 100 / 30 700
	2.	Wohnungsgeld. Das tarifmäßige Wohnungsgeld der 2 Beamten wäre 1 880 ℳ., es werden aber nur 1 440 ℳ. angerechnet und nach Abzug von 4 % rund				1 400 / 1 400
	3.	Andere persönliche Ausgaben				6 200 / 5 900
	4.	Bauliche Unterhaltung des Gesandtschaftsgebäudes				8 070 / 3 000
		Übertrag . .				46 770 / 41 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
700	—	
—	100	Dienstaushilfe, Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 950 *M.* Dienstkleidung des Kanzleidieners . . . . . 50 „
—	—	Nach den Rechnungsdurchschnitten, Kredit der Handkasse 950 *M.*, sonstige Amtsunkosten 50 *M.*
11 800	—	Rechnungsdurchschnitt.
12 500	100	
100		
12 400		
400	—	
—	—	Das Wohnungsgeld des Gesandten wird im früheren Betrag von 760 *M.* beibehalten (§ 22 letzter Absatz des Beamtengesetzes), da bei Einstellung des höheren Betrages von 1 200 *M.* auch der Mietzins erhöht werden müßte, was eine Schmälerung des baren Einkommens zur Folge hätte.
300	—	1 Kanzleigehilfe, der ständig beschäftigt ist . . . . . 1 500 *M.* 2 Haus- und Bureaudiener, wie bisher, unter Erhöhung ihrer Vergütungen . . . . . 2 520 „ Dienstaushilfe während einiger Monate zur Zeit des höchsten Geschäftsstandes, Rechnungsdurchschnitt . . . . 1 700 „ Dienstzulage des Registrators für Führung der Hand- und Hauskasse, wie bisher . . . . . 100 „ Tagegelder, Reise- und Umzugskosten nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 260 „ Dienstkleidung der 2 Diener zu 50 *M.* . . . . . 100 „ Unterstützung des nichtetatmäßigen Personals (3 Köpfe zu 7 *M.* 50 *Pf.*) rund . . . . . 20 „ zusammen . . 6 200 *M.*
5 070	—	Rechnungsdurchschnitt, abzüglich eines außerordentlichen Aufwands, 4 200 *M.* In den beiden ersten Jahren des Bezugs des 1900 erkauften Gebäudes war der Aufwand gering. Für 1906/07 ist er in einer vorliegenden Kostenberechnung veranschlagt auf jährlich . . . . . 5 200 *M.* Die Außenseiten des Gebäudes nebst seiner Seitenflügel bedürfen zur Vermeidung weiterer bereits eingetretener Putzablösungen der gründlichen Verputzausbesserung und sind sodann mit Ölfarbe anzustreichen. Der außergewöhnliche Aufwand hierfür ist zu 5 740 *M.* veranschlagt. Für 1 Jahr kommen in Ansatz . . . . . 2 870 „ zusammen . . 8 070 *M.*
5 770		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(III.)		Übertrag . .	46 770	41 000
	5.	Sachliche Amtsunkosten	10 300	8 100
		Summe Titel III.	57 070	49 100
		„ „ „ für beide Jahre . .	114 140	
IV.		**Unterstützungs- und Belohnungsfonds.**		
	1.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der etatmäßigen Beamten	45 000	30 500
	2.	Zusätzliche Erhöhung zur Verwilligung von außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte jeder Art	25 000	15 000
		Summe Titel IV.	70 000	45 500
		„ „ „ für beide Jahre . .	140 000	
V.		**Verschiedene und zufällige Ausgaben.**		
	1.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	1 800	1 700
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	30	20
		c. Telegraphengebühren	900	900
	2.	Grenzberichtigungskosten	2 000	3 000
	3.	Sonstige und zufällige Ausgaben	4 600	6 380
		Summe Titel V.	9 330	12 000
		„ „ „ für beide Jahre . .	18 660	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
5 770	–	
2 200	—	a. Kredit der Handkasse, wie bisher . . . . . 1 400 ℳ.
		b Sonstige Amtsunkosten bestehend in den Kosten für Anschaffung des Feuerungsmaterials für die zentrale Dampfheizung, für elektrische Beleuchtung, für Wasserverbrauch, für Haus- und Dienstgerätschaften und dergleichen. Diese Kosten sind nach den Ergebnissen der letzten Zeit zu veranschlagen zu . . . . . 8 200 „
7 970	—	Hierzu tritt als einmaliger Bedarf der Aufwand für einen Haupttreppenläufer mit 1 400 ℳ., also für 1 Jahr . . . . . 700 „
		zusammen . . 10 300 ℳ.
14 500	—	Nach der Zusammenstellung, Anlage 1, beträgt die Zahl der in Betracht kommenden Beamten der Gehaltstarifabteilungen E. bis K. im ganzen 6 456, für welche zu dem Satz von 8 ℳ. 50 ₰. für den Kopf 54 875 ℳ. sich ergeben würden. Mit Rücksicht auf das Institut der Bahnärzte glaubt man mit einem Budgetsatz von 45 000 ℳ. auszureichen.
10 000	—	Unter Hinweis auf Artikel 29 Absatz 2 des Etatgesetzes werden die für die folgenden Bahnbauten teils bereits genehmigten, teils neu aufgenommenen Mittel, ausschließlich der Geländeerwerbungskosten, der Bemessung des Budgetsatzes zugrunde gelegt:
24 500	—	1. Bahnbau Kappel—Bonndorf . . . . . 2 500 000 ℳ.
		2. Bahnbau Mimmenhausen—Frickingen . . . . . 900 000 „
		3. Herstellung des II. Gleises auf der Strecke Radolfzell—Konstanz, weitere Forderung . . . . . 400 000 „
		4. Desgleichen Strecke Singen—Immendingen, weitere Forderung . . . . . 500 000 „
		5. Desgleichen Strecke Offenburg—Hausach, weitere Forderung . . . . . 1 000 000 „
		6. Desgleichen Strecke Oos—Baden . . . . . 400 000 „
		7. Desgleichen Strecke Neckarelz—Osterburken . . . . . 2 500 000 „
		8. Erweiterung des Rangierbahnhofs Mannheim, weitere Forderung . . . . . 1 000 000 „
		9. Bahnhofumbau Graben-Neudorf . . . . . 500 000 „
		10. Verlegung der Betriebswerkstätte Karlsruhe . . . . . 1 000 000 „
		11. Bahnhofumbau Offenburg, zunächst . . . . . 3 000 000 „
		12. Bahnhofumbau Basel, zunächst . . . . . 3 000 000 „
		13. Bahnhofumbau Lörrach . . . . . 1 000 000 „
		14. Bahnhofumbau Radolfzell . . . . . 1 000 000 „
		15. Errichtung von Stellwerksanlagen . . . . . 3 000 000 „
		16. Erweiterung und Ergänzung der Einrichtungen in den elektrischen Zentralen in Mannheim, Heidelberg, Kehl und Freiburg . . . . . 780 000 „
		17. Erweiterung der Hauptwerkstätte . . . . . 2 008 000 „
		Gesamtbausumme . . 24 488 000 ℳ.
		Hiervon $^2/_{10}$ % = rund 50 000 ℳ. oder für ein Jahr 25 000 ℳ.
		Für die an etatmäßige Beamte der Staatsbahnverwaltung gewährten Unterstützungen und außerordentlichen Belohnungen erfolgt Ersatzleistung an die allgemeine Kassenverwaltung (vergleiche Spezialbudget des Finanzministeriums Titel VI. § 5 der Einnahme)
100	—	Infolge der im Jahre 1905 stattfindenden neuen Ermittelung der Portobauschsumme wird sich gegenüber dem Rechnungsdurchschnitt von 1 633 ℳ. eine Erhöhung ergeben, weshalb 1 800 ℳ. eingestellt werden.
10	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
-	1 000	Rechnungsdurchschnitt 1 970 ℳ.
	1 780	Nach dem Rechnungsdurchschnitt abzüglich einer außergewöhnlichen Ausgabe aber zuzüglich der Kosten bei Prüfung der Maschineningenieurkandidaten und der Werkmeister.
110	2 780	
	110	
	2 670	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
		Zusammenstellung.		
		I. Ministerium	134 700	136 800
		II. Geheimes Kabinett	62 600	50 200
		III. Gesandtschaft in Berlin	57 070	49 100
		IV. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	70 000	45 500
		V. Verschiedene und zufällige Ausgaben	9 330	12 000
		Summe der Ausgabe	333 700	293 600

Gegen seither jährlich		Gesamtbetrag für die Budgetperiode			Erläuterungen.
mehr.	weniger.	Ordentlicher Etat.	Außerordentlicher Etat.	Hauptsumme.	
ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	
—	2 100	269 400	—	269 400	
12 400	—	125 200		125 200	
7 970	—	114 140	—	114 140	
24 500	—	140 000	—	140 000	
—	2 670	18 660	—	18 660	
44 870	4 770				
4 770					
40 100		667 400	—	667 400	

Zusammenstellung

der im Spezialbudget des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten sowie im Budget der badischen Verkehrsanstalten für 1906 und 1907 vorgesehenen Stellenzahl für etatmäßige Beamte.

Budgettitel und Position.	Zahl der Beamten nach den Gehaltstarifabteilungen										Zusammen.	Bisher genehmigte Stellenzahl.	Sonach künftig mehr.
	A.	B.	C.	D.	E.	F.	G.	H.	J.	K.			
I. Allgemeine Staatsverwaltung.													
Titel I. § 1	1	4	1	1	1	5	3	—	3	3	22	22	—
„ II. § 1	—	1	1	—	—	2	—	—	—	1	5	5	—
„ III. § 1	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	2	2	—
Summe I. . .	1	6	2	1	1	8	3	—	3	4	29	29	—
II. Ausgeschiedener Verwaltungszweig der Verkehrsanstalten.													
Abteilung 1 Titel I. § 1 a	—	5	23	107	95	207	802	1 233	344	3 701	6 517	6 118	399
„ 2 „ I. § 1	—	—	—	1	—	1	1	6	8	39	56	51	5
Summe II. . .	—	5	23	108	95	208	803	1 239	352	3 740	6 573	6 169	404
Summe I. und II. . .	1	11	25	109	96	216	806	1 239	355	3 744	6 602	6 198	404
Hiervon ab die Stellenzahl der Tarifabteilungen A.—D.											146		
Verbleiben für die Tarifabteilungen E.—K.											6 456		

Hauptabteilung III.

Spezial-Budget

des

Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts

für die Jahre

1906 und 1907.

Hierzu die Anlagen 1 — 11.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
I.		**Ministerium.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		1 Minister A. 1	12 000			
		Tarifmäßige Dienstzulage	6 000			
		Dienstwohnung.				
		2 statt bisher 1 Ministerialdirektoren B. 1 wofür 1 Stelle nach B. 3 in Wegfall kommt.	14 300	700		
		5 statt bisher 6 Kollegialmitglieder B. 3	30 300			
		1 Hilfsarbeiter im Kollegium C. 4 (Landgerichtsrat)	3 050			
		Budgetmäßige Dienstzulage	300			
		3 Notariatsinspektoren D. 1	9 500			
		Tarifmäßige Dienstzulagen von je 300 ℳ.	900			
		1 Ministerialsekretär D. 3	2 000			
		2 statt bisher 1 Revisionsvorstände E. 1 wofür 1 Revisor nach F. 1 in Wegfall kommt.	6 600	200		
		5 statt bisher 6 Stellen nach F. 1: Sekretäre (1) und Revisoren (4 statt bisher 5)	14 900			
		5 statt bisher 4 Stellen nach F. 3: Registratoren (4 statt bisher 3) und Expeditoren (1)	11 770	2 000		
		1 Revident G. 4	1 600			
		5 Stellen nach G. 5: Registratur- (3) und Expeditur-assistenten (2)	9 740			
		1 Dienstzulage nach § 11 der Gehaltsordnung	100			
		7 Kanzleiassistenten J. 3	10 200			
		3 Kanzleidiener K. 3	4 032			
		2 statt bisher 1 Beamte haben Dienstwohnung (gemietet).				
		41 statt bisher 40 Beamte . . Summe	137 292	2 900		
		Voranschlag für 1906	146 955 ℳ.			
		„ „ 1907	149 792 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	148 374 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	146 100 „		146 100	131 000
		Übertrag . .			146 100	131 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Unterrichtsabteilung des Ministeriums hat in den letzten Jahren eine wesentliche Geschäftsvermehrung infolge Vermehrung und Erweiterung von Unterrichtsanstalten erfahren. Es erscheint bei der Bedeutung dieser Abteilung der Staatsverwaltung angemessen, den Charakter der Unterrichtsabteilung als eine besondere Abteilung des Ministeriums auch äußerlich dadurch hervortreten zu lassen, daß ein Mitglied dieser Abteilung in die Stellung eines Ministerialdirektors beziehungsweise vorsitzenden Rates einrückt. 1 Beamter bezieht als Ministerialkommissär bei dem Oberrat der Israeliten einen Nebengehalt von 500 ℳ.
		1 Beamter bezieht als Mitglied des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse einen Nebengehalt von 600 ℳ.
		Die 3 Stellen mit einem Aufwand von 10 400 ℳ. kommen in Wegfall, sobald die Besetzung der Landgerichte es ermöglicht, diesen die unmittelbare Aufsicht über den Dienst der freiwilligen Gerichtsbarkeit in vollem Umfang zu übertragen.
		Die Stelle wird zurzeit durch einen Referendär versehen
		Bisher war nur eine Revisionsvorstandsstelle für die Kultus- und Unterrichtsabteilung vorhanden. Die Geschäfte der Justizabteilung haben in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß die Errichtung einer weiteren Revisionsvorstandsstelle für fragliche Abteilung im dienstlichen Interesse dringend geboten erscheint.
		1 Beamter bezieht für die Prüfung der Personalstandstabellen der Strafanstalten einen Nebengehalt von 500 ℳ. (vergleiche Titel VIII. § 10 e).
		Infolge zunehmender Geschäfte mußte eine weitere (4.) Registraturabteilung errichtet werden, zu deren Besetzung ein weiterer Registraturbeamter erforderlich ist. Es wird daher eine weitere Registratorstelle in Anforderung gebracht. 1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 100 ℳ. für Führung der Handkassenrechnung (vergleiche § 5 a).
		Eine Expeditursassistentenstelle wird zurzeit durch einen Kanzleiassistenten, dem für die Dauer dieser Dienstbesorgung eine Dienstzulage von 100 ℳ. gemäß § 11 Gehaltsordnung gewährt wurde, versehen.
		Diese Beamten können Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Arbeiten erhalten.
		Die Kanzleidiener beziehen aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten wandelbares Einkommen; außerdem bezieht ein Beamter einen Nebengehalt von 100 ℳ. für Wahrnehmung der Hausmeistergeschäfte (vergleiche § 5 a). Im Ministerialgebäude befinden sich keine Dienerwohnungen, was als ein Mißstand empfunden wird. Es liegt daher im dienstlichen Interesse, den Dienern wenigstens in unmittelbarer Nähe des Dienstgebäudes Wohnungen anzumieten, weshalb hier für den zweiten Diener eine weitere Dienstwohnung angefordert wird.
15 100	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch nebenverzeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
15 100	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(I.)		Übertrag . .	146 100	131 000
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	29 000	28 300
		Andere persönliche Ausgaben und zwar:		
	3.	Vergütung und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	14 650	14 400
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	5 710	5 710
	5.	Sonstige persönliche Ausgaben	10 550	10 080
	6.	Sachliche Amtsunkosten	19 300	19 540
	7.	Mietzins für Dienst- und Wohnräume	3 180	3 560
		Summe Titel I.	228 490	212 590
		„ „ „ für beide Jahre . .	456 980	

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
II.		**Oberlandesgericht.** **Ordentlicher Etat.**				
	1.	Gehalte.	M.	M.		
		1 Präsident A. 2 . . . . . Dienstwohnung.	10 000			
		3 Senatspräsidenten B. 1	22 500			
		4 Beamte . . . . . Übertrag	32 500			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
15 100	—	
700	—	Künftig wegfallend 2 700 ℳ. für drei Notariatsinspektoren. Siehe oben § 1.
250	—	2 Referendäre zu durchschnittlich 1 700 ℳ. . . . . 3 400 ℳ. 3 Kanzleigehilfen zu durchschnittlich 1 350 ℳ. . . . . 4 050 „ 6 Schreibgehilfen zu durchschnittlich 1 000 ℳ. . . . . 6 000 „ 1 Hilfsdiener zu . . . . . 1 200 „ zusammen . . 14 650 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 3 993 ℳ. Mit Rücksicht darauf, daß seit der Budgetperiode 1904/05 die Reisekosten der Notariatsinspektoren hier verrechnet werden, wird der bisherige Budgetsatz beibehalten.
470	—	Von der Anforderung entfallen: a. auf Nebengehalte etatmäßiger Beamten und zwar: Honorar für den bautechnischen Referenten statt bisher 2 000 ℳ. . . . . 2 500 ℳ. Die Geschäfte des bautechnischen Referenten haben einen weiteren Umfang angenommen, als bei der erstmaligen Anforderung des Honorars vermutet wurde. Das bisherige Honorar steht nicht in richtigem Verhältnis zu der zu bewältigenden Aufgabe und erscheint eine Erhöhung gerechtfertigt Nebengehalt an einen Beamten für Führung der Handkassenrechnung . . . . . 100 „ Nebengehalt an einen Kanzleidiener für Wahrnehmung der Hausmeistergeschäfte . . . . . 100 „ b. auf Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt 10 840 ℳ. Statt dessen wird der bisherige Satz von . . . . . 7 550 „ als voraussichtlich ausreichend angefordert. c. auf Lieferung von Dienstkleidung der Kanzleidiener 4 × 50 ℳ. . . . . 200 „ d. Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung . . . . . 100 „ zusammen . . 10 550 ℳ. Neu zugehenden Dienern werden im Bedarfsfalle allgemein sofort sämtliche Dienstkleidungsstücke frei geliefert, auch wenn dadurch der Normalbetrag von jährlich 50 ℳ. für Dienstkleidung überschritten wird.
—	240	Der Kredit der Handkasse beträgt wie bisher . . . . . 18 000 ℳ. Sonstige Amtsunkosten (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 1 300 „ zusammen . . 19 300 ℳ.
—	380	Hiervon entfallen auf: a. Diensträume . . . . . 1 980 ℳ.
16 520	620	b. Dienstwohnungen für 2 statt bisher 1 Kanzleidiener zu 600 ℳ. . . . . 1 200 „ (vergleiche Erläuterung zu § 1 K. 3)
620		zusammen . . 3 180 ℳ.
15 900		

2 Beamte beziehen als richterliche Mitglieder des Landesversicherungsamts einen Nebengehalt von je 500 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(II.)	(1.)	4 Beamte . . . . . Übertrag	32 500			
		20 Oberlandesgerichtsräte B. 4	123 750			
		1 Sekretär D. 3	2 500			
		2 Stellen nach F. 3: Registrator (1) und Expeditor (1) .	6 400			
		2 statt bisher 1 Stelle nach G 5: Registraturassistent (1) und Expeditursassistent (1)	2 150	1 500		
		1 Aktuar H. 9	1 250			
		5 Kanzleiassistenten J. 3	8 850			
		3 Kanzleidiener K. 3	4 227			
		2 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		38 statt bisher 37 Beamte . . Summe	181 627	1 500		
		Voranschlag für 1906	188 417 ℳ.			
		„ „ 1907	190 892 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	189 655 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½% rund	186 800 „		186 800	180 100
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			35 700	34 500
	3.	Andere persönliche Ausgaben und zwar: Vergütung und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			8 600	11 200
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			2 200	1 070
	5.	Sonstige persönliche Ausgaben			3 440	2 450
				Übertrag . .	236 740	229 320

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		1 Beamter bezieht als Handkassenrechner einen Nebengehalt von 100 ℳ. (vergleiche § 5 a).
		Der Registraturdienst beim Oberlandesgericht hat infolge andauernder Geschäftsvermehrung einen solchen Umfang erreicht, daß derselbe ohne Beizug eines weiteren geschäftsgewandten Beamten von dem Registrator allein nicht mehr bewältigt werden kann. Es wird daher eine Registraturassistentenstelle in Anforderung gebracht, wofür eine Kanzleigehilfenstelle in Wegfall kommt.
		Der Aktuar sowie die Kanzleiassistenten beziehen Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Abschriften gemäß § 2 der Gerichtskostenordnung.
		Die Kanzleidiener beziehen wandelbares Einkommen an Zustellungs- und Behändigungsgebühren (Titel VII. § 11) und aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten. An solchen kommen 60 ℳ. zur Anrechnung auf den Gehalt (Anmerkung 3 d. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs). 1 Beamter bezieht für Wahrnehmung der Hausmeistergeschäfte einen Nebengehalt von 80 ℳ. (vergleiche § 5 a.)
6 700	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch nebenbezeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 200	—	2 Beamte der Abteilung J. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung II. nach § 23 Absatz 1 der Gehaltsordnung.
—	2 600	3 Referendäre zu durchschnittlich 1 600 ℳ. . . . . 4 800 ℳ. 2 statt bisher 4 Kanzleigehilfen zu durchschnittlich 1 300 ℳ. . . . . 2 600 „ (vergleiche Erläuterung zu § 1 G. 5). 1 Hilfsdiener . . . . . 1 200 „ zusammen . . 8 600 ℳ. Die Kanzleigehilfen beziehen Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Abschriften gemäß § 2 der Gerichtskostenordnung.
1 130	—	Rechnungsdurchschnitt. Die in einzelnen Prozessen entstehenden Reisekosten sind von dem entstehenden sonstigen Aufwand im Rechtsstreite aus inneren Gründen nicht trennbar und gelangen daher auf Titel VII. § 8 zur Ausgabe.
990	—	Von der Anforderung entfallen: a. auf Nebengehalte etatmäßiger Beamten, nämlich: Nebengehalt an einen Beamten für Führung der Handkassenrechnung . . . . . 100 ℳ. Desgleichen an einen Kanzleidiener für Wahrnehmung der Hausmeistergeschäfte . . . . . 80 „ b. für Stellvertretung und Dienstaushilfe: Rechnungsdurchschnitt 5 238 ℳ.; statt dessen werden . . . . . 3 000 „ als voraussichtlich ausreichend angefordert. c. für Lieferung der Dienstkleidung der Kanzleidiener 4 × 50 ℳ. . . . . 200 „ d. Beiträge zur Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung . . . . . 60 „
10 020	2 600	zusammen . . 3 440 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					ℳ.	ℳ.
(II.)		Übertrag . .			236 740	229 320
	6.	Sachliche Amtsunkosten			12 550	12 550
		Summe Titel II.			249 290	241 870
		" " " für beide Jahre . .			498 580	
III.		**Landgerichte.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.		
		8 Präsidenten B. 1	60 000			
		Sämtliche Beamten haben Dienstwohnungen, davon 5 in gemieteten Gebäuden.				
		14 statt bisher 13 Landgerichtsdirektoren B. 4	87 900	6 800		
		87 statt bisher 84 Landgerichtsräte C. 4	368 790	10 500		
		29 tarifmäßige Dienstzulagen (6 zu 600 ℳ, 12 zu 400 ℳ, 11 zu 300 ℳ)	11 700			
		4 Sekretäre D. 3	11 000			
		4 Sekretäre F. 3	11 360			
		16 Stellen nach F. 3: Registratoren (8) und Expeditoren (8)	47 330			
		3 Kanzleisekretäre F. 5	7 180			
		21 statt bisher 17 Stellen nach G. 5: Sekretariatsassistenten (5), Registraturassistenten (10) und Expeditur-assistenten (6)	33 940	7 600		
		34 Aktuare H. 9	46 550			
		10 statt bisher 8 Kanzleiassistenten J. 7	12 840	2 500		
		18 statt bisher 17 Kanzleidiener K. 7	21 464	1 000		
		16 statt bisher 15 Beamte haben Dienstwohnungen, davon 3 in gemieteten Gebäuden.				
		219 statt bisher 208 Beamte . . Summe	720 054	28 400		

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
10 020	2 600	
—	—	Kredit der Handkasse: Der bisherige Satz mit . . . . . 12 100 ℳ.
10 020	2 600	wird als ausreichend beibehalten.
2 600		Ebenso „Sonstige Amtsunkosten“ mit . . . . . 450 „
		statt des Rechnungsdurchschnitts von 748 ℳ.
7 420		zusammen . . 12 550 ℳ.

Die stetige Zunahme der Geschäfte des Landgerichts Karlsruhe macht die Bildung je einer weiteren Civil- und Strafkammer dringend nötig. Die Bildung dieser Kammern bedingt die Anstellung eines weiteren (vierten) Direktors und zunächst zweier Richter. Ein weiterer Richter wird beim Landgericht Offenburg erforderlich, dessen Geschäftsstand gegenüber jenem zur Zeit der Organisation von 1879 erheblich sich vermehrt hat, während die Besetzung des Gerichtshofs bis jetzt unverändert geblieben ist.

Die Zahl der Direktoren ist daher von 13 auf 14 und jene der Landgerichtsräte von 84 auf 87 zu erhöhen.

Siehe Erläuterung zu B. 4.

4 Beamte beziehen als Kostenbeamte Konstatiergebühren aus der Amts- und Steuerkasse (vergleiche Titel VII. § 10 und Budget des Finanzministeriums Titel VI. § 23 a.). An solchen kommen 1 670 ℳ. zur Aufrechnung auf den Gehalt. (Anmerkung 7 zu Abteilung F. des Gehaltstarifs.) Außerdem beziehen 2 Beamte an Nebengehalt je 100 ℳ., 3 je 60 ℳ. und 3 je 40 ℳ. für Führung der Handkassenrechnungen (vergleiche § 5 a.).

Infolge der erheblichen Geschäftsvermehrung bei den größeren Landgerichten werden 4 Registratur- beziehungsweise Expeditur-assistentenstellen weiter in Anforderung gebracht.

Ein Beamter erhält aus der Steuerkasse einen Nebengehalt von 300 ℳ. für Auszahlung der Zeugen- und Sachverständigengebühren.

Eine Stelle wird zurzeit durch einen Beamten der Tarifabteilung H. 9 versehen.

Eine Stelle zurzeit unbesetzt.

Die Aktuarsstellen bei Landgerichten sind mit jenen bei den Amtsgerichten übertragbar (vergleiche Erläuterung zu Titel V.).

Die Aktuare sowie die Kanzleiassistenten beziehen Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Abschriften gemäß § 2 der Gerichtskostenordnung.

Zur Ermöglichung der etatmäßigen Anstellung der auf den Kanzleien beschäftigten Militäranwärter werden 2 weitere Kanzleiassistentenstellen angefordert, wogegen 1 Kanzleigehilfenstelle in Wegfall kommt.

Die Hilfsdienerstelle beim Landgericht Karlsruhe soll zur Ermöglichung der etatmäßigen Anstellung des betreffenden Stelleninhabers in eine etatmäßige Kanzleidienerstelle umgewandelt werden.

Eine Stelle ist zurzeit mit einem nichtetatmäßigen Kanzleidiener besetzt.

Die weiter vorgesehene Dienstwohnung, die sich im Amtsgerichtsneubau in Mannheim befindet, wird einem Landgerichtsdiener daselbst zugewiesen werden.

Die Kanzleidiener beziehen zumteil wandelbares Einkommen aus dem Zustellungs- und Behändigungsdienst und aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten (Titel VII. § 11 und Titel III. § 6). An solchen kommen 950 ℳ. zur Aufrechnung auf den Gehalt (Anmerkung 3 b. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs).

3 Beamte beziehen für Wahrnehmung der Hausmeistergeschäfte Nebengehalte von 80 ℳ. und 2 × 50 ℳ. (vergleiche § 5 a.).

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(III.)	(1.)	Voranschlag für 1906 . . . . . 772 408 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 787 811 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 780 110 ℳ.		
		und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 768 400 „	768 400	707 100
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	160 400	149 800
		Andere persönliche Ausgaben und zwar:		
	3.	Vergütung und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	58 100	60 400
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	15 510	15 510
	5.	Sonstige persönliche Ausgaben	32 090	32 320
	6.	Sachliche Amtsunkosten	60 300	57 780
		Summe Titel III	1 094 800	1 022 910
		„ „ „ für beide Jahre . .	2 189 600	

IV		**Staatsanwaltschaft.** **Ordentlicher Etat.**	Effektivetat auf 1 Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
	1.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.		
		1 Oberstaatsanwalt B. 2	7 500			
		5 Erste Staatsanwälte B. 3	31 100			
		6 Beamte . . . . . Übertrag	38 600			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
61 300	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch nebenverzeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
10 600	—	2 Beamte der Abteilung J. beziehen gemäß § 23 Absatz 1 des Beamtengesetzes das Wohnungsgeld der Abteilung G. beziehungsweise H. und 1 Beamter der Abteilung K. jenes der Abteilung J.
—	2 300	14 Referendäre zu durchschnittlich 1 600 ℳ. . . . . 22 400 ℳ. 29 statt bisher 30 Kanzlei- und Schreibgehilfen zu 800 ℳ. bis 1 500 ℳ. . . . . 34 800 „ 1 Heizer . . . . . 900 „ zusammen . . 58 100 ℳ. Die Kanzleigehilfen beziehen Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Abschriften gemäß § 2 der Gerichtskostenordnung.
—	—	Bisheriger Satz statt des Rechnungsdurchschnitts mit . . . . . 15 744 ℳ.
—	230	Von der Anforderung entfallen: a. auf Nebengehalte etatmäßiger Beamten, nämlich: Honorare der Medizinalreferenten, wie bisher . . . . . 3 250 ℳ. Honorare für zwei als Hilfsrichter zu Landgerichten berufene Universitätsprofessoren, wie bisher . . . . 3 000 „ Nebengehalte für Führung der Handkassenrechnungen: 2 Beamte zu 100 ℳ., 3 Beamte zu 60 ℳ. und 3 Beamte zu 40 ℳ. . . . . 500 „ Nebengehalt für einen Amtsgerichtsdiener für Mitbedienung eines außerhalb des Gerichtsgebäudes untergebrachten Untersuchungsrichters . . . . . 130 „ Nebengehalt für 3 Kanzleidiener für Wahrnehmung der Hausmeistergeschäfte 2 × 50 ℳ. + 80 ℳ. (Waldshut, Freiburg und Karlsruhe) . . . . . 180 „ b. auf Stellvertretung und Dienstaushilfe, statt des Rechnungsdurchschnitts mit 30 588 ℳ. wird mit Rücksicht auf die unter § 1 vorgesehenen neuen Stellen der bisherige Satz mit . . . . . 24 000 „ als ausreichend angefordert. c. auf Dienstkleidung der Kanzleidiener 18 × 50 ℳ. . . . . 900 „ d. Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung . . . . . 130 „ zusammen . . 32 090 ℳ.
2 520	—	Kredit der Handkassen, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 57 800 ℳ.
—	—	Sonstige Amtsunkosten, wie bisher . . . . . 2 500 „
74 420	2 530	statt des Rechnungsdurchschnitts mit 5 148 ℳ.
2 530		zusammen . . 60 300 ℳ.
71 890		

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(IV.)	(1.)	6 Beamte . . . . . Übertrag	38 600			
		14 Staatsanwälte im Rang von Landgerichtsräten C. 3 . .	52 200			
		14 tarifmäßige Dienstzulagen je 300 ℳ.	4 200			
		4 Expeditoren F. 3	12 710			
		5 statt bisher 2 Kanzleisekretäre F. 5, wofür 3 Sekretariatsassistentenstellen in Wegfall kommen	12 920	300		
		6 statt bisher 9 Stellen nach G. 5: Sekretariatsassistenten (1), Registraturassistenten (2), Expeditursassistenten (3) .	11 660			
		14 statt bisher 12 Aktuare H. 9	16 900	2 500		
		12 tarifmäßige Dienstzulagen (9 zu 100 ℳ. und 3 zu 200 ℳ.) .	1 500	200		
		4 statt bisher 3 Kanzleidiener K. 7	3 720	1 000		
		3 Beamte haben Dienstwohnungen, wovon 1 gemietet				
		53 statt bisher 50 Beamte . Summe	154 410	4 000		
		Voranschlag für 1906	166 193 ℳ.			
		„ „ 1907	169 995 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	168 094 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	165 600 „		165 600	159 100
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			36 500	35 300
		Andere persönliche Ausgaben und zwar:				
	3.	Vergütung und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			71 500	68 300
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			4 200	2 220
	5.	Sonstige persönliche Ausgaben			28 810	26 240
		Übertrag . .			306 610	291 160

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		4 Staatsanwälte sind zurzeit noch in Abteilung D. 1 des Gehaltstarifs eingereiht.
		2 Beamte beziehen für Führung der Handkassenrechnungen Nebengehalte von 40 beziehungsweise 60 ℳ. (vergleiche § 5 a.).
		1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 40 ℳ. für Führung der Handkassenrechnung. Um 3 ältere Kanzleivorstände, die zurzeit noch der Tarifabteilung G. angehören, vorrücken zu lassen, werden im dienstlichen Interesse 3 weitere Kanzleisekretärsstellen angefordert, wofür 3 Sekretariatsassistentenstellen in Wegfall kommen.
		Infolge Geschäftsvermehrung mußte bereits zu Anfang der Budgetperiode 1904/05 bei den Staatsanwaltschaften Freiburg und Mannheim je ein weiterer Aktuar eingestellt werden, für welche 2 etatmäßige Aktuarsstellen angefordert werden.
		Mit der Verlegung der Diensträume des Staatsanwalts in Pforzheim in das ehemalige Bezirksamtsgebäude im Spätjahr 1903 fiel die Einstellung eines Kanzleidieners nötig. Diese Beamten beziehen wandelbares Einkommen aus dem Zustellungs- und Behändigungsdienst (Titel VII. § 11) und aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten (Titel IV. § 6). An solchen kommen 210 ℳ. zur Aufrechnung auf den Gehalt (Anmerkung 3 h. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs).
6 500	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch nebenverzeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 200	—	
3 200	—	27 statt bisher 25 Referendäre zu durchschnittlich 1 600 ℳ. . . . . 43 200 ℳ. 21 Kanzleigehilfen zu durchschnittlich 1 300 ℳ. . . . . 27 300 „ 1 Hilfsdiener . . . . . 1 000 „ zusammen . . 71 500 ℳ. Der stetig wachsende Geschäftsstand machte bereits im Laufe der Budgetperiode 1904/05 die Einstellung je eines weiteren Referendärs (Amtsanwalts) bei den Staatsanwaltschaften in Mannheim und Heidelberg erforderlich.
1 980	—	Rechnungsdurchschnitt.
2 570	—	Von der Anforderung entfallen: a. auf Nebengehalte etatmäßiger Beamten, nämlich: 1. Nebengehalte für ausschließlich im Dienste der Kriminalpolizei verwendete Beamte, und zwar für: 6 Polizeikommissäre zu 300 ℳ. . . . . 1 800 ℳ. 11 (bisher 9) Polizei- beziehungsweise Gendarmeriewachtmeister zu 250 ℳ. . . . . 2 750 „ 15 (bisher 14) Polizeisergeanten zu 200 ℳ. . . . . 3 000 „ 41 (bisher 40) Schutzleute zu 150 ℳ. . . . . 6 150 „ Außerdem können den der Kriminalpolizei weiter zuzuteilenden Beamten die betreffenden Dienstzulagen bewilligt werden. 2. Nebengehalte für die Mannschaften der sogenannten Fahndungsabteilungen der allgemeinen Polizei in den größeren Städten für 27 Schutzleute zu 100 ℳ. . . . . 2 700 „
15 450	—	3. Nebengehalte für Führung der Handkassenrechnungen: 1 Beamter zu 60 ℳ. und 2 Beamte zu 40 ℳ. 140 „ Übertrag . . 16 540 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IV.)		Übertrag . .	306 610	291 160
	6.	Sachliche Amtsunkosten	23 000	18 500
		Summe Titel IV.	329 610	309 660
		„ „ „ für beide Jahre . .	659 220	

V.		**Amtsgerichte.**	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.
		120 statt bisher 118 Amtsrichter D. 1	396 830	4 000
		5 tarifmäßige Dienstzulagen je 500 ℳ.	2 500	—
		1 tarifmäßige Dienstzulage zu 600 ℳ.	—	600
		64 Dienstwohnungen, von welchen 15 (bisher 14) gemietet.		
		45 statt bisher 40 Gerichtsschreiber (Gehaltsklasse I.) F. 5 . .	128 050	10 840
		92 statt bisher 87 Gerichtsschreiber (Gehaltsklasse II.) und Registratoren G. 6	176 805	8 185
		10 tarifmäßige Dienstzulagen je 200 ℳ.	2 000	—
		88 statt bisher 83 Aktuare und Gerichtsschreibereigehilfen H. 9	112 085	6 250
		1 Ökonom H. 1	2 650	
		1 Dienstwohnung.		
		346 Beamte . . . . . Übertrag	820 920	29 875

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
ℳ.	ℳ.		
15 450	—	(Fortsetzung der Erläuterung zu § 5.) Übertrag . .	16 540 ℳ.
		b. auf Stellvertretung und Dienstaushilfe; statt des Rechnungsdurchschnitts mit 17 116 ℳ. wird der Betrag von als voraussichtlich ausreichend angefordert, nachdem 2 weitere Referendäre (siehe oben § 3) angefordert sind.	12 000 „
		c. auf Dienstkleidung der Kanzleidiener 5 × 50 ℳ.	250 „
		d. Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung	20 „
		zusammen . .	28 810 ℳ.
4 500	—	Kredite der Handkassen, Rechnungsdurchschnitt	21 200 ℳ.
		Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt	1 800 „
19 950	—	zusammen . .	23 000 ℳ.

Gegen bisher 2 Stellen mehr; das fortdauernde Anwachsen des Geschäftsstandes bei den Amtsgerichten Heidelberg und Pforzheim macht eine Vermehrung des Richterpersonals um je 1 Richter notwendig. Außerdem ist die Errichtung einer Kammer für Handelssachen beim Amtsgericht in Pforzheim gemäß § 100 Absatz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Aussicht genommen, in welcher der Vorsitz einem Richter des Amtsgerichts (§ 110 des Gerichtsverfassungsgesetzes) übertragen werden soll. Die dem letzteren zu gewährende tarifmäßige Dienstzulage mit 600 ℳ. wird hier vorgesehen.

Mit Rücksicht auf die seit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und der damit in Zusammenhang stehenden neuen Gesetze und Verordnungen schwierigere und verantwortungsvollere Tätigkeit der Gerichtsschreiber wird die Umwandlung von 5 bisher genehmigten Gerichtsschreiberstellen II. Gehaltsklasse beziehungsweise Registratorenstellen in Gerichtsschreiberstellen I. Gehaltsklasse beantragt.

13 Beamte beziehen Nebengehalte für Führung der Handkasserechnung und zwar 2 zu 100 ℳ., 3 zu 60 ℳ. und 8 zu 40 ℳ. (vergleiche Titel V. § 8 a.).

An Konstatiergebühren kommen 3 530 ℳ. auf den Gehalt zur Anrechnung (Anmerkung 7 zu Abteilung F. des Gehaltstarifs).

Neben der Belassung der durch Umwandlung in Gerichtsschreiberstellen I. Gehaltsklasse frei werdenden 5 Stellen sind weitere 5 Stellen erforderlich.

Infolge des erheblichen Geschäftsumfanges hat sich bei den größeren Amtsgerichten die Errichtung von besonderen Gerichtsschreibereiabteilungen für jedes Civilrespiziat als Bedürfnis erwiesen. Zur Besetzung dieser Gerichtsschreibereiabteilungen sind neue Stellen erforderlich.

Ferner sind durch die in Aussicht genommene Errichtung einer Kammer für Handelssachen beim Amtsgericht Pforzheim und durch die allgemein eingetretene Geschäftsvermehrung bei den Amtsgerichten, insbesondere durch Zunahme der Strafsachen bei den größeren Schöffengerichten, infolge Neuorganisation der Gerichtsverfassung, weitere Gerichtsschreiber- beziehungsweise Registratorenstellen notwendig.

5 Beamte erhalten für Beaufsichtigung des Gerichtsvollzieherdienstes einen Nebengehalt von je 200 ℳ. (vergleiche Titel V. § 8 a). 1 Beamter erhält für Auszahlung der Zeugen- und Sachverständigengebühren aus der Steuerkasse einen Nebengehalt von jährlich 240 ℳ.

An Konstatiergebühren kommen 900 ℳ. zur Anrechnung auf den Gehalt (Anmerkung 5 zu Abteilung G. des Gehaltstarifs).

Diese Stellen übertragen sich gegenseitig mit jenen gleicher Art bei den Landgerichten (Titel III.).

Die allgemeine Geschäftsvermehrung bei den Amtsgerichten und das Bedürfnis, von den bisher genehmigten 2 Kanzleigehilfenstellen für den Amtsgefängnisdienst in Mannheim eine Stelle mit einem etatmäßigen Aktuar besetzen zu können, machen die Anforderung von 5 weiteren etatmäßigen Aktuarsstellen notwendig

Die Vermehrung dieser Stellen erscheint auch im Hinblick auf die große Anzahl der vorhandenen nichtetatmäßigen älteren Aktuare, welche schon vor mehreren Jahren die Gerichtsschreiberprüfung abgelegt haben, dringend wünschenswert

Diese Beamten beziehen Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Abschriften gemäß § 2 der Gerichtskostenordnung.

An Konstatiergebühren kommen 20 ℳ. zur Anrechnung auf den Gehalt (Anmerkung 7 zu Abteilung H des Gehaltstarifs).

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(V.)	(1.)	346 Beamte . . . . . Übertrag	820 920	29 875		
		6 statt bisher 3 Oberaufseher bei Regiegefängnissen J. 9, wofür 3 Aufseherstellen II. Klasse K. 4 in Wegfall kommen	11 130	125		
		6 statt bisher 3 Dienstwohnungen, wovon 1 gemietet.				
		8 Aufseher I. Klasse bei Regiegefängnissen J. 10	12 877	150		
		6 statt bisher 8 Dienstwohnungen				
		18 statt bisher 20 Aufseher II. Klasse bei Regiegefängnissen K. 4	19 170	950		
		1 Dienstzulage als Remunerationsersatz	40			
		3 statt bisher 4 Dienstwohnungen, wovon 1 gemietet.				
		3 Erste Aufseherinnen K. 14	2 500			
		3 tarifmäßige Dienstzulagen je 20 ℳ.	60			
		4 Gefangenwärter K. 3	6 120			
		1 Dienstzulage als Remunerationsersatz	70			
		4 Dienstwohnungen				
		71 statt bisher 69 Amtsgerichtsdiener, auch mit Gefängnisdienst K. 7	95 726	2 000		
		16 Dienstzulagen als Remunerationsersatz	735			
		63 statt bisher 61 Dienstwohnungen, wovon 4 gemietet.				
		456 statt bisher 436 Beamte. Summe	969 348	33 100		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 1 029 766 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 1 056 732 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 1 043 249 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 1 027 600 „			1 027 600	961 900
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§ 2 und 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			218 800	207 800
	3.	Aufbesserung des Gebühreneinkommens der Gerichtsvollzieher wegen Minderertrags . .			1 030	910
		Übertrag . .			1 247 430	1 170 610

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Sowohl um die Beförderungsaussichten des Aufsichtspersonals bei den Regiegefängnissen, dessen Dienst nicht weniger wichtig und anstrengend ist, als der des Aufsichtspersonals der Zentralstrafanstalten, ungefähr in das gleiche Verhältnis zu rücken, wie bei letzterem, als auch um bei größeren Gefängnissen die Stellung des ersten Aufsichtsbeamten dem übrigen Personal gegenüber schärfer zum Ausdruck zu bringen, ist die Umwandlung von 3 Aufseherstellen I. Klasse in Oberaufseherstellen vorgesehen; dadurch können 3 Aufseher II. Klasse nach der I. Gehaltsklasse befördert werden, so daß 3 Aufseherstellen II. Klasse in Wegfall kämen. (Vergleiche Erläuterung zu K. 4.) Die zu Oberaufseher zu befördernden Aufseher besitzen Dienstwohnungen; es kommen daher 3 mehr in Anforderung. Eine in einem staatlichen Gebäude befindliche ist eingegangen und dafür eine gemietet worden.
		Wegen der Dienstwohnungen vergleiche Erläuterung zu J. 9, wonach 3 Dienstwohnungen hier abgehen; dagegen geht die eines nach der I. Gehaltsklasse zu befördernden Aufsehers II. Klasse zu, so daß nur 2 weniger anzufordern sind. Die Aufseherstellen I. und II. Klasse bei den Regiegefängnissen übertragen sich mit jenen gleicher Art bei den Zentralstrafanstalten (Titel VIII.).
		Vergleiche Erläuterung zu J. 9, wonach hier 3 Stellen in Wegfall kämen. Da jedoch in den letzten Jahren der Gefangenenstand im Amtsgefängnis Heidelberg fortlaufend gestiegen ist, ist die Vermehrung des Aufsichtspersonals daselbst um einen Kopf nicht zu umgehen und eine weitere Stelle für das bezeichnete Gefängnis vorzusehen. Es kommen daher hier im ganzen nur 2 Stellen in Wegfall. Eine Dienstwohnung geht hier ab (vergleiche Erläuterung zu J. 10).
		Die Stellen übertragen sich mit jenen gleicher Art bei den Zentralstrafanstalten (Titel VIII.).
		Für wandelbare Bezüge kommen 930 ℳ. zur Anrechnung auf den Gehalt (Anmerkung 3 g. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs).
		Die nach dem Bezug des neuen Amtsgerichtsgebäudes in Weinheim errichtete Aushilfsdienerstelle, sowie die bisher unter § 6 angeforderte Aushilfsdienerstelle beim Amtsgericht Karlsruhe sollen in etatmäßige Stellen umgewandelt werden. Die Umwandlung der Stellen, deren Versehung die volle Zeit und Kraft der damit Betrauten in Anspruch nimmt, ist in dienstlichem Interesse dringend geboten. 1 Beamter bezieht 130 ℳ. Nebengehalt für Mitbedienung des Untersuchungsrichters (Titel III. § 5). Für wandelbare Bezüge kommen 2380 ℳ. auf den Gehalt in Anrechnung (Anmerkung 3 i. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs). Für 2 weitere Diener sind Dienstwohnungen angefordert, die im neuen Amtsgerichtsgebäude in Mannheim zur Verfügung stehen.
65 700	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch die bezeichneten Stellenvermehrungen erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
11 000	—	38 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach § 4 des Wohnungsgeldgesetzes, 14 Beamte der Abteilung K. das Wohnungsgeld der Abteilung J. und 1 Beamter der Abteilung H. das Wohnungsgeld der Abteilung G. nach § 23 Absatz 1 des Beamtengesetzes.
120	—	Rechnungsdurchschnitt.
76 820	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(V.)		Übertrag . .	1 247 430	1 170 610
	4.	Schadloshaltung der Gerichtsvollzieher für entgehende wandelbare Bezüge infolge Unterbrechung der Dienstthätigkeit	2 680	4 010
	5.	Sterbegehalte der Hinterbliebenen von Gerichtsvollziehern	570	570
	6.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	295 870	290 420
	7.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	31 320	40 700
	8.	Sonstige persönliche Ausgaben	10 675	11 740
	9.	Stellvertretung und Dienstaushilfe	77 000	80 510
	10.	Sachliche Amtsunkosten	131 300	123 450
	11.	Ersatz	600	880
		Übertrag . .	1 797 445	1 722 890

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.		
ℳ.	ℳ.			
76 820	—			
—	1 330	Rechnungsdurchschnitt.		
—	—	Statt des voraussichtlich unzulänglichen Rechnungsdurchschnitts von 176 ℳ. wird der bisherige Budgetsatz beibehalten.		
5 450	—	a. Für den Kanzleidienst bei den Amtsgerichten, und zwar wie bisher 130 nichtetatmäßige Aktuare, durchschnittlich zu 1 300 ℳ.		169 000 ℳ.
		Aversen für Schreibgehilfen, den Amtsgerichten zur Verfügung gestellt mit der Ermächtigung, das nötige Kanzleipersonal, soweit demselben eine Aktuarsvergütung noch nicht zukommt, einzustellen und nach Ermessen zu honorieren. Statt des neuesten Standes von 113 530 ℳ. werden angefordert.		115 000 „
		Die durch den großen Zugang von Inzipienten seit einigen Jahren bedeutend gewachsene Zahl der Justizaktuare, von welchen ein großer Teil noch nicht auf ständigen Aktuarstellen verwendet ist, und die für die Gerichtsschreiberprüfung verordnungsgemäß im Gerichtsschreiberdienste der Amtsgerichte zuzubringende Vorbereitungszeit machen die Erhöhung der Schreibgehilfenaversen notwendig.		
		b. 2 statt bisher 3 nichtetatmäßige Amtsgerichtsdiener zu 1 200 ℳ.		2 400 „
		Zugang: 1 Stelle, die mit dem Bezug des neuen Amtsgerichtsgebäudes in Mannheim erforderlich wurde. Dem Diener liegt zugleich die Bedienung der Zentralheizung ob.		
		Abgang: 2 Stellen, wovon die eine mit 1 etatmäßigen Beamten besetzt wird (vergleiche Erläuterung zu § 1 „Gehalte" K. 7). Die weitere Stelle wird unter den nichtetatmäßigen Aufseherstellen angefordert, da die nichtetatmäßige Amtsgerichtsdienerstelle in Durlach von einem nichtetatmäßigen Aufseher versehen wird.		
		8 statt bisher 7 nichtetatmäßige Aufseher zu 950 ℳ.		7 600 „
		Zugang: 1 Stelle (vergleiche die vorhergehende Erläuterung).		
		1 nichtetatmäßige Aufseherin (einschließlich 20 ℳ. Dienstzulage zur Beschaffung der Dienstkleidung)		670 „
		1 statt bisher 2 Kanzleigehilfen (Aktuar) zur Besorgung der Kanzleigeschäfte für den Amtsgefängnisdienst in Mannheim		1 200 „
		Abgang: 1 Stelle, die mit einem etatmäßigen Beamten besetzt wird (vergleiche Erläuterung zu § 1 „Gehalte" H. 9).		
			zusammen . .	295 870 ℳ.
—	9 380	Rechnungsdurchschnitt.		
—	1 065	Von der Anforderung entfallen:		
		a. auf Nebengehalte etatmäßiger Beamten: für 13 Kanzleibeamte für Führung der Handkassen, und zwar 2 zu 100 ℳ., 3 zu 60 ℳ. und 8 zu 40 ℳ.		700 ℳ.
		für 5 mit der Beaufsichtigung des Gerichtsvollzieherdienstes betraute Gerichtsschreiber je 200 ℳ.		1 000 „
		b. verschiedene persönliche Ausgaben, und zwar:		
		1. für Ablösung des weiblichen Aufsichtspersonals an den Regiegefängnissen und wegen Mithilfe bei Abwartung der weiblichen Gefangenen, wie bisher		380 „
		2. Vergütung an Ärzte, Geistliche, Organisten, etatmäßige und nichtetatmäßige Gerichtsschreibereibeamte wegen ihrer besonderen Dienstleistungen für die größeren Kreis- und Amtsgefängnisse nach dem neuesten Stand		1 965 „
		3. Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung, sowie zur Krankenversicherung, statt des voraussichtlich unzulänglichen Rechnungsdurchschnittes von 238 ℳ.		350 „
		c. Dienstkleidung des Diener- und Gefängnisaufsichtspersonals und zwar:		
		107 etatmäßige und 10 nichtetatmäßige Beamte, sowie etwa 3 Ablöser zu 50 ℳ. 120 × 50 ℳ.	6 000 ℳ.	
		zur erstmaligen Anschaffung von Dienstmänteln und Dienstjuppen für etwa 6 neu zugehende Beamte 6 × 46,50 ℳ. = rund	280 „	
				6 280 „
			zusammen . .	10 675 ℳ.
—	3 510	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 80 280 ℳ. werden unter Berücksichtigung der hier verrechneten Jahresvergütungen der auf provisorischen Richterabteilungen verwendeten Referendäre nur 77 000 ℳ. angefordert.		
7 850		a. Kredite der Handkassen der Amtsgerichte nach dem Rechnungsdurchschnitt von 121 960 ℳ. unter Zuschlag von 1 800 ℳ. wegen der durch Unterbringung in Neubauten vermehrten Diensträume der Amtsgerichte in Mannheim und Weinheim		123 760 ℳ.
		b. Sonstige Amtsunkosten statt des Rechnungsdurchschnitts mit 12 720 ℳ. der bisherige Budgetsatz		7 540 „
			zusammen . .	131 300 ℳ.
	280	Rechnungsdurchschnitt.		
90 120	15 565			

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(V.)		Übertrag . .	1 797 445	1 722 890
	12.	Für Beschaffung und Prüfung der bürgerlichen Standesbücher	26 970	26 970
	13.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	6 910	6 860

Beamte, deren Diensteinkommen wesentlich in wandelbaren Bezügen besteht.

	Stellenzahl auf 1. Juli 1905.	Anforderung für 1906/07. Stellenzahl
Gerichtsvollzieher (Gehaltsklasse I.) H. 4	60	65
„ („ II.) J. 8	60	65
zusammen . .	120	130

Summe Titel V.	1 831 325	1 756 720
„ „ „ für beide Jahre . .	3 662 650	

VI. **Notariats- und Grundbuchwesen.**

Ordentlicher Etat.

		Effektivetat auf 1 Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
1.	Gehalte.	M.	M.		
	163 Notare D. 1	555 810			
	64 statt bisher 46 Beamte haben Dienstwohnung, davon 58 (bisher 42) gemietet.				
	3 Kanzleisekretäre F. 5	6 560			
	50 statt bisher 30 Aktuare H. 9	39 650	25 000		
	40 Bureauassistenten J. 6	56 900			
	40 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 M.	4 000			
	256 bisher 236 Beamte . . . Summe	662 920	25 000		
	Voranschlag für 1906	724 010 M.			
	„ „ 1907	746 470 „			
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich	735 240 M.			
	und nach Abzug von 1½% rund	724 290 „		724 290	665 400
	Hierunter wie bisher 5 000 M. für etwaige Verwilligung von Nebengehalten an Notare; vergleiche Erläuterung zu Titel VI. § 1 des Gehaltsetats für 1900/01.				
2.	Wohnungsgeld.				
	Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Ortszulagen nach § 2 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme rund			130 900	124 100
	Übertrag . .			855 190	789 500

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
90 120	15 565	
—	—	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 29 520 ℳ. wird der bisherige Budgetsatz, welcher ausreichen dürfte, beibehalten.
50	—	Rechnungsdurchschnitt.
		Infolge erheblicher Zunahme der Gerichtsvollziehergeschäfte ist eine Vermehrung der Distrikte erforderlich geworden Es werden daher je 5 weitere Gerichtsvollzieherstellen I. und II. Gehaltsklasse angefordert.
90 170	15 565	
15 565		
74 605		
		Von der im Budget vorgesehenen Gesamtzahl (200) der bei den Notariaten beschäftigten Aktuare, Bureauassistenten und Kanzleigehilfen entfallen gegenwärtig 70 auf etatmäßige, 130 auf nichtetatmäßige Stellen. Eine Vermehrung der Zahl der etatmäßigen Notariatskanzlisten ist dringend geboten, um die dem Dienste sehr schädliche Häufigkeit des Wechsels in der Stellenbesetzung zu vermindern. Die bisherige Anforderung an Kanzleigehilfenstellen ist unter § 4 entsprechend ermäßigt Der Mehranforderung von 25 000 ℳ. in § 1 steht eine Minderanforderung von 26 000 ℳ. unter § 4 gegenüber.
58 890		Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch die bezeichnete Stellenvermehrung erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
6 800	-	52 Beamte der Abteilung D. werden bis Schluß des Jahres 1907 das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach § 4 des Wohnungsgeldgesetzes beziehen.
65 690	—	

Titel.	§	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag . .	855 190	789 500
	3.	Gebühren der Notare und dergleichen	120 000	120 000
	4.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals der Notariate	257 000	283 000
	5.	Bezüge der Grundbuchhilfsbeamten und des Kanzleipersonals der Grundbuchämter . . .	500 000	500 000
	6.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	300 000	320 000
	7.	Sonstige persönliche Ausgaben	1 200	3 400
	8.	Stellvertretung und Dienstaushilfe	50 000	60 000
	9.	Sachliche Amtsunkosten der Notariate	73 000	76 000
	10.	Mietzinse für Notariats-Dienst- und Wohnräume	87 500	73 000
	11.	Sachlicher Dienstbedarf der Grundbuchämter	100 000	100 000
	12.	a. Postporto	56 050	50 000
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 350	1 000
		c. Telegraphengebühren	500	500
	13.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	5 000	5 000
		Summe Titel VI.	2 406 790	2 381 400
		„ „ „ für beide Jahre . .	4 813 580	
VII.		**Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege.**		
		A **Ordentlicher Etat.**		
	1.	Gefällverlust	141 010	169 360
	2.	Steuern und Umlagen	7 490	6 350
	3.	Kosten des Verkaufs von abgängigen Gegenständen	1 170	1 000
	4.	Bauaufwand	133 160	125 730
		Übertrag . .	282 830	302 440

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
65 690	—	
—	—	Statt des Durchschnittssatzes der letzten Jahre mit 127 200 ℳ. wird der bisherige Budgetsatz als künftig voraussichtlich ausreichend angefordert.
—	26 000	a. 10 Hilfsnotare (Referendäre) durchschnittlich 1 600 ℳ. . . . . 16 000 ℳ. b 110 statt bisher 130 Kanzleigehilfen, da 20 etatmäßige Aktuare weiter angefordert werden (§ 1) durchschnittlich 1 300 ℳ. . . . . 143 000 „ c. Schreibhilfebauschsummen . . . . . 80 000 „ d. für den Dienerdienst . . . . . 18 000 „ Den etatmäßigen Landgerichts- und Amtsgerichtsdienern können für die Mitbesorgung der Bedienung der Notariate Vergütungen bis zum Betrag von je 100 ℳ. bewilligt werden. zusammen . . 257 000 ℳ.
—	—	Rechnungsergebnis 1902 = 585 101 ℳ.; 1903 = 693 762 ℳ.; 1904 = 671 388 ℳ. Da die Umschreibungsarbeiten ihrem Ende entgegengehen, wird der bisherige Satz voraussichtlich ausreichen.
—	20 000	Nach dem Rechnungsergebnis von 1904 mit 304 334 ℳ. und der nunmehr, wo angängig, vollständig durchgeführten Aversierung der Fahr- und Verpflegungskosten der Notariatsbeamten wird der angeforderte Betrag ausreichen.
—	2 200	Beiträge zur Invaliden- und Altersversicherung, sowie zur Krankenversicherung. Die bisher unter dieser Position für Unterstützungen und Belohnungen des nichtetatmäßigen Personals eingestellt gewesenen Mittel werden unter Titel XII. § 3 angefordert.
–	10 000	Nach dem Rechnungsergebnis von 1904 mit 46 909 ℳ. wird ein Budgetsatz von 50 000 ℳ. ausreichen.
—	3 000	a. Handkassenkredite (Rechnungsergebnis 1904 = 71 662 ℳ.) . . . . . 70 000 ℳ. b. Sonstige Amtsunkosten . . . . . 3 000 „ zusammen . . 73 000 ℳ. Die erstmalige staatliche Einrichtung der Notariate ist nunmehr soweit vorgeschritten, daß die ermäßigte Anforderung neben den im außerordentlichen Etat angeforderten 9 000 ℳ. (Titel VII. B. § 7) künftig ausreichen dürfte.
14 500	—	Bei 17 Notariaten erfolgt zurzeit noch die Stellung der Diensträume durch den Notar gegen entsprechende Vergütung. Von der angeforderten Gesamtsumme gehen für die zu Dienstzwecken entbehrlichen, als Dienstwohnungen verwendeten oder weiter vermieteten Räume bei Genehmigung der gegen bisher weiter angeforderten 20 Dienstwohnungen 34 497 ℳ. wieder ein, welch letzterer Betrag unter Titel I. § 1 vereinnahmt wird.
—	—	Rechnungsergebnis 1904: 131 059 ℳ. Der angeforderte Betrag wird ausreichen, da der Mehrbedarf im Jahr 1904 auf die nun ihrem Ende entgegengehenden Umschreibungsarbeiten und die Einbindung der Grundbücher zurückzuführen ist.
6 050	—	Rechnungsergebnis 1904: 55 985 ℳ., darunter die Portobauschsumme mit 35 507 ℳ. 84 ₰.
350	—	Rechnungsergebnis 1904: 1 335 ℳ.
—	—	Rechnungsergebnis 1904: 472 ℳ.
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
86 590	61 200	
61 200		
25 390		
—	28 350	Rechnungsdurchschnitt: 128 797 ℳ. Hierzu wegen anderweiter Verrechnung der seit 1. Januar 1903 hierher übertragenen Abgänge aus der Rückstandsrechnung nach den Rechnungsergebnissen von 1903 und 1904 weitere 12 213 ℳ.
1 140	—	Rechnungsdurchschnitt.
170	—	Rechnungsdurchschnitt. Hier werden auch die an etatmäßige und nichtetatmäßige Beamte für Besorgung von Aktenausscheidungen zu gewährenden Vergütungen, deren Höchstbetrag auf 80 Prozent des Reinerlöses festgesetzt ist, verrechnet.
7 430	—	Rechnungsdurchschnitt. Es werden vorgesehen für: 1. eigentlichen Unterhaltungsaufwand (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 82 210 ℳ. 2. Aufwand für größere Herstellungen für beide Jahre 101 900 ℳ., für 1 Jahr rund . . . . . 50 950 „ zusammen . . 133 160 ℳ.
8 740	28 350	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VII.)		Übertrag . .	282 830	302 440
	5.	Miet- und Wasserzinse	62 920	57 400
	6.	Erfordernisse in den Kreis- und Amtsgefängnissen	84 000	84 000
	7.	Für die Beschäftigung der Gefangenen daselbst	16 810	16 600
	8.	Aufwand für die Rechtspflege, insbesondere die Strafrechtspflege	1 110 930	1 033 000
	9.	Schreibgebühren	34 930	34 930
	10.	Gebühren für Konstatierung der Gerichtskosten	3 010	4 050
	11.	Zustellungsgebühren	102 230	89 470
	12.	Honorare und Kosten wegen Abhaltung von Prüfungen, Gefängnislehrkursen, forensisch-psychiatrischen Kursen und dergleichen	16 390	16 390
	13.	Aufwand für die Tätigung der Forstfrevel	1 500	2 080
	14.	a. Postporto	122 670	122 670
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	4 630	4 010
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	7 160	6 540
		Summe A. Ordentlicher Etat	1 850 010	1 773 580
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	3 700 020	
		B. Außerordentlicher Etat.	für 1906/07 zusammen.	
	1.	Erweiterung des Amtsgefängnisses in Heidelberg	180 000	—
		Übertrag . .	180 000	—

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
8 740	28 350	
5 520	—	Nach dem neuesten Stand betragen: a. die Mietzinse . . . . . 55 442 ℳ. b. die Wasserzinse . . . . . 7 478 „ zusammen . . 62 920 ℳ.
	—	Rechnungsdurchschnitt: 93 120 ℳ. Da die Gefängnisse im allgemeinen jetzt gut ausgestattet sind, kann der seitherige Budgetsatz statt des höheren Rechnungsdurchschnitts belassen werden.
210	—	Rechnungsdurchschnitt.
77 930	—	Rechnungsdurchschnitt. An persönlichen Ausgaben — auch an etatmäßige Beamte — kommen hier, wie bisher, zur Verrechnung: Belohnungen für Entdeckung von Verbrechern, Verhaftungs- und Entdeckungsgebühren, Auffindungsprämien. (§ 50 Absatz 3 der Dienst- und Hausordnung für die Kreis- und Amtsgefängnisse.) Auch werden hier verrechnet die Entschädigungen für unschuldig Verurteilte und Verhaftete, sowie die auf Grund des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene, zu gewährenden Entschädigungen, der Anteil Badens an den Kosten für die in Berlin für das Deutsche Reich eingerichtete Zentralstelle des Bertillonschen Systems für Gliedermessungen und des anthropometrischen und photographischen Erkennungsdienstes, sowie die Kosten für die diesbezügliche Meßstelle in Bruchsal.
—	—	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 43 000 ℳ. wird im Hinblick auf die behufs Verminderung der Schreibgebühren neuerdings getroffene Maßnahme der bisherige Budgetsatz beibehalten.
—	1 040	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 3 510 ℳ. werden mit Rücksicht auf die ständige Abnahme der zum Konstatiergebührenbezug berechtigten Kostenbeamten nur 3 010 ℳ. vorgesehen.
12 760	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 15 518 ℳ. wird mit Rücksicht auf den voraussichtlich künftigen Mehraufwand der bisherige Budgetsatz beibehalten. Hier gelangen die zur Abhaltung der beiden juristischen Prüfungen, der Aktuars-, Gerichtsschreiber- und Gerichtsvollzieherprüfung entstehenden Kosten, sowie die an die Mitglieder der Prüfungskommissionen bewilligten Honorare zur Verrechnung. Ferner werden hier verrechnet die Diäten und Reisekosten der Teilnehmer und die sonstigen Kosten für Lehrkurse für Gefängniswesen, sowie die Honorare für die Leiter der forensisch-psychiatrischen Kurse und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmer.
—	580	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 1 980 ℳ. werden wegen der schon seit Jahren im Rückgang befindlichen Anzahl der Forstfrevel nur 1 500 ℳ. vorgesehen.
—	—	Portobauschsumme 106 728 ℳ. 56 ₰. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuregelung der Portobauschsumme wird der seitherige Budgetsatz beibehalten.
620	—	Rechnungsdurchschnitt.
620	—	Rechnungsdurchschnitt.
106 400	29 970	
29 970		
76 430		
—		Der Gefangenenstand im Amtsgefängnis zu Heidelberg ist andauernd ein sehr hoher, und es reichen die vorhandenen Zellen für die in den Wintermonaten täglich bis zu 100 ansteigende Gefangenenzahl nicht aus, so daß regelmäßig eine Versetzung von Gefangenen in benachbarte Gefängnisse stattfinden muß, was neben mancherlei Mißständen auch große Kosten für den Transport verursacht. So mußten wegen Überfüllung des Gefängnisses in den letzten 3 Jahren durchschnittlich jährlich 147 Gefangene mit 2 354 Verpflegungstagen in andere Gefängnisse versetzt werden. Die zurzeit zur Verfügung stehenden Gefängnisräumlichkeiten — das eigentliche Amtsgefängnis und die sogenannte Gefängnisbaracke, eine als Gefängnis eingerichtete Krankenbaracke vom Krieg 1870/71 — haben eine Belegfähigkeit von nur 70 Köpfen, daneben ist die erwähnte Baracke in sanitärer Beziehung nicht unbedenklich und ermangelt aller Einrichtungen, die heute in einem Gefängnisbau vorhanden sein sollen. Den bestehenden Übelständen und insbesondere auch der Überfüllung kann nur durch einen Erweiterungsbau abgeholfen werden, der an die Stelle der ohnedies leicht gebauten Baracke treten und im Hinblick auf einen künftigen Gefangenenzuwachs zur Unterbringung von etwa 60 Gefangenen und einer Aufseherwohnung bemessen werden soll. Nach dem vorliegenden geprüften Kostenüberschlag wird der Aufwand für den Erweiterungsbau auf 180 000 ℳ. zu stehen kommen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VII.)		Übertrag . .	180 000	—
	2.	Erweiterung der Dienstwohnung des Amtsgerichtsvorstandes in Buchen	8 000	—
	3.	Einrichtung der Zentralheizung in das Amtsgerichtsgebäude in Pforzheim	14 000	—
	4.	Herstellung einer feuersicheren Treppe im Landgerichtsgebäude in Waldshut	6 900	—
	5.	Für die innere Einrichtung des Amtsgerichtsneubaues in Waldkirch	8 000	—
	6.	Für die innere Einrichtung der erweiterten Diensträume des Land- und Amtsgerichts in Heidelberg	6 000	—
	7.	Anschaffung von Geschäftszimmereinrichtungen für die Notariate	9 000	—
	8.	Anschaffung von feuersicheren Urkundenschränken für die Amtsgerichte	4 000	—
	9.	Förderung des Stenographieunterrichts für Kanzleibeamte	3 000	—
	10.	Zur Honorierung von Richtern, welche mit der Leitung von an den Gerichtshöfen für Rechtspraktikanten u. s. w. eingerichteten gemeinsamen praktischen Übungen betraut sind	5 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	243 900	
		„ A. Ordentlicher Etat	3 700 020	
		„ Titel VII.	3 943 920	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	—	
—	—	Die Diensträume des Bezirksamtes Buchen in dem dieser Behörde und dem Amtsgericht gemeinsamen Gebäude haben sich schon seit längerer Zeit als unzureichend erwiesen. Von dem Ministerium des Innern ist deshalb eine Erweiterung der im untern Stock befindlichen Räume durch einen entsprechenden Anbau in Aussicht genommen (vergleiche Titel IX. des Spezialbudgets des Ministeriums des Innern). Dieser Anlaß soll benützt werden, um durch Aufbau eines II. Stockwerks auf den erwähnten Anbau die räumlich beschränkte Dienstwohnung des Amtsgerichtsvorstandes etwas zu erweitern. Der auf die Justizverwaltung für die letztere Erweiterung entfallende Anteil an dem gesamten Bauaufwand ist zu 8000 ℳ. veranschlagt.
—	—	Der im I. Stock nach Norden liegende große Registraturraum im Amtsgerichtsgebäude zu Pforzheim ist nicht heizbar, wird aber, da er die gesamte Registratur enthält, auch im Winter von den Registraturbeamten betreten, welche öfters stundenlang darin zu verweilen und Akten aufzusuchen haben. Wiederholt ist von den betreffenden Beamten geklagt worden, daß sie sich Erkältungen in dem ungeheizten Raum zugezogen hätten. Die Aufstellung von Öfen in dem mit Akten vollgepfropften Raum erscheint wegen Feuergefährlichkeit nicht ratsam und zur Erwärmung des Saales auch nicht ausreichend. Um den Raum nicht allzu sehr einzuengen und um gleichzeitig auch die Korridore des Gebäudes, die als Warteräume benützt werden, zu erwärmen und außerdem den Klagen über den kalten Fußboden in dem über der Registratur liegenden Schöffensaal abzuhelfen, ist die Einrichtung einer Zentralheizung (Niederdruckdampfheizung) in Aussicht genommen. Ein von dem maschinentechnischen Referenten des Ministeriums des Innern geprüftes Projekt veranschlagt den Aufwand auf 14000 ℳ.
—	—	An Stelle der nach den Räumen der Staatsanwaltschaft im III. Stock des Landgerichtsgebäudes in Waldshut führenden, für den Verkehr des Publikums und die Vorführung von Gefangenen wegen der Windungen nicht ungefährlichen, auch feuergefährlichen Holztreppe soll eine feuersichere Treppe ausgeführt werden, die auch als Treppe zu den in dem erwähnten Stockwerk liegenden Zimmern des Landgerichts benützt werden kann. Mit dieser Herstellung wird auch die Verbesserung des Abortes in dem betreffenden Stockwerk verbunden werden. Die Kosten für diese Herstellungen sind zu 6900 ℳ. veranschlagt.
—	—	Das neue Amtsgerichtsgebäude in Waldkirch wird im Sommer 1906 fertig gestellt werden. Der Schöffensaal, Beratungszimmer, Zeugen- und Richterzimmer bedürfen der neuen Ausstattung, zumal da bisher ein besonderer Schöffensaal nebst Beratungszimmer nicht vorhanden war. Hierfür sowie für die Ausbesserung der vorhandenen noch brauchbaren Gegenstände und für die Anschaffung der Beleuchtungskörper in die Dienst- und Wohnungsräume sind nach den bisherigen Erfahrungen etwa 8000 ℳ. erforderlich.
—	—	Für die Ausstattung der im Erweiterungsbau des Land- und Amtsgerichtsgebäudes in Heidelberg gewonnenen weiteren Räume ist das gesamte Mobiliar neu zu beschaffen, darunter insbesondere die Einrichtung für den Civilkammersaal nebst Beratungszimmer. Auch bedarf die land- und amtsgerichtliche Registratur zur Unterbringung der rasch anwachsenden Akten neuer Schränke. Für diesen Zweck werden 6000 ℳ. vorgesehen.
—	—	Da noch nicht alle Notariate mit staatseigenen Geschäftszimmereinrichtungen versehen sind, wird zur Anschaffung weiterer Einrichtungen ein Betrag von 9000 ℳ. erforderlich.
—	—	Die Zahl der bei den Amtsgerichten zu verwahrenden Urkunden (Testamente und Eheverträge) ist bei größeren Gerichten so erheblich angewachsen, daß bei einigen Gerichten die Anschaffung eines zweiten und selbst eines dritten Schrankes nötig wird. Der angeforderte Betrag wird zur Anschaffung von 6 bis 7 Schränken reichen.
—	—	Die Vorteile, welche die Kurzschrift für die Rechtspflege sowohl als die Zweige der inneren Verwaltung bietet, läßt die Ausbildung einer möglichst großen Zahl von Kanzleibeamten im Stenographieren dringend wünschenswert erscheinen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist seit längerer Zeit die Teilnahme von Kanzleibeamten an durch Stenographenvereine veranstalteten Unterrichtskursen dadurch erleichtert worden, daß das Unterrichtsgeld für die Teilnehmer aus staatlichen Mitteln bestritten wurde. Bei den Justizbehörden ist zurzeit eine größere Zahl von Beamten vorhanden, welche nicht nur gewandt stenographieren können, sondern auch zur Abhaltung von Unterrichtskursen und von Wiederholungskursen vereigenschaftet sind. Für die Abhaltung derartiger Kurse sollten den betreffenden Beamten entsprechende Belohnungen, die nach der Zahl der Teilnehmer und der Stundenzahl zu bemessen wären, in Aussicht gestellt werden. Daneben aber sollte, um die Erlernung des Stenographierens möglichst vielen Beamten zugänglich zu machen, wie bisher, das Unterrichtsgeld für die Teilnehmer auch an von Vereinen veranstalteten Kursen aus staatlichen Mitteln aufgebracht werden. Die für den vorstehend aufgeführten Zweck erforderlichen Mittel werden im Betrag von 3000 ℳ. hier vorgesehen.
—	—	Nach § 19 Absatz 4 der Verordnung vom $\frac{\text{21. November 1899}}{\text{31. August 1903}}$, die Beschäftigung der Rechtspraktikanten und Referendäre betreffend, sollen bei denjenigen Kollegialgerichten, bei denen sich zwei oder mehr Rechtspraktikanten befinden, zum Zwecke der besseren praktischen Ausbildung derselben, wenn tunlich, gemeinsame praktische Übungen veranstaltet werden, deren Leitung einem hierfür geeigneten Mitgliede des Gerichts zu übertragen ist. Der Präsident des Gerichts hat die Übungen in geeigneter Weise zu überwachen, und sind ihm insbesondere die von den Rechtspraktikanten gelieferten Arbeiten von Zeit zu Zeit vorzulegen. Solche gemeinsame praktische Übungen sind seither schon mit gutem Erfolg errichtet und durchgeführt worden; sie bilden ein wesentliches Mittel, die praktische Ausbildung des heranwachsenden Juristenstandes zu fördern. Es erscheint angemessen, den mit der Leitung der erwähnten Übungen betrauten Gerichtsmitgliedern entsprechende Honorare zu gewähren, die nach der Zahl der Teilnehmer und der aufgewendeten Zeit zu bemessen wären. Für diesen Zweck werden für die beiden Budgetjahre 5000 ℳ. angefordert.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
VIII.		**Strafanstalten.**				
		A. **Ordentlicher Etat.**				
	1.	Gehalte.				
		4 Vorstände (Gehaltsklasse I) C. 1	23 700			
		1 tarifmäßige Dienstzulage	300			
		3 Dienstwohnungen.				
		3 Hausärzte D. 4	10 900			
		1 budgetmäßige Dienstzulage		500		
		2 statt bisher 1 Dienstwohnung, wovon 1 gemietet				
		7 Hausgeistliche D. 4	25 910			
		5 Dienstwohnungen, wovon 3 gemietet.				
		3 Verwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1	11 250			
		3 Kassenzulagen je 130 ℳ.	390			
		3 Dienstwohnungen.				
		1 Verwalter (Gehaltsklasse II.) E. 2	1 950			
		1 Kassenzulage	130			
		1 Dienstzulage nach § 11 der Gehaltsordnung	100			
		1 Dienstwohnung.				
		4 Reallehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	12 360			
		1 Budgetmäßige Dienstzulage nach § 12 Absatz 2 der Gehaltsordnung	400			
		3 statt bisher 4 Dienstwohnungen, wovon 1 gemietet.				
		2 Oberbuchhalter F. 5	4 440			
		2 Kassenzulagen je 40 ℳ.	80			
		1 statt bisher 2 Dienstwohnungen.				
		1 Kanzleisekretär F. 5	2 440			
		1 Reallehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1.	1 800			
		1 Dienstwohnung, gemietet.				
		5 statt bisher 4 Buchhalter G. 5, wofür 1 Verwaltungsassistentenstelle nach G. 7 in Wegfall kommt	10 250	250		
		5 statt bisher 4 tarifmäßige Dienstzulagen je 200 ℳ.	800	200		
		2 Kassenzulagen zu 40 ℳ.	80			
		3 statt bisher 1 Dienstwohnung, wovon 1 gemietet				
		11 statt bisher 12 Verwaltungsassistenten G. 7	18 100			
		1 Kassenzulage	40			
		2 statt bisher 3 Dienstwohnungen.				
		42 Beamte . . . . . Übertrag	125 420	950		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Vorbemerkung: Der Voranschlagsberechnung liegt ein Gesamtbestand von 1 430 Köpfen zugrunde gegenüber 1 470 für die vorhergehende Periode, also weniger 40 Köpfe. In Berücksichtigung des Gefangenenstandes in den letzten Jahren wurden nämlich als Stand für das Männerzuchthaus Bruchsal nur 400 — statt bisher 410 — Köpfe und für das Landesgefängnis und die Weiberstrafanstalt Bruchsal nur 320 — statt bisher 350 — Köpfe angenommen. Als täglicher Durchschnittskopfstand entfallen demnach in der Unterverteilung auf das Männerzuchthaus Bruchsal 400 Köpfe, das Landesgefängnis und die Weiberstrafanstalt Bruchsal 320 Köpfe, das Landesgefängnis Freiburg 500 Köpfe, das Landesgefängnis Mannheim 210 Köpfe.

Soweit der Rechnungsdurchschnitt als künftiger Budgetsatz eingestellt ist, ist bei den vom Kopfstand abhängigen Positionen 14, 19, 20, 21 und 26 der Ausgabe und Position 3 der Einnahme nicht der absolute dreijährige Rechnungsdurchschnitt, sondern der auf den Kopf sich ergebende Durchschnittssatz eingestellt.

Der derzeitige Hausarzt des Landesgefängnisses und der Weiberstrafanstalt Bruchsal, der bis 1. April 1905 Arzt an der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim war, bezog als solcher eine budgetmäßige Dienstzulage nach § 12 Absatz 2 und § 22 Satz 2 der Gehaltsordnung zur Ausgleichung der Benachteiligung, die ihm seinerzeit durch zu niedere Bemessung seines Anfangsgehalts erwachsen war (vergleiche Anlage 1 des Spezialbudgets des Ministeriums des Innern für 1902/03 Titel XII. § 1 D. 2). Es erscheint billig, daß diese Dienstzulage auch weiterhin innerhalb des Höchstgehalts bezahlt wird; sie wird daher hier neu angefordert.

In dienstlichem Interesse ist es dringend wünschenswert, daß dem Hausarzt des Landesgefängnisses Freiburg in der Nähe der Anstalt eine Dienstwohnung zugewiesen wird; sie ist als „gemietet" hier neu eingestellt (vergleiche Erläuterung zu § 17 a.).

Nebengehalte beziehen: 1 Beamter 1 000 ℳ. für Pastoration einer anderen Strafanstalt; 1 Beamter 1 271 ℳ. für Erteilung des Religionsunterrichts an einem Gymnasium und für Abhaltung des Schülergottesdienstes; 1 Beamter 720 ℳ. für Erteilung von Religionsunterricht an einem Gymnasium und 350 ℳ. für Pastoration einer Irrenklinik; 1 Beamter 450 ℳ. für Pastoration einer Irrenklinik.

2 Stellen werden zurzeit von der Gehaltsklasse II. (E. 2) angehörigen Beamten versehen.

Die Stelle wird zurzeit von einem Beamten der Abteilung F. 5 versehen.

1 Stelle wird zurzeit von einem Beamten der Abteilung G. 1 versehen, der die budgetmäßige Dienstzulage bezieht.

Eine bisher hier eingestellte, gemietete Dienstwohnung ist jetzt unter G 1 angefordert.

Nebengehalte beziehen: 1 Beamter für den Organistendienst in einer anderen Strafanstalt 220 ℳ.; 1 Beamter für desgleichen in einer Irrenklinik 120 ℳ.; 1 Beamter für desgleichen in einer Irrenklinik 100 ℳ.

Eine Dienstwohnung ist nach G. 5 übertragen.

Dienstwohnung von F. 4 hierher übertragen (vergleiche die Erläuterung oben).

Zur Erhaltung eines tüchtigen Gehilfenpersonals und Vermeidung eines im dienstlichen Interesse unerwünschten häufigen Wechsels ist es geboten, einem weiteren Beamten die Möglichkeit zum Vorrücken zu geben.

Je eine Dienstwohnung ist von F 5 (Oberbuchhalter) und G. 7 hierher übertragen (vergleiche die Erläuterungen hierzu).

2 Stellen sind zurzeit vorübergehend mit Verwaltungsassistenten (G. 7) besetzt.

Wegen der Stellenverminderung vergleiche Erläuterung zu G 5.

Eine Stelle wird zurzeit von einem Beamten der Abteilung J. 7 versehen. Drei weitere Stellen sind bei künftiger Neubesetzung mit Personen ohne die für G. 7 erforderte Vorbildung ebenfalls nach J. 7 zu behandeln.

Eine Dienstwohnung ist nach G. 5 übertragen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VIII.)	(1.)	42 Beamte . . . . . Übertrag	125 420	950		
		1 Ökonom H. 1	2 850			
		1 Dienstwohnung.				
		1 Hauslehrerin H. 10	1 550			
		1 Dienstwohnung.				
		6 Oberaufseher J. 2	13 000			
		5 Dienstzulagen als Gratifikationsersatz	162			
		6 statt bisher 5 Dienstwohnungen.				
		2 Maschinisten J. 5	3 700	225		
		2 Dienstwohnungen.				
		51 Aufseher I. Klasse J. 10	81 140	100		
		40 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ., 2 tarifmäßige Dienstzulagen je 50 ℳ., 1 Dienstzulage gemäß § 22 der Gehaltsordnung, 20 Dienstzulagen als Gratifikationsersatz zusammen 489 ℳ.	4 689			
		34 statt bisher 36 Dienstwohnungen, wovon 3 gemietet.				
		68 statt bisher 66 Aufseher II. Klasse K. 4	71 950	3 800		
		11 tarifmäßige Dienstzulagen zu 100 ℳ., 5 tarifmäßige Dienstzulagen zu 50 ℳ., 1 Dienstzulage als Gratifikationsersatz 22 ℳ.	1 372			
		13 statt bisher 16 Dienstwohnungen, wovon 3 gemietet.				
		2 Oberaufseherinnen K. 11	2 210			
		2 tarifmäßige Dienstzulagen je 20 ℳ., 2 Dienstzulagen als Gratifikationsersatz zusammen 21 ℳ.	61			
		5 erste Aufseherinnen K. 14	4 400			
		5 tarifmäßige Dienstzulagen je 20 ℳ., 1 Dienstzulage als Gratifikationsersatz 17 ℳ.	117			
		10 Aufseherinnen K. 15	6 790			
		10 tarifmäßige Dienstzulagen je 20 ℳ., 1 budgetmäßige Dienstzulage gemäß § 12 Absatz 2 der Gehaltsordnung (Mesnerdienst) 25 ℳ.	225			
		188 statt bisher 184 Beamte . . Summe	319 636	5 075		
		Voranschlag für 1906	332 811 ℳ.			
		„ „ 1907	343 169 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	337 990 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	332 900 „		332 900	327 800
				Übertrag . .	332 900	327 800

Gegen seither jährlich mehr. ℳ.	Gegen seither jährlich weniger. ℳ.	Erläuterungen.
		Diese Dienstzulagen fallen künftig mit Abgang der Beamten weg. Eine Dienstwohnung geht von J. 10 hierher über.
		2 Aufseher I. Klasse (J. 10), die bisher die Maschinistenstellen versehen haben, sollen ihrer Dienststellung entsprechend hierher vorrücken. Die Dienstwohnungen sind von J. 10 hierher übertragen.
		Zugang: 2 Stellen, die von K. 4 hierher vorrücken. Abgang: 2 Stellen, die nach J. 5 angefordert werden. (Vergleiche Erläuterung hierzu.) 3 Stellen werden zurzeit von Aufsehern II. Klasse versehen. Die Dienstzulagen als Gratifikationsersatz fallen künftig mit dem Abgang der Bezugsberechtigten weg. Die Aufseherstellen I. und II. Klasse bei den Zentralstrafanstalten übertragen sich mit jenen gleicher Art bei den Regiegefängnissen (Titel V.). Dienstwohnungen: Zugang 3 von K. 4 hierher übertragen. Abgang 5, wovon 1 nach J. 2 und 2 nach J. 5 übertragen sind; 2 sind ganz eingegangen.
		Zugang: 4 Stellen, wovon 3 für das Landesgefängnis Bruchsal bestimmt sind und zwar 2 zur Vermehrung des Aufsichtspersonals der Irrenabteilung daselbst und 1 zur Vermehrung des Aufsichtspersonals überhaupt, damit die Freizeit des letzteren erweitert werden kann. 1 Stelle ist für das Landesgefängnis Freiburg in Aussicht genommen, woselbst die Einstellung eines des Anstreichergewerbes kundigen Aufsehers notwendig ist. Abgang: 2 Stellen, die nach J. 10 vorrücken (vergleiche die Erläuterung hierzu). 1 Stelle wird zurzeit durch einen Hilfsaufseher bekleidet. Die Dienstzulage als Gratifikationsersatz fällt mit dem Abgang des Bezugsberechtigten künftig weg. Dienstwohnungen: Abgang 3, die nach J. 10 übertragen sind (vergleiche die Erläuterung hierzu).
		Die Dienstzulagen als Gratifikationsersatz fallen künftig mit dem Abgang der Bezugsberechtigten weg.
		Die Dienstzulage als Gratifikationsersatz fällt künftig mit dem Abgang der Bezugsberechtigten weg. Diese Stellen übertragen sich mit jenen gleicher Art bei den Regiegefängnissen (Titel V.).
		9 Stellen werden zurzeit durch nichtetatmäßige Aufseherinnen versehen.
5 100	—	Der Mehraufwand ist, soweit er nicht durch obenverzeichneten Stellenzugang und die in Aussicht genommenen Beförderungen erklärt ist, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
5 100	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VIII.)		Übertrag . .	332 900	327 800
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme .	82 400	80 400
	3.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	29 700	30 440
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	2 100	2 036
	5.	Zuschuß zu den Krankenkassen des Kanzlei- und Aufsichtspersonals	1 385	1 385
	6.	Aufwand für Dienstkleidung	8 015	7 815
	7.	Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	2 474	2 474
		Unterstützungen und Belohnungen des nichtetatmäßigen Personals	—	195
	8.	Schreibgebühren	1 236	1 236
	9.	Betriebsprämien	4 378	3 691
	10.	Sonstige persönliche Ausgaben	6 590	670
	11.	Kosten des Verkaufs von Inventarstücken und Materialien	81	62
	12.	Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	3 460	2 492
	13.	Abgang und Nachlaß	25	25
	14.	Kosten der Arbeitsstoffe und Gerätschaften	492 790	504 420
	15.	Belohnungen der Gefangenen	23 627	22 620
	16.	Förderung des Schutzwesens für entlassene Gefangene	7 200	7 200
		Übertrag . .	998 361	994 961

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ	
5 100	—	
2 000	—	2 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach § 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
—	740	a. 4 (statt bisher 1) Referendäre zu 1 700 ℳ. . . . . 6 800 ℳ. Es soll jeder der 4 Anstalten ein Referendär zur gründlichen Ausbildung im Strafanstaltsdienst zugewiesen werden. b. 20 nichtetatmäßige Aufseher wie bisher zu durchschnittlich 950 ℳ. . . . . 19 000 „ 6 nichtetatmäßige Aufseherinnen zu durchschnittlich 650 ℳ. einschließlich Dienstzulage zur Beschaffung der Dienstkleidung (statt bisher 670 ℳ.) . . . . . 3 900 „ 29 700 ℳ. Die bisher hier angeforderten Vergütungen für 1 Arzt, 3 Geistliche, 2 Lehrer und 2 Organisten sind nach § 10 übertragen.
64	—	Nach dem besonders berechneten voraussichtlichen Bedarf. Der Rechnungsdurchschnitt beträgt 2 169 ℳ.
—	—	Seitheriger Satz.
200	—	Für 127 etatmäßige und 20 nichtetatmäßige Aufseher und Maschinisten, sowie für etwa 4 Ablöser je 50 ℳ. = 151 × 50 ℳ. = ... 7 550 ℳ. Zur erstmaligen Anschaffung von Dienstmänteln und Juppen für 10 neu zugehende Aufseher 10 × 46,50 ℳ. = 465 „ 8 015 ℳ.
—	—	Seitheriger Satz.
—	195	Die bisher hier eingestellten Mittel werden künftig unter Titel XII. § 3 angefordert.
—	—	Seitheriger Satz.
687	—	Rechnungsdurchschnitt.
5 920	—	Von der Anforderung entfallen: a. Vergütung für einen Arzt für Versehung einer Hausarztstelle . . . . . 1 800 ℳ. Vergütung für einen Geistlichen für Seelsorgetätigkeit . . . . . 1 000 „ Vergütung für 2 Rabbiner für desgleichen je 400 ℳ. . . . . 800 „ Vergütung für 2 Volksschulhauptlehrer für Versehung von Hauslehrerstellen je 900 ℳ. . . 1 800 „ Vergütungen an 2 Lehrer für Besorgung von Organistendienst . . . . . 520 „ 5 920 ℳ. Diese Vergütungen waren bisher unter § 3 angefordert. Die bezeichneten Nebenverdienste können auch etatmäßigen Beamten übertragen werden. b. Vergütung für Abhaltung des Handfertigkeitsunterrichts in der Abteilung für männliche jugendliche Gefangene, wie bisher . . . . . 50 „ c. Auffindungsprämien an das Aufsichtspersonal für von den Gefangenen verheimlichte Geldbeträge und Wertsachen, wie bisher . . . . . 20 „ d. Beiträge zur Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung, soweit dem Staat als Arbeitgeber zur Last fallend 100 „ e. Nebengehalt an einen mit der Prüfung der Personalstandstabellen der Zentralstrafanstalten betrauten etatmäßigen Beamten . . . . . 500 „ zusammen . . 6 590 ℳ.
19	—	Rechnungsdurchschnitt. Hier werden auch die an etatmäßige und nichtetatmäßige Beamte für Besorgung von Aktenausscheidungen zu gewährenden Vergütungen, deren Höchstbetrag auf 80 % des Reinerlöses festgesetzt ist, verrechnet.
968	—	Als voraussichtlicher Bedarf ist das Rechnungsergebnis für 1904 eingestellt.
—	—	Seitheriger Satz.
—	11 630	Für die einzelnen Anstalten sind die bisherigen Sätze beibehalten. — Darunter Anteil der Portobauschsumme 1 328 ℳ. 44 ₰. (Vergleiche auch Einnahme Titel II. § 3.)
1 007	—	Voraussichtlicher Aufwand. Der Rechnungsdurchschnitt beträgt 23 714 ℳ. Hier werden auch die zur Beschaffung der Marken für die Invalidenversicherung erforderlichen Beträge in den Fällen verrechnet, daß Gefangene mangels verfügbarer Mittel nicht in der Lage sind, die Weiterversicherung behufs Abwendung des Erlöschens der aus der Invalidenversicherungspflicht sich ergebenden Anwartschaft fortzusetzen. Hier findet auch der auf die Gefangenenbriefe entfallende Anteil von der Portobauschsumme für 3 Anstalten mit 508 ℳ. 80 ₰. Verrechnung.
—	—	Seitheriger Satz. Hieraus bezieht ein Beamter (zurzeit ein Kollegialmitglied der Oberrechnungskammer) als Vorstand der Zentralleitung des Schutzwesens für entlassene Gefangene einen Nebengehalt von jährlich 1 200 ℳ.
15 965	12 565	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VIII.)		Übertrag . .	998 361	994 961
	17.	Aufwand auf Gebäude und Grundstücke	62 858	60 189
	18.	Aufwand gegen Feuersgefahr	1 030	1 015
	19.	Aufwand für Verpflegung und Heilung	289 727	287 538
	20.	Aufwand für Kleidung	49 522	51 021
	21.	Aufwand für Bettwerk	12 664	12 150
	22.	Aufwand für Zimmer-, Küchen-, Speise- und Trinkgeräte	2 949	2 631
	23.	Aufwand für Bewachungs- und Strafgeräte	1 763	1 881
	24.	Heizungskosten	33 400	32 200
	25	Beleuchtungskosten	33 535	31 240
	26.	Reinigungskosten	44 054	42 580
	27.	Aufwand für Kirchen- und Schulbedürfnisse	4 743	4 758
	28.	Sachliche Amtsunkosten	5 191	4 771
	29.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	1 772	1 776
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	332	327
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	693	296
	30.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	219	837
		Summe A. Ordentlicher Etat	1 542 813	1 530 171
		„ „ „ für beide Jahre . .	3 085 626	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	Voranschlag für 1906/07 zusammen. ℳ.	
	1.	Landesgefängnis Mannheim: Neubau eines Landesgefängnisses, III. Rate	800 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	800 000	
		„ A. Ordentlicher Etat	3 085 626	
		„ Titel VIII. für beide Jahre . .	3 885 626	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
15 965	12 565	
2 669	—	Die Anforderung setzt sich wie folgt zusammen: a. Mietzinse für Dienstwohnungen nach dem neuesten Stand einschließlich des Betrags für Anmietung einer Dienstwohnung für den Hausarzt des Landesgefängnisses Freiburg (vergleiche Erläuterung zu § 1 „Gehalte" D. 4) . . . 10 140 M. b. Wasserzinse nach dem neuesten Stand beziehungsweise Rechnungsdurchschnitt . . . . . 4 923 „ c. Aufwand für Grundstücke, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 484 „ d. Bauaufwand: 1. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand . . . . . 26 000 „ 2. Aufwand für größere Herstellungen nach besonderen Kostenanschlägen für beide Jahre 38 622 M. und für 1 Jahr . . . . . 19 311 „ zusammen . . 62 858 M.
15	—	Rechnungsdurchschnitt.
2 189	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt bemessen unter Zuschlag des voraussichtlichen Mehrbedarfs für eine Anstalt — In der Anforderung ist auch der Aufwand für die Kost der an den Anstaltskosttischen teilnehmenden Beamten mit 8 344 M. und jener für Verpflegung der Insassen der unter Verwaltung der Zentralstrafanstalten stehenden Amtsgefängnisse mit 34 737 M. enthalten. Diese Beträge erscheinen unter Titel II. § 2 wieder in Einnahme
—	1 499	Voraussichtlicher Kostenaufwand, nach den Rechnungsergebnissen und den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Anstalten bemessen.
514	—	Wie § 20
318	—	Wie § 20.
—	118	Wie § 20.
1 200	—	Wie § 20.
2 295	—	Wie § 20.
1 474	—	Wie § 20.
—	15	Wie § 20.
420	—	Die Bedürfnisse an Literatur konnten aus den bisherigen Mitteln nicht genügend befriedigt werden. Es wird deshalb ein höherer Betrag angefordert.
—	4	Rechnungsdurchschnitt. Anteil an der Portobauschsumme 1 610 M. 04 Pf.
5	—	Rechnungsdurchschnitt.
397	—	Rechnungsdurchschnitt Außerdem werden hierher die bisher noch auf dem Amtskassenetat verrechneten Fernsprechgebühren des Landesgefängnisses Mannheim und Freiburg übertragen.
—	618	Rechnungsdurchschnitt.
27 461	14 819	
14 819		
12 642		
—	—	Vergleiche Budget 1904/05 Titel VIII. B. § 3. Aus der angeforderten Summe sollen der mit der Oberleitung des Baues betraute Beamte — der bautechnische Referent des Ministeriums — sowie der ausführende Beamte mit Wirkung vom 1. Januar 1905 einen Nebengehalt von je 1 500 M. jährlich erhalten. Außerdem sollen aus dieser Summe vom gleichen Zeitpunkt an die Vergütungen an etatmäßige Beamte des Landesgefängnisses Mannheim für die Verrechnung der Baukosten bestritten werden.

Titel.	§.	Ausgabe.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				ℳ.	ℳ.
IX.		**Kultus.**			
		A. Ordentlicher Etat.			
		I. Römisch-Katholischer Kultus.			
	1.	Dotation des Erzbistums:	für 1906/07 jährlich		
		a. Erzbischöflicher Tisch:			
		1. Geld	6 994 ℳ 28 ₰		
		2. Naturalien nach den Durchschnittspreisen der Jahre 1902/04	16 225 „ 77 „		
		b. Domkapitel:			
		Geld	44 114 „ 28 „		
		c. Beitrag zur Bestreitung der Kosten der Erzbischöflichen Kanzlei	26 000 „ — „		
		d. Wegen Abtretung des Linzer Fonds an das Erzbistum — dem Konstanzer Studienfonds	5 691 „ 43 „		
		e. Beitrag zur Bestreitung der Kosten des theologischen Konvikts in Freiburg und des Priesterseminars in St. Peter	15 000 „ — „		
				114 025	113 730
	2.	Oberstiftungsrat, Staatsbeitrag:			
		a. zu dem persönlichen Aufwand		98 000	91 350
		b. zu den sachlichen Amtsunkosten		7 260	7 260
	3.	Zuschüsse an Pfarreien:			
		a. Dotationen	4 409 ℳ 68 ₰		
		b. Budgetmäßiger Beitrag	342 „ 86 „		
				4 753	5 019
	4.	Beitrag zur Versehung der durch die vormaligen Mendikantenklöster besorgten seelsorgerlichen Aushilfe		6 167	6 167
	5.	Beitrag an die Pfälzer katholische Kirchenschaffnei in Heidelberg		1 286	1 286
	6.	Aufbesserung gering besoldeter römisch-katholischer Pfarrer		350 000	350 000
			Summe I. . .	581 491	574 812
		II. Altkatholischer Kultus.			
	7.	Staatsbeitrag zur Deckung des Aufwandes für die kirchlichen Bedürfnisse der Altkatholiken		25 250	24 000
	8.	Aufbesserung gering besoldeter altkatholischer Pfarrer		8 000	8 000
	9.	Zusätzliche Erhöhung zur Aufbesserung des Diensteinkommens der altkatholischen Pfarrer		9 000	6 000
			Summe II. . .	42 250	38 000
		III. Evangelischer Kultus.			
	10.	Staatsbeitrag für den Evangelischen Oberkirchenrat, als oberste evangelische Landeskirchenbehörde		20 000	20 000
	11.	Staatsbeitrag für den Evangelischen Oberkirchenrat, als evangelischer Oberstiftungsrat:			
		a. zu dem persönlichen Aufwand		65 320	60 800
		b. zu den sachlichen Amtsunkosten		4 268	4 268
			Übertrag . .	89 588	85 068

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die an Stelle der Naturalkompetenz für den Erzbischöflichen Tisch zu gewährende Geldvergütung wird nach den Durchschnittspreisen der Jahre 1902/04, welche sich gegenüber jenen der früheren Periode im ganzen etwas höher stellen, in Anforderung gebracht.
295	—	
6 650	—	Vergleiche den Sondervoranschlag Anlage 1.
—	—	
		Der Berechnung des Geldwerts der unter den Dotationen enthaltenen Naturalien wurden die Marktdurchschnittspreise der Jahre 1902/04 zugrunde gelegt.
—	266	
—	—	
—	—	
—	—	Vergleiche § 9 des Pfarreraufbesserungsgesetzes vom 18. Mai 1899.
6 945	266	
1 250	—	Infolge der im Wege der Vereinbarung ermöglichten Rücküberweisung der den Altkatholiken in Konstanz bisher zum Gebrauche überlassenen Spitalpfarrkirche an die römisch-katholische Kirchengemeinde zu Anfang Januar 1904 ist der seitens des Spitalfonds zu leistende Kultbeitrag von jährlich 1 250 ℳ. in Wegfall gekommen. Zur Bestreitung ihrer Kultbedürfnisse ist der altkatholischen Gemeinde Konstanz, gleichwie den übrigen staatlich anerkannten altkatholischen Gemeinden des Landes, aus dem budgetmäßigen Staatsbeitrag zur Deckung des Aufwands für die kirchlichen Bedürfnisse der Altkatholiken ein ihrem tatsächlichen Bedürfnisse entsprechender, dem seitherigen Pflichtbeitrag des Spitalfonds gleichkommender Betrag zugeteilt worden. Zur Übernahme dieses Betrags hat sich der bisherige Staatsbeitrag von jährlich 24 000 ℳ. als unzureichend erwiesen, weshalb eine Erhöhung desselben um jährlich 1 250 ℳ., somit auf jährlich 25 250 ℳ. vorgesehen wird.
—	—	Vergleiche § 9 des Pfarreraufbesserungsgesetzes vom 18. Mai 1899.
3 000	—	In Konstanz ist, nachdem im Wege der Vereinbarung die den Altkatholiken bisher überwiesene Spitalpfarrpfründe auf 1. Januar 1905 der römisch-katholischen Kirchengemeinde zurückgegeben worden ist, eine altkatholische Pfarrpfründe neu gegründet worden, deren Einkommen auf die in § 5 des Pfarreraufbesserungsgesetzes vom 18. Mai 1899 bestimmte Höhe aufzubessern ist. Hierzu reicht aber der zu dem in § 9 Absatz 1 des genannten Gesetzes festgesetzten Staatsbeitrag von 8 000 ℳ. bisher vorgesehene Zuschuß von 6 000 ℳ. nicht aus.
4 250	—	Es wird deshalb, sowie wegen Rückgangs des Pfründeertrags einiger Pfründen ein solcher in Höhe von jährlich 9 000 ℳ. vorgesehen.
—	—	
4 520	—	Vergleiche den Sondervoranschlag Anlage 2.
—	—	
4 520	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IX.)		Übertrag . .	89 588	85 068
	12.	Zuschüsse für Pfarreien und Pastorationen:		
		a. Dotationen . . . . . 22 800 M. 85 Pf.		
		b. Budgetmäßige Beiträge . . . . . 11 052 „ 52 „		
			33 853	34 323
	13.	Gehalte der Organisten und Kirchendiener	1 874	1 874
	14.	Dem vereinigten Pfarrhilfsfonds:		
		a. Dotationen . . . . . 507 M. 43 Pf.		
		b. Entschädigung für ehemals bezogene Taxen . . . . . 351 „ 23 „		
			859	859
	15.	Staatsbeitrag für die evangelische Kirche im allgemeinen	22 670	22 670
	16.	Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer	300 000	300 000
		Summe III. . .	448 844	444 794
		IV. Israelitischer Kultus.		
	17.	Staatsbeitrag für den Israelitischen Oberrat	7 500	7 000
	18.	Zur Aufbesserung gering besoldeter Rabbiner	15 440	14 940
		Summe IV. . .	22 940	21 940
		Hierzu „ I. . .	581 491	574 812
		„ „ II. . .	42 250	38 000
		„ „ III. . .	448 844	444 794
		Summe A. Ordentlicher Etat	1 095 525	1 079 546
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	2 191 050	
			Voranschlag für 1906/07 zusammen.	
		B. Außerordentlicher Etat.		
		I. Römisch-Katholischer Kultus.		
	1.	Beitrag zur Tilgung der Schuld des theologischen Konvikts- und des Seminarfonds . .	20 000	—
		II. Evangelischer Kultus.		
	2.	Beitrag zu den Kosten der Erstellung eines Dienstgebäudes für den Evangelischen Oberkirchenrat, I. Rate	75 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	95 000	
		Hierzu „ A Ordentlicher Etat	2 191 050	
		„ Titel IX. für beide Jahre . .	2 286 050	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
4 520	—	
		Der Berechnung des Geldwerts der unter den Dotationen enthaltenen Naturalien sind die Marktdurchschnittspreise der Jahre 1902/04 zugrunde gelegt.
—	470	
—	—	
—	—	
—	—	
--	—	Vergleiche § 9 des Pfarreraufbesserungsgesetzes vom 18. Mai 1899.
4 520	470	
500	—	Dem Ministerialkommissär bei dem Oberrat der Israeliten ist für die Wahrnehmung der in Ziffer 1 und 2 des landesherrlichen Edikts vom 4. Mai 1812 erwähnten Funktionen ein Nebengehalt von 500 ℳ. bewilligt. Es erscheint nicht angemessen, daß diese für die Wahrung der landesherrlichen Rechte bewilligte Vergütung aus dem Erträgnis der allgemeinen Kirchensteuer der Israeliten geschöpft werde, es wird vielmehr die Staatskasse, da es sich um die Ausübung eines staatlichen Aufsichtsrechts handelt, durch entsprechende Erhöhung des Staatsbeitrags einzutreten haben.
500	—	Der Mehrbetrag von 500 ℳ. ist zur Ergänzung der in der vorigen Budgetperiode bewilligten Teilaufbesserungen erforderlich.
1 000	—	
6 945	266	
4 250	—	
4 520	470	
16 715	736	
736		
15 979		
--	--	Zu § 1. Vergleiche Nachtrag zum Budget für 1902/03 Titel IX. B. § 1 und Budget 1904/05 Titel IX. B. § 1.
--	—	Die bisherigen Diensträume des Evangelischen Oberkirchenrats haben sich seit längerer Zeit sowohl der Zahl als auch der Beschaffenheit nach als durchaus unzulänglich erwiesen. Nach Lage der Verhältnisse kann dem vorhandenen Bedürfnisse in zweckmäßiger Weise nur durch Erstellung eines Neubaues entsprochen werden, in welchem außer dem Evangelischen Oberkirchenrat auch die evangelische kirchliche Stiftungenverwaltung und die evangelische Kirchenbauinspektion Karlsruhe untergebracht werden sollen. Der Bauaufwand ist zu rund 650 000 ℳ. veranschlagt. Unter Hinzurechnung des Kaufpreises für den Bauplatz mit 240 000 ℳ. stellt sich der Gesamtaufwand auf 890 000 ℳ., der, soweit er nicht durch einen vom Evangelischen Oberkirchenrat erbetenen staatlichen Bauzuschuß gedeckt werden kann, aus Mitteln eines kirchlichen Fonds gegen Verzinsung aus allgemeinen Kirchenmitteln bestritten werden soll. Für die Leistung eines staatlichen Zuschusses zu den Kosten des fraglichen Baues besteht eine Rechtspflicht nicht; allein das Eintreten des Staates erscheint aus Billigkeitsgründen unter dem Gesichtspunkt der freiwilligen Staatsfürsorge für die kirchlichen Interessen gerechtfertigt. Als Zuschuß wird die gleiche Summe, die im Budget 1902/03 unter ähnlichen Verhältnissen als Beitrag zu den Kosten der Erstellung eines neuen Erzbischöflichen Kanzleigebäudes bewilligt worden ist, d. i. 150 000 ℳ., für angemessen erachtet, wovon als erste Rate die Hälfte mit 75 000 ℳ. im gegenwärtigen Budget zur Anforderung kommt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
X.		**Unterrichtswesen.**		
		A. Ordentlicher Etat.		
		1. Höhere Unterrichtsanstalten.		
		Universität Heidelberg:		
	1.	a Ordentliche Staatsdotation	922 000	878 500
	2.	b. Wohnungsgeld	88 600	85 800
		Übertrag . .	1 010 600	964 300

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Einzelvoranschläge für die Universität Heidelberg, das akademische Krankenhaus und die Irrenklinik in Heidelberg, für die Universität Freiburg, die Augenklinik, Frauenklinik und psychiatrische Klinik in Freiburg, sowie für die Technische Hochschule in Karlsruhe sind den Beilagen unter Nr. 3 bis 10 angeschlossen.
43 500	—	Die Erhöhung der Staatsdotation ist im wesentlichen zurückzuführen auf die bevorstehende Inbetriebnahme der neuen Universitätsbibliothek und des Krebsinstituts; auch die Mehrkosten, die sich aus der Benützung des früheren Museumsgebäudes als weiteres Kollegienhaus ergeben haben, kommen in diesem Budget erstmals in vollem Betrage zur Anforderung. Was den persönlichen Aufwand anlangt, so sind nur 3 neue etatmäßige Stellen angefordert: eine etatmäßige außerordentliche Professur für Zahnheilkunde (D. 10), eine Hausmeister- (K. 3) und eine Pförtnerstelle (K. 7); weiter ist die Umwandlung der etatmäßigen außerordentlichen Professur für Geographie (D. 10) in eine ordentliche Professur (B. 5) vorgesehen. Neben den in der Budgetperiode 1906/07 nach dem Gehaltstarife anfallenden Gehaltszulagen sind mäßige Beträge zur Aufbesserung der Professorengehalte aufgenommen. Die Erhöhung des Vergütungsaufwands für das nichtetatmäßige Personal ist bedingt durch die notwendige Personalvermehrung und die in der Budgetperiode zu gewährenden Aufbesserungen. Die Erhöhung des sachlichen Aufwands entfällt zum größten Teile auf die Institutsaversen, insbesondere auf das Aversum der Bibliothek und das Aversum des mit dem akademischen Krankenhause verbundenen Krebsinstituts. An Nebengehalten für besondere Funktionen beziehen der jeweilige Prorektor jährlich 860 ℳ, sowie Anteil an den Immatrikulations- und Exmatrikelgebühren, die Dekane der 5 Fakultäten jährlich je 105 ℳ, 1 ord Professor als Hilfsrichter beim Landgericht Heidelberg 1 500 ℳ, 1 „ „ für Versehung des Dienstes des Bezirksarztes I. in Heidelberg im Nebenamt jährlich 1 500 ℳ. und als Medizinalreferent beim Landgericht Mannheim jährlich 650 ℳ, 1 ord. Professor als Kreisoberhebarzt für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach jährlich 600 ℳ, 1 „ „ „ außerordentliches Mitglied des Oberschulrats jährlich 350 ℳ, 1 „ „ „ Vorstand der geologischen Landesanstalt jährlich 3 000 ℳ, 1 außerord Professor für die spezialärztliche Überwachung der Taubstummen in den Anstalten zu Heidelberg, Gerlachsheim und Meersburg jährlich 600 ℳ, 1 außerord. Professor als Lehrer der Musik am praktisch-theologischen Seminar jährlich 800 ℳ, 1 Beamter (Vorstand der Universitätskasse) für Führung der Kasse des Gymnasiums in Heidelberg jährlich 500 ℳ. und der Kasse der Sternwarte in Heidelberg jährlich 300 ℳ, 1 Beamter (Verwalter des akad. Krankenhauses) für seine besonderen Bemühungen, insbesondere bei der Kassen- und Rechnungsführung der Irrenklinik, sowie bei Besorgung der Verwaltungsgeschäfte der Frauen- und Ohrenklinik zusammen jährlich 600 ℳ, 1 Beamter (Apothekenverwalter) für Leitung und Beaufsichtigung des Mineralwasserbetriebs beim akademischen Krankenhaus jährlich 700 ℳ. (statt bisher 400 ℳ.), 1 Beamter (Universitätssekretär) für Aufstellung des Adreßbuchs der Universität jährlich 100 ℳ., ferner Gebühren für Fertigung von Legitimationskarten, sowie als Sekretär der akademischen Krankenhauskommission jährlich 700 ℳ., 1 Beamter (Oberbuchhalter) Sportelhebgebühren, 1 Beamter (Universitätsaktuar) Sportelkonstatiergebühren, 1 Beamter (Werkmeister beim akademischen Krankenhaus) für Beaufsichtigung der Dampfkesselbetriebe und Zentralheizungsanlagen in den übrigen Hochschulgebäuden jährlich 200 ℳ., 1 Beamter (Erster Gärtner) als Schloßgärtner jährlich 800 ℳ. und für Beaufsichtigung der Gartenanlagen bei den klinischen Anstalten und sonstigen Universitätsinstituten jährlich 200 ℳ., 2 Beamte (Bureauassistenten) für die Besorgung der schriftlichen Arbeiten der Frauenklinik jährlich 400 ℳ. und der medizinischen Poliklinik jährlich 200 ℳ., 3 Beamte (Oberpedelle) für Reinigung in den Universitätsgebäuden jährlich 450 ℳ. und 300 ℳ. und für Bedienung im Modellkabinett jährlich 40 ℳ., 1 Beamter (1. Bibliothekdiener) für Circulation der Novitätenverzeichnisse jährlich 180 ℳ., sowie Vergütung für Schreibarbeiten, Ofenheizen und Reinigung der Säle und der Straße, 1 Beamter (2. Bibliothekdiener) für Bedienung einiger Seminare jährlich 510 ℳ., 1 Beamter (Hausmeister) für Bedienung der akademischen Krankenhauskommission jährlich 250 ℳ., 1 Beamter (Hausmeister) für Bedienung des Untersuchungsamts für ansteckende Krankheiten jährlich 300 ℳ.
2 800	—	
46 300		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X.)		Übertrag . .	1 010 600	964 300
		Universität Freiburg:		
	3.	a. Ordentliche Staatsdotation	715 000	673 100
	4.	b. Wohnungsgeld	86 900	84 300
		Technische Hochschule:		
	5.	a. Ordentliche Staatsdotation	399 000	396 000
		Übertrag . .	2 211 500	2 117 700

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
46 300	—	
41 900	—	Die beantragte Erhöhung der Dotation ist hauptsächlich durch die Steigerung des sachlichen Aufwands, besonders der Kliniken bedingt. An der notwendigen Erhöhung der Institutsaversen um 34 290 ℳ. sind die Kliniken mit 28 114 ℳ. beteiligt. Auch der Aufwand für Heizung, Beleuchtung und Reinigung ist erheblich gestiegen. Hinsichtlich des persönlichen Aufwands ist nur eine mäßige Steigerung eingetreten. Angefordert ist: die Umwandlung der etatmäßigen außerordentlichen Professuren für Geographie und Mineralogie in ordentliche Professuren, ein neues etatmäßiges Extraordinariat für gerichtliche Medizin (D. 10), sowie eine etatmäßige Präparatorstelle (H. 12). Neben den in der Budgetperiode anfallenden tarifmäßigen Gehaltszulagen sind Zulagen für ordentliche und etatmäßige außerordentliche Professoren vorgesehen. Die Vermehrung des nichtetatmäßigen Personals und die Erhöhung der Vergütungen für letzteres sind auf das notwendigste beschränkt. Eine Stelle (außerordentliche Professur D. 10) bei Wechsel in der Besetzung künftig wegfallend mit 2 400 ℳ. An Nebengehalten für besondere Funktionen beziehen: der jeweilige Prorektor 860 ℳ., sowie Anteil an den Immatrikulations- und Exmatrikelgebühren, die Dekane der 4 Fakultäten und der Prodekan der philosophischen Fakultät jährlich je 105 ℳ., sowie Anteil an den Exmatrikelgebühren, 1 ord. Professor als Direktor der Wirtschaftsdeputation jährlich 180 ℳ., 4 „ Professoren als Räte „ „ „ je 90 ℳ., 1 „ Professor als Vorsitzender der akademischen Baukommission jährlich 180 ℳ., 1 „ „ als Hilfsrichter beim Landgericht Freiburg jährlich 1 500 ℳ., 2 „ Professoren als Medizinalreferenten beim Landgericht Freiburg jährlich je 325 ℳ., 1 „ Professor als Kreisoberhebarzt für die Kreise Freiburg, Lörrach und Waldshut jährlich 600 ℳ., 1 „ „ als außerordentliches Mitglied des Oberschulrats jährlich 350 ℳ., 1 „ „ als Mitglied der beratenden Kommission der geologischen Landesanstalt jährlich 500 ℳ., 1 Beamter (Vorstand der Universitätskasse) für Führung der Kasse des Gymnasiums Freiburg jährlich 500 ℳ., 1 Beamter (Universitätssekretär) für Aufstellung des Adreßbuchs der Universität jährlich 100 ℳ., ferner Gebühren für Fertigung von Legitimationskarten, für Besorgung der Schreibgeschäfte in Sachen der Anweisungen auf die Kasse der psychiatrischen Klinik in Freiburg jährlich 300 ℳ., 1 Beamter (Oberbuchhalter) Sportelhebgebühren, 1 Beamter (Universitätsaktuar) Sportelkonstatiergebühren, 1 Beamter (Werkmeister bei der psychiatrischen Klinik) für die Beaufsichtigung der Dampfkesselbetriebe und Zentralheizungsanlagen in den übrigen Hochschulgebäuden jährlich 200 ℳ., 1 Beamter (Erster Gärtner) für Beaufsichtigung der Instandhaltung der Gartenanlagen bei den akademischen Instituten jährlich 300 ℳ.
2 600	—	Künftig wegfallend 900 ℳ. (1 außerordentliche Professur D. 10).
3 000	—	Die Erhöhung der Staatsdotation konnte nur mit Rücksicht darauf auf den Betrag von 3 000 ℳ. beschränkt werden, daß auch für die Budgetperiode 1906/07 Mehreinnahmen aus den Unterrichtshonoraren der Studierenden zu erwarten sind und der Zuschuß aus dem Reservefonds in derselben Höhe belassen wird. Die Steigerung des Aufwands ist bedingt durch die in der Budgetperiode nach dem Gehaltstarif anfallenden Gehaltszulagen, durch die erforderliche Aufbesserung der Gehalte der ordentlichen und etatmäßigen außerordentlichen Professoren, durch die Anforderung einer neuen etatmäßigen Stelle für einen wissenschaftlich gebildeten Hilfslehrer, der zugleich die verantwortungsvolle Stellung als Betriebsleiter der elektrischen Zentrale bekleidet, durch die Beförderung des Bibliothekssekretärs (G. 5) zum Kanzleisekretär (F. 5), durch die Anforderung einiger nichtetatmäßigen Assistentenstellen und die erforderlichen Zulagen für das nichtetatmäßige Personal. Der sachliche Aufwand hat nur bei einigen Positionen: Brandversicherungsbeiträge, Institutsaversen sowie Heizung mäßige Erhöhungen erfordert. An Nebengehalten für besondere Funktionen beziehen: der jeweilige Rektor jährlich 2 000 ℳ., 1 ord. Professor als Respizient in Verwaltungssachen jährlich 350 ℳ., 1 „ „ als bautechnischer Referent des Ministeriums der Justiz ꝛc. jährlich 2 500 ℳ., 1 „ „ als Vorstandsmitglied der Lebensmittelprüfungsstation jährlich 400 ℳ. und als Vorstand der chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt jährlich 1 000 ℳ., 2 „ Professoren als Vorstandsmitglieder der Lebensmittelprüfungsstation jährlich je 400 ℳ., 2 „ „ als Vorstände des Naturalienkabinetts in Karlsruhe jährlich je 500 ℳ., 1 „ Professor als außerordentliches Mitglied der Forst- und Domänendirektion jährlich 1 800 ℳ., 1 „ „ als technischer Leiter des Topographischen Bureaus jährlich 800 ℳ., 1 „ „ als Leiter des Schloßbaubureaus in Heidelberg jährlich 1 000 ℳ., 1 Beamter (Verwalter Anteil an den Gebühren für Erhebung von Studienhonoraren, 1 Beamter (Hilfslehrer) für die Verwaltung der Hausbibliothek der Architekturabteilung jährlich 300 ℳ., 2 Beamte (Sekretär und Buchhalter) Anteil an den Gebühren für Erhebung von Studienhonoraren.
93 800	—	(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 45.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					ℳ.	ℳ.
(X.)		Übertrag . .			2 211 500	2 117 700
	6.	b Wohnungsgeld			53 500	52 600
		Summe I. . .			2 265 000	2 170 300
		II. Mittel- und Volksschulen.				
		A. Oberschulrat.				
	7.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.		
		1 Direktor B. 1	7 500			
		1 Vorsitzender Rat B. 3	6 700			
		6 Kollegialmitglieder C. 2	33 440			
		1 Zeicheninspektor C. 7	4 470			
		1 wissenschaftlich gebildeter Beamter als Hilfsarbeiter D. 3	2 000			
		1 Sekretär D. 3	2 500			
		2 Revisionsvorstände E. 2	7 500			
		8 Stellen nach F. 3: Sekretäre (1), Revisoren (4), Registratoren (2), Expeditoren (1)	22 030			
		6 Stellen nach G. 5: Revidenten (3), Registraturassistenten (2), Expeditурassistenten (1)	10 450			
		1 Bureauassistent J. 6	1 850			
		Tarifmäßige Dienstzulage	100			
		5 statt bisher 3 Kanzleiassistenten J. 7	4 300	2 500		
		3 statt bisher 2 Kanzleidiener K. 3	2 500	1 100		
		1 Beamter Dienstwohnung.				
		36 bisher 33 Beamte . . . Summe	105 340	3 600		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 112 950 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 115 460 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 114 205 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 112 500 „			112 500	105 100
		Übertrag . .			112 500	105 100

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
93 800	—	(Fortsetzung der Erläuterungen zu § 5) 1 Beamter (Erster Gärtner) für Überwachung der Instandhaltung der Gartenanlagen bei staatlichen Gebäuden in Karlsruhe jährlich 160 ℳ., 1 Beamter (Forstgärtner) für Besorgung der Geschäfte für forstliches Versuchswesen jährlich 25 ℳ., als Beobachter der meteorologischen Station jährlich 300 ℳ. und für seine Bemühungen beim Verkauf von Pflanzen aus dem Forstgarten jährlich 60 ℳ.
900	--	
94 700	—	
		1 Beamter bezieht als ordentliches Mitglied des Gewerbeschulrats (im Nebenamt) einen Nebengehalt von 500 ℳ.; 1 Beamter ist mit der Abhaltung von Vorlesungen über Didaktik und Pädagogik an der Technischen Hochschule, sowie von pädagogisch-praktischen Übungskursen betraut und bezieht hierfür ein Semesterhonorar von 750 ℳ.; 1 Beamter bezieht als Dozent an der Technischen Hochschule ein Semesterhonorar von 550 ℳ.
		2 Beamte beziehen einen Nebengehalt von je 200 ℳ. für Besorgung der Depositengeschäfte des Oberschulrats aus Mitteln der betreffenden Anstaltskassen und Stiftungen.
		1 Beamter bezieht 100 ℳ. Nebengehalt für die Führung der Handkasse. 1 Beamter bezieht als Sportelextrahent Konstatiergebühren aus der Steuerkasse (Durchschnittsbetrag 160 ℳ.).
		Das starke Anwachsen der Kanzleigeschäfte erfordert die Anstellung von 2 weiteren Kanzleiassistenten. Die etatmäßigen Kanzleibeamten können Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Arbeiten erhalten. Eine nichtetatmäßige Hilfsdienerstelle ist in eine etatmäßige Kanzleidienerstelle umzuwandeln, nachdem sich die Anstellung eines weiteren Dieners dauernd als erforderlich erwiesen hat. Die Kanzleidiener beziehen außerdem wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten (Durchschnittsbetrag 30 ℳ.) 1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 100 ℳ. für die Besorgung der Geschäfte eines Hausmeisters.
7 400	--	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch nebenbezeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt
7 400	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X)		Übertrag . .	112 500	105 100
	8.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 7 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	25 000	23 300
		Andere persönliche Ausgaben und zwar:		
	9.	Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	11 200	10 700
	10.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	7 500	7 500
	11.	Sonstige persönliche Ausgaben	6 170	5 840
	12.	Für sachliche Amtsunkosten	11 300	9 500
	13.	Mietzins für Diensträume	5 325	5 325
	14.	Kosten der im Geschäftsbereich des Oberschulrats abzuhaltenden Prüfungen:		
		a. Tagegelder und Reisekosten	750	600
		b. Honorare der Examinatoren	9 000	7 000
		c. Sonstige Kosten	250	250
	15.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	3 080	3 080
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	450	450
		c. Telegrammgebühren	120	60
	16.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	100	500
		Summe A. . .	192 745	179 205

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
7 400	—	
1 700	—	
500	—	1 Referendär zu 1 600 ℳ., 8 Kanzleigehilfen zu durchschnittlich je 1 200 ℳ. = 9 600 ℳ., zusammen 11 200 ℳ.
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 7 800 ℳ.
330	—	Von der Anforderung entfallen: a. auf Nebengehalte etatmäßiger Beamten und zwar: für 2 ordentliche Mitglieder des Oberschulrats (im Nebenamt) je 1 500 ℳ. . . . . 3 000 ℳ. wovon bei künftigem Stellenwechsel 1 150 ℳ. wegfallen; für 4 statt bisher 3 außerordentliche Mitglieder des Oberschulrats je 350 ℳ. . . . . 1 400 „ (die Vermehrung der Zahl der Mittelschulen, insbesondere der Realmittelschulen, in den letzten Jahren läßt die Anstellung eines weiteren außerordentlichen Mitglieds geboten erscheinen); für 1 mit der bautechnischen Bearbeitung der das Volksschulbauwesen betreffenden Angelegenheiten nebenamtlich betrauten Beamten . . . . . 800 „ für 1 mit der Prüfung des Zeichenunterrichts an den Volksschulen nebenamtlich betrauten Zeichenlehrer eines Lehrerseminars (§ 13 Absatz 3 des Elementarunterrichtsgesetzes) . . . . . 300 „ für 1 Kanzleibeamten für Führung der Bureauhandkasse . . . . . 100 „ für 1 Kanzleidiener als Hausmeister für die Dienstgebäude des Oberschulrats statt bisher 50 ℳ. . . . . 100 „ (die Vermehrung der Geschäfte des Hausmeisters infolge erheblicher Erweiterung der Diensträume begründet eine Erhöhung der betreffenden Vergütung); b. auf Stellvertretung und Dienstaushilfe . . . . . 300 „ c. auf Dienstkleidung für 3 Kanzleidiener (3 × 50 ℳ.) . . . . . 150 „ d. auf Beiträge zur Invalidenversicherung . . . . . 20 „ zusammen . . 6 170 ℳ. Neu zugehenden Dienern soll im Bedarfsfall zur übrigen Dienstkleidung sogleich ein Dienstmantel geliefert werden, auch wenn dadurch der für Dienstkleidung vorgesehene Normalbetrag von 50 ℳ. für das Jahr überschritten wird.
1 800	—	Der Kredit der Handkasse (bisher 9 200 ℳ.) beträgt nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 11 000 ℳ. (Die Erhöhung wird hauptsächlich durch das Anwachsen des Aufwands für Druckarbeiten, sowie für Heizung und Beleuchtung bedingt). Sonstige Amtsunkosten (wie bisher) . . . . . 300 „ zusammen . . 11 300 ℳ.
—	—	Der Mietzins für das an das Oberschulratsgebäude anstoßende, einem Stiftungsfonds gehörige Haus beträgt 4 900 ℳ. Einige Räume des gemieteten Hauses sind an einen Kanzleidiener weiter vermietet, der 400 ℳ. betragende Mietzins fließt in die Landeshauptkasse. Zu dem Mietzins von 4 900 ℳ. kommt noch jener für ein Arbeitszimmer des Zeicheninspektors mit 425 ℳ. Im ganzen sind somit 5 325 ℳ. hier vorzusehen.
150	—	Rechnungsdurchschnitt 766 ℳ.
2 000	—	Rechnungsdurchschnitt 9 070 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 295 ℳ.
—	—	Portobauschsumme 2 983 ℳ., im übrigen Rechnungsdurchschnitt (122 ℳ.).
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 464 ℳ.
60	—	Rechnungsdurchschnitt 120 ℳ.
—	400	Für die bezeichneten Ausgaben wurden erstmals im Budget 1904/05 Mittel angefordert beziehungsweise bewilligt. Nach den bisherigen Erfahrungen wird die Summe von 100 ℳ. ausreichen.
13 940	400	
400		
13 540		

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.
		B. Kreisschulvisitaturen.			
(X.)	17.	Gehalte.	M.		
		18 Kreisschulräte C. 7	71 080		
		Voranschlag für 1906	72 580 M.		
		„ „ 1907	74 580 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	73 580 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund	72 500 „	72 500	69 000
	18.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in § 17 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme		13 900	12 600
		Andere persönliche Ausgaben und zwar:			
	19.	a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten		27 000	27 000
	20.	b. Pauschbeträge für Besorgung der Schreib- und Registraturgeschäfte		9 000	9 000
		Sachliche Amtsunkosten und zwar:			
	21.	a. Mietzinsentschädigungen für Stellung der Diensträume		5 580	5 580
	22.	b. Bauschbeträge für Amtsunkosten		2 700	2 700
	23.	c. Sonstige Amtsunkosten		200	200
	24.	Versendungskosten und zwar:			
		a. Postporto		2 070	2 070
		b Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten		150	150
		c. Telegrammgebühren		20	20
		Summe B. .		133 120	128 320
		C. Gymnasien und Progymnasien.			
	25.	Dotationen und ständige Staatsbeiträge		72 800	72 800
	26.	Unständige Staatsbeiträge		505 990	505 990
		Zu §§ 25/26.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	
		Gehalte.	M.	M.	
		16 Gymnasiumsdirektoren C. 5	88 670		
		8 Beamte tarifmäßige Dienstzulage von je 300 M.	2 400		
		16 Dienstwohnungen (darunter 6 (bisher 5) gemietete).			
		1 Progymnasiumsdirektor C. 7	5 000		
		1 Beamter tarifmäßige Dienstzulage	300		
		1 Beamter hat Dienstwohnung in einem gemieteten Gebäude			
		17 Beamte . . . . . Übertrag	96 370		578 790	578 790

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
3 500	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 300	—	Im Staatsvoranschlag für 1904/05 war für die 5 neu errichteten Stellen das Wohnungsgeld nur für die Zeit vom 1. Oktober 1904 an, somit nur für 1 1/4 Jahr vorgesehen.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 22 133 ℳ. Der bisherige Budgetsatz ist beizubehalten, da sich die größere Zahl von Kreisschulräten und die häufigere Vornahme von Schulprüfungen erst in der Budgetperiode 1906/07 geltend machen werden.
—	—	Die Schreib- und Registraturgeschäfte der Kreisschulvisitaturen werden durch geeignete Verwaltungs- beziehungsweise Justizbeamte oder Volksschullehrer am Sitze der Visitatur (auch etatmäßige Beamte) nebenamtlich gegen Bezug einer Vergütung von durchschnittlich 500 ℳ. besorgt. Für 18 Kreisschulvisitaturen sind 9 000 ℳ. erforderlich.
—	—	3 Visitaturen je 180 ℳ. = 540 ℳ., 8 je 280 ℳ. = 2 240 ℳ., 7 je 400 ℳ. = 2 800 ℳ., zusammen 5 580 ℳ.
—	—	18 Visitaturen je 150 ℳ. = 2 700 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 249 ℳ.
—	—	Portobauschsumme 2 028 ℳ., im übrigen Rechnungsdurchschnitt (47 ℳ.).
—	—	Rechnungsdurchschnitt 177 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 33 ℳ.
4 800	—	
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
		Der den Höchstgehalt eines Beamten übersteigende Betrag von 1 500 ℳ. ist nur dem gegenwärtigen Inhaber der Stelle bewilligt, daher künftig wegfallend. Damit wird zugleich die Leistung eines entsprechenden Stiftungsbeitrags zu einer Gymnasiumskasse eingestellt werden. 1 Beamter bezieht als ordentliches Mitglied des Oberschulrats (im Nebenamt) einen Nebengehalt von 1 500 ℳ.; 1 Beamter bezieht als außerordentliches Mitglied des Oberschulrats einen Nebengehalt von 350 ℳ. und für Abhaltung von 2/3 pädagogisch-praktischen Übungskursen an der Universität Heidelberg ein Semesterhonorar von 750 ℳ.; 1 Beamter bezieht als Dozent an der Universität Freiburg ein Semesterhonorar von 400 ℳ.
—	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(X.)	(26.)	17 Beamte . . . . . Übertrag	96 370	—	578 790	578 790
		177 statt bisher 174 Professoren D. 1	673 520	6 000		
		8 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	29 910			
		27 statt bisher 25 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	68 280	3 600		
		1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts	160			
		16 Diener K. 7	21 500			
		1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage (Remunerationsersatz) . .	40			
		16 Dienstwohnungen (darunter 2 gemietete).				
		245 bisher 240 Beamte . . . Summe	889 780	9 600		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 944 200 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 959 740 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 951 970 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund		937 690 ℳ.		
		Hierzu:				
		Andere persönliche Ausgaben . . . . . 172 710 ℳ.				
		Verwaltungsaufwand . . . . . 38 680 „				
		Sachliche Ausgaben . . . . . 232 890 „				
		Stiftungsmäßige Ausgaben . . . . . 15 430 „				
		— —		459 710 „		
		Summe der Ausgaben . .		1 397 400 ℳ.		
		Hiervon ab die eigenen Einnahmen der Schulanstalten und zwar:				
		Ertrag aus Grundstücken und Gebäuden . . . . . 72 580 ℳ.				
		Ertrag aus Grundstockskapitalien . . . . . 128 800 „				
		Übertrag . . 201 380 ℳ.		1 397 400 ℳ.	578 790	578 790

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	—	Zur Herbeiführung eines besseren Verhältnisses der Zahl der Professoren zu jener der nichtetatmäßigen Lehrer (Praktikanten) soll an 3 Gymnasien je eine weitere Professorenstelle neu errichtet werden. Es werden deshalb hier 3 neue Stellen vorgesehen. Nebengehalte beziehungsweise Vergütungen beziehen: 2 Beamte als Dozenten an der Universität Heidelberg 1 400 ℳ. beziehungsweise 800 ℳ., 1 Beamter für Abhaltung pädagogisch-praktischer Übungskurse an der Universität Freiburg 1 500 ℳ., 1 Beamter für Versehung der Stelle des evangelischen Hausgeistlichen an der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim 900 ℳ., 3 Beamte für Besorgung der Lehrerbibliotheken 175 ℳ., 80 ℳ. und 44 ℳ., 6 Beamte für Erteilung von Unterricht an Lehrerbildungsanstalten und zwar 1 zu 840 ℳ., 2 je 480 ℳ., 3 je 360 ℳ. Für die Erteilung sogenannter Überstunden können den etatmäßigen Lehrern Vergütungen aus den Mitteln für „Stellvertretung und Dienstaushilfe" bewilligt werden. 1 Stelle vorübergehend nicht etatmäßig besetzt, 1 Stelle unbesetzt.
		An den Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten und Blinden- und Taubstummenanstalten sind im ganzen 242 etatmäßige Stellen für Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer errichtet beziehungsweise zu errichten. Nach Anmerkung 3 zu Abteilung F. des Gehaltstarifs können somit 49 Lehrer der bezeichneten Art in die Gehaltsklasse I. vorrücken. Die hiernach vorzusehenden 49 Stellen für Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer der Gehaltsklasse I sind an den verschiedenen in Betracht kommenden Anstalten unter sich übertragbar. In den betreffenden Budgetpositionen sind für 1906/07 vorgesehen für: Gymnasien und Progymnasien 8, Lehrerseminare 6, Blinden- und Taubstummenanstalten 3, Realmittelschulen 25, höhere Mädchenschulen 7, zusammen 49 Stellen.
		Für das Gymnasium in Lörrach ist eine etatmäßige Stelle für einen Zeichenlehrer, für jenes in Mannheim eine etatmäßige Stelle für einen zur Erteilung des Turnunterrichts befähigten Reallehrer vorzusehen. Nebengehalte beziehungsweise Vergütungen beziehen: 1 Beamter für Erteilung von Unterricht an der Akademie der bildenden Künste 600 ℳ., 1 Beamter für Besorgung des Organistendienstes beim katholischen Schülergottesdienst 100 ℳ.
		Am Progymnasium in Durlach wird die Bedienung von einem städtischen Diener besorgt, wofür die Anstaltskasse eine Vergütung an die Stadtkasse zahlt. Für die Besorgung der Reinigung der Anstaltsgebäude beziehen die Diener Vergütungen von 400 bis 1 600 ℳ. jährlich, aus denen auch die etwa beigezogenen Hilfspersonen zu bezahlen sind; ferner beziehen 2 Diener für Besorgung des Mesnerdienstes beim Schülergottesdienst jährlich je 100 ℳ.
		53 Lehramtspraktikanten zu 1 600 ℳ. = 84 800 ℳ., 2 Realschulkandidaten zu 1 480 ℳ. = 2 960 ℳ., 70 Nebenlehrer 40 570 ℳ., 2 Lehrer Nebengehalte 120 ℳ., Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe 29 360 ℳ., Reise- und Umzugskosten 14 200 ℳ., für Hinterbliebenenversorgung 700 ℳ., zusammen 172 710 ℳ.
		Versicherungsanschlag der nicht zum Staatsgrundstocksvermögen gehörigen Anstaltsgebäude 1 153 500 ℳ., Steueranschlag des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der Waldungen und der Grundberechtigungen 577 000 ℳ.
		Summe der Grundstockskapitalien 3 386 300 ℳ., Anschlag der Fahrnisse 1 122 300 ℳ. — Stand am 1. Januar 1905.
—	—	

Titel.	§.	Ausgabe.			Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					M.	M.
(X.)	(26.)	Übertrag . .	201 380 M.	1 397 400 M.	578 790	578 790
		Schulgeld	519 670 „			
		Stiftungsbeiträge	37 260 „			
		Gemeinde- und andere Beiträge sowie sonstige Einnahmen .	60 300 „			
		Summe der Einnahmen . .		818 610 „		
		Hiernach ungedeckter Aufwand		578 790 M.		
		wovon auf die ständigen Staatsbeiträge (§ 25) . . .	72 800 M.			
		und auf die unständigen Staatsbeiträge (§ 26) . . .	505 990 „			
		entfallen.				
	27.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 26 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			182 660	176 100
		Zur Unterstützung des nichtetatmäßigen Lehrerpersonals			—	410
		Summe C. .			761 450	755 300
		D. Lehrerbildungsanstalten.				
		1. Turnlehrerbildungsanstalt.				
	28.	Staatsbeitrag			19 830	19 220
		Zu § 28.		Effektivetat auf 1. Juli 1905.		
		Gehalte.		M.		
		1 Direktor C. 7		5 000		
		Tarifmäßige Dienstzulage		300		
		Dienstwohnung.				
		1 technischer Assistent H. 1		2 950		
		Budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts		50		
		1 Diener K. 7		1 450		
		Dienstwohnung.				
		3 Beamte . . . . . Summe		9 750		
		Voranschlag für 1906/07 jährlich	9 750 M.			
		und nach Abzug von 1½% rund		9 600 M.		
		Hierzu:				
		Andere persönliche Ausgaben	600 „			
		Verwaltungsaufwand	440 „			
		Übertrag . .	1 040 M.	9 600 M.	19 830	19 220

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	—	
6 560	—	
—	410	Die Unterstützungen für das nichtetatmäßige Personal erscheinen künftig in einer Sammelposition unter Titel XII.
6 560	410	
410		
6 150		
610	—	Mehraufwand infolge Rückgangs der eigenen Einnahmen der Anstalt und gleichzeitiger Erhöhung des sachlichen Aufwands, insbesondere für Beleuchtung und Heizung.
		Nebengehalte: Für Erteilung von Turnunterricht an der Technischen Hochschule, am Gymnasium, am Lehrerseminar I und II und am Lehrerinnenseminar Prinzessin Wilhelm-Stift 430 ℳ., 1 000 ℳ., 640 ℳ., 160 ℳ. und 200 ℳ. aus den Kassen der betreffenden Anstalten
		Nebengehalte: für Hilfeleistung beim Turnunterricht an der Technischen Hochschule 72 ℳ. und für Reinhaltung der Gehwege beim Anstaltsgebäude 100 ℳ.
		Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe 100 ℳ., Reisekosten 500 ℳ., zusammen 600 ℳ.
610	—	

Titel.	§.	Ausgabe.			Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					M.	M.
(X)	(28.)	Übertrag . .	1 040 M.	9 600 M.	19 830	19 220
		Sachliche Ausgaben (mit Einschluß der Tagegelder und Reisekosten der Kursteilnehmer)	11 580 „			
				12 620 „		
		Summe der Ausgaben . .		22 220 M.		
		Hiervon ab die eigenen Einnahmen der Anstalt und zwar:				
		Ertrag aus Gebäuden	1 970 M.			
		Ertrag aus Grundstockskapitalien	380 „			
		Sonstige Einnahmen	40 „			
				2 390 „		
		Hiernach ungedeckter Aufwand		19 830 M.		
		welcher Betrag als Staatsbeitrag (§ 28) vorzusehen ist.				
	29.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 28 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			2 000	2 000
		2. Lehrerseminare.				
	30.	Staatsbeitrag			318 140	211 100

Zu § 30. Gehalte.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
	M.	M.
6 statt bisher 4 Direktoren C. 5	16 100	5 400
6 (bisher 4) Beamte haben Dienstwohnung.		
11 statt bisher 9 Professoren D. 1	26 350	4 000
6 statt bisher 7 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	21 840	
2 Beamte haben Dienstwohnung.		
22 statt bisher 19 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	39 970	3 600
2 Beamte budgetmäßige Dienstzulagen von 60 M. beziehungsweise 450 M. innerhalb des Höchstgehalts	510	
3 Dienstwohnungen (bisher eine), darunter 2 gemietete (neu).		
4 Diener K. 7	4 750	
4 Beamte haben Dienstwohnung.		
49 bisher 43 Beamte . . . Summe	109 520	13 000
Übertrag . .			339 970	232 320

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
610	—	
		Summe der Grundstockskapitalien nach dem Stand vom 1. Januar 1905 9 500 M., Anschlag der Fahrnisse 17 000 M.
—	—	
107 040	—	An den Seminarkursen in Freiburg und an dem Vorseminar in Heidelberg wird an Ostern 1907 je ein vierter Kurs angereiht; die beiden Anstalten überschreiten damit den Rahmen der Vorseminare und werden zu Seminaren erweitert. Der Aufwand für diese beiden Anstalten ist demgemäß im ordentlichen Etat — statt wie bisher im außerordentlichen Etat — vorzusehen. Der Mehraufwand ist im übrigen durch die Erhöhung des Aufwands für die Gehalte der etatmäßigen Beamten, sowie der Vergütungen des nichtetatmäßigen Personals, ferner durch das Anwachsen des sachlichen Aufwands infolge der Unterhaltung von Doppelkursen an drei Seminaren bedingt.
		An Stelle der bisherigen provisorischen Vorstände sind auf den oben angegebenen Zeitpunkt etatmäßige Seminardirektoren anzustellen. Es werden deshalb hier 2 weitere Stellen vorgesehen.
		Infolge der Errichtung von Doppelkursen an 2 Anstalten ist eine Vermehrung des wissenschaftlich gebildeten Lehrerpersonals erforderlich. Es werden deshalb hier 2 weitere Professorenstellen vorgesehen.
		Vergleiche Erläuterungen zu §§ 25 und 26 Gymnasien und Progymnasien. Nebengehalte beziehen: 3 Beamte für die Führung der Seminarkostkassen 300 M. beziehungsweise 350 M. aus Mitteln dieser Kassen; 1 Beamter für die Prüfung des Zeichenunterrichts an den Volksschulen 300 M. (vergleiche Erläuterungen zu § 11 Oberschulrat „Sonstige persönliche Ausgaben").
		1 Reallehrer Gehaltsklasse I. weniger, wofür in Gehaltsklasse II. mit den beiden neuen Stellen 3 mehr. An den Seminarkursen in Freiburg und an dem Vorseminar in Heidelberg wird an Ostern 1906 je ein dritter Kurs angefügt. Infolgedessen ist an jeder der beiden Anstalten ein weiterer etatmäßiger Lehrer aus der Zahl der Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer anzustellen. Es werden deshalb hier 2 weitere Stellen vorgesehen. Vergleiche vorigen Absatz. Nebengehalte beziehen: 1 Beamter als Beobachter einer meteorologischen Station 200 M. (vergleiche Erläuterungen zu Titel XVII. § 56 des Etats des Ministeriums des Innern); 1 Beamter für Erteilung des Unterrichts in der Obstbaumzucht 100 M. aus der betreffenden Anstaltskasse. 3 Beamte für die Führung von Seminarkostkassen 200 M. beziehungsweise 350 M. aus Mitteln dieser Kassen.
		Nebengehalte beziehen: 2 Beamte für Reinhaltung der Gehwege beziehungsweise Turnhalle 100 M. beziehungsweise 300 M., ferner für den Einzug der Schulgelder an den Seminarübungsschulen Gebühren im Durchschnittsbetrag von 70 M. beziehungsweise 130 M. 2 Stellen werden zurzeit von Personen in nichtetatmäßigem Dienstverhältnis versehen.
107 650	—	

Titel.	§.	Ausgabe.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				M.	M.
(X.)	(30.)	Übertrag . .		339 970	232 320
		Voranschlag für 1906	130 930 M.		
		„ „ 1907	139 420 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	135 170 M.		
		und nach Abzug von 1½% rund	133 140 M.		
		Hierzu:			
		Andere persönliche Ausgaben	70 130 M.		
		Verwaltungsaufwand	6 550 „		
		Sachliche Ausgaben (mit Einschluß der Stipendien)	170 950 „		
			247 630 „		
		Summe der Ausgaben . .	380 770 M.		
		Hiervon ab die eigenen Einnahmen der Anstalt und zwar:			
		Ertrag aus Gebäuden	9 130 M.		
		Ertrag aus Grundstockskapitalien	2 820 „		
		Schulgeld, ökonomische Beiträge, Krankengeld	34 810 „		
		Beiträge von Stiftungen	2 020 „		
		Gemeindebeiträge und sonstige Einnahmen	13 850 „		
		Summe der Einnahmen . .	62 630 „		
		Hiernach ungedeckter Aufwand	318 140 M.		
		welche Summe als Staatsbeitrag (§ 30) vorzusehen ist.			
	31.	Wohnungsgeld.			
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 30 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme		27 930	20 700
		3. Vorseminare.			
	32.	Staatsbeitrag		40 730	36 840
		Zu § 32.	Effektivetat auf 1. Juli 1905		
		Gehalte.	M.		
		6 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	15 380		
		2 Dienstwohnungen, davon 1 gemietet.			
		Voranschlag für 1906	16 130 M.		
		„ „ 1907	16 260 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	16 195 M.		
		und nach Abzug von 1½% rund	15 950 M.		
		Übertrag . .		408 630	289 860

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
107 650	—	30 Hilfslehrer (Praktikanten, Realschul-, Zeichenlehrer- und Musiklehrerkandidaten, Unterlehrer) 39 160 ℳ., 21 Nebenlehrer 9 140 ℳ., 6 Anstaltsärzte 2 400 ℳ., 34 Dienstboten 9 050 ℳ., 1 Lehrer Nebengehalt 100 ℳ., Stellvertretungskosten 6 900 ℳ., Reise- und Umzugskosten 2 450 ℳ., Belohnungen des Dienstbotenpersonals 930 ℳ., zusammen 70 130 ℳ.
		Summe der Grundstockskapitalien 66 000 ℳ., Anschlag der Fahrnisse 479 700 ℳ. — Stand am 1. Januar 1905.
7 230	—	
3 890	—	Der Mehraufwand ist zur Deckung des Aufwands für Gehalte und Vergütungen sowie für sachliche Ausgaben erforderlich.
		Nebengehalte: 1 Beamter als Beobachter einer meteorologischen Station 200 ℳ. (vergleiche Erläuterungen zu Titel XVII. § 56 des Etats des Ministeriums des Innern) und für Führung der Anstaltskostkasse 150 ℳ. aus Mitteln dieser Kasse.
118 770	—	

Titel.	§.	Ausgabe.			Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					ℳ.	ℳ.
(X.)	(32.)	Übertrag . .		15 950 ℳ.	408 630	289 860
		Hierzu:				
		Andere persönliche Ausgaben	6 620 ℳ.			
		Verwaltungsaufwand	480 „			
		Sachliche Ausgaben (mit Einschluß der Stipendien)	21 230 „			
				28 330 „		
		Summe der Ausgaben . .		44 280 ℳ.		
		Hiervon ab die eigenen Einnahmen der Anstalten und zwar:				
		Ertrag aus Gebäuden	630 ℳ.			
		Ertrag aus Grundstockskapitalien	400 „			
		Ökonomische Beiträge und Krankengeld	2 410 „			
		Sonstige Einnahmen	110 „			
		Summe der Einnahmen . .		3 550 „		
		Hiernach ungedeckter Aufwand		40 730 ℳ.		
		welche Summe als Staatsbeitrag (§ 32) vorzusehen ist.				
	33.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 32 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			1 820	1 800
		4. Lehrerinnenseminar Prinzessin Wilhelm-Stift.				
	34.	Staatsbeitrag			15 000	12 000
				Effektivetat auf 1. Juli 1905.		
		Zu § 34.				
		Gehalte.		ℳ.		
		1 Direktor C. 7		5 000		
		Tarifmäßige Dienstzulage		300		
		Dienstwohnung in einem gemieteten Gebäude.				
		1 Professor D. 1		4 300		
		1 Musiklehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1		1 800		
		Budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts		300		
		3 Hauptlehrerinnen		4 800		
		Dienstzulage von je 150 ℳ. (Artikel IV. des Gesetzes vom 17. Juli 1902)		450		
		6 Beamte . . . . . Summe		16 950		
		Voranschlag für 1906	17 640 ℳ.			
		„ „ 1907	17 980 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	17 810 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund		17 540 ℳ.		
		Übertrag . .		17 540 ℳ.	425 450	303 660

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
118 770	—	1 Realschulkandidat 1 200 ℳ., 9 Nebenlehrer 2 840 ℳ., 1 Anstaltsarzt 300 ℳ., 3 Dienstboten 980 ℳ., Kosten für Stellvertretung 930 ℳ., Reise- und Umzugskosten 300 ℳ., Belohnungen des Dienstpersonals 70 ℳ., zusammen 6 620 ℳ.
		Summe der Grundstockskapitalien 11 360 ℳ., Anschlag der Fahrnisse 40 300 ℳ. — Stand am 1. Januar 1905.
20	—	
3 000	—	Zur Bestreitung des durch die eigenen Einnahmen nicht gedeckten Aufwands stehen der Anstalt außer dem Staatsbeitrag keinerlei Mittel zur Verfügung. Eine Erhöhung des bisherigen Staatsbeitrags auf 15 000 ℳ. ist geboten. Von der Anforderung entfallen 11 200 ℳ. auf den Betriebsaufwand und 3 800 ℳ. auf Stipendien für bedürftige Anstaltszöglinge.
		Nebengehalt: Für Erteilung von Unterricht an der Baugewerkeschule 420 ℳ. aus der Kasse dieser Anstalt.
121 790		

Titel.	§.	Ausgabe.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				M.	M.
(X.)	(34.)	Übertrag . .	17 540 M.	425 450	303 660
		Hierzu:			
		Andere persönliche Ausgaben	10 600 M.		
		Verwaltungsaufwand	6 460 „		
		Sachliche Ausgaben (mit Einschluß der Stipendien)	27 520 „		
			44 580 „		
		Summe der Ausgaben . .	62 120 M.		
		Hiervon ab die eigenen Einnahmen der Anstalt und zwar:			
		Ertrag aus Gebäuden	1 050 M.		
		Ertrag aus Kontokorrent	200 „		
		Schulgeld und Verpflegungsbeiträge	43 950 „		
		Sonstige Einnahmen	1 920 „		
		Summe der Einnahmen . .	47 120 „		
		Hiernach ungedeckter Aufwand	15 000 M.		
		welche Summe auf die Staatskasse übernommen wird.			
	35.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 34 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme		4 300	4 300
		5. Zur Unterstützung des nichtetatmäßigen Lehrerpersonals		--	390
		6. Sonstige Einrichtungen für die Lehrerbildung.			
	36.	Für private Vorbereitung von Schulaspiranten		3 000	3 000
	37.	Zur Ausbildung von Real-, Zeichen- und Musiklehrern		1 500	500
	38	Zur Ausbildung von Handarbeitslehrerinnen		5 000	5 000
	39	Zur Vornahme von Prüfungen des Handarbeitsunterrichts		1 500	1 500
	40.	Gebühren und Reisekosten der Teilnehmer an Lehrerkonferenzen		10 000	10 000
		Summe D. . .		450 750	328 350
		E. Blinden- und Taubstummenanstalten.			
	41.	Staatsbeitrag		146 440	135 320
		Übertrag . .		146 440	135 320

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
121 790	—	1 Internatsleiterin 2 200 ℳ., 10 Nebenlehrer 3 760 ℳ., 7 Dienstboten 2 300 ℳ., 1 Lehrer Nebengehalt 240 ℳ., Ruhegehalt für eine Vorsteherin und 1 Lehrerin 750 ℳ. und 440 ℳ., Stellvertretungskosten 560 ℳ., Reise- und Umzugskosten 350 ℳ., zusammen 10 600 ℳ.
—	—	
—	390	Die Unterstützungen für das nichtetatmäßige Personal erscheinen künftig in einer Sammelposition unter Titel XII.
—	—	Zur Gewährung von Vergütungen an Lehrer, die sich mit der Vorbereitung junger Leute für den Eintritt in ein Lehrerseminar befassen. Bisheriger Budgetsatz.
1 000	—	Rechnungsdurchschnitt 496 ℳ. Nachdem die Fürsorge für die Ausbildung der Zeichenlehrer an den Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten auf die Oberschulbehörde übergegangen ist, sind hier Mittel zur Gewährung von Beihilfen für die betreffenden Kandidaten vorzusehen. Der Betrag von jährlich 1 000 ℳ. erscheint hierfür ausreichend.
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 5 216 ℳ.
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 1 519 ℳ.
—	—	Die zur Teilnahme an den amtlichen Lehrerkonferenzen (Verordnung des Oberschulrats vom 9. Juni 1870 — Schulverordnungsblatt 1870 Nr. VII) verpflichteten Volksschullehrer (Volksschullehrerinnen) erhalten Diäten und Ersatz der Reisekosten nach Maßgabe der landesherrlichen Verordnung vom 5. November 1874, die Bezüge der im Civilstaatsdienst stehenden Beamten und Angestellten bei auswärtigen Dienstgeschäften betreffend, Gesetzes- und Verordnungsblatt 1874 Nr. XLIX. Für etwa 1 200 Hauptlehrer (Hauptlehrerinnen) und etwa 300 Schulgehilfen (Schulgehilfinnen), die jährlich zur Teilnahme an den Konferenzen verpflichtet sind und Diäten beziehungsweise Reisekostenersatz anzusprechen haben, sind wie bisher 10 000 ℳ. erforderlich.
122 790	390	
390		
122 400		
11 120	—	Der Mehraufwand ist hauptsächlich auf die Erhöhung des sachlichen Aufwands namentlich jenes für Verpflegung und Kleidung infolge der größeren Zahl der Zöglinge zurückzuführen.
11 120	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X.)	(41.)	Übertrag . .	146 440	135 320

Zu § 41. Gehalte.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
	ℳ.	ℳ.
2 Vorstände (Gehaltsklasse I.) D. 1	7 340	
2 Beamte tarifmäßige Dienstzulage von je 200 ℳ, die bei der Beförderung der Beamten in die Gehaltsklasse I. wegfällt	400	
1 Vorstand (Gehaltsklasse II.) F. 4	3 300	
Tarifmäßige Dienstzulage	200	
Sämtliche Vorstände haben Dienstwohnungen.		
3 statt bisher 4 Reallehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	7 190	
1 Beamter Dienstwohnung in einem gemieteten Gebäude.		
15 statt bisher 14 Reallehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	37 970	
2 Hauptlehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten	2 800	
2 Beamte Dienstzulage von je 150 ℳ (Artikel IV. des Gesetzes vom 17. Juli 1902)	300	
Beide Beamte haben Dienstwohnung.		
2 Arbeitslehrer K. 11	1 900	
25 Beamte wie bisher . . . Summe	61 400	

Voranschlag für 1906	65 310 ℳ.		
„ „ 1907	66 030 „		
„ „ 1 Jahr durchschnittlich	65 670 ℳ.		
und nach Abzug von 1½ % rund		64 680 ℳ.	
Hierzu:			
Andere persönliche Ausgaben	32 700 ℳ.		
Verwaltungsaufwand	2 830 „		
Sachliche Ausgaben und sonstiger Aufwand	102 580 „		
		138 110 „	
Summe der Ausgaben . .		202 790 ℳ.	
Hiervon ab die eigenen Einnahmen der Anstalten und zwar:			
Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	5 300 ℳ.		
Ertrag aus Grundstockskapitalien	1 150 „		
Verpflegungsbeiträge	43 800 „		
Sonstige Einnahmen	6 100 „		
Summe der Einnahmen . .		56 350 „	
Hiernach ungedeckter Aufwand		146 440 ℳ.	
welcher als Staatsbeitrag vorzusehen ist.			
Übertrag . .		146 440	135 320

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
11 120	—	2 Stellen werden zurzeit von Vorständen der Gehaltsklasse II. (F. 4) versehen.
		Vergleiche Erläuterungen zu §§ 25 und 26 (Gymnasien und Progymnasien). 1 Beamter ist mit der Leitung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg (vergleiche: Außerordentlicher Etat für 1906/07, Unterrichtswesen, II. Mittel- und Volksschulen, § 24 „Unterhaltung provisorischer Kurse für Taubstumme") betraut unter Übernahme seiner Bezüge auf die für diese Kurse vorgesehenen Mittel. 1 Stelle ist unter der Gehaltsklasse II. vorgesehen.
		1 Stelle vorübergehend nichtetatmäßig besetzt. Nebengehalt: 1 Beamter für Beihilfe bei der Bebauung des Anstaltsgartens 100 *M.* aus der Anstaltskasse. 1 Stelle wurde aus der Gehaltsklasse I. hierher übertragen.
		1 Stelle vorübergehend nichtetatmäßig besetzt.
		14 Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen) 16 600 *M.*, 5 Nebenlehrer 910 *M.*, 3 Anstaltsärzte 960 *M.*, 3 Anstaltsrechner 1 810 *M.*, 13 Dienstboten 4 470 *M.*, 1 Lehrer Nebengehalt 100 *M.*, Belohnungen des Dienstbotenpersonals und Versicherungsbeiträge 650 *M.*, Stellvertretungskosten 4 750 *M.*, Reise- und Umzugskosten 2 450 *M.*, zusammen 32 700 *M.*
		Summe der Grundstockskapitalien 34 000 *M.*, Anschlag der Fahrnisse 122 700 *M.*, — Stand am 1. Januar 1905.
11 120	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X.)		Übertrag . .	146 440	135 320
	42.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 41 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	6 120	6 000
		Zur Unterstützung des nichtetatmäßigen Lehrer- und Dienstpersonals	—	170
	43.	Staatsbeiträge zur Unterrichtung und Erziehung epileptischer und schwachsinniger schulpflichtiger Kinder	5 600	—
		Summe E. . .	158 160	141 490
		F. Realmittelschulen.		
	44.	Staatsbeitrag	612 860	465 480

Zu § 44. Gehalte.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
	ℳ.	ℳ.
11 statt bisher 10 Direktoren der neunklassigen Realmittelschulen C. 5	50 750	4 020
3 Beamte tarifmäßige Dienstzulage von je 300 ℳ.	900	
7 Beamte haben Dienstwohnung in gemieteten Gebäuden; 4 Beamte (bisher 3) beziehen zur Bestreitung ihres Aufwands für Wohnungsmiete zu ihrem Wohnungsgeld feste Zuschüsse von den betreffenden Städten		
31 statt bisher 29 Direktoren und Vorstände der sieben- und sechsklassigen Realmittelschulen C. 7	116 430	3 480
31 Beamte tarifmäßige Dienstzulage von je 300 ℳ.	8 100	600
29 (bisher 20) Beamte haben Dienstwohnung in gemieteten Gebäuden.		
268 statt bisher 255 Vorstände der übrigen Realmittelschulen und Professoren an den Realmittelschulen D. 1	771 360	26 000
4 Beamte haben Dienstwohnung in gemieteten Gebäuden.		
310 Beamte . . . . . Übertrag	947 540	34 100

Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
ℳ.	ℳ.
612 860	465 480

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
11 120	—	
120	—	
—	170	Die Unterstützungen für das nichtetatmäßige Personal erscheinen künftig in einer Sammelposition unter Titel XII.
5 600	—	Die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. August 1902, die Erziehung und den Unterricht nicht vollsinniger Kinder betreffend, finden auch auf bildungsfähige epileptische und schwachsinnige Kinder Anwendung mit der Maßgabe, daß an die Stelle von Staatsanstalten im Lande bestehende Anstalten anderer Unternehmer treten können, welche von der Staatsbehörde als geeignet anerkannt sind.
16 840	170	
170		
16 670		In geldlicher Hinsicht erstreckt sich die Verpflichtung des Staates, soweit es sich um Kinder handelt, für welche ein öffentlich-rechtlicher Verband die Kosten zu tragen hat, auf die Übernahme eines Dritteils des für die staatlichen Blinden- und Taubstummenanstalten maßgebenden, für die Zeit vom 1. April 1904 bis zum 1. Mai 1913 auf jährlich 210 ℳ. festgesetzten Verpflegungsbeitrags Da es sich um etwa 80 derartige Kinder handelt, ist eine Summe von jährlich (80 × 70 ℳ. =) 5 600 ℳ. hier vorzusehen.
147 380	—	Vergleiche untenstehende Bemerkung über die Leistungen des Staats für die Realmittelschulen.
		An der Realschule mit Realprogymnasium (Reformschule) in Mannheim soll die realgymnasiale Abteilung zu einer Vollanstalt mit neun Klassen ausgebaut werden. Diese Organisationsänderung wird sich im Laufe der Budgetperiode 1906/07 vollziehen. Demgemäß ist für die Anstalt eine Direktorstelle nach C. 5 zu errichten; eine Vorstandsstelle nach C. 7 kommt damit in Wegfall. Es wird somit hier eine weitere Stelle vorgesehen.
		Die Höheren Bürgerschulen in Breisach und Oberkirch sollen zu sechsklassigen Realschulen erweitert werden. Die Realschule in Meßkirch erhält auf Beginn des Schuljahrs 1905/06 die sechste Klasse. Für die Vorstände dieser Anstalten sind demgemäß drei neue Stellen zu errichten. Eine Stelle kommt aus dem oben angegebenen Grunde in Wegfall. Es sind somit hier 2 weitere Stellen vorzusehen. Die für die Oberrealschule in Freiburg vorgesehene Abzweigung einer siebenklassigen Realschule ist noch nicht durchgeführt, wird aber noch im Laufe der Budgetperiode 1906/07 in Vollzug gesetzt werden. 1 Stelle ist hiernach zurzeit unbesetzt; 1 Stelle wird von einem Professor (D. 1) versehen.
		Infolge Errichtung neuer Klassen beziehungsweise zum weiteren Ausbau der betreffenden Anstalten sollen folgende Professorenstellen neu errichtet werden: für das Reformrealgymnasium mit Realschule (Reformschule) in Mannheim 3, für das Realprogymnasium in Weinheim 2, für die Oberrealschule in Freiburg 3, für die Realschulen in Meßkirch 1 und Villingen 1, zusammen 10 Professorenstellen. An den Realgymnasien in Karlsruhe und Mannheim soll je 1 Professorenstelle zur Ermöglichung der etatmäßigen Anstellung zweier Religionslehrer neu errichtet werden. An der Realschule in Bruchsal ist 1 Professorenstelle an Stelle einer Reallehrerstelle neu zu errichten; 1 Reallehrerstelle kommt damit in Wegfall. Im ganzen sind somit 13 neue Stellen hier vorzusehen. 3 Stellen zurzeit unbesetzt, 1 Stelle vorübergehend nichtetatmäßig besetzt.
147 380	—	Nebengehalte beziehen: 3 Beamte für Erteilung von Unterricht an zwei Lehrerbildungsanstalten und einem Gymnasium 480 ℳ., 480 ℳ. und 720 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(X.)	(44.)	310 Beamte . . . . . Übertrag	947 540	34 100	612 860	465 480
		25 statt bisher 18 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	72 040			
		95 statt bisher 100 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	267 490	3 600		
		3 Beamte budgetmäßige Dienstzulage von 540 ℳ, 490 ℳ und 150 ℳ innerhalb des Höchstgehalts	1 180			
		430 statt bisher 412 Beamte . Summe	1 288 250	37 700		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 1 412 250 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 1 460 150 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 1 436 200 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund		1 414 660 ℳ.		
		Hierzu:				
		Kosten der Dienstaushilfe für das etatmäßige Lehrerpersonal		21 500 „		
		Kosten für Vertretungsstunden des etatmäßigen und nichtetatmäßigen Lehrerpersonals		4 300 „		
		Kosten für sogenannte Überstunden des etatmäßigen Lehrerpersonals . . .		21 500 „		
		Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse (Artikel 17 des Etatgesetzes) im durchschnittlichen Betrag von		20 000 „		
		Summe . .		1 481 960 ℳ.		
		Hiervon sind durch die von den Schul- beziehungsweise Gemeindekassen aufzubringenden Normalsätze gedeckt		878 700 „		
		Der nicht gedeckte Aufwand von		603 260 ℳ.		
		wird von der Staatskasse übernommen. Dazu feste Zuschüsse von je 300 ℳ zur Bestreitung des Aufwands für das nichtetatmäßige Lehrerpersonal und die Nebenlehrer an den Anstalten der Gemeinden, die nicht der Städteordnung unterstehen (dermalen 32)		9 600 „		
		Der gesamte Staatsbeitrag beträgt somit		612 860 ℳ.		
		Auszug aus den Voranschlägen der Realmittelschulen.				
		Ausgaben.				
		Gehalte		1 414 660 ℳ.		
		Wohnungsgeld		279 980 „		
		Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse		20 000 „		
		Andere persönliche Ausgaben		330 630 „		
		Verwaltungsaufwand		18 110 „		
		Sachliche Ausgaben und sonstiger Aufwand		297 880 „		
		Summe der Ausgaben . .		2 361 260 ℳ.		
				Übertrag . .	612 860	465 480

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
147 380	—	Vergleiche Erläuterungen zu §§ 25 und 26 (Gymnasien und Progymnasien). Von den bisherigen Stellen sind 2 unter der Gehaltsklasse II. vorgesehen. An dem Realgymnasium mit Realschule (Reformschule) in Mannheim, der Oberrealschule in Freiburg und der Realschule in Villingen ist aus den oben angeführten Gründen je 1 etatmäßige Stelle für einen Reallehrer, Zeichenlehrer oder Musiklehrer (Gehaltsklasse II) zu errichten, während an der Realschule in Bruchsal mit der Errichtung einer neuen Professorenstelle 1 Reallehrerstelle in Wegfall kommt. 2 Stellen sind von der Gehaltsklasse I. hierher übertragen. Die Gesamtzahl der Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse I. und II) an den Realmittelschulen beträgt hiernach 120 gegen bisher 118. 1 Stelle vorübergehend nichtetatmäßig besetzt. Nebengehalte: 1 Beamter für Erteilung von Turnunterricht an einem Gymnasium 800 ℳ., 3 Beamte für Erteilung von Unterricht an der Baugewerkeschule 715 ℳ., 330 ℳ. und 210 ℳ.
		Der Jahresbeitrag des von den Gemeinden aufzubringenden Normalsatzes ist festgesetzt, wie folgt: für die Reallehrerstellen an sämtlichen Anstalten auf den jeweiligen Anfangsgehalt der Reallehrer (Gehaltsklasse II.), dermalen 1 800 ℳ.; für die Professorenstellen: a. an Orten, die der Städteordnung nicht unterstehen, auf den jeweiligen Anfangsgehalt der Professoren, dermalen 2 000 ℳ.; b. an Orten der Städteordnung auf den jeweiligen Anfangsgehalt der Professoren zuzüglich eines festen Zuschlags von 150 ℳ., dermalen also (2 000 ℳ. + 150 ℳ. =) 2 150 ℳ.; für die Vorstandsstellen an den sechs- und siebenklassigen Anstalten auf den Normalsatz der betreffenden Professorenstellen zuzüglich der tarifmäßigen Dienstzulage der Vorstände, dermalen also (2 000 ℳ. beziehungsweise 2 150 ℳ. + 300 ℳ. =) 2 300 ℳ. beziehungsweise 2 450 ℳ., für die Direktorenstellen an den neunklassigen Anstalten auf den Normalsatz der betreffenden Professorenstellen zuzüglich des den Höchstgehalt der Professoren übersteigenden Bezugs der Direktoren an Gehalt und tarifmäßiger Dienstzulage, dermalen also (2 000 ℳ. beziehungsweise 2 150 ℳ. + 500 ℳ. + 300 ℳ. =) 2 800 ℳ. beziehungsweise 2 950 ℳ. Hiernach berechnet sich der Normalsatz für die budgetmäßig errichteten Stellen — unter Berücksichtigung der einer Gemeinde zugestandenen Ermäßigung von 1 800 ℳ. — auf 878 700 ℳ.
		77 Praktikanten 123 950 ℳ., 30 Realschul-, Zeichen- und Musiklehrerkandidaten 42 000 ℳ., 211 Nebenlehrer 105 610 ℳ., Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe 32 220 ℳ., Kosten für Überstunden 26 850 ℳ., zusammen 330 630 ℳ.
147 380	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Vor-anschlag für ein Jahr der Budget-periode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X.)	(44.)	Übertrag . .	612 860	465 480
		Einnahmen.		
		Ertrag aus Gebäuden . . . . . 16 010 ℳ.		
		„ „ Grundstockskapitalien . . . . . 14 870 „		
		Schulgeld . . . . . 538 800 „		
		Beiträge von Stiftungen . . . . . 46 130 „		
		Aus der Staatskasse und zwar:		
		a. Staatsbeitrag . . . . . 612 860 „		
		b. Wohnungsgeld . . . . . 279 980 „		
		Zuschüsse der Gemeinden . . . . . 849 430 „		
		Sonstige Einnahmen . . . . . 3 180 „		
		Summe der Einnahmen . . 2 361 260 ℳ.		
	45.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 44 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	279 980	258 590
	46.	Umzugskosten	12 200	12 200
		Zur Unterstützung des nichtetatmäßigen Lehrerpersonals	--	620
		Summe F. . .	905 040	736 890
		G. Höhere Mädchenschulen.		
	47.	Staatsbeitrag	90 740	79 170

Zu § 47.	Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
Gehalte.				
	ℳ.	ℳ.		
9 statt bisher 7 Direktoren C. 7	33 120	7 000		
8 Beamte tarifmäßige Dienstzulage von je 300 ℳ.	2 100	300		
5 Beamte haben Dienstwohnung in gemieteten Gebäuden; 2 Beamte beziehen zur Bestreitung ihres Aufwands für Wohnungsmiete zu ihrem Wohnungsgeld feste Zuschüsse von den betreffenden Städten.				
30 statt bisher 27 Professoren D. 1	78 070	6 000		
39 Beamte . . . . . Übertrag	113 290	13 300	90 740	79 170

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
147 380	—	
21 390	—	Vergleiche untenstehende Bemerkung über die Leistungen des Staates für die Realmittelschulen.
—	—	Vergleiche untenstehende Bemerkung über die Leistungen des Staates für die Realmittelschulen. Bisheriger Budgetsatz.
—	620	Die Unterstützungen für das nichtetatmäßige Personal erscheinen künftig in einer Sammelposition unter Titel XII.
168 770	620	Die Leistungen des Staates für die Realmittelschulen bestehen nach den mit den betreffenden Gemeinden getroffenen Vereinbarungen in folgendem:
620		1. Gewährung eines Zuschusses zu dem Aufwand der Anstalten für a. die Gehalte der etatmäßigen Anstaltslehrer, b. Dienstaushilfe für die etatmäßigen Anstaltslehrer, c. Vertretungsstunden der etatmäßigen und nichtetatmäßigen Anstaltslehrer, d. sogenannte Überstunden der etatmäßigen Anstaltslehrer, e. Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse nach Artikel 17 Absatz 2 des Etatgesetzes. Für diesen Aufwand haben die Gemeinden bis zu einem bestimmten Betrag — Normalsatz — aufzukommen; derselbe wird nach der Zahl und Art der etatmäßigen Anstaltslehrer unter Zugrundelegung der oben zu § 44 angegebenen Sätze berechnet. Der durch die Normalsätze nicht gedeckte Aufwand wird auf die Staatskasse übernommen.
168 150		2. Gewährung fester Zuschüsse von je 300 *M.* zu dem Aufwand für das nichtetatmäßige Lehrerpersonal und die Nebenlehrer an den Anstalten derjenigen Gemeinden, die nicht der Städteordnung unterstehen. Die Zuschüsse Ziffer 1 und 2 bilden den Staatsbeitrag. 3. Ersatz des Wohnungsgeldes (nebst Ortszulage nach § 2 des Wohnungsgeldgesetzes) der etatmäßigen Anstaltslehrer. 4. Bestreitung der Umzugskosten des etatmäßigen und nichtetatmäßigen Lehrerpersonals. Außerdem werden die Ruhe- und Unterstützungsgehalte der Anstaltslehrer auf die Staatskasse übernommen.
11 570	—	Vergleiche untenstehende Bemerkung über die Leistungen des Staates für die Höheren Mädchenschulen.
		Auf Antrag der Stadträte in Bruchsal und Pforzheim sollen die in diesen Städten bestehenden Höheren Töchterschulen (Abteilungen der Volksschule) in Höhere Mädchenschulen (siebenklassige Mittelschulen) für die weibliche Jugend umgewandelt werden. Für die Vorstände dieser beiden Anstalten sind hier 2 weitere Stellen vorzusehen. Der Direktor des mit der Höheren Mädchenschule in Karlsruhe verbundenen, mit den Knabengymnasien gleichgestellten Mädchengymnasiums erhält die Bezüge der in Tarifabteilung C. O.-Z. 5 aufgeführten Schuldirektoren.
11 570	—	Für die zu errichtende Höhere Mädchenschule in Bruchsal ist 1 weitere Stelle vorzusehen, für jene in Pforzheim deren 2, zusammen 3 neue Stellen. Nebengehalt: 1 Beamter für Erteilung von Unterricht an einer Lehrerbildungsanstalt 480 *M.*

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(X.)	(47.)	39 Beamte . . . . . Übertrag	113 290	13 300	90 740	79 170
		7 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	26 050			
		27 statt bisher 21 Reallehrer, Zeichenlehrer und Musiklehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	58 060	10 800		
		2 Beamte budgetmäßige Dienstzulagen von 100 ℳ. und 360 ℳ., innerhalb des Höchstgehalts; 1 Beamter Dienstzulage von 150 ℳ. nach Artikel IV. des Gesetzes vom 19. Juli 1902	610			
		62 statt bisher 52 Hauptlehrerinnen	82 360	11 000		
		62 Beamte Dienstzulage von je 150 ℳ. nach Artikel IV. des Gesetzes vom 19. Juli 1902	6 900	1 500		
		135 bisher 114 Beamte . . . Summe	287 270	36 600		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 334 780 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 341 500 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 338 140 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund		333 070 ℳ.		
		Hierzu:				
		Wohnungsgeld (nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme)		88 620 „		
		Andere persönliche Ausgaben für das Lehrerpersonal		79 510 „		
		Umzugskosten		8 150 „		
		Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse nach Artikel 17 des Etatgesetzes . . .		5 000 „		
		Summe . .		514 350 ℳ.		
		Hiervon ab:				
		Schulgeld . . . . . 252 330 ℳ.				
		nach Abzug der Schulgeldbefreiungen und Abgänge . . . . 10 200 „				
		im restlichen Betrag von		242 130 „		
		Von dem hiernach ungedeckten Betrag von		272 220 ℳ.		
		übernimmt die Staatskasse ein volles Drittel mit		90 740 „		
		Auszug aus den Voranschlägen der Höheren Mädchenschulen.				
		Ausgaben				
		Gehalte		333 070 ℳ.		
		Wohnungsgeld		88 620 „		
		Andere persönliche Ausgaben (mit Einschluß jener für das Dienstpersonal und der freiwilligen Leistungen für das Lehrerpersonal)		106 450 „		
		Umzugskosten		8 150 „		
		Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse		5 000 „		
		Übertrag . .		541 290 ℳ.	90 740	79 170

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
11 570	—	Vergleiche Erläuterungen zu §§ 25 und 26 (Gymnasien und Progymnasien). Neue Stellen sollen vorgesehen werden für die zu errichtenden Höheren Mädchenschulen in Bruchsal 2 und in Pforzheim 3, ferner für die Höhere Mädchenschule in Freiburg 1, zusammen 6 Stellen. 1 Stelle ist mit einem Lehrer besetzt, auf welchen die Bestimmung des § 145 des Elementarunterrichtsgesetzes Anwendung findet. 1 Stelle ist zurzeit unbesetzt. Weitere Stellen sollen vorgesehen werden für die zu errichtenden Höheren Mädchenschulen in Bruchsal 3 und in Pforzheim 4, ferner für die Höheren Mädchenschulen in Freiburg 2 und in Heidelberg 1, zusammen 10 Stellen. 6 Stellen sind vorübergehend nichtetatmäßig besetzt. 28 Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen) 42 460 ℳ., 53 Nebenlehrer 24 010 ℳ., Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe 13 040 ℳ., zusammen 79 510 ℳ.
11 570	—	

Titel.	§.	Ausgabe.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				ℳ.	ℳ.
(X.)	(47.)	Übertrag . .	541 290 ℳ.	90 740	79 170
		Verwaltungsaufwand	6 100 „		
		Sachliche Ausgaben	99 130 „		
		Summe der Ausgaben . .	646 520 ℳ.		
		Einnahmen.			
		Ertrag aus Gebäuden	2 700 ℳ.		
		Schulgeld	252 330 „		
		Beiträge von Stiftungen	6 170 „		
		Staatsbeitrag	90 740 „		
		Zuschüsse der Gemeinden	294 170 „		
		Sonstige Einnahmen	410 „		
		Summe der Einnahmen . .	646 520 ℳ.		
		Zur Unterstützung des nichtetatmäßigen Lehrerpersonals		—	150
		Summe G. . .		90 740	79 320
		H. Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen.			
	48.	Zuschüsse an Frauenarbeitsschulen		15 000	15 000
		4 Hauptlehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten, angestellt vom Badischen Frauenverein zur Ausbildung von Arbeitslehrerinnen.			
		Der Badische Frauenverein hat die gesetzlichen Verpflichtungen (§ 118 des Elementarunterrichtsgesetzes) übernommen.			
	49.	Zuschüsse an Haushaltungsschulen		10 000	10 000
		1 Hauptlehrerin für Unterricht in Haushaltungskunde, angestellt vom Badischen Frauenverein zur Heranbildung von Lehrerinnen der Haushaltungskunde an den Fortbildungsschulen der Mädchen.			
		Der Badische Frauenverein hat die gesetzlichen Verpflichtungen (§ 118 des Elementarunterrichtsgesetzes) übernommen.			
	50.	Stipendien für Mädchen aus dem Beamtenstand zu deren besseren Ausbildung		1 700	1 700
		Summe H. . .		26 700	26 700

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
11 570	—	
—	150	Die Unterstützungen für das nichtetatmäßige Personal erscheinen künftig in einer Sammelposition unter Titel XII.
11 570	150	
150		
11 420		Die Leistungen des Staates für die Höheren Mädchenschulen bestehen nach den mit den betreffenden Gemeinden getroffenen Vereinbarungen in folgendem: Zur Deckung des persönlichen Aufwands für das gesamte Lehrerpersonal — Gehalte (einschließlich Sterbegehalte), Wohnungsgeld, tarifmäßige beziehungsweise gesetzliche Dienstzulagen, Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse nach Artikel 17 Absatz 2 des Etatgesetzes, Vergütungen, Stellvertretungskosten und Umzugskosten — sind zunächst die Schulgelder (nach Abzug der Schulgeldbefreiungen und Abgänge) zu verwenden Von dem alsdann ungedeckt bleibenden Aufwand wird ein volles Drittel auf die Staatskasse übernommen (Staatsbeitrag). Außerdem werden die Ruhe- und Unterstützungsgehalte der Anstaltslehrer (Lehrerinnen) auf die Staatskasse übernommen.
—	—	Für etwa 25 Frauenarbeitsschulen und die Kunststickereischule des Badischen Frauenvereins sowie zur Förderung des Spinnens.
—		Für das Haushaltungsseminar des Badischen Frauenvereins, zur Ausbildung von Haushaltungslehrerinnen, zur Abhaltung von Wanderkochkursen, sowie für Haushaltungsschulen, die nach Maßgabe der Ministerialverordnung vom 26. November 1891 eingerichtet sind, und zwar zur erstmaligen Einrichtung und zum Betrieb derselben.
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
—	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(X.)		**J. Volksschulen.**				
	51.	Gehalte.				
		2 472 statt bisher 2 379 Hauptlehrer (Hauptlehrerinnen) . . .	3912150	104 450		
		Sämtliche Beamte Dienstzulage von je 150 ℳ. (Artikel IV. des Gesetzes vom 17. Juli 1902); 223 statt bisher 212 Beamte Dienstzulage als erste Lehrer von 100 ℳ. beziehungsweise 200 ℳ. (§ 41 des Elementarunterrichtsgesetzes), 2 Beamte Dienstzulage (§ 124³ des Elementarunterrichtsgesetzes von 23 ℳ. beziehungsweise 57 ℳ. (künftig wegfallend)	372 680	15 750		
		Die Hauptlehrer erhalten von der Schulgemeinde zu stellende freie Wohnung oder — solange der Genuß freier Wohnung nicht gewährt werden kann — Mietzinsentschädigung im Mindestbetrag des jeweiligen Wohnungsgeldes der Tarifabteilung G. aus der Gemeindekasse (ohne Ersatz aus der Staatskasse); die Hauptlehrerinnen haben nur Mietzinsentschädigung in der Höhe des bezeichneten Wohnungsgeldes zu beanspruchen.				
		Summe . .	4284830	120 200		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 4 577 270 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 4 645 400 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 4 611 335 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 4 542 200 „			4 542 200	4 365 600
	52.	Vergütungen der Unterlehrer (Unterlehrerinnen)			828 100	822 250
	53.	Für Stellvertretung und Dienstaushilfe:				
		a. Vergütungen und Mietzinsentschädigungen der Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen) . . .			75 950	75 950
		b. Mitversehungskosten			3 100	3 100
	54.	Umzugs- und Reisekosten			50 000	45 000
	55.	Zu Unterstützungen:				
		a. an etatmäßige Beamte			29 000	23 870
		Übertrag . .			5 528 350	5 335 770

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
		Von den für 1904/05 errichteten . . . . . 2 387 Hauptlehrerstellen sind auf 1. Januar 1905 infolge Vereinigung der Landgemeinde Brötzingen mit der Stadtgemeinde Pforzheim in Wegfall gekommen beziehungsweise bei den Hauptlehrerstellen an Stadtvolksschulen zugegangen . . . . . 8 Zu den hiernach verbliebenen . . . . . 2 379 Stellen werden neu errichtet*) . . . . . 93 Stellen. 2 472 Für 1906/07 sind daher vorzusehen . . . . . Stellen. 6 der nichtetatmäßig besetzten 97 Stellen werden durch Hauptlehrer im einstweiligen Ruhestand versehen. Nebengehalte: 3 Beamte für Erteilung von Gesangsunterricht beziehungsweise Turnunterricht an Gymnasien und Progymnasien 480 M. beziehungsweise 320 M. und 80 M.
176 600	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch den obenbezeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
5 850	—	Stand am 1. Juli 1905: 386 Unterlehrer (Unterlehrerinnen) zu je 900 M., 365 zu je 1 000 M. und 147 zu je 1 100 M., zusammen 898 Unterlehrer (Unterlehrerinnen) mit 874 100 M., 5 Stellen zurzeit unbesetzt, zusammen 903 Stellen. Infolge der Errichtung neuer Hauptlehrerstellen (vergleiche oben § 51) kommen 51 Stellen in Wegfall, wodurch sich eine Ersparnis von 51 000 M. ergibt, während für die 5 zurzeit unbesetzten Stellen 5 000 M. zuzuschlagen sind; der Budgetsatz berechnet sich somit für 852 Stellen auf (874 100 — 51 000 M. + 5 000 M. =) 828 100 M.
—	—	Am 1. Juli 1905 waren an Landvolksschulen 63 Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen) angewiesen. Als dauernd erforderlich sind — wie bisher — 70 Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen) anzusehen. Der bisherige Budgetsatz ist beizubehalten.
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 3 632 M.
5 000	—	Rechnungsdurchschnitt 50 268 M. Nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre ist eine Erhöhung des bisherigen Budgetsatzes geboten. Hier werden auch die Zugskosten der Lehrer an den „Bürgerschulen" — erweiterten Schulabteilungen (vergleiche unter § 60) — verrechnet.
5 130	—	Für 3 434 etatmäßige Beamte — 2 472 Hauptlehrer (Hauptlehrerinnen) an Landvolksschulen und 898 an Stadtvolksschulen, 3 Reallehrer an erweiterten Volksschulen, 9 Reallehrer an „Bürgerschulen" (erweiterten Schulabteilungen) und 32 Hauptlehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten — zu je 8 M. 50 Pf.
192 580		*) Je 1 Stelle in: Achern, Appenweier, Ane, Beierthal, Beiertheim, Berghausen, Bietigheim, Brombach (Amt Lörrach), Brühl, Daxlanden, Diedesheim, Dielheim, Dill-Weißenstein, Durlach, Durmersheim, Eberbach, Edingen, Emmendingen, Ettlingen, Eutingen, Fautenbach, Feudenheim, Forbach, Forchheim (Amt Ettlingen), Friedrichsfeld, Gottenheim, Grötzingen, Hagsfeld, Hausen (Amt Schopfheim), Hemsbach (Amt Weinheim), Herbolzheim (Amt Emmendingen), Hesselbach, Ihringen, Kehl Dorf, Kenzingen, Kirchdorf, Köndringen, Königsbach, Kollnau, Ladenburg, Lehen, Leutershausen, Lichtenthal, Lützelsachsen, Mauer, Meersburg, Mörsch, Mosbach, Neckarelz, Neuthard, Niefern, Ruhloch, Oberbühlerthal, Oetigheim, Oos, Ottenau, Ottenhöfen, Plankstadt, Radolfzell, Rüppurr, Sandhofen, Sandhausen, St. Georgen (Amt Villingen), Schenkenzell, Schlierstadt, Schönau i. W., Schonach, Singen a. H., Sipplingen, Spielberg, Steißlingen, Stetten (Amt Lörrach), Ueberlingen, Unterharmersbach, Waldkirch, Wallstadt, Weingarten, Weinheim, Weisenbach, Wollmatingen, Zell a. H., ferner je 2 Stellen in Rastatt, Rheinau, St. Blasien, Seckenheim und 4 in Villingen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(X.)		Übertrag . .	5 528 350	5 335 770
	(55.)	b. an nichtetatmäßige Beamte	10 090	10 030
	56.	Zu Gnadengaben an Hinterbliebene von Hauptlehrern	45 000	45 000
	57.	Wegen Aufhebung der Schulpatronate	3 790	3 540
	58.	Staatsbeiträge zum Schulaufwand der Gemeinden	511 250	490 440
	59.	Staatsbeihilfen an bedürftige Gemeinden für Schulhausbauten	50 000	50 000
	60.	Zuschüsse an Gemeinden zur Unterhaltung von „Bürgerschulen“	10 800	10 800
		9 Reallehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1. Je 1 Stelle an den nebenstehenden „Bürgerschulen“. Die betreffenden Gemeinden haben gemäß § 94 des Elementarunterrichtsgesetzes den tarifmäßigen Höchstgehalt, sowie das gesetzliche Wohnungsgeld dauernd zur Verfügung gestellt und die Bestimmungen in Artikel 15 bis 17 des Etatgesetzes für sich als bindend anerkannt. Die Ruhe- und Unterstützungsgehalte, sowie die Witwen- und Waisengelder fallen auf die Staatskasse beziehungsweise Beamtenwitwenkasse.		
	61.	Für Bearbeitung des Volks- und des Fortbildungsschullesebuches	4 800	4 160
	62.	Sonstige Ausgaben	50	50
		Summe J. . .	6 164 130	5 949 790
		K. **Für besondere Unterrichtszwecke.**		
	63.	Zur praktischen Ausbildung von Lehrern (Lehrerinnen) an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten, Blinden- und Taubstummenanstalten:		
		a. für Lehrer (Lehrerinnen) der neueren Fremdsprachen	8 000	8 000
		b. für Lehrer (Lehrerinnen) der übrigen Unterrichtsfächer	3 000	3 000
	64.	Zur Förderung der Teilnahme von Lehrern (Lehrerinnen) an Ferienkursen und zur Veranstaltung solcher Kurse	2 500	2 500
	65.	Zur Ausbildung von Lehrern des Handfertigkeitsunterrichts	2 500	2 500
	66.	Zur Abhaltung von Übungskursen für Zeichenlehrer (Zeichenlehrerinnen) an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten und Volksschulen	4 000	4 000
		Summe K. . .	20 000	20 000
		Beamte an Anstalten, zu denen Staatszuschüsse nicht geleistet werden.		
		a. Volksschulen in den Städten der Städteordnung:		
		6 (bisher 8) Rektoren erweiterter Volksschulen D. 1		
		6 Beamte . . . . . Übertrag		

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
192 580	—	
60		Für 1 345 nichtetatmäßige Beamte — 852 Unterlehrer (Unterlehrerinnen) an Landvolksschulen und 398 an Stadtvolksschulen, 70 Hilfslehrer (Hilfslehrerinnen) und 25 Lehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten und in Haushaltungskunde — zu je 7 ℳ. 50 ₰.
—		Bisheriger Budgetsatz.
250	—	Rechnungsdurchschnitt 3 538 ℳ. — Der Mehraufwand ist durch die Erhöhung eines aus diesen Mitteln zu bestreitenden Mietzinses bedingt.
20 810	—	Stand am 1. Juli 1905. Der Aufwand für den Unterricht an den nach Maßgabe der Ministerialverordnung vom 26 November 1891 eingerichteten Haushaltungsschulen (vergleiche oben § 49) kann in dem gesetzlichen Umfang in den dazu geeigneten Fällen (§§ 73 ff. des Elementarunterrichtsgesetzes) neben der Vergütung für den Fortbildungsunterricht der Knaben auf die Staatskasse übernommen werden.
—	—	Für Staatsbeihilfen gemäß § 90 des Elementarunterrichtsgesetzes und § 5 Ziffer 2 der Verordnung vom 26. Juni 1892.
—	—	Zuschüsse in Form fester Beiträge zu den an verschiedenen Volksschulen unter der Bezeichnung „Bürgerschulen" eingerichteten erweiterten Schulabteilungen (vier Klassen in drei Abteilungen mit dem Lehrplan der entsprechenden Jahreskurse der Realschulen). Solche Anstalten bestehen zurzeit in Gengenbach, Kandern, Pfullendorf, Rielasingen, St. Georgen (Amt Villingen), Schönau i. W., Stockach, Triberg und Wolfach.
640	—	Aus diesem der Einnahme aus dem Honorar für den Druck und Verlag des Volks- und Fortbildungsschullesebuches gleichkommenden Budgetsatz (vergleiche Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Einnahme Titel III. § 2) werden zunächst die Kosten für die Bearbeitung der Lesebücher u. s. w., darunter auch Honorare für etatmäßige Beamte, die daran beteiligt sind, geschöpft. Der Rest dient zur Verwendung für Volksschulzwecke.
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 75 ℳ.
214 340	—	
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
—	—	Zur Abhaltung von Ferienkursen an den badischen Hochschulen insbesondere für die Lehrer der Naturwissenschaften und Geographie und zwar zur Bestreitung des sachlichen Aufwands solcher Kurse, sowie der Honorare der bei den Kursen mitwirkenden Lehrer (auch etatmäßige Beamte), ferner zur Gewährung von Beihilfen für Lehrer (Lehrerinnen) zur Teilnahme an Ferienkursen.
—	—	Zur Veranstaltung besonderer Kurse für Lehrer des Handfertigkeitsunterrichts und zwar zur Bestreitung des sachlichen Aufwandes solcher Kurse und der Honorare der bei den Kursen mitwirkenden Lehrer (auch etatmäßige Beamte) sowie zur Gewährung von Beihilfen für Lehrer zur Teilnahme an Kursen dieser Art. Bisheriger Budgetsatz.
—	—	Bisheriger Budgetsatz. Aus der angeforderten Summe sind außer dem sachlichen Aufwand der Kurse und den Beihilfen für die Teilnehmer an denselben auch die Honorare für die an den Kursen mitwirkenden Lehrer (auch etatmäßige Beamte) zu bestreiten.
—	—	
		An den Volksschulen in Karlsruhe, Lahr, Mannheim und Pforzheim je 1 Stelle, an jener in Freiburg 2 Stellen An den Volksschulen in Karlsruhe und Pforzheim wird je 1 Stelle aufgehoben. Die betreffenden Städte haben gemäß § 106 beziehungsweise § 94 des Elementarunterrichtsgesetzes den erforderlichen tarifmäßigen Höchstgehalt, sowie das gesetzliche Wohnungsgeld dauernd zur Verfügung gestellt und die Bestimmungen in Artikel 15 bis 17 des Etatgesetzes für sich als bindend anerkannt. Die Ruhe- und Unterstützungsgehalte, sowie die Witwen- und Waisengelder fallen auf die Staatskasse und die Beamtenwitwenkasse.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X.)		6 Beamte . . . . . Übertrag		
		1 Rektor einer erweiterten Volksschule F. 4		
		2 Reallehrer (Gehaltsklasse II) an erweiterten Volksschulen G. 1		
		898 (bisher 772) Hauptlehrer (Hauptlehrerinnen)		
		52 (bisher 27) Hauptlehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten . .		
		959 (bisher 810) Beamte . . . . . Summe		
		b. Anstalten nach § 118 des Elementarunterrichtsgesetzes (Rettungsanstalten, Waisenhäuser u. s. w.).		
		18 Hauptlehrer (Hauptlehrerinnen)		
		c. Zentralverwaltungen von Landesstiftungen.		
		2 Stiftungsverwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1		
		2 Kassenzulagen zu 170 ℳ. und 130 ℳ.		
		2 Oberbuchhalter F. 5		
		1 Kassenzulage zu 90 ℳ.		
		1 Buchhalter G. 5		
		1 Bureauassistent J. 6 (bisher Verwaltungsgehilfe J. 7)		
		6 Beamte wie bisher . . . . . Summe		
		Zusammenstellung.		
		Summe A.	192 745	179 205
		„ B.	133 120	128 320
		„ C.	761 450	755 300
		„ D.	450 750	328 350
		„ E.	158 160	141 490
		„ F.	905 040	736 890
		„ G.	90 740	79 320
		„ H.	26 700	26 700
		„ J.	6 164 130	5 949 790
		„ K.	20 000	20 000
		Summe II. Mittel- und Volksschulen . .	8 902 835	8 345 365
		Hierzu		
		Summe I. Höhere Unterrichtsanstalten .	2 265 000	2 170 300
		Summe A. Ordentlicher Etat	11 167 835	10 515 665
		„ „ „ „ für 2 Jahre .	22 335 670	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
		1 Stelle an den Volksschulen in Konstanz. Bezüglich der Aufbringung der Gehalte u. s. w. gilt das zu D. 1 Gesagte.
		Je 1 Stelle an den Volksschulen in Freiburg und Furtwangen. Bezüglich der Aufbringung der Gehalte u. s. w. gilt das zu D. 1 Gesagte.
		Für 1906/07 sind weiter vorzusehen für die Volksschulen in Baden 1, Bruchsal 2, Freiburg 3, Heidelberg 10, Karlsruhe 15, Konstanz 3, Lahr 2, Mannheim 70, Offenburg 2 und Pforzheim 18, zusammen 126 Stellen. Es sind somit im ganzen vorzusehen für die Volksschulen in Baden 20, Bruchsal 23, Freiburg 85, Heidelberg 66, Karlsruhe 165, Konstanz 26, Lahr 25, Mannheim 374, Offenburg 23 und Pforzheim 91, zusammen 898 Stellen. Die Städte haben die gesetzlichen Verpflichtungen übernommen. Nebengehalte: 1 Beamter für Erteilung des Gesangsunterrichts an einem Gymnasium 240 M., 1 Beamter für Erteilung von israeltischem Religionsunterricht an einem Gymnasium 100 M., 3 Beamte für Leitung des Kirchengesangs an Gymnasien 40 M., 80 M. und 160 M., 1 Beamter für Erteilung von Turnunterricht an einem Gymnasium 320 M., 2 Beamte für Erteilung von Handfertigkeitsunterricht an einem Gymnasium je 320 M. aus den Kassen der betreffenden Anstalten.
		Bisher an den Volksschulen in Baden 1, Bruchsal 1, Freiburg 2, Heidelberg 3, Karlsruhe 7, Konstanz 1, Lörrach 1, Mannheim 9, Offenburg 1 und Rastatt 1, zusammen 27 Stellen. Für 1906/07 sind weiter vorzusehen für die Volksschulen in Freiburg 2, Karlsruhe 20 und Mannheim 3, zusammen 25 Stellen. Die Gesamtzahl der Stellen beträgt somit 52. Die Gemeinden haben die betreffenden gesetzlichen Verpflichtungen übernommen.
		Die Hausväter an den folgenden Anstalten, nämlich: Erziehungs- und Zufluchtshaus in Bretten, Waisen- und Rettungshaus Dinglingen, Rettungsanstalt in Durlach, Schwarzwälder Rettungshaus in Hornberg, Rettungsanstalt „Mariahof" in Hüfingen, städtisches Waisenhaus in Karlsruhe, Heil- und Pflegeanstalt für epileptische Kinder in Kork, Reichswaisenhaus in Lahr, von Stulzsche Waisenanstalt in Lichtenthal, evangelisches Rettungshaus für verwahrloste Mädchen in Mannheim, Rettungshaus Niefernburg in Niefern, städtisches Waisenhaus in Pforzheim, Erziehungsanstalt in Schwarzacher Hof, Erziehungsanstalt in Sinsheim, Rettungsanstalt Friedrichshöhe in Tüllingen, Rettungsanstalt Pilgerhaus in Weinheim und Rettungshaus Hardtstiftung in Welschneureuth, 1 Lehrerin an der Luisenschule des Badischen Frauenvereins in Karlsruhe. Von den Verwaltungsbehörden der Anstalten sind die betreffenden gesetzlichen Verpflichtungen übernommen worden.
		Nebengehalt: 1 Beamter 700 M. für Führung der Kasse der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe.
		Nebengehalt: 1 Beamter 200 M. für Besorgung der Sekretariatsgeschäfte der Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe.
13 540	—	
4 800	—	
6 150	—	
122 400	—	
16 670	—	
168 150	—	
11 420	—	
—	—	
214 340	—	
	—	
557 470	—	
94 700	—	
652 170	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Vor-anschlag für die Jahre 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(X.)		**B. Außerordentlicher Etat.**		
		I. Höhere Unterrichtsanstalten.		
		A. Universität Heidelberg.		
	1.	Neubau für die Universitätsbibliothek: Kaufpreis für den Bauplatz nebst Verzinsung	327 400	—
	2.	Erweiterung des Küchen- und Maschinenhauses beim akademischen Krankenhaus	140 000	—
	3.	Umbau des alten Bibliothekgebäudes	70 000	—
	4.	Größere bauliche Herstellungen	30 000	—
	5.	Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	60 000	—
	6.	Zuschuß an die Stadt Heidelberg zur Verzinsung der Aufwendungen wegen Verlegung des Zementwerks von Heidelberg nach Leimen	10 000	—
	7.	Zur Förderung des Studiums der Theologie durch Stipendien	6 000	—
		B. Universität Freiburg.		
	8.	Zuschuß für den Neubau eines Kollegienhauses, II. Rate	250 000	—
	9.	Hörsaalanbau für das zoologische Institut	69 000	—
		Übertrag . .	962 400	—

Erläuterungen.

Zu § 1 (vergleiche Budget 1900/01 Titel IX. B. § 7, Budget 1902/03 Titel X. B. § 1, Budget 1904/05 Titel X. B. § 1).

Der an die Stadt Heidelberg zu bezahlende Kaufpreis für den Bauplatz des neu erstellten Bibliothekgebäudes beträgt . . . . . 323 600 ℳ.
dazu kommt der Zins von 4 % für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1906 mit 6 472 ℳ., an dem durch Erübrigungen aus der früheren Budgetperiode 2 676 ℳ. gedeckt sind, so daß 3 796 ℳ. oder rund . . . . . 3 800 „
anzufordern bleiben.

zusammen . . 327 400 ℳ.

Die für die Rechnungsführung der Baukasse an etatmäßige Beamte zu zahlenden Vergütungen sollen den früher bewilligten Baumitteln entnommen werden.

Zu § 2. Die vor 28 Jahren erstellte Küche reicht für das inzwischen sehr erweiterte akademische Krankenhaus nicht mehr aus. Die Mißstände, die sich schon bisher aus der räumlichen Unzulänglichkeit der Küche ergeben haben, werden nach Eröffnung des Krebspavillons so schwere werden, daß man Abhilfe schaffen muß. Auch die seit 28 Jahren im Betriebe befindliche Einrichtung der Küche, insbesondere die Kochkessel bedürfen dringend der Erneuerung. Ebenso genügt auch das an den Küchenbau angebaute Maschinenhaus nicht mehr. Der Maschinenraum muß erweitert, eine Werkstätte und einige Räume für den Maschinenmeister müssen erstellt, Bad- und Abortanlage für das Personal geschaffen werden.

Zu § 3. Nach dem Umzug der Universitätsbibliothek in den Neubau stehen die Räume des alten Bibliothekgebäudes für andere Universitätszwecke zur Verfügung. Es ist beabsichtigt, in dem Erdgeschoß eine akademische Lesehalle einzurichten, in den beiden oberen Stockwerken aber die bisher in verschiedenen Häusern zumteil sehr schlecht untergebrachten Seminare der philosophischen Fakultät zu vereinigen. Der Aufwand für die Adaptierung des Gebäudes einschließlich der Anlage einer Zentralheizung beläuft sich nach der Berechnung der Bezirksbauinspektion auf 70 000 ℳ.

Zu § 4 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 3).

Mit der angeforderten Summe sollen insbesondere folgende größere Bauherstellungen bestritten werden:

1. Erweiterung des Maschinenhauses der Irrenklinik durch Anbau eines Boilerraumes und einer Werkstatt,
2. Herstellung der Fassaden der Irrenklinik,
3. Einrichtung eines Aufzugs im zoologischen Institut,
4. Entwässerung des Marstallhofs,
5. Herstellung eines Kohlenschuppens für das botanische Institut,
6. Einrichtung eines photographischen Arbeitsraums für das archäologische Institut,
7. Einrichtung von Räumen für ein technologisch-chemisches Praktikum im chemischen Laboratorium,
8. Verschiedene Fassadenherstellungen.

Zu § 5 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 4). Aus der angeforderten Summe muß wieder ein größeres Betriebsdefizit des akademischen Krankenhauses und der Irrenklinik gedeckt werden. Außerdem sind insbesondere von den nachbenannten Instituten und Seminarien größere Anschaffungen von Büchern, Instrumenten und sonstigen Lehrmitteln beantragt worden, die aus den ordentlichen Aversen nicht bestritten werden können, aber großenteils sehr notwendig sind: Universitätsbibliothek, philosophisches, geographisches, germanisch-romanisches Seminar, archäologisches, anatomisches, pathologisch-anatomisches, stratigraphisch-paläontologisches, chemisches, zoologisches Institut, Kinderklinik und medizinische Poliklinik.

Zu § 6 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 5). Auch für die Budgetperiode 1906/07 ist der der Stadtgemeinde Heidelberg zugesagte Beitrag zu den der Stadt aus Anlaß der Verlegung des Zementwerks von Heidelberg nach Leimen erwachsenen Lasten in der bisherigen Höhe von jährlich 5000 ℳ. fürsorglich wieder vorzusehen. Für den Fall des Wiederverkaufs des von der Stadt übernommenen Geländes oder von Teilen desselben wird eine entsprechende Minderung des staatlichen Zuschusses eintreten.

Zu § 7 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 6). Die Anforderung wird, da eine Änderung in den Verhältnissen nicht eingetreten ist, übereinstimmend mit den in früheren Budgets gestellten Anträgen auch für diese Budgetperiode wiederholt.

Zu § 8 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 7). Der Beginn der Bauarbeiten hat sich bis zum Herbst 1905 hinausgezogen, weil die auf dem Bauplatze stehende städtische Handels- und Gewerbeschule erst auf diese Zeit geräumt werden konnte. Da die Stadt Freiburg den von ihr zugesagten Beitrag von 300 000 ℳ. in der Budgetperiode 1906/07 leisten wird und von der ersten Baurate noch der größere Teil für diese Budgetperiode zur Verfügung steht, wird die Anforderung einer zweiten Baurate in Höhe von 250 000 ℳ. genügen.

Zu § 9. Die Frequenz der zoologischen Vorlesungen hat sich in den letzten Jahren ums doppelte gesteigert. Der etwa für 100 Hörer berechnete Hörsaal im zoologischen Institut kann die nahezu 200 Studenten, die jetzt die zoologischen Vorlesungen belegen, nicht mehr fassen. Der Vertreter der Zoologie war deshalb schon in den zwei letzten Sommersemestern genötigt, seine Vorlesungen in den geräumigeren Hörsälen benachbarter Universitätsinstitute abzuhalten. Das hatte aber wegen der notwendigen Vorbereitungen für die Vorlesungen so große Störungen im Gefolge, daß der Anbau eines geräumigen Hörsaals an das zoologische Institut dringend geboten erscheint. Dadurch wird auch die sehr wünschenswerte Erweiterung der Institutsräume ermöglicht.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für die Jahre 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(X.)		Übertrag . .	962 400	—
	10.	Erweiterungsbau für die Augenklinik	150 000	—
	11.	Größere bauliche Herstellungen	30 000	—
	12.	Außerordentliche Zuschüsse für akademische Institute	60 000	—
	13.	Zur Verzinsung von Aufwendungen des Grundstocks der Universität und des klinischen Hospitals für Universitätsbauten	44 500	—
		C. Technische Hochschule.		
	14.	Innere Einrichtung des Erweiterungsbaues für die Maschinenbauschule	20 000	—
	15.	Erweiterung der Kraftanlage der elektrischen Zentrale	45 000	—
	16.	Ergänzung des Lehrmaterials und der Institutseinrichtungen	20 000	—
		Summe I. . .	1 331 900	—
		II. Mittel- und Volksschulen.		
	17.	Für den Neubau einer Schülerabortanlage beim Gymnasium in Karlsruhe	20 000	—
	18.	Für die Einfriedigung des Schulhofes beim Gymnasium in Mannheim	5 000	—
	19.	Zur Ergänzung der inneren Einrichtung des Friedrichsgymnasiums in Freiburg	15 000	—
	20.	Für den Neubau eines Lehrerseminars in Freiburg, letzte Rate	500 000	—
		Übertrag . .	540 000	—

Erläuterungen.

Zu § 10. Die Räume der Augenklinik haben sich für die steigende Krankenfrequenz als durchaus unzulänglich erwiesen. Der Erweiterungsbau soll deshalb vor allem weitere Krankenzimmer schaffen, er soll aber auch die bessere Unterbringung der Assistenzärzte und des Wartepersonals ermöglichen. Gleichzeitig mit der Erweiterung der Augenklinik soll auch die Einrichtung der Zentralheizung in der ganzen Anstalt erfolgen, weil gerade für Augenkranke die bei Ofenheizung nicht vermeidbare Staubentwicklung sehr schädlich ist. Nach den ausgearbeiteten Voranschlägen werden sich die Baukosten auf rund 124 000 ℳ, die Kosten der inneren Einrichtung auf 26 000 ℳ belaufen.

Zu § 11 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 9). Die in Anforderung gebrachte Summe soll insbesondere für folgende größere bauliche Herstellungen verwendet werden:

1. Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Hörsaal und in den wissenschaftlichen Laboratorien der medizinischen Klinik, sowie in der anatomischen Anstalt,
2. Verputz und Neuanstrich der Fassade des pathologischen Instituts,
3. Herrichtung einer Verdunkelungseinrichtung im großen Hörsaal des chemischen Laboratoriums (philosophische Abteilung),
4. Neueinrichtung eines Arbeitssaals im Souterrain des chemischen Laboratoriums (medizinische Abteilung),
5. Herstellung einer gemeinsamen Pissoiranlage für beide Abteilungen des chemischen Laboratoriums,
6. Herrichtung von Arbeitsräumen für physikalische Untersuchungen im Souterrain des physikalischen Instituts,
7. Aufstellung eines neuen Gestühls im Hörsaal des hygienischen Instituts,
8. Aufstellung neuer Dampfkochkessel in der psychiatrischen Klinik,
9. Verbesserung der Beleuchtungs- und Ventilationsverhältnisse des Hörsaals der psychiatrischen Klinik, sowie Aufstellung eines neuen Gestühls in diesem Hörsaal.

Zu § 12 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 10). Aus diesen Mitteln sollen zunächst die leider auch in der Budgetperiode 1904/05 entstandenen Betriebsdefizite der Frauen- und Augenklinik gedeckt werden. Außerdem ist die angeforderte Summe bestimmt zu außerordentlichen, die Leistungsfähigkeit der Institutsaversen übersteigenden Anschaffungen, insbesondere für die Bibliothek, das theologische, juristische, kameralistische, sprachwissenschaftliche, orientalische und historische Seminar, das anatomische, hygienische, physikalische, chemische, physikalisch-chemische, pharmakognostische und geographische Institut, die medizinische Poliklinik, die medizinische, chirurgische Augen-, Frauen-, laryngologische, dermatologische Klinik und die zahnärztliche Poliklinik.

Zu § 13 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 11). Die angeforderte Summe ist erforderlich zur Verzinsung der Aufwendungen:

1. des Stiftungsvermögens der Universität für:
   a. den Erweiterungsbau des chemischen Laboratoriums (medizinische Abteilung),
   b. die Bauplätze des mineralogisch-geologischen und des physikalisch-chemischen Instituts;
2. des klinischen Hospitals für:
   a. die Einrichtung der Kliniken für Ohrenkranke, sowie für Rachen-, Nasen- und Kehlkopfkranke,
   b. die Erweiterung des Wirtschaftsgebäudes des klinischen Hospitals,
   c. Anschaffung eines Desinfektionsapparats für die Waschküche und eines Finsenapparats für die dermatologische Klinik.

Zu § 14 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 12). Die innere Einrichtung des seiner Vollendung entgegengehenden Erweiterungsbaues der Maschinenbauschule wird nach dem von der Bezirksbauinspektion im Benehmen mit der Abteilung für Maschinenwesen ausgearbeiteten Voranschlag einen Aufwand von 20 000 ℳ verursachen.

Zu § 15. Der elektrische Strombedarf der einzelnen Gebäude und Institute der Technischen Hochschule für Beleuchtung und Kraft hat sich in den letzten Jahren so erheblich gesteigert, daß eine weitere Kraftquelle notwendig ist. Als solche ist eine Turbindynamomaschine von 100 Pferdekräften angenommen, die etwa 20 000 ℳ kosten wird. Für Kessel und Rohrleitung sind rund 10 000 ℳ, für Erneuerung der Akkumulatorenbatterie 15 000 ℳ vorzusehen.

Zu § 16 (vergleiche Budget 1904/05 Titel X. B. § 14). Der angeforderte Betrag ist zur Ergänzung der Einrichtung der Lehrmittel insbesondere folgender Institute bestimmt: Maschinenbauschule, Ingenieurbauschule, Forstschule, Hochschulbibliothek, physikalisches Institut, elektrotechnisches Institut, mechanisches Laboratorium, zoologisches Institut, Laboratorium für Bodenkunde, physikalisch-chemisches Laboratorium.

Zu § 17. Die dermalige Schülerabortanlage beim Gymnasium in Karlsruhe entspricht weder in hygienischer, noch auch in räumlicher Beziehung den an eine solche Anlage zu stellenden Anforderungen. Eine Vergrößerung oder Verbesserung der Anlage ist bei dem schlechten baulichen Zustand derselben ausgeschlossen. Es erübrigt somit nur die Erstellung einer neuen Anlage, für die nach einem entzifferten Kostenüberschlag 20 000 ℳ erforderlich sind.

Zu § 18. Der Schulhof beim Gymnasium in Mannheim war bisher nur mit einem provisorischen Holzgeländer abgeschlossen. Infolge der Herstellung und Bebauung der am Schulhof hinziehenden Straße mußte auf Anordnung der Bezirksverwaltungsbehörde das provisorische Geländer durch eine entsprechende eiserne Einfriedigung ersetzt werden. Die Kosten für diese Herstellung, die sich auf 5 000 ℳ belaufen und von einer Stiftungskasse vorschüßlich bestritten wurden, werden hier zum Ersatz vorgesehen.

Zu § 19. Die im außerordentlichen Etat für 1904/05 vorgesehene Summe von 45 000 ℳ für die innere Einrichtung des zweiten Gymnasiums (Friedrichsgymnasiums) in Freiburg hat sich als unzureichend erwiesen. Es wird deshalb der für den fraglichen Zweck, insbesondere zur Ausstattung der Bibliothek, weiter erforderliche Betrag von 15 000 ℳ nachträglich hier angefordert.

Zu § 20. Die Baukosten für den Seminarneubau in Freiburg — einschließlich Dienstwohnungsgebäude — sind zu 1 000 000 ℳ veranschlagt. Hiervon ist im Budget für 1902/03 eine I. Baurate mit 200 000 ℳ und im Budget für 1904/05 eine II. Baurate mit 300 000 ℳ bewilligt worden. Der Neubau wird voraussichtlich im Laufe der Budgetperiode 1906/07 zum Bezug fertiggestellt werden. Es ist deshalb hier der Rest der Bausumme mit 500 000 ℳ eingestellt. Die Kosten für den Bauplatz, die sich auf rund 200 000 ℳ belaufen werden, sind erst in dem Budget für 1908/09 in Anforderung zu bringen.
Aus der Bausumme ist auch die Vergütung für die Führung der Neubaukasse zu bestreiten.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für die Jahre 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(X.)		Übertrag . .	540 000	—
	21.	Für die innere Einrichtung des neuen Lehrerseminars in Freiburg	100 000	—
	22.	Für den Neubau eines Lehrerseminars in Heidelberg, I. Rate	250 000	—
	23.	Für größere bauliche Herstellungen in der Taubstummenanstalt in Gerlachsheim	20 000	—
	24.	Zur Weiterführung der provisorischen Kurse für Taubstumme in Heidelberg	40 000	—
	25.	Zur Anschaffung von Musikinstrumenten für die Lehrerbildungsanstalten	20 000	—
	26.	Zu Staatsbeihilfen für bedürftige Gemeinden zu Schulhausbauten	100 000	—
	27.	Für die innere Einrichtung weiterer Kurse am Vorseminar in Heidelberg	10 000	—
		Summe II. . .	1 080 000	—
		Hierzu „ I. . .	1 331 900	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	2 411 900	—
		„ A. Ordentlicher Etat	22 335 670	—
		Summe Titel X. für beide Jahre . .	24 747 570	

			Effektivetat auf 1 Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	
XI.		**Wissenschaften und Künste.**				
		A. Ordentlicher Etat.	M.	M.	M.	
	1.	Sammlungengebäude				
		a. Gehalte.				
		1 Hauswart K. 3	1 650			
		Dienstwohnung.				
		1 Heizer K. 5	1 600			
		2 Beamte . . . . . Summe	3 250			
		Voranschlag für 1906/07 jährlich	3 250 M.			
		und nach Abzug von 1½% rund	3 200 „		3 200	3 200
				Übertrag . .	3 200	3 200

Erläuterungen.

Zu § 21. Die innere Einrichtung für das mit einem Internat verbundene neue Lehrerseminar in Freiburg muß nahezu vollständig neu beschafft werden. Hierfür sind nach einem entzifferten Kostenüberschlag 100 000 ℳ. erforderlich.

Zu § 22. Die fortdauernde Steigerung des Bedarfs an Lehrkräften für die Volksschulen infolge des Anwachsens der Schülerzahl einerseits und der Einführung erweiterten Unterrichts sowie der Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen andererseits macht die Errichtung eines weiteren Lehrerseminars erforderlich. Hierfür ist eine größere Stadt der unteren Landesgegend in Aussicht genommen. Das neue Lehrerseminar soll auf dem Baugelände erstellt werden, das bisher für die in Heidelberg zu errichtende dritte Taubstummenanstalt bestimmt war und bereits käuflich erworben ist (Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1902/03 vom 1. Juni 1902, Hauptabteilung III., II. § 26 b. Erwerbung eines Bauplatzes für eine dritte Taubstummenanstalt); der Neubau der dritten Taubstummenanstalt kann nach neuerlicher Feststellung des Zuganges an Zöglingen noch um eine Budgetperiode verschoben werden.

Ein Projekt für den Seminarneubau in Heidelberg liegt vor; die Kosten sind zu 1 150 000 ℳ. veranschlagt, wovon 250 000 ℳ. hier als I. Baurate vorgesehen werden.

Zu § 23. In der Taubstummenanstalt in Gerlachsheim ist im Interesse einer geordneten Internatsführung eine Reihe größerer baulicher Herstellungen, darunter ein Abortanbau, auszuführen, für welche die Mittel von der Anstaltskasse nicht aufgebracht werden können.

Die zu 20 000 ℳ. veranschlagten Baukosten werden deshalb hier angefordert.

Zu § 24. Die im Jahre 1902 in Heidelberg eingerichteten provisorischen Kurse für Taubstumme haben sich bis jetzt gut bewährt und sollen deshalb weitergeführt werden, zumal durch dieselben auch die bestehenden 2 Taubstummenanstalten wesentlich entlastet werden.

Zur Bestreitung der Kosten dieser Kurse, welche bis zur Errichtung einer dritten Taubstummenanstalt als vorübergehende Einrichtung anzusehen sind, wird hier die Summe von 40 000 ℳ. vorgesehen.

Zu § 25. Für den bezeichneten Zweck waren in den Budgets für 1902/03 und 1904/05 je 10 000 ℳ. bewilligt worden. Zur Vervollständigung des erforderlichen Bestandes an Musikinstrumenten, insbesondere an Übungsorgeln für die Lehrerseminare in Ettlingen und Karlsruhe, ist die nochmalige Anforderung einer größeren Summe nicht zu umgehen.

Es werden deshalb hier 20 000 ℳ. eingestellt.

Zu § 26. Auch in der Budgetperiode 1904/05 hat die Zahl der Gesuche bedürftiger Gemeinden um Bewilligung von Beihilfen zu Schulhausbauten (§ 90 des Elementarunterrichtsgesetzes) eine solche Höhe erreicht, daß die für diesen Zweck bewilligten Mittel zur Befriedigung der als dringend anerkannten Bedürfnisse nicht ausreichen. Es erscheint deshalb wiederum geboten, außer den im ordentlichen Etat (II. § 59) vorgesehenen Mitteln, die wenigstens zum größeren Teil für die erst im Lauf der Budgetperiode hervortretenden Bedürfnisse vorbehalten werden sollten, noch eine außerordentliche Bewilligung und zwar in Höhe von 100 000 ℳ. in Anforderung zu bringen.

Zu § 27. Zur Beschaffung der inneren Einrichtung für die in der Budgetperiode 1906/07 an dem Vorseminar in Heidelberg weiter anzufügenden Kurse ist eine Summe von 10 000 ℳ. erforderlich.

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Für Besorgung der Unterhaltung der Gartenanlagen beim Sammlungengebäude bezieht der Hauswart einen Nebengehalt von jährlich 200 ℳ., der Heizer einen solchen von jährlich 130 ℳ.
—	—	
—	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XI.)	(1.)	Übertrag . .	3 200	3 200
		b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die unter a. aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	900	900
		c. Sonstige persönliche Ausgaben	1 080	1 080
		d. Sachlicher Aufwand	6 300	6 300
	2.	Hof- und Landesbibliothek:		
		a. Gehalte: — Effektivetat auf 1. Juli 1905. ℳ. — Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich. ℳ.		
		1 Vorstand B. 5 . . . . . 5 500		
		2 Bibliothekare D. 1 . . . . . 5 600		
		1 Bureauassistent J. 6 . . . . . 1 300		
		Tarifmäßige Dienstzulage 100		
		1 Diener K. 3 . . . . . 1 650		
		5 Beamte . . . . . Summe 14 150		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 14 360 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 15 180 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 14 770 ℳ.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 14 500 „	14 500	15 000
		b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die unter a. aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	3 700	3 500
		c. Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	5 200	4 600
		d. Sonstige persönliche Ausgaben	50	50
		e. Sachlicher Aufwand	18 000	16 500
	3.	Münzkabinett: — ℳ. — ℳ.		
		a. Gehalte.		
		1 wissenschaftlich gebildeter Assistent G. 1 (neue Stelle) . . — 1 800		
		Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 1 800 ℳ.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 1 800 „	1 800	—
		Übertrag . .	54 730	51 130

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	—	
—	—	
—	—	Nebengehalt für den Hauswart (200 M.) und den Heizer (130 M.) für Besorgung der Unterhaltung der Gartenanlagen beim Sammlungengebäude; ferner zur Beschaffung der Dienstkleidung für den Hauswart (50 M.), sowie für Schreibaushilfe und Aushilfe im Heizerdienst (700 M.).
—	500	
200	—	
600	—	Von der Anforderung sind bestimmt: für 2 Hilfsarbeiter . . . . . 4 000 M. für Aushilfe und Aufbesserung . . . . . 1 200 „ zusammen . . 5 200 M.
—	—	Zur Anschaffung der Dienstkleider für den Bibliothekdiener.
1 500	—	Die Übernahme der Versendungskosten bei Entleihung von Büchern durch Vermittelung anderer badischer Bibliotheken auf die Kasse der Hof- und Landesbibliothek hat eine Belastung des Aversums herbeigeführt, die noch stärker fühlbar werden wird, wenn die Benützung der Bibliothek durch auswärtige Benützer, wie beabsichtigt, noch weiter erleichtert wird. Die beantragte Erhöhung ist bestimmt, den hierdurch erwachsenden Aufwand zu decken.
1 800		Der bisher dem Generallandesarchiv zugewiesene Hilfsarbeiter für genealogische Forschung auf landesgeschichtlichem Gebiet (vergleiche Budget 1904/05 Titel XI A § 12 Ziffer 7) ist dem Münzkabinett als Assistent beigegeben worden und soll künftighin beide Funktionen versehen. Nach seinem Dienstalter ist für ihn die etatmäßige Anstellung als wissenschaftlicher Assistent (G. 1) in Aussicht genommen.
4 100	500	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XI.)		Übertrag . .	54 730	51 130
	(3.)	b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	600	—
		c. Vergütung und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	—	2 000
		d. Sonstige persönliche Ausgaben	1 800	—
		e. Sachlicher Aufwand	600	600
	4.	Erhaltung alter Kunst- und Baudenkmäler:		
		a. Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	3 000	3 000
		b. Sonstige persönliche Ausgaben	3 600	3 500
		c. Sachlicher Aufwand	9 000	9 000
	5.	Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde:		
		a. Gehalte.		
		1 Vorstand B. 5 . . . . . Effektivetat auf 1. Juli 1905. 5 800 M.		
		1 wissenschaftlich gebildeter Assistent G. 1 . . . 2 100		
		1 Präparator H. 12 statt eines Dieners K. 3 . . . . . 1 650		
		3 Beamte . . . . . Summe 9 550		
		Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich. 250 M.		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 9 990 M.		
		„ „ 1907 . . . . . 10 050 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 10 020 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 9 900 „	9 900	9 400
		b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme . . .	2 200	2 100
		c. Vergütung und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	500	—
		d Sonstige persönliche Ausgaben	250	250
		e. Sachlicher Aufwand	8 800	8 500
	6.	Naturalienkabinette: M. M.		
		1. in Karlsruhe.		
		a. Gehalte.		
		1 Präparator H. 12 . . . . . 1 650		
		Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 1 650 M.		
		und nach Abzug von 1½ % der Voranschlagssumme . . . . . 1 600 „	1 600	1 600
		Übertrag . .	96 580	91 080

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
4 100	500	
600	—	
—	2 000	Infolge der etatmäßigen Anstellung des Hilfsarbeiters kommt diese Position in Wegfall.
1 800	—	Der frühere Vorstand der Hof- und Landesbibliothek war zugleich Vorstand des Münzkabinetts. Nach seiner Zuruhesetzung hat er die Vorstandschaft des Münzkabinetts beibehalten. Dafür bezieht er ein Jahreshonorar von 1 800 ℳ.
—	—	
—	—	Zur Honorierung der beiden bei den Restaurationsarbeiten verwendeten Schloßmaurer (Aufseher).
100	—	Von der Anforderung sind bestimmt:
—	—	1. für den Direktor der Baugewerkschule für Wahrnehmung der Geschäfte des Konservators der öffentlichen Baudenkmale ein Nebengehalt von . . . . . 1 800 ℳ. 2. für 2 Hilfsbeamte des Konservators Nebengehalte von 1 000 ℳ. und 600 ℳ. = ... 1 600 „ 3. für einen etatmäßigen Bureaubeamten für Besorgung der Schreib- und Rechnungsarbeiten ein Nebengehalt von . . . . . 200 „ zusammen . . 3 600 ℳ.
		Der Vorstand erhält als ordentliches Mitglied des Oberschulrats einen Nebengehalt von 1 500 ℳ.
		Der langjährige Diener der Sammlungen hat sich durch Fleiß und Geschicklichkeit eine große Fertigkeit in den schwierigen Konservierungsarbeiten angeeignet und dadurch den Beizug teuerer Spezialisten auf diesem Gebiete entbehrlich gemacht. Der Art seiner Verwendung und dem Maße seiner Kenntnisse und Fertigkeiten wird die Beförderung zum Präparator (H. 12) entsprechen.
500	—	
100	—	
500	—	Zur Einstellung eines Hilfsdieners.
—	—	Von der Anforderung sind bestimmt: 1. zur Honorierung eines jüngeren Professors oder Lehramtspraktikanten an einer Mittelschule in Karlsruhe für die Beteiligung an den Arbeiten bei den Sammlungen . . . . . 200 ℳ. 2. zur Beschaffung von Dienstkleidung für den Präparator . . . . . 50 „ zusammen . . 250 ℳ. Der bisherige Nebengehalt des Dieners für außerordentliche Arbeiten bei Ausgrabungen und ähnlichen auswärtigen Geschäften des Konservators mit jährlich 200 ℳ. kommt nach dessen Beförderung zum Präparator in Wegfall.
300	—	Die Erhöhung des Voranschlagsatzes ist erforderlich mit Rücksicht auf die vermehrten Ausgaben zur Ergänzung und Vervollständigung der Bildersammlung.
—	—	
8 000	2 500	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XI.)		Übertrag . .	96 580	91 080
	(6.)	b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für den unter a. aufgeführten Beamten nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	500	500
		c. Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	7 600	7 200
		d. Sonstige persönliche Ausgaben	1 300	1 100
		e Sachlicher Aufwand	7 000	7 000
		2. in Mannheim	857	857
	7.	Sternwarte bei Heidelberg:		
		a. Ordentliche Staatsdotation	42 500	42 500

	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
	M.	M.
1. Gehalte:		
2 Vorstände B. 5	11 500	
2 Dienstwohnungen.		
1 Diener K. 3	—	1 100
3 statt bisher 2 Beamte . Summe	11 500	1 100

Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 12 600 M.
und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 12 400 M.
2. Andere persönliche Ausgaben . . . . . 13 800 „
3. Sachliche Ausgaben . . . . . 19 200 „

Summe der Ausgaben . . 45 400 M.
Hiervon ab eigene Einnahmen der Sternwarte (Mietzinse und sonstige Einnahmen) . . . . . 2 900 „

Hiernach ungedeckter Aufwand . . 42 500 M.
in welchem Betrag die Staatsdotation angefordert wird.

		b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die unter lit. a. 1. aufgeführten Beamten nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	2 700	2 300
	8.	Kunstsammlungen:		
		1. Kunsthalle in Karlsruhe	9 086	9 086
		2. Gemäldegalerie und Antikensammlung in Mannheim	2 535	2 535
	9.	Akademie der bildenden Künste:		
		a. Staatsdotation	96 800	95 000
		Übertrag . .	267 458	259 158

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
8 000	2 500	
—	—	
400	—	Von der Anforderung sind bestimmt: 1. für einen Assistenten (Kustos) der zoologischen Abteilung . . . . . 3 000 ℳ. 2. für einen Assistenten (Kustos) der mineralogischen Abteilung (künftig wegfallend nach der Neuordnung der Sammlungen) . . . . . 2 200 „ 3. für je einen Diener der beiden Abteilungen (einer künftig wegfallend nach der Neuordnung der Sammlungen) 2 400 „ zusammen . . 7 600 ℳ.
200	—	Die Anforderung setzt sich wie folgt zusammen: 1. Nebengehalt für die beiden Vorstände (ordentliche Professoren der Technischen Hochschule) je 500 ℳ. . . . 1 000 ℳ.
—	—	2. Vergütung für botanische Hilfsassistenz (eventuell auch an einen etatmäßigen Beamten) behufs Ordnung und Instandhaltung der wertvollen Herbarien . . . . . 200 „
—	—	3. zur Beschaffung der Dienstkleidung für 2 Diener . . . . . 100 „
—	—	zusammen . . 1 300 ℳ.
		Einer der Vorstände der Sternwarte bezieht für Leitung des Zeitnachrichtendienstes einen Nebengehalt von 800 ℳ.
		Der dienstälteste Diener der Sternwarte soll etatmäßig angestellt werden.
		Aus der Position „Andere persönliche Ausgaben" wird für die Kassen- und Rechnungsführung der Sternwarte eine Vergütung von jährlich 300 ℳ. — eventuell auch an etatmäßige Beamte — bezahlt.
400	—	
—	—	
—	—	
1 800	—	Die Erhöhung der Staatsdotation ist erforderlich zur Deckung des Mehraufwands für Miete von Ateliers für die Radier- und Bildhauerschule, für Modellgelder, sowie für Heizung, Beleuchtung, Wasser und Reinigungskosten
10 800	2 500	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XI.)		Übertrag . .	267 458	259 158
		Effektivetat auf 1. Juli 1905. / Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
	(9.)	1. Gehalte:		
		11 Professoren B. 5 mit 3000 bis 5000 M. 49 500		
		2 Beamte Dienstzulagen von 1000 M. und 400 M. . . 1 400		
		1 Professor hat Dienstwohnung (gemietet).		
		1 Diener K. 3 . . . . . 1 100		
		Dienstwohnung (gemietet).		
		12 Beamte . . . . Summe 52 000		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 52 120 M.		
		„ „ 1907 . . . . . 52 150 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . 52 135 M.		
		und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 51 400 M.		
		2. Andere persönliche Ausgaben . . . . . 17 500 „		
		3. Sachliche Ausgaben . . . . . 40 700 „		
		Summe der Ausgaben . . 109 600 M.		
		Hiervon ab eigene Einnahmen der Akademie:		
		1. Aufnahmetaxen und Unterrichtshonorare . . . . . 8000 M.		
		2. Mietzinse . . . . . 1072 „		
		3. Vergütung für Heizung . . . . . 36 „		
		4. Sonstige Einnahmen . . . . . 3692 „		
		12 800 „		
		Hiernach ungedeckter Aufwand . . . . . 96 800 M.		
		in welchem Betrag die Staatsdotation angefordert wird.		
		b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die unter a. 1. aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	6 800	6 800
10.		Zu Stipendien für Gelehrte und Künstler	9 500	9 500
11.		Hoftheater in Mannheim	23 000	23 000
12.		Zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen:		
		1. Zeitschrift für Sprache, Literatur und Volkskunde des Oberrheins „Alemannia“ . .	200	120
		2 Germanisches Nationalmuseum in Nürnberg	986	986
		3. Kunstausstellung des badischen Kunstvereins in Karlsruhe	3 500	3 000
		4. Zoologische Station in Neapel	2 000	2 000
		5. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins	2 000	2 000
		6. Badische historische Kommission	9 000	9 000
		7. Genealogische Forschung auf landesgeschichtlichem Gebiete	-	2 600
		Übertrag . .	324 444	318 164

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
10 800	2 500	
		1 etatmäßiger Professor erhält für Überlassung seines Ateliers für Zwecke der Akademie eine Entschädigung von 700 ℳ.
		Der etatmäßige Diener erhält für Besorgung der Geschäfte eines Hausmeisters der Akademie einen Nebengehalt von jährlich 50 ℳ.
		Aus der Position „Andere persönliche Ausgaben" werden 900 ℳ. an etatmäßige Beamte der Zentralschulfondsverwaltung für Besorgung der Sekretariats- und Kassengeschäfte der Akademie und 50 ℳ. an den etatmäßigen Diener für Besorgung der Geschäfte eines Hausmeisters bezahlt.
—	—	
—	—	
—	—	
80	—	Mehrbedarf infolge Erhöhung des Bezugspreises der Zeitschrift.
—	—	
500	—	Die Erhöhung des Zuschusses ist dadurch gerechtfertigt, daß der Kunstverein durch Einrichtung eines ständig geöffneten Ausstellungsraums den badischen Künstlern bessere Verkaufsgelegenheit bietet.
—	—	
—	—	
—	—	
—	2 600	Durch Verbindung der Hilfsarbeiterstelle für genealogische Forschung mit der Assistentenstelle beim Münzkabinett kommt diese Position in Wegfall. Vergleiche die Erläuterungen zu Titel XI. § 3 (Münzkabinett).
11 380	5 100	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XI.)		Übertrag .	324 444	318 164
	(12.)	8. Zeitschrift „Schauinsland" des Breisgauvereins Schauinsland in Freiburg	1 000	1 000
		9. „Neue Heidelberger Jahrbücher"	1 000	1 000
		10. Zeitschrift „Verhandlungen des naturhistorisch-medizinischen Vereins in Heidelberg"	1 000	1 000
		11. Veröffentlichungen der naturforschenden Gesellschaft in Freiburg	1 000	1 000
		12 Gesellschaft für Förderung der Geschichtskunde in Freiburg	500	500
		13. Wissenschaftliche Arbeiten zu Zwecken der internationalen Vereinigung für Erdmessung	1 000	1 000
		14. Badischer Verein für Volkskunde	200	—
		15. Verein für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung	200	—
		16. Mannheimer Altertumsverein	200	—
		17. Erdbebenforschung	2 500	—
		Summe A. Ordentlicher Etat	333 044	323 664
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	666 088	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	für 1906/07 zusammen. ℳ.	
	1.	Zur Förderung der Erhaltung und Restaurierung alter Kunst- und Baudenkmäler . . .	40 000	—
	2.	Zur Fortführung der Inventarisation und Publikation der Kunstdenkmäler des Großherzogtums	15 000	—
	3.	Zur Ergänzung und Verbesserung des Aufbewahrungsmaterials und des Inventars der Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde und des Naturalienkabinetts in Karlsruhe	5 000	—
	4.	Zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen	25 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	85 000	—
		„ A. Ordentlicher Etat	666 088	—
		„ Titel XI. für beide Jahre . .	751 088	—
XII.		**Unterstützungs- und Belohnungsfonds.**	für 1906/07 jährlich. ℳ.	
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der etatmäßigen Beamten	12 600	11 585
		Übertrag . .	12 600	11 585

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
M.	M.	
11 380	5 100	
—	—	
—	—	
—	—	
—	—	
—	—	
—	—	
200	—	Der kürzlich neugegründete badische Verein für Volkskunde verdient wegen seines Zweckes eine staatliche Förderung und ist einer solchen zur Durchführung seiner Aufgaben auch bedürftig.
200	—	Zu Ziffer 15 und 16: In gleicher Weise scheint es aber auch geboten, dem sehr rührigen Verein für Geschichte des Bodensees und dem Mannheimer Altertumsverein, die beide Schwierigkeiten haben, die Mittel für ihre Unternehmungen und Publikationen zu bestreiten, durch Gewährung staatlicher Zuschüsse zu unterstützen.
200	—	
2 500	—	Der naturwissenschaftliche Verein Karlsruhe hat aus einem ihm gemachten Legate in Durlach und Freiburg Erdbebenstationen eingerichtet und wird auch den Betrieb dieser Stationen übernehmen. Doch fehlen ihm hierzu die Mittel. Da im Anschlusse an die internationale seismologische Assoziation die Organisation des Erdbebenbeobachtungsdienstes in allen deutschen Bundesstaaten und Schutzgebieten durchgeführt werden soll, liegt es sehr im staatlichen Interesse, die vom naturwissenschaftlichen Verein Karlsruhe eingerichteten Stationen durch Übernahme der Betriebskosten zu unterstützen.
14 480	5 100	
5 100		
9 380		
—	—	Zu § 1 (vergleiche Budget 1904/05 Titel XI. B. § 1). Die angeforderte Summe ist zur Durchführung der in den letzten Jahren in Angriff genommenen Restaurationsarbeiten an der romanischen Kapelle in Grünsfeldhausen, der Schloßruine Staufen, dem Prinzessinnenbau des alten Schlosses in Durlach, der St. Barbarakapelle bei Langensteinbach, dem Stadtkanzleigebäude in Überlingen, dem alten Turm in Honstetten, der Burgruine Waldau und andere bestimmt. Von neuen größeren Restaurierungsarbeiten sollen in der Budgetperiode 1906/07 insbesondere diejenigen an dem alten Schlosse in Tauberbischofsheim begonnen werden. Auch für die Restaurierung alter Wandgemälde, die in letzter Zeit in allen Teilen des Landes, insbesondere in Kirchen, aufgedeckt worden sind, wird eine namhafte Summe verbraucht werden.
—	—	Zu § 2 (vergleiche Budget 1904/05 Titel XI. B. § 2). Im Laufe der Budgetperiode werden voraussichtlich die Bände: Kreis Offenburg und Kreis Baden erscheinen. Daneben soll mit der Inventarisation der Kunstdenkmäler in der Stadt Freiburg und in den Kreisen Karlsruhe und Heidelberg begonnen werden.
—	—	Zu § 3 (vergleiche Budget 1904/05 Titel XI. B. § 3). Auch in dieser Budgetperiode wird die Neuordnung der naturhistorischen und ethnographischen Sammlungen die Anschaffung von Schränken und sonstigem Aufbewahrungsmaterial erfordern.
—	—	Zu § 4 (vergleiche Budget 1904/05 Titel XI. B. § 5). Aus dieser Position sollen insbesondere die Kosten der Publikationen der Direktionen der Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde, der Sternwarte und der Handschriftenabteilung der Hof- und Landesbibliothek bestritten, Zuschüsse für private wissenschaftliche und künstlerische Publikationen entnommen und sonstige Unternehmungen auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete gefördert werden.
—	—	
—	—	
—	—	
—	—	
1 015	—	Nach der Zusammenstellung, Anlage 11, beträgt die Zahl der in Betracht kommenden Beamten der Tarifabteilungen E. bis K 1482. Unter Zugrundelegung des Einheitssatzes von 8 M. 50 Pf. auf den Kopf berechnet sich der Budgetsatz auf jährlich 12 600 M. Wegen der Erhöhung des Einheitssatzes von bisher 7 M. 50 Pf. auf 8 M. 50 Pf. vergleiche die Erläuterung zu Titel XIII. § 1 a. des Spezialbudgets des Finanzministeriums.
1 015	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Vor-anschlag für ein Jahr der Budget-periode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XII.)		Übertrag . .	12 600	11 585
	2.	Zusätzliche Erhöhung zu außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte	3 350	3 815
	3.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen an das nichtetatmäßige Personal . .	6 800	—
		Summe Titel XII.	22 750	15 400
		„ „ „ für beide Jahre . .	45 500	
XIII.		**Verschiedene und zufällige Ausgaben.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Tagegelder und Reisekosten	2 660	2 390
	2.	Postporto	48 400	47 780
	3.	Postnachnahmen	9 220	8 570
	4.	Telegraphengebühren	6 130	5 640
	5.	Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	6 090	5 480
	6.	Sonstige Ausgaben	11 200	11 200
		Summe Titel XIII.	83 700	81 060
		„ „ „ für beide Jahre . .	167 400	
		Zusammenstellung.		
I.		Ministerium	228 490	212 590
II.		Oberlandesgericht	249 290	241 870
III.		Landgerichte	1 094 800	1 022 910
IV.		Staatsanwaltschaft	329 610	309 660
V.		Amtsgerichte	1 831 325	1 756 720
VI.		Notariats- und Grundbuchwesen	2 406 790	2 381 400
VII.		Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege	1 850 010	1 773 580
VIII.		Strafanstalten	1 542 813	1 530 171
IX.		Kultus	1 095 525	1 079 546
X.		Unterrichtswesen	11 167 835	* 10 515 665
XI.		Wissenschaften und Künste	333 044	323 664
XII.		Unterstützungs- und Belohnungsfonds	22 750	15 400
XIII.		Verschiedene und zufällige Ausgaben	83 700	81 060
		Summe der Ausgabe . .	22 235 982	21 244 236

*) Nach Abzug des auf das Gewerbeschulwesen entfallenden Anteils.

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
1 015	—	
—	465	Unter Hinweis auf Artikel 29 Absatz 2 des Etatgesetzes werden zu außerordentlichen Belohnungen wegen folgender Bauten vorgesehen, nämlich: a. Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Waldkirch (vergleiche Titel VII. B. § 8 des Budgets für 1904/05) Bausumme . . . . . 160 000 M. b. Erweiterungsbau beim Amtsgefängnis zu Heidelberg (vergleiche Titel VII. B. § 1 des Budgets für 1906/07) 180 000 „ c. Neubau einer Lehrerbildungsanstalt in Freiburg (vergleiche Titel X. B. § 26 a. des Budgets für 1902/03 I. Rate 200 000 M., Titel X. B. § 20 des Budgets für 1904/05 II. Rate 300 000 M. und Titel X. B. § 20 des Budgets für 1906/07 III Rate 500 000 M.) Bausumme . . . . . 1 000 000 „ zusammen . . 1 340 000 M. Hiervon ½% = 6 700 M. oder für ein Jahr 3 350 M.
6 800	—	Die Zahl der hier in Betracht kommenden Beamten beträgt 906; unter Zugrundelegung des Einheitssatzes von 7 M. 50 Pf. auf den Kopf berechnet sich der Budgetsatz auf jährlich 6 800 M.
7 815	465	Die bisher zerstreut unter den einzelnen Budgettiteln angeforderten Unterstützungsbeträge für das nichtetatmäßige Personal wurden aus Zweckmäßigkeitsrücksichten zu einer Sammelposition vereinigt und hier erstmals in Anforderung gebracht.
465		
7 350		
270	—	Rechnungsdurchschnitt.
620	—	Der nicht in die Portobauschsumme inbegriffene Teil des Portoaufwands des Ministeriums, des Oberlandesgerichts, der Landgerichte, der Staatsanwaltschaften, der Hof- und Landesbibliothek, des Münzkabinetts, des Naturalienkabinetts und der Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde beträgt nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 11 218 M. Hierzu die Portobauschsumme, wie bisher . . . . . 37 182 „ zusammen . . 48 400 M.
650	—	Rechnungsdurchschnitt.
490	—	Rechnungsdurchschnitt.
610	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Statt des Rechnungsdurchschnitts mit 14 860 M. wird der bisherige Satz als ausreichend beibehalten.
2 640	—	Aus dieser Position werden auch die Mittel geschöpft zur Gewährung einer in der Billigkeit gegründeten Unterstützung von 500 M. an die Familie eines beim Vollzug eines staatlichen Auftrags verunglückten Sachverständigen.

Gesamtbetrag für die Budgetperiode			Erläuterungen.
Ordentlicher Etat.	Außerordentlicher Etat.	Hauptsumme.	
M.	M.	M.	
15 900 —	456 980	—	456 980
7 420 —	498 580	—	498 580
71 890 —	2 189 600	—	2 189 600
19 950 —	659 220	—	659 220
74 605 —	3 662 650	—	3 662 650
25 390 —	4 813 580	—	4 813 580
76 430 —	3 700 020	243 900	3 943 920
12 642 —	3 085 626	800 000	3 885 626
15 979 —	2 191 050	95 000	2 286 050
652 170 —	22 335 670	2 411 900	24 747 570
9 380 —	666 088	85 000	751 088
7 350 —	45 500	—	45 500
2 640 —	167 400	—	167 400
991 746 —	44 471 964	3 635 800	48 107 764

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
I		**Justizverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Mietzinse aus Gebäuden und Grundstücken	119 380	104 490
	2	Erlös aus abgängigen Gegenständen	1 680	1 010
	3.	Ersatz für Brennmaterialien	2 870	2 870
	4.	Arbeitsbetrieb der Kreis- und Amtsgefängnisse	93 730	94 410
	5.	Untersuchungs- und Straferstehungskosten sowie Geldstrafen	629 690	649 190
	6.	Sonstiger Ersatz	20 470	28 760
	7.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	6 570	4 790
		Summe Titel I.	874 390	885 520
		„ „ „ für beide Jahre	1 748 780	
II.		**Strafanstalten.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	39 570	38 040
	2.	Erlös aus Inventarstücken, Materialien und Viktualien	46 220	45 030
	3.	Einnahmen vom Gewerbebetrieb	902 090	916 570
	4.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	40	40
		Summe Titel II.	987 920	999 680
		„ „ „ für beide Jahre	1 975 840	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
14 890	—	Neuester Stand und zwar:

	bei Gerichten:	bei Notariaten:
1. Mietzinse aus Dienstwohnungen etatmäßiger Beamten (einschließlich der Mietzinse für neu angeforderte Dienstwohnungen)		
a. in staatlichen Gebäuden	59 070 ℳ.	4 840 ℳ.
b. in gemieteten Gebäuden	18 100 „	25 846 „
2. sonstige Mietzinse, Pacht- und Wasserzinse	7 716 „	3 811 „
	84 886 ℳ.	34 497 ℳ.
zusammen . .	119 383 ℳ.	

670	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Neuester Stand.
—	680	Rechnungsdurchschnitt.
—	19 500	Rechnungsdurchschnitt. Hier werden auch die von den Gerichten gegen Beamte der Justizverwaltung erkannten dienstpolizeilichen Geldstrafen sowie die gegen nicht unmittelbar im staatlichen Dienst stehenden Personen (Standesbeamten, Gemeindewaisenräte u. s. w.) erkannten Geldstrafen vereinnahmt.
—	8 290	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 32 470 ℳ. werden mit Rücksicht auf die zwischen den Regierungen sämtlicher Bundesstaaten getroffene Vereinbarung, wonach für die Erledigung von Ersuchen um Rechtshilfe künftig Gebühren nicht mehr erhoben werden (Bekanntmachung vom 12 Oktober 1904 — Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 420), nur 20 470 ℳ. eingestellt.
1 780		Rechnungsdurchschnitt. Hierunter sind auch die von den Gerichtsvollziehern gemäß § 25 der landesherrlichen Verordnung vom 16. November 1899 abzuliefernden Gebührenüberschüsse inbegriffen.
17 340	28 470	
—	17 340	
—	11 130	

1 530	—	Mietzinsen aus Dienstwohnungen nach dem neuesten Stand . . . . . 34 710 ℳ.
		Wasserzinsen nach dem neuesten Stand . . . . . 893 „
		Grundstückserträgnisse, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 3 967 „
		zusammen . . 39 570 ℳ.
1 190	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	14 480	Im Zusammenhalt mit der Ausgabe Titel VIII. § 14 ergibt sich für den Kopf eine Reineinnahme von 286 ℳ. 22 ₰. Der Satz ist für das Männerzuchthaus und Landesgefängnis Bruchsal um je 10 ℳ., für das Landesgefängnis Freiburg um 5 ℳ. für einen Kopf höher, für das Landesgefängnis Mannheim dagegen um 10 ℳ. niederer als bisher angenommen.
—		Seitheriger Satz. Die gegen das Kanzlei- und Aufsichtspersonal erkannten Geldstrafen fließen in die Spar- beziehungsweise Krankenkassen des Kanzlei- und Aufsichtspersonals.
2 720	14 480	
—	2 720	
—	11 760	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
III.		**Unterrichtswesen.**		
		Ordentlicher Etat.		
		Mittel- und Volksschulen.		
	1.	Anteil der Gemeinden am Aufwand für die Bezüge der Volksschullehrer und zwar:		
		1. Jahresbeiträge für die ständigen Lehrerstellen	2 864 570	2 746 440
		2. Schulgeld	633 400	630 880
	2.	Honorar für den Druck und Verlag des Volks- und des Fortbildungsschullesebuchs . .	4 800	4 160
	3.	Sonstige Einnahmen	880	880
		Summe Titel III.	3 503 650	3 382 360
		„ „ „ für beide Jahre . .	7 007 300	
		Zusammenstellung.		
I.		Justizverwaltung	874 390	885 520
II.		Strafanstalten	987 920	999 680
III.		Unterrichtswesen	3 503 650	3 382 360
		Summe der Einnahme . .	5 365 960	5 267 560

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
118 130	—	Bauschbeträge nach § 52 Ziffer 1 des Elementarunterrichtsgesetzes für a. Hauptlehrerstellen: 607 zu 780 ℳ. = 473 460 ℳ., 536 zu 840 ℳ. = 450 240 ℳ., 821 zu 960 ℳ. = 788 160 ℳ., 457 zu 1 080 ℳ. = 493 560 ℳ., 51 zu 1 450 ℳ. = 73 950 ℳ., zusammen 2 472 Stellen zu 2 279 370 ℳ.; b. Unterlehrerstellen: 610 zu 660 ℳ. = 402 600 ℳ., 154 zu 700 ℳ. = 107 800 ℳ., 88 zu 850 ℳ. = 74 800 ℳ., zusammen 852 Stellen zu 585 200 ℳ. und im ganzen somit 2 864 570 ℳ.
2 520	—	Beiträge nach § 52 Ziffer 2 des Elementarunterrichtsgesetzes und zwar für 226 216 Schulkinder (Stand am 1. Juli 1905) zu 2 ℳ. 80 ₰. Gegenüber dem Stand am 1. Juli 1903 (225 316 Schulkinder) ergibt sich eine Zunahme der Schülerzahl um 900 Schulkinder. Bei Berücksichtigung des Abgangs von 1 007 Schulkindern an dem Stand am 1. Juli 1903 infolge der Vereinigung der Gemeinde Brötzingen mit der Stadtgemeinde Pforzheim (vergleiche Ausgabe, Erläuterung zu § 51) ergibt sich eine tatsächliche Zunahme der Schülerzahl um 1 907 Schulkinder.
640	—	Der Verleger hat für das ausschließliche Druck- und Verlagsrecht des Volksschullesebuchs und des Fortbildungsschullesebuchs nach den Verträgen vom 10. März 1880 und vom 23. März/16. April 1901 für jede Auflage von 5 000 Exemplaren ein Honorar von 34 ℳ. für jeden Druckbogen zu zahlen. Budgetsatz unter Zugrundelegung folgender Auflagen: Volksschullesebuch I. Teil 30 000, II. Teil 15 000 Exemplare bei 11,5 beziehungsweise 12,75 Bogenstärke der einzelnen Teile, ferner Fortbildungsschullesebuch 10 000 Exemplare bei einer Stärke von 17 Druckbogen.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 9 150 ℳ. Insbesondere Ersatzleistungen von Gemeinden wegen zuviel bezogener Staatsbeiträge zum Schulaufwand.
121 290	—	Der bisherige Budgetsatz ist beizubehalten, da die angegebene Höhe des Rechnungsdurchschnitts lediglich auf die Ersatzleistungen anläßlich der Regelung des Staatsbeitrags für die zehnjährige Periode 1902/1912 zurückzuführen ist.

Gesamtbetrag für die Budgetperiode: Ordentlicher Etat.	Außerordentlicher Etat.	Hauptsumme.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	ℳ.	
— 11 130	1 748 780	—	1 748 780
— 11 760	1 975 840	—	1 975 840
121 290 —	7 007 300	—	7 007 300
121 290 22 890			
22 890			
98 400	10 731 920	—	10 731 920

Anlage 1.

Vor=

über den Aufwand für den Katholischen

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
IX.	2.	1. Gehalte.				
		1 Präsident B 1	7 500			
		Dienstwohnung (gemietet).				
		1 Vorsitzender Rat B. 3	6 700			
		6 Kollegialmitglieder C. 2	28 300			
		1 Sekretär D. 3	3 000			
		2 Revisionsvorstände E. 2	8 400			
		1 Beamter Dienstzulage nach § 22 der Gehaltsordnung . . .	200			
		17 statt bisher 16 Sekretäre, Revisoren, Registratoren und Expeditoren F. 3	44 570	2 100		
		1 Beamter Dienstzulage nach § 22 der Gehaltsordnung . . .	50			
		12 Revidenten, Sekretariats-, Registratur- und Expeditur-assistenten G. 5	21 350			
		2 Beamte Dienstzulagen nach § 11 der Gehaltsordnung je 100 ℳ.	200			
		2 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ.	200			
		5 statt bisher 4 Kanzleiassistenten J. 7	6 150	1 250		
		2 Kanzleidiener K. 3	2 910			
		1 Beamter Dienstwohnung (gemietet).				
		47 bisher 45 Beamte . . . Summe	129 530	3 350		
		Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge (1 Beamter K. 3)	30			
		Summe . .	129 500			
		Ferner ab die aus allgemeinen und Ortskirchensteuermitteln zu leistenden Vergütungen im bisherigen Anschlage von	1 600			
		Summe . .	127 900			
		Voranschlag für 1906			138 185 ℳ.	
		„ „ 1907			140 745 „	
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich			139 465 ℳ.	
		Übertrag . .			139 465 ℳ.	

auschlag
Oberstiftungsrat in den Jahren 1906|07.

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Nebengehalte beziehen für Besorgung von Depositengeschäften 3 Beamte 140 ℳ., 100 ℳ. und 50 ℳ.; für Führung der Handkasse 1 Beamter 100 ℳ. (vergleiche § 6 b.).

Zur Bearbeitung der immer mehr anwachsenden Revisionsgeschäfte und zur Vornahme öfterer Dienstprüfungen bei Fondsrechnern ist die Anstellung eines weiteren Revisionsbeamten nötig. Wegen der verhältnismäßig großen Zahl der Beamten der Abteilung G. 5 wird daher eine neue Stelle der Tarifabteilung F. 3 hier vorgesehen.

2 Stellen werden durch Beamte der Abteilung J. 6 versehen. Nebengehalt: 1 Beamter für Besorgung von Depositengeschäften 20 ℳ. – (vergleiche § 6 b.).

Die Zahl der nichtetatmäßigen Kanzleigehilfenstellen beträgt, abgesehen von der fast ständigen Schreibaushilfe 6; eine dieser Stellen soll zur Erhaltung tüchtiger Kräfte in eine etatmäßige, Tarifabteilung J. 7 umgewandelt werden.

Nebengehalt: 1 Beamter als Hausmeister 50 ℳ. (vergleiche § 6 b.). Die Beamten beziehen wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten, welches teilweise am Gehalt aufgerechnet wird.

Wegen der beim Oberstiftungsrat vorzunehmenden Ausrechnung von Kirchensteuerschuldigkeiten (vergleiche die Verordnung des Kultusministeriums vom 16. Dezember 1901, Gesetzes- und Verordnungsblatt 1901 Seite 576/77) kommen an dem Aufwand für Gehalte vorweg in Abzug:

1. Die aus allgemeinen Kirchensteuermitteln zu entrichtende Bauschsumme von jährlich . . . . . 800 ℳ.
2. Die von den Kirchengemeinden zu leistenden Vergütungen, nach den Ergebnissen der 3 Jahre 1902 bis 1904 veranschlagt zu jährlich . . . . . 400 „

zusammen . . 1 200 ℳ.

(Bisheriger Anschlag 800 + 800 = 1 600 ℳ.)

Titel.	§.	Ausgabe.		Vor-anschlag für ein Jahr der Budget-periode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				ℳ.	ℳ.
(IX.)	(2.)	Übertrag . .	139 465 ℳ.		
		Nach Abzug der wandelbaren Bezüge (von 1906 ab 2 Beamte)			
		30 + 20 = ...	50 ℳ.		
		und der Deckung aus Kirchensteuermitteln	1 200 „		
			1 250 „		
		restlich . .	138 215 ℳ.		
		und nach Abzug von 1½ % rund	136 100 „	136 100	125 800
		2. Wohnungsgeld.			
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 %		31 700	30 600
		3. Ruhe- und Unterstützungsgehalte (bisher O.-Z. 4)		5 170	5 170
		4. Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse (bisher O.-Z. 6)		10 180	9 640
		5. Unterstützungen, Belohnungen und Gnadengaben		380	330
		6. Andere persönliche Ausgaben (bisher O.-Z. 3)		12 470	11 160
		Zusammen persönlicher Aufwand . .		196 000	182 700
		7. Sachliche Amtsunkosten		14 520	14 520
		Summe der Ausgaben . .		210 520	197 220

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
ℳ.	ℳ		
10 300	—		
1 100	—		
—	—	Auf Grund des Beamtengesetzes (2 Beamte mit 1 365 ℳ. und 3 360 ℳ.)	4 725 ℳ.
		Aus der Zeit vor dem 1. Januar 1890 herrührende Pensionen, neuester Stand rund 890 ℳ., wovon hierher nach Artikel 10 der Vereinbarung zwischen der Großherzoglichen Regierung und dem Erzbischöflichen Ordinariat wegen Beteiligung des Staates am Aufwand für den Oberstiftungsrat (Anlage 8 zum Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1890/91) die Hälfte mit	445 „
		zusammen . .	5 170 ℳ.
540	—	Nach Artikel 6 der erwähnten Vereinbarung kommen in Ansatz:	
		a. wegen erstmaliger etatmäßiger Anstellung oder Ausscheidens aus dem Dienst	570 ℳ.
		b. Versorgungsgehalte für Hinterbliebene von 11 nach dem 1. Januar 1890 aus dem Dienste ausgeschiedenen Beamten, neuester Stand 13 035 ℳ., hiervon die Hälfte	6 527 „
		c. Ersatz für Witwenkassenbeiträge gemäß Nachtrags zu obiger Vereinbarung $^6/_{10}$ der nach beamtengesetzlicher Vorschrift berechneten Witwenkassenbeiträge der aktiven und im Ruhestand befindlichen Beamten des Oberstiftungsrats für ein Jahr durchschnittlich	3 078 „
		zusammen . .	10 175 ℳ.
		rund . .	10 180 „
50	—	Für 38 etatmäßige Beamte der Tarifabteilungen E. bis K. zu 8 ℳ. 50 ₰. und für 7 nichtetatmäßige Beamte zu 7 ℳ. 50 ₰.	
1 310	—	a. Ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals:	
		1 Revident	1 800 ℳ.
		5 Kanzleigehilfen zu durchschnittlich 1300 ℳ. (1 Kanzleigehilfenstelle fällt wegen Anforderung einer weiteren Stelle nach J. 7 weg)	6 500 „
		1 Kanzleidiener	1 200 „
			9 500 ℳ.
		b. Nebengehalte:	
		für Besorgung von Depositengeschäften: 3 Beamte der Tarifabteilung F. 3 140 ℳ., 100 ℳ. und 50 ℳ., zusammen	290 ℳ.
		1 Beamter der Tarifabteilung G. 5 (beziehungsweise J. 6)	20 „
		für Führung der Handkasse: 1 Beamter der Tarifabteilung F. 3	100 „
		für einen Kanzleidiener als Hausmeister	50 „
		für Führung der Regiekasse	200 „
			660 „
		c. Sonstige Ausgaben:	
		für Dienstkleidung der 2 (etatmäßigen) Kanzleidiener je 50 ℳ., zusammen	100 ℳ.
13 300	—	für Schreibaushilfe, die erforderlichenfalls auch von etatmäßigen Beamten geleistet werden soll, sowie für sonstige Dienstaushilfe	2 150 „
		für Invaliden- und Krankenversicherung	60 „
			2 310 „
		zusammen . .	12 470 ℳ.
—	—	Nach Artikel 9 Absatz 2 obiger Vereinbarung kommt der für den zehnjährigen Zeitraum von 1900/1909 festgestellte Betrag von jährlich 14 520 ℳ. in Ansatz.	
13 300	—		

Anlage 1. Kathol. Oberstiftungsrat.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IX.	(2.)	Auf die Großherzogliche Staatskasse entfällt vom persönlichen Aufwande (§§ 1 bis 6)		
		von 196 000 ℳ. die Hälfte mit	98 000	
		und vom sachlichen Aufwand ebenfalls die Hälfte mit	7 260	
		Summe . .	105 260	

Anhang.

Beamte der kirchlichen Vermögensverwaltung, deren Bezüge aus dem verwalteten Vermögen bestritten werden.

Amtsstellen. Art.	Stellenzahl am 1. Juli 1905.	Anforderung für 1906/07.	Erläuterungen.
Stiftungsverwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1	5	5	Die Beamten werden auf Grund der Anmerkung 3 zu Abteilung D. des Gehaltstarifs in den geeigneten Fällen hinsichtlich ihrer Dienstrechte und Bezüge nach D. 1 behandelt. 1 Beamter wird zurzeit nach Gehaltsklasse II, E. 2, behandelt.
Stiftungsverwalter (Gehaltsklasse II.) E. 2	1	1	
Oberbuchhalter F. 5	2	2	
Buchhalter G. 5	4	4	
Verwaltungsassistent G. 7	—	1	Bei einer Verwaltung ist eine Verwaltungsgehilfenstelle J. 7 entbehrlich geworden, dagegen im Interesse des Dienstes eine solche nach G. 7 zur Heranbildung und Erhaltung tüchtigen Personals geboten, und wird daher statt ersterer eine solche nach G. 7 beantragt.
Verwaltungsgehilfen J. 7	3	2	
Summe . .	15	15	

Erläuterungen.

Anlage 2.

Vor=

über den Aufwand für den Evangelischen Oberkirchenrat in der

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(IX.)	11.	1. Gehalte.				
		1 Präsident A. 1 $\frac{12\,000\ ℳ.}{2} = 6\,000\ ℳ.$	—	—		
		1 Vorsitzender Rat B. 1 statt eines Kollegialmitglieds B. 3	6 800	700		
		3 (statt bisher 2) weltliche Kollegialmitglieder B. 3 . . . wogegen 1 Sekretär D. 3 wegfällt.	15 400	3 100		
		1 statt bisher 2 Sekretäre D. 3	3 070			
		2 Revisionsvorstände E. 1	9 700			
		10 Revisoren F. 1	36 830			
		2 Registratoren und Expeditoren F. 3	6 500			
		4 gegen bisher 3 Revidenten G. 4	6 100	1 600		
		1 Registraturassistent G. 5	1 950			
		1 Kanzleiassistent J. 3	1 800			
		1 Kanzleidiener K. 3	1 620			
		27 gegen bisher 26 Beamte . . Summe	89 770	5 400		
		Hiervon ab die aus allgemeinen und Ortskirchensteuermitteln zu leistenden Vergütungen mit	1 500			
			88 270			
		Voranschlag für 1906 . . . . . 98 370 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 98 920 „				
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 98 645 ℳ.				
		nach Abzug der aus Kirchensteuermitteln zu leistenden Vergütungen mit . . . . . 1 400 „				
		restlich . . 97 245 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 95 800 „			95 800	92 300
		2. Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die oben aufgeführten Beamten — ohne den Präsidenten — und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			18 800	18 500
		Übertrag . .			114 600	110 800

anschlag
Eigenschaft als Evangelischer Oberstiftungsrat in den Jahren 1906|07.

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Der derzeitige Präsident ist rein kirchlicher Beamter.
		Die Stelle war seit 1888 erledigt und ist im Jahre 1904 wieder besetzt worden Wegen des sehr angewachsenen Geschäftsstandes war die Wiederbesetzung zur Entlastung des Präsidenten geboten. Die bisherige Zahl von 3 Kollegialmitgliedern ist nicht mehr ausreichend und soll daher auf 4 — einschließlich des vorsitzenden Rats — erhöht werden. Die Einführung der allgemeinen und örtlichen Kirchensteuer hat eine erhebliche Arbeitsvermehrung gebracht, weshalb seit mehreren Jahren ein Sekretär ausschließlich zur Besorgung von Respiziatsarbeiten verwendet werden mußte Dieser Zustand läßt sich aber auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Die zweite Sekretärstelle kommt in Wegfall.
		Die Stelle wird von einem Beamten der Tarifabteilung F. 1 versehen.
		Ein Beamter wird als früherer Stiftungsverwalter in sinngemäßer Anwendung der Anmerkung 3 zu Abteilung D. des Gehaltstarifs nach D. 1 behandelt. Ein Beamter 150 ℳ. Nebengehalt für Besorgung der Depositengeschäfte.
		Ein Beamter bezieht für Führung der Bureaumaterialienrechnung einen Nebengehalt von 40 ℳ.; ein weiterer Beamter für Besorgung der Depositengeschäfte einen solchen von 150 ℳ.
		Die ständige Zunahme der Ortskirchensteuer erhebenden evangelischen Kirchengemeinden macht die Vermehrung des Revisionspersonals zur Notwendigkeit. Zunächst soll eine weitere Revidentenstelle geschaffen werden.
		Der Beamte bezieht wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten. Außerdem erhält derselbe für Besorgung eines Teils des Hauswartsdienstes einen Nebengehalt von 60 ℳ. — vergleiche § 3 a —
		Wegen der beim Oberkirchenrat vorzunehmenden Ausrechnung von Kirchensteuerschuldigkeiten (vergleiche die Verordnung des Kultusministeriums vom 16. Dezember 1901, Gesetzes- und Verordnungsblatt 1901 Seite 576/77) kommen an dem Aufwand für Gehalte als Deckungsmittel vorweg in Abzug: 1. für Berechnung der Steuerschuldigkeiten an allgemeiner Kirchensteuer die aus allgemeinen Kirchensteuermitteln an die Regiekasse abzuliefernde Bauschsumme von jährlich . . . . . 800 ℳ. 2. für Berechnung der Schuldigkeiten an Ortskirchensteuer die von den Kirchengemeinden an die Regiekasse zu leistenden Vergütungen, welche für 1906 und 1907 veranschlagt werden zu jährlich je . . . . . 600 „ gegen bisher jährlich je 700 ℳ. zusammen . . 1 400 ℳ.
3 500	—	
300	—	Ein Beamter (E. 1) wird nach D. 1 behandelt (siehe oben); er bezieht nach § 4 des Wohnungsgeldgesetzes vom 12 Juni 1902 das Wohnungsgeld der Abteilung C., der Beamte K. 3 bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung J. auf Grund von § 23 Absatz 1 des Beamtengesetzes.
3 800	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IX.)	(11.)	Übertrag . .	114 600	110 800
		3. Andere persönliche Ausgaben	4 900	4 600
		4. Ruhe- und Unterstützungsgehalte	6 900	1 900
		5. Hinterbliebenenversorgung	3 740	3 800
		6. Unterstützungen, Belohnungen und Gnadengaben	500	500
		Zusammen Personal-Aufwand . .	130 640	121 600
		7. Sachliche Amtsunkosten	8 536	8 536
		Summe der Ausgabe . .	139 176	130 136
		Auf die Staatskasse entfällt von dem persönlichen Aufwand (Ziffer 1 bis 6) mit 130 640 ℳ die Hälfte mit	65 320	
		und von den sachlichen Amtsunkosten (Ziffer 7) ebenfalls die Hälfte mit	4 268	
		zusammen . .	69 588	

Anhang.

Beamte der kirchlichen Vermögensverwaltung, deren Gehalte aus dem verwalteten Vermögen bestritten werden.

Amtsstellen. Art.	Stellenzahl am 1. Juli 1905.	Voranschlag für 1906/07.	Erläuterungen.
Stiftungsverwalter — Geistliche Verwalter — (Gehaltsklasse I.) E 1	6	6	Die Beamten werden auf Grund der Anmerkung 3 zu Abteilung D des Gehaltstarifs nach D 1 behandelt.
Oberbuchhalter F. 5	1	1	
Buchhalter G. 5	8	8	
Verwaltungsgehilfen J. 7	1	2	Zugang 1 Stelle zur Ermöglichung der im dienstlichen Interesse gebotenen etatmäßigen Anstellung eines erfahrenen älteren Gehilfen.
Summe . .	16	17	

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.		
ℳ.	ℳ.			
3 800	—			
300	-	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten:		
		α. für einen Kanzleibeamten für Führung der Handkassenrechnung		40 ℳ.
		β. für die Kanzleidiener für Beaufsichtigung des Dienstgebäudes (140 ℳ. + 60 ℳ.)		200 „
		γ für 2 Beamte für Besorgung der Depositengeschäfte je 150 ℳ. (neu)	300 ℳ.	
		b. Ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals:		
		2 Kanzleigehilfen zu durchschnittlich 1 400 ℳ.		2 800 „
		c. Stellvertretung und Dienstaushilfe:		
		α. auf dem Sekretariat und der Revision	2 400 „	
		β. für Schreibaushilfe, die nötigenfalls auch von etatmäßigen Beamten geleistet werden soll		860 „
		γ. für Dieneraushilfe		100 „
		d. Dienstkleidung eines Kanzleidieners	50 „	
		e. Sonstige Ausgaben:		
		Kosten für Führung der Regiekasse		300 „
		zusammen	2 750 ℳ.	4 300 ℳ.
		Hiervon ab, als zu dem Aufwand für den Oberkirchenrat in der Eigenschaft als oberste Behörde der evangelischen Landeskirche gehörend, die Hälfte mit		2 150 „
			2 750 ℳ.	2 150 ℳ.
			Summe	4 900 ℳ.
5 000	—	An 2 frühere Beamte der kirchlichen Vermögensverwaltung (846 ℳ. + 1 057 ℳ. =) 1903 ℳ., sodann an Ruhegehalt des vormaligen Präsidenten von 10 000 ℳ. die Hälfte mit 5 000 ℳ., zusammen 6 903 ℳ., rund 6 900 ℳ.		
—	60	a. Zuschüsse an die Beamtenwitwenkasse gemäß Artikel 6 Absatz 2 a der Vereinbarung		330 ℳ.
		b. Ersatzbeträge von Versorgungsgehalten gemäß Artikel 6 Absatz 2 b. der Vereinbarung, neuester Stand 3 382 ℳ., hiervon die Hälfte mit		1 691 „
		c. Ersatz an Witwenkassenbeiträgen gemäß Artikel 6 c. der Vereinbarung, im Durchschnitt für 1 Jahr		1 719 „
		zusammen		3 740 ℳ.
—	—	An Beamte (etatmäßige und nichtetatmäßige) der kirchlichen Vermögensverwaltung beziehungsweise Hinterbliebenen von solchen (Ersatzleistung an die Staatskasse für die von derselben in diesem Betreff bezahlten Beträge, Artikel 7 der Vereinbarung).		
9 100	60			
—	—	Gemäß Artikel 8 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2 der zwischen der Großherzoglichen Regierung und dem Evangelischen Oberkirchenrat getroffenen Bestimmungen über die Regelung der Beteiligung des Staates an dem Aufwand für die Verwaltung des evangelischen Kirchenvermögens kommen von dem Rechnungsdurchschnitt für die 10 Jahre 1889/1898 mit 12 802 ℳ. 83 ₰. zwei Drittel als sachlicher Aufwand in Berechnung.		
9 100	60			
60				
9 040				

Anlage 3.

Universität Heidelberg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Universität Heidelberg für die Jahre 1906|07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	A. Einnahme.		
1.	a. Staatsdotation	922 000	878 500
	b. Wohnungsgeld	88 600	85 800
2.	Zuschüsse aus Stiftungen 2c.	4 850	4 610
3.	Mietzinse	13 415	12 270
4/7.	Sporteln, Immatrikulationsgebühren 2c.	45 700	37 200
8/9.	Sonstige Einnahmen	4 435	3 620
	Summe der Einnahme	1 079 000	1 022 000
	B. Ausgabe.		
1/5.	Lasten der Einnahme	12 050	8 650
	(Hieraus erhalten auch etatmäßige Beamte Gebühren und zwar der Universitätssekretär für Aufstellung des Adreßbuchs, der Universitätsaktuar Sportelkonstatiergebühren und der Universitätskassebuchhalter Sportelhebgebühren.)		
	Eigentlicher Universitätsaufwand:	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/1907 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
6.	Gehalte:	ℳ.	ℳ.
	48 statt bisher 47 ordentliche Professoren und Vorstand der Universitätsbibliothek B. 5 mit 3 800 ℳ. bis 10 600 ℳ.	316 400	—
	1 etatmäßige außerordentliche Professur D. 10 soll in ein Ordinariat B. 5 umgewandelt werden.		
	7 Beamte beziehen Dienstzulagen für den Hauptdienst	6 700	
	5 Beamte haben Dienstwohnung (1 gemietet).		
	Für Gehaltserhöhungen werden 3 000 ℳ. vorgesehen.		
	2 Bibliothekare D. 1	7 200	
	11 außerordentliche und Honorarprofessoren D. 10 mit 2 100 ℳ. bis 4 000 ℳ.	31 300	2 500
	1 Stelle zurzeit unbesetzt In Wegfall 1 Stelle (siehe oben B. 5). Zugang 1 Stelle.		
	Für Gehaltserhöhungen werden 1 000 ℳ. vorgesehen.		
	[Die Mittel für Gehalte der ordentlichen Professoren und des Vorstandes der Universitätsbibliothek (B. 5) einerseits und der außerordentlichen und Honorarprofessoren (D. 10) anderseits sind innerhalb der genehmigten Stellenzahl gegenseitig übertragbar.]		
	61 Beamte . . . . . Übertrag	361 600	2 500	12 050	8 650

§.		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(6.)	61 Beamte . . . . . Übertrag	361 600	2 500	12 050	8 650
	1 Vorstand der Universitätskasse (Gehaltsklasse I.) E. 1 . . .	4 800			
	Kassenzulage	130			
	Dienstwohnung (gemietet).				
	2 Stellen nach F. 5: 1 Kanzleisekretär, 1 Oberbuchhalter . .	5 380			
	1 Beamter Kassenzulage	60			
	1 wissenschaftlich gebildeter Assistent G 1	2 100			
	1 Sekretär G. 5	1 700			
	1 Verwaltungsassistent G. 7	1 200			
	Stelle zurzeit durch einen nichtetatmäßigen Beamten besetzt.				
	2 Hilfslehrer (Fecht- und Reitlehrer) H. 12 (§ 22 Absatz 2 des Beamtengesetzes)	3 100			
	Eine Stelle zurzeit nichtetatmäßig besetzt.				
	Die Beamten beziehen wandelbares Einkommen an Gebühren.				
	An Gehalt werden fürsorglich vorgesehen zusammen 4 000 ℳ, worauf der Wertanschlag der wandelbaren Bezüge in Anrechnung kommt.				
	3 Stellen nach H. 12: 1 Erster Gärtner, 2 Präparatoren . . .	6 150			
	1 Beamter (Erster Gärtner) Dienstzulage als Remunerationsersatz (100 ℳ) und Dienstzulage gemäß § 7 Ziffer 2 der Gehaltsordnungsnovelle vom 9. Juli 1894 (45 ℳ)	145			
	Für den Ersten Gärtner wird eine Gehaltszulage von 150 ℳ vorgesehen, wogegen die Dienstzulage als Remunerationsersatz in Wegfall kommt.				
	1 Beamter (Erster Gärtner) Dienstwohnung.				
	1 Maschinist J. 5	1 550			
	Dienstwohnung (gemietet).				
	Die für den Beamten im dienstlichen Interesse gemietete Wohnung soll demselben nunmehr als Dienstwohnung zugewiesen werden.				
	1 Bureauassistent J. 6	1 600			
	Tarifmäßige Dienstzulage	100			
	3 Oberpedelle J. 8	5 600			
	Die Beamten beziehen wandelbares Einkommen aus Habilitations- und Promotionsgebühren 2c.				
	3 Dienstwohnungen (davon 2 gemietet).				
	9 statt bisher 8 Stellen nach K. 3: Bibliothekdiener (2), Hausmeister (5 statt bisher 4), Gärtner (1), Laborant (1)	10 240	1 100		
	6 statt bisher 5 Dienstwohnungen, davon 1 gemietet. Für den Fall der etatmäßigen Anstellung eines zurzeit mit freier Wohnung in einem staatlichen Gebäude ausgestatteten Beamten soll diese Wohnung als Dienstwohnung zugewiesen werden.				
	86 statt bisher 84 Beamte . . . Summe	405 455	3 600		
	Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge (1 Hilfslehrer, 3 Oberpedelle)	2 500			
		402 955			
	Übertrag . .			12 050	8 650

§.		Vor-anschlag für ein Jahr der Budget-periode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
(6.)	Übertrag . .	12 050	8 650
	Voranschlag für 1906 . . . . . 415 515 ℳ.		
	„ „ 1907 . . . . . 416 475 „		
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 415 995 ℳ.		
	Davon ab die an Stelle von Gehalt zu gewährenden wandelbaren Bezüge (2 Hilfslehrer, 3 Oberpedelle) . . . . . 2 700 „		
	restlich . . 413 295 ℳ.		
	und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 407 100 „	407 100	395 700
7.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 6 sowie für die in Anlage 4 und 5 unter B. § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	88 600	85 800
8.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . . . . (13 Dozenten mit Lehrauftrag, 3 Lektoren, 2 Prosektoren, 47 wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Assistenzärzte und Assistenten, 4 Verwaltungs- und Kanzleigehilfen, 1 Präparator, 23 Institutsdiener, Heizer und Hilfsdiener).	118 000	113 000
9.	Reise- und Umzugskosten	3 300	3 300
10.	Sonstige persönliche Ausgaben	10 875	10 925
	Von der Anforderung entfallen auf:		
	1. Nebengehalte etatmäßiger Beamten:		
	für den jeweiligen Prorektor . . . . . 860 ℳ.		
	für die Dekane der 5 Fakultäten jährlich je 105 ℳ. . . . . 525 „		
	für den Vorstand der Bezirksbauinspektion Heidelberg für Besorgung des Universitätsbauwesens . 500 „		
	für einen Beamten des Bezirksamts Heidelberg für Wahrnehmung der Geschäfte des akademischen Disziplinarbeamten . . . . . 400 „		
	für 3 Lehrer anderer Anstalten für besondere Unterrichtserteilung (2 500 ℳ., 1 400 ℳ. und 800 ℳ.) 4 700 „		
	für einen Beamten der Verwaltung des akademischen Krankenhauses für Besorgung schriftlicher Arbeiten für die medizinische Poliklinik . . . . . 200 „		
	für den Ersten Universitätsgärtner wegen Beaufsichtigung der Instandhaltung der Gartenanlagen bei den akademischen Instituten (klinische Anstalten, zoologisches Institut, Friedrichsbau) . . . 200 „		
	für den Werkmeister des akademischen Krankenhauses für Beaufsichtigung der Zentralheizungen der Hochschule . . . . . 200 „		
	Vergütung an 2 Oberpedelle für Reinigungsarbeiten (450 und 300 ℳ.), an den ersten Bibliothekdiener für Besorgung der Circulation der Novitätenverzeichnisse (180 ℳ.) und den zweiten Bibliothekdiener für Bedienung einiger Seminare (510 ℳ.) . . . . . 1 440 „		
	zusammen . . 9 025 ℳ.		
	2. Dienstkleidung für 3 Oberpedelle, 6 Hausmeister, 3 Bibliothekdiener und 1 Institutsdiener zu je 50 ℳ. . . . . 650 „		
	3. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung . . . . . 1 200 „		
	zusammen . . 10 875 ℳ.		
11.	Sachliche Amtsunkosten	2 000	2 000
12.	Für Unterhaltung der Gebäude	20 000	20 000
13.	Für innere Einrichtung der Gebäude	2 800	2 800
14.	Für gemietete Lokale	18 881	18 871
15.	Für akademische Feierlichkeiten	2 000	2 000
	Übertrag . .	685 606	663 046

§.		1906/07.	Seither.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				M.	M.
	Übertrag . .			685 606	663 046
16.	Auf Universitätsinstitute:				
	a Aversen:	M.	M.		
	1. Bibliothek	31 750	22 750		
	2. Praktisch-theologisches Seminar	4 266	4 266		
	3. Wissenschaftlich-theologisches Seminar	2 000	2 000		
	4 Juristisches Seminar	1 350	1 350		
	5. Staatswissenschaftliches Seminar	300	300		
	6 Philosophisches Seminar	1 000	—		
	7. Volkswirtschaftliches Seminar	1 200	1 200		
	8. Philologisches Seminar	2 550	2 550		
	9. Germanisch-romanisches Seminar	2 000	2 000		
	10 Historisches Seminar	1 160	1 060		
	11. Geographisches Seminar	1 950	1 000		
	12. Orientalisches Seminar	200	200		
	13. Mathematisches Seminar	450	450		
	14. Physikalisches Seminar	450	450		
	15. Musikwissenschaftliches Seminar	200	—		
	16. Archäologisches Institut:				
	a. Abteilung für antike Kunst	4 500	3 200		
	b. Abteilung für alte Geschichte	600	600		
	c. Abteilung für neuere Kunst	2 000	2 000		
	zusammen Ziffer 16	7 100	5 800		
	17. Akademisches Krankenhaus	174 000	159 000		
	18. Irrenklinik	54 000	52 000		
	19. Medizinische Poliklinik	2 100	2 100		
	20 Kinderklinik	4 400	4 400		
	21. Ambulatorische Klinik für Rachen-, Nasen- und Kehlkopfkranke	3 000	2 000		
	22. Institut für Impftechnik	300	300		
	23. Institut für gerichtliche Medizin	800	800		
	24. Hygienisches Institut	3 400	3 400		
	25. Anatomisches Institut	10 000	8 000		
	26. Pathologisch-anatomisches Institut	5 600	4 600		
	27. Physiologisches Institut	6 500	6 000		
	28. Pharmakologisches Institut	3 000	3 000		
	29. Physikalisches Institut	5 500	5 500		
	30. Chemisches Laboratorium	21 000	21 000		
	31 Zoologisches Institut	4 000	3 500		
	32. Mineralogisch-geologisches Institut	2 700	2 700		
	33. Stratigraphisch-paläontologisches Institut	900	900		
	34. Botanisches Institut	11 000	11 000		
	35. Mathematisches Modellkabinett	600	600		
	36. Unterricht in der theoretischen Physik	500	500		
	37. Unterricht in der technischen Chemie	400	400		
	Übertrag . .	371 626	337 076	685 606	663 046

§.		1906/07.	Seither.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(16)	Übertrag . .	371 626	337 076	685 606	663 046
	38. Unterricht in der Landwirtschaft	300	300		
	39. Balneologische Exkursionen	150	150		
	40. Forstbotanische Anlagen im Schloßgarten	86	86		
	41. Naturhistorisch-medizinischer Verein	260	260		
	Zusammen a. . .	372 422	337 872		
	b. Sonstiger Aufwand für Unterrichtserteilung und Institute . . . . . (Hieraus erhalten auch etatmäßige Beamte Honorare für besondere Unterrichtserteilung.)	12 000	12 000		
	zusammen § 16 . .			384 422	349 872
17.	Für Heizung			2 800	2 800
18.	Für Beleuchtung			1 500	1 500
19.	Für Reinigung			1 500	1 500
20.	Wasserverbrauch			1 000	950
21.	Versendungskosten (darunter Portobauschsumme bisher 489 ℳ. 84 ₰.)			800	800
22.	Sonstige Ausgaben			1 372	1 532
	Summe der Ausgabe . .			1 079 000	1 022 000

Bemerkung: Ein Reservefonds ist nicht vorhanden.

Universität Heidelberg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben des akademischen Krankenhauses in Heidelberg für die Jahre 1906|07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
	A. Einnahme.	M.	M.
1.	a. Aversum	174 000	159 000
	b. Zur Bestreitung von Wohnungsgeld	6 400	5 800
2./3.	Aus Grundstücken und Gebäuden	2 630	2 306
4.	Verpflegungskostenbeiträge	550 000	450 000
5.	Einnahme vom Küchenbetrieb	11 000	9 000
6.	Einnahme von Getränken	9 000	4 700
7.	Einnahme vom Betrieb der Apotheke	25 000	20 000
8.	Für Emolumentenbezüge	101 000	90 700
9.	An Inventarienstücken und Materialien	7 500	4 800
10.	Ersatz und sonstige Einnahmen	19 470	15 094
	Summe der Einnahme	906 000	761 400

§.	B. Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
		M.	M.		
1.	Gehalte:				
	1 Verwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1	4 800			
	Kassenzulage	130			
	Der Beamte hat Dienstwohnung.				
	1 Apothekenverwalter F. 3	2 300			
	1 Oberbuchhalter F. 5	2 530			
	Kassenzulage	90			
	1 Werkmeister H. 2	2 700			
	Dienstwohnung.				
	1 Maschinist J. 5	1 400			
	Dienstwohnung.				
	3 Bureauassistenten J. 6	5 740			
	3 tarifmäßige Dienstzulagen von je 100 M.; 1 Kassenzulage von 40 M.	340			
	1 Hausmeister K. 3	1 400			
	Dienstwohnung.				
	3 statt bisher 2 Stellen nach K. 7: Hausdiener (2), Pförtner (1)	2 120	1 000		
	1 Weißzeugbeschließerin K. 12	800			
	13 statt bisher 12 Beamte. Summe	24 350	1 000		
	Voranschlag für 1906	26 020 M.			
	„ „ 1907	26 490 „			
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich	26 255 M.			
	und nach Abzug von 1½ % rund	25 900 „		25 900	23 300
	Übertrag			25 900	23 300

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ
	Übertrag . .	25 900	23 300
2.	Wohnungsgeld Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme .	6 400	5 800
3.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . . . . (26 Assistenzärzte und Assistenten, 11 Volontärassistenten, 4 Verwaltungs- und Kanzleigehilfen, 6 Oberinnen, 93 Krankenschwestern und Wärterinnen, 2 Hebammen, 22 Schülerinnen, 5 Wärter, 3 Pförtner, 9 Ambulanz- und Laboratoriumsdiener, 17 Hilfsdiener und Hausburschen, 9 Heizer und Schlosser, 1 Wirtschafterin, 2 Köchinnen, 5 Beiköchinnen, 26 Hausmädchen und Aufwärterinnen, 12 Küchenmädchen, 22 Waschmädchen, Näherinnen und Büglerinnen)	206 000	182 000
4.	Sonstige persönliche Ausgaben und zwar:		
	1. Nebengehalte etatmäßiger Beamten:		
	eines etatmäßigen Universitätsbeamten für Besorgung der Sekretariatsgeschäfte der Krankenhauskommission . . . . . 700 ℳ.		
	eines Universitätsdieners für Bedienung der Krankenhauskommission . . . . . 250 „		
	eines etatmäßigen Beamten des Krankenhauses für besondere Mühewaltung bei Besorgung der Verwaltungsgeschäfte der Frauen- und Ohrenklinik . . . . . 300 „		
	eines etatmäßigen Beamten des akademischen Krankenhauses für Besorgung schriftlicher Arbeiten der Frauenklinik . . . . . 400 „		
	des Apothekenverwalters für die Leitung und Beaufsichtigung des Mineralwasserbetriebs . . . . . 700 „		
	2. Beitrag zur Kasse des Badischen Frauenvereins für die Wärterinnen . . . . . 3 500 „		
	3. Für gottesdienstliche Verrichtungen . . . . . 2 000 „		
	4. Dienstkleidung für den Hausmeister . . . . . 50 „		
	5. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung . . . . . 3 200 „		
	6. Sonstiges (Rasieren der Kranken 2c. 2c.) . . . . . 850 „	11 950	10 850
5.	Für sachliche Amtsunkosten	3 500	3 500
6.	Aufwand auf Gebäude und Grundstücke	32 000	30 000
7.	Aufwand gegen Feuersgefahr	500	500
8.	Verpflegungskosten	350 000	300 000
9.	Heilkosten	100 000	75 000
10.	Für Instrumente, Apparate 2c.:		
	a. Aversum der medizinischen Klinik . . . . . 2 300 ℳ.		
	b. „ „ chirurgischen Klinik . . . . . 5 600 „		
	c. „ „ Augenklinik . . . . . 2 000 „		
	d. „ „ Frauenklinik . . . . . 3 000 „		
	e. „ „ Ohrenklinik . . . . . 1 800 „		
	f. „ „ experimentellen Krebsforschung . . . . . 15 000 „	29 700	13 900
11.	Für Bettwerk, Weißzeug und Kleidungsstücke	25 000	20 000
12.	Für Geräte	15 000	12 000
13.	Heizung	50 000	40 200
14.	Beleuchtung	27 000	22 000
15.	Reinigung der Anstaltsgebäude und der Wäsche	20 000	19 500
	Übertrag . .	902 950	758 550

§.		Vor-anschlag für ein Jahr der Budget-periode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	Übertrag . .	902 950	758 550
16.	Transport- und Beerdigungskosten	100	50
17.	Versendungskosten:		
	a. Porto (darunter Portobauschsumme bisher 561 ℳ. 20 ₰.)	1 800	1 500
	b. Fracht ꝛc ꝛc.		
18.	Sonstige Ausgaben	1 150	1 300
	Summe der Ausgabe . .	906 000	761 400

Bemerkung:
Das akademische Krankenhaus besitzt kein rentierendes Vermögen

Anlage 5.

Universität Heidelberg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Universitäts-Irrenklinik in Heidelberg für die Jahre 1906|07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	A. Einnahme.		
1.	a. Aversum	54 000	52 000
	b. Wohnungsgeld	3 200	3 300
2.	Verpflegungskostenbeiträge	88 000	80 000
3.	Für Emolumentenbezüge	20 360	18 800
4.	Mietzinse von Gebäuden	1 250	1 490
5.	Erlös von Inventarienstücken und Materialien	300	300
6.	Sonstige Einnahmen	990	810
	Summe der Einnahme	168 100	156 700

	B. Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
1.	Gehalte:	ℳ.	ℳ.		
	1 Kanzleisekretär F. 5	2 020			
	1 Werkmeister H. 2	2 350			
	Der Beamte hat Dienstwohnung.				
	1 Oberwärter J. 9	1 650			
	1 Pförtner K. 7 (die seitherige Dienstwohnung ist als solche infolge geringer Beschaffenheit in Wegfall gekommen)	1 000			
	1 Wärter K. 11	900			
	1 Oberwärterin K. 12	1 000			
	1 Wärterin K. 17	600			
	7 Beamte Summe	9 520			
	Voranschlag für 1906	9 810 ℳ.			
	„ „ 1907	10 020 „			
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich	9 915 ℳ.			
	und nach Abzug von 1½ % rund	9 800 „		9 800	9 400
2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			3 200	3 300
	Übertrag			13 000	12 700

§§		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	Übertrag . .	13 000	12 700
	Andere persönliche Ausgaben und zwar:		
3.	Vergütung und sonstige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals . . . . . (1 Hilfsarzt, 2 Assistenzärzte, 2 Volontärärzte, 1 Schreibaushilfe, 18 Wärter, 18 Wärterinnen, 1 Laboratoriumsdiener, 1 Gärtner, 1 Köchin, 4 Küchenmädchen, 1 Hausmädchen, 1 Heizer, 1 Hilfsheizer, 1 Hausbursche.)	46 600	41 150
4.	Sonstige persönliche Ausgaben und zwar:		
	a. Beitrag zum Verwaltungsaufwand des akademischen Krankenhauses (einschließlich der Vergütung für die Kassen- und Rechnungsführung der Irrenklinik mit jährlich 300 ℳ., diese eventuell auch an einen etatmäßigen Beamten) . . . . . 1 800 ℳ.		
	b. für gottesdienstliche Verrichtungen (einschließlich Organistenvergütung) . . . . . 690 „		
	c. Dienstkleidung für den Pförtner . . . . . 50 „		
	d. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung . . . . . 1 300 „		
	e. zum Ankauf von Weihnachtsgeschenken für das Personal (auch für etatmäßige Beamte) . . . . . 350 „		
	f. Sonstiges (Vergütung für Nachtwachen, Rasieren und Haarschneiden der Kranken, Versicherung des Personals gegen Unfall bei einer Privatversicherungsgesellschaft ꝛc.) 1 160 „		
		5 350	4 800
5	Für sachliche Amtsunkosten	700	700
6.	Aufwand auf Gebäude und Grundstücke	5 000	5 000
7.	Aufwand gegen Feuersgefahr	100	100
8.	Verpflegungskosten	55 500	50 500
9.	Heilkosten	2 500	2 500
10.	Für Kleidungsstücke	3 000	3 000
11.	Für Bettwerk	4 000	4 000
12.	Für Zimmer- ꝛc Geräte	4 000	4 000
13.	Für medizinische und chirurgische Apparate und Instrumente	1 500	1 500
14.	Heizung	10 500	10 500
15.	Beleuchtung	4 500	4 500
16.	Reinigung	10 000	9 800
17.	Für die Bibliothek	700	700
18.	Versendungskosten:		
	a. Porto (darunter Portobauschsumme bisher 331 ℳ. 52 ₰) . . . . . 850 ℳ.		
	b. Fracht ꝛc. . . . . 150 „		
		1 000	1 000
19.	Sonstige Ausgaben	150	250
	Summe der Ausgabe . .	168 100	156 700

Bemerkung: Die Anstalt besitzt kein rentierendes Vermögen.

Anlage 6.

Universität Freiburg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Universität Freiburg für die Jahre 1906/07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	A. Einnahme.		
1.	a. Staatsdotation	715 000	673 100
	b. Wohnungsgeld	86 900	84 300
2.	Zuschüsse aus Stiftungen ꝛc.	9 900	10 647
3/7.	Einnahme aus eigenem Vermögen und Berechtigungen	45 000	45 050
8/10.	Sporteln, Immatrikulationsgebühren ꝛc.	51 000	40 350
11/12.	Sonstige Einnahmen	5 400	4 353
	Summe der Einnahme	913 200	857 800
	B. Ausgabe.		
1/10.	Lasten der Einnahme	25 300	25 400
	(Hieraus erhalten auch etatmäßige Professoren der theologischen Fakultät Honorare für Abhaltung des Universitätsgottesdienstes, sowie sonstige etatmäßige Beamte Gebühren und zwar: der Universitätssekretär für Aufstellung des Adreßbuchs, der Universitätsaktuar Sportelkonstatiergebühren und der Universitätskassebuchhalter Sportelhebgebühren).		
	Eigentlicher Universitätsaufwand:	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
11.	Gehalte:	ℳ.	ℳ.
	52 statt bisher 50 ordentliche Professoren und Vorstand der Universitätsbibliothek B. 5 mit 3 600 ℳ. bis 7 800 ℳ.	275 600	
	2 etatmäßige außerordentliche Professuren D. 10 sollen in Ordinariate B. 5 umgewandelt werden.		
	1 Beamter Dienstzulage für den Hauptdienst	1 200	
	Für Gehaltserhöhungen werden vorgesehen 3 000 ℳ.		
	3 Bibliothekare D. 1	9 300	
	13 statt bisher 14 außerordentliche und Honorarprofessoren D. 10 mit 1 200 ℳ. bis 3 000 ℳ.	29 200	2 000
	1 Stelle bei Wechsel in der Besetzung künftig wegfallend mit 2 400 ℳ.		
	In Wegfall kommen 2 Stellen (siehe oben B. 5). Zugang 1 Stelle.		
	Für Gehaltserhöhungen werden vorgesehen 1 000 ℳ.		
	Die Mittel für Gehalte der ordentlichen Professoren und des Vorstandes der Universitätsbibliothek (B. 5) einerseits und der außerordentlichen und Honorarprofessoren (D. 10) anderseits sind innerhalb der genehmigten Stellenzahl gegenseitig übertragbar.		
	1 Vorstand der Universitätskasse (Gehaltskasse I.) E. 1	4 370	
	Kassenzulage	130	
	69 Beamte Übertrag	319 800	2 000
			25 300 25 400

§.		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(11.)	69 Beamte . . . . . Übertrag	319800	2000	25300	25400
	2 Stellen nach F. 5: 1 Kanzleisekretär, 1 Oberbuchhalter . .	5000			
	1 Beamter (Oberbuchhalter) Kassenzulage	60			
	1 Universitätsaktuar G. 7	1800			
	2 Hilfslehrer (Fecht- und Reitlehrer) H. 12 (§ 22 Absatz 2 des Beamtengesetzes)	3100			
	Eine Stelle zurzeit nichtetatmäßig besetzt.				
	Die Beamten beziehen wandelbares Einkommen an Gebühren.				
	An Gehalt werden fürsorglich vorgesehen zusammen 4000 ℳ, worauf der Wertanschlag der wandelbaren Bezüge in Anrechnung kommt.				
	1 Beamter Dienstwohnung. Die bisherige Mietwohnung in einem Universitätsgebäude soll aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Beamten als Dienstwohnung zugewiesen werden.				
	3 statt bisher 2 Stellen nach H. 12: 1 Erster Gärtner, 2 (statt bisher 1) Präparatoren	3900	1400		
	1 Beamter (Erster Gärtner) Dienstzulage als Remunerationsersatz 50 ℳ und Dienstzulage gemäß § 7 Ziffer 2 der Gehaltsordnungsnovelle vom 9. Juli 1894 45 ℳ	95			
	Der Erste Gärtner und 1 Präparator haben Dienstwohnungen				
	1 Maschinist J. 5	1400			
	Dienstwohnung.				
	1 Bureauassistent J. 6	1582			
	Tarifmäßige Dienstzulage	100			
	Kassenzulage	40			
	2 Oberpedelle J. 8	3750			
	Die Beamten beziehen wandelbares Einkommen aus Habilitations- und Promotionsgebühren ꝛc.				
	5 Stellen nach K. 3: Bibliothekdiener (1), Hausmeister (3), Laborant (1)	6050			
	1 Stelle zurzeit nichtetatmäßig besetzt.				
	3 Dienstwohnungen, davon 1 gemietet.				
	86 statt bisher 84 Beamte . . Summe	346677	3400		
	Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge (1 Hilfslehrer und 2 Oberpedelle)	1550			
		345127			
			Übertrag . .	25300	25400

§.		Vor-anschlag für ein Jahr der Budget-periode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
(11.)	Übertrag . .	25 300	25 400
	Voranschlag für 1906 . . . . . 357 037 ℳ.		
	„ „ 1907 . . . . . 357 557 „		
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 357 297 ℳ.		
	davon ab die an Stelle von Gehalt zu gewährenden wandelbaren Bezüge (2 Hilfslehrer, 2 Oberpedelle) . . . . . 2 150 „		
	restlich . . 355 147 ℳ.		
	und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 349 800 „	349 800	339 400
12.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 11 sowie für die in Anlage 8 und 9 unter B. § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	86 900	84 300
13.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . . . . (3 Dozenten mit Lehrauftrag, 2 Lektoren, 52 wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiter und Assistenten, 3 Kanzleigehilfen, 1 Lesehalleaufseher, 1 Zeichner, 2 Präparatoren, 3 Laboranten, 21 Institutsdiener, Hilfsdiener und Heizer.)	99 000	96 600
14.	Reise- und Zugskosten	2 000	2 000
15.	Sonstige persönliche Ausgaben	8 770	8 800
	Von der Anforderung entfallen auf:		
	1. Nebengehalte etatmäßiger Beamte:		
	für den jeweiligen Prorektor . . . . . 860 ℳ.		
	für die Dekane der 4 Fakultäten und den Prodekan der philosophischen Fakultät je 105 ℳ. . . . 525 „		
	für den Direktor (180 ℳ.) und die 4 Räte der Wirtschaftsdeputation (je 90 ℳ.), zusammen . . 540 „		
	für den Vorsitzenden der akademischen Baukommission . . . . . 180 „		
	für einen Bezirksassistenzarzt für Unterrichtserteilung . . . . . 500 „		
	für den Vorstand der Bezirksbauinspektion Freiburg für Besorgung des Universitätsbauwesens . 500 „		
	für einen Beamten des Bezirksamts Freiburg für Wahrnehmung der Geschäfte des akademischen Disziplinarbeamten und Syndikus . . . . . 1 000 „		
	für einen Universitätskanzleibeamten wegen Besorgung der Schreibgeschäfte in Sachen der Anweisungen auf die Kasse der psychiatrischen Klinik . . . . . 300 „		
	für den Ersten Gärtner wegen Beaufsichtigung der Instandhaltung der Gartenanlagen der akademischen Institute . . . . . 300 „		
	für den Werkmeister der psychiatrischen Klinik wegen Beaufsichtigung der Dampfkesselbetriebe und Zentralheizungsanlagen der Hochschule . . . . . 200 „		
	zusammen . . 4 905 ℳ.		
	2. Dienstkleidung für 2 Oberpedelle, 2 Bibliothekdiener, 3 Hausmeister und 2 Diener je 50 ℳ. . . 450 „		
	3. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung . . . . . 3 415 „		
	zusammen . . 8 770 ℳ.		
16.	Sachliche Amtsunkosten	5 000	5 000
17.	Für Unterhaltung der Gebäude	22 000	22 000
18	Für innere Einrichtung der Gebäude	2 000	2 000
19.	Für gemietete Lokale	5 430	3 730
20.	Für akademische Feierlichkeiten	1 000	1 000
21.	Auf Universitätsinstitute:		

	1906/07.	Seither.
	ℳ.	ℳ.
a. Aversen:		
1. Bibliothek	20 000	20 000
2. Publikationen aus dem Universitätsarchiv	700	700
3. Akademische Lesehalle	4 000	4 000
Übertrag . .	24 700	24 700

		607 200	590 230

§.		1906/07.	Seither.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(21.)	Übertrag . .	24 700	24 700	607 200	590 230
	4. Theologische Seminare	1 600	1 400		
	5. Philosophisches Seminar (in der theologischen Fakultät)	200	200		
	6. Christlich-archäologisches Seminar (in der theologischen Fakultät) .	300	300		
	7. Juristisches Seminar	1 500	1 000		
	8. Kameralistisches Seminar	1 000	1 000		
	9 Seminar für klassische Philologie	1 400	1 400		
	10. Seminar für romanische Philologie	400	400		
	11. Seminar für deutsche Philologie	300			
	12. Seminar für englische Philologie	400	850		
	13. Seminar für Literaturgeschichte	150			
	14. Historisches Seminar	900	900		
	15. Philosophisches Seminar	500	500		
	16. Sprachwissenschaftliches Seminar	200	—		
	17. Orientalisches Seminar	250	—		
	18. Geographisches Institut	800	800		
	19. Psychologisches Laboratorium	200	200		
	20. Archäologische Sammlung und Münzkabinett einschließlich der Sammlung für neuere Kunstgeschichte	2 000	2 000		
	21. Museum für Urgeschichte und Ethnographie	700	700		
	22. Geologisches Institut (einschließlich 300 ℳ. für Exkursionen) . . .	3 800	3 300		
	23. Mineralogisches Institut	1 500	800		
	24. Zoologisches Institut	2 000	2 000		
	25. Botanischer Garten	4 000	4 000		
	26. Botanisches Institut	300	274		
	27. Pharmakognostisches Institut	1 200	1 000		
	28. Physikalisches Institut	4 300	4 000		
	29. Physikalisch-chemisches Institut	1 500	1 200		
	30. Mathematisch-physikalisches Institut	1 000	—		
	31. Technologisches Institut	500	500		
	32. Mathematisches Institut	850	850		
	33. Chemisches Laboratorium:				
	Abteilung der medizinischen Fakultät	5 500	5 000		
	„ „ philosophischen „	6 800	6 800		
	34. Anatomische Anstalt und Sammlung für normale Anatomie . . .	8 000	7 000		
	35. Anatomische Anstalt — anthropologische Abteilung	200	200		
	36. Vergleichend anatomische Anstalt und Sammlung	500	500		
	37. Pathologisch-anatomische Anstalt und Sammlung für pathologische Anatomie	4 000	4 000		
	38. Zeichnung anatomischer Gegenstände	171	171		
	39. Hygienisches Institut	3 000	2 500		
	40. Physiologisches Institut	3 000	3 000		
	41. Pharmakologisches Kabinett	240	240		
	Übertrag . .	89 861	83 685	607 200	590 230

§.		1906/07.	Seither.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(21.)	Übertrag . .	89 861	83 685	607 200	590 230
	42. Medizinische Klinik	5 000	4 000		
	43. Für medizinische Zeitschriften	343	343		
	44. Medizinische Poliklinik	1 000	1 000		
	45. Chirurgische Klinik	11 000	11 000		
	46. Chirurgie (Instrumente, Leichen ꝛc.)	4 000	3 300		
	47. Dermatologische Klinik	2 500	1 600		
	48. Betriebszuschuß für das klinische Hospital (darunter für Gebäudeunterhaltung 1 500 ℳ.)	11 500	3 000 686		
	49. Frauenklinik	43 000	33 000		
	50 Sammlung geburtshilflicher Apparate und Instrumente	43	43		
	51. Geburtshilfliche Poliklinik	200	200		
	52. Augenklinik	16 000	11 500		
	53. Psychiatrische Klinik	55 000	52 000		
	54 Klinik für Nasen- und Kehlkopfkranke	4 500	4 500		
	55. Ohrenklinik	4 700	4 700		
	56 Unterricht in der Impftechnik	300	300		
	57. Kinderheilkunde	1 500	1 500		
	58. Zahnheilkunde	1 000	800		
	59. Gerichtliche Medizin	200	200		
	60. Umlaufender Zuschuß für die naturwissenschaftlichen Institute . . .	300	300		
	zusammen a. . .	251 947	217 657		
	b. Sonstiger Aufwand für Unterrichtserteilung und Institute . . . . . (Aus dieser Position erhalten auch etatmäßige Beamte Honorare für besondere Unterrichtserteilung.)	12 000	12 000		
	zusammen § 21 . .			263 947	229 657
22.	Heizung			22 000	20 000
23.	Beleuchtung			8 000	7 000
24.	Reinigung			4 500	3 500
25.	Wasserverbrauch			5 500	5 500
26.	Versendungskosten (darunter Portobauschsumme bisher 373 ℳ. 04 ₰.)			1 300	1 100
27.	Sonstige Ausgaben			753	813
	Summe der Ausgabe . .			913 200	857 800

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
	Bemerkung: Das Vermögen der Hochschule — Stiftungsvermögen — (auf 1. Januar 1905) besteht in:		
	A. Rentierendem Vermögen.		
	1. Gebäude und Liegenschaften im Anschlage von . . . . . 1 246 026 M. 72 Pf.		
	2. Aktivkapitalien . . . . . 49 941 „ 29 „		
	B. Nichtrentierendem Vermögen.		
	3. Universitätsgebäude im Anschlage von . . . . . 1 454 171 „ 66 „		
	4. Einnahmerückstände und Kassenvorrat . . . . . 57 400 „ 78 „		
	2 807 540 M. 45 Pf.		
	Davon ab:		
	Passivgefälle, Passivkapitalien und Ausgaberückstände . . . . . 418 725 „ 47 „		
	Reines Grundstocksvermögen . . 2 388 814 M. 98 Pf.		

Anhang.

Beamte der akademischen Studienstiftungsverwaltung Freiburg, deren Dienstbezüge aus dem verwalteten Vermögen bestritten werden.

Amtsstellen. Art.	Stellenzahl am 1. Juli 1905	Anforderung für 1906/07.	Bemerkungen
1 Stiftungsverwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1	1	1	Für Besorgung der Kassen- und Rechnungsführung der psychiatrischen Klinik beziehen an Nebengehalten:
1 Buchhalter G 5	1	1	der Stiftungsverwalter jährlich . . . . . 400 M.
zusammen . .	2	2	„ Buchhalter „ . . . . . 200 „

Anlage 7.

Universität Freiburg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Frauenklinik in Freiburg für die Jahre 1906|07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		M.	M.
	A. Einnahme.		
1.	a. Aversum	43 000	33 000
	b. Zur Bestreitung des Wohnungsgeldes	400	400
2.	Verpflegungskostenbeiträge	56 000	58 000
3.	Emolumentenbezüge	18 020	15 500
4.	Sonstige Einnahmen	3 080	2 500
	Summe der Einnahme	120 500	109 400
	B. Ausgabe.		
1.	Gehalte: Effektivetat auf 1. Juli 1905.		
	1 Hausmeister K. 3. 1 100 M.		
	Voranschlag für 1906 und 1907 jährlich 1 250 „		
	und nach Abzug von 1½ % 1 200 „	1 200	1 100
2.	Wohnungsgeld	400	400
3.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals (5 Assistenten*), 1 Oberin, 14 Schwestern, 1 Haushaltungsschülerin, 1 Oberhebamme 1 Hebamme, 3 Wochenpflegerinnen, 1 Maschinist, 1 Heizer, 1 Hausdiener, 1 Köchin, 1 Beiköchin, 1 Weißzeugbeschließerin, 1 Näherin, 2 Weißzeuggehilfinnen, 10 Küchen-, Wasch-, Zimmer- und Hausmädchen.)	36 800	29 600
4.	Sonstige persönliche Ausgaben:		
	a. Vergütung für Führung der Kasse nnd Rechnung der Anstalt — eventuell auch an etatmäßige Beamte 2 000 M.		
	b. Vergütung für den Apotheker des klinischen Hospitals für die Bereitung der Arzneien für die Frauenklinik 300 „		
	c. für gottesdienstliche Verrichtungen 300 „		
	d. Dienstkleidung für den Hausmeister 50 „		
	e. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 350 „	3 000	2 850
5.	Sachliche Amtsunkosten	1 000	800
6.	Verpflegungskosten	42 000	42 000
7.	Heilkosten	5 000	4 200
8.	Für Instrumente und Apparate 2c.	3 000	3 000
9.	Für Inventar	6 000	6 000
10.	Für Reinigung	3 000	3 600
11.	Für Heizung	8 500	8 000
12.	Für Beleuchtung	4 000	3 000
13.	Aufwand auf das Anstaltsgebäude und den Garten	4 000	4 000
14.	Versendungskosten	350	200
15.	Sonstige Ausgaben	2 250	650
	Summe der Ausgabe	120 500	109 400

Bemerkung: Die Anstalt besitzt kein rentierendes Vermögen.

*) Die Assistentenvergütungen sind bisher bei der Universitätskasse verrechnet worden.

Universität Freiburg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Augenklinik in Freiburg für die Jahre 1906/07.

§		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		M.	M.
	A. Einnahme.		
1	Aversum	16 000	11 500
2	Verpflegungskostenbeiträge	28 000	30 000
3	Vergütung für Emolumentenbezüge	3 780	3 840
4	Sonstige Einnahmen	620	1 060
	Summe der Einnahme	48 400	46 400
	B. Ausgabe.		
1.	Gehalte	—	—
2.	Wohnungsgeld	—	—
	Andere persönliche Ausgaben und zwar:		
3.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals (3 Assistenten*), 1 Oberin, 4 Schwestern, 1 Pförtner, 1 Hausdiener, 1 Köchin, 1 Küchenmädchen, 1 Hausmädchen.)	14 500	11 600
4.	Sonstige persönliche Ausgaben und zwar:		
	a. Vergütung für Führung der Kasse und Rechnung der Anstalt — eventuell auch an einen etatmäßigen Beamten 900 M.		
	b. für gottesdienstliche Verrichtungen 100 „		
	c. Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung 80 „		
	d. Sonstiges (Rasieren und Haarschneiden der Kranken 2c.) 80 „	1 160	1 360
5.	Sachliche Amtsunkosten	600	700
6.	Verpflegungskosten	17 000	18 000
7.	Heilkosten	2 600	2 000
8.	Für Instrumente, Apparate 2c.	2 000	2 200
9.	Für das Inventar	3 000	3 000
10.	Für Reinigung	2 600	2 600
11.	Für Heizung	3 000	3 000
12.	Für Beleuchtung	1 400	1 500
13.	Aufwand auf das Anstaltsgebäude und den Garten	100	100
14.	Versendungskosten	200	80
15.	Sonstige Ausgaben	240	260
	Summe der Ausgabe	48 400	46 400

Bemerkung: Die Anstalt besitzt kein rentierendes Vermögen.

*) Die Assistentenvergütungen sind bisher bei der Universitätskasse verrechnet worden.

Anlage 9.

Universität Freiburg.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der psychiatrischen Klinik in Freiburg für die Jahre 1906|07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	A. Einnahme.		
1.	a. Aversum	55 000	52 000
	b. Zur Bestreitung von Wohnungsgeld	3 700	3 600
2.	Verpflegungskostenbeiträge	80 000	68 000
3.	Emolumentenbezüge	21 940	19 180
4.	Erlös aus Inventarienstücken und Materialien	250	410
5.	Sonstige Einnahmen	4 110	3 810
	Summe der Einnahme	165 000	147 000

	B. **Ausgabe.**	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
1.	Gehalte:	ℳ.	ℳ.		
	1 Kanzleisekretär F. 5	2 550			
	Dienstwohnung (gemietet).				
	1 Werkmeister H. 2	2 550			
	1 Oberwärter J. 9	1 740			
	Dienstwohnung (gemietet).				
	2 Beamte nach K. 7: 1 Hausdiener, 1 Pförtner	2 240			
	1 Beamter Dienstwohnung (gemietet).				
	1 Wärter K. 11	900			
	1 Oberwärterin K. 12	1 200			
	1 Wärterin K. 17	600			
	8 Beamte Summe	11 780			
	Voranschlag für 1906	12 280 ℳ.			
	„ „ 1907	12 400 „			
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich	12 340 ℳ.			
	und nach Abzug von 1½ % rund	12 200 „		12 200	11 200
2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			3 700	3 600
3.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals (1 Hilfsarzt, 3 Assistenzärzte, 1 Volontärarzt, 1 Weißzeugbeschließerin, 19 Wärter, 19 Wärterinnen, 1 Köchin, 1 Beiköchin, 5 Küchen- und Hausmädchen, 1 Büglerin, 2 Heizer).			45 700	39 930
	Übertrag			61 600	54 730

§.			Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
	Übertrag . .		61 600	54 730
4.	Sonstige persönliche Ausgaben:			
	a. Honorare wegen Abhaltung des Gottesdienstes (eventuell auch an etatmäßige Beamte)	1 072 ℳ.		
	b. für Besorgung der Verwaltungsgeschäfte der Abteilung für Nervenkranke (eventuell auch an etatmäßige Beamte)	300 „		
	c. für Führung der Kasse und Rechnung der Klinik (eventuell auch an etatmäßige Beamte)	900 „		
	d. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung	700 „		
	e. Zum Ankauf von Weihnachtsgeschenken für das Personal (auch für etatmäßige Beamte)	378 „		
			3 350	3 000
5.	Sachliche Amtsunkosten		900	800
6.	Aufwand auf Gebäude und Grundstücke		5 500	5 500
7.	Aufwand gegen Feuersgefahr		100	100
8.	Verpflegungskosten		52 000	45 000
9.	Heilkosten		5 500	5 000
10.	Für Kleidungsstücke		2 200	2 200
11.	Für Bettwerk		3 000	3 000
12.	Für Geräte		3 000	2 500
13.	Für medizinische und chirurgische Apparate und Instrumente		1 200	1 000
14.	Für Heizung		8 400	8 000
15.	Für Beleuchtung		5 000	4 500
16.	Für Reinigung		10 500	9 000
17.	Für die Bibliothek		1 000	1 000
18.	Versendungskosten:			
	a. Porto (darunter Portobauschsumme bisher 195 ℳ. 80 ₰)	270 ℳ.		
	b. Fracht und andere Versendungskosten	80 „		
			350	350
19.	Sonstige Ausgaben		1 400	1 320
	Summe der Ausgabe . .		165 000	147 000

Bemerkung: Der Betriebs- und Reservefonds der Anstalt betrug auf 1. Januar 1905 rund 3700 ℳ.

Anlage 10.

Technische Hochschule in Karlsruhe.

Voranschlag

der Einnahmen und Ausgaben der Technischen Hochschule in Karlsruhe für die Jahre 1906|07.

§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.
	A. Einnahme.		
1.	a. Staatsdotation	399 000	396 000
	b. Wohnungsgeld	53 500	52 600
2.	Zuschuß aus dem Reservefonds	30 000	30 000
3	Zuschuß aus der Stulzschen Stiftung und anderen Kassen	1 970	1 970
4.	Mietzinse	3 827	3 800
5.	Kapitalzinse	6 000	4 000
6.	Anteil an den Beiträgen der Studierenden	150 000	135 000
7.	Aus Inventarienstücken und Materialien	2 000	1 800
8.	Sonstige Einnahmen	5 703	5 830
	Summe der Einnahme	652 000	631 000

	B. Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.		
1.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.		
	35 ordentliche Professoren B. 5 mit 3 600 bis 8 300 ℳ.	199 100			
	Dienstzulagen für 5 Beamte	4 500			
	2 Dienstwohnungen (davon 1 gemietet).				
	2 außerordentliche Professoren D. 10 mit 2 500 ℳ. und 4 000 ℳ.	6 500			
	Dienstzulage für 1 Beamten	500			
	Für Gehaltserhöhungen werden zu den seitherigen Voranschlagssätzen vorgesehen für ordentliche Professoren 2 500 ℳ. und für außerordentliche Professoren 500 ℳ. Die Mittel für Gehalte der ordentlichen und außerordentlichen Professoren sind innerhalb der genehmigten Stellenzahl gegenseitig übertragbar.				
	1 Verwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1	4 800			
	Kassenzulage	130			
	1 Obergeometer E. 2	2 800			
	Budgetmäßige Dienstzulage für den Hauptdienst (§ 12 Absatz 2 der Gehaltsordnung)	300			
	2 (statt bisher 1) wissenschaftlich gebildete Hilfslehrer E. 4	3 700	3 500		
	2 (statt bisher 1) Kanzleisekretäre F. 5	4 430	100		
	1 Sekretärstelle G. 5 in Wegfall.				
	43 Beamte . . . . . Übertrag	226 760	3 600		

§.		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		M.	M.	M.	M.
(1.)	43 Beamte . . . . . Übertrag	226 760	3 600		
	1 Buchhalter G. 5 (statt bisher 2 Stellen nach G. 5)	1 700			
	Kassenzulage	60			
	1 Verwaltungsassistent G. 7	1 600			
	2 Technische Assistenten H. 1	3 850			
	1 Stelle nichtetatmäßig besetzt.				
	1 Erster Gärtner H. 12	2 400			
	1 Präparator H. 12	1 650			
	6 Stellen nach K. 3: Hausmeister (1), Gärtner (1), Laboranten (4)	8 610			
	1 Stelle nichtetatmäßig besetzt.				
	3 Dienstwohnungen (davon eine gemietet)				
	6 Hausdiener K. 7	7 430			
	2 Stellen nichtetatmäßig besetzt.				
	61 statt bisher 60 Beamte . . Summe	254 060	3 600		
	Voranschlag für 1906	261 440 M.			
	„ „ 1907	262 360 „			
	„ „ 1 Jahr durchschnittlich	261 900 M.			
	und nach Abzug von 1½ % rund	258 000 „		258 000	248 900
2	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .			53 500	52 600
3.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . . . . (7 Dozenten mit Lehrauftrag, 54 wissenschaftliche Hilfsarbeiter und Assistenten, 5 Verwaltungs- und Bibliothekgehilfen, 2 Zeichner, 1 Gartengehilfe, 3 Mechaniker und Laboranten, 5 Maschinisten, Heizer und Schlosser, 10 Diener und Hilfsdiener.)			134 500	126 200
4.	Reise- und Zugskosten			2 400	2 400
5.	Sonstige persönliche Ausgaben			9 960	9 460
	Von der Anforderung entfallen auf				
	1. Nebengehalte etatmäßiger Beamten:				
	für besondere Unterrichtserteilung für 2 Beamte bei anderen Stellen (1 100 M. und 800 M.), sowie für Lehrer anderer Anstalten (1 200 M., 900 M. und 430 M.)	4 430 M.			
	für den jeweiligen Rektor der Hochschule	2 000 „			
	für die Respizienten in Rechts- und Verwaltungssachen je 350 M.	700 „			
	für die Verwaltung der Handbibliothek der Architekturabteilung	300 „			
	für den Vorstand der Bezirksbauinspektion Karlsruhe wegen Besorgung des Bauwesens der Hochschule	500 „			
	für den Ersten Gärtner wegen Beaufsichtigung der gärtnerischen Anlagen der Hochschulinstitute	200 „			
	für den Forstgärtner wegen Besorgung des Pflanzenverkaufs	60 „			
	für einen Hausdiener wegen besonderer Bauaufsicht	200 „			
	für den Diener der Turnlehrerbildungsanstalt für Hilfeleistung beim Turnunterricht der Studierenden	72 „			
	2. Dienstkleidung für den Hausmeister und 1 Hausdiener	100 „			
	3. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung	1 398 „			
		9 960 M.			
	Übertrag . .			458 360	439 560

S.				Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
				M.	M.
			Übertrag . .	458 360	439 560
6.	Sachliche Amtsunkosten			5 000	5 000
7.	Aufwand auf Gebäude			16 000	16 000
8.	Aufwand auf Grundstücke			500	500
9.	Miet- und Pachtzinse			9 436	9 467
10.	Brandversicherungsbeiträge			2 500	1 700
11.	Für akademische Feierlichkeiten			300	300
		1906/07.	Seither.		
		M.	M.		
12.	a. Aversen:				
	1. Bibliothek	16 000	16 000		
	2. Lehrmittel für die mathematische Schule	450	450		
	3. Theoretische Mechanik	500	300		
	4. Darstellende Geometrie	300	300		
	5. Praktische Geometrie	1 030	1 030		
	6. Bauschule:				
	Aversum	2 000	2 000		
	Kosten der Ausstellung	45	45		
	für die Preismedaille	140	140		
	Vervielfältigung von Schülerentwürfen	500	500		
	zusammen Ziffer 6 . .	2 685	2 685		
	7. Lehrmittel für Kunstgeschichte	1 300	1 300		
	8. Freihandzeichnen und Aquarellieren	230	460		
	9. Figurenzeichnen	300	300		
	10. Modellieren in Gips und Ton	200	200		
	11. Praktische Übung im Mauern	180	180		
	12. Dekorative Kunst, Kunstgewerbe und Kleinkunst	650	600		
	13. Unterricht im Dekorieren	300	100		
	14. Ingenieurschule	1 500	800		
	15. Flußbaulaboratorium	1 000	1 000		
	16. Für technische Versuche auf dem Gebiete des Wasserbaues und der Baukonstruktionen	600	600		
	17. Maschinenbauschule	1 500	1 500		
	18. Theoretische Maschinenlehre	1 000	1 000		
	19. Mechanische Technologie und allgemeine Maschinenlehre	1 000	1 000		
	20. Unterricht im Maschinenzeichnen	200	200		
	21. Mechanisches Laboratorium:				
	Aversum	2 000	2 000		
	Laboratoriumsgebühren	800	800		
	zusammen Ziffer 21 . .	2 800	2 800		
	22. Physik:				
	Aversum	4 500	4 500		
	Laboratoriumsgebühren	600	600		
	zusammen Ziffer 22 . .	5 100	5 100		
	Übertrag . .	38 825	37 905	492 096	472 527

§.		1906/07.	Seither.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(12.)	Übertrag . .	38 825	37 905	492 096	472 527
	23. Theoretische Physik	300	300		
	24. Elektrotechnik:				
	Aversum	8 000	8 000		
	Laboratoriumsgebühren	2 000	1 200		
	zusammen Ziffer 24 . .	10 000	9 200		
	25. Unterricht über Grundzüge der Elektrotechnik für Studierende des Maschinen- und Ingenieurwesens und der Chemie	200	200		
	26. Elektrische Zentrale	2 500	2 500		
	27. Chemie:				
	Aversum	4 400	4 400		
	Laboratoriumsgebühren	6 000	5 800		
	zusammen Ziffer 27 . .	10 400	10 200		
	28. Chemische Handbibliothek:				
	Aversum	240	240		
	Beiträge	400	400		
	zusammen Ziffer 28 . .	640	640		
	29. Physikalische Chemie:				
	Aversum	2 500	2 500		
	Laboratoriumsgebühren	500	400		
	zusammen Ziffer 29 . .	3 000	2 900		
	30. Chemisch-technisches Laboratorium mit Sammlung:				
	Aversum	3 500	3 500		
	Beitrag zur Eisenbahnhauptkasse	500	500		
	Laboratoriumsgebühren	1 200	1 200		
	zusammen Ziffer 30 . .	5 200	5 200		
	31. Mineralogie:				
	Aversum	1 000	1 000		
	Laboratoriumsgebühren	200	180		
	zusammen Ziffer 31 . .	1 200	1 180		
	32. Botanik:				
	Aversum	2 800	2 800		
	Einnahmen vom botanischen Garten	580	600		
	zusammen Ziffer 32 . .	3 380	3 400		
	33. Botanisch-agrikulturchemisches Laboratorium:				
	Aversum (1 500 ℳ. + 200 ℳ.)	1 700	1 700		
	Laboratoriumsgebühren	700	670		
	zusammen Ziffer 33 . .	2 400	2 370		
	34. Zoologie	900	900		
	Übertrag . .	78 945	76 895	492 096	472 527

§.		1906/07.	Seither.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07	Seitheriger Budgetsatz.
		ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(12.)	Übertrag . .	78 945	76 895	492 096	472 527
	35. Forstschule:				
	Aversum	1 600	1 600		
	Einnahme vom Forstgarten	800	800		
	zusammen Ziffer 35 . .	2 400	2 400		
	36. Forstlich-naturwissenschaftliches und forstlich-technisches Versuchswesen	1 500	1 500		
	37. Laboratorium für Bodenkunde	300	—		
	38. Exkursionen	7 600	7 600		
	zusammen a. . .	90 745	88 395		
	b. Sonstiger Aufwand für Unterrichtserteilung und Institute . . . . . (Aus dieser Position erhalten auch etatmäßige Beamte Honorare für besondere Unterrichtserteilung.)	16 000	16 000		
	zusammen § 12 . .	106 745	104 395	106 745	104 395
13.	Für das Inventar			3 500	3 500
14.	Heizung			21 000	20 000
15.	Beleuchtung			18 000	20 000
16.	Reinigung			5 000	5 000
17.	Wasserverbrauch			3 500	3 500
18.	Versendungskosten (darunter Portobauschsumme bisher 588 ℳ. 40 ₰)			750	750
19/20.	Sonstige Ausgaben			1 409	1 328
	Summe der Ausgabe . .			652 000	631 000

Bemerkung:

Von dem Reservefonds, welcher sich am 1. Januar 1905 auf rund 64 000 ℳ belaufen hat, sind oben in den Einnahmeetat für die Jahre 1906 und 1907 je 30 000 ℳ, zusammen 60 000 ℳ eingestellt.

Zusammenstellung

der in den Spezialbudgets des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1906|07 vorgesehenen Stellenzahl für etatmäßige Beamte.

Budgettitel und Positionen.	Zahl der etatmäßigen Beamten nach den Tarifabteilungen										Zusammen.	Bisher genehmigte Stellenzahl.	Sonach künftig	
	A.	B.	C.	D.	E.	F.	G.	H.	J.	K.			mehr.	weniger.
I. § 1	1	7	1	4	2	10	6	—	7	3	41	40	1	—
II. § 1	1	23	—	1	—	2	2	1	5	3	38	37	1	—
III. § 1	—	22	87	4	—	23	21	34	10	18	219	208	11	—
IV. § 1	—	6	14	—	—	9	6	14	—	4	53	50	3	—
V. § 1 und Gerichtsvollzieher	—	—	—	120	—	45	92	154	79	96	586	556	30	—
VI. § 1	—	—	—	163	—	3	—	50	40	—	256	236	20	—
VIII. § 1	—	—	4	10	4	7	17	2	59	85	188	184	4	—
IX. § 2	—	2	6	1	8	19	17	—	7	2	62	60	2	—
IX. § 11	1	4	—	1	8	13	13	—	3	1	44	42	2	—
X. § 1	—	48	—	13	2	5	3	7	10	18	106	103	3	—
X. § 3	—	52	—	16	2	3	2	6	5	11	97	95	2	—
X. § 5	—	35	—	2	4	2	2	4	—	12	61	60	1	—
X. § 7	—	2	7	2	2	8	6	—	6	3	36	33	3	—
X. § 17	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	18	18	—	—
X. § 25/26	—	—	17	177	—	8	27	—	—	16	245	240	5	—
X. § 28	—	—	1	—	—	—	—	1	—	1	3	3	—	—
X. § 30	—	—	6	11	—	6	22	—	—	4	49	43	6	—
X. § 32	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	6	6	—	—
X. § 34	—	—	1	1	—	—	1	3*	—	—	6	6	—	—
X. § 41	—	—	—	2	—	4	15	2*	—	2	25	25	—	—
X. § 44	—	—	42	268	—	25	95	—	—	—	430	412	18	—
X. § 47	—	—	9	30	—	7	27	62*	—	—	135	114	21	—
X. § 48/49	—	—	—	—	—	—	—	5*	—	—	5	5	—	—
Landesstiftungen	—	—	—	—	2	2	1	—	1	—	6	6	—	—
XI. § 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	2	—	—
XI. § 2	—	1	—	2	—	—	—	—	1	1	5	5	—	—
XI. § 3	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	1	—
XI. § 5	—	1	—	—	—	—	1	1	—	—	3	3	—	—
XI. § 6	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	1	—	—
XI. § 7	—	2	—	—	—	—	—	—	—	1	3	2	1	—
XI. § 9	—	11	—	—	—	—	—	—	—	1	12	12	—	—
Summe	3	216	213	828	34	201	383	347	233	284	2 742	2 607	135	—
Hiervon ab die Stellenzahl der Abteilungen A.—D.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 260	—	—	—
											1 482			
Hierzu an Volksschulen:														
Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen in Städten											898	772	126	
Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen in Landorten											2 472	2 379	93	—
Hierzu Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an Rettungsanstalten und Waisenhäusern											18	18	—	—
Hierzu Hauptlehrerinnen für Unterricht in weiblichen Handarbeiten an Volksschulen											52	27	25	—
Ferner an erweiterten Volksschulen der Städteordnung, 6 Rektoren (D. 1), 1 Rektor (F. 4), 2 Reallehrer (G. 1)											9	11	—	2
und an „Bürgerschulen" Reallehrer (G. 1)											9	9	—	—
Gesamtsumme											6 200	5 823	379	2
													377	

*) Hauptlehrerinnen.

Hauptabteilung IV.

Spezial-Budget

des

Ministeriums des Innern

für die Jahre

1906 und 1907.

Hierzu die Anlagen 1 bis 3.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
I.		**Ministerium.**				
		A. **Ordentlicher Etat.**				
	1	Gehalte.				
		1 Minister A. 1	12 000			
		Tarifmäßige Dienstzulage	6 000			
		Dienstwohnung.				
		3 (bisher 2) Ministerialdirektoren B. 1	15 000	7 500		
		1 budgetmäßige Dienstzulage für den stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten in Berlin	2 000			
		8 (bisher 7) Kollegialmitglieder B. 3	45 400	4 000		
		6 vollbeschäftigte technische Referenten C. 2 (davon 1 auch als Kollegialmitglied nach B. 3)	33 000			
		2 Beamte (Medizinalreferenten) Dienstzulagen nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung	2 400			
		1 Beamter (bautechnischer Referent) budgetmäßige Dienstzulage nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung	1 500			
		1 Beamter (veterinärtechnischer Referent) budgetmäßige Dienstzulage	1 500			
		Hiervon 600 ℳ. nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung und 900 ℳ. (statt bisher 1500 ℳ.) innerhalb des Höchstgehalts.				
		1 Beamter (maschinentechnischer Referent) budgetmäßige Dienstzulage nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung		600		
		1 Oberamtmann als Hilfsarbeiter C. 3	3 000			
		Budgetmäßige Dienstzulage nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung für die Dauer der Verwendung als Hilfsarbeiter . . .	300			
		4 (bisher 2) wissenschaftlich gebildete Beamte als Hilfsarbeiter D. 3	8 800	2 000		
		1 Beamter (veterinärtechnischer Hilfsarbeiter) budgetmäßige Dienstzulage nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung	1 200			
		1 Beamter (für den Vollzug des Fleischbeschaugesetzes) budgetmäßige Dienstzulage		2 100		
		Hiervon 1200 ℳ. nach § 12 Abs. 2 Gehaltsordnung und 900 ℳ. innerhalb des Höchstgehalts.				
		23 Beamte . . . . . Übertrag	132 100	16 200		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Die Direktorialgeschäfte haben einen solchen Umfang angenommen, daß zu ihrer Besorgung ein Beamter nicht mehr ausreicht und die Schaffung einer weiteren Direktorstelle nicht zu umgehen ist.
Ein Beamter bezieht als Vorsitzender des Landesversicherungsamts einen Nebengehalt von 1200 ℳ.

Die Landeskommissäre sind durch den Vollzug der Enteignungsgeschäfte in außergewöhnlichem Maße in Anspruch genommen; eine Erleichterung dieser Beamten soll in der Weise herbeigeführt werden, daß ein Kollegialmitglied oder Hilfsarbeiter des Ministeriums als Stellvertreter bezeichnet wird, welcher einzelne Enteignungsgeschäfte je nach Bedarf zu übernehmen hat. Zu diesem Zweck und mit Rücksicht auf die allgemeine Geschäftszunahme überhaupt wird hier die Stelle eines weiteren Kollegialmitglieds vorgesehen.
Nebengehalte beziehen: 1 Beamter als Mitglied des Landesversicherungsamts 600 ℳ, 1 Beamter als Vorstand des Verwaltungsrats der Gebäudeversicherungsanstalt 1200 ℳ, 2 Beamte als Mitglieder dieses Verwaltungsrats je 600 ℳ, 1 Beamter als Mitglied des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse 600 ℳ.

2 Medizinalreferenten, 1 bautechnischer, 1 maschinentechnischer, 1 veterinär-technischer und 1 landwirtschaftlich-technischer Referent.
Nebengehalte beziehen: 1 Beamter als Medizinalreferent beim Verwaltungshof 1000 ℳ, 1 Beamter als Kreisoberhebearzt 600 ℳ und als Vorstand der Impfanstalt ein Honorar nach Maßgabe seiner Inanspruchnahme, ein Beamter als Vorsitzender des Vorstandes des badischen Viehversicherungsverbands 1000 ℳ, 1 Beamter als Mitglied dieses Vorstandes 500 ℳ und als tierärztlicher Sachverständiger beim Verwaltungshof 500 ℳ.
Dem veterinär-technischen Referenten soll als dem technischen Leiter des Veterinärwesens mit Rücksicht auf dessen fortgesetzte Ausdehnung und steigende Bedeutung von seiner budgetmäßigen Dienstzulage der Betrag von 600 ℳ nach §. 12 Absatz 2 Gehaltsordnung bewilligt werden.
Die außerordentliche dienstliche Inanspruchnahme des maschinentechnischen Referenten, welcher auch für die anderen Ministerien und Mittelstellen tätig zu sein hat, rechtfertigt die angeforderte Dienstzulage.

Zurzeit 1 veterinär-technischer Hilfsarbeiter und ein Hilfsarbeiter für Pferdezuchtangelegenheiten; neu 1 weiterer veterinär-technischer Hilfsarbeiter und 1 Versicherungstechniker. Wegen der Anforderung der beiden neuen Stellen wird bemerkt:
a. Nach den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zu dem Fleischbeschaugesetz vom 30. Mai 1902 A. §. 48 ist die gesamte Tätigkeit der Fleischbeschauer nach Maßgabe der von den Landesregierungen zu erlassenden Vorschriften dergestalt einer fachmännischen Kontrolle zu unterwerfen, daß in jedem Fleischbeschaubezirke mindestens alle 2 Jahre eine Revision stattfindet. Hierzu bestimmt §. 21 der badischen Vollzugsverordnung vom 17. Januar 1903, daß der Bezirkstierarzt die Tätigkeit der Fleischbeschauer seines Bezirks zu beaufsichtigen und in jedem Schaubezirk mindestens alle zwei Jahre eine Revision vorzunehmen hat. Soweit aber die Bezirkstierärzte selber die Beschau ausführen, desgleichen in Schlachthöfen, wo zur Ausführung der Beschau mehr als ein Tierarzt angestellt ist, wird die Beaufsichtigung durch das Ministerium veranlaßt.

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 5.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1)	23 Beamte . . . . . Übertrag	132 100	16 200		
		2 Sekretäre D. 3	4 500			
		1 technischer Referent D. 7	2 400			
		Budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts .	1 000			
		2 Revisionsvorstände E. 1	9 500			
		6 (bisher 7) Revisoren F. 1	22 360			
		10 (bisher 8) Expeditoren und Registratoren F. 3 . . .	29 400	100		
		Die Stellen eines Kanzleisekretärs F. 5 und eines Registraturassistenten G. 5 kommen in Wegfall.				
		1 technischer Assistent für Hochbauwesen H. 1		1 700		
		Budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts .		780		
		11 (statt bisher 9) Kanzleiassistenten J. 3	15 330	2 800		
		56 Beamte . . . . . Übertrag	216 590	21 580		

Gegen seither jährlich	
mehr.	weniger.
ℳ.	ℳ.

Erläuterungen.

(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 1 Tarifabteilung D. 3.)

Nach den angestellten Erhebungen üben 28 Bezirkstierärzte die allgemeine Fleischbeschau aus. In den Schlachthöfen in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg ist je mehr als ein Tierarzt zur Besorgung der Fleischbeschau bestellt, so daß also nach obiger Vorschrift in zwei Jahren an 31 Orten eine Revision durch das Ministerium zu veranlassen wäre.

Zur Besorgung des fraglichen Revisionsgeschäfts wird wohl mit einem Zeitaufwand von etwa 40—50 Tagen gerechnet werden müssen, und als Jahreszeit dafür wird der Sommer in Betracht kommen, da der Zeitaufwand im Winter wegen der Kürze des Tages noch größer wäre.

Diese Geschäfte konnten aber durch die Veterinärbeamten des Ministeriums des Innern nicht übernommen werden, so daß die Einstellung eines weiteren veterinär-technischen Hilfsarbeiters nötig fiel.

Die Anstellung einer weiteren Hilfskraft wird es auch ermöglichen, bei den Bezirkstierärzten Dienstprüfungen vornehmen zu lassen, wie es bei den Bezirksärzten längst geschieht, und wie es auch bei jenen als wünschenswert empfunden worden ist. Diese Prüfung könnte zusammen mit der Revision der fleischbeschaulichen Tätigkeit der Bezirkstierärzte verbunden werden.

Die Stelle ist bereits seit August 1904 mit einem Bezirkstierarzte besetzt, welchem mit Rücksicht auf den ausfallenden Praxisertrag ein Gesamteinkommen von 5 000 ℳ. bewilligt und die Anstellung nach D. 3 in Aussicht gestellt wurde. Im Falle der Genehmigung dieser Stelle ist daher zu dem Anfangsgehalt von 2 000 ℳ. und dem Wohnungsgeld von 900 ℳ. ein Nebengehalt von 2 100 ℳ. auszuwerfen, wovon 1 200 ℳ. dem Beamten als zusätzliche Aufbesserung gemäß §. 12 Abs. 2 Gehaltsordnung verbleiben, die übrigen 900 ℳ. aber insoweit zurückgezogen werden sollen, als durch diese Bewilligung und die anfallenden Gehaltszulagen der Höchstgehalt überschritten würde.

b. Die Art der Tätigkeit des zum Vollzug des Reichsgesetzes vom 12. Mai 1901, die privaten Versicherungsunternehmungen betr., bestellten Kontrollbeamten, für welchen im letzten Budget eine Stelle unter F. 1 aufgenommen wurde, liegt vorzugsweise auf mathematisch-wissenschaftlichem Gebiet. Es empfiehlt sich daher, um den betr. Beamten, der die entsprechende Vorbildung besitzt und sich seiner Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen zeigt, auf seiner Stelle zu erhalten, diese unter D. 3 des Gehaltstarifs einzureihen.

An Nebengehalt bezieht ein veterinär-technischer Hilfsarbeiter als Assistent der Impfanstalt 500 ℳ. und als Stellvertreter des tierärztlichen Sachverständigen beim Verwaltungshof 250 ℳ.

1 Beamter bezieht als Rechner der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg einen Nebengehalt von 400 ℳ.

Die Stelle des versicherungs-technischen Beamten ist nach D. 3 übertragen worden.

Nebengehalte beziehen: 1 Beamter als Rechner der Landwirtschaftsschule Augustenberg 600 ℳ. und 1 Beamter für Besorgung der Handkassenverrechnung und der Hausinspektion 400 ℳ.

2 Expeditoren, 8 Registratoren.

Es ist notwendig geworden, eine weitere selbständige Registraturabteilung zu bilden; eine zweite neue Abteilung muß gebildet werden, sobald die bisherigen Räume des Generallandesarchivs für die Zwecke des Ministeriums benutzbar geworden sind.

1 Beamter bezieht als Sportelbeamter aus der Steuerkasse Gebühren, wogegen entsprechender Abzug am Gehalt stattfindet.

Die beständige Zunahme der Geschäfte des bautechnischen Referenten ließ es geboten erscheinen, demselben schon in der Budgetperiode 1904/05 eine technische Hilfskraft beizugeben. Es war möglich, einen für diesen Dienst geeigneten staatlich geprüften Werkmeister unter Zusicherung eines Gesamteinkommens von 3 000 ℳ. neben baldiger etatmäßiger Anstellung und späterer Beförderung zu gewinnen. Hier wird deshalb zunächst eine Stelle nach II. 1 angefordert mit 1 700 ℳ. Anfangsgehalt, 780 ℳ. Dienstzulage und 520 ℳ. Wohnungsgeld, zusammen 3 000 ℳ. Soweit durch die Dienstzulage und die anfallenden Zulagen der Höchstgehalt der jeweiligen Amtsstelle überschritten würde, hat eine Kürzung derselben einzutreten.

Die Vermehrung der Geschäfte macht die Anstellung zweier weiterer Kanzleiassistenten nötig.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	56 Beamte . . . . . Übertrag	216 590	21 580		
		4 Kanzleidiener K. 3	6 132	—		
		2 Dienstwohnungen (eine voraussichtlich erst im Laufe des Jahres 1906 beziehbar).				
		60 (statt bisher 54) Beamte	222 722	21 580		
		ab wandelbares Einkommen	580			
		Rest . .	222 142			
		Voranschlag für 1906 . . . . . 243 040 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 251 000 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich. . . . 247 020 ℳ.				
		ab wandelbares Einkommen . . . . . 580 „				
		Rest . . 246 440 ℳ.				
		Budgetsatz nach Abzug von $1^1/_2$ % . . . . . 242 700 „			242 700	219 600
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die unter § 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			46 400	41 500
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			11 680	9 100
		Übertrag . .			300 780	270 200

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Kanzleidiener erhalten aus Mitteln des §. 5 wandelbares Einkommen, welches gemäß der Anmerkung 3 zu Abteilung K. des Gehaltstarifs teilweise auf den Gehalt angerechnet wird.
23 100	—	
4 900	—	
2 580	—	a. 2 Referendäre zu 1 750 ℳ . . . . . 3 500 ℳ b. 1 Hilfsarbeiter für den maschinentechnischen Referenten . . . . . 2 800 „ Die Einstellung dieser weiteren Hilfskraft ist mit Rücksicht auf die dienstliche Inanspruchnahme des maschinentechnischen Referenten dringend geboten. Die Geschäfte dieses Beamten, der auch von den andern Ministerien und den Mittelstellen in Anspruch genommen wird, haben im Laufe der letzten Budgetperiode einen Umfang angenommen, der von einer einzelnen Kraft nicht mehr bewältigt werden kann. Es ist beabsichtigt, die neue Stelle einem wissenschaftlich gebildeten Techniker zu übertragen, welcher gegebenenfalls auch die Stellvertretung des Referenten übernehmen kann. c. 3 statt bisher 4 Kanzleigehilfen (die Stellen sind z. Zt. mit Maschinenschreiberinnen besetzt) zu 1 400 ℳ 4 200 „ d. 1 Hilfsdiener . . . . . 1 000 ℳ 1 Heizer und Hilfsdiener . . . . . 1 500 „ 2 500 „ Nach Bezug der Räume im bisherigen Archivbau, die zu Geschäftsräumen für das Ministerium hergerichtet werden, ist zur Besorgung des hierdurch erweiterten Kanzleidienerdienstes ein Hilfsdiener und zur Bedienung der bei diesem Anlasse erstellten zentralen Heizungsanlage ein Heizer, der im Sommer ebenfalls im Kanzleidienerdienst verwendet wird, erforderlich. Jahresbetrag . . 13 000 ℳ

Mutmaßlicher Bedarf:	1906	1907	für 1 Jahr durchschnittlich
unter a	3 500 ℳ	3 500 ℳ	3 500 ℳ
„ b	1 400 „	2 800 „	2 100 „
„ c	4 200 „	4 200 „	4 200 „
„ d	1 250 „	2 500 „	1 875 „
zus. . .	10 350 ℳ	13 000 ℳ	11 675 ℳ

30 580	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(I.)		Übertrag . .	300 780	270 200
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	5 050	4 950
	5.	Sachliche Amtsunkosten	27 200	26 200
		Summe A Ordentlicher Etat	333 030	301 350
		„ „ „ für beide Jahre . .	666 060	
		B. **Außerordentlicher Etat.**		
	1.	Für die Ergänzung der inneren Einrichtung des Dienstgebäudes des Ministeriums des Innern	30 000	
		Summe B. Außerordentlicher Etat	30 000	
		„ A. Ordentlicher „	666 060	
		Summe Titel I. . .	696 060	

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	
II.		**Landeskommissäre.**			
		Ordentlicher Etat.	ℳ.	ℳ.	
	1.	Gehalte.			
		4 Kollegialmitglieder des Ministeriums B. 3	27 200		
		4 tarifmäßige Dienstzulagen zu 900 ℳ.	3 600		
		und vier Dienstwohnungen, davon 1 gemietet.			
		3 Gehilfen (Revisoren bei Bezirksämtern) F. 5	8 180		
		1 Gehilfe (Gemeinderechnungsrevident) G. 6	2 380		
		8 Beamte . . . . . Übertrag	41 360	—	

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
30 580	—	
100	—	a. Nebengehalte der fischereitechnischen Hilfsarbeiter . . . . . 1 750 ℳ. b. Nebengehalt eines Kanzleibeamten für Besorgung der Handkassenverrechnung und der Hausinspektion . 400 „ c. Stellvertretung und Dienstaushilfe, wie bisher . . . . . 2 300 „ d. Belohnungen für Aktenausscheidung . . . . . 300 „ e. Dienstkleidung der Kanzleidiener . . . . . 300 „ zusammen . . 5 050 ℳ.
1 000	—	Kredit der Bureauhandkasse mit Rücksicht auf den mutmaßlichen Mehraufwand für die erweiterten Diensträume und für die Zentralheizung statt bisheriger 22 000 ℳ. . . . . 23 000 ℳ. Sonstige sachliche Amtsunkosten, wie bisher . . . . . 4 200 „ zusammen . . 27 200 ℳ.
31 680		

Nach Bezug der seither vom Generallandesarchiv benützten und nunmehr für das Ministerium des Innern neu hergerichteten Räume bedarf die innere Einrichtung der Diensträume einer durchgreifenden Verbesserung und Ergänzung, insbesondere ist — neben Ergänzung des vorhandenen Mobiliars — für die neuen Registratur- und Kanzleiräume sowie für den neuen Sitzungssaal nebst Zubehörden neues Mobiliar zu beschaffen; auch sind für die Geschäftszimmer der Kollegialmitglieder und der technischen Referenten teils neue Einrichtungen, teils Ergänzungen der vorhandenen vorzusehen. Die Kosten hiefür sind nach vorläufigen Berechnungen auf 30 000 ℳ. zu veranschlagen.

1 Beamter bezieht 600 ℳ. Nebengehalt als Civilvorsitzender der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ	ℳ
(II.)	(1.)	8 Beamte . . . . . Übertrag	41 360			
		4 Kanzleidiener K. 7	5 642			
		3 Dienstwohnungen.				
		12 Beamte . . . . . Summe	47 002			
		Voranschlag für 1906 und 1907 je . . . . . 48 160 ℳ.				
		und nach Abzug von $1^1/_2$% . . . . . 47 400 „			47 400	48 100
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			9 000	8 900
	3.	Andere persönliche Ausgaben			7 600	7 600
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			5 600	5 600
	5.	Sachliche Amtsunkosten			6 850	6 500
		Summe Titel II.			76 450	76 700
		„ „ „ für beide Jahre . .			152 900	
			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
			ℳ.	ℳ.		
III.		**Verwaltungsgerichtshof.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		1 Präsident A. 3	8 400			
		Dienstwohnung.				
		5 Verwaltungsgerichtsräte B. 4	33 500			
		6 Beamte . . . . . Übertrag	41 900			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	700	
100	—	1 Beamter der Abteilung K. bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung J. gemäß §. 23 Abs. 1 des Beamtengesetzes.
—	—	4 Kanzleigehilfen (Aktuare) zu 1 350 ℳ . . . . . 5 400 ℳ. Vergütung für Schreibaushilfe, wovon auch an das etatmäßige Kanzleipersonal für Schreibarbeiten außerhalb der Bureaustunden Zuwendungen erfolgen können . . . . . 2 000 „ Dienstkleidung der Kanzleidiener . . . . . 200 „ zusammen . . 7 600 ℳ.
—	—	Seitheriger Satz.
350	—	a. Kredit der Bureauhandkassen statt seitheriger 4000 ℳ . . . . . 4 200 ℳ.
		b. Mietzins für die Diensträume und die Dienstwohnung des Landeskommissärs in Karlsruhe . . . . . 2 000 „
450	700	c. Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 650 „
	450	zusammen . . 6 850 ℳ.
	250	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(III.)	(1.)	6 Beamte . . . . . Übertrag	41 900			
		1 Sekretär D. 3	3 000			
		1 Registrator und Expeditor F. 3	3 800			
		1 Registraturassistent G. 5 . . . . . (dafür eine Stelle weniger unter J. 3).	2 670			
		1 Kanzleiassistent J. 3 . . . . . (eine Stelle übertragen nach G. 5).	2 300			
		1 Kanzleidiener K. 3 . . . . . Dienstwohnung.	1 250			
		11 Beamte . . . . . Summe	54 920			
		Voranschlag für 1906	55 430 ℳ.			
		„ „ 1907	55 550 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . .	55 490 ℳ.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund	54 700 „		54 700	53 300
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst einer Dienstzulage nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			10 500	10 400
	3.	Sonstige persönliche Ausgaben			740	380
	4.	Sachliche Amtsunkosten			4 800	4 800
		Summe Titel III.			70 740	68 880
		„ „ „ für beide Jahre . .			141 480	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Bei dem zunehmenden Geschäftsstand erscheint die Erledigung sämtlicher Geschäfte der Registratur und Expeditur — zumal unter Berücksichtigung der räumlichen Verhältnisse im neuen Gerichtsgebäude — durch nur einen Beamten nicht mehr möglich und die Schaffung einer weiteren Registraturbeamtenstelle unumgänglich geboten. Diese Stelle soll einem der beiden Kanzleiassistenten, einem früheren Registraturassistenten, der unter Belassung seines den Höchstgehalt von J. 3 um 370 ℳ. übersteigenden Gehalts auf seine jetzige Stelle übernommen wurde, übertragen werden. — Dafür kann eine Kanzleiassistentenstelle in Wegfall kommen.
1 400	—	
100	—	
360	—	Für Dienstaushilfe auf dem Sekretariat und der Kanzlei werden vorgesehen . . . . . 600 ℳ. Nebengehalt eines Kanzleibeamten für Führung der Bureauhandkasse . . . . . 40 „ Nebengehalt des Kanzleidieners für Beaufsichtigung des Dienstgebäudes, seitheriger Betrag . . . . 50 „ (Anderweite Festsetzung für das neue Gebäude bleibt vorbehalten.) Dienstkleidung des Kanzleidieners . . . . . 50 „ zusammen . . 740 ℳ.
—	—	Kredit der Bureauhandkasse . . . . . 4 000 ℳ. Sonstige sachliche Amtsunkosten . . . . . 800 „ zusammen . . 4 800 ℳ.
1 860	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
IV.		**Verwaltungshof.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		1 Direktor B. 1	7 500			
		1 Vorsitzender Rat B. 3	6 700			
		6 Kollegialmitglieder C. 2	31 380			
		1 Sekretär D. 3	3 000			
		4 Revisionsvorstände E. 2	17 800			
		21 (statt bisher 20 Stellen) nach F. 3: Revisoren (16 statt bisher 15), Expeditor (1), Registratoren (4)	61 260	2 500		
		12 Stellen nach G. 5: Revidenten (9), Registraturassistenten (2), Expeditursassistent (1)	22 690			
		1 Bureauassistent J. 6 (neue Stelle)		1 600		
		6 Kanzleiassistenten J. 7	9 800			
		4 (statt bisher 3) Kanzleidiener K. 3	4 550	1 100		
		1 Beamter Dienstzulage als Remunerationsersatz	100			
		2 Dienstwohnungen.				
		57 (statt bisher 54) Beamte . . zusammen	164 780	5 200		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 174 750 M.				
		„ „ 1907 . . . . . 176 600 „				
		„ „ für ein Jahr durchschnittlich . . . 175 675 M.				
		und nach Abzug von 1 1/2 % rund . . . . . 173 000 „			173 000	166 200
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			37 500	36 300
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			5 600	5 400
		Übertrag . .			216 100	207 900

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Wegen der stetigen Zunahme der Insassen der staatlichen Heil- und Pflegeanstalten, Erziehungsanstalt, Gefängnisse und der dadurch verursachten Zunahme der dem Verwaltungshof als Aufsichtsbehörde obliegenden Geschäfte ist ein weiterer Revisionsbeamter notwendig, der bereits aushilfsweise eingestellt ist.
		1 Beamter (G. 5) erhält als Nebengehalt für die Führung der Handkasse jährlich 100 ℳ. (§. 4).
		An Stelle eines Kanzleiassistenten der Beschäftigung entsprechend ein Bureauassistent. Die Stelle unter J. 7 muß wegen des Geschäftsstandes beibehalten werden.
		Mit Rücksicht auf die dauernde Geschäftsvermehrung eine Kanzleidienerstelle weiter, unter Wegfall der Hilfsdienerstelle (§. 3).
6 800	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 200	—	Ein Beamter der Tarifabteilung K., der früher in Abteilung J. eingereiht war, bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung J. nach §. 23 Absatz 1 des Beamtengesetzes.
200	—	4 Kanzleigehilfen (bisher 1 Kanzleigehilfe, 3 Maschinenschreiberinnen) zu 1400 ℳ . . . . . 5 600 ℳ. Gegen bisher ein Hilfsdiener weniger, vergleiche die Erläuterung zu §. 1 bei K. 3.
8 200	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(V.)		Übertrag . .	216 100	207 900
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	4 450	4 200
	5.	Sachliche Amtsunkosten	11 500	11 000
		Summe Tit. IV.	232 050	223 100
		„ „ „ für beide Jahre . .	464 100	

Titel.	§.		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
			M.	M.
V.		**Generallandesarchiv.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Gehalte		
		1 Direktor B. 4 . . . . . Dienstwohnung.	6 800	
		2 Räte C. 7	8 640	
		1 wissenschaftlich gebildeter Hilfsarbeiter D. 3 . . .	2 000	
		2 Registratoren F. 3	6 370	
		1 Registraturassistent G. 5	1 840	
		1 Zeichner (Gehaltsklasse II.) H. 2 (neue Stelle)	—	1 600
		8 Beamte . . . . . Übertrag	25 650	1 600

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
8 200	—	
250	—	Von der Anforderung entfallen auf: a. Nebengehalt eines Medizinalreferenten . . . . . 1 000 ℳ. b. desgleichen für einen veterinärtechnischen Referenten . . . . . 500 „ und dessen Stellvertreter . . . . . 250 „ c. Dienstzulage eines Kanzleibeamten für Führung der Bureauhandkasse . . . . . 100 „ d. Stellvertretung und Dienstaushilfe . . . . . 2 400 „ e. Dienstkleidung der Kanzleidiener 4 × 50 ℳ. . . . . 200 „ zusammen . . 4 450 ℳ. Aus den Mitteln lit. d. können auch etatmäßigen Kanzleibeamten Vergütungen für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Arbeiten gewährt werden.
500	—	a. Kredit der Bureauhandkasse . . . . . 10 500 ℳ. b. Sonstige Amtsunkosten, wie bisher . . . . . 1 000 „ zusammen . . 11 500 ℳ. Die Anforderung unter a. mußte mit Rücksicht auf die Geschäftsvermehrung und die Vermehrung der benützten Räume erhöht werden.
8 950	—	

Die Einrichtung und Überwachung der archivalischen Ausstellung sowie die photographische Vervielfältigung von Urkunden und Siegeln, wofür beim Archiv ein besonderes Atelier gebaut wurde, soll einem fachlich vorgebildeten Beamten übertragen werden, als welcher ein schon seit 1894 beim Generallandesarchiv tätiger Zeichner in Aussicht genommen ist. Da diese Arbeiten sich ständig vermehren und ein Wechsel in dieser eine besondere Fertigkeit und Übung erfordernden Tätigkeit vermieden werden sollte, soll der Beamte etatmäßig angestellt werden.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(V.)	(1.)	8 Beamte . . . . . Übertrag	25 650	1 600		
		1 Kanzleidiener K. 3	1 550			
		1 Dienstwohnung.				
		9 (statt bisher 8) Beamte	27 200	1 600		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 29 450 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 31 210 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 30 330 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 29 900 „			29 900	27 600
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst einer Dienstzulage nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die unter §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			6 900	6 400
	3.	Sonstige persönliche Ausgaben			5 110	3 010
	4.	Sachlicher Aufwand			6 550	6 050
		Summe Titel V.			48 460	43 060
		„ „ „ für beide Jahre . . .			96 920	
VI.		**Obereichungsamt.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Persönliche Ausgaben			2 910	2 750
	2.	Tagegelder und Reisekosten			870	870
		Übertrag . .			3 780	3 620

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
2 300	—	
500	—	
2 100	—	3 statt bisher 2 Kanzleigehilfen (1 Aktuar, 2 Schreibgehilfinnen) zu durchschnittlich 1200 ℳ. = ... 3 600 ℳ. Die stets wachsende Inanspruchnahme des Generallandesarchivs macht auch eine Vermehrung der Schreibkräfte erforderlich. 1 weiterer Kanzleidiener infolge Erweiterung der Diensträume . . . . . 1 200 „ Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 150 „ Nebengehalt eines Beamten für Führung der Bureauhandkasse . . . . . 60 „ Dienstkleidung der Kanzleidiener . . . . . 100 „ zusammen . . 5 110 ℳ. Die bisher aus dieser Budgetposition geschöpfte Vergütung des Zeichners, z. Zt. 1 520 ℳ, kommt im Falle der Genehmigung der in §. 1 unter H. 2 angeforderten etatmäßigen Stelle in Wegfall.
500	—	Kredit der Bureauhandkasse . . . . . 4 400 ℳ. Für Anschaffung und Erhaltung von Archivalien sowie für sonstige Aufwendungen . . . . . 1 650 „ Zur Fortführung der Archiv-Inventare sind ferner erforderlich für ein Jahr . . . . . 500 „ zusammen . . 6 550 ℳ.
5 400	—	
160	—	a. Nebengehalt für 2 Mitglieder des Obereichungsamts wie seither (2 000 ℳ. + 300 ℳ.) = ... 2 300 ℳ. b. Schreibaushilfe (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 500 „ c. Bedienung (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 110 „ zusammen . . 2 910 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 410 ℳ. In der letzten Budgetperiode mußte die auswärtige Tätigkeit der Mitglieder des Obereichungsamts wiederum infolge größerer Arbeiten am Amtssitze eine Einschränkung erfahren; da diese Einschränkung nur eine vorübergehende war, wird der seitherige Budgetsatz von 870 ℳ. wieder angefordert.
160	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag . .	3 780	3 620
	3.	Sachlicher Aufwand	1 570	1 500
		Summe Tit. VI.	5 350	5 120
		„ „ „ für beide Jahre . .	10 700	
VII.		**Rheinschiffahrtsbehörden.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Rheinschiffahrts-Zentralkommission	1 360	1 600
	2.	Rheinschiffahrts-Inspektion	1 320	1 320
		Summe Tit. VII.	2 680	2 920
		„ „ „ für beide Jahre . .	5 360	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
VIII.		**Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze.**		
		Ordentlicher Etat.	M.	M.
		a. **Fabrikinspektion.**		
	1.	Gehalte.		
		1 Vorstand der Fabrikinspektion B. 4	6 100	
		2 Zentralinspektoren D. 1 (1. Stelle zurzeit nicht besetzt) .	4 000	
		1 tarifmäßige Dienstzulage	300	
		4 (statt bisher 3) wissenschaftlich gebildete Beamte als Hilfsarbeiter D. 3 (1 Stelle nichtetatmäßig besetzt) . .	6 500	2 000
		1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts		900
		1 technisch gebildeter Hilfsarbeiter F. 2	2 300	
		8 Beamte . . . . . Übertrag	19 200	2 900

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
160	—	
70	—	Rechnungsdurchschnitt.
230	—	
—	240	Rechnungsdurchschnitt 1 540 ℳ. Durch Beschluß der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vom 10. Mai 1905 wurde der von jedem Uferstaat zu dem Dienstfonds der Zentralkommission zu leistende Beitrag für das Jahr 1906 auf 900 ℳ. festgesetzt, welcher voraussichtlich auch für das Jahr 1907 beibehalten werden kann. Es werden daher unter §. 1 angefordert: 1. Der Beitrag zum gemeinschaftlichen Dienstfonds statt des Durchschnittsbetrags von 1 075 ℳ. jährlich . 900 ℳ. 2. Der Kostenanteil am Jahresbericht und Sonstiges im Durchschnittsbetrag von jährlich . . . . . 460 „ zusammen . . 1 360 ℳ.
—	—	Anteil am Gehalt des Rheinschiffahrts-Inspektors des I. Bezirks — Nebengehalt eines etatmäßigen — z. Zt. eines zuruhegesetzten — Beamten der Wasser- und Straßenbauverwaltung . . . . . 1 200 ℳ. Anteil an der Bauschsumme für Diäten und Reisekosten, sowie für sachlichen Aufwand . . . . . 120 „ zusammen . . 1 320 ℳ.
—	240	

Mit Rücksicht auf den wachsenden Umfang der Gewerbeaufsicht ist eine weitere Stelle nach D. 3 vorgesehen, die gegebenenfalls mit einem ärztlich vorgebildeten Beamten zu besetzen wäre.

Um der Fabrikinspektion einen bewährten technischen Beamten zu erhalten, soll demselben zum teilweisen Ausgleich seiner früheren, erheblich höheren Bezüge eine budgetmäßige Dienstzulage von 900 ℳ. gewährt werden, durch die jedoch der Höchstgehalt nicht überschritten werden darf.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VIII.)	(1.)	8 Beamte . . . . . Übertrag	19 200	2 900		
		1 Expeditor und Registrator F. 3.	3 300			
		9 (statt bisher 8) Beamte	22 500	2 900		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 28 180 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 29 200 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 28 690 ℳ.				
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 28 300 „			28 300	27 100
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in § 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			7 600	6 800
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			6 400	4 000
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben			1 740	2 540
	5.	Sachliche Amtsunkosten			7 450	6 200
		Summe a.			51 490	46 640
		b. **Arbeiterversicherung.**				
	6.	Landesversicherungsamt			6 900	6 000
		Übertrag . .			6 900	6 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
		Der Beamte bezieht einen Nebengehalt von 40 M. für Führung der Bureauhandkasse (§. 4).
1 200	—	
800	—	
2 400	—	2 technisch gebildete Hilfsarbeiter . . . . . 4 000 M. Im letzten Budget war hier ein wissenschaftlich gebildeter und ein technisch gebildeter Hilfsarbeiter angefordert; die erstere Stelle ist nun auf §. 1 D. 3 übertragen. 2 Kanzleigehilfen (1 Aktuar und 1 Maschinenschreiberin) je 1 200 M. . . . . 2 400 „ Die Maschinenschreiberin ist schon längere Zeit im Dienst; ihre Vergütung wurde bisher unter §. 4 angefordert; die Einstellung des Aktuars erfolgte im Jahre 1904 und war im dienstlichen Interesse nicht zu umgehen. zusammen . . 6 400 M.
—	800	Für Bedienung . . . . . 1 200 M. Vergütung für Führung der Bureauhandkasse . . . . . 40 „ Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 500 „ zusammen . . 1 740 M.
1 250	—	Kredit der Bureauhandkasse wegen Personalvermehrung und Geschäftszunahme statt seitheriger 2 200 M. . 2 500 M. Bureaumiete seit 1. Juli 1904 infolge Erweiterung der Diensträume statt 2 100 M. . . . . 2 450 „ Sonstige sachliche Amtsunkosten (Drucklegung des Jahresberichts, Einrichtungsgegenstände 2c.) nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 500 „ zusammen . . 7 450 M.
5 650 800	800	
4 850		
900	—	Die Geschäfte des Landesversicherungsamts haben — zum Teil infolge der veränderten Gesetzgebung — seit dem Jahre 1900 eine sehr erhebliche Steigerung erfahren. Beispielsweise betrug die Zahl der Rekurse in Unfallsachen im Jahre 1899 : 44, im Jahre 1904 : 82, die Zahl der Katasterbeschwerden 1899 : 0, 1904 : 34, jene der Strafbeschwerden 1899 : 0, 1904 : 159, die Geschäftsnummern im Jahre 1899 : 680, im Jahre 1904 : 1881. Dem Umfang der nunmehrigen geschäftlichen Belastung der Mitglieder des Landesversicherungsamts entsprechen die im Jahre 1888 bezw. für die richterlichen Mitglieder letztmals im Jahre 1900 festgesetzten Vergütungen nicht mehr; es erscheint daher neben der durch das Anwachsen der sachlichen Ausgaben veranlaßten Erhöhung der Anforderung für die sachlichen Amtsunkosten auch eine solche der Nebengehalte geboten. Der hier in Anforderung gebrachte Gesamtbetrag setzt sich wie folgt zusammen: Nebengehalte des Vorsitzenden und der 2 ständigen Mitglieder . . . . . 2 400 M. „ der 2 richterlichen Mitglieder . . . . . 1 000 „ Tagegelder und Reisekosten, sowie Vergütungen an das beim Landesversicherungsamt beschäftigte etatmäßige und nichtetatmäßige Personal des Ministeriums, wie bisher . . . . . 1 900 „ Sachliche Amtsunkosten . . . . . 1 600 „ zusammen . . 6 900 M.
900	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VIII.)		Übertrag . .	6 900	6 000
	7.	Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung:		
		1. Gehalte.		
		4 Amtsvorstände als Vorsitzende C. 3 (1 Stelle im Nebenamt versehen) . . . . . Effektivetat auf 1. Juli 1905: ℳ 16 200		
		3 budgetmäßige Dienstzulagen zu je 500 ℳ. 1 500		
		1 Beamter Dienstwohnung (gemietet).		
		17 700		
		Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich: ℳ.		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 23 700 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 23 900 „		
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . . . . 23 800 ℳ.		
		und nach Abzug von 1½ % rund	23 450	22 900
		2. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die unter Ziffer 1 genannten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	4 000	4 000
		3. Mietzinse	2 000	2 000
		4. Vergütungen für 2 ständige stellvertretende Vorsitzende	3 800	—
	8.	Landesversicherungsanstalt Baden		
		Die Bezüge der nachstehend unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten Beamten werden aus der Anstaltskasse bezahlt.		
		Gehalte.		
		1. Versicherungsanstalt.		
		1 Vorsitzender des Vorstands B. 3		
		2 Mitglieder des Vorstands C. 2		
		1 Kassier D. 1		
		4 Bureauvorsteher E. 2		
		Statt bisher 12 Revisoren F. 3 1906: 14, 1907: 16		
		„ „ 4 Registratoren und Expeditoren F. 3 1906: 4, 1907: 5 .		
		15 (statt bisher 17) Revidenten und Buchhalter G. 5		
		5 Registratur- und Expeditur-Assistenten G. 5		
		Statt 5 Kanzleiassistenten J. 7 1906: 5, 1907: 6		
		2 Kanzleidiener und Kassendiener K. 3		
		53 bezw. 57 Beamte Übertrag . .	40 150	34 900

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
900	—	Das Schiedsgericht in Karlsruhe wird z. Zt. im Nebenamt geleitet. Die Vergütung für diese nebenamtliche Tätigkeit soll ebenso wie jene der im größeren Umfang zur vorübergehenden Geschäftsbesorgung herangezogenen stellvertretenden Vorsitzenden nach Maßgabe der Inanspruchnahme der betreffenden Beamten aus den für die Vorsitzenden angeforderten Mitteln geschöpft werden. Wie im letzten Staatsvoranschlag, so gelangen auch hier die Gehalte und Dienstzulagen nebst Wohnungsgeld für 4 Vorsitzende in Anforderung. Des weiteren werden Mittel für 2 nichtetatmäßige juristische Hilfsarbeiter, welche gleichzeitig das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden zu bekleiden haben, in Anforderung gebracht.
550	—	
—	—	
—	—	Mietzins für eine Dienstwohnung für den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Mannheim. Der von dem Wohnungsinhaber zu entrichtende Mietbetrag in Höhe seines Wohnungsgelds gelangt im Etat des Finanzministeriums, Titel VI Allgemeine Kassenverwaltung, zur Verrechnung.
3 800	—	Begründung siehe oben.
		Nach Erreichung des Höchstgehalts bezieht der Vorsitzende eine Dienstzulage von 1000 M. Die Mitglieder des Vorstands können einen Nebengehalt von je 500 M. erhalten.
		Die stetige Zunahme der Geschäfte läßt die Anstellung von weiteren Hilfsbeamten als geboten erscheinen.
5 250	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					M.	M.
(VIII.)	(8.)	53 bezw. 57 Beamte Übertrag . .			40 150	34 900
		2. Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung.				
		1 Kanzleisekretär F. 5				
		3 Registratoren G. 6				
		2 Aktuare H. 9				
		1 Kanzleiassistent J. 7 (neue Stelle)				
		60 bezw. 64 Beamte (statt bisher 59).				
	9.	Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.	M.	M.		
		1. Gehalte.				
		Vorsitzender des Vorstands — B. 3 oder C. 2 — . . Die Bezüge dieses Beamten werden aus der Genossenschaftskasse bezahlt				
		2 Staatszuschuß			3 300	3 300
		Summe b.			43 450	38 200
		Hiezu Summe a.			51 490	46 640
		Summe Titel VIII.			94 940	84 840
		„ „ VIII. für beide Jahre . .			189 880	
IX.		**Bezirksverwaltung und Polizei.**				
		A. **Ordentlicher Etat.**				
	1.	Gehalte.				
		2 Vorstände größerer Bezirksämter B. 3 . . . . . 2 Dienstwohnungen.	13 600			
		51 Vorstände der Bezirksämter C. 3 und 5 zweite Beamte bei Bezirksämtern mit Vorstandsbezügen nach C. 3	251 160			
		15 Beamte tarifmäßige Dienstzulagen	6 900			
		53 „ haben Dienstwohnungen, wovon 4 gemietet sind.				
		34 (statt bisher 32) zweite Beamte bei Bezirksämtern D. 3 2 Beamte haben Dienstwohnungen.	77 000	4 000		
		92 Beamte . . . . . Übertrag	348 660	4 000		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
5 250	—	
—	—	Es ist keine Veränderung eingetreten, welche die Zurückziehung des seitherigen freiwilligen Staatsbeitrags gerechtfertigt erscheinen lassen könnte.
5 250	—	
4 850	—	
10 100	—	
		Bei zwei größeren Bezirksämtern soll mit Rücksicht auf das andauernde Anwachsen der Geschäftslast je eine weitere Amtmannsstelle errichtet werden.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(IX.)	(1.)	92 Beamte . . . . . Übertrag	348 660	4 000		
		56 Bezirksärzte D. 8	114 890			
		3 (bisher 1) haben Dienstwohnungen.				
		10 Polizeikommissäre (Gehaltsklasse I.) F. 3	31 870			
		8 (bisher 7) tarifmäßige Dienstzulagen je 150 ℳ. . . .	1 200			
		3 (bisher 2) Beamte haben Dienstwohnungen, wovon eine neue schon vom Tage des Bezugs im Jahre 1904 — vorbehaltlich der budgetmäßigen Genehmigung — verliehen werden soll.				
		34 Revisoren bei Bezirksämtern F. 5	101 265			
		22 Kanzleisekretäre F. 5	61 250			
		58 (statt bisher 57) Bezirkstierärzte F. 6	88 430	1 200		
		1 Beamter mit Dienstwohnung (neu).				
		5 (statt bisher 4) Beamte budgetmäßige Dienstzulagen .	3 600	180		
		6 (statt bisher 5) Bezirksassistenzärzte F. 7	3 500	500		
		3 Badeärzte F. 8	1 800			
		14 (statt bisher 13) Polizeikommissäre (Gehaltsklasse II.) G. 4	23 910	1 600		
		295 Beamte . . . . . Übertrag	780 375	7 480		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Eine Bezirksarztstelle wird von einem Universitätsprofessor gegen eine Vergütung von 1 500 ℳ. nebenamtlich versehen.
Nebengehalte beziehen: Als Kreisoberhebeärzte 2 Beamte je 600 ℳ., als Hausärzte in Anstalten (polizeiliches Arbeitshaus Kislau, Erziehungsanstalt Flehingen, Lehrerseminar Ettlingen und Taubstummenanstalt Gerlachsheim) 1 Beamter 1 000 ℳ., 1 Beamter 800 ℳ. und 2 Beamte je 400 ℳ., ferner erhält 1 Beamter als Hausarzt des Landesbades je nach Inanspruchnahme ein jährliches Honorar in wechselndem Betrag.

Zwei ausschließlich im Dienste der Kriminalpolizei verwendete Polizeikommissäre der I. Gehaltsklasse beziehen die tarifmäßige Dienstzulage von je 300 ℳ. aus Mitteln des Justizetats.

Nebengehalte von 600 ℳ. bezw. 550 ℳ. beziehen 2 Beamte für Führung der Rechnungen einer Blinden- bezw. Taubstummen-Anstalt.

Wegen des den Kanzleisekretären als Sportelbeamten auf den Gehalt aufzurechnenden Sportelgebührenanschlags siehe Erläuterung zu G. 6 des Gehaltstarifs.

Dem Bezirkstierarzt für Schwetzingen war bisher gestattet, seinen Wohnsitz in Mannheim zu haben, um dem dortigen Bezirkstierarzt, welcher insbesondere durch die bedeutenden Viehmärkte sehr in Anspruch genommen war, zu entlasten. Inzwischen haben sich die Geschäfte in den beiden Bezirken so stark vermehrt, daß es in Verbindung mit dem wiederholt geäußerten dringenden Wunsche aus dem Kreise der Viehzucht treibenden Landwirte des Amtsbezirks Schwetzingen geboten erschien, dem Bezirkstierarzt für Schwetzingen wieder den Wohnsitz in Schwetzingen anzuweisen und für den Bezirk Mannheim eine weitere Bezirkstierarztstelle zu errichten.

Dienstzulagen:

Ortszulagen für St. Blasien, Schönau, Säckingen und Triberg	1 200 ℳ.
Dienstzulage nach §. 12 Abs. 2 der Gehaltsordnung an einen Grenztierarzt (wie bisher)	2 400 „
Ortszulage als Dienstzulage für den in Basel stationierten etatmäßigen Grenztierarzt (Auslandszulage) wie sie die in der Schweiz stationierten Beamten der Zoll- und Eisenbahnverwaltung erhalten (neu zugegangen)	180 „
zusammen . .	3 780 ℳ.

1 Beamter bezieht für die Überwachung des Viehbestandes der Anstalt Illenau einschließlich der Behandlung erkrankter Tiere aus Mitteln des Titel XII §. 4 eine jährliche Vergütung von 300 ℳ.

Um den tüchtigen, im Alter schon vorgerückten nichtetatmäßigen Assistenzarzt in Mannheim auf dieser Stelle zu erhalten soll dessen Stelle in eine etatmäßige umgewandelt werden.
1 Beamter bezieht für die Unterrichtserteilung in der Impftechnik der Universität Freiburg einen Nebengehalt von 500 ℳ. Weiter beziehen Nebengehalte: 1 Beamter als Hausarzt am Vorseminar Heidelberg 300 ℳ., 1 Beamter als Hausarzt an den Seminarkursen Freiburg 300 ℳ. und endlich 1 Beamter als Hausarzt des Landesgefängnisses in Mannheim 1 200 ℳ.

1 Stelle z. Zt. nicht besetzt.

Für Karlsruhe ist, um ein weiteres Polizeirevier mit einem Polizeikommissär als Reviervorstand besetzen zu können, eine weitere Polizeikommissärstelle vorzusehen.
Nebengehalte: 4 ausschließlich im Dienste der Kriminalpolizei verwendete Beamte beziehen je 300 ℳ. tarifmäßige Dienstzulage aus dem Justizetat.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(IX.)	(1.)	295 Beamte . . . . . Übertrag	780 375	7 480		
		53 (statt bisher 51) Gemeinderechnungsrevidenten G. 6 .	96 690	3 000		
		12 Beamte budgetmäßige Dienstzulagen je 200 ℳ. . . .	2 400			
		51 (statt bisher 50) Registratoren und Polizeiaktuare bei Bezirksämtern G. 6	108 820	1 700		
		10 Beamte tarifmäßige Dienstzulagen je 200 ℳ.	2 000			
		76 (statt bisher 74) Aktuare bei Bezirksämtern H. 9 . .	10 470	2 500		
		20 (statt bisher 18) Polizeiwachtmeister J. 11	30 915	2 800		
		4 (bisher 3) Beamte haben Dienstwohnungen, wovon 2 gemietet sind.				
		55 (statt bisher 52) Polizeisergeanten K. 2	75 255	3 750		
		4 Beamte (bisher 2) haben Dienstwohnungen.				
		74 (statt bisher 73) Amtsdiener bei Bezirksämtern K. 7 .	97 437	1 000		
		4 Beamte Ortszulagen von je 100 ℳ.	400			
		3 „ Dienstzulagen als Remunerationsersatz von je 100 ℳ.	300			
		19 (bisher 18) Beamte haben Dienstwohnungen, wovon 7 (bisher 6) gemietet sind.				
		468 (statt bisher 448) Schutzmänner K. 9	556 650	23 000		
		32 (bisher 33) Beamte haben Dienstwohnungen.				
		1092 (statt bisher 1056) Beamte . . Summe	1 761 712	45 230		
		Voranschlag für 1906	1 878 710 ℳ.			
		„ „ 1907	1 936 040 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	1 907 375 ℳ.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund	1 878 800 „			
		Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge (siehe Erläuterung oben zu G. 6)	15 900 „		1 862 900	1 820 000
			Übertrag . .		1 862 900	1 820 000

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Die Zunahme der Revisionsgeschäfte läßt eine Vermehrung der Revisionsbeamtenstellen bei den Bezirksämtern um zwei, also von bisherigen 85 auf 87 (34 Revisoren und 53 Revidenten) geboten erscheinen. Budgetmäßige Dienstzulagen wie bisher wegen des öfteren Wohnsitzwechsels.
		Bei dem Bezirksamt Mannheim soll, da die umfangreichen Registraturgeschäfte von einem Beamten nicht mehr bewältigt werden können, eine weitere Registratorstelle errichtet werden. Für Führung der Handkassen erhalten 13 Beamte Vergütungen und zwar 7 zu 40 ℳ, 4 zu 60 ℳ und 2 zu 100 ℳ. Sportelbeamte, welche schon vor dem 1. Juli 1894 Konstatiergebühren bezogen und solche nach Maßgabe der Verordnung vom 19. Juni 1894 (Ges. u. V.O.Bl. S. 277) vorerst weiter beziehen, sind z. Zt. 23 vorhanden; ihr nach Anmerkung 7 zu Abteilung F. und Anmerkung 5 zu Abteilung G. des Gehaltstarifs auf den Gehalt aufzurechnender Sportelgebühren-Anschlag im Betrage von 15 900 ℳ ist am Schlusse des §. 1 dieses Etats in Abzug gebracht.
		Der sich fortwährend steigernde Geschäftsumfang bei den Bezirksämtern erfordert abermals eine Vermehrung der Kanzleistellen; es besteht ein dringendes dienstliches Bedürfnis zur Einstellung von 6 weiteren Aktuarstellen. Davon werden 2 als etatmäßig nach H. 9 des Geh.-Tarifs angefordert. Von den angeforderten Stellen sind auch weiterhin 4 für solche Beamte bestimmt, die — ohne den Bestand des ständigen Personals einer Stelle in unliebsamer Weise beeinträchtigen zu müssen —, einzelnen Ämtern zu vorübergehender Aushilfe zugewiesen werden können, insbesondere zur Aushilfsdienstleistung bei Einrichtung der Registraturen nach der Registraturordnung vom 31. Dezember 1904, die mit dem 1. Mai 1905 in Kraft getreten ist. Diese 4 Beamten erhalten neben ihren regelmäßigen Jahresbezügen mit Rücksicht auf den öfteren Wohnsitzwechsel Dienstzulagen von je 200 ℳ.
		Die Vergrößerung des Überwachungsgebiets in den größeren Städten des Landes bedingt auch in der kommenden Budgetperiode die Vermehrung der Zahl der Polizeistationen, deren Führerstellen mit Chargierten zu besetzen sind. Es fällt deshalb die Anforderung von zwei weiteren Polizeiwachtmeister- und drei weiteren Polizeisergeanten-Stellen nötig. Von den neu angeforderten Stellen sollen zwei — 1 Polizeiwachtmeister- und 1 Polizeisergeantenstelle — bei der Kriminalpolizei besetzt werden.
		Von den im Dienste der Kriminalpolizei verwendeten Beamten beziehen tarifmäßige Dienstzulagen aus dem Justizetat: 8 Polizeiwachtmeister je 250 ℳ, 17 Polizeisergeanten je 200 ℳ.
		Es wird die Umwandlung der nichtetatmäßigen Stelle eines Heizers und Hilfsdieners bei dem Bezirksamt Karlsruhe in eine etatmäßige — K. 7 — beantragt, um den derzeitigen Inhaber derselben, der sich als brauchbar und zuverlässig erwiesen hat, dem Dienst zu erhalten. Der dienstälteste Amtsdiener bei dem Bezirksamt Karlsruhe versieht die Geschäfte des Hausmeisters und erhält dafür einen Nebengehalt von 150 ℳ; ein Beamter bezieht als Diener der Badanstaltenkommission in Baden eine Vergütung von jährlich 50 ℳ. Die Ortszulagen werden als künftig wegfallend bezeichnet.
		Infolge der ständigen Zunahme der Bevölkerungsziffer und des räumlichen Umfangs der größeren Städte mit Staatspolizei ist die Vermehrung der Schutzmannschaft um 30 Mann nötig, wovon 3 Mann für die Kriminalpolizei bestimmt sind. Von den zur Vermehrung der Schutzmannschaft erforderlichen 30 Stellen werden 20 als etatmäßig angefordert. 43 im Dienste der Kriminalpolizei verwendete Beamte beziehen die tarifmäßige Dienstzulage von je 150 ℳ aus Mitteln des Justizetats.
42 900	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch die angegebene Stellenvermehrung erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
42 900	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IX.)		Übertrag . .	1 862 900	1 820 000
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach § 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	468 290	454 300
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	566 050	536 450
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	128 320	122 060
		Übertrag . .	3 025 560	2 932 810

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
M.	M.		
42 900	—		
13 990	—	17 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.	
29 600	—	1. 24 Amtsgehilfen zu 1400—1800 M., wie seither	39 600 M.
		Eine Personalverminderung ist trotz der Anforderung unter §. 1 D. 3 nicht tunlich.	
		2. a. 116 statt bisher 112 nichtetatmäßige Aktuare zu 1100—1500 M. statt bisher 147 150 M. = 151 950 M.	
		b. Kanzleigehilfenaversen zur Verfügung der Bezirksämter zu 800—1 000 M. statt bisher 127 350 M. . . . . 130 000 „	281 950 „
		Um einem unabweisbaren Bedürfnis des Dienstes genügen zu können, werden hier die Mittel für 4 weitere nichtetatmäßige Aktuarstellen — vgl. die Erläuterung zu §. 1 H. 9 Gehalte — und weitere 2650 M. jährlich zur Erhöhung der den Bezirksämtern zur Verfügung gestellten Kanzleigehilfenaversen angefordert.	
		3. 6 statt bisher 7 Bezirksassistenzärzte zu 550 M.	3 300 „
		Die Stelle des Bezirksassistenzarztes in Mannheim wird als etatmäßige Stelle angefordert — vgl. Erläuterung zu §. 1 F. 7 Gehalte.	
		4. 8 statt bisher 6 Bezirksbaukontrolleure bei Bezirksämtern zu durchschnittlich 1 900 M.	15 200 „
		Die guten Erfahrungen, die mit der Verstaatlichung der Bezirksbaukontrolle in der abgelaufenen Budgetperiode gemacht wurden, lassen es wünschenswert erscheinen, in 2 weiteren Bezirken die Bezirksbaukontrolleure staatlich anzustellen, weshalb hier 2 weitere Stellen angefordert werden. Die bisher gewährte Jahresvergütung von durchschnittlich 1500 M. hat sich jedoch als unzulänglich erwiesen, weshalb die Mittel zu einer dringend gebotenen Erhöhung auf den Jahresbetrag von durchschnittlich 1 900 M. angefordert werden.	
		5. 1 Weinkontrolleur (neuzugehend)	3 500 „
		Zur Durchführung der im Reichsgesetz vom 24. Mai 1901 betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken vorgeschriebenen Kontrollmaßregeln war die Anstellung eines Weinsachverständigen erforderlich. Die Anstellung eines solchen Beamten erfolgte vertragsmäßig im April 1905. Seine Vergütung wird einstweilen aus den Mitteln des Titels XVI geschöpft, soll aber nach der Natur des Amtes künftig hierher übernommen werden.	
		6. 3 Heizer und Hilfsdiener (wie seither) bei den Bezirksämtern Mannheim, Bruchsal und Pforzheim zu je 1 500 M.	4 500 „
		Die Stelle des Heizers und Hilfsdieners bei dem Bezirksamt Karlsruhe wird als etatmäßige angefordert. — Vergl. Erläuterung zu §. 1 K. 7 Gehalte —; dafür macht die Übersiedelung des Bezirksamts Bruchsal in den Kammerflügel des Schlosses daselbst, in dem eine Zentralheizung eingerichtet ist, auch hier die Einstellung eines Heizers und Hilfsdieners erforderlich, dessen Vergütung hier angefordert wird.	
		7. 160 statt bisher 150 Schutzmänner; siehe zur Begründung der Vermehrung um 10 Mann die Erläuterung zu §. 1 K. 9	218 000 „
		Unter diesen nichtetatmäßigen Schutzmännern sind 15 enthalten, die vierteljährlich zur vorläufigen Ausbildung einberufen und in den Sollstand der Mannschaft nicht eingerechnet werden. Die Kosten (einschließlich der Pauschalvergütung für Dienstkleidung) sollen wie bisher ganz vom Staat übernommen und somit bei der Berechnung des Beitrags der Städte (siehe Einnahme Tit. I §. 1) nicht berücksichtigt werden. Die nichtetatmäßigen Schutzmänner erhalten (wie seither) eine Jahresvergütung von je 1 250 M., sowie während des Probejahres eine Ortszulage von 50 M. und nach dessen Ablauf bei befriedigender Führung mit der Verleihung der Beamteneigenschaft eine Ortszulage von 150 M. an Stelle der vorherigen von 50 M.	
		Es sind hiernach erforderlich für 160 Schutzmänner zu je 1 250 M. . . . . 200 000 M.	
		für 60 Schutzmänner je 50 M. Ortszulage . . . . . 3 000 „	
		für 100 Schutzmänner je 150 M. Ortszulage . . . . . 15 000 „	
		zusammen wie oben . . 218 000 M.	
		Im ganzen . .	566 050 M.
6 260	—	a. Nebengehalte:	
		Dienstzulagen für Führung der Handkassenrechnungen an 7 Beamte 40 M. = 280 M., 4 Beamte 60 M. = 240 M., 2 Beamte 100 M. = 200 M. zusammen	720 M.
		b. Stellvertretung und Dienstaushilfe statt des Rechnungsdurchschnitts wegen Vermehrung des Personals	55 000 „
		Übertrag . .	55 720 M.
92 750	—	(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 35.)	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IX.)		Übertrag . .	3 025 560	2 932 810
	5.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	166 000	160 000
	6.	Heilkosten für das Personal der Lokalpolizei	9 000	7 280
	7.	Sachliche Amtsunkosten	139 870	131 130
	8.	Öffentliche Abgaben und andere Lasten	4 110	3 360
	9.	Bauaufwand	56 000	56 000
	10.	Miet- und Wasserzinse	11 130	10 000
	11.	Förderung von Waldanpflanzungen	26 000	23 000
		Übertrag . .	3 437 670	3 323 580

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
92 750	—	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 4.) Übertrag . . 55 720 M.
		c. Dienstkleidung: Amtsdiener: 74 etatmäßige, Naturallieferung im Kostenbetrage von je 50 M. . . . . 3 700 M.
		Zur erstmaligen Anschaffung von Dienstmänteln für neu zugehende Amtsdiener werden, da der Normalbetrag von 50 M. hierzu nicht ausreicht, weiter angefordert . . . . . 100 „
		Personal der Lokalpolizei: 20 Wachtmeister und 55 Sergeanten zu 100 M. 7 500 M.
		468 etatmäßige und 160 nichtetatmäßige Schutzmänner zu je 90 M. . . . 56 520 „
		In den großen Städten muß jeweils eine Anzahl der Polizeimannschaften, ohne der Kriminalpolizei zugeteilt zu sein, in Civilkleidung Dienst tun, welchen für Abnützung der letzteren eine entsprechende Dienstzulage als Entschädigung gewährt wird. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist hierfür der Betrag von jährlich . . . . . 1 500 „ 65 520 „
		vorzusehen.
		Zuschuß zu den Kosten der erstmaligen Equipierung eines neu zugehenden Polizeikommissärs 200 „ 69 520 „
		d. Beiträge zur Invalidenversicherung nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 940 „
		e. Sonstiges: Belohnungen für Aktenausscheidungen u. s. w. nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 140 „
		zusammen . . 128 320 M.
6 000	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt (hierunter Reisekostenaversen an 53 Bezirksärzte und 12 Bezirks-Assistenzärzte = 65 × 360 = 23 400 M., sowie an 4 Bezirksbaukontrolleure Vergütung für Benützung des Fahrrades 4 × 50 M. = 200 M. zusammen 23 560 M.) von 167 860 M. abgerundet . . . . . 162 000 M.
		hierzu für 2 weitere Bezirksbaukontrolleure zu durchschnittlich je 1 500 M. (siehe Erläuterung zu §. 3 Ziff. 4) . . . . . 3 000 M.
		für 1 Weinkontrolleur (siehe Erläuterung zu §. 3 Ziffer 5) durchschnittlich . . . . . 1 000 „ 4 000 „
		zusammen . . 166 000 M.
1 720	—	Rechnungsdurchschnitt 10 040 M., abgerundet 9 000 M.
8 740	—	a. Handkassenkredite:
		Der Bezirksämter, Rechnungsdurchschnitt 117 511 M. rund . . . . . 118 000 M.
		56 Bezirksärzte zu durchschnittlich je 110 M. (wie seither) . . . . . 6 160 „
		12 Bezirksassistenzärzte zu durchschnittlich je 40 M. (wie seither) . . . . . 480 „
		4 Kreisoberhebeärzte „ „ „ 25 „ „ „ . . . . . 100 „
		58 Bezirkstierärzte zu je 40 M. (1 neu zugehend siehe Erläuterung zu §. 1 F. 6 Gehalte) . . . . 2 320 „
		8 Bezirksbaukontrolleure zu je 60 M. (2 neu zugehend siehe Erläuterung zu §. 3 Ziffer 4) . . . . 480 „
		b. Sonstiger Bureauaufwand nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 12 330 „
		zusammen . . 139 870 M.
750	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Der Rechnungsdurchschnitt des Bauaufwandes beträgt 62 026 M., darunter derjenige des eigentlichen Unterhaltungsaufwandes 41 577 M. Für die Jahre 1906 und 1907 zusammen soll angefordert werden:
		1. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand (Rechnungsdurchschnitt) rund . . . . . 82 000 M.
		2. Aufwand für größere Herstellungen rund . . . . . 30 000 „
		zusammen . . 112 000 M.
		das ist für 1 Jahr . . 56 000 „
1 130	—	Neuester Stand.
3 000	—	a. Für den Pflanzschulbetrieb (statt seither 20 000 M.) . . . . . 23 000 M.
		b. Zu Prämien und Zuschüssen für vollzogene Aufforstungen (wie seither) . . . . . 3 000 „
		zusammen . . 26 000 M.
		Die Erhöhung unter a. wird damit begründet, daß, abgesehen von dem Anwachsen der Unterhaltungskosten für die bisherigen Pflanzschulen die Erstellung einer Schutzhütte bei der in der jetzigen Budgetperiode neu angelegten Pflanzschule im Forstbezirk Schopfheim, sowie die Anlage einer zweiten Pflanzschule im Forstbezirk Villingen, in Aussicht genommen sind. Die Anlage dieser Pflanzschule, welche mit Rücksicht auf den starken Bedarf an Pflanzen für diesen Forstbezirk, die in der bereits bestehenden Pflanzschule nicht gezogen werden können, unbedingt nötig fällt, wird einen Aufwand von mindestens 3 500 M. erfordern, da hierzu noch Gelände erworben werden muß.
		Außerdem beziehen aus den Mitteln dieser Position 2 etatmäßige Beamte der Forstverwaltung für ihren bei auswärtigen Dienstgeschäften erwachsenden Aufwand eine Entschädigung von je 150 M., ferner beziehen 4 etatmäßige Forstwarte für vermehrte auswärtige Dienstgeschäfte jährliche Vergütungen von zusammen 200 M. (statt bisheriger 170 M.) mit Rücksicht auf die geplante Vermehrung der Pflanzschulen.
114 090	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IX.)		Übertrag . .	3 437 670	3 323 580
	12.	Staatsbeiträge an Gemeinden	25 000	25 000
	13.	Unterstützung armer Personen	77 000	70 360
	14.	Staatszuschuß an die Kreisverbände	1 046 000	1 006 000
	15.	Staatszuschuß an die Städte der Städteordnung zur Unterhaltung ausgeschiedener Landstraßen	137 160	128 000
	16.	Militärwesen	14 330	13 340
			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
			M.	M.
	17.	Lebensmittelprüfungsstation	17 220	15 630
		Gehalte.		
		1 Leiter der wissenschaftlich-technischen Anstalt D. 2	3 350	
		Dienstzulage (§. 12 Abs. 2 und §. 22 der G.-O.) . .	1 100	
		1 wissenschaftlich gebildeter Assistent G. 1	1 500	
		2 Beamte . . . . . zusammen.	5 950	
		Voranschlag für 1906 und 1907 je . . . . . 6 750 M.		
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 6 650 „		
		Wohnungsgeld für diese beiden Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme rund . . . . . 1 400 M.		
	18.	Impfanstalt	8 750	9 800
		Gehalte.		
		Vorstand der Impfanstalt D. 9 . . . . . 2 300 M		
		Wohnungsgeld für diesen Beamten nach §. 22 Absatz 2 des Beamtengesetzes $\frac{900\ M.}{2}$ nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme rund 400 M.		
		Übertrag . .	4 763 130	4 591 710

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
114 090	—	
—	—	Der Rechnungsdurchschnitt beträgt 36 460 ℳ., doch gedenkt man mit der angeforderten Summe von 25 000 ℳ. (wie seither) auszukommen.
6 640	—	Erhöht wegen des Rechnungsdurchschnitts von 87 960 ℳ.
40 000	—	Gesetz vom 20. Juni 1900. Ferner 6 000 ℳ. wie bisher für die Kreise an der Schweizergrenze für Übernahme deutscher Reichsangehöriger aus der Schweiz. — Für die Kreise, welche gezwungen sind, zur Erfüllung ihrer Aufgabe die höchsten Umlagesätze zu erheben, nämlich Mosbach und Villingen mit 55, Konstanz mit 53, Lörrach mit 50 ₰. Umlage, soll in besonderer Berücksichtigung ihrer Aufwendungen für das Landarmen- und Straßenwesen ein weiterer Zuschuß von 40 000 ℳ. vorgesehen werden, wovon zugewiesen werden sollen, dem Kreis Mosbach 6000 ℳ., Villingen 2 000 ℳ., Konstanz 12 000 ℳ. und Lörrach 20 000 ℳ.
9 160	—	Gesetz vom 16. August 1900. Rechnungsdurchschnitt . . . . . 131 160 ℳ. Dazu wegen Ausscheidung der im Ortsetter der Stadt Offenburg gelegenen Strecken der Landstraßen Nr. 1 und 28 und der im Ortsetter der früheren Gemarkung Brötzingen gelegenen Strecken der Landstraßen Nr. 13, 20 und 138 . . . . . 6 000 „ zusammen . . 137 160 ℳ.
990	—	a. Persönliche Ausgaben: 1. Nebengehalt des Vorsitzenden der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige, wie seither 600 ℳ. 2. Honorare für Professoren für Abnahme der Prüfung für Einjährig-Freiwillige und Vergütungen an das etatmäßige Kanzleipersonal des Landeskommissärs in Karlsruhe als Vorsitzender der Prüfungskommission, nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 020 „ = 2 620 ℳ. b. Tagegelder und Reisekosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 9 700 „ c. Sonstiges . . . . . 2 010 „ zusammen . . 14 330 ℳ.
1 590	—	a. Gehalte . . . . . 6 650 ℳ. Die Mehranforderung ist durch Zulageanfall bedingt. Der Leiter der Anstalt bezieht für Mitwirkung bei der chemisch-technischen Ausbildung der Zollbeamten aus der Zollkasse einen Nebengehalt von 200 ℳ. Die Stelle des Assistenten ist z. Zt. nichtetatmäßig besetzt, der Inhaber derselben bezieht aus dem Gehaltsetat eine Vergütung von jährlich 1 500 ℳ. b. Wohnungsgeld . . . . . 1 400 „ c. Sonstige persönliche Ausgaben: Nebengehalte der 3 Vorstandsmitglieder (wie seither) 3 × 400 = ... 1 200 ℳ. 1 Assistent . . . . . 2 300 „ 1 „ . . . . . 1 200 „ Schreibaushilfe (wie seither) . . . . . 300 „ Bedienung (wie seither) . . . . . 1 150 „ Diäten und Reisekosten . . . . . 500 „ = 6 650 „ Infolge der Zunahme der Aufgaben und Arbeiten der Station und der dadurch bedingten Überlastung des Personals wurde die Einstellung eines dritten wissenschaftlich gebildeten Assistenten (vorerst in nichtetatmäßiger Eigenschaft) genehmigt. Zur Gewinnung einer tüchtigen, zur Vornahme von bakteriologischen Untersuchungen befähigten Persönlichkeit mußte die Jahresvergütung höher bemessen werden. Dagegen kommen die bisherigen Honorare für bakteriologische Untersuchungen mit jährlich 1 200 ℳ. künftighin in Wegfall. d. Mietzins . . . . . 1 058 ℳ. Sonstiger sachlicher Aufwand nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 462 „ = 2 520 „ zusammen . . 17 220 ℳ.
—	1 050	a. Gehalte: 1 Vorstand der Impfanstalt . . . . . 2 300 ℳ. Höchstgehalt 2 300 ℳ. nach Abzug von 1½ % rund 2 300 ℳ. Die Stelle wird z. Zt. gegen eine aus dem Gehaltsetat zu schöpfende Jahresvergütung von 1 800 ℳ. nebenamtlich versehen. Die etatmäßige Wiederbesetzung der Stelle bleibt vorbehalten. b. Wohnungsgeld $\frac{900}{2}$ ℳ. (nach Abzug von 4 %) rund . . . . . 400 „ c. Sonstige persönliche Ausgaben: Dienstzulage an den II. Arzt (wie seither) . . . . . 500 ℳ. „ „ „ Tierarzt „ „ . . . . . 500 „ Diener (wie seither) . . . . . 800 „ = 1 800 „ d. Mietzins . . . . . 1 960 ℳ. c. Sonstiger sachlicher Aufwand nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 290 „ = 4 250 „ zusammen . . 8 750 ℳ.
172 470	1 050	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IX.)		Übertrag . .	4 763 130	4 591 710
	19.	Medizinalwesen	135 270	125 810
	20.	Veterinärwesen	97 180	112 910
	21.	Fischereiwesen	18 840	18 590
		Gehalte.		
		1 Fischereiaufseher J. 9 . . . . . 1 900 M.		
		Wohnungsgeld für diesen Beamten rund . . . . . 200 „		
	22.	Entschädigung für getötete Tiere auf Wiedererſatz	24 000	41 140
	23.	Entschädigung für versicherte Tiere auf Wiedererſatz	720 000	510 000
	24.	Sonstiger Aufwand in Verwaltungs- und Polizeisachen	539 160	518 510
		Übertrag . .	6 297 580	5 918 670

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
M.	*M.*		
172 470	1 050		
9 460	—	a. Vergütungen der Kreisoberhebeärzte (wie seither)	2 400 *M.*
		b. Aversalvergütungen der Apothekenvisitatoren für schriftliche Arbeiten (wie seither)	400 „
		c. Tagegelder und Reisekosten, erhöht von bisher 16 030 *M.* nach dem Rechnungsdurchschnitt von 18 560 *M.* auf	17 000 „
		d. Für Fortbildungskurse:	
		1. Für Bezirksärzte, Bezirksassistenzärzte und praktische Ärzte . . . 6 000 *M.*	
		2. „ Hebammen . . . 6 800 „	12 800 „
		e. Gebühren der Bezirkssanitätsbeamten für Impfungen, nach dem Rechnungsdurchschnitt	65 520 „
		f. Staatsbeiträge an Gemeinden zur Erleichterung der Beiziehung ärztlicher Hilfe (wie seither)	16 000 „
		g. Prämien bei Hebammenprüfungen (wie seither)	750 „
		h. Für die Untersuchungsämter bei den hygienischen Instituten der beiden Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg zwecks Bekämpfung ansteckender Krankheiten:	
		1. Betriebskosten . . . 8 800 *M.*	
		2. Für bauliche Unterhaltung der Gebäude, in denen diese Ämter untergebracht sind . . . 500 „	9 300 „
		Um eine gedeihliche und ungestörte Weiterentwicklung der bis jetzt segensreich wirkenden beiden Anstalten, deren Dienste über Erwarten stark in Anspruch genommen werden, zu sichern, hat man die hierzu nötigen erhöhten Mittel in besonderer Position eingestellt.	
		i. Sonstiges, Rechnungsdurchschnitt 19 680 *M.*, ermäßigt mit Rücksicht auf den früher hier verrechneten und jetzt unter h. angeforderten Aufwand der Untersuchungsämter auf . . . 9 000 *M.*	
		Hierzu hälftiger Mietzins für die von dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts gemieteten Räumlichkeiten zur Unterbringung der Hebammenschülerinnen in Heidelberg und Freiburg jährlich $\frac{4\,200}{2}$ *M.* . . . 2 100 „	11 100 „
		welcher bisher ganz aus dem Etat des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts bestritten wurde.	
		zusammen . .	135 270 *M.*
—	15 730	a. Vergütung eines Grenztierarztes (wie seither)	2 400 *M.*
		b. Tagegelder und Reisekosten, Rechnungsdurchschnitt	67 280 „
		c. Fortbildungskurse für die Bezirkstierärzte (wie seither)	1 500 „
		d. Staatsbeiträge an Gemeinden zur Gewinnung von Tierärzten, wie seither . . . 11 000 *M.*	
		e. Staatsbeiträge an Ortsviehversicherungsanstalten zu den Kosten der tierärztlichen Behandlung versicherter Tiere (wie seither) . . . 5 000 „	16 000 „
		f. Sonstiges, statt des Rechnungsdurchschnitts rund	10 000 „
		zusammen . .	97 180 *M.*
250	—	1. Fischereipolizei:	
		a. Gehalt: 1 Fischereiaufseher; Effektivetat auf 1. Juli 1905 : 1 770 *M.*, Zulage für 1906 u. 1907 : 200 *M.*, somit Budgetsatz nach Abzug von 1½ % rund	1 900 *M.*
		b. Wohnungsgeld für diesen Beamten rund	200 „
		c. Bezüge des nichtetatmäßigen Fischereiaufsichtspersonals (zwei Fischereiaufseher) am Bodensee und an dem übrigen Fischwassergebiete nach dem Rechnungsdurchschnitt	4 660 „
		d. Belohnungen und Gebühren für Ausübung der Fischereipolizei, sowie für Kontrollierung des Lachs-, Äschen- und Felchenfangs während der Schonzeit, nach dem Rechnungsdurchschnitt	2 830 „
		e. Sonstiges, nach dem Rechnungsdurchschnitt	250 „
			9 840 *M.*
		2. Fischereipflege: Seitheriger Satz	9 000 „
		zusammen . .	18 840 *M.*
—	17 140	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 34 330 *M.* nach der zu erwartenden Inanspruchnahme.	
210 000	—	Der Rechnungsdurchschnitt beträgt rund 575 170 *M.*; mit Rücksicht auf den Zugang neuer Ortsviehversicherungsanstalten werden für 1 Jahr der Budgetperiode 1906/07 720 000 *M.* vorgesehen.	
20 650	—	Die Anforderung setzt sich zusammen, wie folgt:	
		a. Waffenunterhaltung, Dienstauszeichnungen usw., Rechnungsdurchschnitt	2 770 *M.*
		b. Polizeiliche Maßregeln für Sicherheit und Ordnung, Rechnungsdurchschnitt	1 260 „
		c. Wegen außerordentlicher Unglücksfälle, wie seither	10 000 „
		d. Verfahren in Verwaltungs- und Polizeistrafsachen	180 000 „
		e. Unterbringung verwahrloster jugendlicher Personen zur Zwangserziehung	90 000 „
		Übertrag . .	284 030 *M.*
412 830	33 920	(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 41.)	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IX.)		Übertrag . .	6 297 580	5 918 670
	25.	Versendungskosten.		
		a. Postporto	82 130	81 060
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	5 050	4 110
		c. Telegraphen- und Telephongebühren	9 840	5 980
	26.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 820	1 660
		Summe A. Ordentlicher Etat	6 396 420	6 011 480
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	12 792 840	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	1906/07 zusammen.	
	1.	Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindewege (§. 32 des Straßengesetzes) .	350 000	—
	2.	Staatsbeiträge zu Hauptverbesserungen an den aus dem Landstraßenverband ausgeschiedenen und den Städten der Städteordnung überwiesenen Straßen	5 000	—
	3.	Beihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Ausführung von Be- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Meliorationen und Regulierungen	10 000	—
	4.	Staatsbeitrag zur Enzkorrektion in Pforzheim, IV. Rate	200 000	—
	5.	Staatsunterstützung zu Flußüberfahrten	2 500	—
	6.	Beiträge an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten der Wasserversorgungsanlagen . .	300 000	—
	7.	Erstellung von Dienstwohngebäuden für die Schutzmannschaft in Mannheim IV. Rate	40 000	—
		Übertrag . .	907 500	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
412 830	33 920	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 24.)
		Übertrag . . 284 030 M.
		f. Vergütungen der nicht staatlich angestellten Bezirksbaukontrolleure, Rechnungsdurchschnitt 106 410 M.; wegen Verstaatlichung von 8 Bezirksbaukontrolleurstellen werden hier nur eingestellt . . . . . 85 000 „
		g. Gebühren der Feuerschauer für die Vor- und Nachschau, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 55 350 „
		h. Gebühren der Bauschätzer in Feuerversicherungssachen, Rechnungsdurchschnitt 251 450 M.; mit Rücksicht darauf, daß die Nachschätzung der Gebäude beendet ist, werden hier nur eingestellt, wie bisher . . . 55 000 „
		i. Tagegelder und Reisekosten der Bezirkstierärzte für ihre Mitwirkung bei der Gemeindefarrenschau, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 24 480 „
		k. Gebühren und Reisekosten der Mitglieder der Farrenschaukommissionen, Rechnungsdurchschnitt . . . 11 330 „
		l. Kosten der Maß- und Gewichtsvisitationen, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 14 920 „
		m. Abschriftsgebühren, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 6 440 „
		n. Sonstiges . . . . . 2 610 „
		zusammen . . 539 160 M.
		Bei Pos. d beträgt der Rechnungsdurchschnitt 208 010 M. und bei e 91 940 M.; es werden aber günstigenfalls die vorgesehenen Beträge ausreichen.
		Portobauschsumme . . . . . 66 768 M.
1 070	—	Sonstiges Porto nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 15 357 „
		zusammen . . 82 125 M.
940	—	Rechnungsdurchschnitt.
3 860	—	Desgleichen.
160	—	Desgleichen.
418 860	33 920	
33 920		
384 940		
—	—	Mit Rücksicht auf die derzeitige ungünstige Finanzlage ist die Bereitstellung eines größeren Betrags als der angeforderte untunlich.
—	—	Ein Beitrag in der angeforderten Höhe ist bereits in Aussicht gestellt.
—	—	Vom Budgetsatz 1904/05 wird voraussichtlich noch eine größere Summe für 1906/07 zur Verfügung stehen, so daß der vorgesehene Betrag ausreichen wird.
—	—	Von dem Gesamtbeitrag von 850 000 M. sind in der nächsten Budgetperiode (1908/09) noch 150 000 M. vorzusehen. (850 000 M. abzüglich 100 000 M. und 3 × 200 000 M.)
—	—	Der für 1904/05 bewilligte Betrag ist zur Verwendung gekommen. Die Erhöhung ist durch die für zwei Rheinfähren in Aussicht gestellten Beihilfen veranlaßt.
—	—	Die für die Budgetperiode 1904/05 bewilligten Mittel sind bereits vollständig verwendet. Bis Ende Juli 1905 waren bereits Beiträge in Höhe von 211 000 M. in Aussicht gestellt.
—	—	Die Schwierigkeiten, welche der Planlegung des für den Bau von Schutzmannswohngebäuden in der Neckarvorstadt in Mannheim in Aussicht genommenen Baugeländes entgegenstanden, konnten bisher noch nicht behoben werden; es erübrigte deshalb nach Erstellung des zweiten Gruppenhauses im sog. Zuchthausgarten nur, mit dem Bau weiterer Gruppenhäuser in dem letztgenannten Baugebiet fortzufahren; zu diesem Zweck wurde die Bezirksbauinspektion Mannheim in der ersten Hälfte des Jahres 1905 beauftragt, im Anschluß an das zweite Gruppenhaus im sog. Zuchthausgarten ein drittes dreifaches Gruppenhaus zur Ausführung zu bringen. Nach dessen Fertigstellung soll dann — falls die Inangriffnahme weiterer Bauten in einem anderen Baugebiet sich noch nicht ermöglichen sollte — im sog. Zuchthausgarten mit dem Bau der dort noch vorgesehenen weiteren Gruppenhäuser fortgefahren und dort auch das in Aussicht genommene Bad- und Waschküchengebäude, für das ebenso, wie für die Gruppenhäuser, Bauprojekte der Bezirksbauinspektion Mannheim vorliegen, erstellt werden. Nach dem Stand der Bauarbeiten wird für die Budgetperiode 1906/07 eine weitere Baurate von 40 000 M. ausreichen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IX.)		Übertrag . .	907 500	
	8.	Erweiterung des Amthauses in Buchen	25 000	—
	9.	Erweiterung der Diensträume des Bezirksamts Rastatt	8 000	—
	10.	Umbau des Amthauses in Eppingen	30 000	—
	11.	Erweiterung der Diensträume des Bezirksamts Freiburg	39 000	—
	12.	Ergänzung der Bibliotheken der Bezirksämter, III. Rate	8 000	—
	13.	Reisestipendien für Tierärzte	2 000	—
	14.	Für Durchführung der Registraturordnung der Bezirksämter vom 31. Dezember 1904, II. Rate	10 000	—
		Übertrag . .	1 029 500	

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
M.	M.	
—	—	Die Diensträume des Bezirksamts Buchen haben sich im Laufe der letzten Jahre zur Bewältigung des Geschäftsverkehrs und zur Unterbringung des erforderlichen Personals als unzureichend erwiesen. Die dringend notwendige Erweiterung läßt sich nach einem von der Bezirksbauinspektion Wertheim gefertigten Projekt durch Errichtung eines Anbaues an das vorhandene Gebäude, in dem zurzeit außer den Diensträumen des Bezirksamts auch diejenigen des Amtsgerichts sowie die Dienstwohnungen des Amtsvorstandes und des Amtsrichters untergebracht sind, ermöglichen. Das Projekt sieht dabei gleichzeitig eine Vergrößerung der beiden Dienstwohnungen und eine zweckmäßigere Gestaltung der bisherigen Räume derselben, die ebenfalls nicht mehr ausreichen, vor. Der Bauaufwand, insoweit er den Etat des Ministeriums des Innern berührt (der Aufwand für die Erweiterung der amtsgerichtlichen Dienstwohnung gelangt im Etat des Justizministeriums zur Anforderung) ist von der Inspektion auf 20 300 M. berechnet; derselbe erhöht sich bei Einrichtung der Gasbeleuchtung in den Dienst- und Wohnräumen des Bezirksamts bezw. des Amtsvorstandes nach Berechnung der Inspektion um rund 1400 M., endlich erfordert eine teils durch den Anbau bedingte, teils im Interesse der Arrondierung des Anwesens, insbesondere der Dienstgärten erwünschte Erwerbung von Nachbargelände im Flächenmaß von etwa 6 Ar einschließlich der darauf stehenden Obstbäume und eines Gartenhäuschens einen Aufwand von etwa 2 000 M. Da es sich um Veränderungen an einem alten Bau handelt, bei dem mit unvorhergesehenen Arbeiten gerechnet werden muß und da auch eine Ergänzung der Einrichtungsgegenstände in den erweiterten Diensträumen nötig fällt, wird der Gesamtbetrag von 25 000 M. angefordert.
—	—	Die von dem Amtsgericht Rastatt in dem seither gemeinschaftlichen Amts- und Amtsgerichtsgebäude benützten Räume sind nach Verlegung des Amtsgerichts in das Großherzogliche Schloß für das Bezirksamt verfügbar geworden und müssen für die Zwecke des letzteren entsprechend hergerichtet werden. Die Instandsetzungsarbeiten berechnen sich — mit Einschluß der Ergänzung der innern Einrichtung — nach einem Kostenvoranschlag der Bezirksbauinspektion Baden auf 8 700 M.; mit Rücksicht auf mögliche Abstriche werden 8 000 M. angefordert.
—	—	Der östliche Seitenflügel des Amthauses, welcher Diensträume und Bestandteile der Dienstwohnung des Amtsvorstandes enthält, ist baufällig geworden und muß niedergelegt werden; für die dadurch wegfallenden Räume ist es geboten, Ersatz zu schaffen. In Verbindung damit fällt eine zweckmäßigere Ausgestaltung der Räume der Dienstwohnung, eine Erweiterung derselben und insbesondere eine Veränderung der Abortanlage nötig. Der für diese Bauarbeiten erforderliche Aufwand ist nach einem von der Bezirksbauinspektion Bruchsal gefertigten Projekt auf 31 700 M. veranschlagt; durch einige Vereinfachungen wird es sich ermöglichen lassen, die Bausumme auf 30 000 M. zu beschränken. Ein Teil der z. Zt. von dem obenerwähnten Seitenbau überbauten Grundfläche im Maßgehalt von etwa 350 qm soll — bei Erstellung des neuen Seitenbaues in der Flucht des Hauptbaues — der Stadtgemeinde Eppingen behufs Verbreiterung des längs dieses Seitenbaues führenden Wegs käuflich überlassen werden.
—	—	Die dem Bezirksamt Freiburg zur Verfügung stehenden Räume haben sich schon seit längerer Zeit für den gesteigerten Bedarf des Dienstes nicht mehr ausreichend erwiesen. Bei den über die dringend gebotenen Abhilfemaßnahmen veranlaßten Erhebungen ergab sich, daß eine zweckmäßige und ausreichende Erweiterung in der Weise geschaffen werden kann, daß dem Bezirksamt die Möglichkeit gegeben wird, sich im östlichen bezw. südlichen Teil des Gebäudekomplexes, d. h. in den Räumen des Domänenamts und der Steuereinnehmereien auszudehnen. Die hierwegen gepflogenen Verhandlungen führten dazu, daß seitens des Domänenärars ein Anwesen zur Unterbringung des Domänenamts erworben, und daß im Garten dieses Anwesens ein Neubau zur anderweiten Unterbringung der Steuereinnehmereien erstellt wurde (vgl. Budget des Finanzministeriums für 1904/05 Tit. VI. B. §. 3), wodurch ermöglicht wurde, die bisherigen Räume des Domänenamts und der Steuereinnehmereien für die Erweiterung der Diensträume des Bezirksamts zur Verfügung zu stellen. Um diese Räume für letztgenannten Zweck verwendbar zu machen, fallen in den neuen, sowie in einer größeren Zahl der seitherigen Diensträume, die im Interesse eines geordneten Dienstbetriebs eine anderweite Benützung verlangen, größere bauliche Herstellungen nötig, deren Aufwand, einschließlich der Kosten für die nötige Ergänzung des Mobiliars, seitens der Bezirksbauinspektion Freiburg auf Grund eines Bauprojekts zu 45 000 M. veranschlagt wird. Bei Beschränkung der Arbeiten auf das unbedingt Erforderliche wird es nach Ansicht des bautechnischen Referenten sich ermöglichen lassen, mit 39 000 M. auszukommen, welcher Betrag deshalb zur Anforderung gelangt.
—	—	Über die II. Rate ist vollständig verfügt; mit dieser III. und letzten Rate ist der Gesamtaufwand von 30 000 M. nunmehr gedeckt.
—	—	Über die für die Budgetperiode 1904/05 bewilligten Mittel ist bereits vollständig verfügt. Um aber noch weiteren Tierärzten die Ausführung von Studienreisen zu ermöglichen, wird derselbe Betrag hier noch einmal angefordert.
—	—	Die Durchführung der Amtsregistraturordnung vom 31. Dezember 1904 und die damit verbundene Neuordnung der Amtsregistraturen wird einen außerordentlichen Aufwand von etwa 25 000 M. erfordern. Hiervon wurde die I. Rate mit 8 000 M., da die Verordnung bereits am 1. Mai 1905 in Kraft getreten ist, und mit dem Beginn der Arbeiten aus dienstlichen Gründen nicht bis zur budgetmäßigen Verwilligung der Mittel zugewartet werden konnte, im Wege des Administrativkredits bereits beschafft, während hier die II. Rate mit 10 000 M. und in der nächsten Budgetperiode die dritte und letzte Rate mit 7 000 M. zur Anforderung kommt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IX.)		Übertrag . .	1 029 500	
	15.	Staatsbeiträge zu den Kosten der ersten Einrichtung von Verbandsabdeckereien, I. Rate	40 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	1 069 500	
		Hierzu „ A. Ordentlicher Etat	12 792 840	
		Summe Titel IX. . .	13 862 340	

X.		Allgemeine Sicherheitspolizei.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
		Ordentlicher Etat.	M.	M.
	1.	Gehalte.		
		1 Korpskommandeur B. 4	6 800	
		Dienstwohnung (gemietet).		
		4 Distriktskommandanten C. 6	20 600	
		1 tarifmäßige Dienstzulage	500	
		1 Zahlmeister G. 4	2 060	
		tarifmäßige Dienstzulage 250 M.		
		budgetmäßige „ 150 M.	400	
		5 Oberwachtmeister H. 7	9 650	
		5 tarifmäßige Dienstzulagen je 150 M.		
		5 budgetmäßige „ „ 150 M.	1 500	
		1 Dienstwohnung (gemietet).		
		84 (bisher 74) Wachtmeister J. 11	121 526	1 500
		80 tarifmäßige Dienstzulagen je 150 M.		
		76 budgetmäßige „ „ 150 „		
		8 „ „ „ 100 „	21 200	
		25 (bisher 17) Dienstwohnungen, davon 19 (bisher 10) in gemieteten Gebäuden.		
		1 Kanzleidiener K. 7	1 300	
		459 (bisher 469) Gendarmen K. 10	571 328	
		Dienstzulagen: tarifmäßige: budgetmäßige:		
		13 zu 150 M. 47 zu 150 M.		
		155 „ 100 „ 80 „ 100 „		
		291 „ 50 „ 332 „ 50 „	64 650	
		60 (bisher 35) Dienstwohnungen, davon 48 (bisher 23) in gemieteten Gebäuden.		
		555 Beamte . . . . . Summe	821 514	1 500

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
M.	M.	
—	—	Um die Errichtung von Anstalten im Sinne von §. 3 Absatz 4 des Gesetzes vom 3. Juni 1899 zu erleichtern, hat man, wie in früheren Jahren weniger leistungsfähigen Abdeckereiverbänden zur Anschaffung von Kadaververnichtungsapparaten Staatszuschüsse in Aussicht gestellt, wozu der angeforderte Betrag ausreichen wird.
		Vorbemerkung: Um den zahlreichen Übertritt älterer, tüchtiger Gendarmen in weniger anstrengende und besser bezahlte Civilstellen zu begegnen, soll die Zahl der Wachtmeisterstellen — bei unveränderter Sollstärke — um 10 vermehrt werden. Aus dem gleichen Grunde und um den Zugang von tüchtigen Mannschaften zu fördern, sollen auch die bisherigen budgetmäßigen Dienstzulagen weiterhin gewährt werden. Dieselben betragen bei weniger als 10 Gendarmeriedienstjahren . . . . . 50 M. von 10 bis 15 „ „ . . . . . 100 „ von 15 und mehr „ „ . . . . . 150 „
		4 Beamte beziehen aus dem Justizetat tarifmäßige Dienstzulagen von je 250 M. für Verwendung im Dienste der Kriminalpolizei. Dienstwohnungen sind mehr angefordert: für Wachtmeister (bisher 17) 8, für Gendarmen (bisher 35) 25, da an einigen weiteren Stationen mit schwierigen Wohnungsverhältnissen Wohnungen staatlicherseits angemietet werden mußten, um eine zweckentsprechende Unterbringung der Gendarmeriemannschaft zu sichern, und da für andere Stationen die Anmietung von Wohnungen aus den gleichen Gründen noch nötig fallen wird.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(X.)	(1.)	Voranschlag für 1906 . . . . . 841 564 M. „ „ 1907 . . . . . 852 361 „ „ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . . 846 963 M. und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 834 300 „ Hierzu Lokalzulagen, wie bisher . . . . . 6 000 „ zusammen . . 840 300 M.	840 300	828 000
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	133 100	127 680
	3.	Vergütungen des nichtetatmäßigen Personals	1 690	2 530
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	1 800	1 800
	5.	Tagegelder und Reisekosten	2 260	3 110
	6.	Kommandozulagen der Mannschaft	21 940	22 600
	7.	Umzugskosten	9 650	9 420
	8.	Heilkosten	4 950	5 020
	9.	Für besondere Belohnungen	1 200	1 200
	10.	Sachliche Amtsunkosten	21 120	18 870
	11.	Miet- und Wasserzinse	23 770	17 500
	12.	Bekleidung	33 000	31 310
	13.	Bewaffnung	860	900
		Übertrag . .	1 095 640	1 069 940

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
12 300	—	
5 420	—	
—	840	Unterhaltungskosten für 5 Offiziersburschen nach neuester Feststellung . . . . . 1 687 M. Anmerkung: Die Bureaudienerstelle beim II. Distrikt ist seit 24. März 1904 weggefallen.
—	—	a. Belohnung des Personals des Korpskommandos für Besorgung der Adjutanturgeschäfte . . . . . 300 M. b. Für Besorgung der Kanzlei- und Expeditургeschäfte beim Korpskommando und den Distriktskommandos (5 Oberwachtmeister, 2 Wachtmeister und 5 Gendarmen) je 60 M. . . . . 720 „ c. Für Dienstkleidung des Kanzleidieners . . . . . 50 „ d. Vergütung für den dem Korpskommando zur Wahrnehmung der Gerichtsbarkeit zugeteilten Kriegsgerichtsrat und für die Gerichtsoffiziere bei den Distrikten 300 M. + 4 × 108 M. (monatlich 9 M.) . . 732 „ zusammen . . 1 802 M. rund . . 1 800 „
—	850	Rechnungsdurchschnitt.
—	660	Desgleichen.
230	—	Desgleichen.
—	70	Desgleichen. Aus dieser Position sollen auch Beihilfen zur Bestreitung von Kurkosten (Bade- und Luftkuren) und von außergewöhnlichen, durch Erkrankung veranlaßte Aufwendungen, sowie Beihilfen zur Bestreitung von Krankheitskosten für Familienangehörige gewährt werden.
—	—	Bisheriger Satz.
2 250	—	a. Kredit der Handkasse des Korpskommandos . . . . . 800 M. b. Kredit der Handkassen der Distriktskommandos statt seitheriger 240 M. künftig 300 M. jährlich, 4 × 300 M. 1 200 „ c. Aversen der Mannschaft für Schreibmaterialien und Waffenunterhaltung: 1. für 5 Oberwachtmeister und 84 (statt bisher 74) Wachtmeister je 48 M. . . . . 4 272 M. 2. für 459 (bisher 469) Gendarmen je 24 M. . . . . 11 016 „ 15 288 „ d. Bureaumiete für das Korpskommando (vom Staat gemietet) . . . . . 490 „ (Bei Stellung des Bureaus durch das Korpskommando ist diesem wie früher ein Aversum von jährlich 600 M. zu gewähren.) e. Bureaumiete für 3 Distrikte je 350 M. . . . . 1 050 „ Das Bureau des IV. Distrikts (Mannheim) wird seit 1. Juni 1905 von der Forst- und Domänendirektion hier unentgeltlich überlassen; bei Stellung desselben durch das Distriktskommando ist diesem wie seither ein Aversum von jährlich 350 M. zu gewähren. f. Für Heizung und Beleuchtung 2c. des in Konstanz gemieteten Dienstzimmers jährlich . . . . . 120 „ g. Vergütung an Gendarmeriebedienstete zur Bestreitung von Reparaturkosten für dienstlich verwendete Fahrräder . . . . . 2 000 „ h. Sonstige sachliche Amtsunkosten nach dem Rechnungsdurchschnitt unter Zugrundelegung eines kleinen Betrags (100 M.) für etwaige Neuanschaffungen . . . . . 170 „ zusammen . . 21 118 M. rund . . 21 120 „
6 270	—	Neuester Stand. Die Anmietung weiterer Wohnungen in Stationen mit schwierigen Wohnungsverhältnissen ist in Aussicht genommen.
1 690	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	40	Desgleichen.
28 160	2 460	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(X.)		Übertrag . .	1 095 640	1 069 940
	14.	Pferdeausrüstung und Unterhaltung, sowie Pferdeersatz	8 840	8 840
	15.	Druckkosten	10 160	9 920
	16.	a. Postporto	13 580	13 570
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	550	540
		c. Telegraphengebühren	550	500
	17.	Sonstige Ausgaben	750	520
		Summe Titel X.	1 130 070	1 103 830
		„ „ „ für beide Jahre . .	2 260 140	
XI.		**Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
	1.	Lehrgelderfonds	1 050	1 050
	2.	Beiträge zu den Anstalten für Erziehung und Besserung verwahrloster jugendlicher Personen	18 000	18 000
		Übertrag . .	19 050	19 050

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
28 160	2 460	
—	—	a. Naturalverpflegung 10 × 450 M. . . . . 4 500 M. b. Aversen für Einstellung der Pferde bei auswärtigem Dienst 10 × 36 M. . . . . 360 „ c. Tierärztliche Behandlung und Medikamente . . . . . 450 „ d. Hufbeschlag, Stallmiete, Ersatz und Unterhaltung der Pferdeausrüstung und Stallrequisiten . . . . 1 630 „ e. Pferdeersatz . . . . . 1 800 „ f. Unvorhergesehenes . . . . . 100 „ zusammen . . 8 840 M.
240	—	a. Mutmaßlicher Bedarf für die Herstellung des Fahndungs- und Verordnungsblattes nach dem Durchschnittssatz von 1903/04 . . . . . 7 750 M. b. Anteil an den Kosten der Herausgabe des deutschen Fahndungsblattes nach dem neuesten Stand . . . 2 407 „ zusammen . . 10 157 M. rund . . 10 160 „
10	—	Portobauschsumme . . . . . 13 489 M. Sonstiges Porto nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 88 „ zusammen . . 13 577 M. rund . . 13 580 „
10	—	Rechnungsdurchschnitt.
50	—	Rechnungsdurchschnitt . . . . . 54 M. Für telephonische Verbindungen . . . . . 496 „ zusammen . . 550 M.
230	—	Rechnungsdurchschnitt.
28 700	2 460	
2 460		
26 240		
—	—	Seitheriger Satz
—	—	Die Anforderung setzt sich zusammen, wie folgt: 1. Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder. Staatsbeitrag, wie seither . . . . . 10 000 M. Die Ausgaben für die 3 Anstalten Weingarten, Hüfingen und Sinsheim sind für das Jahr 1905 auf 91 620 M., die Einnahmen dagegen — ohne Staatszuschuß — auf nur 79 545 M. veranschlagt. Die Vermögensdarstellung weist auf 1. Januar 1905 ein Reinvermögen von 480 418 M. — darunter Aktivkapitalien 201 921 M. — nach. Die Unterhaltungskosten für die Zöglinge sämtlicher 3 Anstalten betrugen im Jahre 1904 67 222 M. (darunter für Verköstigung 28 534 M., Wäsche und Kleidung 10 466 M., Heizung und Beleuchtung 3 928 M., Verwaltung 12 106 M. u. s. w.), die Wirtschaftseinnahmen dagegen nur 545 M., da der Verein in seinen 3 Anstalten weder irgend welches Gewerbe, noch eine Feld- oder Gartenwirtschaft auf eigene Rechnung betreibt. Verpflegungstage waren es im ganzen 56 355. Hiernach ergibt sich für die Zöglinge ein Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag von 1,05 M. und von jährl. 383 M. In den 3 Anstalten waren im Jahre 1904 179 Zöglinge untergebracht, wovon 159 Zwangszöglinge. Außerdem ist dem Verein im Jahre 1904 für die auf seine Kosten unter Aufsicht der Anstalten in der Lehre untergebrachten Personen ein Unterhaltungsaufwand von insgesamt 12 358 M. erwachsen, das ist bei durchschnittlich 81 Lehrlingen pro Kopf rund 152 M. Wenn nun auch das der diesmaligen Anforderung zugrunde gelegte Rechnungsergebnis des Betriebsjahres 1904 gegenüber dem der Anforderung für 1904/05 zu Grunde liegenden Ergebnis des Betriebs-
—	—	Übertrag . . 10 000 M.

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 51.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XI.)		Übertrag . .	19 050	19 050
	3.	Beitrag an den Verein für Beschäftigung und Versorgung erwachsener Blinder . . .	1 500	1 000
	4.	Staatsbeitrag an die Badanstaltenverwaltung	40 040	40 100
		Übertrag . .	60 590	60 150

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	—	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 2.) Übertrag . . 10 000 M.

jahres 1902 etwas günstiger sich darstellt, so ist es doch mit Rücksicht auf die allgemein sich geltend machende Steigerung der Ausgaben für die Lebensführung und die durch den Anstaltsneubau in Weingarten bedingte Einzehrung des Grundstockskapitals, die jetzt noch mehr als bisher zur Geltung kommen wird, nötig, den erhöhten Staatszuschuß für den Verein auch diesesmal wieder anzufordern, um die segensreiche Wirksamkeit des Vereins nach Möglichkeit zu unterstützen.

2. Komitee für das Asyl und Erziehungshaus Scheibenhardt.
Staatszuschuß (wie seither jährlich) . . . . . 3 000 „

Nach dem Voranschlage für 1905 bleiben die Einnahmen mit 18 953 M. hinter den Ausgaben mit 22 621 M. um 3 668 M. zurück. Das Reinvermögen beträgt nach Abzug des Pensionsfonds für das Anstaltspersonal mit 3 600 M. am 1. Januar 1905 38 033 M., worunter sich 25 951 M. zinstragende Kapitalien befinden. Im Betriebsjahr 1904 standen den Unterhaltungskosten für die Zöglinge mit 22 559 M. (darunter für Verköstigung 10 511 M., Kleidung 1 360 M., Heizung und Beleuchtung 1 754 M. Verwaltung 5 755 M. u. s. w.) die Wirtschaftseinnahmen mit 6 450 M. gegenüber, so daß sich aus dem restlichen Betrage von 16 804 M. bei 20 585 Verpflegungstagen ein Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag von 81,6 Pf. und von jährlich 297 M. ergibt. Der Personalstand an Zöglingen belief sich im Jahre 1904 durchschnittlich auf 56, darunter 41 Zwangszöglinge.

3. Landesverein für innere Mission.
Staatszuschuß (wie seither jährlich) . . . . . 5000 „

Der Voranschlag für die Erziehungsanstalt „Schwarzacher Hof" für das Betriebsjahr 1904 stellt bei einer ordentlichen Ausgabe von 33 321 M. und einer ordentlichen Einnahme von 31 119 M. einen Fehlbetrag von 2 202 M. fest. Auf 1. Januar 1905 betrug das Anstaltsvermögen 151 509 M., worunter nur 33 M. Kapitalvermögen, während die Schulden 68 020 M. betrugen, so daß ein Reinvermögen von 83 489 M. vorhanden war. Die Unterhaltungskosten der Zöglinge beliefen sich im Jahre 1904 auf 31 210 M. (darunter für Nahrung und Kleidung 14 070 M., allgemeine Verwaltungskosten 3 279 M. usw.), die Wirtschaftseinnahmen dagegen auf 18 451 M. Bei einer Gesamtzahl von 11433 Verpflegungstagen berechnet sich der Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag auf 1,12 M. und auf jährlich 401 M. Im Jahre 1904 waren in der Anstalt durchschnittlich 32 Zöglinge und davon 30 Zwangszöglinge.

Nach dem für die Erziehungsanstalt „Mädchen- und Frauenheim Bretten" für das Betriebsjahr 1905 aufgestellten Voranschlage werden die ordentlichen Einnahmen zu etwa 24 904 M. und die ordentlichen Ausgaben zu etwa 27 500 M. angenommen, so daß mit einem Fehlbetrag von 2 596 M. gerechnet werden muß. Das Vermögen der Anstalt betrug am 1. Januar 1905 77 830 M., welchem Schulden im Betrag von 31 816 M. gegenüber standen, so daß das Reinvermögen auf 46 014 M. festgestellt wurde; unter diesem Vermögen befanden sich nur 100 M. Kapitalien. Die Unterhaltungskosten für die Zöglinge betrugen im Jahre 1904 27 017 M. (darunter für Nahrung und Kleidung 13 624 M., für Heizung und Beleuchtung 1 260 M., für Verwaltungskosten 3 499 M. usw.).

Die Wirtschaftseinnahmen dagegen betrugen 9 668 M. Bei einer Gesamtzahl von 16 516 Verpflegungstagen berechnet sich der Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag auf 1,05 M. oder 383 M. jährlich. Verpflegt wurden im ganzen 74 Zöglinge, worunter nur wenige freiwillige Zöglinge waren.

Da die für die Neubauten in Bretten und auf dem Schwarzacher Hof — hier wurde ein Verwaltungsgebäude mit einem Aufwand von 40 000 M. erstellt — nötig gewordenen Darlehen durch die hierfür zu zahlenden Schuldzinsen die beiden Anstalten stark belasten, erscheint es geboten, den Betrieb derselben durch die Gewährung des bezeichneten Zuschusses auch weiterhin zu sichern.

zusammen . . 18 000 M.

500 — Nach dem Voranschlag für das Jahr 1905 sind die Einnahmen (ohne Staatsbeitrag) auf rund 21 000 M. und die Ausgaben auf 19 800 M. berechnet, so daß ein Einnahmeüberschuß von 1 200 M. zu erwarten sein wird. Die Vermögensdarstellung weist auf 1. Januar 1905 ein Reinvermögen von 286 823 M. nach, worunter 192 603 M. Kapitalien sich befinden. Mit Rücksicht auf die unbedingt erforderliche weitere Auffrischung des Inventars und die schon längst als notwendig anerkannte Erweiterung der Räume der Anstalt durch Erstellung eines Neubaues soll trotz der nicht ungünstigen Vermögenslage der Anstalt der bisherige Staatsbeitrag erhöht werden. Im Jahre 1904 waren in der Anstalt durchschnittlich 33 Pfleglinge vorhanden. Die Unterhaltungskosten beliefen sich nach Abzug der Wirtschaftseinnahmen von 669 M. auf rund 17 217 M. (darunter Verwaltungskosten 2 713 M., Verköstigung 9 161 M., für Kleidung und Wäsche 1 845 M., Heizung und Beleuchtung 950 M., Unterhaltung und Ergänzung des Inventars 1 646 M. 2c.). Der Unterhaltungsaufwand berechnet sich bei 11649 Verpflegungstagen für den Kopf und Tag auf 1,47⁸ M. und jährlich auf rund 541 M.

— 60 Es kommen in Anforderung:
1. Beitrag für das Landesbad (bisher 32 900 M.) . . . . . 34 040 M.
2. Beitrag für das Inhalatorium (bisher 7 200 M.) . . . . . 6 000 „

zusammen . . 40 040 M.

500 60

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 53.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XI.)		Übertrag . .	60 590	60 150
	5.	Beitrag zu dem Aufwand der Idioten-Anstalt in Mosbach	5 000	5 000
	6.	Beitrag zu dem Aufwand der Anstalt für Epileptiker in Kork	5 000	5 000
	7.	Staatsbeitrag an den Badischen Frauenverein	15 500	14 500
		Übertrag . .	86 090	84 650

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
500	60	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 4.) Entzifferung zu 1: Gehalt und Wohnungsgeld nebst Dienstzulage des Verwalters . . . . . 2 950 ℳ. Baukapitalzins für das Anstaltsgebäude . . . . . 15 840 „ Pauschalvergütung für Benützung der heilgymnastischen Anstalten und verschiedener Arten von im Landesbad nicht vorhandenen Bädern durch Kurgäste dieser Anstalt, nach dem Durchschnittsergebnis 1902/04 unter Berechnung der Hälfte der normalen Preise rund . . . . . 10 500 „ Anteiliger Zins vom Baukapital des Zentralwasch- und Kesselhauses . . . . . 1 200 „ Für Arbeitskräfte, Heizmaterial, Unterhaltung der Stollen, Leitungen 2c. nach dem durchschnittlichen Ergebnis von 1902/04 . . . . . 2 600 „ Für kaltes Wasser und Thermalwasser . . . . . 950 „ zusammen . . 34 040 ℳ. Entzifferung zu 2: Ersatz des Ausfalls an Zinsen aus dem Baukapital des Inhalatoriums, $3\frac{1}{2}$% von 250 600 ℳ. . . . 8 800 ℳ. Ab die Reineinnahme aus dem Betrieb der Anstalt (8 200—5 400) = ... 2 800 „ Rest . . 6 000 ℳ. Im übrigen vergleiche den Voranschlag der Badanstaltenverwaltung, Anlage 2.
—	—	Seitheriger Satz. Im Rechnungsjahr 1904/05 haben die Ausgaben der Anstalt 105 013 ℳ., die Einnahmen dagegen (ohne Staatszuschuß) 88 268 ℳ. betragen. Das Vermögen der Anstalt belief sich am 1. April 1905 auf 329 413 ℳ., worunter nur 15 000 ℳ. Aktivkapitalien. Die Schulden dagegen betrugen noch 51 400 ℳ., so daß ein reines Vermögen von 278 013 ℳ. verblieb. Am 1. April 1905 waren 152 Pfleglinge in der Anstalt, im Betriebsjahre 1904/05 waren es 53 121 Verpflegungstage. In demselben Jahre standen den Unterhaltungskosten der Pfleglinge mit 77 488 ℳ. — worunter für Verwaltung einschließlich des Aufwands für das Wartpersonal 19 531 ℳ., allgemeiner Haushaltungsaufwand 13 656 ℳ., Verköstigung 16 094 ℳ., Kleidung 4 175 ℳ., Heizung und Beleuchtung 5 714 ℳ., Reinigung und Wäsche 2 175 ℳ., Krankenpflege und Versicherung 2 266 ℳ. u. s. w. — die Wirtschaftseinnahmen mit 14 953 ℳ. gegenüber, so daß sich aus dem restlichen Betrag von 62 535 ℳ. bei 53 121 Verpflegungstagen ein Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag von 1,17 ℳ. und für das Jahr von 427 ℳ. berechnet. Rechnet man zu den bezahlten Unterhaltungskosten noch die Schuldzinsen mit 2 923 ℳ., so erhöht sich der Aufwand für den Kopf und Tag um 0,06 ℳ. also auf 1,23 ℳ. und für das Jahr auf rund 449 ℳ. Der Voranschlag für das Betriebsjahr 1905/06 sieht bei einer Einnahme (ohne Staatszuschuß) von 70 800 ℳ. eine Ausgabe von 75 300 ℳ. vor, so daß die Bewilligung des seitherigen Staatszuschusses von 5 000 ℳ. eine Mehreinnahme von 500 ℳ. ermöglichen würde. Als Gegenleistung für den Staatszuschuß gewährt die Anstalt 10 Freiplätze für Pfleglinge, welche von der Regierung überwiesen werden.
—	—	Seitheriger Satz: Nach dem Rechnungsauszug für das Jahr 1904 beziffern sich die Ausgaben der Anstalt zu Kork auf 297 420 ℳ. und die Einnahmen — ohne Staatsbeitrag — auf rund 273 037 ℳ. Die Vermögensdarstellung wies auf 1. Januar 1905 ein Vermögen von 460 078 ℳ. nach — darunter nur 16 320 ℳ. Aktivkapitalien —, während die Schulden 251 532 ℳ. betrugen, so daß ein Reinvermögen von 208 546 ℳ. verblieb. Im Jahre 1904 waren 130 Pfleglinge in der Anstalt anwesend, welche zusammen 39 907 Verpflegungstage hatten. Die Unterhaltungskosten beliefen sich für dieselben auf 55 809 ℳ. — (darunter für die Verwaltung einschließlich des Aufwands für das Wartepersonal 14 896 ℳ., für Verköstigung 23 300 ℳ., für Heizung und Beleuchtung 3 953 ℳ., Heilkosten 2 920 ℳ. usw.) — und die Wirtschaftseinnahmen auf 9 451 ℳ. Aus dem restlichen Betrag von 46 358 ℳ. ergibt sich ein Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag von 1,16 ℳ. und von jährlich 423 ℳ. Rechnet man zu den Unterhaltungskosten noch die bezahlten Schuldzinsen mit 7 117 ℳ. hinzu, so erhöht sich der Aufwand für den Kopf und Tag auf 1,33 ℳ. und für 1 Jahr auf rund 485 ℳ. Der Voranschlag für 1905 weist eine ordentliche Einnahme (ohne Staatsbeitrag) von 74 650 ℳ. und eine Ausgabe von 80 450 ℳ. nach, so daß ein Fehlbetrag von 5 800 ℳ. sich ergeben würde. Die Anstalt gewährt als Entgelt für den Staatszuschuß 10 Freiplätze, über welche die Regierung verfügt.
1 000	—	a. Zentrallandesfonds, wie seither . . . . . 6 000 ℳ. b. Abteilung III. (für Krankenpflege) . . . . . 9 000 „ c. Für die Volksbibliothek, wie bisher . . . . . 500 „ zusammen . . 15 500 ℳ. Nach dem Voranschlag für den Zentrallandesfonds des Frauenvereins für 1905 sind die Ausgaben auf rund 24 263 ℳ. und die Einnahmen auf rund 17 198 ℳ. veranschlagt, so daß ein Fehlbetrag von 7 065 ℳ. sich ergibt. Nach dem von der Abteilung III. des Vereins aufgestellten Voranschlag betragen die Ausgaben 312 070 ℳ. und die Einnahmen 275 201 ℳ., so daß sich ein Fehlbetrag von 36 869 ℳ. ergibt. Die Vermögensdarstellung weist auf 1. Januar 1905 ein Vermögen von 665 800 ℳ. nach — darunter nur 29 565 ℳ. Aktivkapitalien — welchen Schulden im Betrage von 401 123 ℳ. gegenüberstehen; sonach belief sich das Reinvermögen zu dem angegebenen Zeitpunkt auf 264 677 ℳ.
1 500	60	(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 55.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XI.)		Übertrag . .	86 090	84 650
	8.	Staatszuschuß zur Fürsorgekasse für Gemeindebeamte	20 400	21 130
	9.	Beitrag zu den Lungenheilanstalten „Friedrichsheim" und „Luisenheim" bei Marzell .	15 000	10 000
	10.	Beitrag an den Landesverein für Arbeiterkolonien	4 000	4 000
		Summe A. Ordentlicher Etat	125 490	119 780
		„ „ „ „ für beide Jahre .	250 980	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
1 500	60	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 7.) Da nach der gegebenen Darstellung die Anforderungen, die an die Abteilung III. des Vereins herantreten, sich immer mehr steigern, die ordentlichen Einnahmen aber den Anforderungen entsprechend nicht zunehmen, scheint es geboten, um die segensreiche Wirksamkeit des Vereins nach Möglichkeit zu fördern, den Staatszuschuß für die Abteilung III. zu erhöhen.
—	730	Die Staatskasse hat nach §. 47 Absatz 3 des Gesetzes vom 8. Juli 1896 zu entrichten: 1. Für 1906 einen Zuschuß von 50 % und für 1907 von 30 % der laufenden auf 3 % der Einkommensanschläge festgesetzten Beiträge der Mitglieder der Kassenabteilung A. (Ratschreiber). 2. 25 % der von dieser Abteilung bestrittenen Ruhegehalte, Witwen- und Waisengelder: a. Die Einkommensanschläge der Mitglieder von Kassenabteilung A. haben am 1. Dezember 1904 betragen 917 370 M. Bis 1. Juli 1905 sind sie infolge der stattgehabten Nachprüfung (§. 20 F.G.) angewachsen auf: 943 099 M. Mit Rücksicht auf die alljährlich eintretende Vermehrung der Einkommen der Ratschreiber soll eine Erhöhung des Gesamteinkommensanschlags auf 1 000 000 M. angenommen werden. Hieraus berechnen sich die Beiträge zu 3 % auf 30 000 M. und der Staatszuschuß mit 50 % für 1906 auf . . . . . 15 000 M. mit 30 % für 1907 auf . . . . . 9 000 „ b. Ruhegehalte für Kassenabteilung A. wurden im Jahr 1904 bezahlt 13 186 M. Mit Rücksicht auf das zu erwartende Anwachsen, welches in den letzten 5 Jahren durchschnittlich 1 218 M. betrug, soll ein Gesamtbetrag an Ruhegehalten zugrunde gelegt werden: für 1906 . . . . . 14 500 M. „ 1907 . . . . . 15 600 „ c. Hinterbliebenenversorgungen wurden im Jahr 1904 bezahlt 15 186 M. Bei dem voraussichtlich weiteren Anwachsen, welches in den letzten 5 Jahren durchschnittlich 2 116 M. betrug, soll ein Gesamtbetrag angenommen werden: für 1906 . . . . . 17 500 M. für 1907 . . . . . 19 400 „

Hiernach ergeben sich für	1906	1907
Ruhegehalte	14 500 M.	15 600 M.
Hinterbliebenenversorgungen	17 500 „	19 400 „
zusammen	32 000 M.	35 000 M.
Der Staatszuschuß mit 25 % beträgt	8 000 „	8 750 „
Hierzu Zuschuß zu den Beiträgen	15 000 „	9 000 „
Staatszuschuß	23 000 M.	17 750 M.
für beide Jahre	40 750 M.	
Durchschnitt für 1 Jahr	20 375 „	

gegenüber 21 130 M. im letzten Budget; die Verminderung ist auf den niedrigeren Staatszuschuß zu den Beiträgen für 1907 (30 % statt 50 % = 9 000 M. statt 15 000 M.) zurückzuführen.

5 000	—	a. Für die Anstalt „Friedrichsheim" (wie seither) . . . . . 10 000 M. b. Für die Anstalt „Luisenheim" (neu zugehend) . . . . . 5 000 „ zusammen . . 15 000 M.

Im Oktober 1905 soll die in der Nähe der Anstalt „Friedrichsheim" neu errichtete Anstalt für weibliche Lungenkranke in Betrieb genommen werden. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden hat sich in gleicher Weise wie bei der Männerheilanstalt „Friedrichsheim" bereit erklärt, bei Gewährung eines Staatsbeitrages von 5000 M. zu den Betriebskosten der Anstalt eine beschränkte Anzahl von weiblichen Kranken, die nicht zu den Versicherten gehören, gegen einen ermäßigten Verpflegungsbeitrag in die neue Anstalt aufzunehmen; es wird hier deshalb erstmals der Betrag von 5000 M. als Zuschuß angefordert.

In der Anstalt „Friedrichsheim" fanden im Jahre 1904 21 Personen mit 1478 Verpflegungstagen zu dem auf Grund des Staatszuschusses ermäßigten Verpflegungsbeitrag Aufnahme.

—	—	Seitheriger Satz. Nach dem Jahresbericht für das Jahr 1904 betrug das Aktivvermögen des Vereins am 1. Januar 1905 222 367 M. — darunter 80 666 M. Forderungen —, welchem ein Passivvermögen von 13 100 M. gegenüberstand, so daß das Reinvermögen 209 267 M. betrug. Für das Jahr 1905 sind die Ausgaben auf 39 220 M. und die Einnahmen (ohne den Staatsbeitrag) auf 29 210 M. veranschlagt, so daß ein Fehlbetrag von 10 010 M. sich ergeben wird. Die Unterhaltungskosten für die Kolonisten beliefen sich im Jahre 1904 auf 29 849 M. (darunter allgemeine Verwaltungskosten 9 310 M., für Verköstigung 6 214 M., für Heizung und Beleuchtung 1 345 M. usw.), die Wirtschaftseinnahmen dagegen betrugen 12 504 M. Aus dem restlichen Betrage von 17 345 M. ergibt sich bei 16 251 Verpflegungstagen ein Unterhaltungsaufwand für den Kopf und Tag von rund 1,07 M. und von jährlich 391 M. Der Personalbestand der Kolonisten betrug im Jahre 1904 durchschnittlich 44.
6 500	790	
790		
5 710		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XI.)		B. **Außerordentlicher Etat.**		
	1.	Beitrag zu dem Aufwand der Idiotenanstalt in Mosbach	20 000	—
	2.	Beitrag zu dem Aufwand der Anstalt für Epileptiker in Kork	20 000	—
	3.	Beihilfen zur Erweiterung und Anlage von öffentlichen Krankenanstalten	60 000	—
	4.	Beitrag an die Stadt Baden zur Förderung der Kurinteressen	10 000	—
	5.	Erweiterung der Bäder in Badenweiler, II. Rate	100 000	—
	6.	Größere bauliche Herstellungen in Badenweiler	10 000	—
	7.	Staatszuschuß zur Errichtung einer Heilanstalt für weibliche Lungenkranke bei Marzell	50 000	—
	8.	Beitrag an den Landesverein für innere Mission zu den Kosten der Neubauten der Erziehungsanstalten „Schwarzacher Hof" und „Mädchen- und Frauenheim Bretten" je 6000 ℳ.	12 000	—
	9.	Staatsbeitrag zur Bekämpfung der Tuberkulose	10 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	292 000	
		„ A. Ordentlicher Etat	250 980	
		Summe Titel XI. . .	542 980	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	—	Der Verwaltungsrat der Anstalt ist genötigt, den schon längst geplanten Erweiterungsbau zu erstellen, um einem außerordentlich dringenden Bedürfnisse abzuhelfen. Die zu diesem Neubau, dessen Kosten zu etwa 160 000 M. veranschlagt sind, erforderlichen Mittel müssen im Wege des Dahrlehens aufgebracht werden, da nach dem Stand des Anstaltsvermögens — siehe Nachweisung unter A. §. 5 — eigene Mittel hierzu nicht zur Verfügung stehen. Um der Anstalt diese außerordentliche Last zu erleichtern und die Erfüllung ihrer Aufgabe zu fördern, wird hier nochmals eine außerordentliche Beihilfe von 20 000 M. in Anforderung gebracht.
—		Die außerordentlichen Aufwendungen für den Erweiterungsneubau haben der Anstalt eine schwere Last auferlegt, die allein zu tragen ihr bei ihrer ohnehin ungünstigen Vermögenslage — vergleiche Erläuterung A. §. 6 — nicht möglich ist. Um ihr nun ihre Aufgabe zu erleichtern, wird hier nochmals eine außerordentliche Beihilfe von 20 000 M. vorgesehen.
—	—	Über die in den Staatshaushaltsetats für 1902/03 und 1904/05 zur Gewährung von Beihilfen zur Erweiterung und Anlage von öffentlichen Krankenanstalten verwilligten Summen von 100 000 M. + 50 000 = 150 000 M. ist bereits vollständig verfügt. Bei den immer noch an diese Position herantretenden namhaften Anforderungen erscheint es dringend geboten, hier nochmals den Betrag von 60 000 M. vorzusehen.
–	—	Die verfügbaren Einkünfte der Badanstaltenverwaltung reichen auch für die Budgetperiode 1906/07 nicht aus, um den der Stadt Baden zur Förderung der Kurinteressen bisher bewilligten Beitrag von jährlich 77 150 M. zu gewähren. Nach dem Voranschlag der Badanstaltenverwaltung, Anlage 2 §. 9 der Ausgabe, können an dieser Summe aus den Einnahmen der genannten Verwaltung nur 72 150 M. jährlich gedeckt werden. Es kommen deshalb unter Bezugnahme auf die Begründung zu Titel XI. B. §. 7 des Budgets für 1900/01 und den Beschluß der II. Kammer vom 19. Mai 1900 als Staatsbeitrag hier in Anforderung für beide Jahre 2 × 5000 M. = 10 000 M.
—	—	Auf der Grundlage des in ständiger Fühlung mit dem Badkomitee aufgestellten Bauprogramms ist im Laufe der letzten Budgetperiode durch den bautechnischen Referenten des Ministeriums des Innern ein Projekt für die Erweiterung der Bäder in Badenweiler ausgearbeitet worden, das einerseits den auf das Notwendigste beschränkten Anforderungen des Bauprogramms Rechnung trägt, und andrerseits eine in späteren Jahren etwa erforderlich werdende Vergrößerung ermöglicht. Das Projekt geht davon aus, daß in einem organisch mit dem bestehenden Marmorbad verbundenen, an die Ostfront sich anlehnenden Anbau Räume für Warmluft-, Heißluft- und Dampfbäder einschließlich eines zugleich Kaltwasserbehandlungen dienenden Duscheraums, Massage- und Frottierräumen, die erforderlichen Ruhe- und Auskleideräume, sowie die Kassen-, Wärter- und Wäscheaufbewahrungsräume und endlich Einzel- und Wannenbäder mit dem erforderlichen Zubehör untergebracht werden, während in einem getrennt von diesem Anbau auf dem Gelände des im Jahre 1904 für den Badfond erworbenen ehemaligen Reinhardtschen Anwesens zu erstellenden Bau die Räume für die Kessel- und Maschinenanlage und für die Wäscherei vorgesehen sind. Der Aufwand für die Erweiterungsbauten aus dem auch das Honorar für den bauleitenden Architekten bestritten werden soll, ist auf 425 000 M. berechnet; hiervon gelangt in der laufenden Budgetperiode eine Rate von 100 000 M. zur Anforderung.
—	—	Die Erstellung eines Musikpavillons und bauliche Veränderungen am Gewächshaus erfordern Mittel im ungefähren Betrag von 10 000 M., welche aus den laufenden Betriebseinnahmen nicht bestritten werden können und deshalb hier zur Anforderung gelangen.
—	—	Die Landesversicherungsanstalt Baden hat, um einem dringenden Bedürfnisse abzuhelfen, in der Nähe der Lungenheilanstalt für Männer „Friedrichsheim" eine ebensolche Heilanstalt für weibliche Lungenkranke errichtet, welche im Oktober 1905 dem Betrieb übergeben werden soll. Da die Kosten für diese Anstalt ebenfalls außerordentlich hoch sind, erscheint es bei dem großen öffentlichen Interesse, dem die Anstalt zu dienen bestimmt ist, als angemessen, auch diesen Neubau, wie s. Zt. für die Männeranstalt, durch einen entsprechenden Staatsbeitrag zu fördern. (Siehe auch die Erläuterung zu A. §. 9.)
—	—	Der Landesverein für innere Mission war genötigt, zur Förderung der segensreich wirkenden Aufgaben seiner Erziehungsanstalten erhebliche Aufwendungen für Erweiterungs- und Neubauten — Verwaltungsgebäude auf dem Schwarzacher Hof und Neuerstellung des Mädchen- und Frauenheims in Bretten — zu machen und hat damit bei dem wenig günstigen Stand des Vereinsvermögens — (Erläuterung hierüber siehe bei A. §. 2 Ziffer 3) — eine außerordentlich große Last auf sich genommen. Um dem Verein diese zu erleichtern, erscheint es geboten, ihm eine Beihilfe in der angeforderten Höhe von 12 000 M. zu gewähren.
—	—	Zur Förderung der Bestrebungen des Landesausschusses für Bekämpfung der Tuberkulose wird hier ein außerordentlicher Beitrag von 10 000 M. angefordert.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ. (Für 2 800 Köpfe.)	ℳ. (Für 2 520 Köpfe.)
XII.		**Heil- und Pflegeanstalten.**				
		A. **Ordentlicher Etat.**				
		Persönlicher Aufwand.				
	1.	Gehalte.				
		4 Vorstände C. 1	22 470			
		1 budgetmäßige Dienstzulage	500			
		4 Dienstwohnungen.				
		10 (statt bisher 9) Ärzte D. 2	34 470	2 500		
		2 budgetmäßige Dienstzulagen von 500 ℳ. und 400 ℳ. innerhalb des Höchstgehalts wie seither	900			
		7 Dienstwohnungen.				
		2 Hausgeistliche D. 4	7 200			
		2 Dienstwohnungen.				
		4 Verwalter E. 1	13 460			
		4 Kassenzulagen (2 zu 130 ℳ., 2 zu 90 ℳ.)	350			
		4 (bisher 3) Dienstwohnungen, darunter 1 gemietet.				
		1 Oberbuchhalter F. 5	2 690			
		1 Ökonomieinspektor G. 1	2 940			
		Dienstwohnung.				
		2 Musiklehrer G. 1	5 190			
		4 (statt bisher 3) Buchhalter G. 5	4 900	1 500		
		4 tarifmäßige Dienstzulagen zu je 200 ℳ.	600	200		
		Kassenzulagen (90 ℳ. und 40 ℳ.)	130			
		6 (statt bisher 5) Verwaltungsassistenten G. 7	9 230	1 400		
		1 Ökonom H. 1	3 000			
		Dienstwohnung.				
		5 Maschinisten J. 5	7 610			
		1 budgetmäßige Dienstzulage	200			
		2 Dienstwohnungen.				
		1 Kanzleiassistent J. 7	1 250			
		13 (statt bisher 11) Oberwärter und Hausmeister J. 9	17 130	2 400		
		9 Dienstwohnungen.				
		54 Beamte . . . . . Übertrag	134 220	8 000		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Vorbemerkung: Als durchschnittlicher täglicher Krankenstand sind in den Anstalten:

Illenau	600 Kranke
Pforzheim	670 „
bei Emmendingen	1300 „
Wiesloch	230 „
angenommen und die Gesamtzahl von	2800 Kranke

dem Voranschlag für die Heil- und Pflegeanstalten zugrunde gelegt.

Für die im Budget 1904/05 mit Wirkung vom 1. Oktober 1905 an bewilligten Stellen an der Anstalt bei Wiesloch sind Gehaltsbeträge in dem Effektiv-Etat auf 1. Juli 1905 nicht enthalten.

1 Beamter bezog in seiner früheren Stellung als Anstaltsarzt eine Dienstzulage von 500 ℳ. (vgl. die Erläuterungen zur Anforderung im Budget 1904/05 Tit. XII. A. §. 1 „Ärzte"), die ihm bei der Beförderung zum Vorstand nicht entzogen werden konnte und die ihm auch fernerhin belassen werden soll, solange und soweit dadurch der tarifmäßige Höchstgehalt nicht überschritten wird.

Wegen der Errichtung der Anstalt Wiesloch und der andauernd steigenden Krankenzahl in Illenau und Emmendingen ist die Vermehrung der Arztstellen um im ganzen 3 notwendig, von denen hier eine und zwei unter §. 3 angefordert wurden.

Eine Stelle wird z. Zt. durch einen Beamten der Geh.-Tar. Abt. F. 1 versehen.

Die hier weiter angeforderte Dienstwohnung ist für den Verwalter der Anstalt Wiesloch bestimmt. Für diesen Beamten wurde, da eine Wohnung in der Anstalt vorerst noch nicht zur Verfügung steht, eine solche in einem Privathause gemietet, die mit Wirkung vom Tag des Dienstantritts, 15. Juni 1905, die Eigenschaft einer Dienstwohnung erhalten soll.

Für die neue Anstalt Wiesloch ist ein Buchhalter (G. 5) und ein Verwaltungsassistent (G. 7) erforderlich.

1 Maschinist bezieht für das Aufziehen von Anstaltsuhren eine Belohnung von jährlich 20 ℳ. aus Mitteln des §. 7.

1 Oberwärter und 1 Hausmeister mehr (für die Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch).

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(XII.)	(1.)	54 Beamte . . . . . Übertrag	134 220	8 000		
		164 (statt bisher 126) Werkmeister, Wärter, Kanzleidiener, Gärtner, Torwarte, Brunnenmeister, Heizer K. 11	126 340	34 200		
		3 tarifmäßige Dienstzulagen	40	100		
		2 budgetmäßige Dienstzulagen zu 400 ℳ.	800			
		23 (bisher 26) Dienstwohnungen.				
		12 Oberwärterinnen und Weißzeugbeschließerinnen K. 12	10 720			
		2 Stellen sind durch nichtetatmäßige Beamte versehen.				
		53 (statt bisher 48) Wärterinnen K 17	31 040	3 000		
		283 (bisher 235) Beamte . Summe	303 160	45 300		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 356 570 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 361 110 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . 358 840 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 353 500 „			353 500	299 700
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			88 100	70 000
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			377 460	317 100
		Übertrag . .			819 060	686 800

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		24 Werkmeister, 116 Wärter, 6 Kanzleidiener, 4 Gärtner, 8 Torwarte, 1 Brunnenmeister, 5 Heizer. Gegen bisher mehr 5 Werkmeister, 30 Wärter, 2 Kanzleidiener, 1 Gärtner. Die Stellenvermehrung ist — abgesehen von dem besonderen Bedarf für die Anstalt bei Wiesloch — mit 4 Werkmeistern, 1 Kanzleidiener, 1 Gärtner — durch die Zunahme des Gesamtkrankenstandes an den Anstalten bedingt, die eine Vermehrung der Zahl der Wärter um 40 geboten erscheinen läßt, von denen auf 1. Juli schon 36 gemäß Art. 26 Abs. 2 des Etat-Gesetzes eingestellt waren. Von den neu angeforderten 40 Stellen sollen 30 als etatmäßige, 10 unter §. 3 angefordert werden. 2 Werkmeistern sind bisher Dienstzulagen gemäß §. 12 Abs. 1 der Gehaltsordnung im Betrag von je 400 ℳ. bewilligt. Belohnungen für besondere Verrichtungen beziehen, und zwar aus Mitteln: a. des §. 4: 1 Gärtner und 1 Torwart für Besorgung von Meßnerdiensten jährlich 60 ℳ. und 35 ℳ. b. des §. 7: 1 Werkmeister für das Aufziehen von Anstaltsuhren jährlich 28 ℳ. c. des §. 8: 1 Brunnenmeister für die Arbeit bei Bewässerung der Anstaltswiesen jährlich 45 ℳ. d. des §. 19: 1 Wärter für das Entleeren der Dunggruben jährlich 60 ℳ.
53 800	—	Die Erhöhung des Krankenstandes erfordert 25 weitere Wärterinnen, von denen bis 1. Juli 1905 11 gemäß Art. 26 Abs. 2 des Etat-Gesetzes eingestellt waren; demgemäß sollen hier 5 und unter §. 3 20 neue Stellen angefordert werden.
		Durchschnittl. Erfordernis für 1 Jahr.
18 100	—	16 Hilfsärzte (seither 14) zu durchschnittlich 2 400 ℳ. . . . . 38 400 ℳ.
60 360	—	2 Apotheker zu durchschnittlich 2 400 ℳ. . . . . 4 800 „ 3 Stößer „ „ 800 „ . . . . . 2 400 „ 126 Wärter (statt seither 116) zu durchschnittlich 800 ℳ. . . . . 100 800 „ 3 Oberwärterinnen und Weißzeugbeschließerinnen . . . . . 3 000 „ 198 Wärterinnen (seither 178) zu durchschnittlich 600 ℳ. . . . . 118 800 „ 1 Direktionsgehilfe, bisher 2050 ℳ., künftig . . . . . 2 200 „ 8 Verwaltungsgehilfen (seither 6) zu durchschnittlich 1 400 ℳ. (seither 1 250 ℳ.) . . . . . 11 200 „ 3 Gartengehilfen „ „ 960 „ . . . . . 2 880 „ 4 Melker „ „ 1 000 „ . . . . . 4 000 „ 5 Metzger „ „ 820 „ . . . . . 4 100 „ 3 Kutscher „ „ 960 „ . . . . . 2 880 „ 5 Knechte „ „ 750 „ . . . . . 3 750 „ 5 Köche bezw. Köchinnen „ „ 1 200 „ (seither 1 050 ℳ.) . . . . . 6 000 „ 36 (seither 33) Stellen für Küchenpersonal „ 600 „ . . . . . 21 600 „
132 260	—	418 Übertrag Übertrag 326 810 ℳ.

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 63.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XII.)		Übertrag . .	819 060	686 800
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	17 400	15 240
	5.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	2 600	1 910
		Sachlicher Aufwand.		
	6.	Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	7 280	4 040
	7.	Aufwand auf Gebäude	55 950	53 590
	8.	Aufwand auf Grundstücke und ihre Bewirtschaftung	253 500	240 310
	9.	Aufwand auf den Gewerbebetrieb	45 300	44 510
	10.	Mietzinse	3 680	3 470
	11.	Aufwand gegen Feuersgefahr	1 580	1 110
	12.	Verpflegungskosten	954 450	859 450
	13.	Heilkosten	67 550	61 660
	14.	Aufwand für Kleidungsstücke	63 040	58 840
	15.	Aufwand für Bettwerk	47 200	47 200
	16.	Aufwand für Zimmer-, Speise- und Trinkgeräte	24 430	27 600
	17.	Heizungskosten	107 000	102 300
	18.	Beleuchtungskosten	59 990	61 760
	19.	Reinigungskosten	49 610	45 930
	20.	Kirchen- und Schulbedürfnisse	1 060	760
		Übertrag . .	2 580 680	2 316 480

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
132 260	—	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 3.) 418 Übertrag — Übertrag 326 810 M. 9 (seither 8) Bäcker zu durchschnittlich 850 M. . . . . 7 650 „ 45 (seither 41) Stellen für Waschpersonal zu „ 600 „ . . . . . 27 000 „ 6 (seither 4) Heizer zu „ 1 200 „ (seither 1 000 M.) . . . . . 7 200 „ 10 Gewerbsgehilfen „ „ 800 „ . . . . . 8 000 „ 1 Nachtwächter . . . . . 800 „ zusammen . . 377 460 M. 489 (statt bisher 440). Für 1906/07 werden mehr angefordert: 2 Hilfsärzte, 1 Stößer, 3 Oberwärterinnen und Weißzeugbeschließerinnen 10 Wärter, 20 Wärterinnen, 2 Verwaltungsgehilfen, 1 Metzger, 3 Stellen für Küchen-, 4 für Waschpersonal, 1 Bäcker, 2 Heizer. Diese Anforderung ist in der Zunahme der Anstaltsbevölkerung begründet. Die Vermehrung des Personals mußte zum Teil schon in der Budgetperiode 1904/05 aushilfsweise erfolgen. Wegen des Wartepersonals vergleiche die Erläuterungen oben bei § 1. Die bisher bewilligten Durchschnittssätze für Verwaltungsgehilfen, Köche bezw. Köchinnen und Heizer genügen nicht mehr für die Gewinnung und Erhaltung eines tüchtigen Personals. Eine Erhöhung der bisherigen Durchschnittssätze ist deshalb notwendig.
2 160	—	Von der Anforderung entfallen auf: a. Vergütungen an Geistliche und Rabbiner für Seelsorgetätigkeit . . . . . 7 060 M. b. Vergütung für Besorgung von Organisten und Meßnerdienst . . . . . 930 „ c. Bauschvergütung eines Bezirkstierarztes für Beaufsichtigung des Viehbestandes und Behandlung erkrankter Tiere . . . . . 300 „ d. Belohnung zweier Straßenmeister für Beaufsichtigung der Unterhaltung der Weganlagen, Abzugsgräben usw. . . . . 200 „ e. Stellvertretung und Dienstaushilfe . . . . . 2 500 „ f. Ankauf von Weihnachtsgeschenken für das Personal . . . . . 3 810 „ g. Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung . . . . . 2 600 „ zusammen . . 17 400 M. Die Mehrforderungen unter a. und f. sind durch den Zugang der Anstalt Wiesloch und die Erhöhung des Kranken- bezw. Dienstpersonalbestandes begründet; die Erhöhung unter c. ist zur Ermöglichung einer Zulage von 50 M. mit Rücksicht auf die Zunahme der Geschäfte vorgesehen; unter g. entspricht die Mehrforderung — abgesehen von den für die Anstalt bei Wiesloch erforderlichen Beträgen — dem durchschnittlichen Aufwand der Normaljahre.
690	—	Rechnungsdurchschnitt.
3 240	—	Nach dem Ergebnisse der Rechnungen von 1904, das erstmals die vollen Brandversicherungsbeiträge enthält.
2 360	—	a. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand . . . . . 40 000 M. Der Rechnungsdurchschnitt beträgt 60 040 M.; es wird jedoch mit dem vorgesehenen Betrag auszukommen sein. b. Für größere Herstellungen 31 900 M., für 1 Jahr . . . . . 15 950 „ zusammen . . 55 950 M.
13 190	—	Rechnungsdurchschnitt.
790	—	Ebenso.
210	—	Neuester Stand; dazu Mietzins für die als Dienstwohnung des Verwalters in Wiesloch gemietete Wohnung.
470	—	Rechnungsdurchschnitt.
95 000	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 2 800 Köpfe.
5 890	—	Ebenso.
4 200	—	Ebenso.
—	—	Anstatt des Rechnungsdurchschnittes mit 59 900 M., in welchem erhebliche einmalige Aufwendungen für Vermehrung der Betten in den drei alten Anstalten enthalten sind, wird der bisherige Budgetsatz vorgesehen.
—	3 170	Rechnungsdurchschnitt.
4 700	—	Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag des mutmaßlichen Aufwandes für die Anstalt bei Wiesloch.
—	1 770	Rechnungsdurchschnitt zuzüglich des mutmaßlichen Aufwandes für die Anstalt bei Wiesloch.
3 680	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 2 800 Köpfe.
300	—	Rechnungsdurchschnitt.
269 140	4 940	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XII.)		Übertrag . .	2 580 680	2 316 480
	21.	Belohnungen und Geschenke an Pfleglinge	11 070	10 070
	22.	Transport- und Beerdigungskosten	600	630
	23.	Sachliche Amtsunkosten	5 550	4 990
	24.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	2 870	2 790
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	250	230
		c. Telegraphengebühren	1 160	960
	25.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 660	1 650
		Summe A. Ordentlicher Etat	2 603 840	2 337 800
		" " " " für beide Jahre . .	5 207 680	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	Für 1906/07 zusammen. ℳ.	
	1.	Errichtung einer Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch, 3. Teilforderung	1 100 000	
		Summe B. Außerordentlicher Etat	1 100 000	
		Hierzu " A. Ordentlicher Etat	5 207 680	
		" Titel XII. für beide Jahre . .	6 307 680	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
269 140	4 940	
1 000	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 2 800 Köpfe.
—	30	Rechnungsdurchschnitt.
560	—	Rechnungsdurchschnitt für 2 800 Köpfe.
80	—	Rechnungsdurchschnitt. Unter a sind die Portobauschsummen mit 1 782 *M.* inbegriffen.
20	—	
200	—	
10	—	Rechnungsdurchschnitt.
271 010	4 970	
4 970		
266 040		

In der Budgetperiode 1904/05 wurden aus den unter Titel XII B. §. 2, sowie durch die Administrativkredite vom 3. Dezember 1904 Nr. 1191/2 und vom 26. August 1905 Nr. 644/45 bewilligten Mitteln ausgeführt: Die Krankenhäuser M. A. R., M. E. F. H. 2 und F. H. 3, der Ostflügel des Verwaltungsgebäudes, die Kochküche, ein Teil des Werkstättengebäudes, sowie das Kesselhaus, ferner die für die Fernheizungsanlage erforderlichen Rohrkanäle und Rohrleitungen, die Zufahrtsstraßen zu den einzelnen Gebäuden, die Kanalisation mit Kläranlage, die Wasserversorgung, das Verteilungsnetz für die elektrische Beleuchtung, soweit diese Anlagen für den Beginn des Betriebs der Anstalt erforderlich waren. Außerdem wurde noch (im Sommer 1905) mit dem Bau der Krankenhäuser M. U. 1 und F. E. begonnen.

Für 1906/07 sind außer der Fertigstellung dieser beiden Häuser folgende weitere Bauten in Aussicht genommen: Die Krankenhäuser M. U. 3, M. H. 1, F. A. R. und F. U. 1, das Leichenhaus, ein Wohnhaus für zwei Ärzte, der Mittelbau und Westflügel des Verwaltungsgebäudes sowie einige Dienstwohngebäude.

Zur Bestreitung der Baukosten sowie der durch diese Neubauten bedingten Erweiterung der Straßenanlagen (einschließlich einer besonderen Zufahrtsstraße zum Kesselhaus für den Kohlentransport), der Kanalisation, des elektrischen Verteilungsnetzes und der Fernheizanlage, und zur Deckung des restlichen Aufwandes für Geländeerwerbung sowie zur Aptierung des Geländes für den landwirtschaftlichen Betrieb wird der Betrag von . . . . . 1 070 000 *M.* angefordert.

Aus diesen Mittel erhält der mit der Ausführung des Baues beauftragte Inspektionsvorstand einen Nebengehalt von jährlich 2 000 *M.*, der Leiter des Baubureaus vom Tage seiner etatmäßigen Anstellung ab ebenfalls eine solche von 2 000 *M.* und der mit der Führung der Baukasse betraute Beamte einen solchen von jährlich 600 *M.*

Die weiter vorgesehenen . . . . . 30 000 *M.*
sind zur Fortsetzung der Vorarbeiten für die Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz einschließlich der Gewährung eines Nebengehalts von 2 000 *M.* an den mit der Projektbearbeitung betrauten Inspektionsbeamten und zur Schadloshaltung der Stiftung bestimmt, welche einen Teil des Anstaltsgeländes erworben hat und dadurch einen Ausfall in ihrem Zinsenerträgnis erleidet.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
XIII.		**Besserungs- und Erziehungsanstalten.**				
		A. **Ordentlicher Etat.**				
	1.	Gehalte.				
		2 Vorsteher (Gehaltsklasse I) E. 1	8 300			
		1 budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts	600			
		2 Kassenzulagen von je 40 M.	80			
		2 Dienstwohnungen.				
		1 Oberbuchhalter F. 5	2 050			
		1 Kassenzulage	40			
		Dienstwohnung.				
		1 Buchhalter G. 5 anstatt eines Verwaltungsassistenten G. 7	1 400	100		
		1 tarifmäßige Dienstzulage		200		
		1 Kassenzulage		40		
		1 Verwaltungsassistent G. 7 (statt bisher 2)	1 400			
		2 (statt bisher 1) Oberaufseher J. 2	2 300	1 500		
		1 tarifmäßige Dienstzulage	100			
		Dienstwohnung.				
		6 Aufseher I. Klasse J. 10	10 040			
		Tarifmäßige Dienstzulagen	550	100		
		6 Dienstwohnungen				
		15 (bisher 14) Aufseher II. Klasse K. 4	15 100	950		
		Tarifmäßige Dienstzulagen	400	600		
		7 Dienstwohnungen				
		1 Oberaufseherin K. 11	1 300			
		Tarifmäßige Dienstzulage	20			
		1 Erste Aufseherin K. 14	820			
		Tarifmäßige Dienstzulage	20			
		3 Aufseherinnen K. 15	2 160			
		2 tarifmäßige Dienstzulagen zu 20 M.	40			
		33 (statt 31) Beamte	46 720	3 490		
		Voranschlag für 1906	51 040 M.			
		" " 1907	52 590 "			
		" " 1 Jahr durchschnittlich	51 815 M.			
		und nach Abzug von $^1/_2$ % rund	51 000 "		51 000	45 600
				Übertrag	51 000	45 600

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Vorbemerkung: Der durchschnittliche Stand der Bevölkerung des polizeilichen Arbeitshauses in den Jahren 1902—1904 beträgt 190 Köpfe. Dieser Stand ist auch für die Budgetperiode 1906/07 vorzusehen. Für die Erziehungsanstalt in Flehingen läßt die stets wachsende Zahl der Zöglinge für die neue Budgetperiode eine durchschnittliche Bevölkerung von 90 Köpfen annehmen. Es ergibt sich darnach für 1906/07 ein Stand in Kislau von . . . . . 190 Köpfen in Flehingen von. . . . . 90 Köpfen in beiden Anstalten zusammen von . . . . . 280 Köpfen.
		In der Anstalt in Flehingen soll der dienstlichen Bedeutung der Stelle entsprechend statt einer Verwaltungsassistentenstelle (die unter G. 7 wegfällt) eine Buchhalterstelle geschaffen werden. Zur Entlastung des Vorstehers soll ein Teil der Kassengeschäfte dem Buchhalter übertragen werden.
		Vergleiche die Erläuterung zu G. 5.
		Bei dem jetzigen Stand der Anstaltsbevölkerung und des Aufsichtspersonals in der Anstalt Flehingen ist die Einstellung eines Oberaufsehers notwendig.
		Im dienstlichen Interesse ist mindestens eine weitere etatmäßige Stelle erforderlich. An Dienstzulagen erhalten (unter J. 10 und K. 4 angefordert und unter sich übertragbar): 2 Aufseher für Besorgung des Meßnerdienstes jährlich je 50 ℳ. = 100 ℳ., 14 Aufseher, die Gewerbszweige leiten jährlich je 100 ℳ. = 1 400 ℳ., 1 Aufseher K. 4 gemäß §. 11 der G.-O. für Versehung einer höheren Amtsstelle 50 ℳ. Es gehen hiernach zu 6 Dienstzulagen für Leitung von neuen Gewerbszweigen (1 in Kislau, 5 in Flehingen).
5 400	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch den Stellenzugang usw. erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
5 400	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XIII.)		Übertrag . .	51 000	45 600
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	7 300	6 900
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	9 700	9 250
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	11 140	10 670
	5.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	400	560
	6.	Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge	600	260
	7.	Aufwand auf den Gewerbebetrieb	22 330	24 420
	8.	Aufwand auf Gebäude	8 720	8 450
	9.	Aufwand auf Grundstücke	17 620	15 220
	10.	Verpflegungs- und Heilkosten	52 650	59 580
	11.	Aufwand für Kleidungsstücke	15 900	16 290
	12.	Aufwand für Bettwerk, für Zimmer-, Küchen-, Speise- und Trinkgeräte	2 650	3 560
	13.	Heizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten	14 540	17 080
	14.	Kirchen- und Schulbedürfnisse	370	540
	15.	Transportkosten	140	150
	16.	Sachliche Amtsunkosten	1 020	1 200
	17.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	920	890
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	210	90
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	380	320
	18.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 020	280
		Summe A. Ordentlicher Etat	218 610	221 310
		" " " " für beide Jahre . .	437 220	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
5 400	—	
400	—	
450	—	In Flehingen mußte ein Kanzleigehilfe eingestellt werden, da der Unterlehrer die Schreibgeschäfte nicht mehr mitbesorgen kann und auch eine Entlastung des Vorstehers im schriftlichen Dienste geboten erscheint. Infolge der Übertragung auf §. 1 (vergleiche die Erläuterung zu K. 4) fällt eine Aufseherstelle hier weg. Es sind also hiernach vorzusehen: 1 Unterlehrer zu . . . . . 1 550 ℳ. 1 Maschinist . . . . . 1 500 „ 5 nichtetatmäßige Aufseher zu 950 ℳ. . . . . 4 750 „ 1 nichtetatmäßige Aufseherin . . . . . 700 „ 1 Kanzleigehilfe . . . . . 1 200 „ zusammen . . 9 700 ℳ.
470	—	Von der Anforderung entfallen: a. auf 2 Hausärzte 2300 ℳ., 4 Hausgeistliche 3000 ℳ., 1 Rabbiner 120 ℳ., 1 Hauslehrer 600 ℳ., 2 Sekretäre der Verwaltungsräte der Anstalten je 80 ℳ. = 160 ℳ., zusammen . . . . . 6 180 ℳ. b. auf Stellvertretung und Dienstaushilfe . . . . . 3 000 „ c. auf Dienstkleidung des Anstaltspersonals: 28 Oberaufseher und Aufseher . . . . . 1 680 „ d. auf Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung . . . . . 180 „ e. auf Weihnachtsgeschenke für das Aufsichtspersonal in Flehingen . . . . . 100 „ zusammen . . 11 140 ℳ. Dem Hausarzt in Flehingen soll infolge der Zunahme der Zahl der Zöglinge eine Zulage von 200 ℳ. bewilligt werden; im übrigen entspricht die Anforderung unter a. der bisherigen Bewilligung. Der Aufwand unter b. erhöht sich infolge der Kosten für die Nachtwache in der Anstalt in Flehingen um 200 ℳ.; die Anforderung unter c. entspricht der vorgesehenen Stellenzahl des Aufsichtspersonals; ebenso die kleine Erhöhung der Bauschsumme unter e.
—	160	Rechnungsergebnis von 1904.
340	—	Nach dem Rechnungsergebnis für 1904, das erstmals die vollen Brandversicherungsbeiträge enthält.
—	2 090	Die Anforderung setzt sich wie folgt zusammen: a. Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 280 Köpfe bemessener Aufwand für den Arbeitsbetrieb . . . . 21 480 ℳ. b. Belohnungen und Geschenke an Zöglinge in Flehingen, ebenso bemessen . . . . . 580 „ c. Betriebsprämien an das werkleitende Aufsichtspersonal in Kislau (wie bisher 1 Prozent der budgetmäßigen Reineinnahme) . . . . . 270 „ zusammen . . 22 330 ℳ.
270	—	1. eigentlicher Unterhaltungsaufwand (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 5 140 ℳ. 2. größere Herstellungen 7 150 ℳ., für 1 Jahr . . . . . 3 580 „ zusammen . . 8 720 ℳ.
2 400	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	6 930	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 280 Köpfe bemessen.
—	390	Ebenso.
—	910	Ebenso.
—	2 540	Ebenso.
—	170	Rechnungsdurchschnitt.
—	10	Rechnungsdurchschnitt.
—	180	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 280 Köpfe bemessen.
30	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 280 Köpfe bemessen. Unter a. ist die Portobauschsumme für Kislau von 510 ℳ., für Flehingen von 320 ℳ., unter c. die Gebühr für den Anschluß an das allgemeine Fernsprechnetz mit 80 ℳ. für jede Anstalt enthalten.
120	—	
60	—	
740	—	Rechnungsdurchschnitt.
10 680	13 380	
	10 680	
	2 700	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XIII.)		B. **Außerordentlicher Etat.**		
	1.	Entwässerung des polizeilichen Arbeitshauses in Kislau	17 000	—
	2.	Für Bauausführungen in der Erziehungsanstalt in Flehingen, dritte Teilforderung .	10 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	27 000	
		Hierzu „ A. Ordentlicher Etat	437 220	
		Summe Titel XIII. . .	464 220	

XIV.		**Für Bearbeitung der Landesstatistik.**	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	
		A. **Ordentlicher Etat.**				
		Statistisches Landesamt.				
	1.	Gehalte.	M.	M.	M.	
		1 Vorstand B. 4	6 800			
		1 Rat C. 7	3 200			
		1 Bureauvorsteher E. 2	4 500			
		6 Sekretäre und Revisoren F. 3	16 210			
		1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage	300			
		1 wissenschaftlich gebildeter Assistent G. 1	2 100			
		3 (bisher 2) Bureauassistenten J. 3	5 560			
		3 tarifmäßige Dienstzulagen	400	200		
		2 Bureauassistenten J. 6	3 570			
		2 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 M.	200			
		1 budgetmäßige Dienstzulage		100		
		2 (bisher 3) Kanzleiassistenten J. 7	2 600			
		1 Kanzleidiener K. 3	1 400			
		Dienstwohnung.				
		18 Beamte (wie bisher) . . . . . Summe . . .	46 840	300		
		Voranschlag für 1906	49 420 M.			
		„ „ 1907	50 170 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	49 795 M.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	49 000 „		49 000	45 500
			Übertrag . .		49 000	45 500

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
—	—	Die z. Zt. bestehende Ableitung der Abwässer des polizeilichen Arbeitshauses in den sog. Wallgraben gibt vom gesundheitlichen Standpunkt zu erheblichen Bedenken Anlaß. Zur Beseitigung der vorhandenen Mißstände ist die Erstellung einer Entwässerungsanlage nötig, mittelst deren die Abwässer unmittelbar dem Kraichbach zugeführt werden können. Der hierzu von der technischen Behörde ausgearbeitete Plan erfordert zur Ausführung eine Summe von 17 000 ℳ.
—	—	Die Anstalt Flehingen bedarf für ihren umfangreichen Gärtnereibetrieb, der für die Beschäftigung der Zöglinge von großer Bedeutung ist, und dessen Erzeugnisse lohnenden Absatz finden, eines heizbaren Glashauses. Die Kosten hierfür sind auf 5 000 ℳ. berechnet. Aus den weiter angeforderten 5 000 ℳ. sollen die Kosten für die infolge des Umbaues des Anstaltsgebäudes notwendig gewordene Ergänzung des Anstaltsinventars bestritten werden.
		Der Beamte bezieht für Lehrtätigkeit an der Baugewerkeschule aus Mitteln dieser Anstalt einen Nebengehalt von 400 ℳ.
		Der Beamte erhält für Führung der Handkassenrechnung zu Lasten des §. 3 eine jährliche Vergütung von 60 ℳ.
		Ein Beamter bezieht für Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule aus dem Unterrichtsetat einen Nebengehalt von 800 ℳ. Die Dienstzulage, die dieser Beamte aus seiner früheren Stellung nach §. 12, Abs. 1 der Gehaltsordnung noch bezieht, wird gekürzt beziehungsweise zurückgezogen, sobald Gehalt und Dienstzulage zusammen den Höchstgehalt seiner früheren Stelle in G. 1 des Gehaltstarifs übersteigen würden.
		Mit Rücksicht auf die Art der Beschäftigung soll die Kanzleiassistentenstelle in eine Bureauassistentenstelle umgewandelt werden.
		Die umfangreichen Expeditur- und Registraturgeschäfte werden von einem der nach J. 6 des Gehaltstarifs angestellten Bureauassistenten besorgt. Es soll ihm hierfür eine Dienstzulage von 100 ℳ. jährlich zugewiesen werden.
		Zwei Stellen z. Zt. nichtetatmäßig besetzt. Eine Stelle kommt künftig in Wegfall (siehe Erläuterung zu J. 3).
		Der Beamte bezieht für Wahrnehmung der Geschäfte eines Hausmeisters zu Lasten des §. 5 einen Nebengehalt von 150 ℳ.
3 500	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch die vorgesehenen Veränderungen erklärt, durch Zulageanfall bedingt.
3 500	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XIV.)		Übertrag . .	49 000	45 500
	2.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	10 900	10 900
	3.	Andere persönliche Ausgaben	17 610	15 800
	4.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	550	570
	5.	Sachliche Amtsunkosten	5 470	5 020
	6.	Aufwand für das Dienstgebäude	1 800	1 740
	7.	Druckkosten	12 400	10 900
	8.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	1 050	1 100
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	320	280
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	180	10
	9.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	620	120
		Summe A. Ordentlicher Etat	99 900	91 940
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	199 800	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	1906/07 zusammen.	
	1.	Bearbeitung der Volkszählung von 1905, II. Rate	15 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	15 000	—
		Hierzu „ A. Ordentlicher Etat . . .	199 800	
		Summe Titel XIV. . .	214 800	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
3 500	—	
—	—	
1 810	—	a. Vergütungen und Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . . . . 17 500 *M.* Die Erhöhung ergibt sich aus der Notwendigkeit der Einstellung von Hilfspersonal zur Bewältigung der dem Amte zugewiesenen neuen Geschäfte (Schlachtvieh- und Fleischbeschau, Morbiditäts- und Mortalitäts- und Wahlstatistik und dergleichen). Aus diesen Mitteln können etatmäßigen Kanzleibeamten für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Arbeiten Vergütungen gewährt werden. b. Nebengehalt für Führung der Handkasse (siehe §. 1) . . . . . 60 „ c. Dienstkleidung für den Kanzleidiener . . . . . 50 „ zusammen . . 17 610 *M.*
—	20	Rechnungsdurchschnitt.
450	—	Kredit der Handkasse (ohne Wasserzins, siehe §. 6) . . . . . 5 000 *M.* Die Benützung weiterer Diensträume und die durch Erweiterung der Erhebungen und Zusammenstellungen erforderlichen Anschaffungen bedingen eine Erhöhung des Handkassenkredits von bisherigen 4730 *M.* auf 5000 *M.* Sonstige Ausgaben — Rechnungsdurchschnitt . . . . . 470 „ zusammen . . 5 470 *M.*
60	—	a. Bauaufwand nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 000 *M.* b. größere Herstellungen . . . . . 600 „ c. Wasserzins . . . . . 200 „ zusammen . . 1 800 *M.*
1 500	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	50	Portobauschsumme 606 *M.*, sonstiges Porto durchschnittlich jährlich 444 *M.*
40	—	Rechnungsdurchschnitt.
170	—	Bauschgebühr für den Telephonanschluß 163 *M.*; sonstiges nach dem Rechnungsdurchschnitt 17 *M.*
500	—	Rechnungsdurchschnitt. Die Steigerung hat sich durch den Anteil Badens an den Kosten der von der statistischen Abteilung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse bearbeiteten Genossenschaftsstatistik ergeben.
8 030	70	
70		
7 960		
—	—	Die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 erforderte einen Aufwand von rund 53 000 *M.* Für die Volkszählung von 1905 sind im Staatsvoranschlag 1904/05 als erste Rate 10 000 *M.* genehmigt worden. Als zweite Rate kommen hier 15 000 *M.* in Anforderung.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
XV.		**Für Förderung der Gewerbe und für das gewerbliche Unterrichtswesen.**				
		I. Abteilung.				
		Für Förderung der Gewerbe.				
		Landesgewerbeamt Abteilung I.				
	1.	Gehalte.				
		a. Hauptanstalt.				
		1 Direktor B. 4 (bisher D. 2)		1 000		
		1 Rat C. 7 (bisher II. Beamter — Maschineningenieur, Gehaltsklasse I, E. 2)	4 500	700		
		Dienstwohnung.				
		1 Bibliothekar — Gewerbelehrer, Gehaltsklasse I, F. 4 (bisher Gehaltsklasse II, G. 1)	3 070	100		
		Budgetmäßige Dienstzulage		1 200		
		2 (bisher 1) wissenschaftlich gebildete Assistenten G. 1 .	2 750	1 800		
		1 budgetmäßige Dienstzulage		500		
		1 Verwaltungsassistent G. 7	2 100			
		Zurzeit durch einen Beamten der Abteilung J. 6 des Gehaltstarifs (Bureauassistent) besetzt; letzterer bezieht eine tarifmäßige Dienstzulage von	100			
		1 Aufseher J. 5	1 760			
		Dienstwohnung.				
		1 Kanzleiassistent J. 7	1 250			
		1 Diener K. 7	1 400			
		Zurzeit nichtetatmäßig besetzt.				
		Dienstwohnung.				
		9 (bisher 8) Beamte	16 930	5 300		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Mit der Leitung des Landesgewerbeamts ist z. Zt. ein Beamter der Abteilung C. 3 des Gehaltstarifs (Amtsvorstand) betraut. Die Anforderung einer Stelle nach B. 4 für den Direktor und einer Ratsstelle nach C. 7 für den bisherigen zweiten Beamten erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung des den Landständen vorzulegenden Gesetzentwurfs über Ergänzung der Gehaltsordnung.

Der Rat bezieht für seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule einen Nebengehalt von 400 ℳ. und als Beamter des Obereichungsamts einen solchen von 300 ℳ.

Der Bibliothekar soll mit Rücksicht auf seine längere Dienstzeit in die 1. Gehaltsklasse der Gewerbelehrer befördert und es soll ihm außerdem ein Nebengehalt von 1200 ℳ. nach §. 12 Abs. 2 Gehaltsordnung bewilligt werden.

Der Bibliothekar hat dadurch, daß er seine Stelle im Schuldienst aufgab, eine Reihe von Nebenverdiensten für Unterrichtserteilung an der landwirtschaftlichen Winterschule, an dem Realgymnasium, für Abhaltung von Vorbereitungskursen zur Meisterprüfung und für Mitwirkung bei der Gesellen- und Meisterprüfung und für Abhaltung von Vorträgen in den gewerblichen Vereinigungen (zusammen 1340 ℳ. jährlich) verloren, wofür wenigstens teilweise Ersatz zu gewähren der Billigkeit entspricht.

Der derzeitige etatmäßig angestellte Assistent des Landesgewerbeamts bekleidet zugleich die Stelle eines Vorstands des Obereichungsamts; schon in der letzten Budgetperiode ist er aber durch diese Tätigkeit vollständig in Anspruch genommen worden und diese Inanspruchnahme wird künftig sich mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuorganisation des Eichwesens auf der gleichen Höhe halten, so daß er zur Dienstleistung für das Landesgewerbeamt nicht mehr herangezogen werden kann. Es wäre deshalb richtiger, seine Stelle unter Titel VI (Obereichungsamt) anzufordern. Da aber noch nicht feststeht, wie dieses in der künftigen Organisation ausgestaltet werden wird, so empfiehlt es sich, fragliche Stelle zunächst noch auf dem Etat des Landesgewerbeamts zu belassen, zugleich aber eine etatmäßige Stelle für dieses anzufordern.

Der vorerwähnte Assistent bezieht als Beamter des Obereichungsamts einen Nebengehalt von 2000 ℳ. und für seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule einen solchen von 200 ℳ.

Der für die weitere Assistentenstelle in Aussicht genommene, zurzeit in nichtetatmäßiger Eigenschaft verwendete Beamte bezieht eine den Anfangsgehalt von G. 1 des Gehalts-Tarifs um 500 ℳ. übersteigende Vergütung. Dieser Betrag soll ihm bei der etatmäßigen Anstellung als Dienstzulage mit der Maßgabe belassen werden, daß bei jedem künftigen Zulageanfall die Dienstzulage um die Hälfte der bewilligten Gehaltszulage gekürzt wird.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(XV.)	(1.)	Voranschlag für 1906 . . . . . 27 060 M.				
		„ „ 1907 . . . . . 27 490 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . 27 275 M.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 26 900 „			26 900	20 700
		b. Filiale in Furtwangen	M.	M.		
		1 Vorstand E. 2	4 200			
		Budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts . .	300			
		Dienstwohnung (gemietet).				
		1 Verwaltungsassistent G. 7	1 700			
		1 Aufseher J. 5	1 400			
		Zurzeit nichtetatmäßig besetzt.				
		Dienstwohnung (gemietet).				
		3 Beamte . . . . . Summe	7 600			
		Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 7 800 M.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 7 700 „			7 700	8 100
	2.	**Wohnungsgeld.**				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			7 400	6 300
	3.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Hauptanstalt			7 400	5 250
		b. Filiale in Furtwangen			2 050	2 050
		Übertrag . .			51 450	42 400

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
6 200	—	
		Für die Bedienung der Schnitzereischule durch den Aufseher der Filiale des Landesgewerbeamts zahlt die Gemeinde Furtwangen einen Beitrag von jährlich 300 ℳ. (vergleiche Tit. VI. §. 3 der Einnahme).
—	400	
1 100	—	
2 150	—	1 wissenschaftlich gebildeter Assistent . . . . . 1 800 ℳ. 1 Bibliothekassistent anstatt bisher 1 700 ℳ. . . . . 1 900 „ 1 Bibliothekgehilfe . . . . . 1 200 „ 2 (bisher 1) Hilfsdiener . . . . . 2 400 „ Dienstkleidung für 2 Diener zu je 50 ℳ. . . . . 100 „ zusammen . . 7 400 ℳ. Trotz der Anforderung einer etatmäßigen Assistentenstelle unter §. 1 (G. 1) soll die seither bewilligte nichtetatmäßige Assistentenstelle aufrecht erhalten werden mit Rücksicht darauf, daß ein Assistent durch die Redaktion der Gewerbezeitung sehr in Anspruch genommen wird und dadurch wenig Zeit mehr findet, den zweiten Beamten in seiner immer wachsenden Tätigkeit nach außen (Verkehr mit den gewerblichen Vereinigungen und Gewerbetreibenden) zu unterstützen. Der in erfreulicher Weise sich fortgesetzt steigernden Benützung der Bibliothek und namentlich dem zeitraubenden Ausleihgeschäft nach auswärts ist das dermalige Personal auf die Dauer nicht gewachsen, wenn nicht die Bedienung des Publikums sowohl als die Ordnung in der Bibliothek notleiden sollte. Es ist deshalb ein Bibliothekgehilfe und zur Unterstützung des eigentlichen Bibliothekpersonals im Bedienen des Publikums und in der Aufsichtsführung, die mit Rücksicht auf die Zunahme der Besucher und die Unübersichtlichkeit der Räume verstärkt werden muß, ein Hilfsdiener erforderlich, der gelernter Buchbinder sein soll, um auch kleinere Reparaturen ausführen zu können; ein solcher Hilfsdiener mußte schon bisher während des Hauptandrangs im Winter vertragsmäßig für einige Zeit angenommen werden. Diejenigen Diener, welche ständig mit dem Publikum in Verkehr kommen, erhalten freie Dienstkleidung.
—		1 Assistent . . . . . 2 000 ℳ. Dienstkleidung des Aufsehers . . . . . 50 „
9 450	400	An der Vergütung des Assistenten zahlt die Verrechnung der Schnitzereischule jährlich 150 ℳ. (vergleiche Tit. VI. §. 3 der Einnahme).

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		Übertrag . .	51 450	42 400
	4.	Tagegelder und Reisekosten:		
		a. Hauptanstalt	1 140	1 140
		b. Filiale in Furtwangen	890	1 130
	5.	Sachliche Amtsunkosten:		
		a. Hauptanstalt	2 990	4 000
		b. Filiale in Furtwangen	2 700	2 630
	6.	Sonstige Ausgaben:		
		1. Für die Ausstellung und die Sammlungen	8 000	10 000
		2. Für die Bibliothek	13 000	12 000
		3. Für Werkstätte und Laboratorium	610	470
		4. Für Gebäudeunterhaltung	1 050	2 390
		5. Verschiedene und zufällige Ausgaben	10	30
		Chemisch-technische Prüfungs- und Versuchsanstalt.		
	7.	Gehalte.		

	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
	M.	M.
1 Leiter D. 2	5 000	
2 (statt bisher 1) Chemiker E. 2	2 800	2 000
3 (bisher 2) Beamte	7 800	2 000

	Voranschlag für 1906/07 jährlich	9 800 M.	
	und nach Abzug von 1½ %	9 650 „	9 650	7 600
8.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in §. 7 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme		2 300	1 600
9.	Andere persönliche Ausgaben		12 600	12 100
10.	Tagegelder und Reisekosten		100	200
11.	Sonstiger Aufwand		5 440	5 000
	Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim.			
12.	Gehalte.	M.	M.	
	1 Vorstand G. 1	2 600		
	Budgetmäßige Dienstzulage innerhalb des Höchstgehalts . .	1 100		
		3 700		
	Voranschlag für 1906/07 jährlich	3 700 M.		
	und nach Abzug von 1½ %	3 600 „	3 600	3 600
	Übertrag . .		115 530	106 290

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
9 450	400	
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	240	Desgleichen.
—	1 010	Rechnungsdurchschnitt.
70	—	Mietzins 1 500 ℳ, sonstige Ausgaben, Rechnungsdurchschnitt 1 200 ℳ, zusammen 2 700 ℳ.
—	2 000	Mit Rücksicht auf die beschränkten Raumverhältnisse wird man mit dem angeforderten Betrag auskommen können.
1 000	—	Die stärkere Inanspruchnahme der Bibliothek macht eine Verstärkung des Fonds für dieselbe nötig, die insbesondere es auch ermöglichen soll, von einer Reihe vielverlangter Werke Doppelexemplare anzuschaffen.
140	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	1 340	Desgleichen.
—	20	Desgleichen.
		Der Anteil der Eisenbahnhauptkasse am Gehalt dieses Beamten erscheint unter Titel VI. §. 3 der Einnahme.
2 050	—	Zur Vornahme zoll-technischer Untersuchungen und zur Leitung der Ausbildung von Finanzbeamten in einzelnen Gebieten der Chemie und der Laboratoriumspraxis ist ein weiterer Chemiker — zunächst in nichtetatmäßiger Eigenschaft — eingestellt worden. Da für diese Tätigkeit vereigenschaftete Beamte der Anstalt auf längere Zeit nur erhalten werden können, wenn ihre etatmäßige Anstellung möglich ist, wird hier ein weiterer Chemiker angefordert. Dessen Bezüge werden von der Zollkasse ersetzt (vergleiche Tit. VI. §. 3 der Einnahme).
700	—	
500	—	a. Nebengehalt des Vorstands . . . . . 1 000 ℳ b. Bezüge des nichtetatmäßigen Personals: 5 Assistenten 8600 ℳ, 1 Kanzleigehilfe 1500 ℳ, 1 Diener und 1 Hilfsdiener 1500 ℳ . . . . . 11 600 „ Die Mehrforderung ist für Zulagen notwendig. zusammen . . 12 600 ℳ.
—	100	Nach dem Rechnungsdurchschnitt.
440	—	Gebäudeunterhaltung, Rechnungsdurchschnitt 180 ℳ, sonstige Ausgaben, Rechnungsdurchschnitt 5 260 ℳ, zusammen 5 440 ℳ.
—	—	
14 350	5 110	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XV.)		Übertrag . .	115 530	106 290
	13.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld für den in §. 12 genannten Beamten	600	600
	14.	Andere persönliche Ausgaben	1 780	1 700
	15.	Sonstiger Aufwand	2 100	2 140
		Sonstiges.		
	16.	Beiträge zur Ausbildung von Lehrlingen in Werkstätten	12 000	12 000
	17.	Beiträge zu den Kosten der Handwerkskammern	20 000	20 000
	18.	Zur Unterstützung der Anstalten für Arbeitsnachweis	16 500	12 500
	19.	Für sonstige Förderung der Gewerbe	55 000	55 000
	20.	Versendungskosten: a. Postporto	850	750
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	290	300
		c. Telegraphengebühren	190	170
	21.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	10	10
		Summe Abteilung I . .	224 850	211 460

II. Abteilung.

Für das gewerbliche Unterrichtswesen.

Landesgewerbeamt Abteilung II.

		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		ℳ.	ℳ.		
	22.	Gehalte.*)			
		1 Rat C. 7	3 940		
		1 Beamte . . . . . Übertrag	3 940		

*) Sämtliche Beamte sind vom Gewerbeschulrat übernommen.

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
14 350	5 110	
—	—	
80	—	Vergütung des Probiergehilfen und Dieners 1 350 M, Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt 430 M, zusammen 1 780 M.
—	40	Miete für Diensträumlichkeiten 750 M, sonstige Ausgaben, Rechnungsdurchschnitt 1 350 M, zusammen 2 100 M.
—	—	
—	—	
4 000	—	Auf Anregung des Ministeriums des Innern hat der Verband badischer Arbeitsnachweisanstalten die Einrichtung eines regelmäßigen Vermittlungsdienstes zwischen den einzelnen Verbandsanstalten und den Anstalten der benachbarten Arbeitsnachweisverbände von Württemberg, Elsaß-Lothringen, denjenigen für Hessen und Frankfurt, sowie der Pfalz beschlossen und diese Einrichtung anfangs 1905 in Wirksamkeit gesetzt. Darnach werden dreimal wöchentlich alle bei den einzelnen Anstalten offenen Stellen durch Vermittlung der Zentralstelle des Verbands gegenseitig mitgeteilt. Dem Verband wurde zum Zweck der Einrichtung des Vermittlungsdienstes für das Jahr 1905 aus dem allgemeinen Fonds der Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse eine Unterstützung von 5 000 M. bewilligt. Die jährliche Ausgabe für die Einrichtung wurde vom Verband auf 5 900 M. geschätzt, wovon 600 M. durch Beiträge der Kreise Karlsruhe und Mannheim gedeckt sind; weitere Beihilfen seitens der Kreise waren nicht zu erreichen. Im Interesse der Beibehaltung der schon jetzt bewährten Einrichtung ist die jährliche Bewilligung einer Staatsbeihilfe von 4 000 M. an den Verband geboten. Die angeforderte Summe erhöht sich sonach von 12 500 M. auf 16 500 M.
—	—	Aus dieser Position bezieht ein etatmäßiger Beamter für die Leitung des Zeitnachrichtendienstes eine Vergütung von 800 M. und ein Beamter als Staatskommissär der Rheinischen Hypothekenbank eine solche von 1 000 M., welch' letztere wieder zum Ersatz gelangt (vergleiche Tit. VI, §. 3 der Einnahme).
100	—	Portobauschsumme 430 M, sonstiges, Rechnungsdurchschnitt 420 M, zusammen 850 M.
—	10	Rechnungsdurchschnitt.
20	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	
18 550	5 160	
5 160		
13 390		

Die Stelle ist zurzeit mit einem Beamten der Tarifabteilung C. 2 (Kollegialmitglied des Gewerbeschulrats) besetzt, dem diese Diensteigenschaft für seine Person, um ihn durch die eingetretene Änderung der Stellenorganisation nicht zu schädigen, weiterhin belassen werden soll. Im Fall eines Personenwechsels auf der Stelle soll der Beamte durch einen solchen nach Tarifabteilung C. 7 ersetzt werden.

Nebengehalte: Für die Bearbeitung der auf das Bauwesen der Volksschulen bezüglichen Angelegenheiten aus dem Etat des Oberschulrats jährlich 800 M.; für Unterrichtserteilung an der Baugewerkeschule aus der Schulkasse jährlich 300 M.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(XV.)	(22.)	1 Beamte . . . . . Übertrag	3 940			
		1 Revisor F. 3	2 750			
		1 Registraturassistent G. 5	2 020			
		1 Kanzleiassistent J. 7	1 450			
		1 Kanzleidiener K. 3	1 650			
		1 Dienstwohnung (gemietet).				
		5 Beamte . . . . . Summe	11 810			
		Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge	30			
		Summe . .	11 780			
		Voranschlag für 1906	12 780 ℳ			
		„ „ 1907	12 860 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	12 820 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	12 600 „		12 600	11 600
	23.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 22 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			3 100	3 100
		Andere persönliche Ausgaben, und zwar:				
	24.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			2 700	2 150
	25.	Tagegelder und Umzugskosten			910	1 000
	26.	Sonstige persönliche Ausgaben			1 590	2 560
	27.	Sachliche Amtsunkosten			2 570	1 800
	28.	Kosten für Abhaltung von Prüfungen für Gewerbe- und Handelslehrer			800	700
	29.	Zur Heranbildung von Gewerbe- und Handelslehrern (Stipendien an Kandidaten) .			6 500	5 900
		Übertrag . .			30 770	28 810

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Stelle erscheint nicht im Gehaltstarif, vergleiche hierwegen die Gesetzesvorlage, betr. die Ergänzung des Gehaltstarifs. Nebengehalt: Für Führung der Handkasse vom 1. Januar 1904 ab aus Mitteln des §. 26 jährlich 40 ℳ.
		Die etatmäßigen Kanzleibeamten können Schreibgebühren für außerhalb der Kanzleistunden gefertigte Arbeiten erhalten.
		Der Kanzleidiener bezieht außerdem wandelbares Einkommen aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten. Dienstwohnung künftig wegfallend, da der Diener nicht im Dienstgebäude wohnen kann.
1 000	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt
—	—	
550	—	Von der Anforderung entfallen auf: a. Vergütung für einen Referendär . . . . . 1 700 ℳ. b. Stellvertretung und Dienstaushilfe . . . . . 1 000 „ zusammen . . 2 700 ℳ.
—	90	Rechnungsdurchschnitt.
—	970	Von den Anforderungen entfallen auf: Nebengehalte für ein Kollegialmitglied beim Oberschulrat, und für die Direktoren der Kunstgewerbeschule und der Baugewerkeschule Karlsruhe als außerordentliche Mitglieder je 500 ℳ. . . . . 1 500 ℳ. Nebengehalt für einen Kanzleibeamten für Führung der Handkassenrechnung ab 1. Januar 1904 . . 40 „ Dienstkleidung für den Kanzleidiener . . . . . 50 „ zusammen . . 1 590 ℳ.
770	—	Rechnungsdurchschnitt: a. Kredit der Handkasse . . . . . 2 300 ℳ. b. Sonstige Amtsunkosten . . . . . 270 „ zusammen . . 2 570 ℳ.
100	—	Rechnungsdurchschnitt für Abhaltung von Prüfungen für Gewerbe- und Zeichenlehrer 787 ℳ. Die Zeichenlehrerprüfungen werden künftig vom Oberschulrat abgenommen; für Handelslehrer soll eine Prüfung neu eingeführt werden.
600	-	Rechnungsdurchschnitt sinngemäß wie oben 5 803 ℳ. Die auszubildenden Lehrer für Handelsschulen sollen, wie die Gewerbeschulkandidaten, während des Schulbesuchs unterstützt werden. Wegen des zu erwartenden größeren Zugangs ist eine Erhöhung nötig.
3 020	1 060	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		Übertrag . .	30 770	28 810
	30.	Zur praktischen Ausbildung von Lehrern an Gewerbeschulen und kaufmännischen Fortbildungsschulen	3 150	3 000
	31.	Zur Unterstützung des nichtetatmäßigen Personals an Gewerbeschulen	—	200
	32.	Zur Beschaffung mustergültiger Lehrgänge und Modelle für Gewerbeschulen	4 000	5 000
	33.	Zur Unterstützung besonderer Unterrichtskurse an Gewerbeschulen	12 000	10 000
	34.	Beihilfen zu Studienreisen für Lehrer der gewerblichen Fachschulen	2 000	2 000
	35.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	320	320
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	80	60
		c. Telegraphengebühren	10	10
	36.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	900	280
		Landesgewerbeamt Summe . .	53 230	49 680
		Gewerbeschulinspektion.		
	37.	Gehalt. Effektivetat auf 1. Juli 1905.		
		1 Gewerbeschulinspektor C. 7 . . . . . 4 540 M.		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 4 540 M.		
		„ „ 1907 . . . . . 5 000 „		
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 4 770 M.		
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 4 700 „	4 700	4 500
	38.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für den in §. 37 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	1 000	1 000
		Andere persönliche Ausgaben, und zwar:		
	39.	Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	—	1 500
	40.	Tagegelder und Umzugskosten	1 600	1 500
	41.	Bauschbetrag für Schreibaushilfe	400	400
	42.	Für sachliche Amtsunkosten	450	450
	43.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	50	50
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	10	10
		c. Telegraphengebühren	10	10
		Gewerbeschulinspektion Summe . .	8 220	9 420

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
3 020	1 060	
150	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	200	Die Anforderung fällt künftig hier weg.
—	1 000	Rechnungsdurchschnitt 5 117 M. Mit der ermäßigten Anforderung wird auszukommen sein. Aus dieser Position können auch Honorare an etatmäßige Beamte für Fertigung von Entwürfen und für andere außerordentliche Bemühungen bewilligt werden.
2 000	—	Rechnungsdurchschnitt 9 933 M. Die Mehrforderung zur Unterstützung derartiger, über den allgemeinen Lehrplan der Gewerbeschulen hinausgehender Kurse ist im Hinblick auf die großen Aufwendungen der Gemeinde begründet.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 1 694 M. Der bisherige Kredit soll beibehalten werden, da in den nächsten Jahren größere Inanspruchnahmen in Aussicht stehen (Dresdner Ausstellung).
—	—	Rechnungsdurchschnitt 291 M. Darunter die Portobauschsumme mit 258 M.
20	—	Rechnungsdurchschnitt 81 M.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 13 M.
620	—	Rechnungsdurchschnitt 379 M. Erhöhung wegen des auf dieser Position verrechneten Mietzinses — künftig wegfallend — für die Dienstwohnung des Kanzleidieners.
5 810	2 260	
2 260		
3 550		
200	—	Mehraufwand infolge Gehaltszulage.
—	—	
—	1 500	Mit der Anstellung eines Handelsschulinspektors fällt die Anforderung hier weg.
100	—	Rechnungsdurchschnitt 1 606 M.
—	—	
—	—	a. Bauschbetrag für Stellung eines Dienstraumes und zur Bestreitung der Bureaubedürfnisse . . . . 400 M. b. Für sonstige Amtsunkosten . . . . . 50 „ zusammen . . 450 M.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 38 M, darunter die Portobauschsumme mit 31 M.
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
300	1 500	
	300	
	1 200	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		**Handelsschulinspektion.**		
	44.	Gehalt.		
		1 Handelsschulinspektor C. 7		
		Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 5000 M		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 4900 „	4 900	—
	45.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für den in § 44 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	1 000	—
	46.	Andere persönliche Ausgaben, und zwar:		
		a. Tagegelder und Umzugskosten	1 000	—
		b. Bauschbetrag für Schreibaushilfe	400	—
	47.	Für sachliche Amtsunkosten	450	—
	48.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	40	—
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	10	—
		c. Telegraphengebühren	10	—
		Handelsschulinspektion Summe	7 810	—
		Kunstgewerbeschule Karlsruhe.		
	49.	Staatsbeitrag	128 000	134 000

Zu §. 49.

Gehalte.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
	M.	M.
1 Direktor C. 5	5 500	
Tarifmäßige Dienstzulage	300	
12 (statt bisher 11) Professoren D. 2	46 820	3 500
2 Zeichenlehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	4 150	
15 Beamte . . . . . Übertrag	56 770	3 500

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
4 900	—	Der bisher im Nebenamt mit den Funktionen eines Handelsschulinspektors betraute Beamte soll diese Geschäfte künftig im Hauptamt besorgen. Wegen Errichtung dieser neuen, im Gehaltstarif nicht vorgesehenen Beamtenstelle vergleiche die Gesetzesvorlage, betreffend die Ergänzung der Gehaltsordnung.
1 000	—	
1 000	—	Schätzungsweiser Aufwand.
400	—	
450	—	a. Bauschbetrag für Stellung eines Dienstraumes und zur Bestreitung der Bedürfnisse . . . . . 400 ℳ. b. Für sachliche Amtsunkosten . . . . . 50 „ zusammen . . 450 ℳ.
40	—	
10	—	
10	—	
7 810	—	
—	6 000	
		Der Direktor erhält als außerordentliches Mitglied des Landesgewerbeamts (Abteilung II) aus Mitteln des §. 26 einen Nebengehalt von jährlich 500 ℳ.
		Die Anforderung einer weiteren Professorenstelle erfolgt wegen der notwendigen weiteren Ausgestaltung des Unterrichts in Fachklassen. Eine nichtetatmäßige Stelle mit gleichem Aufwand kommt hierfür in Wegfall. Für die Erteilung sogenannter Überstunden können den etatmäßigen Lehrern der Schule Vergütungen aus der Position „Andere persönliche Ausgaben" bewilligt werden.
		Die nach Anmerkung 3 zu Abteilung F. des Gehaltstarifs in Frage stehenden Real- und Zeichenlehrerstellen für das gewerbliche Unterrichtsgebiet sind bisher im Etat des Unterrichtsministeriums (vergleiche Staatsvoranschlag für 1904/05, Tit. X., §. 26, Gymnasien und Progymnasien) nachgewiesen worden. Künftig sollen die in das gewerbliche Unterrichtsgebiet fallenden Real- und Zeichenlehrerstellen ausgeschieden und im Etat des Ministeriums des Innern nachgewiesen werden. An den gewerblichen Fachschulen und Handelsschulen sind für 1906/07 im ganzen 40 Stellen errichtet bezw. zu errichten. Von diesen kann der fünfte Teil der Lehrer in die I. Gehaltsklasse (F. 4) vorrücken; es sind hiernach 8 Stellen für Real- und Zeichenlehrer, sowie für Handelslehrer vorzusehen.
—	6 000	

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 89.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(XV.)	(49.)	15 Beamte . . . . . Übertrag	56 770	3 500	128 000	134 000
		1 Verwaltungsassistent G. 7	2 200			
		2 (statt bisher 1) Technische Assistenten H. 1	2 850	1 700		
		Budgetmäßige Dienstzulage für einen Beamten		180		
		2 Aufseher J. 5	4 170			
		Beide Beamte haben Dienstwohnungen.				
		1 Diener K. 7	1 120			
		Budgetmäßige Dienstzulage	290			
		21 (statt bisher 19) Beamte . . . Summe	67 400	5 380		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 74 020 M.				
		„ „ 1907 . . . . . 75 825 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 74 922 M.				
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 73 800 „				
	50.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 49 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			16 100	14 300
		Auszug aus dem Voranschlag.				
		Ausgaben.				
		Gehalte . . . . . 73 800 M.				
		Wohnungsgeld . . . . . 16 100 „				
		Andere persönliche Ausgaben . . . . . 20 170 „				
		Verwaltungsaufwand . . . . . 3 700 „				
		Sachliche Ausgaben (Betriebsaufwand) . . . . . 45 600 „				
		Summe der Ausgaben . . 159 370 M.				
		Übertrag . .			144 100	148 300

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
		(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 49.)
		Wegen der Einreihung der Handelslehrer in den Gehaltstarif wird auch auf die Gesetzesvorlage, betreffend die Ergänzung der Gehaltsordnung, verwiesen.
		Die bezeichneten 8 Stellen der I. Gehaltsklasse verteilen sich derzeit, wie folgt:
		Kunstgewerbeschule Karlsruhe . . . . . — Stellen
		„ Pforzheim . . . . . 1 „
		Baugewerkeschule . . . . . 5 „
—	6 000	Handelsschulen . . . . . 2 „
		Die Stellen an den 3 Fachschulen sind unter sich übertragbar.
		Der seit Jahren mit der Instandhaltung der Museumssammlung und mit den Bibliothekgeschäften betraute Beamte soll im Hinblick auf die Bedeutung seines Dienstes etatmäßig angestellt werden. Zur Wahrung seines derzeitigen Einkommens soll derselbe eine budgetmäßige Dienstzulage von jährlich 180 M. nach §. 12 Abs. 1 Gehaltsordnung erhalten.
		Ein Aufseher bezieht für die Versehung der Hausmeistergeschäfte einen Nebengehalt von 100 M. und beide Beamte außerdem freie Dienstkleidung im Anschlag von jährlich je 50 M.
		Die Aufseher und der etatmäßige Diener (siehe unten) erhalten außerdem für das Reinigen der Gebäude nebst Zubehör wandelbare Vergütungen, aus denen auch die Kosten für etwaige Hilfspersonen zu bestreiten sind.
		Budgetmäßige Dienstzulage gemäß §. 12 Abs. 1 Gehaltsordnung mit der Maßgabe, daß diese im hälftigen Betrag der anfallenden Gehaltszulagen widerrufen wird.
		Der Diener bezieht außerdem — neben wandelbaren Reinigungsgebühren (siehe oben) — freie Dienstkleidung (Litewka und Mütze) im Anschlag von 18 M.
		Der Mehraufwand an Gehalten ist, soweit nicht durch nebenbezeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 800	—	Fünf Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
		5 ständige Hilfslehrer und Assistenten 10 800 M., 1 Nebenlehrer 600 M., 1 Kanzleigehilfe und 5 Hilfsdiener 7 400 M. nicht für den Hauptdienst verliehene Nebengehalte etatmäßiger Beamten 470 M., Stellvertretung und Dienstaushilfe 400 M., Tagegelder und Umzugskosten 500 M.
1 800	6 000	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		Übertrag . .	144 100	148 300
	(50.)	**Einnahmen.**		
		Ertrag aus Gebäuden . . . . . 907 M.		
		Schulgeld . . . . . 13 000 „		
		Aus der Staatskasse, und zwar:		
		a. Staatsbeitrag . . . . . 128 000 „		
		b. Wohnungsgeld . . . . . 16 100 „		
		Sonstige Einnahmen. . . . . 1 363 „		
		Summe der Einnahmen . . 159 370 M.		
		Kunstgewerbeschule Karlsruhe Summe	144 100	148 300
		Kunstgewerbeschule Pforzheim.		
	51.	Staatsbeitrag	64 500	59 400

Zu §. 51.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
Gehalte.	M.	M.		
1 Direktor C. 5	5 500			
Tarifmäßige Dienstzulage	300			
Dienstwohnung (gemietet).				
6 (statt bisher 5) Professoren D. 2	18 010	1 800		
Budgetmäßige Dienstzulage für 1 Beamten	800			
1 Zeichenlehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4 (zurzeit nichtetatmäßig besetzt)	4 000			
2 Zeichenlehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	4 450			
Budgetmäßige Dienstzulage für 1 Beamten	1 000			
1 Verwaltungsassistent G. 7	2 000			
11 Beamte . . . . . Übertrag	36 060	1 800	64 500	59 400

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
M.	*M.*	
1 800	6 000	
1 800	6 000 1 800	
	4 200	
5 100	—	Mehraufwand durch Stellenzugang, Gehaltszulagen und Erhöhung des Betriebsaufwands.
		Dienstwohnung in dem von der Stadt Pforzheim gestellten Schulgebäude; die Stadt bezieht den Mietzins in der Höhe des Wohnungsgeldes.
		Eine Zeichenlehrerstelle (Gehaltsklasse II.) G. 1 soll im Hinblick auf die Bedeutung des Unterrichts in eine Professorenstelle umgewandelt werden. Der betreffende Beamte bezieht eine budgetmäßige Dienstzulage von 1000 *M.* jährlich, die bei der Beförderung nach §. 12 Abs. 1 Gehaltsordnung behandelt werden soll. Ein weiterer Beamter bezieht ebenfalls eine budgetmäßige Dienstzulage nach §. 12 Abs. 1 Gehaltsordnung von jährlich 800 *M.* Für die Erteilung sogenannter Überstunden können den etatmäßigen Lehrern der Schule Vergütungen in Form eines Nebengehalts aus der Anforderung für „andere persönliche Ausgaben" bewilligt werden.
		Bei der etatmäßigen Anstellung erhält der Beamte den tarifmäßigen Anfangsgehalt und daneben eine budgetmäßige Dienstzulage von jährlich 1 420 *M.*, die gemäß §. 12 Abs. 1 Gehaltsordnung zu kürzen ist, sobald mit dieser Dienstzulage der tarifmäßige Höchstgehalt überschritten wird (vergleiche auch die Erläuterungen zu §. 49 Kunstgewerbeschule Karlsruhe).
		Ein Beamter soll eine Professorenstelle D. 2 erhalten, wobei die budgetmäßige Dienstzulage hier wegfällt. Eine zweite Zeichenlehrerstelle soll aber bestehen bleiben, da durch die fortgesetzte Zunahme der Schülerzahl die Anstellung eines weiteren Lehrers erforderlich ist.
5 100	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(XV.)	(51.)	11 Beamte . . . . . Übertrag	36 060	1 800	64 500	59 400
		1 Diener K. 7	1 450			
		Budgetmäßige Dienstzulage als Remunerationsersatz . . .	60			
		Dienstwohnung (gemietet).				
		12 (statt bisher 11) Beamte . . Summe	37 570	1 800		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 38 850 M.				
		„ „ 1907 . . . . . 39 570 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 39 210 M.				
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 38 600 „				
	52.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 51 bezeichneten Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			9 000	8 000
		Auszug aus dem Voranschlag.				
		Ausgaben.				
		Gehalte . . . . . 38 600 M.				
		Wohnungsgeld . . . . . 9 000 „				
		Andere persönliche Ausgaben . . . . . 11 250 „				
		Verwaltungsaufwand . . . . . 780 „				
		Sachliche Ausgaben (Betriebsaufwand) . . . . . 19 020 „				
		Summe der Ausgaben . . 78 650 M.				
		Einnahmen.				
		Ertrag aus Gebäuden . . . . . 400 M.				
		Schulgeld . . . . . 4 700 „				
		Aus der Staatskasse, und zwar:				
		a. Staatsbeitrag . . . . . 64 500 „				
		b. Wohnungsgeld . . . . . 9 000 „				
		Sonstige Einnahmen . . . . . 50 „				
		Summe der Einnahmen . . 78 650 M.				
		Kunstgewerbeschule Pforzheim Summe			73 500	67 400

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
5 100	—	Dienstwohnung in dem von der Stadt Pforzheim gestellten Schulgebäude. Der Mietzins fließt in die Schulkasse. Der Diener bezieht eine budgetmäßige Dienstzulage von 60 ℳ. als Remunerationsersatz, sowie freie Dienstkleidung im Anschlag von 50 ℳ. jährlich, einen Bauschbetrag für die Reinigung des Anstaltsgebäudes von jährlich 600 ℳ., aus dem auch die etwa beigezogenen Hilfspersonen zu bezahlen sind, und für die Versehung der Hausmeistergeschäfte einen Nebengehalt von 100 ℳ.
		Der Mehraufwand an Gehalten ist, soweit nicht durch nebenverzeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 000	—	
		3 ständige Hilfslehrer (Zeichenlehramtskandidaten) und Techniker 6 500 ℳ., 1 Nebenlehrer 300 ℳ., 1 Schreibgehilfe, 1 Hilfsdiener und Aufsichtspersonal 3 100 ℳ., nicht für den Hauptdienst verliehene Nebengehalte etatmäßiger Beamten 650 ℳ., Stellvertretung und Dienstaushilfe 200 ℳ., Tagegelder und Umzugskosten 500 ℳ.
		Aus dem Betriebsaufwand wird auch ein Teil des Mietzinses für Ateliers von 4 Professoren (zusammen 1 200 ℳ.) bestritten, da wegen der beschränkten Raumverhältnisse im Schulgebäude Ateliers nicht mehr verfügbar sind.
6 100	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
		Baugewerkeschule.		
(XV.)	53.	Staatsbeitrag	138 900	126 200

Zu §. 53.

	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
Gehalte.	M.	M.
1 Direktor C. 5	5 500	
Tarifmäßige Dienstzulage	300	
18 (statt bisher 15) Professoren D. 2 . . . . . (Eine Stelle zurzeit nichtetatmäßig besetzt.)	68 240	12 300
5 (statt bisher 4) Reallehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4 . . .	13 540	2 700
7 Reallehrer und Zeichenlehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1 . (Eine Stelle zurzeit unbesetzt.)	15 640	
1 Verwaltungsassistent G. 7	1 600	
1 Technischer Assistent H. 1	1 900	
Budgetmäßige Dienstzulage . . . . . (Der Beamte ist zurzeit unter Einbehaltung der Dienstbezüge beurlaubt.)	350	
2 Diener K. 7 . . . . . 1 Beamter hat Dienstwohnung.	2 120	
35 (statt bisher 31) Beamte	109 190	15 000

Voranschlag für 1906 . . . . . 130 000 M.
„ „ 1907 . . . . . 131 110 „
„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . 130 555 M.
und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 128 600 „

54.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 53 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme		25 100	23 000
		Übertrag . .	164 000	149 200

Gegen seither jährlich mehr	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
12 700	—	Mehraufwand durch Stellenzugang, Gehaltszulagen und Erhöhung der Betriebsmittel.
		Der Direktor erhält als außerordentliches Mitglied des Landesgewerbeamts (Abteilung II) einen Nebengehalt von jährlich 500 M. und als Konservator der öffentlichen Baudenkmale einen solchen von jährlich 1 800 M.
		Die Erweiterung der Maschinenbauabteilung an der Schule, sowie die Ausgestaltung der Abteilung für Gewerbelehrer erfordert die Berufung von 3 weiteren Professoren und die Anstellung eines weiteren Reallehrers. Es kommen daher hier 3 weitere Professorenstellen in Anforderung. Für die Erteilung sogenannter Überstunden können den etatmäßigen Lehrern Vergütungen in Form eines Nebengehalts aus der Anforderung für „andere persönliche Ausgaben" bewilligt werden. Ein Beamter bezieht als Hilfsbeamter des Konservators der öffentlichen Baudenkmale aus dem Etat des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts einen Nebengehalt von jährlich 1 000 M.
		Ein Beamter bezieht als Hilfsbeamter des Konservators der öffentlichen Baudenkmale aus dem Etat des Unterrichtsministeriums einen Nebengehalt von 600 M., und ein weiterer Lehrer als Vergütung für besondere Inanspruchnahme bei Leitung von Vermessungsübungen für Unterrichtszwecke in freiem Feld aus Mitteln der Schulkasse einen solchen von 300 M. (vergleiche auch die Erläuterungen zu §. 49 Kunstgewerbeschule Karlsruhe).
		Nebengehalt für Besorgung der Schreibgeschäfte des Konservators der öffentlichen Baudenkmale aus dem Etat des Unterrichtsministeriums 200 M.
		Budgetmäßige Dienstzulage von 350 M. nach §. 12 Absatz 1 der Gehaltsordnung mit der Maßgabe, daß diese im hälftigen Betrag der anfallenden Gehaltszulagen widerrufen wird.
		Ein Diener bezieht für die Versehung der Hausmeistersgeschäfte einen Nebengehalt von 100 M. und freie Dienstkleidung im Anschlag von 50 M. Die Diener beziehen außerdem für außerordentliche Inanspruchnahme bei Reinigung des Schulgebäudes wandelbare Gebühren aus der Schulkasse.
		Der Mehraufwand an Gehalten ist, soweit nicht durch nebenverzeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
2 100	—	Drei Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
14 800	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)	(54.)	Übertrag . .	164 000	149 200
		Auszug aus dem Voranschlag.		
		Ausgaben.		
		Gehalte . . . . . 128 600 M.		
		Wohnungsgeld . . . . . 25 100 „		
		Andere persönliche Ausgaben . . . . . 20 420 „		
		Verwaltungsaufwand . . . . . 3 000 „		
		Sachliche Ausgaben (Betriebsaufwand) . . . . . 22 000 „		
		Summe der Ausgaben . . 199 120 M.		
		Einnahmen.		
		Ertrag aus Gebäuden . . . . . 404 M.		
		Schulgeld . . . . . 34 600 „		
		Aus der Staatskasse, und zwar:		
		a. Staatsbeitrag . . . . . 138 900 „		
		b. Wohnungsgeld . . . . . 25 100 „		
		Sonstige Einnahmen . . . . . 116 „		
		Summe der Einnahmen . . 199 120 M.		
		Baugewerkeschule Summe . .	164 000	149 200
		Uhrmacherschule Furtwangen.		
	55.	Staatsbeitrag	32 400	33 100

Zu §. 55.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
Gehalte.	M.	M.
1 Vorstand D. 2	4 000	
Dienstwohnung (gemietet).		
1 Verwaltungsassistent G. 7	1 400	
2 Technische Assistenten H. 1	4 800	
1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage	75	
1 Maschinist J. 5	2 040	
Dienstwohnung (gemietet).		
5 Beamte (wie bisher) . . Summe	12 315	
Voranschlag für 1906	12 980 M	
„ „ 1907	13 500 „	
„ „ ein Jahr durchschnittlich	13 240 M	
und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund	13 000 „	

		Übertrag . .	32 400	33 100

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
148 000	—	1 Assistent (Werkmeister) 2 640 M.; 1 Schreibgehilfin, 3 Hilfsdiener und Aushilfspersonal 5 800 M., für Nebenlehrer 8 160 M., nicht für den Hauptdienst verliehene Nebengehalte etatmäßiger Beamten 2 870 M., Stellvertretung und Dienstaushilfe 350 M., Tagegelder und Umzugskosten 600 M.
148 000	—	
—	700	Dienstwohnung in dem von der Gemeinde Furtwangen gestellten Schulgebäude, wofür diese den Mietzins in der Höhe des Wohnungsgeldes bezieht. Budgetmäßige Dienstzulage für die Kassen- und Rechnungsführung der Uhrmacherschule, Schnitzereischule und der Musikschulen jährlich 400 M. Die nach dem Effektivetat bewilligte budgetmäßige Dienstzulage fällt vom 1. Januar 1906 ab weg. Nebengehalt für Besorgung der Dienergeschäfte bei den obenerwähnten Kassen jährlich 50 M. Dienstwohnung wie oben.
—	700	Der Mehraufwand an Gehalten ist, soweit nicht durch nebenbezeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XV.)		Übertrag . .	32 400	33 100
	56.	**Wohnungsgeld.**		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 55 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	1 800	1 800
		Auszug aus dem Voranschlag.		
		Ausgaben.		
		Gehalte . . . . . 13 000 ℳ		
		Wohnungsgeld . . . . . 1 800 „		
		Andere persönliche Ausgaben . . . . . 8 400 „		
		Verwaltungsaufwand . . . . . 820 „		
		Sachliche Ausgaben (Betriebsaufwand) . . . . . 12 780 „		
		Summe der Ausgaben . . 36 800 ℳ.		
		Einnahmen.		
		Schulgeld . . . . . 1 500 ℳ.		
		Aus der Staatskasse und zwar:		
		a. Staatsbeitrag . . . . . 32 400 „		
		b. Wohnungsgeld . . . . . 1 800 „		
		Sonstige Einnahmen . . . . . 1 100 „		
		Summe der Einnahmen . . 36 800 ℳ.		
		Uhrmacherschule Furtwangen Summe . .	34 200	34 900
		Schnitzereischule Furtwangen.		
	57.	Staatsbeitrag	18 100	17 600

Zu §. 57. Gehalte.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
	ℳ.	ℳ.
1 Vorstand F. 4	3 800	
1 Technischer Assistent H. 1	2 700	
2 Beamte . . . . . Summe . .	6 500	

Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 6 750 ℳ.
und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 6 600 „

	58.	**Wohnungsgeld.** Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in §. 57 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	700	700
		Übertrag . .	18 800	18 300

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
—	700	
—	—	
		4 ständige Hilfslehrer und Assistenten 8000 ℳ, Stellvertretung und Dienstaushilfe 50 ℳ, Tagegelder und Umzugskosten 350 ℳ.
—	700	
500	—	
		Der Mehraufwand an Gehalten ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	
500	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für beide Jahre der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)	(57) (58)	Übertrag . .	18 800	18 300
		Auszug aus dem Voranschlag.		
		Ausgaben.		
		Gehalte . . . . . 6 600 M.		
		Wohnungsgeld . . . . . 700 „		
		Andere persönliche Ausgaben . . . . . 5 000 „		
		Verwaltungsaufwand . . . . . 610 „		
		Sachliche Ausgaben (Betriebsaufwand) . . . . . 8 990 „		
		Summe der Ausgaben . . 21 900 M.		
		Einnahmen.		
		Schulgeld . . . . . 650 M.		
		Aus der Staatskasse, und zwar:		
		a. Staatsbeitrag . . . . . 18 100 „		
		b. Wohnungsgeld . . . . . 700 „		
		Sonstige Einnahmen . . . . . 2 450 „		
		Summe der Einnahmen . . 21 900 M.		
		Schnitzereischule Furtwangen Summe . .	18 800	18 300
	59.	**Musikschulen.**		
		Von den im Jahre 1901 aufgehobenen Musikschulen im Kreise Villingen ist diejenige in Vöhrenbach wieder im Betrieb. Aus dem bei Aufhebung der Schulen verbliebenen und von der Kasse der Uhrmacherschule verwalteten Kassenvorrat auf 1. Juli 1905 mit 216 M. 47 Pf. wird der Schule in Vöhrenbach ein Staatsbeitrag von jährlich 100 M. zugewiesen.		
		Musikschulen Summe . .	—	—
		Gewerbeschulen.		
	60.	Ständiger Staatsbeitrag	77 200	65 000
	61.	Unständiger Staatsbeitrag	87 400	74 000
		Übertrag . .	164 600	139 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
500	—	2 Technische Assistenten (Lehrer) 4 400 M., 1 Nebenlehrer 150 M., für Stellvertretung und Dienstaushilfe 50 M., Reise- und Umzugskosten 400 M.
500	—	
—	—	
12 200	—	Als ständiger Staatsbeitrag sind nach den Satzungen der Gewerbeschulen an Gemeinden für eine etatmäßige Lehrerstelle Beträge in Abstufungen von 367 M. bis 1 500 M. und für 129 Stellen im ganzen 77 200 M. zu leisten.
13 400	—	Der unständige Staatsbeitrag berechnet sich, wie folgt: An Gehalt einschließlich der tarifmäßigen Dienstzulagen für die ersten Lehrer sind im Jahresdurchschnitt erforderlich . . . . . 346 020 M. Hieran sind durch die von den Gemeinden aufzubringenden Normalsätze gedeckt . . . . . 272 320 „ so daß der Staatskasse zur Last bleiben . . . . . 73 700 M. Dazu kommen die Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse gemäß Artikel 17 Absatz 2 des Etatgesetzes, soweit der Normalsatz der Gemeinden nicht reicht, im voraussichtlichen Betrag von . . . . . 6 000 „ ferner Stellvertretungskosten für die satzungsmäßigen Anstaltslehrer im Anschlag von . . . . . 1 500 „ und der Anteil des Staates an den Kosten für Überstunden vorbehaltlich der mit den einzelnen Gemeinden noch zu treffenden besonderen Vereinbarungen im Anschlag von . . . . . 7 500 „ somit unständiger Staatsbeitrag . . . . . 88 700 M. und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 87 400 „
25 600	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
(XV.)		Übertrag . .			ℳ. 164 600	ℳ. 139 000
	(61.)	Zu §. 61.	ℳ.	ℳ.		
		Gehalte der Lehrer.				
		26 (statt bisher 23) Gewerbelehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4 .	79 970	250		
		11 Beamte tarifmäßige Dienstzulagen	3 400	600		
		103 (statt bisher 90) Gewerbelehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1 .	213 960	23 400		
		9 Beamte tarifmäßige Dienstzulagen	2 800	800		
		129 (statt bisher 113) Beamte . . Summe	300 130	25 050		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 337 800 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 354 240 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 346 020 ℳ.				
		Der Abzug von 1½ % ist an den unständigen Staatsbeiträgen erfolgt.				
	62.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die unter §. 61 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			60 500	51 600
	63.	Tagegelder und Umzugskosten			2 400	2 400
		Gewerbeschulen Summe . .			227 500	193 000
		Gewerbliche Fortbildungsschulen.				
	64.	Für Förderung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts			55 400	47 000
		Gewerbliche Fortbildungsschulen Summe . .			55 400	47 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
25 600	—	
		Von der Gesamtzahl der angeforderten 129 Gewerbelehrerstellen kann tarifmäßig der fünfte Teil als Stellen der I. Gehaltsklasse errichtet werden. Es werden daher 26 Stellen dieser Gehaltsklasse vorgesehen. Im Hinblick auf die durch die Organisation des Handwerks gesteigerte Inanspruchnahme der Lehrer sollen in der Etatperiode 1906/07 im ganzen 16 weitere Stellen, wovon 3 Stellen der I. Gehaltsklasse, errichtet werden. Es ist beabsichtigt, 10 dieser Stellen im Jahr 1906, den Rest im Jahr 1907 zu besetzen. Die Gewerbeschule in Pforzheim soll in zwei selbständige Abteilungen mit je einem Vorstand, und zwar in die Handwerkerabteilung und in die Goldschmiedeabteilung getrennt werden. Die Umwandlung der gewerblichen Fortbildungsschule in Ladenburg in eine Gewerbeschule soll in der Etatperiode 1906/07 durchgeführt und für die gewerblichen Fortbildungsschulen in Schönau i. W. und Todtnau eine vollwertige Gewerbeschule in Todtnau errichtet werden. Für die Erteilung sogenannter Überstunden können den Gewerbelehrern Vergütungen aus den Schulkassen unter teilweiser Ersatzleistung der Beträge aus dem Kredit für „unständige Staatsbeiträge", sowie für die nebenamtliche Unterrichtserteilung an anderen öffentlichen Unterrichtsanstalten Honorare aus den bezüglichen Schulkassen bewilligt werden. Die Beihilfe des Staates zu den Gewerbeschulen umfaßt nach den mit den betreffenden Gemeinden getroffenen Vereinbarungen folgende Leistungen: 1. Gewährung eines Zuschusses zu den Gehalten der in den Anstaltssatzungen näher bezeichneten Anstaltslehrer. Dieser Zuschuß besteht: a. in einem ständigen Beitrag, welcher ohne Rücksicht auf die Effektivsumme der Gehalte als festbestimmter Jahresbeitrag gegeben wird, b. in einem unständigen Beitrag, welcher jeweils in demjenigen Betrage geleistet wird, um welchen die wirklichen Gehalte der Anstaltslehrer einen durch die Anstaltssatzungen bestimmten Normalsatz überschreiten. 2. Bestreitung des Wohnungsgeldes der etatmäßigen Anstaltslehrer. 3. Anteil an den Kosten für Überstunden nach besonderer Vereinbarung. 4. Ersatz der Umzugskosten. Die Sterbegehalte, sowie die in Artikel 17 Absatz 2 des Etatgesetzes bezeichneten Zuschüsse an die Beamtenwitwenkasse werden von der Anstaltskasse geleistet. Soweit dadurch der Normalsatz überschritten wird, tritt eine Erhöhung des unständigen Staatsbeitrags ein. Die Ruhe- und Unterstützungsgehalte der Lehrer werden auf die Staatskasse übernommen. Der Mehraufwand an Gehalten ist, soweit nicht durch nebenstehenden Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
8 900	—	
—	—	Rechnungsdurchschnitt 2 855 M.
34 500	—	
8 400	—	Von der Anforderung entfallen: a. auf Zuschüsse für 120 (bisher 117) Schulen zu je 400 M. . . . . 48 000 M. b. auf zusätzliche Erhöhung der normalen Zuschüsse an Schulen mit erweitertem Unterricht und an solche bedürftiger Gemeinden infolge der erhöhten Lehrervergütung, sowie einmalige Beihilfen zur Ausstattung einzelner Schulen . . . . . 3 000 „ c. auf Kosten der Ausbildung von Lehrern in jährlich abzuhaltenden Kursen . . . . . 4 400 „ Aus den zu lit. c. aufgeführten Mitteln sind auch Honorare an etatmäßige Beamte für Leitung der Kurse zu bestreiten. Die Anforderungen lit. a. b. c. sind gegenseitig übertragbar. zusammen . . 55 400 M.
8 400	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		**Unterrichtskurse für Handelslehrlinge.**		
	65.	Unständiger Staatsbeitrag	10 900	—

Zu §. 65

	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
Gehalte der Lehrer.	M.	M.
2 (statt bisher 1) Reallehrer bezw. Handelslehrer (Gehaltsklasse I.) F. 4	2 700	1 900
2 Beamte tarifmäßige Dienstzulage	—	800
21 (statt bisher 9) Reallehrer bezw. Handelslehrer (Gehaltsklasse II.) G. 1	19 380	24 000
1 Beamter tarifmäßige Dienstzulage	—	200
23 (statt bisher 10) Beamte . . . . . Summe . .	22 080	26 900

Voranschlag für 1906 . . . . . 50 300 M
„ „ 1907 . . . . . 51 100 „
„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 50 700 M.

Der Abzug von 1½ % ist an dem unständigen Staatsbeitrag erfolgt.

	66.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die unter §. 65 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	13 400	—
	67.	Tagegelder und Umzugskosten	500	—
	68.	Für sonstige Förderung des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts	11 000	21 500
		Unterrichtskurse für Handelslehrlinge Summe . .	35 800	21 500

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
10 900	—	Mit der in Aussicht genommenen Einführung einer Staatsprüfung für Handelslehrer und der Einreihung dieser in den Gehaltstarif, vergleiche hierwegen die Gesetzesvorlage, betreffend die Ergänzung der Gehaltsordnung, sollen auch die staatlichen Leistungen für diejenigen Gemeinden, die selbständige kaufmännische Fortbildungsschulen mit hauptamtlich verwendeten geprüften Handelslehrern unterhalten, auf eine feste Grundlage, ähnlich wie die Leistungen des Staates für die Gewerbeschulen, gestellt werden. Derzeit kommen die Städte Bruchsal, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim in Betracht, an denen nach dem Effektivetat auf 1. Juli 1905 im ganzen 10 Real- und Volksschulhauptlehrer wirken. Die Stadt Mannheim wünscht die Anstellung von 10 Lehrern, Heidelberg verlangt 1 und Karlsruhe 2 weitere Stellen in der Etatperiode 1906/07, so daß also zu den bereits bestehenden 10 Stellen weitere 13, zusammen 23 Stellen zu errichten wären. Unter diesen befindet sich bereits eine Stelle in der I. Gehaltsklasse, die zweite ist für die Schule in Mannheim vorgesehen (vergleiche die Erläuterung zu §. 49 Kunstgewerbeschule Karlsruhe). Der Mehraufwand an Gehalten ist, soweit nicht durch nebenstehenden Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt. Für 1906/07 ergibt sich hiernach folgende Stellenverteilung:

Schulen.	Effektivetat 1. Juli 1905.	1906/07. Handelslehrer (Gehaltskl. I.) F. 4.	1906/07. Handelslehrer (Gehaltskl. II.) G. 1.	1906/07. Summe
Bruchsal	1	—	1	1
Heidelberg	1	—	2	2
Karlsruhe	5	1	6	7
Mannheim	—	1	9	10
Pforzheim	3	—	3	3
	10	2	21	23

13 400	—	An Stelle der bisherigen, auf Grund der Rechnungsergebnisse bewilligten wandelbaren Staatszuschüsse, sollen die obenbezeichneten Schulen künftig Zuschüsse auf der Grundlage erhalten, daß die Gemeinde bis zum Anfangsgehalt des Lehrers aufkommt, während der den Anfangsgehalt übersteigende Betrag an Gehalt vom Staat getragen wird. Letzterer übernimmt auch das Wohnungsgeld der Lehrer und die Umzugskosten. Auf dieser mit den bezüglichen Gemeinden noch zu vereinbarenden Grundlage berechnet sich der zu leistende „unständige Staatsbeitrag" wie folgt: 1. Lehrergehalte im Jahresdurchschnitt . . . . . 50 700 ℳ ab die von den Gemeinden aufzubringenden Beträge in der Höhe der tarifmäßigen Anfangsgehalte 2 × 1900 ℳ = 3800 ℳ 21 × 1800 „ = 37800 „ 41 600 „ verbleiben . . 9 100 ℳ Hierzu kommen noch Zuschüsse zur Beamtenwitwenkasse gemäß Artikel 17 Absatz 2 des Etatgesetzes und Stellvertretungskosten im Anschlag von . . . . . 2 000 „ zusammen . . 11 100 ℳ oder noch nach Abzug von 1½ % rund . . 10 900 „
500	—	Anschlag.
—	10 500	Nachdem die größeren selbständigen Handelsschulen vertragsmäßig geregelte Zuschüsse aus den Positionen 65 und 66 erhalten, sind hier nur noch die Mittel zu Zuschüssen für 25 kaufmännische Fortbildungsschulen bezw. Unterrichtskurse vorzusehen.
24 800	10 500	a. Hierfür genügt der Betrag von . . . . . 8 500 ℳ
10 500		Außerdem sind erforderlich:
		b. Kosten für die Ausbildung von Lehrern in jährlich abzuhaltenden Kursen . . . . . 2 500 „
14 300		zusammen . . 11 000 ℳ Aus den letztbezeichneten Mitteln sind auch Honorare an etatmäßige Beamte für Leitung der Kurse zu bestreiten. Die Anforderungen unter lit. a. und b. sind gegenseitig übertragbar.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		**Zusammenstellung**		
		Landesgewerbeamt, Abteilung II.	53 230	49 680
		Gewerbeschulinspektion	8 220	9 420
		Handelsschulinspektion	7 810	—
		Kunstgewerbeschule Karlsruhe	144 100	148 300
		„ Pforzheim	73 500	67 400
		Baugewerkeschule	164 000	149 200
		Uhrmacherschule Furtwangen	34 200	34 900
		Schnitzereischule Furtwangen	18 800	18 300
		Musikschulen	—	—
		Gewerbeschulen	227 500	193 000
		Gewerbliche Fortbildungsschulen	55 400	47 000
		Unterrichtskurse für Handelslehrlinge	35 800	21 500
		Summe Abteilung II.	822 560	738 700
		Hierzu „ „ I.	224 850	211 460
		Summe A. Ordentlicher Etat	1 047 410	950 160
		„ „ „ „ für beide Jahre	2 094 820	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	1906/07 zusammen. M.	
	1.	Zuschüsse an die Handelskammern auf dem Schwarzwald und im Kreis Konstanz	5 000	—
	2.	Neubau der Landesgewerbehalle (Landesgewerbeamt)	10 000	—
	3.	Beihilfe zur Beschickung der Kunstgewerbeausstellung in Dresden	12 000	—
	4.	Herstellung eines neuen Katalogs der Bibliothek des Landesgewerbeamts	8 500	—
	5.	Ergänzung der Einrichtung der Filiale des Landesgewerbeamts in Furtwangen	2 700	—
	6.	Einführung der Dampfheizung in den Museumsbau der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, I. Rate	8 000	—
		Übertrag	46 200	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ	
3 550	—	
—	1 200	
7 810	—	
—	4 200	
6 100	—	
14 800	—	
—	700	
500	—	
–	—	
34 500	—	
8 400	—	
14 300	—	
89 960	6 100	
6 100		
83 860		
13 390		
97 250		
—	—	Die beiden Kammern bedürfen voraussichtlich noch längere Zeit staatlicher Unterstützung.
—	—	Das dermalige Landesgewerbehallegebäude genügt den jetzigen Anforderungen in keiner Richtung. Es enthält weder ausreichende Diensträume für das neu organisierte Landesgewerbeamt, noch zweckmäßige Bibliothek- und Ausstellungsräume. Insbesondere ist an eine sachgemäße und längst als Bedürfnis anerkannte Ausgestaltung der Ausstellung im jetzigen Gebäude nicht zu denken. Ein Neubau ist daher nicht länger zu verschieben. Die angeforderte Summe ist zur Projektbearbeitung, eventuell zur Erlangung von Entwürfen im Wege des Preisausschreibens bestimmt.
—	—	An der Dresdner Ausstellung sollen sich nur die beiden Kunstgewerbeschulen, wie alle übrigen Schulen dieser Art und die Pforzheimer Kunstindustrie, die wegen des inländischen Marktes auf der Ausstellung erscheinen muß, beteiligen. Die Beteiligung des übrigen Kunstgewerbes soll mit Rücksicht auf die für den Herbst 1906 vom Badischen Kunstgewerbeverein in Karlsruhe in Aussicht genommene Ausstellung unterbleiben. Für letztere Ausstellung werden besondere Mittel nicht angefordert, doch sollen die in St. Louis infolge des Verkaufs einer Reihe von Ausstellungsgegenständen erübrigten Mittel, deren Höhe z. Zt. noch nicht feststeht, die aber immerhin etwa 10 000 ℳ betragen dürften, für dieselben verwendet werden. Soweit der Betrag von 12 000 ℳ für die Ausgestaltung der Ausstellungen selbst nicht in Anspruch genommen wird, sollen aus demselben Reisebeihilfen an die Lehrer der genannten gewerblichen Unterrichtsanstalten bewilligt werden können.
—	—	Im Budget für 1902/03 Tit. XV B. §. 2 wurden für den Druck eines weiteren Nachtrags zum Bibliothekkatalog 1000 ℳ bewilligt. Es wurde jedoch von der Herstellung eines solchen Nachtrags abgesehen, da der im Jahr 1894 herausgegebene Hauptkatalog infolge starken Absatzes nahezu vergriffen war und deshalb die Herstellung eines neuen Hauptkatalogs nötig wurde. Letzterer ist zurzeit in Bearbeitung und wird dessen Fertigstellung einen Aufwand von 8500 ℳ erfordern.
—	—	Die Filiale des Landesgewerbeamts in Furtwangen bedarf zur Unterbringung von Uhrwerken mehrerer weiterer Ausstellungsschränke.
—	—	Die Unmöglichkeit, die Räume des Kunstgewerbemuseums ohne Feuersgefahr zu heizen, hat sich längst als ein Mißstand erwiesen; demselben kann nun abgeholfen werden, da die im Neubau der Schule eingerichtete Dampfheizung sehr wohl noch für die Beheizung des Museumsbaues herangezogen werden kann. Nach dem Voranschlag erfordert die Erstellung einen Aufwand von 19 600 ℳ, wovon eine 1. Rate von 8000 ℳ angefordert wird.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XV.)		Übertrag . .	46 200	
	7.	Errichtung eines Tierhauses für den Zeichenunterricht bei der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe	3 000	—
	8.	Ergänzung der Vorbildersammlung für die Kunstgewerbeschule in Pforzheim, III. Rate	1 800	—
	9.	Einrichtung von zwei weiteren Unterrichtsräumen im Gebäude der Kunstgewerbeschule in Pforzheim	2 800	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	53 800	
		Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	2 094 820	
		Summe Titel XV. . .	2 148 620	
XVI.		**Für Förderung der Landwirtschaft.**	1906/07 jährlich. M.	
		A. **Ordentlicher Etat.**		
	1.	Für den landwirtschaftlichen Verein und die landwirtschaftliche Interessenvertretung .	6 550	16 380
		Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
	2.	Gehalte.	M.	M.
		1 Vorstand D. 2	4 500	
		Budgetmäßige Dienstzulage		600
		Dienstwohnung.		
		1 Chemiker E. 2	3 240	
		Dienstzulage	600	
		1 Landwirtschaftslehrer F. 4		1 900
		2 wissenschaftlich gebildete Assistenten G. 1	3 600	
		2 budgetmäßige Dienstzulagen von je 500 M.	1 000	
		5 (statt bisher 4) Beamte . . . Summe	12 940	2 500
		Übertrag . .	6 550	16 380

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
—	—	Das Zeichnen nach der Natur nimmt im Lehrplan der Kunstgewerbeschule eine hervorragende Stelle ein, und es muß deshalb für eine möglichste Förderung dieses Unterrichtsgebiets gesorgt werden. Da es auf die Dauer nicht möglich ist, die hierfür nötigen lebenden Tiere im Keller zu halten, soll ein Tierhaus mit einem Aufwand von 3000 ℳ. erbaut werden.
—	—	(Vergleiche Unterrichtsbudget 1902/03 Tit. X. III. §. 35.) Dem Bedürfnis der Schule nach Modellen hervorragender Meister soll mit der Anforderung in den Jahren 1906/07 genügt werden.
—	—	Die bisherigen Unterrichtsräume der Kunstgewerbeschule in Pforzheim reichen bei der fortgesetzten Zunahme der Schülerzahl und der dadurch bedingten Teilung der Klassen nicht mehr aus. Es ist daher die Anschaffung der inneren Einrichtung für 2 bisher als Modellier- und Zeichenräume benützte Säle nötig, die einen Aufwand von rund 1900 ℳ. erfordern wird. Weitere 900 ℳ. werden zur Beschaffung von 2 Schränken für die Sammlungen gebraucht.
—	9 830	Rechnungsdurchschnitt (ohne Zuschuß für das landwirtschaftliche Wochenblatt, für welches Staatsbeiträge nicht mehr ein gestellt werden).
		Um den Beamten, der unter sehr günstigen Bedingungen in den Dienst eines anderen Bundesstaates hätte übertreten können dem badischen Staatsdienste zu erhalten, wurde ihm aus dem allgemeinen Fonds der Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art mit Wirkung vom 1. Juli 1905 ein Nebengehalt von 600 ℳ. bewilligt. Dieser Nebengehalt wird hier als eine ständige, durch den jeweiligen Zulageanfall nicht berührte Dienstzulage in Anforderung gebracht.
		Die aus der früheren Anstellung nach G. 1 des Gehaltstarifs herrührende Dienstzulage ist dem Beamten mit der Maßgabe zu belassen, daß dieselbe bei Zulagebewilligungen jeweils um die Hälfte der Zulage gekürzt wird.
		Diese Stelle ist für den weinbautechnischen Assistenten, der zugleich die Stelle des Wanderlehrers für Weinbau versieht, vorzusehen.
		Den derzeitigen nichtetatmäßigen Stelleninhabern soll im Falle ihrer etatmäßigen Anstellung der den Anfangsgehalt (1800 ℳ.) übersteigende Betrag ihrer derzeitigen Vergütungen von je 2300 ℳ. mit je 500 ℳ. mit der Maßgabe belassen werden, daß bei jedem Zulageanfall eine Verkürzung dieser Dienstzulagen um die Hälfte der Zulagen eintritt.
—	9 830	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVI.)	(2.)	Übertrag . .	6 550	16 380
		Voranschlag für 1906 . . . . . 15 640 ℳ. „ „ 1907 . . . . . 15 890 „ „ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 15 765 ℳ. und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 15 500 „	15 500	12 200
	3.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .	1 300	1 100
	4.	Andere persönliche Ausgaben	12 000	9 150
	5.	Tagegelder und Reisekosten	2 720	1 610
	6.	Sonstiger Aufwand	8 950	8 950

Landwirtschaftliche Winterschulen und Wanderlehrer.

		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
	7.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.	
		14 Vorstände F. 4	38 690		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 40 050 ℳ. „ „ 1907 . . . . . 40 780 „ „ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 40 415 ℳ. und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 39 800 „		39 800	40 300
		Ein Beamter hat als Leiter der Landwirtschaftsschule Augustenberg Dienstwohnung.			
		Übertrag . .		86 820	89 690

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	9 830	
3 300	—	
200	—	
2 850	—	4 Assistenten zu durchschnittlich 2000 ℳ. = ... 8 000 ℳ. 1 Diener . . . . . 1 300 „ 1 Rebbau-Aufseher . . . . . 1 400 „ Dienstaushilfe (darunter Schreibaushilfe wie bisher 500 ℳ.) . . . . . 1 300 „ zusammen . . 12 000 ℳ. Zur sachgemäßen Bebauung des Rebgeländes am Turmberg fiel die Einstellung eines Rebbau-Aufsehers nötig. Die Vermehrung der Zahl der nichtetatmäßigen Assistenten hat sich bei der starken Inanspruchnahme der Anstalt, die sich nach Fertigstellung der neuen Diensträume noch steigern wird, als Erfordernis erwiesen.
1 110	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Die Einnahmen und Ausgaben der Anstalt für 1906 und 1907 werden wie folgt veranschlagt: Einnahmen. — Für 1 Jahr durchschnittlich: 1. Aus den Versuchsfeldern . . . . . 20 ℳ. 2. Vergütungen für Arbeiten der Anstalt . . . . . 14 000 „ 3. Sonstige Einnahmen . . . . . 200 „ zusammen . . 14 220 ℳ. Ausgaben. 1. Aufwand auf die Versuchsfelder . . . . . 3 000 ℳ. 2. Braugersten- und andere Anbauversuche . . . . . 2 250 „ 3. Arbeitsaushilfe . . . . . 1 000 „ 4. Sonstige Aufwendungen für Bureau und Laboratorium . . . . . 7 500 „ 5. Kurse . . . . . 2 000 „ 6. Verwaltungskosten . . . . . 620 „ 7. Nachlässe an Gebühren für Arbeiten der Anstalt . . . . . 4 000 „ 8. Ergänzung und Vervollkommnung der Ausrüstung der Anstalt durch Anschaffung von Apparaten . . 2 000 „ 9. Verschiedene und zufällige Ausgaben . . . . . 800 „ zusammen . . 23 170 ℳ. Hiernach ist zur Bestreitung des sonstigen Aufwands ein Zuschuß von 23 170 ℳ. − 14 220 ℳ. = 8 950 ℳ. erforderlich. Unter dem Aufwand ist auch die Vergütung des Rechners (vergleiche Tit. 1 §. 1, Revisionsvorstände) mit jährlich 400 ℳ. enthalten.
—	500	Zwei Stellen werden z. Zt. von nichtetatmäßigen Beamten versehen. Zwei Landwirtschaftslehrer beziehen für ihre Lehrtätigkeit an den Universitäten Honorare von je 400 ℳ. für das Semester.
7 460	10 330	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ	ℳ.
(XVI.)		Übertrag . .	86 820	89 690
	8.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .	5 700	5 700
	9.	Andere persönliche Ausgaben	3 300	2 180
	10.	Tagegelder und Reisekosten	25 000	21 160
	11.	Sonstiger Aufwand	1 010	1 170
		Ackerbauschule Hochburg.		
	12.	Gehalte.		
		2 Vorstände D. 5 . . . . . 7 970 ℳ.		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 7 970 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 8 270 „		
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 8 120 ℳ.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 8 000 „	8 000	8 000
	13.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .	900	900
	14.	Andere persönliche Ausgaben	3 010	2 940
	15.	Sonstiger Aufwand	14 700	15 020
		Landwirtschaftsschule Augustenberg.		
	16.	Gehalte.		
		1 Obstbaulehrer G. 1 . . . . . 3 000 ℳ. Der Beamte hat Dienstwohnung.		
		Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 3 250 ℳ.	3 250	3 000
		Übertrag . .	151 690	149 760

Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
ℳ.	ℳ.

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
7 460	10 330	
—	—	
1 120	—	Für die Hilfslehrer auf Augustenberg jährlich (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 920 M. Vergütung des Wanderlehrers für Geflügelzucht . . . . . 1 900 „ Stellvertretung und Dienstaushilfe (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 480 „ zusammen . . 3 300 M. Zur wirksameren Förderung der landwirtschaftlichen Nutzgeflügelhaltung, insbesondere zur Gründung und Überwachung von Geflügelzuchtgenossenschaften und zur Abhaltung von Unterrichtskursen, ist die Einstellung eines Wanderlehrers für Geflügelzucht nötig gefallen, dessen Jahresvergütung vorerst hier verrechnet werden soll.
3 840	—	An Stelle des Rechnungsdurchschnitts mit 24230 M. werden wegen der Einstellung eines besonderen Wanderlehrers für Geflügelzucht 25000 M. vorgesehen. Aus diesen Mitteln werden auch die Tagegelder und Reisekosten für die Wanderlehrtätigkeit der Ackerbauschule Hochburg und der Landwirtschaftsschule Augustenberg, sowie für die staatlicherseits erfolgte Verwendung von Kreiswanderlehrern ꝛc. bestritten.
—	160	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	
—	—	
70	—	Vergütung des Elementarlehrers . . . . . 1 500 M. Zuschuß an den Vorstand der Anstalt für die Bestellung von 2 Aufsehern . . . . . 1 200 „ Für tierärztlichen Unterricht und zur Entlohnung von Hilfslehrern bei Spezialkursen, Rechnungsdurchschnitt 310 „ zusammen . . 3 010 M.
—	320	a. Pachtzins für das Pachtgut (vergleiche Tit. VII §. 1, Einnahme) . . . . . 4 868 M. b. Aufwand für Spezialkurse . . . . . 2 420 „ c. Aufwand für die Schule . . . . . 400 „ d. Aufwand für die Gebäude und Grundstücke . . . . . 7 012 „ zusammen . . 14 700 M.
250	—	
12 740	10 810	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVI.)		Übertrag . .	151 690	149 760
	17.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage gemäß §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	200	200
	18.	Andere persönliche Ausgaben	4 200	4 200
	19.	Sonstiger Aufwand	7 500	6 800
		Hufbeschlagschulen.		
	20.	Vergütungen der Schulvorstände	3 200	3 000
	21.	Sonstiger Aufwand	11 800	9 700
	22.	Zuschüsse zu den landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen	1 450	1 450
	23.	Für Förderung der Schweinezucht	14 000	14 000
	24.	Für Förderung der Pferdezucht	150 000	150 000

Für Förderung der Rindviehzucht.

		Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		M.	M.		
25.	Gehalte.				
	3 (statt bisher 2) Zuchtinspektoren D. 2	7 180	120		
	wogegen die Stelle eines Bezirkstierarztes F. 6 hier in Wegfall kommt.				
	3 budgetmäßige Dienstzulagen (je 1 zu 2 000 M., 2 500 M. und 3 000 M.)	7 500			
	3 Beamte (wie bisher) . . . . . Summe	14 680	120		
	Voranschlag für 1906/07 jährlich	15 000 M.			
	und nach Abzug von 1½ % rund	14 800 „		14 800	14 500
			Übertrag . .	358 840	353 610

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
12 740	10 810	
—	—	
—	—	Wie bisher 1 Assistent und 2 Aufseher.
700	—	Die Einnahmen und Ausgaben der Anstalt für 1906/07 sind veranschlagt, wie folgt:

Einnahmen.

	Für 1 Jahr durchschnittlich:
1. Aus der Viehhaltung	11 250 M.
2. Ertrag aus Feld- und Gartenbau	9 000 „
3. Ertrag aus Obstbau und Baumzucht	4 400 „
4. Ersatz von Verpflegungskosten	15 000 „
5. Verschiedenes	2 700 „
zusammen	42 350 M.

Ausgaben.

1. Für die Viehhaltung	11 400 M.
2. Für Feld- und Gartenbau	8 500 „
3. Für Obstbau und Baumzucht	2 700 „
4. Für die Haushaltung	15 100 „
5. Aufwand auf Gebäude und Grundstücke	5 850 „
6. Für Unterrichtszwecke	700 „
7. Beihilfen an Zöglinge der Anstalt und an Teilnehmer von Spezialkursen	3 650 „
8. Bureau- und Verwaltungskosten (darunter Vergütung des Rechners, eines etatmäßigen Beamten; vergleiche Tit. I §. 1, Revisoren 600 M.)	1 000 „
9. Verschiedenes	950 „
zusammen	49 850 M.
Hiernach ist zur Bestreitung des sonstigen Aufwands ein Zuschuß von erforderlich.	7 500 M.

200	—	Die Hufbeschlagschule Tauberbischofsheim ist eingegangen. Der Anregung des Landwirtschaftsrats entsprechend ist in dem neuen Schulstatut die Kursdauer auf 4 Monate erhöht worden, infolgedessen die Vergütungen der Schulvorstände auf 800 M. für jede Schule zu erhöhen sind. Mit der Verlängerung der Kurse wächst aber auch der sachliche Aufwand, da der Aufwand für Abgabe des Materials und Abnützung der Werkzeuge und die Miete für die Unterrichts- und Beschlagslokalitäten und die Kosten für die Einrichtungen und Geräte sowie die Stipendien der Schüler entsprechend erhöht werden müssen.
2 100	—	
—	—	
—	—	
—	—	Aus den hier vorgesehenen Mitteln wird auch die Vergütung des technischen Beamten des Ministeriums für Pferdezuchtangelegenheiten bestritten.
		Die Zuchtinspektoren erhalten als Entschädigung für den Ausfall des Ertrags der Privatpraxis neben dem tarifmäßigen Gehalt Dienstzulagen gemäß §. 12 Abs. 2 der Gehaltsordnung mit der Maßgabe, daß Gehalt und Dienstzulage zusammen den Höchstgehalt der Tarifabteilung D. 2 nicht übersteigen dürfen. Der nach F. 6 angestellte, die Stelle eines Zuchtinspektors versehende Bezirkstierarzt bezieht eine Dienstzulage als Entschädigung für den Wegfall des Ertrags der Privatpraxis gemäß §. 12 Abs. 2 der Gehaltsordnung. Im Falle der Beförderung nach D. 2 müssen die Gehaltsverhältnisse nach Maßgabe des oben für die Zuchtinspektoren Gesagten geregelt werden. Gehalt und Dienstzulage zusammen dürfen den Höchstgehalt eines Zuchtinspektors (D. 2) nicht übersteigen.
300		
16 040	10 810	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVI.)		Übertrag . .	358 840	353 610
	26.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .	2 200	1 900
	27.	Sonstiger Aufwand	160 000	160 000
		Für die Verbandsverwaltung der Rindviehversicherung. (Effektivetat auf 1. Juli 1905. / Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.)		
	28.	Gehalte.		
		1 Verbandsinspektor D. 2 . . . . . 1 000 M.		
		Budgetmäßige Dienstzulage . . . . . 2 500 M.		
		1 Bezirkstierarzt F. 6 . . . . . 1 200 M.		
		1 Revisor F. 3 an Stelle eines Registraturassistenten G. 5 . 2 050 M.		
		Budgetmäßige Dienstzulage . . . . . 750 M.		
		3 Beamte (wie bisher) 7 500 M.		
		Voranschlag für 1906/07 . . . . . 10 640 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 10 500 „	10 500	10 400
	29.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .	2 200	2 100
	30.	Andere persönliche Ausgaben	2 870	3 000
	31.	Tagegelder und Reisekosten	2 230	2 030
	32.	Sonstiger Aufwand	9 500	7 910
		Tierhygienisches Institut in Freiburg. M. / M.		
	33.	Gehalte.		
		1 Vorstand D. 2 . . . . . 2 800 M.		
		Budgetmäßige Dienstzulage . . . . . 1 700 M.		
		Neue Dienstzulage . . . . . 2 000 M.		
		Voranschlag für 1906/07 jährlich . . . . . 6 500 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 6 400 „	6 400	4 300
		Übertrag . .	554 740	545 250

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
16 040	10 810	
300	—	
—	—	
		Die Stelle wird zurzeit durch einen etatmäßigen Bezirkstierarzt F. 6 versehen. Die Verbandsinspektoren können als Entschädigung für den Ausfall des Ertrags der Privatpraxis neben dem tarifmäßigen Gehalt Dienstzulagen nach §. 12 Abs. 2 der Gehaltsordnung mit der Maßgabe erhalten, daß Gehalt und Dienstzulage zusammen den Höchstgehalt der Tarifabteilung D. 2 nicht übersteigen dürfen. Dem die Stelle versehenden Bezirkstierarzt ist eine Dienstzulage bis zu 2820 ℳ. ebenfalls mit der Maßgabe zu bewilligen, daß Gehalt und Dienstzulage den Höchstgehalt von D. 2 nicht übersteigen.
		Die früher vorhergesehene Dienstzulage bis zu 2820 ℳ. ist als Entschädigung für den Ausfall des Ertrags der Privatpraxis wieder zu gewähren, wenn an Stelle des gegenwärtigen Inhabers, der z. Zt. mit Versehung einer Bezirkstierarztstelle betraut ist, ein Bezirkstierarzt gesetzt wird, dem bei Ausübung der Funktionen eines Verbandsinspektors Erträgnisse aus der Privatpraxis nicht zufließen.
100	—	Dienstzulage gemäß §. 12 Abs. 1 der Gehaltsordnung; dieselbe ist zu kürzen, wenn und soweit Gehalt und Dienstzulage zusammen den Höchstgehalt der Tarifabteilung G. 5 mit 2800 ℳ. übersteigen würden. Die Dienstzulage kommt mit dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers in Wegfall.
100	—	Für Besorgung der Schreib- und Registraturgeschäfte der Gerätekommission bezieht der Beamte einen Nebengehalt von 100 ℳ. zu Lasten des §. 38.
—	130	Da zur Berechnung der Umlagen und zur Prüfung der Schadenabschätzungen die Einstellung eines rechnungsverständigen Beamten nicht umgangen werden kann, soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Stelle künftig durch einen erfahrenen Rechnungsbeamten zu besetzen, der die Registratur- und Expeditургeschäfte mitzubesorgen hätte. a. Nebengehalt für den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes und für ein weiteres Vorstandsmitglied . . 1 500 ℳ. b. 1 Schreibgehilfe (wie bisher) . . . . . 900 „ c. Stellvertretung und Dienstaushilfe (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 470 „ zusammen . . 2 870 ℳ. Der bisher für Aufstellung der Umlageregister verwilligte Betrag von 600 ℳ. kommt mit Besetzung der bisherigen Registraturassistentenstelle mit einem rechnungsverständigen Beamten (siehe §. 28) in Wegfall; dagegen sind nach den Erfahrungen der letzten Jahre für Stellvertretung und Dienstaushilfe Mittel in mäßigem Betrage vorzusehen.
200	—	Rechnungsdurchschnitt.
1 590	—	a. Vergütung der Steuerverwaltung für den Einzug der Umlagen durch die Ortssteuererheber, 2% des zu erhebenden Betrags = ... 8 000 ℳ. b. Sonstiges nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 500 „ zusammen . . 9 500 ℳ.
		Diese Dienstzulage, die der Beamte aus seiner früheren Stellung nach §. 12 Abs. 1 der Gehaltsordnung noch bezieht wird demselben mit der Maßgabe belassen, daß eine Kürzung bis zur Erreichung des Höchstgehalts bei jedem Zulageanfall um die Hälfte der Zulage eintritt. Gehalt und Dienstzulage dürfen zusammen den Höchstgehalt von D. 2 nicht übersteigen. Außer obiger Zulage soll der Beamte nach §. 12 Abs. 2 der Gehaltsordnung zu seinem Gehalt eine von dem jeweiligen Zulageanfall nicht berührte Dienstzulage von 2000 ℳ. erhalten, um ihn für die Ablehnung einer ihm von einem anderen Bundesstaat angebotenen gut dotierten Stelle einigermaßen zu entschädigen. Diese Dienstzulage ist dem Beamten seit 1. Oktober 1904 aus dem Fonds der Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art bereits verwilligt worden und soll jetzt hier in Anforderung gebracht werden.
2 100	—	
20 430	10 940	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVI.)		Übertrag . .	554 740	545 250
	34.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme . . .	900	900
	35.	Andere persönliche Ausgaben	6 500	4 050
	36.	Sonstiger Aufwand	8 200	8 900
	37.	Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten	2 030	1 960
	38.	Für sonstige Zweige des landwirtschaftlichen Betriebs	64 000	69 000
	39.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	2 560	2 530
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	210	100
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	210	140
	40.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	150	60
		Summe A. Ordentlicher Etat	639 500	632 890
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	1 279 000	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	Für 1906/07 zusammen. M.	
	1.	Für den Betrieb der Rinder-Stammzuchtstationen	60 000	—
	2.	Unterstützung des landwirtschaftlichen Ausstellungswesens	50 000	—
	3.	Staatszuschuß für die Rindviehversicherung	230 000	—
	4.	Erstellung eines Dienstgebäudes für das Tierhygienische Institut in Freiburg, innere Einrichtung, III. Rate	25 000	—
		Übertrag . .	365 000	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
20 430	10 940	
—	—	
2 450	—	2 tierärztliche Assistenten jährlich . . . . . 3 600 M. einschließlich des Anschlags für die dem ersten Assistenten gewährte freie Wohnung (Dienstzimmer), Heizung und Beleuchtung von jährlich 150 M. (siehe Einnahme Tit. VII. §. 1). 1 Diener jährlich . . . . . 1 400 „ Derselbe zahlt für die ihm im neuen Institut eingeräumte Familienwohnung einen Mietzins im abgeschätzten Werte von 250 M. (Einnahme Tit. VII §. 1). 1 Hilfsdiener jährlich . . . . . 900 „ Für Hilfslehrer bei den Vorbereitungskursen für staatsärztlichen Dienst (wie bisher jährlich) . . 600 „ zusammen . . 6 500 M. Zur Bewältigung der Geschäfte im neuen Institut mußte ein zweiter Assistent berufen werden, für dessen ständige Beibehaltung hier Mittel vorzusehen sind.
—	700	Für Licht, Heizung und Wasser jährlich . . . . . 3 200 M. Betrieb der Kühlanlage . . . . . 2 500 „ Sonstige sachliche Kosten . . . . . 2 500 „ zusammen . . 8 200 M.
70	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	5 000	Statt des Rechnungsdurchschnitts von 68 400 M. werden 64 000 M. vorgesehen, welcher Betrag voraussichtlich ausreichen wird. Aus dieser Position werden die Bezüge eines Reb- und Baumwarts mit 700 M. festem Gehalt und Geschäftsgebühren sowie die Vergütung für die Besorgung der Schreib- und Registraturgeschäfte der Gerätekommission durch einen etatmäßigen Beamten (vergleiche §. 28) bestritten.
30	—	Portobauschsumme 2 080 M.; sonstiges Porto Rechnungsdurchschnitt 480 M.
110	—	Rechnungsdurchschnitt.
70	—	Grundgebühr für den Fernsprechanschluß des Tierhygienischen Instituts in Freiburg . . . . . 80 M. Sonstiger Aufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 130 „ zusammen . . 210 M.
90	—	Rechnungsdurchschnitt.
23 250	16 640	
16 640		
6 610		
—	—	Die Rinder-Stammzuchtstation Mariahof (Lichtenegg) ist eingegangen. Der Verpflegungsaufwand für die drei Rinderstammzuchtstationen berechnet sich für 1906/07 zusammen auf 60 000 M. Aus dieser Position erhalten die mit Überwachung der Stationen betrauten Bezirkstierärzte angemessene Vergütungen.
—	—	Die Summe kommt in Anforderung hauptsächlich zur Förderung der für 1906 in Aussicht genommenen Landesausstellung.
—	—	Zuschüsse gemäß Art. 48 des Gesetzes über die Versicherung der Rindviehbestände vom 26. Juni 1890 in der Fassung vom 22. Juli 1904.
—	—	Die Kosten der inneren Einrichtung des neuen Tierhygienischen Instituts sind auf 76 000 M. berechnet; davon sind im Staatsvoranschlag 1904/05 genehmigt 20 000 M., weitere 25 000 M. sollen in den Jahren 1906/07 zur Verwendung kommen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVI.)		Übertrag . .	365 000	
	5.	Erbauung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt auf Augustenberg, II. Rate . .	94 000	—
	6.	Rebkultur- und Rebveredelungsversuche auf Augustenberg	5 000	—
	7.	Geflügelzuchtanstalt auf Hochburg	10 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat.	474 000	
		Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	1 279 000	
		Summe Titel XVI.	1 753 000	
XVII.		**Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
		I. **Zentralverwaltung.**		
		Gehalte.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
			ℳ.	ℳ.
	1.	1 Direktor B. 1 . . . . . Dienstwohnung.	7 500	
		1 Vorsitzender Rat B. 3	6 700	
		7 Kollegialmitglieder C. 2	35 510	
		5 (statt bisher 4) Zentralinspektoren D. 1	19 100	310
		5 tarifmäßige Dienstzulagen, je 300 ℳ.	1 200	300
		2 budgetmäßige Dienstzulagen (1 zu 600 ℳ. und 1 zu 400 ℳ)	600	400
		3 (statt bisher 4) wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiter D. 3	13 000	
		1 budgetmäßige Dienstzulage	500	
		3 Stellen nach E. 2, Revisionsvorstände (2), Bureauvorsteher (1)	13 100	
		1 Beamter (Geometer) budgetmäßige Dienstzulage 300 ℳ. .	300	
		Die bisherige Stelle eines Ingenieurs (Gehaltsklasse II.) F. 2 fällt weg	3 350	
		20 Beamte . . . . . Übertrag	100 860	1 010

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
—	—	Nach den Erläuterungen zur Anforderung im Nachtragsbudget für 1904/05 belaufen sich die Kosten für den Neubau einschließlich der inneren Einrichtung auf . . . . . 276 000 ℳ. Nachdem an diesem Aufwand für die Budgetperiode 1904/05 . . . . . 182 000 „ angefordert worden sind, werden hier die restlichen . . . . . 94 000 ℳ. eingestellt.
—	—	Für Weiterbebauung des am Turmberg erworbenen Rebgeländes fällt die Anforderung weiterer Mittel nötig, die hauptsächlich für Rigolen, Düngung und Bodenbearbeitung verwendet werden sollen.
—	—	Den Anregungen des Landwirtschaftsrats entsprechend soll auf Hochburg eine besondere Lehr- und Zuchtanstalt errichtet werden, welcher die Aufgabe zufällt, die bewährtesten und für die örtlichen Verhältnisse am besten passenden Geflügelrassen und -Schläge in rationeller Weise zu züchten und dann an die Zuchtstationen des Landes abzugeben; auch soll die Anstalt dazu dienen, den an Unterrichtskursen für Nutzgeflügelzucht Teilnehmenden als mustergültige Anlage ländlicher Geflügelhaltung vorgeführt zu werden.
		Bezieht einen Nebengehalt von 800 ℳ. als Professor der Technischen Hochschule, einen solchen von 2000 ℳ. als Vorstand des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie, sowie 1000 ℳ. für besondere Tätigkeit bei Untersuchung der Rheinstromverhältnisse aus Mitteln des §. 4.
		1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 700 ℳ. als Vorstand der Wiesenbauschule (vergleiche §. 46) und von 1000 ℳ. als Professor der Technischen Hochschule. Dazu künftig 1 Beamter einen Nebengehalt von 800 ℳ. für die Besorgung der Geschäfte des Topographischen Bureaus (vergleiche §. 4).
		Das andauernde Wachsen der Geschäfte nötigt zur Einstellung einer weiteren Hilfskraft, wogegen unter D. 3 eine Stelle wegfällt. Ein Zentralinspektor bezieht als Vorstand des vermessungstechnischen Bureaus eine Dienstzulage von 600 ℳ., ein Zentralinspektor oder Regierungsbaumeister für Mitarbeit bei dem Zentralbureau für Meteorologie und Hydrographie einen Nebengehalt von 400 ℳ. aus Mitteln des §. 4. — Ähnlich und zugleich zur Entschädigung für die bei der Einberufung zum Dienst bei der Zentralstelle erlittene Einkommenseinbuße soll künftig auch der mit der Führung des Wasserrechtsbureaus betraute Zentralinspektor eine Dienstzulage von 400 ℳ. erhalten. Ein Beamter Dienstzulage 500 ℳ. für Leitung des Vermessungsbureaus. Die Stellen D. 3 sind mit den gleichartigen der Bezirksverwaltung (§. 10) übertragbar.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(XVII.)	(1.)	20 Beamte . . . . . Übertrag	100 860	1 010		
		19 Stellen nach F. 3, und zwar: 1 Sekretär, 8 Revisoren, 2 Registratoren, 1 Expeditor, 7 Vermessungsrevisoren	60 640			
		7 Vermessungsrevisoren budgetmäßige Dienstzulagen je 250 ℳ.	1 750			
		7 Zeichner (Gehaltsklasse I.) F. 5	22 260			
		1 Beamter (Geometer) budgetmäßige Dienstzulage 250 ℳ. .	250			
		1 Revisionsgeometer G. 2	3 400			
		Budgetmäßige Dienstzulage	200			
		5 Stellen nach G. 5, und zwar: 1 Sekretariatsassistent, 1 Revident, 2 Registraturassistenten, 1 Vermessungsassistent	11 480			
		1 (Vermessungsassistent) budgetmäßige Dienstzulage	200			
		1 technischer Assistent H. 1	2 500			
		11 (statt bisher 10) Zeichner (Gehaltsklasse II.) H. 2 . . .	20 320	1 600		
		4 Bureauassistenten J. 6	7 800			
		4 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ.	400			
		6 (statt bisher 7) Kanzleiassistenten J. 7	11 480			
		4 Kanzleidiener K. 3	5 585			
		3 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		78 (statt bisher 79) Beamte . . . . Summe	249 125	2 610		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 257 885 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 261 510 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . 259 697 ℳ.				
		auf Rechnung des außerordentlichen Etats . . . 2 750 „				
		256 947 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 253 100 „			253 100	250 700
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten . . . . . 53 540 ℳ.				
		ab auf Rechnung des außerordentlichen Etats . . . . . 520 „				
		53 020 ℳ				
		und nach Abzug von 4 % . . . . . 50 900 „			50 900	51 500
		Übertrag . .			304 000	302 200

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Stellen der Vermessungsrevisoren sind mit den Stellen der Bezirksgeometer I. Gehaltsklasse (§. 49) übertragbar. 1 Stelle ist nicht besetzt. Ein Beamter für Führung der Handkasse Nebengehalt 100 ℳ. (vergleiche §. 7).
		Eine Zeichnerstelle ist zurzeit durch einen Geometer besetzt.
		Von den 22 Stellen G. 2 unter §. 49 ist eine hierher übertragen.
		Eine Stelle nichtetatmäßig besetzt.
		Auf Rechnung des außerordentlichen Etats (§. 26) verwendet und am Schlusse mit 2750 ℳ. in Abzug gebracht. Von den gleichartigen Stellen der Bezirksverwaltung (§. 10) ist eine hierher übertragbar.
		Zur Bewältigung der Zeichenarbeiten auf dem bautechnischen Bureau ist ein weiterer Zeichner nötig.
		2 Stellen zurzeit nichtetatmäßig besetzt, wovon 1 in Wegfall kommt.
2 400	—	Vergleiche oben H. 1. Der Mehraufwand ist durch den bezeichneten Stellenzugang und durch die anfallenden Zulagen bedingt.
		3 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes. 1 technischer Assistent vergleiche oben H. 1.
—	600	
2 400	600	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)		Übertrag . .	304 000	302 200
	3.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	18 360	15 360
	4.	Sonstige persönliche Ausgaben	5 950	4 040
	5.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	22 290	22 460
	6.	Sachliche Amtsunkosten	17 510	16 640
	7.	Aufwand für Gebäude	3 560	13 050
	8.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	3 790	3 690
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 150	1 020
		c. Telegraphen- und Telephongebühren	280	180
	9.	Sonstige Ausgaben	1 340	1 350
		Summe I. . .	378 230	379 990

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
		II. Allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung.		
	10.	Gehalte.		
		31 Vorstände der technischen Bezirksstellen D. 1 . . .	ℳ. 149 190	ℳ.
		31 tarifmäßige Dienstzulagen je 300 ℳ	9 300	
		31 Dienstwohnungen (davon 18 gemietet).		
		31 Beamte . . . . . Übertrag	158 490	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
ℳ.	ℳ.		
2 400	600		
3 000	—	2 Ingenieurpraktikanten zu 1800 ℳ.	3 600 ℳ.
		2 Geometer	3 450 „
		3 Zeichner	5 100 „
		2 technische Gehilfen	3 400 „
		3 Kanzlei- (Schreib-) Gehilfen	2 400 „
		zu Aufbesserungen	410 „
		zusammen	18 360 ℳ.
		Der Mehraufwand ist durch die nötige Einstellung eines weiteren Geometers und eines weiteren Zeichners für das topographische Bureau verursacht.	
1 910	—	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten: Der Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues als Vorstand des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie 2000 ℳ. und für besondere Tätigkeit bei Untersuchung der Rheinstromverhältnisse 1000 ℳ. (vergleiche §. 26 des außerordentlichen Etats; der Betrag wird daher am Schlusse in Abzug gebracht) zusammen	3 000 ℳ.
		1 Zentralinspektor oder Regierungsbaumeister für Mitarbeit beim Zentralbureau für Meteorologie und Hydrographie	400 „
		1 Revisor für Führung der Handkassenrechnung	100 „
		Das topographische Bureau ist nur mit Hilfsbeamten (Topographen, Zeichnern usw.) besetzt. Während die wissenschaftlich-technische Leitung des Dienstes in der Hand eines Professors der Technischen Hochschule liegt, werden die Verwaltungsgeschäfte von einem Kollegialmitglied der Oberdirektion wahrgenommen, welchem für diese besondere Inanspruchnahme wie bisher schon dem technischen Leiter des Bureaus ein Nebengehalt von 800 ℳ. gegeben werden soll, daher hier 2×800 ℳ. =	1 600 „
		b. Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt	1 654 „
		c. Dienstkleidung der Kanzleidiener 4×50 ℳ. =	200 „
		zusammen	6 954 ℳ.
		Hiervon ab auf Rechnung des außerordentlichen Etats (§. 26) obige	1 000 „
		zusammen rund	5 950 ℳ.
—	170	Rechnungsdurchschnitt.	
870	—	a. Handkassekredit, Rechnungsdurchschnitt	15 110 ℳ.
		b. Sonstiger Aufwand, Rechnungsdurchschnitt = 2 034 ℳ. Mit Rücksicht auf die nötige Beschaffung einer Rechenmaschine und einer Schreibmaschine werden angefordert	2 400 „
		zusammen	17 510 ℳ.
—	9 490	Eigentlicher Unterhaltungsaufwand, Rechnungsdurchschnitt 3 561 ℳ.	
100	—	2012 ℳ. Anteil an der Bauschsumme, im übrigen Rechnungsdurchschnitt.	
130	—	Rechnungsdurchschnitt.	
100	—	Desgleichen.	
—	10	Desgleichen.	
8 510	10 270		
	8 510		
	1 760		

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(XVII.)	(10)	31 Beamte . . . . . Übertrag	158 490			
		20 Techniker als zweite Beamte D. 3	49 960			
		1 Ingenieur F. 2	3 350			
		2 Zeichner (Gehaltsklasse I.) F. 5	5 640			
		15 technische Assistenten H. 1	34 160			
		17 Bureauassistenten J. 6	29 650			
		17 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ.	1 700			
		11 Bureauassistenten J. 9	13 950			
		97 Beamte . . . . . Summe	296 900			
		Voranschlag für 1906	313 960 ℳ.			
		„ „ 1907	320 440 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . .	317 200 ℳ.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund	312 400 „		312 400	303 600
	11.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in §. 10 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			55 200	55 000
	12.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			96 350	92 950
	13.	Sonstige persönliche Ausgaben			49 100	36 960
	14.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			95 480	88 870
		Übertrag . .			608 530	577 380

Gegen seither jährlich mehr. ℳ.	Gegen seither jährlich weniger. ℳ.	Erläuterungen.
		1 Stelle wird zurzeit durch einen Beamten der Abteilung E. 2 versehen. 3 Stellen zurzeit unbesetzt. Die Stellen sind mit den gleichartigen der Zentralverwaltung übertragbar.
		1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 200 ℳ. als meteorologischer Beobachter, vergleiche §. 56. Von diesen Stellen ist eine zur Zentralverwaltung übertragbar.
		2 Beamte beziehen Nebengehalte von zusammen 132 ℳ. als Pegelbeobachter, vergleiche §. 33. 1 Stelle zurzeit unbesetzt.
		1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 70 ℳ. als Pegelbeobachter, vergleiche §. 33.
8 800	—	Der Mehraufwand ist durch anfallenden Gehaltszulagen bedingt.
200	—	32 Beamte der Abteilung D. beziehen Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
3 400	—	20 Ingenieurpraktikanten zu durchschnittlich 1800 ℳ. . . . . 36 000 ℳ. 4 Bureaugehilfen zu 1700 ℳ. . . . . 6 800 „ 34 technische Gehilfen zu durchschnittlich 1575 ℳ., einschließlich Beitragsanteile zur Invaliden- und Krankenversicherung . . . . . 53 550 „ zusammen . . 96 350 ℳ.
12 140	—	a. Für Beaufsichtigung des Verkehrs auf dem Eise des Bodensees, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 510 ℳ. b. Wasserpolizei, Beaufsichtigung der Rheinflöße und Eichung und Untersuchung der Rheinschiffe usw., Rechnungsdurchschnitt . . . . . 3 950 „ c. Dienstkleidung (Mützen) für die Schiffahrtsaufseher in Überlingen und Konstanz $2 \times 4 = 8 : 2 =$ . . 4 „ d. Dienstaushilfe usw., Rechnungsdurchschnitt . . . . . 19 630 „ e. Für die Mitwirkung der Staatsbehörde bei der Unterhaltung der Kreisstraßen und der in Kreisfürsorge stehenden Gemeindewege, und zwar für Vergütungen der etatmäßigen und nichtetatmäßigen Beamten der Bauverwaltung . . . . . 25 000 „ zusammen . . 49 094 ℳ. rund . . 49 100 „
6 610	—	Rechnungsdurchschnitt.
31 150	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVII.)		Übertrag . .	608 530	577 380
	15.	Sachliche Amtsunkosten	86 400	88 870
	16.	Für Fortbildung jüngerer Ingenieure	500	500
	17.	Arbeiterversicherung (Unfallversicherung)	11 220	9 340
	18.	Voruntersuchungen und Wasserversorgungen	12 730	12 720
	19.	Aufwand für Gebäude und Grundstücke	16 080	21 710
	20.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	11 780	11 050
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	1 850	1 710
		c. Telegraphen- und Telephongebühren	3 360	3 220
	21.	Sonstige Ausgaben	2 530	4 810
		Summe II. . .	754 980	731 310

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		III. **Straßenbau.**	M.	M.		
	22.	Gehalte.				
		101 Stellen nach H. 5: Straßenmeister (95), Brückenmeister (6) 12 Dienstwohnungen (davon 2 gemietet).	183 720			
		1 Betriebsaufseher beim Steinbruchbetrieb Vormberg J. 4 .	1 900			
		1 Maschinist beim Steinbruchbetrieb Vormberg J. 5 . . .	1 400			
		Budgetmäßige Dienstzulage	300			
		103 Beamte . . . . . Summe	187 320			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
31 150	—	
—	2 470	a. Kredite der Wasser- und Straßenbau-, Rheinbau- und Kulturinspektionen für sachliche Amtsunkosten (wie bisher) . . . . . 24 340 M. b. Bauschbeträge für Bedienung und Reinigung nach dermaligem Stand . . . . . 7 340 M. Zuschlag einiger Mittel für Aufbesserungen . . . . . 500 „ 7 840 „ c. Für Mietzinse nach Abzug der Miete des bisherigen Inspektionsgebäudes in Lahr für 8 Monate . . 48 320 „ Hiervon entfallen auf: a. Diensträume . . . . . 26 630 M. b. Wohnräume für Beamte Abteilung D. 1 . . . . . 20 340 „ Wohnräume für Beamte Abteilung H. 5 . . . . . 1 350 „ d. Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 5 900 „ zusammen . . 86 400 M.
—	—	
1 880	—	Rechnungsdurchschnitt.
10	—	Rechnungsdurchschnitt: a. persönlicher Aufwand . . . . . 12 230 M. b. sachlicher Aufwand . . . . . 500 „ zusammen . . 12 730 M.
—	5 630	I. Für Gebäude: a. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 8 160 M. Hierzu wegen Zugangs des Inspektionsgebäudes in Lahr . . . . . 500 „ 8 660 M. b. Aufwand für größere Herstellungen . . . . . — II. Für Grundstücke, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 7 420 „ zusammen . . 16 080 M.
730	—	7 605 M. Anteil an der Bauschsumme, im übrigen Rechnungsdurchschnitt.
140	—	Rechnungsdurchschnitt.
140	—	Desgleichen.
—	2 280	a. Wegen Beaufsichtigung des Verkehrs auf dem Eise des Bodensees, Rechnungsdurchschnitt . . . . . — M. b. Wasserpolizei: Wegen Beaufsichtigung der Rheinflöße, Eichung und Untersuchung der Rheinschiffe usw., Rechnungsdurchschnitt . . . . . 390 „
34 050	10 380	c. Sonstiges (darunter 500 M. für Unterstützung ständiger Arbeiter), Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 140 „
10 380		zusammen . . 2 530 M.
23 670		

1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 170 M. für Beaufsichtigung der Flößerei (vergleiche §. 34), 1 Brückenmeister einen Nebengehalt von 35 M. als meteorologischer Beobachter.

3 Beamte beziehen Nebengehalte von zusammen 260 M. für Beaufsichtigung der Wege bei den Heil- und Pflegeanstalten Illenau und Emmendingen und den Badanstalten aus Mitteln der Anstalten.

Budgetmäßige Dienstzulage von 300 M. (nach §. 12 Abs. 1 der Gehaltsordnung künftig wegfallend) zur Ergänzung des Einkommens auf die Höhe der früheren Bezüge.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)		Voranschlag für 1906 . . . . . 193 950 ℳ. „ „ 1907 . . . . . 196 380 „ „ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 195 165 ℳ. hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge . . . . . 52 250 „ 142 915 ℳ. und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 140 800 „	140 800	133 000
	23.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 22 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	32 100	31 800
	24.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	10 800	10 800
	25.	Sonstige persönliche Ausgaben	1 560	870
	26.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	105 680	107 870
	27.	Sachliche Amtsunkosten	7 330	3 780
	28.	Unterhaltung der Landstraßen	2 114 700	1 961 030
		Übertrag . .	2 412 970	2 249 150

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.		
M.	M.			
		95 Straßenmeister zu 550 M.		
7 800	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.		
300	—			
—	—	6 nichtetatmäßige Straßenmeisterstellen zu je 1800 M.		
690	—	a. Entschädigung der Straßenmeister für Einbuße an wandelbarem Einkommen, Rechnungsdurchschnitt . .		1 040 M.
		b. Dienstkleidung für 107 Straßen- und Brückenmeister: 6 Mäntel zu 30 M. $= \frac{180}{2}$ M. $= 90$ M. und		
		107 Mützen zu 4 M. $= 428$ M.		518 „
		zusammen rund . .		1 560 M.
—	2 190	Rechnungsdurchschnitt.		
3 550	—	Diejenigen Straßenmeister, welche nicht in staatlichen Dienstzimmern arbeiten können und auch nicht im Besitz von Dienstwohnungen sind, sollen statt der bisherigen Bauschbeträge für Schreib- und Zeichenmittel mit 36 M. jährlich künftig für den sachlichen Dienstaufwand Bauschvergütungen erhalten, die nach den Ortsklassen des Wohnungsgeldtarifs abgestuft zugleich eine Entschädigung für die Mitbenützung eines nach Bedarf beleuchteten und geheizten Zimmers der Privatwohnung gewähren.		
		Erforderlich sind im ganzen		6 976 M.
		Bauschbeträge für Schreib- und Feuerungsmaterial der Brückenmeister $3 \times 44 + 3 \times 60 =$		312 „
		Bauschbetrag für Heizung und Beleuchtung des Bureaus für den Rheintelegraphen in Kehl		44 „
		zusammen . .		7 332 M.
153 670	—	Die Länge der Landstraßen (ausschließlich der Schiffbrücken) war im vorigen Staatsvoranschlag für Ende des Jahres 1903 angegeben zu 3061,125 km.		
		Sie hat aber tatsächlich betragen		3 060,261 km
		weil die für 1902/03 vorgesehene Aufnahme der Neubaustrecke an der Straße Nr. 28, Kehl-Schaffhausen, Umgehung der Randensteige zwischen Zollhaus und Randendorf, erst auf 1. Januar 1905 erfolgt ist.		
		Zugang für die Budgetperiode 1904/05.		
		Kreis Villingen.		
		Straße Nr. 28, Kehl-Schaffhausen, Umgehung der Randensteige zwischen Zollhaus und Randendorf	3,312 km	
		Kreis Waldshut.		
		Straße Nr. 48, Basel-Schaffhausen, Verbesserung der Albbrücke in Albbruck	0,390 „	
		Straße Nr. 51, Schluchsee-Löffingen, Verbesserung der Straße in der Kreuzung mit dem Steinatal, Umgehung der großen Steige zwischen Rothaus und Bonndorf, hier Abteilung zwischen Rothaus und Steinasäge	5,650 „	
		Straße Nr. 53, Freiburg-Stühlingen, Verbesserungen am südlichen Ende der Stadt Bonndorf	0,260 „	
		Straße Nr. 54, Randen-Kadelburg, Verbesserung zwischen Weizen und Stühlingen (bei der Breschnegg)	1,266 „	
		Zugang im ganzen . .	10,878 km	
		Abgang für die Budgetperiode 1904/05 durch Ausscheidung.		
		Kreis Villingen.		
		Straße Nr. 28, Kehl-Schaffhausen, Verbesserung der Randensteige, alte Strecke	2,363 km	
		Kreis Waldshut.		
		Straße Nr. 48, Basel-Schaffhausen, alte Strecke bei der Albbrücke in Albbruck	0,380 „	
		Straße Nr. 51, Schluchsee-Löffingen, alte Strecke Rothaus-Steinasäge	3,560 „	
		Straße Nr. 53, Freiburg-Stühlingen, alte Strecke am südlichen Ende von Bonndorf . .	0,190 „	
		Straße Nr. 54, Randen-Kadelburg, alte Strecke Weizen-Stühlingen	1,250 „	
		Übertrag . . .	7,743 km	3 060,261 km
166 010	2 190			

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 133.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)	(28.)	Übertrag . .	2 412 970	2 249 150
		Übertrag . .	2 412 970	2 249 150

Gegen seither jährlich	
mehr.	weniger.
ℳ.	ℳ.
166 010	2 190

Erläuterungen.

(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 28.)

Übertrag . .	7,743 km	3060,261 km
Kreis Freiburg.		
Straße Nr. 43, Breisach-Donaueschingen. Infolge Erweiterung des Ortsetters in der Stadt Freiburg ist nach dem Gesetz vom 16. August 1900, die Aufhebung des Pflastergeldes und die Ausscheidung von Landstraßen betreffend, auf 1. Juli 1905 eine weitere Straßenstrecke ausgeschieden worden mit	0,937 „	
Kreis Offenburg.		
In Vollzug des Gesetzes vom 31. Juli 1904, die Ausscheidung von Landstraßen betreffend, sind die Landstraßenstrecken innerhalb des Ortsetters der Stadt Offenburg auf 1. Januar 1905 ausgeschieden worden, nämlich von Straße Nr. 1, Frankfurt-Basel	2,062 „	
Straße Nr. 28, Kehl-Schaffhausen	1,719 „	
Kreis Karlsruhe.		
Nach dem Gesetz vom 16. August 1900, die Aufhebung des Pflastergeldes und die Ausscheidung von Landstraßen betreffend, sind ausgeschieden worden:		
a. infolge Vereinigung der Gemeinde Brötzingen mit der Stadtgemeinde Pforzheim auf 1. Januar 1905		
Straße Nr. 13, Karlsruhe-Stuttgart	0,286 „	
Straße Nr. 20, Ettlingen-Pforzheim	2,169 „	
Straße Nr. 138, Pforzheim-Wildbad	0,745 „	
b. infolge Erweiterung des Ortsetters in der Stadt Bruchsal auf 1. Juli 1905 von		
Straße Nr. 1, Frankfurt-Basel	0,281 „	
Abgang im ganzen . .	15,942 km	
Verglichen mit dem Zugang von	10,878 „	
bleibt Abgang . .		5,064 „
Unterhaltungslänge für Ende 1905		3055,197 km
Dazu kommen in der Budgetperiode 1906/07:		
Kreis Freiburg.		
Straße Nr. 115, Freiburg-Kaiserstuhl, Verbesserung bei Gottenheim, Längenzuwachs . .	0,016 km	
Kreis Mosbach.		
Straße Nr. 6, Wertheim-Mergentheim, Verbesserung bei der Theilbacher Mühle, neue Strecke	1,187 „	
Zugang im ganzen . .	1,203 km	
Zur Ausscheidung gelangt in der Budgetperiode 1906/07:		
Straße Nr. 6, Wertheim-Mergentheim, alte Strecke bei der Theilbacher Mühle	0,996 km	
Verglichen mit dem Zugang von	1,203 „	
bleibt Zugang . .		0,207 „
zusammen . .		3055,404 km

Der Längenzuwachs im Kreis Mosbach findet voraussichtlich im Jahr 1906, jener im Kreise Freiburg im Jahr 1907 statt; hiernach beträgt der Stand der Länge:

für das Jahr 1906	3055,388 km
für das Jahr 1907	3055,404 „

Für die Berechnung der Unterhaltungskosten ist die Länge der festen Brücken über die schiffbaren Gewässer und ihre Nebenarme mit zusammen . . . . . 1,836 „
in Abzug zu bringen, da der Aufwand hierfür besonders angefordert wird, und es bleiben deshalb:

für das Jahr 1906 . . 3055,388 — 1,836 = ...	3053,552 „
für das Jahr 1907 . . 3055,404 — 1,836 = ...	3053,568 „

Der Aufwand für Unterhaltung der Landstraßen berechnet sich nunmehr, wie folgt:

A. Ständige Unterhaltung der Landstraßen:

Die Bewilligung im Staatsvoranschlag für 1904/05 mit 560 ℳ. für 1 km ist für die Folge nicht genügend. Zunächst soll das Einkommen jener Wärter, die mit Nebennutzungen den 300 fachen Betrag des ortsüblichen Taglohns noch nicht beziehen, im Laufe der Budgetperiode auf diesen erhöht werden. Dazu und zu sonstigen Lohnerhöhungen sind 22500 ℳ. erforderlich.

Sodann hat sich für die verkehrsreicheren Straßen eine Erhöhung der Schottermenge als nötig gezeigt; auch die Anschaffungskosten des Schotters sind wegen der durch die deckenweise Unterhaltung gebotenen weiteren Ausdehnung der Verwendung von Hartschotter gewachsen. Der Mehraufwand beziffert sich einschließlich der Mehrkosten für das Einwalzen der größeren Schottermenge auf rund 48000 ℳ.

Im ganzen ergeben die Mehrkosten eine Steigerung des Kilometersatzes um 23 ℳ.; es wird hiernach ein Satz von 583 ℳ. beantragt.

Damit berechnet sich der Geldbedarf, wie folgt:

für 1906: 3053,552 km zu 583 ℳ. = ...		1780220 ℳ.
166 010	2 190	für 1907: 3053,568 km zu 583 ℳ. = ... 1780230 „
		zusammen . . 3560450 ℳ.
		Durchschnitt rund . . 1780230 „

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 135).

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)	(28.)	Übertrag . .	2 412 970	2 249 150
	29.	Betrieb des Vormberger Steinbruchs	108 480	121 860
		Übertrag . .	2 521 450	2 371 010

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
166 010	2 190	(Fortsetzung der Erläuterung zu §. 28.)

Übertrag . . 1 780 230 M.

Der im Staatsvoranschlag für 1904/05 berechnete Mehraufwand für Instandhaltung der 451 km Landstraßen innerhalb der Ortsetter gegenüber den Unterhaltungskosten der offenen Strecken erfährt durch die inzwischen stattgefundene Ausscheidung von Ortsetterstrecken in den Städten Offenburg und Pforzheim (Stadtteil Brötzingen), von welchen rund 4 km den Berechnungen zugrunde gelegt waren, und durch Zugang einer kurzen Etterstrecke in Hausach eine Änderung, und zwar betragen die Mehrkosten noch:

a. für die Beschotterung und Hilfsarbeit . . . . . 88 300 M.
b. für die Instandhaltung von Fahrbahnpflaster und Straßenrinnen und die allmähliche Vervollständigung der letzteren . . . . . 74 170 „

zusammen . . 162 470 M.

Im Staatsvoranschlag für 1904/05 war mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage nur der Betrag unter b. angefordert; die Ansprüche der Bevölkerung an die Straßen innerhalb der Ortsetter und die dadurch verursachten Mehrkosten für Schotter und Hilfsarbeit lassen nun aber auch den Betrag unter a. nicht mehr entbehren; er wird mit jenem unter b. voll in Anforderung gebracht . . . . . 162 470 „

Summe A. . . 1 942 700 M.

B. Für Schneebahnen nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 16 750 M.

C. Unterhaltung der festen Brücken über die schiffbaren Gewässer und ihre Nebenarme.

Der Aufwand für diese Bauwerke steht, wie bereits früher bemerkt, mit den geringen Längen, mit welchen sie in der Unterhaltungslänge der Landstraßen erscheinen, außer allem Verhältnis zum Kilometersatz. Die jährlichen Unterhaltungskosten sind berechnet für die Brücken:

über den Rhein bei Konstanz, Laufenburg, Säckingen, Kehl, Greffern (Altrhein) und Plittersdorf (Altrhein) zu (2600 + 600 + 1500 + 2500 + 250 + 1500) = ... 8 950 M.
über den Neckar in Neckargemünd, Heidelberg (alte und neue Brücke) und Mannheim (Friedrichsbrücke) zu (400 + 700 + 4160 + 1300) = ... 6 560 „
über den Main und über die Taubermündung zu Wertheim (280 + 350) = ... 630 „

Summe C. . . 16 140 M.

D. Unterhaltung der Schiffbrücken über den Rhein und über den Neckar bei Diedesheim, sowie für den Rheintelegraphen Kehl-Plittersdorf.

a. Persönlicher Aufwand:
24 Brückenwärter . . . . . 27 140 M.
zu Aufbesserungen . . . . . 150 „
Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung . . . . . 200 „
Stellvertretungskosten nach dem Rechnungsergebnis für 1904 . . . . . 790 „
Dienstkleidung: Mützen $24 \times 3{,}50$ M. = 84 M., Mäntel 23×30 M. = $\frac{690}{2}$ M. = 345,
zusammen rund . . . . . 430 „
Dem Telegraphisten für Besorgung des Telegraphen- und Fernsprechdienstes des Rheintelegraphen Kehl-Plittersdorf . . . . . 500 „

Summe a. rund . . 29 210 M.

b. Sonstiger Aufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 67 550 „
c. Ersatz an Elsaß-Lothringen für die Unterhaltung der Brücken bei Hüningen, Sasbach, Weisweil, Kappel und Ottenheim, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 27 350 „

Summe D. . . 124 110 M.

E. Unterstützungen an Straßen- und Brückenwärter.
Hierher sind anzunehmen . . . . . 4 000 M.
Prämien für Straßenwärter . . . . . 11 000 „

Summe E. . . 15 000 M.
„ A. . . 1 942 700 „
„ B. . . 16 750 „
„ C. . . 16 140 „
„ D. . . 124 110 „

zusammen . . 2 114 700 M.

—	13 380	a. Persönliche Ausgaben. Vergütung für einen Weichenwärter für Überwachung der Schotterverladung . . . . . 120 M. Reise- und Stellvertretungskosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 400 „ = 520 M. b. Sonstiger Aufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 107 960 „ zusammen . . 108 480 M.
166 010	15 570	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVII.)		Übertrag . .	2 521 450	2 371 010
	30.	Nachlaß an Gemeindebeiträgen nach §§. 20 und 21 des Straßengesetzes	21 610	19 190
		Summe III. . .	2 543 060	2 390 200

		IV. Wasserbau.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
			M.	M.		
	31.	Gehalte.				
		20 Dammeister H. 5	38 710			
		8 Dienstwohnungen.				
		1 Maschinist J. 5	1 700			
		21 Beamte	40 410			
		Voranschlag für 1906			41 260 M.	
		„ „ 1907			41 530 „	
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . .			41 395 M.	
		Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge			9 600 „	
					31 795 M.	
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund			31 300 „	31 300 / 30 700
	32.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 31 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme				6 500 / 6 400
	33.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals				16 280 / 16 400
		Übertrag . .				54 080 / 53 500

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
166 010	15 570	
2 420	—	Nach dem Stand von 1904: 4,2 Prozent.
168 430	15 570	
15 570		
152 860		
		9 Beamte beziehen für Beaufsichtigung der Rheingrenze Nebengehalte von zusammen 333 ℳ. aus dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.
		13 Dammeister am Rhein und Neckar zu je 550 ℳ. 7 Dammeister an Binnenflüssen zu je 350 ℳ.
600	—	
100	—	
—	120	Am Rhein und Bodensee: 11 Pegelbeobachter . . . . . 600 ℳ. 1 Aufseher am Landungssteg in Büsingen . . . . . 48 „ An den Binnenflüssen: 18 Pegelbeobachter . . . . . 752 „ 4 Schleusenwärter . . . . . 1 040 „ 1 Telegraphist für Besorgung der Linie Hüningen—Kehl . . . . . 540 „ Bedienung der Schleusen und Brücken im Mannheimer Hafengebiet: 10 ständige Arbeiter (3 650 Tage zu 3 ℳ. 60 ₰.) rund . . . . . 13 000 „ Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung rund . . . . . 200 „ Stellvertretung und Dienstaushilfe bei Hochwasser und Ablösung . . . . . 100 „ zusammen . . 16 280 ℳ. Für Pegelbeobachtung beziehen: 3 Bureauassistenten, 1 Revisionsaufseher, 2 Zolleinnehmer, 1 Hafenmeistersgehilfe und 2 Bahnwärter zusammen 460 ℳ.
700	120	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVII.)		Übertrag . .	54 080	53 500
	34.	Sonstige persönliche Ausgaben	970	1 020
	35.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	21 430	20 770
	36.	Sachliche Amtsunkosten	1 070	730
	37.	Rheinbau	483 000	502 000
	38.	Binnenflußbau	207 620	235 410
	39.	Wasserstraßen, Leinpfade und Hafenanstalten	107 280	112 140
	40.	Nachlässe an Flußbaubeiträgen	5 250	5 750
		Summe IV.	880 700	931 320

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		V. **Landeskultur und Feldbereinigung.**	M.	M.		
	41.	Gehalte.				
		33 Kulturmeister H. 5	58 660			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
700	120	
—	50	a. Entschädigung der Dammeister für Einbuße an wandelbarem Einkommen, Rechnungsdurchschnitt . . . 200 M. b. Für Dienstkleidung: Dienstmützen der Dammeister 20 × 4 = . . . 80 „ „ „ Rheinwärter 29 × 4 = . . . 116 „ Dienstmäntel der ständigen Arbeiter 4 × 30 = 120 : 2 . . . 60 „ Dienstmützen „ „ „ 10 × 4 = . . . 40 „ c. 1 Bahnverwalter für Besorgung der Geschäfte im Tauberhafen, Floß- und Winterhafen in Wertheim . 150 „ 1 Straßenmeister für Beaufsichtigung der Floßstraße der Enz und Nagold . . . 170 „ 1 Lauerverwalter für Besorgung der Geschäfte im Hafen zu Eberbach . . . 150 „ zusammen rund . . 970 M.
660	—	Rechnungsdurchschnitt.
340	—	Wie bei den Straßenmeistern (vergleiche §. 27) soll auch bei den Dammeistern, die nicht in staatlichen Dienstzimmern arbeiten können, die Vergütung für den sachlichen Dienstaufwand (bisher 36 M. jährliches Schreibmaterialienaversum) in der Weise neu geregelt werden, daß sie zugleich für die Mitbenützung der Privatwohnung, soweit sie nicht Dienstwohnung ist, zu Dienstzwecken und für die Stellung von Heizung und Beleuchtung eine billige Entschädigung enthält. Erforderlich sind . . . 1 062 M. 1 Floßaufseher . . . 7 „ zusammen . . 1 069 M.
—	19 000	a. Gewöhnliche Unterhaltung (darunter 3 000 M. für die Gemarkungen Waldshut und Dogern) . . . 163 000 M. b. Ausbau der Rheinkorrektion . . . 320 000 „ zusammen . . 483 000 M. Im Sinne der Denkschrift von 1885: Minderung des Aufwands für den Ausbau um 15 000 M.; für die Unterhaltung auf den Gemarkungen Waldshut und Dogern sind 1 000 M. weiter erforderlich, für die übrige Strecke 5 000 M. weniger.
—	27 790	a. Gewöhnliche Unterhaltung, Rechnungsdurchschnitt . . . 117 620 M. b. Ausbau der Flußkorrektion . . . 90 000 „ zusammen . . 207 620 M. Minderung des Aufwands um 30 000 M. infolge des vorgeschrittenen Ausbaues.
—	4 860	a. Instandhaltung der Wasserstraße und Leinpfade am Bodensee und Rhein, Rechnungsdurchschnitt . . . 3 940 M. b. desgleichen an den Binnenflüssen, Rechnungsdurchschnitt . . . 22 570 „ c. für Offenhaltung der Wasserstraße des Rheins zwischen Mannheim und Kehl (wie bisher) . . . 10 000 „ d. für Unterhaltung der Häfen und Landungsstellen, Rechnungsdurchschnitt . . . 59 770 M. hierzu wegen Übernahme des Rheinauhafens zur Unterhaltung . . . 5 000 „ 64 770 „ e. Ausbau der Wasserstraße des Neckars nach besonderem Überschlag . . . 6 000 „ zusammen . . 107 280 M.
—	500	Nach dem Stand von 1904: 8,7 Prozent. Für Nachlässe an Flußbaubeiträgen zum Rhein sind hier keine Mittel vorgesehen, da Flußbaubeiträge zum Rhein nicht erhoben werden sollen.
1 700	52 320	
	1 700	
	50 620	

2 Stellen zurzeit nicht besetzt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)		Voranschlag für 1906 . . . . . 62 780 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 63 320 „		
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 63 050 ℳ.		
		Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge . . . . . 26 400 „		
		36 650 ℳ.		
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 36 100 „	36 100	36 200
	42.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 41 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	13 300	13 500
	43.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	11 100	4 800
	44.	Sonstige persönliche Ausgaben	1 040	480
	45.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	84 200	26 460
	46.	Wiesenbauschule	6 130	6 350
	47.	Sachliche Amtsunkosten	1 800	1 760
	48.	Sonstiger Aufwand	90	130
		Summe V.	153 760	89 680

		VI. Katastervermessung.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
			ℳ	ℳ.		
	49.	Gehalte.				
		27 Bezirksgeometer (Gehaltsklasse I.) F. 3	93 510			
		27 budgetmäßige Dienstzulagen, je 250 ℳ.	6 750			
		18 Dienstwohnungen (davon 14 gemietet).				
		27 Beamte . . . . . Übertrag	100 260			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
M.	M.		
		33 Kulturmeister zu 800 M.	
—	100		
—	200		
6 300	—	4 technische Gehilfen zu durchschnittlich 1 575 M. einschließlich Beitragsanteil zur Invaliden- und Krankenversicherung	6 300 M.
		Für 12 Kulturaufseher neben den geordneten Tagesgebühren eine feste Vergütung von durchschnittlich 400 M.	4 800 „
		zusammen . .	11 100 M.
560	—	Entschädigung der Kulturmeister für Einbuße am wandelbaren Einkommen, Rechnungsdurchschnitt.	
57 740	—	a. Landeskultur: Tagegelder und Reisekosten der Hilfsingenieure und des Kulturpersonals. Rechnungsdurchschnitt	18 110 M.
		b. Feldbereinigung: Kosten nach Artikel 23 des Feldbereinigungsgesetzes. Rechnungsdurchschnitt	5 500 „
		c. Arbeiten der Kulturinspektionen, für welche von Verbänden, Gemeinden usw. der Staatskasse der gehabte Aufwand ganz oder teilweise zu ersetzen ist. Bisher ist der Aufwand für die hier in Rede stehenden Arbeiten mit den zugehörigen Einnahmen nur in der Vorschußrechnung nachgewiesen worden. Zur Vereinfachung des Rechnungswesens und zur Erleichterung des Einzugs der Ersatzbeträge sollen künftig die Ausgaben und die Einnahmen in der Etatrechnung gebucht werden, wie es jetzt schon bei den Wasser- und Straßenbauinspektionen geschieht. Nach Schätzung werden hier und in der Einnahme unter §. 7 eingestellt	60 000 „
		d. Umzugskosten des Kulturpersonals. Rechnungsdurchschnitt	590 „
		zusammen . .	84 200 M.
—	220	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten:	
		Vorstand der Wiesenbauschule	700 M.
		Lehrer und Aufsichtspersonal, Rechnungsdurchschnitt	1 950 „
		b. Gebühren der Schüler	2 480 „
		c. Sachlicher Aufwand	1 000 „
		zusammen . .	6 130 M.
40	—	Schreib-, Zeichen- und Instrumentengeldaversum für 33 Kulturmeister und 12 Kulturaufseher 45 × 40 =	1 800 M.
—	40	Rechnungsdurchschnitt.	
64 640	560		
560			
64 080			

Die Stellen sind mit den gleichartigen Stellen der Vermessungsrevisoren (F. 3 der Zentralverwaltung) übertragbar.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(XVII.)	(49.)	27 Beamte . . . . . Übertrag	100 260			
		22 (statt bisher 24) Bezirksgeometer (Gehaltsklasse II.) G. 2	37 400			
		7 Beamte tarifmäßige Dienstzulagen	1 300			
		22 budgetmäßige Dienstzulagen, je 200 ℳ.	3 600			
		10 Dienstwohnungen (davon 9 gemietet).				
		3 Vermessungsassistenten G. 5	4 900			
		3 budgetmäßige Dienstzulagen, je 200 ℳ.	600			
		10 (statt bisher 17) Katastergeometer G. 5				
		28 (statt bisher 27) Bureauassistenten der Bezirksgeometer J. 9	40 200	1 200		
		90 (statt bisher 98) Beamte	188 260	1 200		
		Voranschlag für 1906	202 930 ℳ.			
		„ „ 1907	206 760 „			
		„ „ für ein Jahr durchschnittlich .	204 845 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	201 800 „		201 800	208 700
	50.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 49 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			30 900	31 300
	51.	Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			72 500	84 100
	52.	Sonstige persönliche Ausgaben			510	80
	53.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			79 590	78 700
	54.	Sachliche Amtsunkosten			55 230	46 350
		Übertrag . .			440 530	449 230

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
		6 Stellen, wovon 2 in Wegfall kommen, zurzeit nicht besetzt, 1 Stelle zurzeit durch einen Beamten der Abteilung G. 5 versehen; eine dieser Stellen ist zur Zentralverwaltung (G. 2 Revisionsgeometer) übertragbar.
		8 Stellen nicht besetzt; es kommen in Wegfall 7 Stellen. Das Diensteinkommen der Katastergeometer wird unter §. 55 verrechnet.
		Zur Förderung der Lagerbuchsaufstellung ist ein Justizaktuar in den Dienst übernommen worden, der seinem Dienstalter nach zur etatmäßigen Anstellung heransteht.
—	6 900	
—	400	
—	11 600	50 Gehilfen der Bezirksgeometer zu durchschnittlich 1 450 *M.*
430	—	Entschädigung der Katastergeometer wegen Einbuße am Einkommen in Erkrankungsfällen, Rechnungsdurchschnitt.
890	—	Rechnungsdurchschnitt.
8 880	—	a. Kredite zur Bestreitung der sachlichen Amtsunkosten für 49 Bezirksgeometer zu durchschnittlich 120 *M.* (wie bisher) . . . . . 5 880 *M.* b. Bauschvergütung für die Stellung der Instrumente und für die Besorgung der Bedienung, Ersatz der Mietzinse für die Dienstzimmer: für 17 Bezirksgeometer mit Stellung der Diensträume zu durchschnittlich 460 *M.* . . . 7 820 *M.* für 32 Bezirksgeometer ohne Stellung der Diensträume zu durchschnittlich 180 *M.* . . . 5 760 „ 13 580 „ c. Kosten der von der Bauverwaltung selbst zu mietenden Dienstzimmer und Dienstwohnungen: für 18 (bisherige Bewilligung) Bezirksgeometer mit Dienstwohnungen . . . . . 22 560 *M.* für 5 (neue Bewilligung) Bezirksgeometer . . . . . 8 000 „ 30 560 „ hiervon entfallen auf: a. Diensträume . . . . . 10 135 *M.* b. Wohnräume für Beamte der Abteilung F. 3 und G. 2 . . . . . 20 425 „ d. Sonstiger Aufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 5 210 „ zusammen . . 55 230 *M.*
10 200	18 900	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)		Übertrag . .	440 530	449 230
	55.	Vermessung und Kartierung	130 000	139 850
		Summe VI.	570 530	589 080
	56.	VII. **Meteorologie und Hydrographie**	16 310	12 850
	57.	VIII. **Topographische Karte**	14 590	15 980
		Zusammenstellung.		
		I. Zentralverwaltung	378 230	379 990
		II. Allgemeiner Aufwand der Bezirksverwaltung	754 980	731 310
		III. Straßenbau	2 543 060	2 390 200
		IV. Wasserbau	880 700	931 320
		V. Landeskultur und Feldbereinigung	153 760	89 680
		VI. Katastervermessung	570 530	589 080
		VII. Meteorologie und Hydrographie	16 310	12 850
		VIII. Topographische Karte	14 590	15 980
		Summe A. Ordentlicher Etat	5 312 160	5 140 410
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	10 624 320	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	1906/07 zusammen. ℳ.	
		I. Straßenbau.		
	1.	Herstellung eines Gehweges an der Landstraße Nr. 163 (Mainaustraße), I. Teilforderung	25 000	—
		Übertrag . .	25 000	

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.	
mehr.	weniger.		
M.	M.		
10 200	18 900		
—	9 850	Vermessungsaufwand, Rechnungsdurchschnitt 89 710 M.; nach besonderer Berechnung werden voraussichtlich nötig werden	123 000 M.
10 200	28 750	Vervielfältigung älterer Katasterhandrisse	2 000 „
	10 200	Für Geräte, Vordruck, Einbände usw. Rechnungsdurchschnitt 3 670 M., wegen Beschaffung neuer Instrumente werden angefordert	5 000 „
	18 550	zusammen . .	130 000 M.
3 460	—	a. Beobachter von 16 meteorologischen Stationen II. Ordnung	3 340 M.
		Beobachter von 34 Regenstationen zu je 35 M. = ...	1 190 „
		Für Gewitterbeobachtungen, Stellvertretungskosten und Besorgung der Registrierinstrumente	284 „
		b. Sonstiger Aufwand nach Voranschlag	8 000 „
		zusammen . .	12 814 M.
		Hierunter Nebengehalte: 2 Reallehrer, 1 Zeichner, 1 Zollverwalter, 1 Forstgärtner, 1 Stationsverwalter und 1 Brückenmeister, 3 Forstwarte und 1 Bahnwart zusammen 1 330 M. Hierzu weiter Anteil Badens an den Kosten des Betriebs der von dem Reiche unter Beteiligung von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen am Bodensee neu eingerichteten meteorologischen Drachenstation zur Erforschung der oberen Luftregionen mit jährlich	3 500 M.
		(Siehe auch Erläuterung III. §. 27 des außerordentlichen Etats.)	
—	1 390	a. Für die Kartenausgabe, Rechnungsdurchschnitt	8 340 M.
		b. Für die weitere Ausgestaltung des badischen Höhennetzes 12 500 : 2 = jährlich	6 250 „
		zusammen . .	14 590 M.
		Die im Budget 1904/05 Tit. XVII. §. 57 b. bewilligte Summe von 12 500 M. kam wegen Personalmangel nicht zur Verwendung.	
—	1 760		
23 670	—		
152 860	—		
—	50 620		
64 080	—		
—	18 550		
3 460	—		
—	1 390		
244 070	72 320		
72 320			
171 750			

Zu §. 1. Die Gehweganlage an der von Einheimischen und Fremden viel begangenen Straße entspricht einem Bedürfnis, das auch in der 50. öffentlichen Sitzung der II. Kammer der Landstände vom 24. März 1904 betont worden ist. Die Kosten des Weges anschließend an die auf der Gemarkung Konstanz schon bestehende Anlage bis zur Mainau sind zu 63000 M. berechnet, wovon 21000 M. auf die Strecken innerhalb der Ortsetter von Allmannsdorf und des Nebenortes Egg entfallen. An letzterem Aufwand hat gemäß §. 22, Ziff. 6 Str. Ges. die Gemeinde Allmannsdorf 19 300 M. zu tragen; dazu soll diese Gemeinde noch ein Drittel an den Kosten für die fahrbahnseitige Rinnenpflasterung mit rund 560 M. beitragen; ein Drittel der übrigen Kosten, das ist beiläufig 14000 M., entfällt auf die Stadtgemeinde Konstanz.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XVII.)		Übertrag . .	25 000	—
	2.	Verbreiterung der Landstraße Nr. 49 in Zell i./W.	5 500	—
	3.	Verbesserung der Landstraße Nr. 115 bei Gottenheim	13 300	—
	4.	Umbau der Rinnengrabenbrücke bei Oberrimsingen	5 800	—
	5.	Umbau der Dreisambrücke in der Landstraße Nr. 114 zwischen Nimburg und Eichstetten	14 400	—
	6.	Verbesserung der Landstraße Nr. 299 in St. Georgen und von da bis zum Bahnhof	66 000	—
	7.	Umbau der Bleibrücke bei Schönwald, Landstraße Nr. 39	14 000	—
	8.	Umbau der Schutterkanalbrücke in Kehl, Landstraße Nr. 2	20 000	—
	9.	Instandsetzung der Kinzigbrücke bei Kehl, Landstraße Nr. 2	10 000	—
	10.	Umbau der Renchbrücke bei Memprechtshofen, Landstraße Nr. 2	20 000	—
	11.	Umbau der Kanalbrücke in Biberach, Landstraße Nr. 28	3 000	—
	12.	Verbesserung der Landstraße Nr. 34 zwischen Wolfach und Rippoldsau, I. Teilforderung	64 000	—
	13.	Verstärkung der Acherbrücke in Oberachern und in Kappelrodeck, Landstraße Nr. 164	13 600	—
	14.	Neubau der Auerbrücke in Pforzheim, Landstraße Nr. 158, I. Rate	90 000	—
	15.	Umbau der Pfinzbrücke in Singen, Landstraße Nr. 13	28 500	—
		Übertrag . .	393 100	—

Erläuterungen.

(Fortsetzung der Erläuterung zu § 1.)

Es ist beabsichtigt den Bau während 3 Budgetperioden in Abteilungen auszuführen. Zu dem auf 25000 ℳ veranschlagten Aufwand für die erste Teilstrecke (vom Salzberg bis zum Abgang des Weges nach Staad) berechnen sich die Leistungen der beiden Gemeinden auf 14330 ℳ, welcher Betrag in Einnahme gestellt ist. Die Gemeinde ist gehört.

Zu §. 2. Am östlichen Ausgang der Stadt Zell i/W. ist die Landstraße Nr. 49 in verkehrsstörender Weise durch ein vorspringendes Haus eingeengt, das die Gemeinde zur Ermöglichung einer Verbreiterung s. Zt. erworben hat. Der Aufwand für die nunmehr vorzunehmende Verbreiterung ist einschließlich der Kosten für die Erwerbung des Geländes und für die Herstellung der von der Gemeinde allein zu bezahlenden Rinnenhälfte zu 5500 ℳ veranschlagt. Mit der Gemeinde ist verhandelt; sie ist bereit, ein Drittel der auf die Bauverwaltung entfallenden Kosten beizutragen.

Zu §. 3. Die vom Kaiserstuhl nach Freiburg führende Landstraße Nr. 115 besitzt im allgemeinen günstige Gefällsverhältnisse; nur bei Gottenheim ist eine für den Lastenverkehr lästige Steige vorhanden. Die Kosten der Verbesserung sind zu 13300 ℳ veranschlagt. Die beteiligten Gemeinden sind gehört; sie sollen mit einer Beitragsleistung von 4400 ℳ beigezogen werden.

Zu §. 4. Die gewölbte Brücke im Zuge der Landstraße Nr. 175 Breisach—Krozingen ist im Interesse der Sicherheit des Verkehrs umzubauen. Die Baukosten sind zu 5800 ℳ veranschlagt, wozu die beteiligten Gemeinden einen Beitrag von einem Viertel der Kosten leisten sollen; sie sind hierüber gehört.

Zu §. 5. Die Jochbrücke im Zuge der Landstraße Nr. 114 Breisach—Emmendingen soll infolge fortgeschrittener Fäulnis des Holzes in Eisen umgebaut werden, wobei auch die mangelhaften Landfesten neu gebaut werden. Die Kosten sind zu 14400 ℳ berechnet. Die beteiligten Gemeinden sind gehört; sie haben 3600 ℳ als Beitrag zu leisten.

Zu §. 6. Der starke Verkehr zum Bahnhof und die bauliche Erweiterung des Ortes bedingen die Herstellung einer Gehweganlage und einer unterirdischen Entwässerung. Im Zusammenhang damit wird die Straßenfahrbahn verbreitert und mit Rinnenanlagen versehen. Die Gemeinde St. Georgen hat gemäß §. 22, Ziff. 6 des Straßengesetzes den zu 36100 ℳ berechneten Aufwand für die Gehweganlage innerhalb des Ortsetters und die unterirdische Entwässerung zu ersetzen und an den übrigen zu 29900 ℳ veranschlagten Herstellungen ein Drittel der Kosten zu übernehmen. Die Gemeinde ist gehört.

Zu §. 7. Die bestehende Gewölbebrücke ist schadhaft und muß umgebaut werden; dabei sollen die Steigungsverhältnisse der Landstraße bei der Brücke verbessert werden. Die beteiligten Gemeinden haben ein Viertel der Baukosten zu tragen; sie sind darüber gehört.

Zu §. 8. Widerlager und Oberbau der Brücke sind aus Holz und so schadhaft, daß ein Neubau dringlich ist. Die Widerlager sollen aus Stein, der Oberbau aus Eisen erstellt werden. Von den Baukosten haben die Gemeinden ein Viertel zu tragen; sie sind über den Entwurf gehört.

Zu §. 9. Die hölzernen drei Flußjoche müssen ausgewechselt und die Tragbalken des Oberbaues erneuert werden. Von einem Beizug der Gemeinden wird abgesehen, da es sich nicht um eine Hauptverbesserung der Brücke, sondern um eine außergewöhnliche umfangreiche Ausbesserung handelt, deren Kosten nicht aus den Mitteln des ordentlichen Etats bestritten werden können.

Zu §. 10. Die hölzernen Widerlager und die beiden Joche sind so schadhaft, daß sie erneuert werden müssen. Beim Umbau sollen die Widerlager aus Stein, die Joche und der Oberbau aus Eisen erstellt werden. Zu den Baukosten sollen die beteiligten Gemeinden mit einem Fünftel des Aufwands beigezogen werden; sie sind gehört.

Zu §. 11. Die hölzerne Brücke ist baufällig. Der Umbau soll in Eisen erfolgen. Der Beitrag der Gemeinde Biberach ist auf ein Viertel der Baukosten festgesetzt worden. Die Gemeinde ist über Entwurf und Beitragsleistung gehört.

Zu §. 12. Fortsetzung der 1904/05 begonnenen Verstärkung der Fahrbahn. Die Straße soll von Wolfach bis zur Walke durchweg und von da bis zum Wildschapbach an den schattig gelegenen Stellen mit einem Gestückfundament versehen werden, soweit ein solches nicht bereits vorhanden ist, und eine neue Schotterdecke erhalten. Der Aufwand ist auf 87500 ℳ berechnet. Die beteiligten Gemeinden haben einen Beitrag von einem Viertel der Baukosten zu leisten. Es ist beabsichtigt, die Ausführung auf zwei Budgetperioden zu verteilen, um Verkehrsbelästigungen durch länger andauernde Sperren der Straße zu vermeiden. Für die Arbeiten in den Jahren 1906/07 sind 64000 ℳ erforderlich. Dazu haben die Gemeinden einen Beitrag von einem Viertel zu leisten; sie sind hierüber gehört.

Zu §. 13. Die in dem Jahre 1873 erbauten eisernen Fachwerkbrücken bieten nicht mehr hinreichende Sicherheit für die Beförderungen von Lasten, wie sie auf Landstraßen zulässig sind. Die Verstärkung des eisernen Oberbaues der beiden Brücken ist dringlich. Die beteiligten Gemeinden sollen mit einem Beitrag von 3450 ℳ beigezogen werden. Sie sind über den Entwurf und über die Beitragsforderungen gehört.

Zu §. 14. Die im Jahr 1852 erbaute eiserne Auerbrücke, unmittelbar oberhalb des Zusammenflusses der Enz und Nagold in Pforzheim muß im Zusammenhang mit der durchgreifenden Verbesserung der Flußläufe durch einen Neubau ersetzt werden, der dann auch in seinen Abmessungen den heutigen Verkehrsverhältnissen der Stadt Pforzheim zu genügen hat.

Die neue Brücke soll in Eisen erstellt werden und eine dem Städtebild entsprechende architektonische Ausstattung erhalten. Die Baukosten sind mit Ausschluß jener für die Zufahrten und eines Brückenhauses, welche von der Stadt erstellt werden sollen, auf 283000 ℳ berechnet.

Nach §. 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 16. August 1900, die Aufhebung des Pflastergeldes und die Ausscheidung der Landstraßen betreffend, ist die Auerbrücke für den Fall eines Neubaues als außerhalb des Ortsetters gelegen zu betrachten.

Von dem Kostenaufwand entfallen 3000 ℳ auf die Gewinnung von Entwürfen für die architektonische Ausstattung; dieselben sollen Staat und Stadt je zur Hälfte mit 1500 ℳ tragen. Von den eigentlichen Brückenbaukosten im Betrage von 280000 ℳ soll gemäß §. 17 des Straßengesetzes die Stadtgemeinde Pforzheim ein Drittel übernehmen.

Die Stadt Pforzheim ist über den Entwurf und die Beitragsleistung gehört.

Zu §. 15. Die steinerne Gewölbebrücke ist baufällig; sie soll durch eine 15 m weite eiserne Fachwerkbrücke ersetzt werden. Die Breite der Fahrbahn und des Gehwegs wird auf 7,43 m vergrößert. Die Kosten des Gehwegs mit 970 ℳ trägt nach §. 22 Ziff. 6 des Straßengesetzes die Gemeinde Singen, weil die Brücke innerhalb des Ortsetters liegt. Von dem verbleibenden Aufwand sollen die beteiligten Gemeinden gemäß §. 17 des Straßengesetzes rund ein Viertel mit 6900 ℳ übernehmen. Die Gemeinden sind über den Entwurf und die Beitragsleistung gehört.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XVII.)		Übertrag . .	393 100	—
	16.	Erneuerung des Straßenpflasters in Wiesloch, Landstraße Nr. 1	7 300	—
	17.	Verbreiterung der neuen Neckarbrücke in Heidelberg, letzte Teilforderung	234 000	—
	18.	Pflasterung der Landstraße Nr. 170 in Weinheim	14 000	—
	19.	Zuschlag zum Unterhaltungsetat der Landstraßen wegen Einführung der deckenweisen Unterhaltung, letzte Teilforderung	22 000	—
	20.	Aufstellung von Ortsentfernungssteinen an den Landstraßen, letzte (III.) Teilforderung	5 000	—
		II. **Wasserbau.**		
	21.	Anschaffung eines weiteren Dampfbaggers	55 000	—
	22.	Anschaffung eines neuen Strombereisungsbootes	29 000	—
		III. **Verschiedenes.**		
	23.	Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	20 000	—
	24.	Erdmagnetische Vermessung des Großherzogtums	3 000	—
	25.	Neubau eines Dienstgebäudes für die Wasser- und Straßenbauinspektion und den Bezirksgeometer in Sinsheim	95 000	—
	26.	Ankauf des Inspektionsgebäudes in Lahr	52 600	—
	27.	Anteil Badens an den Kosten der Einrichtung einer meteorologischen Drachenstation zur Erforschung der höheren Luftregionen am Bodensee	6 500	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat	936 500	
		Hiezu Summe A Ordentlicher Etat	10 624 320	
		Summe Titel XVII.	11 560 820	—

Erläuterungen.

Zu §. 16. Die Pflasterung der Landstraße Nr. 1 innerhalb der Stadt Wiesloch soll dem Bedürfnis des Verkehrs entsprechend einerseits bis zur Leimbachbrücke, andererseits bis zur Haltestelle der elektrischen Bahn Wiesloch-Heidelberg fortgesetzt werden. Die Länge der neuen Pflasterstrecken beträgt 85 m.

Von dem Aufwand entfallen 320 ℳ. zu Lasten der Bahneigentümerin und 430 ℳ. auf den Kreis Heidelberg; ein Drittel des Restes ist der Stadt Wiesloch als Beitrag gemäß §. 17 Straßengesetzes angesonnen. Die Beteiligten sind zur Übernahme der auf sie entfallenden Beträge bereit.

Zu §. 17. Vergleiche Staatsvoranschlag für 1904/05 Tit. XVII B. §. 13.

Außer den als I. Teilforderung vorgesehenen 170 000 ℳ. hat zur Fertigstellung des Steinbaues ein Administrativkredit in Höhe von 100 000 ℳ. in Anspruch genommen werden müssen. Sonach verbleiben von dem Gesamtaufwand mit 504 000 ℳ. für die Budgetperiode 1906/07 noch 504 000 ℳ. — (170 000 + 100 000) = 234 000 ℳ. In Einnahme sind vorgesehen 275 000 — 62 000 = 213 000 ℳ.

Zu §. 18. Die chaussierte Landstraße Nr. 170 innerhalb Weinheim läßt trotz Verwendung besten Schotters infolge starken Verkehrs und feuchter Lage sich nicht in geordnetem Zustand halten. Im Anschluß an die in der Budgetperiode 1902/03 (vergleiche Staatsvoranschlag 1902/03 Tit. XVII B. §. 20) gepflasterte Straßenstrecke, soll die Strecke von km 14,240 bis km 14,460 neu gepflastert werden.

Von dem Gesamtbetrag der Herstellungskosten entfallen 276 ℳ. nach §. 22 Ziff. 6 Straßengesetzes ausschließlich auf die Gemeinde. Außerdem ist ihr auf Grund des §. 17 Straßengesetzes ein Drittel des übrigen zu 13 724 ℳ. veranschlagten Aufwands angesonnen worden. Die Gemeinde Weinheim ist dazu bereit.

Zu §. 19. Vergleiche Staatsvoranschlag für 1900/01 Tit. XVII B. §. 21, für 1902/03 Tit. XVII B. §. 21 und für 1904/05 Tit. XVII B. §. 15.

Mit dem Ablauf der Budgetperiode wird die Einführung der deckenweisen Unterhaltung auf den in Betracht kommenden Landstraßen im wesentlichen vollzogen sein.

Zu §. 20. Vergleiche Staatsvoranschlag für 1902/03 Tit. XVII B. §. 22 und für 1904/05 Tit. XVII B. §. 16. Die Ortsentfernungssteine sind noch zu setzen in den Wasser- und Straßenbaubezirken Bonndorf, Waldshut, Sinsheim, Mosbach und Wertheim.

Zu §. 21. Für Baggerungen zur Offenhaltung des Fahrwassers im Rhein, hauptsächlich aber an der Einfahrt in den Kehler Hafen und im Innern dieses Hafens hat sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Anschaffung eines Dampfbaggers als notwendig erwiesen.

Zu §. 22. Das Strombereisungsboot „Gottfried Tulla", das auch zum Schleppen von Baggerprahmen in der Gegend von Mannheim verwendet wird, befindet sich nach 17jährigem angestrengtem Gebrauch in stark abgenütztem Zustand und ist auf längere Dauer nicht mehr betriebstüchtig. Der Kessel mußte vor einigen Jahren bereits erneuert werden.

Für die Strombereisungen, wie auch für leichtere Schleppleistungen kann das Schiff nicht entbehrt werden; es soll daher der Schiffskörper und die Maschine neu hergestellt, der vorhandene Kessel mit den noch brauchbaren Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen vom alten Schiff aber wieder verwendet werden.

Zu §. 23. Wie in den vorangegangenen Budgetperioden.

Die Beiträge der Rheinuferstaaten erscheinen mit 14 800 ℳ. unter §. 2 des außerordentlichen Etats in Einnahme.

Darunter 2 750 ℳ. und 520 ℳ. für einen technischen Assistenten. Siehe Tit. XVII §§. 1/2 des ordentlichen Etats.

Zu §. 24. Die magnetische Landesaufnahme, die im größeren Teil des Reichs durchgeführt oder im Gang ist, soll nunmehr auch auf das Großherzogtum ausgedehnt werden. Es ist beabsichtigt, die Vermessungen durch einen Beamten des Königlich Preußischen erdmagnetischen Observatoriums in Potsdam vornehmen zu lassen; die Kosten sind zu 3 000 ℳ. geschätzt.

Zu §. 25. Die Wasser- und Straßenbauinspektion Sinsheim ist z. Zt. mit ihren Diensträumen und der Dienstwohnung des Inspektionsvorstandes in einem von der Gemeinde gemieteten Gebäude untergebracht, das aber für den Dienst, wie insbesondere in der Dienstwohnung auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügt. Da keine Möglichkeit besteht, für die Inspektion anderweit geeignete Dienstzimmer und Wohnung zu mieten, fällt die Erstellung eines eigenen Dienstgebäudes nötig. In diesem sollen auch Diensträume und eine Dienstwohnung für den Bezirksgeometer vorgesehen werden.

Einschließlich des Erwerbspreises für den Bauplatz sind die Kosten auf 95 000 ℳ. veranschlagt.

Zu §. 26. Das derzeitige Dienstgebäude der Wasser- und Straßenbauinspektion Lahr ist in den Jahren 1893/94 nach von der Oberdirektion genehmigten Plänen und Kostenberechnungen aus Mitteln der Sparkasse Lahr erbaut worden. Der Bau- und Mietvertrag räumt der Straßenbauverwaltung das Recht ein, das Anwesen innerhalb 12jähriger Mietzeit gegen Ersatz der Erwerbungskosten des Bauplatzes und des nachgewiesenen Bauaufwandes zu Eigentum zu übernehmen. Da das Gebäude für den angegebenen Zweck sich eignet, ist der Ankauf angezeigt. Einschließlich Nebenkosten sind hierfür erforderlich 52 600 ℳ.

Zu §. 27. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsamt des Innern und den Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen soll im kommenden Jahre in Friedrichshafen am Bodensee seitens der Königlich Württembergischen Regierung eine meteorologische Drachenstation zur Erforschung der höheren Luftregionen eingerichtet und betrieben werden. Von den Kosten der ersten Einrichtung, die zu rund 82 000 ℳ. veranschlagt sind, übernimmt das Reich $^2/_3$ mit rund 55 000 ℳ., während den Rest mit rund 27 000 ℳ. die vier beteiligten Bundesstaaten zu gleichen Teilen zu tragen bereit sind. Hiernach berechnet sich der Anteil Badens auf etwa 6 500 ℳ., zu dessen Bestreitung dieser Betrag hier vorgesehen wird.

Die Kosten des Betriebs der Station werden auf etwa 21 600 ℳ. jährlich veranschlagt, wovon das Reich ein Drittel trägt und den Rest von zwei Dritteln die vier Bundesstaaten ebenfalls zu gleichen Teilen übernehmen. Der Anteil Badens an diesen Kosten mit etwa 3500 ℳ. jährlich ist unter Tit. XVII. A. §. 56 angefordert.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
XVIII.		**Verwaltung des Bergwesens.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Gehalte. Effektiv-Etat auf 1. Juli 1905.		
		1 Bergmeister D. 2 . . . . . 3 300 M.		
		Budgetmäßige Dienstzulage . . . . . 300 „		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 3 300 M.		
		„ „ 1907 . . . . . 3 675 „		
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 3 487 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 3 430 „	3 430	3 300
	2.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für obigen Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme 860 M. rund	900	900
	3.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	830	1 010
	4.	Sachliche Amtsunkosten	150	180
	5.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	40	40
		b. Sonstige Versendungskosten		
	6.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	100	—
		Summe Titel XVIII.	5 450	5 430
		„ „ „ für beide Jahre . .	10 900	
XIX.		**Für die geologische Landesaufnahme.**		
		Ordentlicher Etat.		
		Geologische Landesanstalt in Heidelberg.		
		Gehalte. Effektiv-Etat auf 1. Juli 1905.		
	1.	3 Landesgeologen D. 2 . . . . . 12 570 M.		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 12 820 M.		
		„ „ 1907 . . . . . 13 500 „		
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . 13 160 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 13 000 „	13 000	12 500
	2.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für obige Beamte, nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	2 600	2 600
	3.	Andere persönliche Ausgaben	4 550	4 550
	4.	Tagegelder und Reisekosten	7 560	7 600
		Übertrag . .	27 710	27 250

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
130	—	Die Erhöhung ist durch anfallende Gehaltszulage bedingt.
—	—	
—	180	Rechnungsdurchschnitt.
—	30	Desgleichen.
—	—	Portobauschsumme 28 M., sonstiges 10 M.
100	—	Die zumeist im Sportelwege rückzuerhebenden Kosten für die Veröffentlichung von Bergwerksverleihungen, der Aufhebung von Bergwerkseigentum usw. mußten bisher mangels einer hierzu geeigneten Position in dem Etat des Bergwesens in der Domänenrechnung verbucht werden. Es ist angezeigt, diese Kosten künftighin hier zu verrechnen, weshalb die Anforderung eingestellt wurde.
230	210	
210		
20		
500	—	Die Erhöhung ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	
—	—	Aus dieser Position sind zu bestreiten: 1. Funktionsgehalt des Vorstandes jährlich mit . . . . . 3 000 M. 2. „ eines Mitglieds der beratenden Kommission jährlich mit . . . . . 1 000 „ 3. Arbeitsaushilfe und Bedienung jährlich . . . . . 550 „ zusammen . . 4 550 M.
—	40	Rechnungsdurchschnitt.
500	40	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XIX.)		Übertrag . .	27 710	27 250
	5.	Sachlicher Aufwand	9 900	9 600
		Summe Titel XIX.	37 610	36 850
		„ „ „ für beide Jahre . .	75 220	
XX.		**Allgemeiner Unterstützungs- und Belohnungsfonds.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Zu Unterstützungen und Belohnungen:		
		a. Für etatmäßige Beamte	20 800	16 900
		b. Zusätzliche Erhöhung zu außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte .	2 550	6 230
	2.	Zu Unterstützungen und Belohnungen für das nichtetatmäßige Personal	9 600	9 030
		Summe Tit. XX.	32 950	32 160
		„ „ „ für beide Jahre . .	65 900	
XXI.		**Verschiedene und zufällige Ausgaben.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	30 000	25 780
	2.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	8 970	9 690
		Übertrag . .	38 970	35 470

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
500	40	
300	—	a. Miete für die Diensträumlichkeiten jährlich . . . . . 2 400 M. b. Sonstiges (Druckkosten 2c.), Rechnungsdurchschnitt 6 660 M, angefordert werden wie seither . . . . . 7 500 „
800	40	zusammen . . 9 900 M.
40		Die Miete hat sich infolge Steigerung seitens des Hauseigentümers um jährlich 300 M. erhöht; bezüglich der Erhöhung der Anforderung der Mittel für die Druckkosten war die Erhöhung der vertragsmäßigen Einheitspreise für die Herstellung der Mitteilungen der geologischen Landesanstalt und der Erläuterungen zu der geologischen Spezialkarte bestimmend.
760		
3 900	—	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen. Für 2 526 Köpfe zu 8,50 M. wären vorzusehen 21 470 M.; mit Rücksicht darauf jedoch, daß für die Gendarmerie unter Titel X. §. 8 besondere Mittel für Heilkosten angefordert sind, wird die Anforderung hier auf rund 20 800 M. ermäßigt. Die Mehrforderung ist durch Erhöhung des Einheitssatzes von 7,50 M. auf 8,50 M. (vergleiche hierwegen Erläuterung zu Titel XIII. §. 1 des Budgets des Finanzministeriums), sowie durch das Hinzutreten von 192 Stellen des Titel XV. „Gewerbliches Unterrichtswesen" und von 95 weiteren Stellen in anderen Ressorts bedingt.
—	3 680	Vergleiche Artikel 29 Absatz 2 des Etatgesetzes. Zur Bildung des Budgetsatzes werden die Bausummen für folgende, nach Art und Umfang besondere Schwierigkeiten bietende Bauten in Rechnung gezogen: 1. Erstellung einer Beobachtungsstation auf der Frauenseite der Irren-, Heil- und Pflegeanstalt Illenau (Administrativkredit vom 16. März 1905) . . . . . 150 000 M. 2. Erbauung einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt auf Augustenberg (Nachtragsbudget für 1904/05 Titel XVI B. §. 6 182 000 M. und Budget für 1906/07 Titel XVI B. §. 5 94 000 M.) zusammen 276 000 „ 3. Verbreiterung der neuen Neckarbrücke in Heidelberg (Budget für 1904/05 Titel XVII B. §. 13 und Budget für 1906/07 Tit. XVII B. §. 17) nebst Administrativkredit, zusammen . . . . . 504 000 „ 4. Erstellung eines Dienstgebäudes für die Wasser- und Straßenbauinspektion und den Bezirksgeometer in Sinsheim (Budget für 1906/07 Titel XVII B. §. 25) . . . . . 92 000 „ zusammen . . 1 022 000 M. ½ % dieser Summe mit 5 110 M., somit für 1 Jahr rund 2 550 M.
570	—	Für 1 283 Köpfe zu 7,50 M. = 9 622 M. 50 Pf. rund 9 600 M. Die Mehranforderung ist durch die Vermehrung des Personals bedingt.
4 470	3 680	
3 680		
790		
4 220	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt erhöht.
—	720	Portobauschsumme . . . . . 8 387 M. Sonstiges Porto, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 584 „
4 220	720	zusammen . . 8 971 M.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XXI.)		Übertrag . .	38 970	35 470
	(2.)	b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	4 810	4 390
		c. Telegraphengebühren	1 450	1 050
	3.	Sonstige Ausgaben	13 750	12 030
		Summe Tit. XXI	58 980	52 940
		„ „ „ für beide Jahre . .	117 960	

Zusammenstellung.

I.	Ministerium	333 030	301 350
II.	Landeskommissäre	76 450	76 700
III.	Verwaltungsgerichtshof	70 740	68 880
IV.	Verwaltungshof	232 050	223 100
V.	Generallandesarchiv	48 460	43 060
VI.	Obereichungsamt	5 350	5 120
VII.	Rheinschiffahrtsbehörden	2 680	2 920
VIII.	Für Gewerbeaufsicht und für Durchführung der sozialen Gesetze	94 940	84 840
IX.	Bezirksverwaltung und Polizei	6 396 420	6 011 480
X.	Allgemeine Sicherheitspolizei	1 130 070	1 103 830
XI.	Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten	125 490	119 780
XII.	Heil- und Pflegeanstalten	2 603 840	2 337 800
XIII.	Besserungs- und Erziehungsanstalten	218 610	221 310
XIV.	Für Bearbeitung der Landesstatistik	99 900	91 940
XV.	Für Förderung der Gewerbe und für gewerbliches Unterrichtswesen	1 047 410	950 160
XVI.	Für Förderung der Landwirtschaft	639 500	632 890
XVII.	Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues . . .	5 312 160	5 140 410
XVIII.	Verwaltung des Bergwesens	5 450	5 430
XIX.	Für die geologische Landesaufnahme	37 610	36 850
XX.	Allgemeiner Unterstützungs- und Belohnungsfonds	32 950	32 160
XXI.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	58 980	52 940
	Summe der Ausgabe	18 572 090	17 542 950

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	Gesamtbetrag für die Budgetperiode. Ordentlicher Etat.	Außerordentlicher Etat.	Hauptsumme.
M.	*M.*		*M.*	*M.*	*M.*
4 220	720				
420	—	Rechnungsdurchschnitt.			
400	—	Desgleichen.			
1 720	—	Rechnungsdurchschnitt; hierunter sind Prüfungshonorare im Durchschnittsbetrag von 9690 *M.* enthalten.			
6 760	720				
720					
6 040					
31 680	—		666 060	30 000	696 060
—	250		152 900	—	152 900
1 860	—		141 480	—	141 480
8 950	—		464 100	—	464 100
5 400	—		96 920	—	96 920
230	—		10 700	—	10 700
—	240		5 360	—	5 360
10 100	—		189 880	—	189 880
384 940	—		12 792 840	1 069 500	13 862 340
26 240	—		2 260 140	—	2 260 140
5 710	—		250 980	292 000	542 980
266 040	—		5 207 680	1 100 000	6 307 680
—	2 700		437 220	27 000	464 220
7 960	—		199 800	15 000	214 800
97 250	—		2 094 820	53 800	2 148 620
6 610	—		1 279 000	474 000	1 753 000
171 750	—		10 624 320	936 500	11 560 820
20	—		10 900	—	10 900
760	—		75 220	—	75 220
790	—		65 900	—	65 900
6 040	—		117 960	—	117 960
1 032 330	3 190				
3 190					
1 029 140			37 144 180	3 997 800	41 141 980

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
I.		**Bezirksverwaltung und Polizei.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Beiträge zu den festen Bezügen des Personals der Lokalpolizei	716 600	667 900
	2.	Aus Gebäuden und Grundstücken	67 220	57 760
	3.	Für Waldpflanzen	12 260	9 830
	4.	Für Benützung der Lebensmittelprüfungsstation	6 010	4 550
	5.	Ersatz der Entschädigungen für getötete Tiere	49 010	46 610
	6.	Ersatz der Entschädigungen für versicherte Tiere	550 000	460 000
	7.	Sonstiger Ersatz in Verwaltungs- und Polizeisachen	23 510	19 790
	8.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	8 490	7 690
		Summe Titel I.	1 433 100	1 274 130
		„ „ „ für beide Jahre . .	2 866 200	
II.		**Allgemeine Sicherheitspolizei.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Mietzinse für Dienst- und Mietwohnungen	15 180	11 060
	2.	Erlös aus abgängigen Pferden und Fahrnissen	400	500
	3.	Sonstige Einnahmen	10	20
		Summe Titel II.	15 590	11 580
		„ „ „ für beide Jahre . .	31 180	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
48 700	—	Zu §. 1. Die festen Bezüge des Personals der Lokalpolizei (mit Ausschluß der Polizeikommissäre) betragen:
		1906. 1907.
		laut §. 1 J. 11 . . . . . 33 753 M. 34 915 M.
		„ §. 1 K. 2 . . . . . 83 305 „ 84 030 „
		„ §. 1 K. 9 . . . . . 590 663 „ 600 133 „
		„ §. 3 Ziffer 7 Titel IX. der Ausgabe für 145 nichtetatmäßige Schutzmänner . . . 198 500 „ 198 500 „
		„ §. 4 Ziffer c. der Ausgabe . . . . . 64 170 „ 64 170 „
		Wohnungsgeld und Dienstzulagen (Titel IX. §. 2 für (567—24) = 543 Beamte nach J. 11, K. 2 und K. 9) . . . . . 218 200 „ 218 200 „
		zusammen . . 1 188 591 M. 1 199 948 M.
		Hierzu haben die beteiligten Städte beizutragen $^6/_{10}$ mit durchschnittlich rund 716 600 M. für 1 Jahr.
9 460	—	Neuester Stand:
		Für Dienstwohnungen in Staatsgebäuden . . . . . 55 610 M.
		„ „ „ gemieteten Gebäuden . . . . . 3 600 „
		„ anderweit vermietete Räume in Staats- und Mietgebäuden . . . . . 5 388 „
		Wasserzinse . . . . . 1 697 „
		Pachtzinse aus Grundstücken . . . . . 422 „
		Sonstige Einnahmen . . . . . 507 „
		zusammen . . 67 224 M.
2 430	—	Rechnungsdurchschnitt.
1 460	—	Desgleichen.
2 400	—	Desgleichen.
90 000	—	Der Rechnungsdurchschnitt beträgt 514 710 M.; mit Rücksicht auf den Zugang neuer Ortsviehversicherungsanstalten werden 550 000 M. eingestellt.
3 720	—	Rechnungsdurchschnitt.
800	—	Desgleichen.
158 970	—	
4 120	—	Neuester Stand.
—	100	Der Rechnungsdurchschnitt beträgt:
		a. für abgängige Pferde . . . . . 156 M.
		b. für Bekleidung und Ausrüstung . . . . . 95 „
		c. Pferdedung . . . . . 144 „
		zusammen . . 395 M.
—	10	Rechnungsdurchschnitt.
4 120	110	
110		
4 010		

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
III.		**Heil- und Pflegeanstalten.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Ertrag aus Gebäuden	40 400	37 800
	2.	Ertrag aus Grundstücken und ihrer Bewirtschaftung	315 000	287 100
	3.	Einnahmen aus der Kostbereitung	207 260	190 130
	4.	Einnahmen aus dem Gewerbebetrieb	87 580	78 160
	5.	Unterhaltungskostenbeiträge	1 274 200	1 137 760
	6.	Erlös aus Inventarstücken und Materialien	28 000	26 610
	7.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	2 300	1 500
		Summe Titel III.	1 954 740	1 759 060
		„ „ „ für beide Jahre . .	3 909 480	
IV.		**Besserungs- und Erziehungsanstalten.**	(Für 280 Köpfe.)	(Für 320 Köpfe.)
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Ertrag aus Gebäuden	3 630	3 380
	2.	Ertrag aus Grundstücken	21 060	18 150
	3.	Erlös aus Inventarstücken und Materialien	8 080	6 100
	4.	Einnahme aus dem Gewerbebetrieb	53 920	63 470
	5.	Unterhaltungskostenbeiträge	28 570	33 970
	6.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	720	60
		Summe Tit. IV.	115 980	125 130
		„ „ „ für beide Jahre . .	231 960	
V.		**Landesstatistik.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	500	500
		Summe Ordentlicher Etat	500	—
		„ „ „ für beide Jahre . .	1 000	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
		Vergleiche die Vorbemerkung zu Titel XII der Ausgabe.
2 600	—	a. Mietzinse von etatmäßigen Beamten für Dienstwohnungen in staatlichen Gebäuden . . . . . 19 470 *M.* b. Vergütungen von Beamten und nichtetatmäßigen Bediensteten für Familien- (Miet-) Wohnungen, Dienstzimmer und Schlafstellen . . . . . 20 250 „ c. Sonstige Mietzinse . . . . . 280 „ d. Wasserzinse . . . . . 400 „ zusammen . . 40 400 *M.*
27 900	—	Rechnungsdurchschnitt unter Zurechnung des voraussichtlichen Ertrags des Geländes der Anstalt Wiesloch.
17 130	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 2800 Köpfe.
9 420	—	Ebenso.
136 440	—	Ebenso.
1 390	—	Ebenso.
800	—	Ebenso.
195 680	—	
250	—	Mietzinse von Beamten für Dienstwohnungen in staatlichen Gebäuden . . . . . 3 270 *M.* Wasserzinse und sonstige Einnahmen . . . . . 360 „
2 910	—	Rechnungsdurchschnitt. zusammen . . 3 630 *M.*
1 980	—	Ebenso.
—	9 550	Nach dem Rechnungsdurchschnitt für 280 Köpfe bemessen.
—	5 400	Ebenso.
660	—	Rechnungsdurchschnitt.
5 800	14 950	
	5 800	
	9 150	
—	—	Mietzins für die Dienstwohnung des Kanzleidieners im Dienstgebäude des Statistischen Landesamts . . 400 *M.* Ersatz für Heizung der Dienerwohnung . . . . . 24 „ Wasserzins für die Dienerwohnung . . . . . 7 „ Sonstige Einnahmen nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 71 „ zusammen . . 502 *M.* oder rund . . 500 „
—	—	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
VI.		**Gewerbe.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	1 700	1 700
	2.	Vergütung für Arbeiten:		
		1. des Landesgewerbeamts (Hauptanstalt und Filiale)	340	360
		2. der Chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt	15 750	14 540
		3. der Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim	2 170	2 300
	3.	Beiträge zu dem Aufwand für die gewerblichen Anstalten	5 600	2 850
	4.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	1 390	1 410
		Summe Titel VI.	26 950	23 160
		„ „ „ für beide Jahre . .	53 900	
VII.		**Landwirtschaft.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
	1.	Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	5 570	5 670
	2.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	5 700	4 390
		Summe A. Ordentlicher Etat	11 270	10 060
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	22 540	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	Für 1906/07 zusammen. M.	
	1.	Ertrag der Rinderstammzuchtstationen	25 720	
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	25 720	
		Hierzu „ A. Ordentlicher Etat	22 540	
		Summe Titel VII.	48 260	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	—	Für Dienstwohnungen in staatlichen Gebäuden . . . . . 850 M. Für Dienstwohnungen in gemieteten Gebäuden . . . . . 760 „ Sonstige Mietzinse und Wasserzinse . . . . . 90 „ zusammen . . 1 700 M.
—	20	Rechnungsdurchschnitt.
1 210	—	Desgleichen.
—	130	Desgleichen.
2 750	—	Für die Filiale des Landesgewerbeamts in Furtwangen die Gemeinde Furtwangen (vergleiche die Erläuterung zu Titel XV A. §. 1 b. der Ausgabe) . . . . . 300 M. Die Schnitzereischule (vergleiche die Erläuterung zu Titel XV A. §. 3 b. der Ausgabe) für Erteilung des Zeichenunterrichts durch den Zeichner der Filiale . . . . . 150 „ Für die Chemisch-technische Prüfungs- und Versuchsanstalt: die Eisenbahnhauptkasse } (vergleiche die Erläuterungen zu Titel XV A. §. 7 der Ausgabe) . . . . { 2 400 „ die Zollkasse . . . . } { 2 750 „ zusammen . . 5 600 M.
—	20	Rheinische Hypothekenbank, Ersatz der Vergütung des Staatskommissärs (vergleiche die Erläuterung zu Titel XV A. §. 19 der Ausgabe) . . . . . 1 000 M. Sonstiges, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 390 „ zusammen . . 1 390 M.
3 960	170	
170		
3 790		
—	100	Pachtzins für die Domäne Hochburg jährlich) . . . . . 4 870 M. Mietzins für die Landesgestütsgebäude jährlich . . . . . 300 „ Mietzins für die Wohnungen des Dieners und des ersten Assistenten des Tierhygienischen Instituts 250+150= 400 „ (Vergleiche Titel XVI §§. 15 und 35.) zusammen . . 5 570 M.
1 310	—	Rechnungsdurchschnitt.
1 310	100	
100		
1 210		
		Erlös aus abgegebenen Tieren. Der Rechnungsdurchschnitt beträgt für die drei vorhandenen Stationen jährlich 12 860 M.

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
VIII.		**Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
		I. **Wasser- und Straßenbau.**		
	1.	Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	153 830	163 470
	2.	Erlös aus Gebäuden und Grundstücken	40	90
	3.	Erlös aus Materialien und Gerätschaften	10 020	6 660
	4.	Beiträge zur Unterhaltung der Landstraßen	545 780	499 290
	5.	Aus dem Betrieb des Vormberger Steinbruchs	108 480	121 860
	6.	Beiträge zum Flußbau	96 720	112 650
	7.	Ersatzbeträge für Dienstleistungen des technischen Personals	140 000	65 500
	8.	Sonstige Einnahmen	12 790	11 310
		Summe I.	1 067 660	980 830

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	9 640	Mietzinse für Dienstwohnungen in staatlichen Gebäuden: Von den Beamten der eigenen Verwaltung . . . . . 18 940 ℳ. Von den Beamten anderer Etats . . . . . 1 450 „ 20 390 ℳ. In gemieteten Gebäuden . . . . . 27 710 „ Sonstige Mietzinse nach dem neuesten Stand . . . . . 2 030 „ Wasserzinse nach dem neuesten Stand . . . . . 1 570 „ Ertrag aus Grundstücken, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 100 590 „ Hafen- und Lagergebühren . . . . . 1 540 „ zusammen . . 153 830 ℳ.
—	50	Rechnungsdurchschnitt.
3 360	—	Rechnungsdurchschnitt.
46 490	—	Aufwand für Landstraßenunterhaltung nach §. 28 der Ausgabe . . . . . 2 114 700 ℳ. Sonstige Ausgaben zu Lasten der Straßenunterhaltung, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 10 280 „ Anforderung in §§. 10, 19 und 20 des außerordentlichen Etats $\frac{10\,000 + 22\,000 + 5\,000}{2} =$ . . . 18 500 „ zusammen . . 2 143 480 ℳ. Hiervon gehen nach dem Rechnungsdurchschnitt ab: Eigene Einnahmen und nicht zur Abrechnung geeigneter Aufwand . . . . . 53 920 ℳ. Beiträge von Elsaß-Lothringen zur Unterhaltung der Rheinschiffbrücke und der Brücke in Kehl . . . . . 31 190 „ 85 110 „ an dem Rest mit . . . . . 2 058 370 ℳ. haben die gesetzlich Verpflichteten ein Viertel zu zahlen mit . . . . . 514 590 ℳ. hierzu die obengenannten Beiträge von Elsaß-Lothringen . . . . . 31 190 „ zusammen . . 545 780 ℳ.
—	13 380	Gleich dem Aufwand unter Titel XVII §. 29 der Ausgabe.
—	15 930	a. Flußbaubeiträge: Beiträge zum Rheinbau sollen nicht erhoben werden. Beiträge zum Binnenflußbau: Unterhaltungsaufwand nach §. 38 der Ausgabe . . . . . 207 620 ℳ. ab Einnahmen und nicht zur Abrechnung geeigneter Aufwand . . . . . 46 250 „ 161 370 ℳ. Hiervon haben die gesetzlich Verpflichteten zu bezahlen: für den Flußbauverband des Neckars $^1/_5$, im übrigen $^1/_3$ = ... 60 380 ℳ. b. Dammbaubeiträge für den Rhein, Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einer außergewöhnlichen Einnahme von 19 270 ℳ. . . . . 16 810 „ c. Dammbaubeiträge für die Binnenflüsse, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 19 530 „ zusammen . . 96 720 ℳ.
74 500	—	Ersatzbeträge, welche für die Inanspruchnahme der technischen Behörden und ihres Personals von Ersatzpflichtigen der Staatskasse zu vergüten sind (vergleiche Ausgabe Titel XVII §§. 12, 13 und 21 sowie 43 und 45 c.), nach Schätzung 140 000 ℳ. — darunter 60 000 ℳ. für Arbeiten der Kulturinspektion, vergleiche Erläuterung zu §. 45 c. der Ausgabe.
1 480	—	Rechnungsdurchschnitt.
125 830	39 000	
39 000		
86 830		

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VIII.)		II. Katastervermessung.		
	9.	Beiträge der Grund- und Häuserbesitzer	218 690	208 740
	10.	Sonstige Einnahmen	4 190	4 060
		Summe II. . .	222 880	212 800
		III. Topographische Karte.		
	11.	Erlös aus dem Verkauf der Karte	4 430	4 900
		Hierzu I. Wasser- und Straßenbau . .	1 067 660	980 830
		„ II. Katastervermessung	222 880	212 800
		Summe A. Ordentlicher Etat	1 294 970	1 198 530
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	2 589 940	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	1906/07 zusammen. ℳ.	
	1.	Beiträge der Gemeinden zu dem Aufwand für den Neubau und die Hauptverbesserung der Landstraßen (nach §. 17 des Gesetzes vom 14. Juni 1884) und sonstige Beiträge	391 320	
	2.	Beiträge der Rheinuferstaaten zu den Kosten der Untersuchung der Rheinstromverhältnisse	14 800	
	3.	Sonstige Einnahmen	5 560	
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	411 680	
		Hierzu „ A. Ordentlicher „ . .	2 589 940	
		Summe Titel VIII.	3 001 620	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
9 950	—	a. zur Vermessung, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 23 760 M. b. zur Fortführung, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 194 930 „ zusammen . . 218 690 M.
130	—	Rechnungsdurchschnitt.
10 080	—	
—	470	Rechnungsdurchschnitt.
86 830	—	
10 080	—	
96 910	470	
470		
96 440		

1. Herstellung eines Gehweges an der Landstraße Nr. 163 (Mainaustraße)	14 330 M.
2. Verbreiterung der Landstraße Nr. 49 in Zell i/W.	2 130 „
3. Verbesserung der Landstraße Nr. 115 bei Gottenheim	4 400 „
4. Umbau der Rinnengrabenbrücke bei Oberrimsingen	1 400 „
5. Umbau der Dreisambrücke in der Landstraße Nr. 114 zwischen Nimburg und Eichstetten	3 600 „
6. Verbesserung der Landstraße Nr. 299 in St. Georgen und von da bis zum Bahnhof durch Verbreiterung und Anlage eines Gehweges und unterirdische Entwässerung	46 060 „
7. Umbau der Bleibrücke bei Schönwald	3 500 „
8. Umbau der Schutterkanalbrücke in Kehl, Landstraße Nr. 2	5 000 „
9. Umbau der Renchbrücke bei Memprechtshofen, Landstraße Nr. 2	4 000 „
10. Umbau der Kanalbrücke in Biberach	750 „
11. Verbesserung der Landstraße Nr. 34 zwischen Wolfach und Rippoldsau	16 000 „
12. Verstärkung der Acherbrücke in Oberachern und Kappelrodeck, Landstraße Nr. 184	3 450 „
13. Neubau der Auerbrücke in Pforzheim, Landstraße Nr. 158	30 000 „
14. Umbau der Pfinzbrücke bei Singen, Landstraße Nr. 13	7 870 „
15. Erneuerung des Straßenpflasters in Wiesloch, Landstraße Nr. 1	2 930 „
16. Verbreiterung der neuen Neckarbrücke in Heidelberg	213 000 „
17. Pflasterung der Landstraße Nr. 170 in Weinheim	4 850 „
18. Herstellung der durch das Unwetter vom 27. und 28. Mai 1904 beschädigten Landstraßen in den Amtsbezirken Meßkirch und Stockach Hierzu aus der Periode 1902/03	9 000 „
19. Herstellung der Hochwasserbeschädigungen vom Jahr 1896	19 050 „
zusammen . .	391 320 M.

Vergleiche §. 23 der Ausgabe des außerordentlichen Etats.
Rechnungsdurchschnitt.

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
IX.		**Geologische Landesaufnahme.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Erlös aus der geologischen Karte und sonstigen Veröffentlichungen der geologischen Landesanstalt	800	800
		Summe Tit. IX. für beide Jahre . . .	1 600	
		Zusammenstellung.		
		I. Bezirksverwaltung und Polizei	1 433 100	1 274 130
		II. Allgemeine Sicherheitspolizei	15 590	11 580
		III. Heil- und Pflegeanstalten	1 954 740	1 759 060
		IV. Besserungs- und Erziehungsanstalten	115 980	125 130
		V. Landesstatistik	500	500
		VI. Gewerbe	26 950	23 160
		VII. Landwirtschaft	11 270	10 060
		VIII. Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues	1 294 970	1 198 530
		IX. Geologische Landesaufnahme	800	800
		Summe der Einnahme . .	4 853 900	4 402 950

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	Gesamtbetrag für die Budgetperiode. Ordentlicher Etat.	Gesamtbetrag für die Budgetperiode. Außerordentlicher Etat.	Gesamtbetrag für die Budgetperiode. zusammen.
ℳ.	ℳ.		ℳ.	ℳ.	ℳ.
—	—	Seitheriger Budgetsatz. Rechnungsdurchschnitt 786 ℳ.			
158 970	—		2 866 200	—	2 866 200
4 010	—		31 180	—	31 180
195 680	—		3 909 480	—	3 909 480
—	9 150		231 960	—	231 960
—	—		1 000	—	1 000
3 790	—		53 900	—	53 900
1 210	—		22 540	25 720	48 260
96 440	—		2 589 940	411 680	3 001 620
—	—		1 600	—	1 600
460 100	9 150				
9 150					
450 950			9 707 800	437 400	10 145 200

Anlage 1
zum
Spezialbudget
des
Ministeriums des Innern
für 1906/07.

Verzeichnis

der Beamten, deren Diensteinkommen nicht aus der Staatskasse fließt.*)

Beamtenklassen.	Erläuterungen.
2 Stiftungsverwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1.	
1 Oberbuchhalter bei Zentralkassen F. 3.	Der Vorstand des Badischen Frauenvereins ist genötigt, einen Kassier neu anzustellen. Bei dem immer mehr zunehmenden Kassenumsatz, den der Verein in allen Zweigen seines umfangreichen Betriebs schon seit einer Reihe von Jahren zu verzeichnen hat, ist es dringend geboten, die wichtige Stelle des Kassiers mit einem jüngeren, tüchtigen, rechnungsverständigen Beamten zu besetzen. Um einen solchen Beamten zu gewinnen, muß ihm die Aussicht eröffnet werden können, mit der Zeit in eine höhere Gehaltsklasse aufzurücken und mit dem vollen Beamtenrecht dieser Gehaltsklasse ausgestattet zu werden. Nachdem die prinzipielle Frage der Zulässigkeit, daß der Frauenverein hinsichtlich der Anstellung seiner Beamten ähnlich wie Stiftungen und Anstalten der sozialen Versicherung, als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts behandelt werde, schon im Jahre 1903 anläßlich der Anstellung eines Buchhalters in bejahendem Sinne beantwortet wurde, besteht kein Bedenken, die Stelle nach dem Wunsche des Vorstandes des Frauenvereins anzufordern. Die Entschädigung, welche der Verein dafür zu zahlen hat, daß der Beamte gegenüber dem Staat hinsichtlich des Ruhegehalts und Versorgungsgehalts anspruchsberechtigt bleibt, wird durch eine auf Grund des Art. 15 u. ff. des Etatgesetzes mit landesherrlicher Genehmigung abzuschließende Vereinbarung, ähnlich wie sie anläßlich der Genehmigung der Buchhalterstelle getroffen wurde, festgesetzt werden.
3 Buchhalter G. 5 (wie seither)	
1 Verwaltungsgehilfe J. 7 (wie seither)	
zus. 7 (statt bisher 6) Stellen.	

*) Weitere Beamten dieser Art siehe Titel VIII. §§. 8 und 9. — Versicherungsanstalt Baden und Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Anlage 2
zum
Spezialbudget
des
Ministeriums des Innern
für 1906/07.

Voranschlag

der

Badanstaltenverwaltung

für die Jahre

1906 und 1907.

Titel.	§.	Ausgabe.			Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					ℳ.	ℳ.
	1.	Öffentliche Abgaben und andere Lasten			5 400	5 400
	2.	Bauaufwand			61 350	58 550
	3.	Unterhaltung der Wege, Anlagen und Wasserleitungen			40 000	40 860
	4.	Betrieb der Bäder:	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		a. Gehalte.				
		Friedrichsbad, Kaiserin Augustabad, Landesbad und Zentralwaschanstalt.	ℳ.	ℳ.		
		2 Verwalter J. 5 (Friedrichsbad und Landesbad)	4 200			
		2 budgetmäßige Dienstzulagen nach §. 12 Abs. 2 Gehaltsordnung je 300 ℳ.	300	300		
		2 Dienstwohnungen.				
		1 Maschinenmeister J. 5	1 400			
		Budgetmäßige Dienstzulage nach §. 12 Abs. 2 Gehaltsordnung	300			
		Dienstwohnung.				
		1 Badmeister K. 2	1 530			
		Dienstwohnung.				
		16 (statt bisher 15) Badwärter, Maschinenwärter und Heizer, Kassierinnen, Badaufseherinnen, Weißzeugbeschließerinnen K. 5	18 600	1 200		
		20 (statt bisher 19) Beamte	26 330	1 500		
		ab wandelbare Bezüge	3 290			
		Rest . .	23 040			
		Voranschlag für 1906 } nach Abzug von 3400 ℳ.	26 680 ℳ.			
		„ „ 1907 } wandelbarem Einkommen	27 180 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	26 930 ℳ.			
		Budgetsatz nach Abzug von 1½% rund	26 500 „		26 500	24 600
		b. Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 4 a. aufgeführten Beamten nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			8 200	7 800
		Übertrag . .			141 450	137 210

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	—	Rechnungsdurchschnitt 5450 M.
2 800	—	Das Erfordernis für 1906/07 beträgt: 1. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 42 700 M. 2. Aufwand für größere Herstellungen . . . . . 80 000 „ zusammen . . 122 700 M. das ist für 1 Jahr durchschnittlich . . 61 350 M.
—	860	Der Bedarf für die Budgetperiode beträgt nach den vorliegenden, auf das Maß des Notwendigsten reduzierten Überschlägen . . . . . 79 977 M. für 1 Jahr somit rund . . 40 000 „
		Die Stellen sind sowohl innerhalb der einzelnen Beamtenkategorien als auch für die verschiedenen Betriebe übertragbar.
		Die weiter angeforderte Dienstzulage ist für den Verwalter des Landesbades bestimmt, dessen dienstliche Inanspruchnahme durch die Einbeziehung des Friedrichbad-Hospizes für Zwecke des Landesbades eine erhebliche Erweiterung erfahren hat.
		Der Badmeister, die Badwärter, 1 Badaufseherin (Hausoberin) und 1 Kassierin beziehen wandelbares Einkommen, welches nach Anmerkung 3 a. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs mit dem hälftigen Betrag auf den Gehalt angerechnet wird.
1 900	—	Zurzeit 8 Badwärter, 5 Maschinenwärter und Heizer, 1 Badaufseherin, 1 Kassierin. Mit Rücksicht auf die Steigerung des Betriebs ist die Errichtung einer weiteren Stelle nötig. Diejenigen Badwärter, welche zugleich als Masseure verwendet werden, erhalten neben ihrem Gehalt eine Vergütung bis zu 30 % der eingegangenen Gebühren für die von ihnen ausgeführten Massagen aus Mitteln des §. 4 c.
400	—	
5 100	860	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
		Übertrag . .	141 450	137 210
	(4.)	c. Andere persönliche Ausgaben	56 610	53 000
		d. Sachlicher Aufwand	106 940	102 050
	5.	Betrieb des Inhalatoriums:		
		a. Persönlicher Aufwand	1 400	1 400
		b. Sachlicher Aufwand	4 000	5 000
	6.	Betrieb der Trinkhalle:		
		a. Gehalte.		
		1 Verwalter K. 2, Effektivetat auf 1. Juli 1905 . . . . . 1 650 M.		
		Voranschlag für 1906/07 je . . . . . 1 650 „		
		und nach Abzug von 1½% rund . . . . . 1 630 „	1 630	1 630
		b. Wohnungsgeld nach Abzug von 4%	380	380
		c. Andere persönliche Ausgaben	1 100	1 100
		d. Sachlicher Aufwand	4 500	4 400
	7.	Betrieb des Theaters:		
		a. Gehalte.		

	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
	M.	M.
1 Theatermeister K. 2	1 410	
Dienstwohnung.		
1 Theaterbeleuchter K. 2	1 410	
2 Beamte . . . . . Summe	2 820	

		Übertrag . .	318 010	306 170

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
5 100	860	
3 610	—	1. Friedrichsbad und Kaiserin Augustabad: 2 Badwärter, 1 Maschinenwärter (Heizer), 1 Portier, 2 Hausdiener, 4 Badwärterinnen . 10 270 M. 1 Instruktor, 2 Gehülfen und 4 Gehülfinnen für Heilgymnastik . . . . . 5 270 „ Unständiges Hilfspersonal in den Bädern und Abteilungen für Heilgymnastik . . . . 17 700 „ 1 Kassierin . . . . . 1 100 „ Vergütungen für Massage . . . . . 2 970 „ Dienstkleidung für Verwalter und Portier . . . . . 100 „ Arbeiterversicherung und Sonstiges (darunter Kassenzulagen für die 2 Hauptkassierinnen je 40 M.) . . . . . 960 „ zusammen OZ. 1 . . . . . 38 370 M.
		2. Landesbad: Wartepersonal und Dienstboten . . . . . 6 130 M. Arbeiterversicherung . . . . . 120 „ Sonstiges (für Stellvertretung der Köchin in Erkrankungsfällen ꝛc., für Bedienung der Niederdruckdampfkessel, Besorgung der Schreibgeschäfte ꝛc.) . . . . . 560 „ zusammen OZ. 2 . . . . . 6 810 „
		3. Zentralwaschanstalt und Kesselhaus: 1 Maschinenwärter, 1 Heizer, 1 Hilfsdiener, 1 Weißzeugbeschließerin . . . . . 4 230 M. Weibliches Wasch- und Bügelpersonal . . . . . 7 050 „ Arbeiterversicherung . . . . . 150 „ zusammen OZ. 3 . . . . . 11 430 „ Gesamtsumme . . 56 610 M.
4 890	—	Für Betriebsmaterialien, Inventarunterhaltung, Wasserversorgung ꝛc. . 39 360 M. (Friedrichsbad und Kaiserin Augustabad) 13 580 M. (Landesbad) 9 000 M. (Zentralwaschanstalt und Kesselhaus) Verpflegung und Heilkosten . . — 45 000 „ — 39 360 M. 58 580 M. 9 000 M. 106 940 M. Die Mehrforderung ist durch die erhöhte Frequenz der Badanstalten bedingt (vergleiche auch §. 4 der Einnahme).
—	—	1 Motorwärter.
—	1 000	Für den maschinellen Betrieb, Inventarunterhaltung, Drucksachen, Lizenzgebühren für die eingeführten Apparate nach vorliegenden Kostenanschlägen.
—	—	
—	—	
—	—	Diener (einschließlich Krankenversicherung) . . . . . 970 M. Dienstkleidung für den Verwalter und den Diener . . . . . 130 „ zusammen . . 1 100 M.
100	—	Rechnungsdurchschnitt.
13 700	1 860	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	*M.*
		Übertrag . .	318 010	306 170
	(7.)	Voranschlag für 1906/07 je . . . . . 3 000 *M.*		
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % . . . . . 2 950 „	2 950	2 700
		b. Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 7 a. aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % . . .	470	470
		c. Andere persönliche Ausgaben	2 800	2 150
		d. Sonstiger Aufwand	27 790	29 500
		Gesamtbewilligung für das Theater (fester Zuschuß) . . . . . 34 010 *M.*		
	8.	Kosten der Verwaltung.		
		a. Gehalte.		
		1 Erster Gärtner, zurzeit nichtetatmäßig, H. 12 . . .	1 850	150
		1 Beamter (neue Stelle) . . Summe	1 850	150
		Voranschlag für 1906/07 je . . . . . 2 000 *M.*		
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % . . . . . 1 970 „	1 970	—
		b. Wohnungsgeld nach Abzug von 4 %	500	—
		c. Andere persönliche Ausgaben	4 960	6 310
		d. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	200	500
		e. Sachliche Amtsunkosten	600	400
		f. Mankoentschädigung des Rechners	130	130
	9.	Zuschuß an die Stadt Baden	72 150	34 940
	10.	Zuschuß für Badenweiler	10 290	10 290
		Aus diesem Zuschuß werden bestritten:		
		Übertrag . .	442 820	393 560

Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
M.	*M.*
1 850	150
1 850	150

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
13 700	1 860	
250	—	
—	—	Der Theatermeister hat Dienstwohnung, für welche der Mietzins mit dem Wohnungsgeld wettgeschlagen wird. Hier kommt nur die Dienstzulage in Anforderung.
650	—	2 Beleuchtungsgehülfen . . . . . 2 600 ℳ Für Dienstaushülfe, Versicherungsbeiträge ꝛc. . . . . 200 „ zusammen . . 2 800 ℳ
—	1 710	Für den Betrieb, für Bau- und Inventarunterhaltung.
		Die Dienstzeit und Brauchbarkeit dieses Beamten rechtfertigen dessen etatmäßige Anstellung.
1 970	—	
500	—	
—	1 350	Nebengehalte und andere Vergütungen: Vorstand des Großh. Forstamts . . . . . 350 ℳ Hausarzt des Landesbades (Bezirksarzt) und Stellvertreter desselben, Honorar, je nach Inanspruchnahme zu bemessen (im Jahr 1904 2000 + 100 ℳ) . . . . . 2 100 „ Verrechner der Badanstaltenkasse (Stiftungsverwalter) . . . . . 900 „ Bezirkstierarzt, für die Überwachung des Rindviehbestandes der Molkenanstalt . . . . . 100 „ Dienstaushilfe bei der Badanstaltenkasse . . . . . 900 „ Die Erhöhung von seither 600 ℳ auf 900 ℳ war schon im Laufe der Budgetperiode 1904/05 erforderlich. Nebengehalt des Buchhalters für den Beizug zu den Geschäften der Badanstaltenkasse . . . . . 300 „ Straßenmeister (Beamter der Wasser- und Straßenbauverwaltung) . . . . . 60 „ Bedienung der Badanstaltenkommission und der Badanstaltenkasse . . . . . 100 „ Aufsichtsführung im Kunstmuseum (Atelier Kopf) . . . . . 150 „ zusammen . . 4 960 ℳ
—	300	Rechnungsdurchschnitt.
200	—	Desgleichen.
—	—	
37 210	—	Die Stadt Baden erhält zur Förderung der Kurinteressen bis auf weiteres wie seither einen Zuschuß von jährlich 77 150 ℳ zu dessen Bestreitung die verfügbaren Einkünfte des Badfonds verwendet werden, während der durch dieselben nicht gedeckte Rest aus allgemeinen Staatsmitteln bewilligt wird. (Vergleiche Titel XI B. §. 4 der Ausgabe.)
—	—	
54 480	5 220	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
		Übertrag . .	442 820	393 560
		Effektivetat auf 1. Juli 1905. / Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich		
(10.)		a. Die Gehalte der folgenden Beamten:		
		1 Badfondsgärtner H. 12 . . . . . M. 1 750		
		Dienstwohnung.		
		1 Badmeister K. 2 . . . . . 1 630		
		1 Kassierin (zugleich Weißzeugbeschließerin) K. 5 . . . 1 520		
		3 Beamte Summe . . . 4 900		
		ab wandelbares Einkommen des Badmeisters gemäß Anmerkung 3a. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs 70		
		Rest . . 4 830		
		Voranschlag für 1906/07 je . . . . . 5 180 M.		
		ab wandelbares Einkommen . . . . . 70 „		
		Rest . . 5 110 M.		
		b. Das Wohnungsgeld dieser Beamten nebst 1 Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes mit . . . . . 520 M.		
		c. Die Nebengehalte des Vorstands des Finanzamts Müllheim für Führung der Badanstaltenkasse mit 400 M. und des Vorstands des Forstamts Oberweiler für die Aufsichtsführung über die Unterhaltung der Waldpromenaden mit . . . . . 250 M.		
11.		Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 630	740
		Summe der Ausgabe	444 450	394 300
		Einnahme.		
1.		Zinsen aus Aktivkapitalien	37 000	30 000
2.		Ertrag von Grundstücken und Gebäuden	45 000	45 700
3.		Staatszuschuß	40 040	40 100
4.		Ertrag der Bäder	305 000	260 000
5.		Ertrag des Inhalatoriums	8 200	8 000
6.		Ertrag der Trinkhalle	5 800	6 300
7.		Verschiedene und zufällige Einnahmen	3 410	4 200
		Summe der Einnahme	444 450	394 300

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
54 480	5 220	
890	—	Portobauschsumme . . . . . 421 ℳ.
		Andere Versendungskosten sowie Telegraphengebühren, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 90 „
55 370	5 220	Sonstige Ausgaben . . . . . 1 119 „
5 220		zusammen . . 1 630 ℳ.
50 150		
7 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	700	Ertrag von Grundstücken, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 400 ℳ.
		Ertrag von Gebäuden, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 42 600 „
		zusammen . . 45 000 ℳ.
—	60	Für das Landesbad und Inhalatorium (vergleiche Titel XI A. §. 4 der Ausgabe).
45 000	—	Friedrichsbad und Kaiserin Augustabad, Rechnungsdurchschnitt rund . . . . . 197 000 ℳ.
		Landesbad rund . . . . . 83 000 „
		zusammen . . 280 000 ℳ.
		Mit Rücksicht auf die steigende Frequenz der Bäder und im Hinblick auf die im Jahr 1905 erfolgte Erhöhung der Verpflegungssätze im Landesbad ist künftig ein höherer Ertrag zu erwarten, weshalb im ganzen die Summe von 305 000 ℳ. eingestellt wird.
200	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	500	Desgleichen.
—	790	Desgleichen.
52 200	2 050	
2 050		
50 150		

Anlage 3.

Zusammenstellung

der in den Spezialbudgets des Ministeriums des Innern für 1906/07 vorgesehenen Stellenzahl für etatmäßige Beamte.

Budgettitel und Positionen.	Zahl der Beamten nach den Tarifabteilungen										Zusammen	Bisher genehmigte Stellenzahl.	Sonach künftig	
	A.	B.	C.	D.	E.	F.	G.	H.	J.	K.			mehr.	weniger.
I. §. 1 . .	1	11	7	7	2	16	—	1	11	4	60	54	6	—
II. §. 1 . .	—	4	—	—	—	3	1	—	—	4	12	12	—	—
III. §. 1 . .	1	5	—	1	—	1	1	—	1	1	11	11	—	—
IV. §. 1 . .	—	2	6	1	4	21	12	—	7	4	57	54	3	—
V. §. 1 . .	—	1	2	1	—	2	1	1	—	1	9	8	1	—
VIII. §. 1 . .	—	1	—	6	—	2	—	—	—	—	9	8	1	—
§. 7 . .	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	4	4	—	—
IX. §. 1 . .	—	2	56	90	—	133	118	76	20	597	1 092	1 056	36	—
§. 17 . .	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	2	2	—	—
§. 18 . .	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
§. 21 . .	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1	—	—
X. §. 1 . .	—	1	4	—	—	—	1	5	84	460	555	555	—	—
XI. §. 4*) .	—	—	—	—	—	—	—	2	3	22	27	25	2	—
XII. §. 1 . .	—	—	4	12	4	1	13	1	19	229	283	235	48	—
XIII. §. 1 . .	—	—	—	—	2	1	2	—	8	20	33	31	2	—
XIV. §. 1 . .	—	1	1	—	1	6	1	—	7	1	18	18	—	—
XV. I. §. 1a. .	—	1	1	—	—	1	3	—	2	1	9	8	1	—
§. 1b. .	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	3	3	—	—
§. 7 .	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	3	2	1	—
§. 12 .	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	—
II. §. 22 .	—	—	1	—	—	1	1	—	1	1	5	5	—	—
§. 37 .	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
§. 44 .	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—
§. 49 .	—	—	1	12	—	—	3	2	2	1	21	19	2	—
§. 51 .	—	—	1	6	—	1	3	—	—	1	12	11	1	—
§. 53 .	—	—	1	18	—	5	8	1	—	2	35	31	4	—
§. 55 .	—	—	—	1	—	—	1	2	1	—	5	5	—	—
§. 57 .	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	2	2	—	—
§. 60/61	—	—	—	—	—	26	103	—	—	—	129	113	16	—
§. 64 .	—	—	—	—	—	2	21	—	—	—	23	10	13	—
XVI. §. 2 .	—	—	—	1	1	1	2	—	—	—	5	4	1	—
§. 7 .	—	—	—	—	—	14	—	—	—	—	14	14	—	—
§. 12 .	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—
§. 16 .	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	1	—	—
§. 25 .	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	3	3	—	—
§. 28 .	—	—	—	1	—	2	—	—	—	—	3	3	—	—
§. 33 .	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
XVII. §. 1 .	—	2	7	8	3	26	6	12	10	4	78	79	—	1
§. 10 .	—	—	—	51	—	3	—	15	28	—	97	97	—	—
§. 22 .	—	—	—	—	—	—	—	101	2	—	103	103	—	—
§. 31 .	—	—	—	—	—	—	—	20	1	—	21	21	—	—
§. 41 .	—	—	—	—	—	—	—	33	—	—	33	33	—	—
§. 49 .	—	—	—	—	—	27	35	—	28	—	90	98	—	8
XVIII. §. 1 .	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
XIX. §. 1 .	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	3	3	—	—
Versicherungsanstalt Baden (VIII. §. 8)	—	1	2	1	4	22	23	2	7	2	64	59	5	—
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (VIII. §. 9)	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Landesstiftungen .	—	—	—	—	2	—	2	—	1	—	5	5	—	—
Badischer Frauenverein	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	2	1	1	—
Summe .	2	33	100	230	26	319	366	275	245	1 355	2 951	2 815	145	9

*) Vergleiche Anlage 2, Voranschlag der Badanstaltenverwaltung §§. 4a, 6a, 7a, 8a und 10.

Hauptabteilung V.

Spezial-Budget

des

Finanzministeriums

für die Jahre

1906 und 1907.

Hiezu die **Anlagen:**

1. Übersicht der übertragbaren Stellen im Bereiche der Finanzverwaltung.
2. Voranschlag der Staatsschuldenverwaltung (Amortisationskasse).
3. Voranschlag der Beamtenwitwenkasse.
4. Zusammenstellung der Stellenzahl für etatmäßige und nichtetatmäßige Beamte im Bereiche der Finanzverwaltung.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
I.		**Ministerium.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		1 Ministerialpräsident A. 1	12 000	—		
		Tarifmäßige Dienstzulage	4 000	—		
		Dienstwohnung.				
		2 Ministerialdirektoren B. 1	15 000	—		
		1 Beamter (als stellvertretender Bundesratsbevollmächtigter in Berlin) budgetmäßige Dienstzulage	2 000	—		
		1 Beamter hat Dienstwohnung				
		4 (bisher 5) Kollegialmitglieder B. 3	25 800	—		
		1 technischer Referent C. 2	5 800	—		
		1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage	2 000	—		
		2 Finanzinspektoren D. 1	6 500	—		
		1 Sekretär D. 3	2 500	—		
		1 Revisionsvorstand E. 1	4 800	—		
		6 (bisher 5) Revisoren F. 1	15 860	3 420		
		2 Registratoren F 3	7 600	—		
		1 Zeichner (Gehaltsklasse I) F. 5	—	2 690		
		1 Registraturassistent G. 5 anstatt eines Bureauassistenten J 3	2 330	—		
		22 Beamte . . . . . Übertrag	106 190	6 110		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	

Die bisher durch einen Beamten Abteilung C. 2 — bautechnischer Referent — versehene Stelle soll auch in Zukunft durch einen solchen bekleidet werden, weshalb sie nach C. 2 angefordert wird (siehe unten).

1 Beamter bezieht als Vorstand des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse Nebengehalt von 800 ℳ. zu Lasten dieser Kasse, 1 Beamter als Mitglied des Landesversicherungsamts Nebengehalt von 600 ℳ. aus Mitteln des Etats des Ministeriums des Innern Tit. VIII., §. 6.

Siehe die Bemerkung oben bei B. 3. Der Beamte bezieht eine Dienstzulage von 2000 ℳ. gemäß §. 12 Absatz 2 Gehaltsordnung.

Die Stelle wird z. Zt. durch einen zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung (D. 6) versehen.

2 Beamte beziehen einen Nebengehalt von je 400 ℳ. für die Teilnahme am Sekretariats- und Rechnungsdienst des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse aus dieser Kasse.

1 Revisorenstelle ist wegen des Übergangs der Geschäfte des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse auf das Finanzministerium vom Etat des Ministeriums des Großh. Hauses ꝛc. hierher übertragen worden. Der Gehalt dieses Beamten kommt am Schluß wieder in Abzug, da er aus der Beamtenwitwenkasse zu bestreiten ist.

Nebengehalte beziehen: 1 Beamter für Besorgung der Registratur- und Expeditургeschäfte des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse 200 ℳ. zu Lasten der Beamtenwitwenkasse; 1 Beamter für Führung der Handkasse Nebengehalt 100 ℳ. zu Lasten von Tit. I. §. 3 b; 1 Beamter als Sportelextrahent Konstatiergebühren aus der Steuerkasse.

Die Geschäfte der bautechnischen Revision haben infolge der schon seit mehreren Budgetperioden stark gesteigerten Bautätigkeit derart zugenommen, daß die Prüfungen der Abrechnungen usw. mehr und mehr in Rückstand zu geraten drohen. Um diese Abhörgeschäfte mit der erforderlichen Beschleunigung fernerhin durchführen zu können, ist eine Vermehrung des Personals dieser Revision um einen Beamten dringend geboten. Der Beamte wird aus der Reihe der älteren technischen Assistenten der Hochbauverwaltung zu entnehmen sein, denen bei der Bezirksverwaltung in höheren Dienstjahren die Stellen als Zeichner I. Gehaltsklasse (F. 5) zugänglich sind. Um einen erfahrenen älteren Assistenten einberufen zu können, was im Hinblick auf die Bedeutung der ihm bei der technischen Revision obliegenden Dienstaufgabe unerläßlich ist, wird eine Zeichnerstelle I. Gehaltsklasse nach F. 5 angefordert.

Schon seit einiger Zeit ist es notwendig geworden, der Registratur des Finanzministeriums wegen Geschäftszunahme einen Bureauassistenten zur aushilfsweisen Verwendung zuzuteilen. Da die Verwendung dieses Beamten zu Geschäften der Registratur nunmehr eine ständige geworden ist, wird der veränderten Beschäftigung entsprechend statt eines Bureauassistenten nach J 3 ein Registraturassistent nach G. 5 angefordert. Die tarifmäßige Dienstzulage des Bureauassistenten mit 200 ℳ. fällt weg, wodurch der in der Budgetperiode 1906/07 entstehende Mehraufwand an Gehalt usw. ausgeglichen wird.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1)	22 Beamte . . . . . Übertrag	106 190	6 110		
		3 Kanzleiassistenten J. 3 (bisher 4 Stellen nach J. 3) . .	4 600	—		
		2 Kanzleidiener K. 3	3 000	—		
		1 Beamter Dienstwohnung				
		27 bisher 25 Beamte . . . . . Summe	113 790	6 110		
		Voranschlag für 1906	124 200 ℳ.			
		„ „ 1907	125 270 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	124 735 ℳ.			
		Hiervon ab den Gehalt eines Revisors, der wegen Mitwirkung bei Besorgung der Geschäfte für den Verwaltungsrat der Beamtenwitwenkasse aus dieser Kasse zu bestreiten ist	3 420 „			
		verbleiben	121 315 ℳ.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund	119 500 „		119 500	117 700
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten	22 610 ℳ.			
		Hiervon ab das Wohnungsgeld eines Beamten, das von der Beamtenwitwenkasse zu bestreiten ist	680 „			
		verbleiben	21 930 ℳ.			
		und nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme	21 100 „		21 100	20 300
	3.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			5 330	6 130
		b. Sonstige persönliche Ausgaben			5 660	5 810
		Übertrag . .			151 590	149 940

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Eine Bureauassistentenstelle kommt wegen Umwandlung in eine Registraturassistentenstelle G 5 — s. o. — in Wegfall. 1 Stelle z. Zt. nicht besetzt.
		2 Beamte beziehen wandelbares Einkommen aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten. Angerechnet auf den Gehalt werden nach Anmerkung O.-Z. 3 zu Abteilung K des Gehaltstarifs jährlich 50 ℳ. 1 Beamter bezieht wie bisher für Beaufsichtigung des Dienstgebäudes des Finanzministeriums einen Nebengehalt von 100 ℳ zu Lasten von Tit. I. §. 3 b.
1 800	—	Der Mehraufwand ist durch Stellenvermehrung und durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
800	—	
—	800	Rechnungsdurchschnitt.
—	150	a. Ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals: 3 Gehilfen (1 Finanzpraktikant auf dem Sekretariat, 1 Finanzgehilfe bei der technischen Revision, 1 Schreibgehilfe auf der Kanzlei), wie bisher . . . . . 4 100 ℳ. b. Nebengehalte etatmäßiger Beamten: Honorare der Examinatoren bei der Staatsprüfung der Finanzkandidaten (Kollegialmitglieder des Finanzministeriums und der Mittelstellen und ein Professor der Technischen Hochschule) wie bisher . . 1 100 „ Nebengehalt für einen Kanzleibeamten für Führung der Handkasse, s. o. unter F. 3 . . . . . 100 „ Nebengehalt eines Kanzleidieners wegen Beaufsichtigung des Dienstgebäudes des Finanzministeriums, s. o. §. 1 unter K. 3 . . . . . 100 „ c. Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einer einmaligen Ausgabe . . . 160 „ d. Für Dienstkleidung der 2 Kanzleidiener*) . . . . . 100 „ zusammen . . 5 660 ℳ.
2 600	950	*) Den Kanzlei- und Kassendienern bei den Kollegialbehörden und den Landeskassen werden bei der erstmaligen Ausstattung sämtliche Dienstkleidungsstücke frei geliefert, auch wenn dadurch in dem betreffenden Jahre der Normalbetrag für Dienstkleidung mit 50 ℳ. überschritten wird.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(I.)		Übertrag . .	151 590	149 940
	4.	Sachliche Amtsunkosten	12 000	11 560
		Summe Tit. I.	163 590	161 500
		„ „ „ für beide Jahre	327 180	

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
			M.	M.		
II.		**Landeshauptkasse.**				
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte				
		1 Vorstand C. 5	5 500			
		1 Kassier E. 3	3 660			
		1 Kassenzulage	385			
		6 Oberbuchhalter F. 3.	18 870			
		4 Buchhalter G. 5	8 300			
		1 Bureauassistent J. 6	2 100			
		Tarifmäßige Dienstzulage	100			
		2 Kassendiener K. 3	3 000			
		15 Beamte, wie bisher . . Summe	41 915			
		Voranschlag für 1906			44 315 M.	
		„ „ 1907			44 635 „	
		„ „ ein Jahr durchschnittlich			44 475 „	
		und nach Abzug von 1½ % rund			43 800 „	43 800 / 43 000
	2	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in §. 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme				9 100 / 9 100
		Übertrag . .				52 900 / 52 100

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
2 600	950	
440		Kredit der Handkasse, Rechnungsdurchschnitt 9 426 M. Mit Rücksicht auf die Personalvermehrung und die Übernahme der Geschäfte des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse zum Finanzministerium werden angefordert . . . . . 10 000 M. Bauschbetrag des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten in Berlin . . . . . 400 „ Bauschbetrag für 2 Finanzinspektoren, je 90 M. . . . . 180 „
3 040	950	Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt nach Abzug von einmaligen Ausgaben . . . . . 1420 „
950		zusammen . . 12 000 M.
2 090		
		1 Beamter bezieht für Führung der Handkasse einen Nebengehalt von 40 M. zu Lasten von Tit. II. §. 3. Ein Teil der Beamten F. 3 und G. 5 bezieht für Fertigung von Rechnungsreinschriften Nebengehalte von z. Zt. 160 M., 3 × 120 M., 90 M., zusammen 610 M. zu Lasten von Tit. II. §. 3.
		Die Stelle soll im Falle eines Personalwechsels mit einem Kanzleiassistenten (J. 7) besetzt werden, weshalb die Dienstzulage künftig wegfällt. Nebengehalt für Fertigung von Rechnungsreinschriften z. Zt. 210 M. zu Lasten von Tit. II. §. 3.
		2 Beamte beziehen wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten und aus Gebühren, wofür 300 M. auf den Gehalt angerechnet werden (Anmerkung O.Z. 3 zu Abteilung K. des Gehaltstarifs).
800	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	
800	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
					M.	M.
(II)		Übertrag . .			52 900	52 100
	3.	Andere persönliche Ausgaben			4 700	4 580
	4.	Sachliche Amtsunkosten			3 700	3 760
		Summe Tit. II.			61 300	60 440
		„ „ „ für beide Jahre . .			122 600	
III.		**Hochbauwesen.**	M.	M.		
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		14 Bezirksbauinspektoren D. 1	57 200	—		
		14 Beamte haben tarifmäßige Dienstzulagen von je 300 M.	4 200	—		
		14 Beamte Dienstwohnungen, von denen eine gemietet ist.				
		7 Techniker als zweite Beamte D. 3	17 620	—		
		3 Zeichner (Gehaltsklasse I.) F. 5	8 350	—		
		2 Beamte Dienstzulagen nach § 22 Gehaltsordnung (1 zu 200 M. und 1 zu 100 M.)	300	—		
		18 Technische Assistenten H. 1	36 720	—		
		8 Beamte budgetmäßige Dienstzulagen je 200 M. . . .	1 600	—		
		42 Beamte . . . . . Übertrag	125 990	—		

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
800		
120	—	a. Ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals: 2 Gehilfen im Buchhaltereidienst . . . . . 3 000 *M.* b. Vergütungen für Fertigung von Rechnungsreinschriften . . . . . 940 „ Die hieraus zu schöpfenden Nebengehalte etatmäßiger Beamten (Oberbuchhalter, Buchhalter und ein Bureauassistent) betragen zurzeit 820 *M.*, siehe oben §. 1 unter F. 3, G. 5 und J. 6. Nebengehalt für 1 Oberbuchhalter wegen Führung der Handkasse, siehe oben §. 1 unter F. 3 . . . . 40 „ c. Dienst- und Schreibaushilfe, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 360 „ d. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 260 „ e. Dienstkleidung der 2 Kassendiener . . . . . 100 „ zusammen . . 4 700 *M.*
—	60	Kredit der Handkasse, wie bisher . . . . . 3 600 *M.* Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 100 „ zusammen . . 3 700 *M.*
920	60	
60	—	
860	—	

Nebengehalte beziehen:
3 Beamte für Leitung des Bauwesens an den drei Hochschulen je 500 *M.* aus Mitteln des Unterrichtsbudgets; 1 Beamter für Leitung von Neubauten für die Anstalt Illenau 1 500 *M.* und je 1 Beamter für Leitung der Neubauten für die neue Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch und Konstanz je 2 000 *M.* zu Lasten des außerordentlichen Etats dieser Anstalten.

1 Beamter bezieht für die Leitung der Neubauten für die neue Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch einen Nebengehalt von 2 000 *M.* und ein weiterer Beamter für die Leitung des Neubaues eines Landesgefängnisses in Mannheim einen solchen von 1 500 *M.*, ersterer mit Rückwirkung vom 1. September 1905, letzterer mit Rückwirkung vom 1. Januar 1905 an — zu Lasten des außerordentlichen Etats der Anstalt Wiesloch und der Strafanstalten.

8 Beamten wird bei der etatmäßigen Anstellung der den Anfangsgehalt nebst Wohnungsgeld übersteigende Teil der frühern Vergütung bis zum Betrag von 200 *M.* innerhalb des Höchstgehalts belassen.
1 Beamter bezieht für Führung der Handkasse einer Bezirksbauinspektion einen Nebengehalt von 10 *M.* vom 1. Januar 1906 an zu Lasten von Tit. III. §. 3 c.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(III.)	(1.)	42 Beamte . . . . . Übertrag	125 990	—		
		3 Bureauassistenten J. 6	4 350	—		
		Tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ.	300	—		
		4 Bauaufseher J. 10	5 050	—		
		1 Kanzleiassistent K. 6	1 100	—		
		50 Beamte wie bisher . . Summe	136 790	—		
		Voranschlag für 1906	140 960 ℳ.			
		„ „ 1907	145 620 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	143 290 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	141 100 „		141 100	137 500
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			28 700	29 100
	3.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			39 640	35 000
		b. Vergütung des nichtetatmäßigen Personals sowie Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe			220 000	213 800
		c. Sonstige persönliche Ausgaben			3 040	3 400
	4.	Sachliche Amtsunkosten			30 000	30 070
		Übertrag . .			462 480	448 870

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		1 Stelle nichtetatmäßig besetzt.
		Der Beamte bezieht vom 1. Januar 1906 an für Führung der Handkasse einer Bezirksbauinspektion einen Nebengehalt von 40 ℳ. zu Lasten von Tit. III. §. 3 c.
3 600	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	400	8 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes; im Laufe der Budgetperiode treten zwei weitere Beamte hinzu.
4 640	—	Rechnungsdurchschnitt.
6 200	—	1. Ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals: 12 ständige technische Gehilfen zu 2 400 ℳ. . . . . 28 800 ℳ. 8 Schreibgehilfen zu durchschnittlich 1 250 ℳ. . . . . 10 000 „ 2. Vergütungen der Bauführer bei staatlichen Neubauten, Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 181 200 „ zusammen . . 220 000 ℳ.
—	360	1. Honorare wegen Prüfung der Baukandidaten (für Professoren der Technischen Hochschule), Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 600 ℳ. 2. Vergütung des Schriftführers (1000 ℳ.) und der auswärtigen Mitglieder der Ministerialkommission für Hochbauwesen, sowie Reisekosten der letztern (Rechnungsdurchschnitt 70 ℳ.) . . . . . 1 070 „ 3. Nebengehalte für einen technischen Assistenten und einen Kanzleiassistenten für Führung der Handkasse je einer Bezirksbauinspektion vom 1. Januar 1906 an 2×40 ℳ. = ... 80 „ 4. Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 290 „ zusammen . . 3 040 ℳ.
—	70	a. Handkassenkredite der Bezirksbauinspektionen, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 22 500 ℳ. b. Bauschvergütungen der Vorstände der Bezirksbauinspektionen für Reinigung der Diensträume und für Bedienung, neuester Stand . . . . . 3 500 „ c. Sonstige sachliche Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 4 000 „ zusammen . . 30 000 ℳ.
14 440	830	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(III.)		Übertrag . .	462 480	448 870
	5.	Mietzinse	4 000	5 160
	6.	Aufwand auf Zentralstaatsgebäude	55 000	54 200
		Summe A Ordentlicher Etat	521 480	508 230
		„ „ „ für beide Jahre . .	1 042 960	

Titel.	§.	Forst- und Domänenverwaltung.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
			M.	M.
IV.		**A. Ordentlicher Etat.**		
		I. Zentralverwaltung.		
	1.	Gehalte.		
		1 Direktor B. 1	7 500	—
		2 Vorsitzende Räte B. 3	13 500	—
		11 Kollegialmitglieder C. 2	55 500	—
		2 statt bisher 1 wissenschaftlich gebildete Beamte als Hilfsarbeiter und als Sekretäre bei Mittelstellen D. 3	3 500	3 590
		1 zweiter Beamter der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6	3 000	
		1 zweiter Beamter der Forstverwaltung D. 6	2 500	
		3 Stellen nach E. 2: Revisionsvorstände (2), Bureauvorsteher (1)	13 800	
		Budgetmäßige Dienstzulage des Bureauvorstehers beim Vermessungsbureau	300	
		21 Beamte . . . . . Übertrag	99 600	3 590

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
14 440	830	
—	1 160	Für Anmietung der Diensträume der Bezirksbauinspektion Baden nebst Dienstwohnung für den Inspektionsvorstand . . . . . 3 330 *M.* Davon ist je die Hälfte auf die Diensträume und die Dienstwohnung zu rechnen. Für vorübergehende Anmietung von Diensträumen für einzelne Inspektionen wegen Unzulänglichkeit der ständigen Diensträume . . . . . 670 „ zusammen . . 4 000 *M.*
800	-	1. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand: Durchschnitt der letzten vier Jahre, für beide Jahre 95 400 *M.* Mit Rücksicht auf die neu zugegangenen Gebäude (Oberrechnungskammer, Verwaltungsgerichtshof, Generallandesarchiv usw.) wird der bisherige Budgetsatz beibehalten mit . . . . . 100 400 *M.* 2. Aufwand für größere Herstellungen . . . . . 9 600 „ zusammen . . 110 000 *M.*
15 240	1 990	
1 990	—	für ein Jahr . . 55 000 „
13 250		

Der derzeitige Domänendirektor bezieht, da er gleichzeitig stimmführendes Mitglied des Staatsministeriums ist, an Gehalt im ganzen 12000 *M.*, wovon 4500 *M.* zu Lasten des Etats des Staatsministeriums.

Zugang: 1 Beamter in der forstlichen Abteilung zur dauernden selbständigen Bearbeitung der forststatistischen Vorlagen, welchen eine wachsende Bedeutung zukommt.

Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Auf einen Revisionsvorstand findet Anmerkung 3 zu Abteilung D. des Gehaltstarifs Anwendung.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(IV.)	(1)	21 Beamte . . . . . Übertrag	99 600	3 590		
		1 Forstgeometer (Gehaltsklasse I) F. 3	3 590			
		Budgetmäßige Dienstzulage	250			
		12 statt bisher 11 Stellen nach F. 3: Revisoren (7), Registratoren (4 bisher 3), Expeditor (1)	39 860	—		
		1 Zeichner (Gehaltsklasse I) F. 5	3 300			
		3 statt bisher 4 Revidenten G. 5	6 450			
		3 Zeichner (Gehaltsklasse II) H. 2	6 050			
		3 statt bisher 2 Bureauassistenten J. 6	4 800	1 250		
		3 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ.	200	100		
		5 Kanzleiassistenten J. 7	5 750			
		3 Kanzleidiener K. 3	4 000	—		
		2 Dienstwohnungen				
		52 statt bisher 50 Beamte . Summe	173 850	4 940		
		Voranschlag für 1906	183 450 ℳ.			
		„ „ 1907	186 050 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . .	184 750 ℳ			
		und nach Abzug von $1^1/_2$% rund	182 000 „		182 000	172 100
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulagen nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			37 600	36 200
	3.	Andere persönliche Ausgaben: a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . .			10 500	10 400
		Übertrag . .			230 100	218 700

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Eine Stelle ist vom Zolletat hierher übergegangen. Nebengehalte: 1 Beamter für Führung der Handkasse (§. 3 c.) 100 ℳ.; 1 Beamter Sportelkonstatiergebühren aus der Steuerkasse.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Eine Stelle ist an den Zolletat übergegangen.
		Ein vorwiegend der Registratur zugeteilter Kanzleiassistent J. 7 soll im Hinblick auf seine Dienstaufgabe zum Bureauassistenten befördert werden.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Zugang: 1 Stelle wegen dauernder Geschäftssteigerung. Abgang: 1 Stelle wegen Anforderung unter J. 6. Nebengehalte: 3 Beamte für Besorgung der Dienergeschäfte beim Domänenamt Karlsruhe (§. 7 c.) zusammen 400 ℳ.; 1 Beamter als Hausmeister der Forst- und Domänendirektion (§. 3 c.) 150 ℳ.; 1 Beamter für Besorgung der Hausaufsicht in den Gebäuden Schloßplatz 4 und 6 und Zirkel 12 (§. 15 b.) 150 ℳ. 3 Beamte haben wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten (§. 4 a.), wofür bei einem Beamten 30 ℳ. auf den Gehalt aufgerechnet werden.
9 900	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch obenerwähnten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 400	—	1 Beamter der Abteilung D. bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
100	—	4 Praktikanten als Gehilfen beim Sekretariat (3) und forstlichen Versuchswesen (1) je 1650 ℳ. . . . . 6 600 ℳ. 3 Schreibgehilfen je 1300 ℳ. . . . . 3 900 „ zusammen . . 10 500 ℳ. Der wegen Zugangs eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters D. 3 in Wegfall kommende Gehilfe beim Forsteinrichtungsbureau muß wegen der Geschäftssteigerung beim Sekretariat diesem zugeteilt werden.
11 400	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IV.)		Übertrag . .	230 100	218 700
	(3.)	b. Tagegelder, Reise und Umzugskosten	29 569	29 785
		c. Sonstige persönliche Ausgaben	6 060	4 778
	4.	Für sachliche Amtsunkosten	15 488	15 894
		Summe I. . .	281 217	269 157

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
		II. Bezirksdomänenverwaltung.		
	5.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.
		14 Vorstände der Domänenämter D. 1	63 580	
		13 Kassenzulagen (6 zu 130 ℳ., 6 zu 90 ℳ., 1 zu 60 ℳ.)	1 380	
		14 Dienstwohnungen (darunter 2 gemietet)		
		2 zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6	5 000	
		2 Kassenzulagen zu 90 ℳ.	180	
		2 Oberbuchhalter F. 5	6 090	
		2 Kassenzulagen zu 90 ℳ.	180	
		7 Buchhalter G. 5	13 890	
		1 Beamter tarifmäßige Dienstzulage	200	
		16 Kassenzulagen (1 zu 130 ℳ., 4 zu 90 ℳ., 7 zu 60 ℳ., 4 zu 40 ℳ)	1 070	
		2 (bisher 1) Dienstwohnungen		
		25 Beamte . . . . . Übertrag	91 570	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
11 400	—	
—	216	Rechnungsdurchschnitt.
1 282		a. Nebengehalte: 1 Professor der Technischen Hochschule als außerordentliches Mitglied des Kollegiums (1500 M. statt bisheriger 1200 M. wegen stärkerer Inanspruchnahme infolge Geschäftsvermehrung) und für das forstliche Versuchswesen (300 M.) . . . . . 1 800 M. 1 Gärtner der Technischen Hochschule wegen des forstlichen Versuchswesens . . . . . 25 „ 1 Kanzleibeamter für Führung der Handkasse . . . . . 100 „ 1 Kanzleidiener als Hausmeister . . . . . 150 „ zusammen . . 2 075 M. b. Stellvertretung und Dienstaushilfe. Statt des Rechnungsdurchschnitts mit 5743 M. werden im Hinblick auf die vorgesehene Personalvermehrung nur angefordert . . . . . 3 835 „ c. Dienstkleidung für 3 Kanzleidiener je 50 M. . . . . 150 „ zusammen . . 6 060 M.
—	406	a. Kredit der Handkasse, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 11 290 M. b. Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt (5 759 M.) unter Abzug einmaliger Ausgaben . . . . . 4 198 „ zusammen . . 15 488 M.
12 682	622	
622		
12 060		

Nebengehalte: 1 Beamter wegen Leitung der Gewerbebetriebe in Rothaus und Dürrenbühl (§. 7 c.) 500 M.; 1 Beamter wegen Handhabung der Polizei auf dem Heidelberger Schloß (§. 7 c.) 300 M.; 1 Beamter wegen Leitung der Fischzuchtanstalt Brühl (§. 7 c.) 300 M.; 1 Beamter wegen Leitung des Weinbau- und Kellereibetriebs in Meersburg (§. 7 c.) 500 M.; 2 Beamte als Rechner der Lehrerbildungsanstalt Meersburg und des Gymnasiums Offenburg aus Mitteln der Unterrichtsverwaltung je 600 M.; 1 Beamter für Führung der Baukasse der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch aus Mitteln des Baufonds 600 M.

Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Da wegen der Übertragbarkeit der Stellen sämtliche Kassendienste mit Buchhaltern besetzt sein können, sind hier 16 Kassenzulagen vorzusehen, wovon z. Zt. 12 an nichtetatmäßige kassenführende Gehilfen vergeben sind.

Die Beamten erhalten für Fertigung von Loszetteln über verkaufte Walderzeugnisse außerhalb der geordneten Bureauzeit besondere Vergütungen (§. 7 c.).

Die zugehende Dienstwohnung war bisher unter F. 5 vorgesehen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(IV.)	(5.)	25 Beamte . . . . . Übertrag	91 570	—		
		1 Bureauassistent J. 6	1 450			
		tarifmäßige Dienstzulage	100			
		6 statt bisher 3 Kanzleiassistenten bei Bezirksfinanzstellen K. 6	5 700	1 100		
		1 budgetmäßige Dienstzulage		170		
		1 Dienstwohnung (neu)				
		32 statt bisher 29 Beamte	98 820	1 270		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 103 200 M.				
		„ „ 1907 . . . . . 105 840 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . 104 520 M.				
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 103 000 „			103 000	94 600
	6.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§ 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 5 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme rund			19 000	17 600
	7.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . .			38 000	40 150
		b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			24 389	24 246
		c. Sonstige persönliche Ausgaben			11 700	10 583
		Übertrag . .			196 089	187 179

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Zwei Stellen vom Steuer- und Zolletat übertragen. Zugang: 1 Stelle wegen Geschäftsvermehrung. Dienstzulage: Einem Beamten wird bei der etatmäßigen Anstellung der den Anfangsgehalt nebst Wohnungsgeld übersteigende Teil der früheren Vergütung mit 170 *M.* innerhalb des Höchstgehalts belassen. Nebengehalte: 1 Beamter für Führung der Bierniederlage in Bonndorf Verkaufsprovision $^1/_{10}$ *Pf.* für das Liter Bier (§. 19). Die Beamten erhalten für Fertigung von Loszetteln über verkaufte Walderzeugnisse außerhalb der geordneten Bureauzeit besondere Vergütungen (§. 7 c.). Die hier erstmals vorgesehene Dienstwohnung ist für den Kanzleiassistenten bei der Brauerei Rothaus bestimmt, der schon bisher als nichtetatmäßiger Bediensteter im Besitz der Wohnung war.
8 400	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch obenerwähnte Zugänge veranlaßt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
1 400	—	11 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. gemäß §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
—	2 150	6 Praktikanten als Gehilfen bei Domänenämtern und Kulturinspektionen je 1600 *M.*, 7 (bisher 6) erste Gehilfen zu 1500 *M.*, 10 (bisher 11) zweite Gehilfen zu 1300 *M.*, 2 (bisher 3) dritte Gehilfen zu 1200 *M.*, 1 (bisher 3) Bureaugehilfe zu 1150 *M.* und 3 Diener zu 450 *M.*, zusammen 38 000 *M.* Wegen Geschäftsvermehrung beim Domänenamt Karlsruhe ist ein erster Gehilfe an Stelle eines zweiten und ein dritter Gehilfe weiter vorzusehen. 3 Bureaugehilfen gehen ab wegen des Zugangs von drei Stellen unter K. 6.
143	—	Rechnungsdurchschnitt.
1 117	—	a. Nebengehalte: 1 Domänenamtsvorstand für Leitung der Gewerbebetriebe in Rothaus und Dürrenbühl . . . . . 500 *M.* 1 Domänenamtsvorstand für Handhabung der Polizei auf dem Heidelberger Schloß . . . . . 300 „ 1 Domänenamtsvorstand für Leitung der Fischzuchtanstalt in Brühl . . . . . 300 „ 1 desgleichen für Leitung des Weinbau- und Kellereibetriebs in Meersburg, der an Bedeutung erheblich zugenommen hat . . . . . 500 „ 3 Kanzleidiener der Forst- und Domänendirektion für Versehung der Dienerstelle beim Domänenamt Karlsruhe zusammen . . . . . 400 „ Übertrag . . 2 000 *M.*
11 060	2 150	(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 21.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IV.)		Übertrag . .	196 089	187 179
	8.	Für sachliche Amtsunkosten	12 472	13 765
		Summe II. . .	208 561	200 944

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		III. **Bezirksforstverwaltung.**				
	9.	Gehalte.	M.	M.		
		102 Vorstände der Forstämter D. 1	403 490			
		4 Beamte Dienstzulagen nach §. 22 Gehaltsordnung je 100 M.	400			
		101 Dienstwohnungen (darunter 9 gemietete).				
		19 statt bisher 15 zweite Beamte der Forstverwaltung D. 6	33 000	8 000		
		121 statt bisher 117 Beamte	436 890	8 000		
		Voranschlag für 1906	469 390 M.			
		„ „ 1907	482 890 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	476 140 M.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	469 000 „		469 000	448 900
	10.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Ortszulage nach § 2 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 9 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme rund			65 700	63 600
	11.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . .			73 600	80 000
		Übertrag . .			608 300	592 500

Gegen seither jährlich	
mehr.	weniger.
ℳ.	ℳ.
11 060	2 150
—	1 293
11 060	3 443
3 443	—
7 617	—
20 100	—
2 100	—
—	6 400
22 200	6 400

Erläuterungen.

(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 7.)

Übertrag . . 2 000 ℳ.

b. Stellvertretung und Dienstaushilfe:

1. Vergütungen für Ausfertigung von Loszetteln über verkaufte Walderzeugnisse, Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1903/04 wegen Neuregelung rund . . . . . 2 100 ℳ.
Hieraus können auch etatmäßige Beamte der Abteilung G. 5 u. K. 6 Vergütungen erhalten.

2. Sonstige Stellvertretungs- und Dienstaushilfskosten:
Kopialaversen nach den dermaligen Bewilligungen unter Zuschlag eines Aversums für das Domänenamt Meersburg von 500 ℳ. wegen Geschäftsvermehrung (2 200 ℳ.), im übrigen Rechnungsdurchschnitt (5 400 ℳ.) . . . . . 7 600 „ 9 700 „

zusammen . . 11 700 ℳ.

a. Kredite der Domänenämter, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 8 392 ℳ.
b. Bauschbeträge für Reinigung und Bedienung nach den dermaligen Bewilligungen . . . . . 2 426 „
c. Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 654 „

zusammen . . 12 472 ℳ.

1 Stelle wird z. Zt. von einem zweiten Beamten versehen; 4 Stellen sind z. Zt. unbesetzt.
Nebengehalte: 1 Beamter für Besorgung der murgschifferschaftlichen Geschäfte (§. 11 c.) 400 ℳ., 1 Beamter für Leitung der Fischzuchtanstalt in Haigerach (§. 11 c.) 300 ℳ., 1 Beamter als Forstbeamter des Badfonds (zu Lasten des Badanstaltenetats) 350 ℳ., 3 Beamte als fischereitechnische Hilfsarbeiter (zu Lasten des Etats des Ministeriums des Innern) 1 zu 750 ℳ., 2 je 500 ℳ.; 2 Beamte besondere Belohnungen für Abhaltung der Forstwartskurse (§. 15 b.).

4 Stellen weiter zur Herbeiführung eines auch im dienstlichen Interesse belegenen angemessenen Verhältnisses zwischen etatmäßigen und nichtetatmäßigen Stellen für höhere Forstbeamte. Hierfür fallen unter §. 11 a. 4 Stellen weg.
Nebengehalte: 2 Beamte besondere Belohnungen für Mitwirkung bei den Forstwartskursen (§. 15 b.).

Der Mehraufwand ist, soweit er nicht durch obenerwähnte Stellenvermehrung veranlaßt wird, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.

64 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. gemäß §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.

46 (bisher 50) Praktikanten als Gehilfen bei Forstämtern, als Forsttaxatoren und Forsttaxationsgehilfen.
4 Stellen weniger infolge Vermehrung der zweiten Beamtenstellen, siehe oben §. 9.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IV.)		Übertrag . .	608 300	592 500
	(11.)	b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	230 112	221 851
		c. Sonstige persönliche Ausgaben	32 800	31 525
	12.	Für sachliche Amtsunkosten	37 045	36 799
		Summe III. . .	908 257	882 675

			Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich
		IV. **Besonderer Verwaltungsaufwand.**		
		a. Persönlicher Aufwand.	M.	M.
	13.	Gehalte.		
		1 Oberbuchhalter F. 5	3 400	
		Kassenzulage	60	
		Dienstwohnung.		
		1 Schloßkassier G. 5	1 950	
		Kassenzulage	40	
		Dienstwohnung.		
		2 Beamte . . . . . Übertrag	5 450	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
22 200	6 400	
8 261		a. Bauschbeträge der Vorstände, zweiten Beamten und Gehilfen der Forstämter für Tagegelder und Reisekosten nach den dermaligen Bewilligungen einschließlich der Anforderung der neuen Stellen und für Entschädigungen bei Verlust von Dienstpferden . . . . . 200 730 ℳ. b. Tagegelder und Reisekosten der Forsttaxatoren und Gehilfen statt des Rechnungsdurchschnitts mit 16 756 ℳ. wegen geänderter Festsetzung der Tagegelder, wie bisher . . . . . 19 919 „ c. Sonstige Tagegelder, Reise- und Umzugskosten; Rechnungsdurchschnitt . . . . . 9 463 „ zusammen . . 230 112 ℳ.
1 275	—	a. Nebengehalte: 1 Forstamtsvorstand für Vertretung des Domänenarars im Verwaltungsrat der Murgschifferschaft und Besorgung der übrigen aus dem Besitz von Murgschifferschaftsrechten entstehenden Geschäfte . . . 400 ℳ. 1 Forstamtsvorstand für Leitung der Fischzuchtanstalt in Haigerach . . . . . 300 „ zusammen . . 700 ℳ. b. Für Stellvertretung, Dienst- und Schreibaushilfe, Rechnungsdurchschnitt 33 330 ℳ.; hier sind vorzusehen: 1. Vergütungen für 6 (bisher 8) ständig zur Aushilfeleistung bei Forstämtern verwendete Forstpraktikanten je 1250 ℳ. . . . . 7 500 ℳ. 2. Schreibaushilfekredite der Forstämter; dermalige Bewilligungen (20 700 ℳ.) unter Zuschlag des Bedarfs für die 4 neuen Forstämter . . . . . 21 500 „ 3. Stellvertretungskosten nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 3 100 „ 32 100 „ zusammen . . 32 800 ℳ.
246	—	a. Bauschbeträge für Stellung von Amtszimmern an 2 Forstamtsvorstände, die z. Zt. keine Dienstwohnung haben . . . . . 308 ℳ. b. Amtsunkosten der Forstämter nach den dermaligen Bewilligungen unter Zuschlag des Bedarfs für 4 neue Stellen: 1. Bauschbeträge für Amtsunkosten an 36 Forstämter zu 230 ℳ. . . . . 8 280 ℳ. 2. Bauschbeträge für Reinigung und Bedienung an 62 + 4 = 66 Forstämter zu durchschnittlich 93 ℳ. . . . . 6 138 „ 3. Kredite für Amtsunkosten an 62 + 4 = 66 Forstämter zu durchschnittlich 230 ℳ. . 15 180 „ 29 598 „ c. Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt unter Abzug einmaliger Kosten . . . . . 7 139 „ zusammen . . 37 045 ℳ.
31 982 6 400	6 400	
25 582		

Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(IV.)	(13.)	2 Beamte . . . . . Übertrag	5 450			
		4 Kulturmeister H. 5	7 100			
		3 Dienstwohnungen (darunter 1 gemietet).				
		1 Küfermeister J. 9	1 650			
		Dienstwohnung.				
		1 Bauaufseher J. 10	1 600			
		Dienstwohnung.				
		9 statt bisher 11 Stellen nach K. 4: Güteraufseher, Gehaltsklasse I. (7 statt bisher 9) und Gebäudeaufseher (2) .	10 250			
		7 (bisher 9) Dienstwohnungen (darunter 1 gemietet).				
		9 statt bisher 6 Stellen nach K. 13: Güteraufseher, Gehaltsklasse II. (8 bisher 5) und Gartenaufseher (1) . . .	8 350			
		4 (bisher 2) Dienstwohnungen.				
		168 Forstwarte (Gehaltsklasse I.) K. 14	151 960			
		21 Beamte Ortszulagen	3 465			
		75 (bisher 69) Dienstwohnungen (darunter 2 gemietete).				
		50 statt bisher 51 Stellen nach K. 17: Forstwarte, Gehaltsklasse II. (42) und Güteraufseher, Gehaltsklasse III. (8 statt bisher 9)	36 030			
		1 Beamter budgetmäßige Dienstzulage	30			
		1 „ Ortszulage	100			
		13 Dienstwohnungen.				
		244 Beamte, wie bisher . . . zusammen	225 985			
		Voranschlag für 1906	228 750 M.			
		„ „ 1907	231 080 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich	229 915 M.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	226 500 „		226 500	222 200
			Übertrag . .		226 500	222 200

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Die Beamten erhalten ebenso wie die unten bei J. 10 und K. 4, 13, 14 und 17 aufgeführten für technische Arbeiten, die nicht zu ihren eigentlichen Dienstobliegenheiten gehören, besondere Vergütungen (§. 15 b).
		Der Beamte erhält für Aufsichtsführung auf dem Heidelberger Schloß außerhalb der Dienstzeit besondere Vergütungen (§. 28).
		Nach dem derzeitigen Bedürfnis werden an Stelle von 2 Güteraufsehern I. Klasse 2 Güteraufseher II. Klasse weiter vorgesehen. 1 Stelle ist z. Zt. mit einem Güteraufseher Gehaltsklasse II., 2 Stellen sind mit nichtetatmäßigen Beamten besetzt. Die 2 abgehenden Dienstwohnungen sind nach K. 13 übertragen. Nebengehalte: 1 Beamter für Besorgung der Beleuchtung auf dem Heidelberger Schloß (§. 15 b.) 120 ℳ.; 2 Beamte erhalten besondere Vergütungen für Aufsichtsführung auf dem Heidelberger Schloß außerhalb der Dienstzeit (§. 28).
		An Stelle von 2 Güteraufsehern I. Klasse (K. 4) und eines Güteraufsehers III. Klasse (K. 17) werden dem derzeitigen Bedürfnis entsprechend 3 Güteraufseher II. Klasse weiter vorgesehen. 2 Stellen sind z. Zt. durch nichtetatmäßige Beamte besetzt. 2 Dienstwohnungen gehen bei K. 4 ab und hier zu.
		Ortszulagen erhalten: 4 Beamte des Forstbezirks Kaltenbronn wegen Abgelegenheit ihrer Wohnungen und des dadurch bedingten Mehraufwands für Beschaffung der Lebensmittel, z. Zt. zusammen 635 ℳ., künftig je 150 ℳ., ferner wegen des Schulbesuchs der Kinder 100 ℳ. für jedes Kind, welches das ganze Jahr, und 40 ℳ. für ein solches, das nur während der kältesten Jahreszeit auswärts unterzubringen ist. 7 Beamte der Forstbezirke Heidelberg und Schönau bei Heidelberg wegen der Kostspieligkeit der Lebenshaltung in ihren abgelegenen Wohnsitzen bis zur Beschaffung von Dienstwohnungen und Dienstgütern je 150 ℳ. 10 Beamte in den Forstbezirken Gengenbach (3), Gernsbach (1), Lörrach (1) und Herrenwies (5) wegen Abgelegenheit der Wohnsitze oder mangels einer Dienstwohnung und eines Dienstgutes je 100 ℳ. An Dienstwohnungen gehen 6 zu, davon 5 in neu errichteten Gebäuden und eine in einem gemieteten Gebäude. Besondere Vergütungen erhalten: Verschiedene Forstwarte für Besorgung von Schreibgeschäften bei den Forstämtern und für Mitbesorgung von Güteraufsichtsdiensten (§. 15 b), ferner für Mitwirkung bei der Selbstverwaltung von Jagden in Form von Schußgeldern (§. 26), 1 Beamter als Fischermeister in Haigerach 150 ℳ. nebst 50 ₰. für das Tausend ausgebrüteter Fische (§. 18), 1 Beamter als Fischereiaufseher in Dürrheim (§ 18), 4 Beamte für Geschäfte zur Förderung von Waldanpflanzungen (Tit. IX. § 11 des Etats des Ministeriums des Innern) zusammen durchschnittlich 170 ℳ.
		1 Stelle (Güteraufseher III. Gehaltsklasse) fällt weg, siehe oben K. 13. Die Beamten, die vor dem 1. Januar 1895 Waldhüter (Gehaltsklasse I) waren, erhalten Dienstzulagen in Höhe der nach dem Gehaltstarif vom 24. Juli 1888 zu K. 32 vorgesehenen Alterszulagen von 30 ℳ. Künftig wegfallend. 1 Beamter im Forstbezirk Schönau i. W. hat wegen Abgelegenheit des Wohnsitzes und der dadurch bedingten teuren Lebenshaltung 100 ℳ. Ortszulage. Besondere Vergütungen erhalten: Verschiedene Beamten für Besorgung von Schreibgeschäften bei Forstämtern und für Mitbesorgung von Güteraufsichtsdiensten (§. 15 b.), ferner für Mitwirkung bei der Selbstverwaltung von Jagden in Form von Schußgeldern (§. 26); 1 Beamter für Geschäfte wegen Förderung von Waldanpflanzungen (zu Lasten von Tit. IX. §. 11 des Etats des Ministeriums des Innern) 25 ℳ.; 1 Beamter als Brunnenmeister 36 ℳ. (§. 15 b.).
4 300	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen veranlaßt.
4 300	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M
(IV.)		Übertrag . .	226 500	222 200
	14.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach § 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 13 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme rund	43 900	42 800
	15.	Andere persönliche Ausgaben:		
		a. Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . .	21 000	18 750
		b. Sonstige persönliche Ausgaben	36 998	31 485
		c. Für Arbeiterversicherung und ähnliche Kosten	55 802	50 012
		Summe IV. a. Persönlicher Aufwand . .	384 200	365 247

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
M.	*M.*		
4 300	—		
1 100	—		
2 250	—	Für 28 statt bisher 25 Forstwarte wegen Zunahme der Waldfläche.	
5 513	—	a. Nebengehalte:	
		1 Universitätsgärtner in Heidelberg für Versehung der Schloßgärtnerstelle	800 *M.*
		1 Güteraufseher Gehaltsklasse I. für Besorgung der Beleuchtung auf dem Heidelberger Schloß . . .	120 „
		1 Güteraufseher Gehaltsklasse III. in Waldkirch als Brunnenmeister	36 „
		1 Kanzleidiener der Forst- und Domänendirektion und 1 solcher der Zolldirektion für Besorgung der Hausaufsicht in den Häusern Schloßplatz 3, 4 und 6 und Zirkel 8 und 12 in Karlsruhe 150 *M.* und 200 *M.*, zusammen	350 „
		zusammen . .	1 306 *M.*
		b. Für die Forstwartskurse, Rechnungsdurchschnitt 2612 *M.*	
		Bisher wurde ein Lehrkurs für Forstwarte — und zwar seit 1902 in Freiburg, vorher auf Augustenberg — abgehalten. Der Zudrang zu diesem Kurse war so groß, daß seit Jahren jeweils etwa die Hälfte der Angemeldeten zurückgewiesen werden mußte. Da die intensivere Bewirtschaftung unserer Staats-, Gemeinde- und Körperschaftswaldungen eine gründliche Ausbildung des Forstschutzpersonals dringend erforderlich macht und der Erfolg der Lehrkurse bisher in dieser Hinsicht durchweg ein sehr guter war, soll zur Ermöglichung der Ausbildung einer größeren Anzahl, insbesondere auch nichtstaatlicher Forstschutzbeamten ein weiterer Lehrkurs, und zwar im Unterland eingerichtet werden. Hiernach sind für zwei Hauptkurse und einen Wiederholungskurs vorzusehen:	
		Honorare der Leiter und Lehrer (1 Kollegialbeamter der Forst- und Domänendirektion, 4 Forstbeamte, 2 Elementarlehrer, 2 Ärzte) . . . . . 2 600 *M.*	
		für Lehrmittel . . . . . 200 „	
		Verpflegungskosten der Schüler . . . . . 3 400 „	
		Reisekosten der Schüler, Beschaffung der Unterkunftsräume, Stellvertretungskosten der Lehrer und Unvorhergesehenes . . . . . 1 300 „	7 500 „
		c. Vergütungen an etatmäßige und nichtetatmäßige Beamte für außergewöhnliche, nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehörige Dienstverrichtungen, und zwar:	
		1. an Forstwarte für technische Arbeiten im forstlichen Betrieb (Rechnungsdurchschnitt 1427 *M.*) . . . . . 1 500 *M.*	
		2. an Forstwarte für Besorgung von Schreibarbeiten bei Forstämtern an Orten, wo andere Kräfte nicht zu erhalten sind (Rechnungsdurchschnitt 495 *M.*) und für Listenauszüge für Holzkäufer (schätzungsweise nach dem Bedarf für das 1. Halbjahr 1905 1 200) . . . . . 1 700 „	
		3. an Forstwarte für Besorgung von Güteraufsichtsdiensten und für technische Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb (Rechnungsdurchschnitt 403 *M.*) . . . . . 400 „	
		4. an Kulturmeister, Bauaufseher, Gebäudeaufseher und Güteraufseher für technische Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb und bei der Gebäudeverwaltung (Rechnungsdurchschnitt 160 *M.*) . . . . . 200 „	3 800 „
		d. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, Rechnungsdurchschnitt	12 392 „
		e. Dienstkleidung für 210 etatmäßige und 28 nichtetatmäßige Forstwarte, 1 Güteraufseher, der als Gartenaufseher in Heidelberg die Dienstkleidung ausnahmsweise weiter beziehen soll, und 1 Gartenaufseher, zusammen 240 Personen zu 50 *M.*	12 000 „
		zusammen . .	36 998 *M.*
5 790	—	1. Krankenversicherung:	
		a. Gewerbliche Arbeiter, Rechnungsdurchschnitt	302 „
		b. Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter (Rechnungsdurchschnitt 14 090 *M.*) wegen der in der Novelle vom 25. Mai 1903 vorgesehenen höheren Kassenleistungen aufgerundetes Rechnungsergebnis von 1904	15 300 „
		Übertrag . .	15 602 *M.*
		(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 29.)	
18 953	—		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ	ℳ.
(IV)				
		b. Sachlicher Aufwand.		
	16.	Für Grundstocksgebäude	194 060	177 972
	17.	Für gemietete Dienstgebäude	15 251	13 298
	18.	Für Grundstücke	298 777	283 223
	19.	Für die Brauerei Rothaus und den Hof Dürrenbühl	390 060	441 756
		Übertrag . .	898 148	916 249

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	**Erläuterungen.**
M.	*M.*	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 15.)
		Übertrag . . 15 602 *M.*
		2. Unfallversicherung:
		a. Fürsorge für Beamte bei Betriebsunfällen, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 48 „
		b. Bauunfallversicherung, ebenso . . . . . 340 „
		c. Gewerbliche Arbeiter, ebenso . . . . . 1 635 „
		d. Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter (Rechnungsdurchschnitt 16 094 *M.*); mit Rücksicht auf die zu erwartende Steigerung des Umlagefußes aus 1 607 710 *M.* Arbeitswerten zu 134,5 *Pf.* . . . . . 21 624 „
		3. Invalidenversicherung:
		a. Gewerbliche Arbeiter, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 343 „
		b. Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, ebenso . . . . . 16 064 „
		c. Sonstige Personen, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 136 „
		d. Sonstige unvorhergesehene Kosten, wie bisher . . . . . 10 „
		zusammen . . 55 802 *M.*
16 088	—	1. Für gewöhnliche Unterhaltung nach dem Durchschnitt der letzten 4 Jahre, jedoch unter Außerachtlassung des einen außerordentlichen Aufwand aufweisenden Jahres 1903 . . . . . 154 000 *M.*
		Hierzu wegen Vermehrung der Gebäude von 574 auf 640 Zuschlag 5 % . . . . . 7 700 „
		161 700 *M.*
		2. Für größere Herstellungen auf Grund vorliegender Kostenüberschläge für beide Jahre 64 720 *M.*; für ein Jahr . . . . . 32 360 „
		zusammen . . 194 060 *M.*
1 953		a. Mietzinse nach dem dermaligen Stand . . . . . 13 625 *M.*
		Hierzu für die 4 neuen Forstämter und das Forstamt Wollbach in Lörrach bis zur Fertigstellung der Dienstgebäude (im Laufe des Jahres 1906 = $\frac{3025}{2}$) . . . . . 1 512 „
		15 137 *M.*
		b. Unterhaltungsaufwand, Rechnungsdurchschnitt nach Ausscheidung einmaliger Ausgaben . . . . . 114 „
		zusammen . . 15 251 *M.*
15 554		a. Vergütungen der vertragsmäßigen Güteraufseher nach den derzeitigen Bewilligungen unter Zuschlag eines Betrags für Aufbesserungen und neue Bedürfnisse . . . . . 29 500 *M.*
		Hierunter Vergütung eines etatmäßigen Forstwarts als Fischermeister in Haigerach mit 400 *M.* und eines Fischereiaufsehers in Dürrheim mit 100 *M.*
		Beitrag an einen Rebaufseher zum Besuch der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim 700 *M.*, für 1 Jahr . . . . . 350 „
		zusammen . . 29 850 *M.*
		b. Sonstige Kosten, und zwar:
		Für künstliche Düngung wie bisher . . . . . 65 000 *M.*
		Für Fischzuchtanstalten und Fischteichanlagen nach dem Rechnungsergebnis von 1904 . 5 300 „
		Für weitere Fischteichanlagen wie bisher . . . . . 3 000 „
		Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einmaliger Ausgaben (171 768 *M.*) und unter Zuschlag des zu erwartenden Mehraufwands wegen Vermehrung des Rebbesitzes um 114 % (23 859 *M.*) . . . . . 195 627 „ 268 927 „
		zusammen . . 298 777 *M.*
—	51 696	Löhne 40 000 *M.*, Kostgelder 9 650 *M.*, Gratifikationen für den Braumeister und die Arbeiter 1 100 *M.*, zusammen . . . . . 50 750 *M.*
		Im übrigen Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1901/03 nach Ausscheidung einmaliger Ausgaben und mit Berücksichtigung der durch die Verbesserung der technischen Einrichtungen ermöglichten stärkeren Produktion 339 310 „
		Hieraus erhält ein etatmäßiger Beamter K. 6 als Vergütung für Führung der Bierniederlage in Bonndorf $^1/_{10}$ *Pf.* für das Liter, welche im Rechnungsdurchschnitt 615 *M.* beträgt.
		zusammen . . 390 060 *M.*
33 595	51 696	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IV.)		Übertrag . .	898 148	916 249
	20.	Für die Waldhut	49 430	48 646
	21.	Für Vermarkung, Vermessung und Einrichtung der Waldungen	13 267	15 406
	22.	Für Holzabfuhrwege	478 900	286 220
	23.	Für Waldkulturkosten	222 300	220 000
	24.	Für Zurichtung der Walderzeugnisse	1 273 300	1 268 727
	25.	Für Verwertung der Walderzeugnisse	22 700	22 000
	26	Für Jagden, Fischerei- und sonstige Berechtigungen	11 800	6 020
	27.	Kellerkosten	14 100	3 479
	28.	Für das Heidelberger Schloß	23 418	23 744
		Übertrag . .	3 007 363	2 810 491

Gegen seither jährlich mehr.	weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
33 595	51 696	
784	—	a) Vergütungen für die vertragsmäßigen Waldhüter kleiner Hutdistrikte (Rechnungsdurchschnitt 35447 M.), wie bisher . . . . . 36 500 M. b) Dienstkleidung (Rechnungsdurchschnitt 3443 M.), wie bisher . . . . . 3 600 „ c) Tagegelder und Reisekosten sowie Dienstaushilfskosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 9 330 „ zusammen . . 49 430 M.
	2 139	Rechnungsdurchschnitt.
192 680	—	I. Für Neubauten unter Zuschlag der bisher im außerordentlichen Etat vorgesehenen Mittel, Rechnungsdurchschnitt 48 001 M. + 256 881 M. = 304 882 M.; im Hinblick auf das bereits geschaffene Wegenetz erscheint für die Zukunft ein Betrag von . . . . . 250 000 M. als ausreichend. II. Für laufende Unterhaltung. a) Vergütungen der Wegwarte, dermaliger Stand unter Zuschlag einiger Mittel für Aufbesserungen und für Dienstkleidung . . . . . 36 300 M. b) Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 192 600 „ 228 900 „ zusammen . . 478 900 M.
2 300	—	Rechnungsdurchschnitt 222 300 M.
4 573	—	Nach §. 4 der Einnahme sind zur Verwertung in der Budgetperiode vorgesehen: Oberirdische Holzmasse . . . . . 615 883,49 fm Stock- und Wurzelholz . . . . . 3 079,42 „ zusammen . . 618 962,91 fm Hiervon werden nach dem Rechnungsdurchschnitt 5,91 % unaufbereitet abgegeben . . . . . 36 580,71 fm bleiben zur Aufbereitung . . 582 382,20 fm welche nach dem durchschnittlichen Arbeitslohn von 2 M. 18 Pf. für das Festmeter einen Aufwand von 1 269 592 M. verursachen; hierzu für Aufbereitung der Forstnebennutzungen nach dem Rechnungsdurchschnitt . . 3 722 „ zusammen . . 1 273 314 M. rund . . 1 273 300 „
700	—	Rechnungsdurchschnitt 21703 M.; einem Verlangen der größeren Holzabnehmer entsprechend soll den Bekanntmachungen der Holzverkäufer eine größere Ausdehnung als bisher üblich war, gegeben werden; auch werden den Interessenten Los- und Listenauszüge ausgefolgt; es wird daher das aufgerundete Rechnungsergebnis von 1904 eingestellt.
5 780	—	a) Vergütungen an Jagdaufseher für die in Selbstbetrieb stehenden Jagden nach den neuesten Beschußplänen . . . . . 1 750 M. Hieraus können auch etatmäßige Forstwarte, denen die bezeichneten Geschäfte nebenamtlich übertragen sind, Vergütungen (Schußgelder) erhalten; Vergütungen an Fischereiaufseher nach dem Rechnungsergebnis von 1904 rund . . . . . 1000 „ 2 750 M. b) Betriebskosten der in Selbstbetrieb stehenden Jagden nach den Voranschlägen . . . . . 7 300 „ c) Für verpachtete Jagden, Fischereien nach dem Rechnungsergebnis von 1904 . . . . . 700 „ d) Für Berechtigungen, wie bisher . . . . . 50 „ 10 800 M. Hierzu für Hebung der Fischerei in den offenen Gewässern . . . . . 1000 „ zusammen . . 11 800 M.
10 621	—	a. Vergütung eines vertragsmäßigen Küfermeisters (1400 M.); Löhne und Verpflegung der Küferburschen (3150 M.); Dienstaushilfe und für Aufbesserungen (150 M.) . . . . . 4 700 M. b. Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt 4410 M.; wegen Vermehrung des Rebbesitzes um 114 % sind vorzusehen . . . . . 9 400 „ zusammen . . 14 100 M.
—	326	a. Löhne und Verpflegung des Führerpersonals nach den derzeitigen Bewilligungen . . . . . 5 270 M. Für Führeraushilfe infolge vermehrten Bedürfnisses . . . . . 730 „ Hieraus können auch etatmäßige Beamte (Bauaufseher und Güteraufseher) Vergütungen erhalten. b. Sonstige Kassen: Rechnungsdurchschnitt nach Ausscheidung einmaliger Ausgaben . . . . . 17 418 „ zusammen . . 23 418 M.
251 033	54 161	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IV.)		Übertrag . .	3 007 363	2 810 491
	29.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	14 722	14 684
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten . .	1 514	1 394
		c. Telegraphengebühren	269	266
		d. Fernsprechgebühren	2 000	600
	30.	Verschiedene und zufällige Ausgaben:		
		a. Prozeß- und Gefällbetreibungskosten	3 459	3 381
		b. Sonstige Kosten	10 730	9 380
		Summe b. Sachlicher Aufwand . .	3 040 057	2 840 196
		Hierzu „ a. Persönlicher „ . .	384 200	365 247
		Summe IV .	3 424 257	3 205 443
		V. **Für den Grundstock.**		
	31.	Zinsschuldigkeiten	1 134	1 251
	32.	Zur Anschaffung von Kunstgegenständen in die Kunsthalle zu Karlsruhe . .	30 000	30 000
		Summe V . .	31 134	31 251
		VI. **Abgaben und Lasten.**		
	33.	Steuern, Umlagen, Brandversicherungsbeiträge . .	316 533	303 417
	34.	Für Kirchen, Pfarreien und Schulen:		
		a. Kompetenzen	573 014	590 537
		b. Bauaufwand	210 995	334 773
		Übertrag . .	1 100 542	1 228 727

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
251 033	54 161	
38	—	Anteil an der Portobauschsumme 11 351 *M.*; im übrigen Rechnungsdurchschnitt.
120	—	Rechnungsdurchschnitt.
3	—	Ebenso.
1 400	—	Rechnungsdurchschnitt 1146 *M.*; mit Rücksicht auf die zu erwartende Zunahme der Fernsprecheinrichtungen aufgerundetes Rechnungsergebnis von 1904.
78	—	Rechnungsdurchschnitt.
1 350	—	Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einmaliger Ausgaben . . . . . 8 730 *M.* Hierzu für Vogelschutz, wie bisher . . . . . 2 000 „ zusammen . . 10 730 *M.*
254 022	54 161	
54 161		
199 861		
18 953		
218 814		
—	117	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Vergleiche §. 13 der Einnahme. Der in der Budgetperiode unverwendet bleibende Betrag ist in die nächste Budgetperiode übertragbar.
—	117	
13 116	—	Steuern nach dem Rechnungsdurchschnitt; Umlagen wegen der stetigen Steigerung nach dem neuesten Rechnungsergebnis; Brandversicherungsbeiträge wegen des Anwachsens der Versicherungsanschläge nach dem Stande derselben auf 1. Januar 1905 und dem durchschnittlichen Umlagefuß.
—	17 523	Rechnungsdurchschnitt.
—	123 778	I. Neubauten: Neubau eines katholischen Pfarrhauses in Andelshofen. Die Kosten sind veranschlagt zu . . . . . 48 000 *M.* Bis Ende 1905 werden verwendet werden . . . . . 28 000 „ Der Rest ist daher für 1906/07 neu anzufordern . . . . . 20 000 *M.*
13 116	141 301	Übertrag . . 20 000 *M.*

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 35.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IV.)	(34.)	Übertrag . .	1 100 542	1 228 727
		c. Sonstige Bedürfnisse	46 902	48 392
	35.	Auf Kolonien	4 942	7 403
	36.	Für Gemeindewege, Kreis- und Landstraßen	129 975	124 870
	37.	Holzabgabe:		
		a. An Berechtigte	7 924	7 903
		b. Aus Vergünstigung	8 600	8 553
	38.	Abgabe von Forstnebennutzungen:		
		a. An Berechtigte	51 554	53 135
		b. Aus Vergünstigung	12 998	13 770
	39.	Abgang und Nachlaß	35 715	37 186
	40.	Sonstige Lasten	7 827	9 418
		Summe VI. . .	1 406 979	1 539 357
		Hierzu „ I. . .	281 217	269 157
		„ II. . .	208 561	200 944
		„ III. . .	908 257	882 675
		„ IV. . .	3 424 257	3 205 443
		„ V. . .	31 134	31 251
		Summe A. Ordentlicher Etat	6 260 405	6 128 827
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	12 520 810	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 34.)
13 116	141 301	Übertrag . . 20 000 M.
		Umbau der evangelischen Kirche in Britzingen.
		Genehmigter Kostenüberschlag . . . . . 47 000 M.
		Hiervon werden bis Ende 1905 zur Verwendung kommen . . . . . 28 000 „
		Der Rest ist für 1906/07 neu einzustellen . . . . . 19 000 „
		Neubau eines evangelischen Pfarrhauses in Sexau, wozu das Ärar allein baupflichtig ist mit Ausnahme der von der Kirchengemeinde zu leistenden Hand- und Fuhrdienste.
		Nach eingehendem Überschlag sind die Kosten veranschlagt zu . . . . . 46 500 „
		Hiervon entfallen auf die Frohndkosten 6200 M. (§. 17 der Einnahme).
		Erwerbung eines evangelischen Pfarrhauses in Durlach . . . . . 45 000 „
		wofür das bisherige zum Anschlag von 24 600 M. an die Steuerverwaltung übergeht (vergleiche §. 17 der Einnahme).
		zusammen für 2 Jahre . . 130 500 M.
		„ 1 Jahr . . 65 250 M.
		II. Unterhaltung
		1. Gewöhnliche Unterhaltung nach dem Durchschnittsergebnis der letzten Jahre, jedoch unter Ausscheidung des einen außergewöhnlichen Aufwand aufweisenden Jahres 1903 . . . . . 103 200 M.
		2. Für größere Herstellungen nach den vorliegenden Kostenüberschlägen für 2 Jahre 85 090 M., für 1 Jahr . . . . . 42 545 „ 145 745 M.
		zusammen . . 210 995 M.
—	1 490	Rechnungsdurchschnitt.
	2 461	Rechnungsdurchschnitt nach Ausscheidung einmaliger Ausgaben.
5 105	...	a. Vergütungen der vertragsmäßigen Wegwarte nach dem dermaligen Stand unter Zuschlag eines Betrags für Aufbesserungen und Dienstkleider . . . . . 15 750 M.
		b. Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt unter Abzug einmaliger Ausgaben . . . . . 114 225 „
		zusammen . . 129 975 M.
21		Rechnungsdurchschnitt.
47	—	Desgleichen.
—	1 581	Desgleichen.
—	772	Desgleichen.
—	1 471	Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einmaliger Ausgaben; hierunter Rabattbewilligungen bei Barzahlung von Holzgeldern 30 835 M.
—	1 591	Für die frühere Sustentationskasse der ärarischen Berg- und Hüttenwerke, Ruhegehalt an einen Bergmann 137 M. Im übrigen Rechnungsdurchschnitt nach Ausscheidung wegfallender Lasten und einmaliger Ausgaben.
18 289	150 667	
	18 289	
—	132 378	
12 060	—	
7 617		
25 582	—	
218 814	—	
—	117	
264 073	132 495	
132 495		
131 578		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(IV.)		B. **Außerordentlicher Etat.**		
		Für den Grundstock.		
	1.	Instandsetzung des Schlosses in Bruchsal, hier insbesondere der Nebengebäude, I. Anforderung	100 000	—
	2.	Bauherstellungen im sogenannten großen Dienerbau des Schlosses in Bruchsal . . .	40 000	—
	3	Bauliche Veränderung im ehemaligen Kavalierbau des Schlosses in Bruchsal . . .	11 000	—
	4.	Errichtung eines im Schloßstil gehaltenen Portal- und Gitterabschlusses am westlichen Ende des oberen Schloßgartens in Bruchsal	19 020	—
	5.	Erbauung eines Dienstgebäudes für das Domänenamt und den Bezirksgeometer in Kehl	100 000	—
	6.	Neubau eines Domänenamtsgebäudes in Meersburg	95 000	—
	7.	Umbau des alten Domänenamtsgebäudes in Meersburg zu einem Kellereigebäude . .	42 200	—
	8	Neubau eines Ökonomiegebäudes und einiger Nebengebäude auf der Domäne Rheinschanzinsel bei Philippsburg	61 000	—
	9.	Erstellung von Feldscheuern zu den drei Straßenheimer Hofgütern	24 000	—
		Übertrag . .	492 220	

Erläuterungen.

Das Schloß in Bruchsal (Corps de Logis, die beiden Flügelbauten und die 3 kleinen am Ehrenhof liegenden Bauwerke einschließlich der Laufgräben und der Hofabschlüsse) ist in Dach und Fach restauriert. Anschließend an diese Arbeiten sollen nunmehr auch an sämtlichen zum Schloß gehörigen Nebengebäuden die Fassaden und Dachungen wieder hergestellt werden, da der bauliche Zustand dieser größtenteils zu Dienst- und Wohnzwecken benützten Gebäude ein derart schlechter ist, daß eine möglichst baldige Instandsetzung derselben im Interesse ihrer Erhaltung dringend geboten ist. Gleichzeitig soll die Renovierung des Gartensaals, des Vestibüls und des Theatersaales vorgenommen werden.

Die Kosten für diese Herstellungen sind im ganzen zu 300 000 ℳ. veranschlagt, wovon hier als I. Anforderung 100 000 ℳ. eingestellt werden. Die im Kostenvoranschlag eingesetzten Beträge gründen sich zum großen Teil auf Schätzung, weil die meisten Bauteile nicht zugänglich sind; sie wurden aber auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen derart berechnet, daß eine Überschreitung nicht zu erwarten ist.

Im sogenannten großen Dienerbau waren außer der Amtsvorstandswohnung fünf Staatsstellen mit zugehörigen Dienstwohnungen untergebracht. Die Diensträume — insbesondere des Finanzamts und Domänenamts — sowohl wie die Dienstwohnungen waren durchweg unzulänglich. Es sollen deshalb die durch Verlegung der Wohnung des Amtsvorstands in den Kammerflügel verfügbar gewordenen Räume zur Vergrößerung der Dienst- und Wohnräume der 5 übrigen Staatsstellen verwendet werden. Die hierdurch nötig werdenden Bauherstellungen sind zu 40 000 ℳ. veranschlagt.

Im ehemaligen Kavalierbau waren die Dienst- und Wohnräume der Bezirksbauinspektion, sowie die Dienstwohnung des zweiten Richters untergebracht. Letztere Wohnung ist frei geworden und soll nunmehr das ganze Gebäude der Bezirksbauinspektion zugeteilt werden, da deren Diensträume vollständig unzulänglich sind. Die Kosten für Schaffung weiterer Diensträume in dem Gebäude sind zu 11 000 ℳ. berechnet.

Nach einem Übereinkommen mit der Stadtgemeinde Bruchsal über die Durchführung der Zollhallenstraße durch den Schloßgarten hat das Domänenärar die Verpflichtung zu der nebenbezeichneten Herstellung übernommen, welche nach eingehendem Überschlag 19 020 ℳ. kostet.

Das Domänenamtsgebäude war im Bahnhofgebäude untergebracht, bis vor kurzem die Bahnverwaltung die Räume selbst benötigte. Zuletzt waren für das Domänenamt und den Domänenamtsvorstand Räume in einem Privathause gemietet. Dieser Zustand erscheint für die Dauer unzuträglich, weil ein geeignetes Gebäude in Kehl für ständig kaum mietweise zu erhalten ist. Nach eingehendem Überschlag erfordert das auf einem vorhandenen Bauplatz zu errichtende gemeinsame Gebäude einen Aufwand von 100 000 ℳ.

Das derzeitige, sehr alte Dienstgebäude ist eines der geringsten im Lande; abgesehen von der unzweckmäßigen Einteilung besteht der in sanitärer und ästhetischer Hinsicht zu beklagende Mißstand, daß der teilweise im städtischen Eigentum befindliche Hofraum zur Dunglagerung dient. Besonders erscheint es aber auch aus betriebstechnischen Gründen als dringendes Bedürfnis, an der Stelle des Verwaltungsgebäudes ein Kellereibetriebsgebäude einzurichten. Der Neubau des Dienstgebäudes an der Stelle des alten Trottgebäudes erfordert nach eingehendem Kostenüberschlag einen Aufwand von 95 000 ℳ.

Die derzeitige räumliche Trennung des Trottgebäudes von den Lagerkellern durch den Seminarhof, welche eine zweckmäßige Überwachung des Kellereibetriebes unmöglich macht, auch zu Klagen über Ruhestörungen seitens der Seminarbewohner Veranlassung gibt, muß nach der durch Erwerbung der früher dem Spitalfonds gehörigen Weinberge eingetretenen erheblichen Ausdehnung des Rebbesitzes im Interesse einer Betriebsvereinfachung und zur Erzielung einer besseren Rentabilität beseitigt werden. Es sollen daher das Trottgebäude und die Gärräume an die Stelle des derzeitigen Verwaltungsgebäudes, d. h. über den Lagerkellern eingerichtet werden. Hierfür sind nach eingehendem Überschlag 42 200 ℳ. erforderlich.

Der etwa 285 ha große, an die Zuckerfabrik Waghäusel verpachtete Domänenhof „Rheinschanzinsel" war von jeher nur dürftig mit Wirtschafts- und Wohngebäuden versehen. Insbesondere macht sich neuerdings der Mangel an Stallungen sehr fühlbar, nachdem ein dem Einfall drohender Rindviehstall abgebrochen werden mußte. Um den Viehstand auf die für den rationellen Betrieb des Hofes erforderliche Höhe bringen zu können und den sonstigen Übelständen abzuhelfen, sind folgende Bauten erforderlich, die nach eingehendem Überschlag kosten:

a. Ökonomiegebäude-Neubau		44 000 ℳ.
b. Umbau des Küchennebengebäudes	auf dem Mittelhof	8 000 „
c. Abort- und Pissoirneubau		1 600 „
d. Erweiterung der Dunglege		3 200 „
e. Ersatzbau für das baufällige Ökonomiegebäude auf dem Unterhof		4 200 „
	zusammen	61 000 ℳ.

Die drei Pächter empfinden es als großen Mißstand, daß sie das gewonnene Stroh nicht ganz unter Dach bringen können, sondern große Mengen im freien Felde lagern müssen, wo es unter ungünstigen Bedingungen verdirbt. Im Interesse der Feuersicherheit ist die Anhäufung großer Strohmengen in den Hofgebäuden selbst zu beschränken. Es erübrigt deshalb nur die Erstellung von Feldscheunen, deren Errichtung den Pächtern bei Erneuerung des Pachtverhältnisses zugesagt wurde. Nach dem eingehenden Überschlag berechnet sich der Aufwand für eine Scheune auf 8 000 ℳ., hiernach Gesamtaufwand $3 \times 8000 = 24000$ ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IV.)		Übertrag . .	492 220	
	10.	Erstellung eines Doppel-Arbeiterwohnhauses für die Straßenheimer Hofgüter II und III	28 000	—
	11.	Erbauung eines neuen Rindviehstalles und Verbesserung der Wasserleitung für den Gemeinmerkerhof, Gemarkung Kaltbrunn	43 000	—
	12.	Neubau eines Forstwartshauses in Haigerach	15 500	—
	13.	Neubau eines Forstwartshauses in Sommerau	14 100	—
	14.	Erstellung eines Forstwartshauses in Wehr	14 500	—
	15.	Zum Ankauf von Kunstgegenständen für die Großh. Kunsthalle aus Anlaß der internationalen Kunstausstellung in Mannheim im Jahre 1907	20 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat	627 320	
		Hiezu „ A. Ordentlicher Etat	12 520 810	
		„ Titel IV. für beide Jahre . .	13 148 130	

			Effektivetat auf 1. Juli 1905	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.
			ℳ.	ℳ.
V.		**Salinenverwaltung.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
		I. **Persönliche Ausgaben.**		
	1.	Gehalte.		
		2 Vorstände der Salinenämter D. 1	9 800	
		2 tarifmäßige Dienstzulagen je 300 ℳ.	600	
		2 budgetmäßige „ „ 700 ℳ.	1 400	
		2 Dienstwohnungen.		
		2 Oberbuchhalter F. 5	5 090	
		2 budgetmäßige Dienstzulagen je 300 ℳ. . .	600	
		2 Kassenzulagen je 130 ℳ.	260	
		2 Dienstwohnungen.		
		4 Beamte . . . . . Übertrag	17 750	

Erläuterungen.

Das zum Hofgut III gehörige Taglöhnerhaus ist wie das zu den Hofgütern I und II gehörige räumlich ungenügend, und kann, weil bau- und gesundheitspolizeilich beanstandet, nicht beibehalten werden. Der zum Ersatz erforderliche Neubau kostet nach eingehendem Überschlag 28000 ℳ.

Der vorhandene Rindviehstall ist räumlich ungenügend und für eine rationelle Viehhaltung ungeeignet; die vorhandene Wasserleitung ist unzureichend und nicht verbesserungsfähig, sie muß durch Zuleitung einer ergiebigen Quelle ersetzt werden. Nach eingehendem Überschlag kosten diese Herstellungen 31300 + 11700 = 43000 ℳ.

Der Zustand des vorhandenen Gebäudes ist sehr schlecht; dasselbe ist nicht verbesserungsfähig. Es erübrigt nur ein Neubau, der nach eingehendem Überschlag auf rund 15500 ℳ veranschlagt ist.

Der Forstwart ist mangels anderer Gebäude im domänenärarischen Wirtschaftsgebäude untergebracht und daher genötigt, neben seinem Dienst die Gastwirtschaft zu betreiben, woraus sich für das dienstliche Interesse mancherlei Mißstände ergeben. Es soll daher die Erstellung eines besonderen Forstwartshauses erfolgen, das nach eingehendem Überschlag 14100 ℳ kostet.

In Wehr mußte eine neue Forstwartsstelle errichtet werden. Der Beamte konnte daselbst nur eine ganz kleine, ungenügende Notwohnung finden. Es ist daher die Erstellung eines Dienstwohngebäudes unabweisliche Notwendigkeit. Nach eingehendem Überschlag kommt dasselbe auf rund 14500 ℳ zu stehen.

Im Jahre 1907 beabsichtigt die Stadt Mannheim zur Feier ihres 300jährigen Jubiläums eine große internationale Kunstausstellung zu veranstalten, die sich vom Frühjahr bis ins Spätjahr erstrecken und Werke der Malerei, Bildhauerei, sowie der zeichnenden, vervielfältigenden, dekorativen Kleinkunst umfassen soll. Mit Rücksicht auf den vorteilhaften Einfluß, den diese Ausstellung auf die Kunst im allgemeinen, insbesondere aber auf unsere badische Kunst zweifellos ausüben wird, wird in ähnlicher Weise, wie seinerzeit bei der Jubiläumskunstausstellung in Karlsruhe im Jahre 1902, ein außerordentlicher Betrag, und zwar in Höhe von 20000 ℳ zum Ankauf von ausgestellten Kunstwerken für die Großh. Kunsthalle vorgesehen, um hierdurch die Beschickung der Ausstellung durch hervorragende Künstler zu fördern.

Vergleiche Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ	ℳ.	ℳ.
(V.)	(1.)	4 Beamte . . . . . Übertrag	17 750			
		2 Buchhalter bei Bezirkskassen G. 5	3 200			
		2 tarifmäßige Dienstzulagen je 200 ℳ.	400			
		2 Kassenzulagen je 40 ℳ.	80			
		2 Dienstwohnungen.				
		2 Werkführer H. 3	4 300			
		2 Dienstwohnungen.				
		6 Stellen nach J. 4: Magazinsaufseher (2), Betriebsaufseher (2), Salineschreiber (2)	11 360			
		6 Dienstwohnungen.				
		2 Diener bei Bezirksfinanzstellen K. 7	2 240			
		2 Dienstwohnungen.				
		(1) Gartenaufseher K. 13	1 080			
		(1) Dienstwohnung.				
		16 bisher 17 Beamte	40 410			
		Voranschlag für 1906 . . . . . 39 862 ℳ.				
		„ „ 1907 . . . . . 40 753 „				
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . . . 40 308 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 39 700 „			39 700	39 800
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2 und 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			4 300	3 900
	3.	Andere persönliche Ausgaben			6 732	5 264
		Übertrag . .			50 732	48 964

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Nebengehalte: Beide Buchhalter für Führung der Betriebskrankenkasse je 50 ℳ. zu Lasten von Tit. V. §. 3.
		Die Stelle, die z. Zt. nicht etatmäßig besetzt ist, soll künftig durch einen Forstwart versehen werden; sie kommt daher hier in Wegfall.
—	100	
400	—	1 Beamter der Abteilung D. bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung C.
1 468	—	a. Ständige Bezüge des nicht etatmäßigen Personals: Vergütung für den Bureaugehilfen beim Salinenamt Rappenau (bisher 1 300 ℳ.) . . . . . 1 400 ℳ. b. Nebengehalte: 2 Buchhalter für Führung der Betriebskrankenkassen je 50 ℳ. und 1 Forstwart für Besorgung des Gärtnerdienstes für die salinenärarischen Parkanlagen in Dürrheim 500 ℳ., zusammen . . 600 „ c. Stellvertretung, Dienst- und Schreibaushilfe: 1. Ständiger Kredit der Saline Dürrheim zur Einstellung von Schreibaushilfe (statt bisher 400 ℳ.) . . . . . 900 ℳ. 2. Im übrigen: Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 594 „ 2 494 „ d. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 2 138 „ e. Dienstkleidung für 2 Salinediener je 50 ℳ. . . . . 100 „ zusammen . . 6 732 ℳ.
1 868	100	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(V.)		Übertrag . .	50 732	48 964
	4.	Für die Arbeiterversicherung und Wohlfahrtseinrichtungen	14 520	13 632
		Summe I . .	65 252	62 596
		II. **Sachliche Verwaltungsausgaben.**		
	5.	Für sachliche Amtsunkosten	2 665	2 146
	6.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	1 727	1 735
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	20	21
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	193	113
		Summe II . .	4 605	4 015
		III. **Besondere Kosten und Lasten des Salinenbetriebs.**		
	7.	Auf Liegenschaften, Einrichtungen und auf Gerätschaften	103 348	102 894
		Übertrag . .	103 348	102 894

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
1 868	100	
888	—	a. Krankenversicherung, Rechnungsdurchschnitt 2 268 M.; wegen der höheren Leistungen nach dem Gesetz vom 25. Mai 1903 Rechnungsergebnis von 1904 rund . . . . . 2 540 M. b. Unfallversicherung: α. Bauunfallversicherung, Renten nach dem Effektivbestand, im übrigen Rechnungsdurchschnitt . . . . . 860 M. β. Gewerbliche Arbeiter, Rechnungsdurchschnitt 2 536 M.; wegen Steigens der Umlagen zur Berufsgenossenschaft Rechnungsergebnis 1904 . . . . . 2 775 „ 3 635 „ c. Invalidenversicherung: α. Anteil an dem Verwaltungsaufwand der Arbeiterpensionskasse, Rechnungsdurchschnitt 446 M.; wegen ständigen Steigens Rechnungsergebnis von 1904 . . . . . 464 M. β. Beiträge zur Abteilung der Arbeiterpensionskasse, Rechnungsdurchschnitt 1520 M.; wegen Steigens der Beiträge Rechnungsergebnis von 1904 . . . . . 1 558 „ γ. Beiträge zur Abteilung B. dieser Kasse, Rechnungsdurchschnitt 2 225 M.; wie bei β. Rechnungsergebnis von 1904 . . . . . 2 360 „ δ. Zuschuß zur Abteilung B. dieser Kasse zur Verzinsung des fehlenden Deckungskapitals und wegen Zuweisung der Erübrigungen am Unterstützungsfonds, wie bisher . . 1 600 „ 5 982 „ d. Ruhegehalte (942 M.) und Unterstützungen (280 M.) aus den früheren Sustentationskassen nach den derzeitigen Bewilligungen . . . . . 1 222 „ e. Für Wohlfahrtseinrichtungen: α. Für Verwaltung der Arbeiterkantine. Wegen der kurzen Zeit des Bestehens der Kantine wird statt des dreijährigen Rechnungsdurchschnitts das Rechnungsergebnis von 1904 zugrunde gelegt mit . . 1 080 „ β. Zinsen für die Guthaben der Arbeitersparkasse, desgleichen . . . . . 61 „ zusammen . . 14 520 M.
2 756 100	100	
2 656		
519	—	a. Kredite der Handkassen infolge Steigerung der Betriebe, Rechnungsergebnis von 1904 rund . . . . 2 450 M. b. Sonstige Amtsunkosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 215 „ zusammen . . 2 665 M.
—	8	Anteil an der Portobauschsumme 1 629 M., im übrigen Rechnungsdurchschnitt.
—	1	Rechnungsdurchschnitt.
80	—	Rechnungsdurchschnitt 33 M.; dazu für den Anschluß der Salinen Dürrheim und Rappenau an das Fernsprechnetz $2 \times 80 = 160$ M.
599 9	9	
590	—	
454		a. Abgaben und Brandversicherungsbeiträge, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 3 351 M. b. Aufwand auf Verwaltungsgebäude und Grundstücke: 1. für gewöhnliche Unterhaltung, unter Außerachtlassung des außergewöhnlich hohen Rechnungsergebnisses von 1902, Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1903/04 . . . 12 880 M.
454	—	Übertrag . . 12 880 M. 3 351 M.

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 45.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(V.)	(7.)	Übertrag . .	103 348	102 894
	8.	Gewinnung, Förderung, Verarbeitung	349 346	397 904
	9.	Magazinierung und Verpackung	136 148	135 910
	10.	Verschiedene Ausgaben	7 600	7 208
		Summe III . .	596 442	643 916
		IV. **Besondere Kosten und Lasten des Solbadbetriebs.**		
	11.	Auf Liegenschaften, Einrichtungen und auf Gerätschaften	11 701	14 876
	12.	Betriebskosten	5 850	4 478
		Summe IV . .	17 551	19 354
		Zusammenstellung		
		Summe Abteilung I.	65 252	62 596
		" " II.	4 605	4 015
		" " III.	596 442	643 916
		" " IV.	17 551	19 354
		Summe A. Ordentlicher Etat	683 850	729 881
		Summe A. Ordentlicher Etat für beide Jahre . .	1 367 700	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
		(Fortsetzung der Erläuterungen zu §. 7.)
		Übertrag . . 12 880 M. 3 351 M.
454	—	2. für größere Herstellungen nach den vorgelegten Kostenüberschlägen für beide Jahre 3 610 M., für 1 Jahr . . . . . 1 805 „ 14 685 „
		c. Aufwand auf Betriebsgebäude und Einrichtungen:
		1. für gewöhnliche Unterhaltung, Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1901/04 . . . . 62 050 M.
		2. für größere Herstellungen, nach den vorgelegten Kostenüberschlägen für beide Jahre 27 150 M., für 1 Jahr . . . . . 13 575 „ 75 625 „
		d. Auf Gerätschaften, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 9 687 „
		zusammen . . 103 348 M.
—	48 558	Rechnungsdurchschnitt. Die Ausgabeminderung ist in der Hauptsache auf den Rückgang der Kohlenpreise zurückzuführen.
238	—	Rechnungsdurchschnitt.
		a. Abgang und Rückersatz, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 303 M.
392	—	b. Absatzkosten, desgleichen nach Abzug einmaliger außergewöhnlicher Kosten . . . . . 1 271 „
		c. Sonstige Kosten, ebenso . . . . . 6 026 „
		zusammen . . 7 600 M.
1 084	48 558	
	1 084	
—	47 474	
—	3 175	a. Abgaben und Brandversicherungsbeiträge, Rechnungsdurchschnitt nach Abzug des Aufwands für den veräußerten Salinegasthof in Rappenau . . . . . 102 M.
		b. Aufwand auf Gebäude und Grundstücke:
		1. Für gewöhnliche Unterhaltung nach Ausscheidung des ungewöhnlich hohen Aufwands des Jahres 1904 Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1902 und 1903 unter Abzug des Aufwands für den veräußerten Salinegasthof in Rappenau . . . . . 8 600 „
		2. Für größere Herstellungen nach den vorgelegten Kostenüberschlägen für beide Jahre 2983 M. für 1 Jahr . . . . . 1 492 „
		c. An Gerätschaften: Rechnungsdurchschnitt wie a . . . . . 1 507 „
		zusammen . . 11 701 M.
1 372	—	Rechnungsdurchschnitt 4955 M.; infolge steigender Frequenz des Solbades Dürrheim Rechnungsergebnis 1904 mit 5850 M.
1 372	3 175	
	1 372	
	1 803	
2 656	—	
590	—	
—	47 474	
—	1 803	
3 246	49 277	
—	3 246	
	46 031	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(V.)		B. **Außerordentlicher Etat.**		
	1.	Erbauung eines aus zwei Wohnungen bestehenden Beamtenhauses in Dürrheim . .	26 200	--
	2.	Erstellung eines Solreservoirs in Dürrheim	33 200	--
	3.	Erweiterung des Elektrizitätswerks in Dürrheim	20 400	—
	4.	Erstellung einer elektrischen Kraftübertragungs- und Beleuchtungsanlage in Dürrheim	9 000	—
	5.	Beitrag zu den Kosten der Motorwagenverbindung Donaueschingen-Dürrheim-Schwenningen	2 000	—
	6.	Erstellung eines Fahrweges zwischen der sogenannten Salinenstraße und dem Gasthof zur Saline in Rappenau	1 650	--
	7.	Anschaffung einer Reservekraftmaschine für die Solpumpwerks- und die elektrische Licht- und Kraftanlage in Rappenau	10 000	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	102 450	
		Hiezu „ A. Ordentlicher Etat	1 367 700	
		„ Tit. V. für beide Jahre . . .	1 470 150	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
	—	Infolge der Zuweisung einer Wohnung an den Salinengärtner ist für den z. Zt. noch unverheirateten Salinenbuchhalter keine Dienstwohnung vorhanden. Auch ist es, nachdem die Saline durch den Bahnbau und die Erstellung der Salinengleisanlage Magazinsräume verloren hat, notwendig, einen Teil des im Salinenhof gelegenen 4 Wohnungen enthaltenden Offiziantenhauses I. künftig als Materialienmagazin zu verwenden. Es soll deshalb außerhalb der Saline ein Beamtenhaus mit zwei Wohnungen erbaut werden, wofür nach den vorliegenden Plänen und Kostenanschlägen 26 200 M. erforderlich sein werden.
—	—	Von den früher erstellten Solreservoirs ist ein Behälter mit der Zeit unbrauchbar geworden, ein zweiter wird als Badwasserreservoir verwendet. Zur Sicherung eines ungestörten Betriebs der Saline ist, zumal da die Abgabe von Sole zu Badezwecken von Jahr zu Jahr zunimmt, die Erbauung eines weiteren Solreservoirs nicht zu umgehen. Die Kosten hierfür sind nach dem vorliegenden Plan und Überschlag auf 33 200 M. berechnet.
—	—	Von den Besitzern verschiedener Gasthöfe und Privathäuser, sowie von der Verwaltung des neuen Kindersolbades ist der Anschluß an das Elektrizitätswerk der Saline nachgesucht worden. Ebenso wünscht die Gemeinde Dürrheim elektrische Straßenbeleuchtung und elektrisches Licht im Rathause, sowie im Schulhause einzuführen. Eine vermehrte Stromabgabe erscheint im Interesse der Rentabilität der elektrischen Anlage erwünscht, und soll deshalb dem Ansuchen entsprochen werden. Die Kosten für die Erstellung der hierzu erforderlichen Leitungen samt Installation, sowie für Aufstellung einiger Sekundärmotoren im Salinenbetrieb betragen nach vorliegender Berechnung 20 392 M, rund 20 400 M.
—	—	Die unter §. 2 des außerordentlichen Etats der Salinenverwaltung für 1902/03 genehmigte Herstellung einer elektrischen Kraftübertragungs- und Beleuchtungsanlage in Dürrheim mit einem Aufwand von 135 000 M. wird bis Ende des Jahres 1905 in der Hauptsache vollendet sein. Ein Teil der Außenarbeiten mit einem Kostenanschlage von rund 9000 M. muß jedoch auf das Jahr 1906 verschoben werden. Da der gesamte Kredit auf Ende 1905, soweit er bis dahin nicht verwendet ist, gesetzlich erlischt, jene 9000 M. also heimfallen, muß dieser Betrag neu angefordert werden.
—	—	Der regelmäßige Motorwagenverkehr zwischen Donaueschingen und Schwenningen übt auf den Besuch des zwischen diesen beiden Städten gelegenen Solbades Dürrheim einen günstigen Einfluß aus und ist auch den in Dürrheim weilenden Kurgästen wegen der dadurch gebotenen bequemen Gelegenheit zu Ausflügen sehr willkommen. Das Unternehmen ist weniger zur Erwerbung einer entsprechenden Rente als zur Hebung des Verkehrs zwischen den beteiligten Orten ins Leben gerufen worden. Es erscheint deshalb eine finanzielle Unterstützung dieser Verkehrseinrichtung durch Gewährung eines einmaligen Zuschusses aus der Salinenkasse angebracht.
—	—	Durch die Anlage dieses Fahrwegs soll die für den Betrieb störende Durchfahrt durch die Saline beseitigt werden.
—	—	Um für den Fall einer länger andauernden Reparatur der Dampfmaschine Störungen bei der Solgewinnung und bei der Abgabe von elektrischem Strom hintanzuhalten, ist die Beschaffung einer Reservemaschine (Lokomobile) erforderlich. In der angeforderten Summe von 10 000 M. sind auch die Kosten für die Anschlußvorrichtungen ꝛc. enthalten.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
VI.		**Steuerverwaltung.**				
		A. **Ordentlicher Etat.**				
		I. **Zentralverwaltung.**				
	1.	Gehalte.				
		1 Direktor B. 1	7 500			
		1 Vorsitzender Rat B. 3	6 800			
		6 Kollegialmitglieder C. 2	31 740			
		1 Vorstand der Bezirksfinanzverwaltung D. 1 als Hilfsarbeiter im Kollegium statt eines zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6. Budgetmäßige Dienstzulage 300 ℳ.	—	300		
		4 Katasterinspektoren D. 1	19 170			
		2 Steuerinspektoren D. 1	6 000			
		1 Sekretär D. 3	2 500			
		1 (gegen bisher 2) zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6	5 000			
		3 Revisionsvorstände E. 2	12 550			
		4 Steuerkommissäre II. Gehaltsklasse bei den Katasterkontrollen E. 3	11 240	520		
		14 (statt 12) Stellen nach F. 3: Revisoren (10), Expeditoren und Registratoren (4 statt 2)	42 460			
		3 Kostenrevisoren F. 3	8 240			
		3 tarifmäßige Dienstzulagen je 300 ℳ.	900			
		41 Beamte . . . . . Übertrag	154 100	820		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
M.	M.	
		Die bisher für die Dauer der Neueinschätzung der Waldungen bewilligte Stelle eines Oberförsters als Hilfsarbeiter der Steuerdirektion fällt weg. Für die Dauer der Neueinschätzung der Grundstücke und Gebäude war die Stelle eines zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6 bewilligt. Dieselbe hätte jetzt, nachdem die Neueinschätzung beendigt ist, in Wegfall zu kommen. Inzwischen haben aber die Geschäfte der Steuerdirektion andauernd und in solchem Maße eine Zunahme erfahren, daß eine bleibende Verstärkung des Kollegiums nicht mehr länger umgangen werden kann. Doch soll zunächst, auch um eine etwaige Versetzung des Beamten in den Bezirksfinanzdienst zu ermöglichen, nicht die Stelle eines Kollegialmitglieds nach C. 2, sondern die eines Vorstands der Bezirksfinanzverwaltung nach D. 1 als Hilfsarbeiter im Kollegium in Anforderung gebracht werden. Der Beamte erhält eine Dienstzulage nach §. 12 Absatz 2 Gehaltsordnung von 300 M.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Wegen der hier wegfallenden zweiten Beamtenstelle vergleiche obige Mehrforderung einer Stelle D. 1.
		Diese Stellen waren bisher mit Revisoren (F. 3) besetzt, die aus der Reihe der Steuerkommissäre Gehaltsklasse III. (G. 2) und Steuerkommissärassistenten (G. 5) zu entnehmen waren. Sobald diese Beamten nach ihrem Dienstalter für die Beförderung zu Steuerkommissären II. Gehaltsklasse (E. 3) in Betracht kamen, drängten sie nach Rückversetzung in den Bezirksdienst, der zudem durch Tagegelder usw. Vorteile bietet. Um diesen im dienstlichen Interesse oft unerwünschten Wechsel vermeiden zu können, sowie zur Gewinnung tüchtiger Kräfte für die Stellen der bisherigen Revisoren der Katasterkontrolle sollen hierfür Steuerkommissäre II. Gehaltsklasse nach E. 3 des Gehaltstarifs angefordert werden.
		Infolge der Übertragbarkeit der Stellen sind z. Zt. zwei Stellen mehr besetzt, wogegen von den Stellen G. 5 zwei weniger besetzt sind. Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. 1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 100 M. für die Führung der Handkassenrechnung, vergleiche §. 3 c.
		Die bisherigen 4 Revisoren der Katasterkontrolle fallen wegen der Anstellung der Beamten als Steuerkommissäre II. Gehaltsklasse (E. 3 des Gehaltstarifs) weg. S. o.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VI.)	(1.)	41 Beamte . . . . . Übertrag	154 100	820		
		16 Stellen nach G. 5: Revidenten (15 statt bisher 13), Registraturassistenten (1 statt bisher 3).	32 290	1 500		
		davon übertragbar (vergl. Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1):				
		6 (bisher 7) Stellen mit den gleichartigen Stellen bei der Domänen-, Steuer- und Zollverwaltung.				
		10 (bisher 9) Stellen (Revidenten der Katasterkontrollen) mit den Stellen der Steuerkommissärassistenten § 13.				
		7 Bureauassistenten J. 6	11 850			
		7 tarifmäßige Dienstzulagen je 100 ℳ.	700			
		4 Stellen (bei den Katasterkontrollen) übertragen sich mit den gleichartigen Stellen bei den Steuerkommissären (vergl. Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1).				
		3 (statt bisher 2) Kanzleiassistenten J. 7	4 300			
		3 Kanzleidiener K. 3	4 050	"		
		70 (gegen bisher 68) Beamte	207 290	2 320		
		Voranschlag für 1906: . . . . . 219 127 ℳ				
		" " 1907: . . . . . 224 022 "				
		" " ein Jahr durchschnittlich . . . . 221 575 ℳ.				
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 218 300 "			218 300	203 000
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			47 500	45 300
	3.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Vergütungen und andere ständige Bezüge der nichtetatmäßigen Beamten, sowie Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe			3 000	5 820
		b. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			3 504	4 096
		Übertrag . .			272 304	258 216

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ	ℳ	
		Wegen der Übertragbarkeit der Stellen sind hier 2 Stellen weniger besetzt; s. o. F. 3 und die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Zugang eine Stelle wegen andauernder starker Zunahme der Geschäfte bei dem Kontrollbureau. Wegen der Übertragbarkeit ist hier eine Stelle mehr, dagegen unter §. 13 G. 5 eine Stelle weniger besetzt.
		Wegen der Übertragbarkeit ist eine Stelle mehr besetzt; vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.
		Die Beamten beziehen wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten, wofür einem Beamten 30 ℳ. auf den Gehalt angerechnet werden.
15 300	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch vorbezeichneten Zugang und Änderung von Stellen erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
2 200	—	4 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
—	2 820	1 Schreibgehilfe (gegen bisher 2) . . . . . 1 500 ℳ. Es fallen weg: 1 Revisionsgehilfe wegen Mehrbesetzung einer Revidentenstelle der Katasterkontrolle und 1 Schreibgehilfe wegen Mehrbesetzung einer Kanzleiassistentenstelle. Für Stellvertretung und Aushilfe . . . . . 1 500 „ zusammen . . 3 000 ℳ.
—	592	Rechnungsdurchschnitt.
17 500	3 412	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VI.)		Übertrag . .	272 304	258 216
	(3.)	c. Sonstige persönliche Ausgaben	1 159	1 180
	4.	Sachliche Amtsunkosten	11 454	13 520
		Summe I . .	284 917	272 916

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		II. Bezirksverwaltung. (Kassenverwaltung und Steueraufsicht.)	ℳ.	ℳ.		
	5.	Gehalte.				
		24 (statt bisher 23) Vorstände von Finanzämtern D. 1 .	99 730	4 330		
		12 Kassenzulagen (3 zu 170 ℳ, 9 zu 130 ℳ.)	3 220			
		24 Beamte haben Dienstwohnungen, davon 1 in gemietetem Gebäude.				
		3 (statt bisher 1) zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6	3 500	4 000		
		3 Kassenzulagen (2 zu 210 ℳ, 1 zu 130 ℳ.)	210			
		27 Beamte . . . . . Übertrag	106 660	8 330		

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
17 500	3 412	
—	21	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten: 1 Beamter für die Führung der Handkasse . . . . . 100 *M.* Honorare wegen der Finanzassistentenprüfung (für 5 Kollegialmitglieder der Finanzmittelstellen und 1 Professor einer Lehranstalt) . . . . . 900 „ b. für Dienstkleidung von 3 Kanzleidienern . . . . . 150 „ c. Beiträge zur Invalidenversicherung (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 9 „ zusammen . . 1 159 *M.*
—	2 066	a. Kredit der Handkasse der Steuerdirektion, wie bisher . . . . . 8 500 *M.* b. Diensterfordernisse im allgemeinen nach dem Rechnungsdurchschnitt der Jahre 1903/1904 . . . . . 2 717 „ (das Jahr 1902 ist wegen eines außergewöhnlichen Aufwands außer Betracht gelassen) c. Sonstige Amtsunkosten (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 237 „ zusammen . . 11 454 *M.*
17 500 5 499	5 499	
12 001		

Zugang 1 Stelle wegen Neuerrichtung eines Finanzamts in Karlsruhe. Die Geschäfte beim Hauptsteueramt Karlsruhe, bei dem der Steuer- und Zolldienst vereinigt sind, haben in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß besonders die Oberbeamten überlastet sind und für den Dienstvorstand ein Überblick über den Gesamtdienst nicht mehr möglich ist. Da unter solchen Umständen der Geschäftsgang bei diesem Amt Not leiden muß, empfiehlt es sich, ähnlich wie das früher in Mannheim geschehen ist, von dem Hauptsteueramt den größten Teil des Steuerdienstes abzutrennen und einem in Karlsruhe neu zu errichtenden Finanzamt zu übertragen. Das Finanzamt Karlsruhe würde der Einwohnerzahl nach das zweitgrößte des Landes sein und auch die Geschäftsaufgabe des verkleinerten Hauptsteueramts Karlsruhe würde noch weit über den Durchschnitt derjenigen der übrigen Hauptsteuerämter hinausreichen.

Kassenzulagen gegen bisher weniger 1 540 *M.* wegen teilweiser Übertragung der Kassenführung an Beamte der Abteilungen D. 3 und F. 5.

Nebengehalte: 1 Beamter bezieht für die Führung der Gymnasiumskasse Donaueschingen 640 *M.*, 1 Beamter für die Führung der Kasse des Gymnasiums und des Vorseminars Tauberbischofsheim 600 *M.* und 1 Beamter für die Führung der Badanstaltenkasse in Badenweiler 400 *M.* aus den Kassen dieser Anstalten.

Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.

Zugang 2 Stellen, und zwar 1 Stelle für das neu zu errichtende Finanzamt Karlsruhe und 1 Stelle zur Herbeiführung der im dienstlichen Interesse gebotenen Entlastung der Dienstvorstände insbesondere von Kassengeschäften bei Finanzämtern.

Kassenzulagen gegen bisher mehr 340 *M.* infolge Errichtung von zwei neuen Stellen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VI.)	(5.)	27 Beamte . . . . . Übertrag	106 660	8 330		
		10 Oberbuchhalter F. 5	21 330	3 200		
		Davon übertragbar:				
		8 Stellen (im Verrechnungsdienst) für den Bereich der Domänen-, Steuer- und Zollverwaltung,				
		2 Stellen (als Obersteuerkontrolleure) für den Bereich der Steuer- und Zollverwaltung.				
		7 Kassenzulagen (3 zu 210 ℳ., 2 zu 170 ℳ., 2 zu 130 ℳ.)	560			
		58 (statt bisher 49) Stellen nach G. 5: Buchhalter (38 statt bisher 29), Steuerkontrolleure (20)	115 380	3 000		
		6 tarifmäßige Dienstzulagen je 200 ℳ., 9 Dienstzulagen gemäß § 5 Ziffer 1 der Gehaltsordnungsnovelle vom 9. Juli 1894 je 75 ℳ.	3 770			
		23 Kassenzulagen (1 zu 210 ℳ., 2 zu 170 ℳ., 8 zu 130 ℳ., 3 zu 90 ℳ., 3 zu 60 ℳ. und 6 zu 40 ℳ.)				
		1 Beamter hat Dienstwohnung.				
		30 Steuereinnehmer (Gehaltsklasse I.) H. 2	66 730			
		17 tarifmäßige Dienstzulagen (Anmerkg. 9a zu Abteilung H. des Gehaltstarifs)	5 250			
		30 Kassenzulagen zu 80 ℳ.				
		22 statt bisher 20 Beamte haben Dienstwohnungen, davon 10 (bisher 11) in gemieteten Gebäuden.				
		35 Steuereinnehmer (Gehaltsklasse II.) J. 4	67 217			
		35 Kassenzulagen (34 zu 80 ℳ. und 1 zu 60 ℳ.) . . .	2 780			
		23 statt bisher 17 Beamte haben Dienstwohnungen, davon 21 (bisher 15) in gemieteten Gebäuden.				
		55 (statt bisher 35) Steuereinnehmer (Gehaltsklasse III.) K. 2	51 462	25 000		
		55 Kassenzulagen (13 zu 80 ℳ., 41 zu 60 ℳ. und 1 zu 40 ℳ.)	2 490			
		11 Beamte (bisher 8) haben Dienstwohnungen, davon 10 (bisher 7) in gemieteten Gebäuden.				
		60 (statt bisher 52) Steuereinnehmereiassistenten J. 9 . .	78 655	9 600		
		60 Kassenzulagen (59 zu 80 ℳ., 1 zu 60 ℳ.)	4 140			
		36 (statt bisher 35) Steueroberaufseher J. 11	61 677	1 400		
		2 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		6 Revisionsaufseher J. 12	9 870			
		207 (statt bisher 203) Steueraufseher K. 5	292 463	4 800		
		3 (bisher 2) Beamte haben Dienstwohnungen.				
		524 Beamte . . . . . Übertrag	890 434	55 330		

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger	Erläuterungen.
M.	M.	
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Infolge der Übertragbarkeit sind hier 2 Stellen weniger besetzt, wogegen unter §. 7a. 2 Stellen mehr erscheinen. 1 Stelle ist z. Zt. unbesetzt. Zugang 2 Stellen zur Herbeiführung der im dienstlichen Interesse gebotenen Entlastung der Dienstvorstände insbesondere von Kassengeschäften bei den Finanzämtern. Kassenzulagen gegen bisher mehr 330 M. infolge von Übertragung der Kassenführung von Beamten der Abteilung D. 1. Nebengehalt: 1 Beamter bezieht für die Führung der Gymnasiumskasse Mannheim aus der Kasse dieser Anstalt 650 M.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Wegen der Übertragbarkeit sind z. Zt. 7 Stellen mehr (56 statt 49) besetzt, wofür unter §. 7a sieben erste Gehilfenstellen wegfallen. Zugang 2 Stellen für das neu zu errichtende Finanzamt Karlsruhe. Der Mehrbedarf an Kassenzulagen mit 1510 M. ist teils durch die infolge der Entlastung der Dienstvorstände gebotene anderweite Einteilung der Kassenführung, teils durch die Errichtung neuer Nebenkassen veranlaßt.
		Mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse sollen weitere 11 Steuereinnehmer der Gehaltsklassen I. bis III mit Dienstwohnungen, die zugleich die Diensträume enthalten, ausgestattet werden.
		Wegen Vermehrung der Dienstwohnungen siehe Erläuterung oben zu H. 2.
		Zur Ermöglichung der etatmäßigen Wiederanstellung von Untererhebern aus der Zahl der Ruhegehaltsempfänger sollen zunächst 20 Stellen in Anforderung kommen, wogegen unter §. 7b die gleiche Zahl Untererheber in Wegfall zu kommen hat. Der Mehrbedarf an Kassenzulagen ist durch den Zugang von neuen Stellen bedingt. Wegen Vermehrung der Dienstwohnungen siehe Erläuterung oben zu H. 2.
		Zugang 8 Stellen wegen Geschäftsvermehrung. Aus gleichem Anlaß sind 8 weitere Kassenzulagen vorzusehen.
		Zugang 1 Stelle wegen der Neuerrichtung des Finanzamts Karlsruhe. 4 Stellen werden z. Zt. durch Steueraufseher K. 5 versehen.
		Die bisher für 1 Revisionsaufseher bewilligte Dienstwohnung ist einem Steueraufseher zugewiesen worden.
		Zugang 4 Stellen wegen Geschäftsvermehrung. Wegen des Zugangs einer Dienstwohnung siehe Erläuterung vorstehend zu J. 12.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(VI.)	(5.)	524 Beamte . . . . . Übertrag	890 434	55 330		
		7 Kanzleiassistenten bei den Bezirksfinanzstellen K. 6	4 700	3 300		
		21 (statt bisher 16) Stellen nach K. 7: Kassendiener (9 statt bisher 8), Steuerboten (12 statt bisher 8) . . . . . 1 Beamter hat Dienstwohnung.	16 690	2 480		
		552 statt bisher 502 Beamte . Summe	911 824	61 110		
		Hiervon ab die an Stelle von Gehalt gewährten wandelbaren Bezüge	4 330			
			907 494			
		Voranschlag für 1906	1 004 568 M.			
		„ „ 1907	1 016 894 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . .	1 010 731 M.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund			995 600	914 600
	6.	**Wohnungsgeld.**				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 5 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			175 700	157 400
		Sonstige persönliche Ausgaben (§§. 7—12).				
	7.	Vergütungen und andere ständige Bezüge der nichtetatmäßigen Beamten:				
		a. bei den Finanzämtern			94 435	92 700
		Übertrag . .			1 265 735	1 164 700

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Wegen des Gemeinschaftsetats sind z. Zt. 3 Stellen weniger besetzt. Zugang 3 Stellen wegen Geschäftsvermehrung, und zwar 1 Stelle beim Finanzamt Mannheim und 2 Stellen für das neu zu errichtende Finanzamt Karlsruhe.
		Zugang 1 Kassendiener für das Finanzamt Karlsruhe, 4 Steuerboten wegen Geschäftsvermehrung. 1 Stelle ist z. Zt. unbesetzt und 1 Stelle mit einem nichtetatmäßigen Beamten besetzt. Die Steuerboten beziehen wandelbares Einkommen zu Lasten von §. 25.
81 000	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch obenbezeichneten Zugang und Änderungen von Stellen erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
18 300	—	15 Beamte der Abteilung D. des Gehaltstarifs beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. (§. 4 des Wohnungsgeldgesetzes); 3 früher der Abteilung J. angehörige Beamte der Abteilung K. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung J. (§. 23 Absatz 1 des Beamtengesetzes).
1 735	—	**Für 64 Gehilfen, und zwar:** 2 Finanzpraktikanten als Gehilfen der Dienstvorstände bei größeren Finanzämtern zu 1900 ℳ, 15 erste Gehilfen zu 1500 ℳ, 25 zweite zu 1300 ℳ und 22 dritte zu 1150 ℳ . . . . . 84 100 ℳ Wegen der Übertragbarkeit der Stellen F. 5 und G. 5 sowie K. 6 sind hier 5 erste Gehilfenstellen weniger (7 weniger und 2 mehr), somit statt früher 19 nur 14, sowie 3 dritte Gehilfenstellen mehr (22 statt 19) anzufordern. Zugang 2 Finanz-Amtsgehilfen (ältere Praktikanten) zur Herbeiführung der im dienstlichen Interesse gebotenen Entlastung der Dienstvorstände bei Finanzämtern, sowie 1 erster Gehilfe zur Führung der Gerichtskostenkasse beim Finanzamt Mannheim an Stelle eines zweiten Gehilfen, der an das Finanzamt Thiengen wegen Geschäftsvermehrung übergeht. Für 12 Diener (1 mehr für das Finanzamt Mosbach) (11 zu 500 ℳ und 1 zu 250 ℳ) . . . . 5 750 „ Wartegeld für stellenlose Gehilfen, wie seither . . . . . 4 500 „ Beiträge zur Invalidenversicherung (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 85 „ zusammen . . 94 435 ℳ
101 035	—	

Titel	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag . .	1 265 735	1 164 700
	(7.)	b. bei den Steuererhebersdiensten	557 405	507 287
	8.	Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	50 000	38 269
	9.	Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	83 524	80 176
	10.	Kosten der Abrechnung mit den Steuererhebern	96 805	99 512
	11.	Aufwand für Dienstkleidung	16 344	15 384
		Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der nichtetatmäßigen Beamten . .	—	6 000
		Sachliche Ausgaben.		
	12.	Sachliche Amtsunkosten:		
		a. bei den Finanzämtern	32 252	29 161
		b. bei den Steuererhebersdiensten	130 030	118 735
		c. bei der Steueraufsicht	4 848	4 760
		Summe II. . .	2 236 943	2 063 984

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
101 035	—	
50 118	—	Die Vergütungen der Untererheber wurden bestehender Verordnung gemäß neu berechnet; sie betragen für 1408 (gegen bisher 1426) Untererheber . . . . . 464 157 *M.* Abgang 20 Stellen wegen Anforderung unter K. 2; Zugang 2 neue Stellen. Für 27 Bureaugehilfen zu durchschnittlich 1 220 *M.* . . . . . 32 940 „ Für 26 Steuermahner zu durchschnittlich 760 *M.* . . . . . 19 760 „ Kassenzulagen für sämtliche Untererheber . . . . . 35 970 „ Desgleichen für 23 Bureaugehilfen . . . . . 1 540 „ Beiträge zur Invalidenversicherung nach dem Durchschnitt der Jahre 1903/4. (Der dreijährige Rechnungsdurchschnitt ist wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse des Jahres 1902 nicht anwendbar.) . . . . 3 038 „ zusammen . . 557 405 *M.*
11 731	—	Rechnungsdurchschnitt 66 654 *M.* Mit Rücksicht auf die vorgesehene Vermehrung der ständigen Beamten dürfte der Betrag von 50 000 *M.* hinreichen. Unter der Anforderung sind 540 *M.* Vergütungen an Gerichtsschreibereibeamten für Auszahlung von Zeugengebühren enthalten.
3 348	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	2 707	Rechnungsdurchschnitt.
960	—	a. Für 6 Revisionsaufseher freie Dienstkleidung im durchschnittlichen Wert von 54 *M.* . . . . . 324 *M.* Bauschbeträge für Unterhaltung der Dienstkleidung und der Waffen je 18 *M.* . . . . . 108 „ b. Für 36 Steueroberaufseher und 207 Steueraufseher, zusammen 243 Aufseher zu 55 *M.* 50 *Pf.* (gegen seither 54 *M.*) . . . . . 13 486 „ c. Für 12 Steuerboten und 26 Steuermahner, zusammen 38 Beamte zu 52 *M.* (gegen seither 50 *M.*) . 1 976 „ d. Für 9 Kassendiener zu 50 *M.* . . . . . 450 „ zusammen . . 16 344 *M.*
—	6 000	Kommt hier in Wegfall wegen Einstellung der Mittel in einer Sammelposition für den ganzen Bereich der Finanzverwaltung.
3 091	—	Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag von 2 000 *M.* wegen des neu zu errichtenden Finanzamts Karlsruhe. Unter der Anforderung sind 1 040 *M.* Bauschbeträge an 4 Dienstvorstände wegen Stellung der Bedienung ꝛc. enthalten. (Die Bauschvergütung des Dienstvorstandes beim Finanzamt Mosbach fällt wegen der Anstellung eines Dieners weg.)
11 295	—	a. Bauschvergütungen an 91 etatmäßige Steuererheber ohne Gehilfen nach dem Stand auf 1. Juli 1905 16 584 *M.* An 1 408 nichtetatmäßige Steuererheber nach der verordnungsgemäß neu erfolgten Festsetzung . . . 93 069 „ b. an 29 etatmäßige Steuererheber für Reinigung und Bedienung auf 1. Juli 1905 . . . . . 2 091 „ Für 38 Steuerboten und Steuermahner für Schreibbedürfnisse je 9 *M.* . . . . . 342 „ Kredite für 29 etatmäßige Steuererheber nach dem Stand auf 1. Juli 1905 . . . . . 10 410 „ c. Sonstiger Aufwand (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 7 534 „ zusammen . . 130 030 *M.*
88	—	a. Bauschbeträge zur Anschaffung von Schreibbedürfnisgegenständen: Für 36 Steueroberaufseher je 24 *M.* = 864 *M.*, für 207 Steueraufseher je 18 *M.* = 3 726 *M.*, zusammen . . . . . 4 590 *M.* b. Sonstiger Aufwand (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 258 „ zusammen . . 4 848 *M.*
181 666	8 707	
8 707		
172 959		

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
		III. Katastrierung der direkten Steuern.				
VI.	13.	Gehalte.				
		1 Bezirkssteuerinspektor D. 1 und 12 zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6 als Steuerkommissäre	35 960			
		10 (bisher 7) Beamte haben Dienstwohnungen, davon 8 (bisher 5) in gemieteten Gebäuden.				
		12 Steuerkommissäre (Gehaltsklasse I.) E. 1	49 510			
		Dienstzulagen (siehe Erläuterungen)	4 000			
		5 (bisher 6) Beamte haben Dienstwohnungen, davon 4 (bisher 5) in gemieteten Gebäuden.				
		24 Steuerkommissäre (Gehaltsklasse II.) E. 3	75 590			
		1 budgetmäßige Dienstzulage	300			
		17 (bisher 18) Beamte haben Dienstwohnungen, davon 13 (bisher 15) in gemieteten Gebäuden.				
		25 (statt bisher 23) Steuerkommissäre (Gehaltsklasse III.) G. 2	53 260	3 000		
		2 budgetmäßige Dienstzulagen		600		
		19 (bisher 16) Beamte haben Dienstwohnungen in gemieteten Gebäuden.				
		41 (gegen 39) Steuerkommissärassistenten G. 5	69 360	4 500		
		5 tarifmäßige Dienstzulagen zu 200 ℳ.	1 000			
		8 Bureauassistenten J. 6	11 200			
		5 tarifmäßige Dienstzulagen zu 100 ℳ.	500			
		2 Diener K. 7	2 220			
		125 bisher 121 Beamte . Summe	302 900	8 100		
		Voranschlag für 1906	335 487 ℳ.			
		„ „ 1907	342 914 „			
		„ „ für ein Jahr durchschnittlich . .	339 200 ℳ.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ % rund			334 100	311 100
		Übertrag . .			334 100	311 100

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Es wird vorbehalten, von den unter G. 2 angeforderten (25) Stellen im Bedarfsfalle eine mit einem Beamten nach D. 1 oder D. 3/6 zu besetzen, in welchem Falle sich die für diese Beamten hier vorgesehene Stellenzahl auf 14 erhöht. 2 Stellen sind z. Zt. mit nichtetatmäßigen Beamten besetzt. 1 Beamter ist gemäß Anmerkung 3 zu Abteilung D. des Gehaltstarifs mit den Bezügen und Dienstrechten der Bezirkssteuerinspektoren (D. 1) angestellt. Zur wohnlichen Unterbringung der Steuerkommissäre der verschiedenen Gehaltsklassen werden im ganzen zu den bisher bewilligten 47 Dienstwohnungen vier weitere, somit im ganzen 51 angefordert.
		1 Beamter ist nach Anmerkung 3 Absatz 2 zu Abteilung D des Gehaltstarifs nach D. 1 zu behandeln. Dienstzulagen: 6 Beamte beziehen tarifmäßige Dienstzulagen und zwar 5 von je 300 ℳ, 1 von 100 ℳ. 1 Beamter bezieht eine Dienstzulage von 200 ℳ zur Ausgleichung des früheren Gebührenbezugs und die Steuerkommissäre in den Stadtbezirken der fünf größten Städte des Landes beziehen budgetmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ. Es kommen hier 7 solcher Dienstzulagen mit zusammen 1400 ℳ in Anforderung. 2 Stellen werden z. Zt. durch Steuerkommissäre Gehaltsklasse II (E. 3) versehen.
		Dienstzulagen: Die Steuerkommissäre der größten Stadtbezirke, sofern sie nicht der I. Gehaltsklasse angehören, erhalten budgetmäßige Dienstzulagen von je 300 ℳ. 6 Stellen werden z. Zt. durch Steuerkommissäre Gehaltsklasse III (G. 2) versehen.
		Zugang je einer Stelle für die Stadtbezirke Mannheim und Freiburg wegen der Bevölkerungszunahme, namentlich durch Eingemeindung der umliegenden Orte. Dienstzulagen: Die Steuerkommissäre der größten Stadtbezirke, sofern sie nicht der I. Gehaltsklasse angehören, erhalten budgetmäßige Dienstzulagen von je 300 ℳ. Es wird vorbehalten, von den hier vorgesehenen Stellen eine mit einem Beamten der Abteilung D. 1 oder D. 3/6 zu besetzen, s. o. die Erläuterungen zu D. 1 und D. 3 bezw. D. 6.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Abgang 1 Stelle wegen Mehrbesetzung unter §. 1 G. 5 (Revidenten der Katasterkontrolle). Zugang 3 Stellen, für die ein dienstliches Bedürfnis besteht; dagegen fallen 3 erste Gehilfenstellen unter §. 15a weg. Zur Ausbildung im direkten Steuerwesen werden hier wie bisher $4 \times 400 = 1600$ ℳ vorgesehen; soweit diese Dienstzulagen an nichtetatmäßige Beamte gewährt werden, erfolgt deren Verrechnung unter §. 15a.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. 3 Stellen werden z. Zt. durch nichtetatmäßige Beamte versehen.
		1 Stelle ist z. Zt. mit einem nichtetatmäßigen Beamten besetzt.
23 000	...	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch obenbezeichneten Stellenzugang begründet, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
23 000	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag .	334 100	311 100
	14.	Wohnungsgeld.		
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Ortszulagen und Dienstzulagen nach §§ 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 13 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme	59 600	57 600
	15.	Andere persönliche Ausgaben:		
		a. Vergütungen und andere ständige Bezüge der nichtetatmäßigen Beamten . . .	144 100	143 100
		b. Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	15 649	15 000
		c. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	47 384	48 721
		d. Sonstige persönliche Ausgaben	58 276	64 403
	16.	Sachliche Amtsunkosten	42 478	42 821
		Summe III . .	701 587	680 745
		IV. **Abgang und Rückersatz.**		
	17.	Bei den direkten Steuern:		
		a. bei der Grund- und Häusersteuer	11 035	10 952
		b. bei der Gewerbsteuer	121 119	100 896
		c. bei der Kapitalrentensteuer	27 033	26 864
		d. bei der Einkommensteuer	1 211 931	1 242 003
	18.	Bei den indirekten Steuern	1 025 442	1 071 514
	19.	Bei den Justiz- und Polizeigefällen	335 784	328 427
		Übertrag . .	2 732 344	2 780 656

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
23 000	—	
2 000	—	1 Beamter der Abteilung D. bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung C. (§. 4 des Wohnungsgeldgesetzes).
1 000	—	Für 100 Gehilfen, und zwar: 13 erste zu je 1500 *M.*, 73 zweite zu 1300 *M.* und 14 dritte zu 1150 *M.* . . . . . 130 500 *M.* Zugang: 1 erster Gehilfe für die in Wegfall gekommene Steuerkommissärassistentenstelle (siehe oben §. 13 zu G. 5). Abgang: 3 erste Gehilfen wegen Anforderung unter §. 13 G. 5. Für Ausbildung im Katasterdienst gegen seither 6000 *M.* . . . . . 10 000 „ wegen der im dienstlichen Interesse gelegenen Ausbildung einer größeren Anzahl von Finanzpraktikanten im direkten Steuerwesen. Für 3 Diener zu 1200 *M.* (wie seither) . . . . . 3 600 „ zusammen . . 144 100 *M.*
2 649	—	Rechnungsdurchschnitt.
	1 337	Rechnungsdurchschnitt.
—	6 127	a. Gebühren der Hilfspersonen bei Feststellung der Steuern (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 57 971 *M.* b. Beiträge zur Invalidenversicherung (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 55 „ c. Für Dienstkleidung der 5 Diener der Steuerkommissärdienste je 50 *M.* . . . . . 250 „ zusammen . . 58 276 *M.*
—	343	a. Kredite für 69 Steuerkommissärdienste (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 27 225 *M.* b. Bauschbeträge für Stellung der Geschäftsräume einschließlich Heizung, Beleuchtung, Reinigung und Bedienung, ferner Bauschbeträge lediglich für Reinigung und Bedienung (Rechnungsdurchschnitt) . . . 10 286 „ c. sonstiger Aufwand (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 4 967 „ zusammen . . 42 478 *M.*
28 649 7 807	7 807	
20 842		
83	—	Rechnungsdurchschnitt.
20 223		Rechnungsdurchschnitt.
169	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	30 072	Rechnungsdurchschnitt.
—	46 072	Rechnungsdurchschnitt.
7 357	—	Rechnungsdurchschnitt.
27 832	76 144	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VI.)		Übertrag . .	2 732 344	2 780 656
	20.	Bei den verschiedenen Einnahmen	1 268	1 608
		Summe IV.	2 733 612	2 782 264
		V. **Sonstige Ausgaben.**		
	21.	Wegen der Wandergewerbsteuer	56 511	54 084
	22.	Wegen der indirekten Steuern	23 145	22 679
	23.	Wegen der Justiz- und Polizeigefälle:		
		a. für Festsetzung der Gerichtskosten, Sporteln und Rechtspolizeigebühren der Gerichte	10 000	20 730
		b. für Festsetzung der Sporteln, Taxen und Strafen der Verwaltungsbehörden, sowie der Abhörgebühren	20 600	22 880
		c. Kosten der Prüfung des Ansatzes der Gerichts-, Notariats- und Grundbuchkosten sowie der Sporteln	9 907	9 238
		d. Strafanteile der Gemeinden	9 683	9 450
		e. Lasten der Forststrafgefälle	12 269	13 154
		f. Lasten der Hundstaxen	317 186	296 902
	24.	Aufwand für gestempelte und kontrollierte Vordrucke	8 873	10 998
	25.	Gefällbetreibungskosten	18 786	18 192
	26.	Wegen des Steuerstrafverfahrens	648	626
	27.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	56 985	57 717
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	7 445	6 624
		c. Telegraphengebühren	152	91
		Übertrag . .	552 190	543 365

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
27 832	76 144	
—	340	Rechnungsdurchschnitt.
27 832	76 484 27 832	
—	48 652	
2 427	—	Rechnungsdurchschnitt. Gemeindeanteile nach §. 17 des Gesetzes vom 8. Mai 1899.
466	—	Rechnungsdurchschnitt. Die Steueraufseher beziehen für die Einsammlung von Akziskontrollzeichen besondere Gebühren aus der Steuerkasse, ebenso einzelne Steuererheber für Kontrollhandlungen in ausgedehnten Dienstbezirken. Auch werden die Gebühren der Steuererheber für außergewöhnliche Dienstverrichtungen hier verrechnet.
—	10 730	Rechnungsdurchschnitt 21 196 *M.* Mit Rücksicht auf den gemäß §. 179 Absatz 1 der Gerichtskostenordnung vom 10. Januar 1900 allmählich eintretenden Wegfall dieser Gebühren ist ein dem bisherigen Rückgang entsprechender Betrag in Abzug gebracht.
—	2 280	Rechnungsdurchschnitt 27 724 *M.* Statt dessen wurde, weil in den Jahren 1903 und 1904 außerordentliche, in der nächsten Budgetperiode nicht wiederkehrende Ausgaben vorkommen, der seitherige Budgetsatz der Anforderung zugrunde gelegt, jedoch mit Rücksicht auf den gemäß §. 83 Absatz 3 der Verwaltungsgebührenordnung vom 30. November 1895 allmählich eintretenden Wegfall dieser Gebühren ein dem bisherigen Rückgang entsprechender Betrag davon abgezogen.
669	—	Rechnungsdurchschnitt.
233	—	Rechnungsdurchschnitt.
	885	Rechnungsdurchschnitt.
20 284	—	Rechnungsdurchschnitt; vergleiche auch Einnahme §. 16.
—	2 125	Rechnungsdurchschnitt.
594	—	Rechnungsdurchschnitt. Die Steuerboten und Steuermahner, sowie die Steueraufseher erhalten für Mahnung von Gefällschuldnern und für Vollstreckung in gewissen Fällen besondere Gebühren aus der Steuerkasse, ebenso die Gerichtsvollzieher für Zustellung und dergleichen bei Betreibung der Steuergefälle. Die durch Postnachnahme bezahlten Betreibungskosten werden bestehender Vorschrift gemäß bei §. 27 Versendungskosten verrechnet.
22	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	732	Rechnungsdurchschnitt. Anteil an der Bauschsumme 35 306 *M.*
821	—	Rechnungsdurchschnitt.
61	—	Rechnungsdurchschnitt.
25 577	16 752	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag . .	552 190	543 365
	28.	Mietzinse für Dienstgebäude	85 185	71 121
	29.	Bauaufwand	18 147	15 218
	30.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	1 422	1 476
		Summe V.	656 944	631 180
		Wiederholung.		
		Summe I.	284 917	272 916
		„ II.	2 236 943	2 063 984
		„ III.	701 587	680 745
		„ IV.	2 733 612	2 782 264
		„ V.	656 944	631 180
		„ A. Ordentlicher Etat	6 614 003	6 431 089
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	13 228 006	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	Voranschlag für 1906/07 zusammen M.	
	1.	Revision der Klasseneinteilung des landwirtschaftlichen Geländes	5 000	—
		Übertrag .	5 000	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
25 577	16 752	
14 064	—	Für Anmietung von Diensträumen und Dienstwohnungen nach dem derzeitigen Stand: Für 1 Finanzamt, 50 Steuerkommissärdienste und 42 Steuereinnehmereien . . . . . 79 901 M. Dazu für Diensträume und Mietwohnungen für 4 nichtetatmäßige Steuereinnehmereien und für einen Steuerkommissär . . . . . 2 160 „ Für Wasserzinse . . . . . 524 „ Ferner für eine Dienstwohnung des Vorstandes des Finanzamts Karlsruhe und für einen Steuerkommissär 2 600 „ zusammen . . 85 185 M. Hiervon entfallen auf Diensträume 28708 und auf Wohnungen 56477 M.
2 929	—	1. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand nach dem Rechnungsdurchschnitt der 4 Jahre 1901/4 12 163 M. Wegen der Unterhaltung der neu hinzugekommenen Gebäude werden hier angefordert . . . . . 13 000 M. 2. Aufwand für größere Herstellungen im Anschlag von 10 294 M., für 1 Jahr . . . . . 5 147 „ zusammen . . 18 147 M.
—	54	Rechnungsdurchschnitt nach Ausscheidung eines außergewöhnlichen Postens. Die Gerichtsvollzieher erhalten für Zustellungen und dergleichen in Civilprozessen, die Sanitätsbeamten für körperliche Untersuchung von Beamten und für Ausstellung eines Zeugnisses hierüber auf Ersuchen einer Steuerbehörde besondere Gebühren.
42 570 16 806	16 806	
25 764		
12 001	—	
172 959	—	
20 842	—	
—	48 652	
25 764	—	
231 566 48 652	48 652	
182 914		
—		Da der auf Ende des Jahres 1905 etwa noch unverwendete Rest von dem im Staatsvoranschlag für 1902/03 bewilligten Kredit von 20000 M. erlischt, die Revisionsarbeiten aber bis dahin voraussichtlich nicht vollständig durchgeführt sein werden, so ist die Einstellung einer weiteren Summe zur Deckung des noch bevorstehenden Aufwands erforderlich.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag . .	5 000	
	2.	Überweisung des alten evangelischen Pfarrhauses in Durlach vom Domänen- an den Steueretat	24 600	—
	3.	Beschaffung eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Müllheim	75 300	—
	4.	Beschaffung eines Dienstgebäudes für die Steuerkommissärdienste in Pforzheim . . .	110 000	—
	5.	Ankauf des Grundstücks für das in der Budgetperiode 1904/05 erstellte Dienstgebäude für die Steuereinnehmereien und für 2 Steuerkommissäre in Freiburg	33 100	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	248 000	
		Hierzu Summe A. Ordentlicher Etat	13 228 006	
		„ Tit. VI. für beide Jahre . .	13 476 006	

VII.			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	
		Zollverwaltung.			
		A. Ordentlicher Etat.	M.	M.	
		I. Zentralverwaltung.			
	1.	Gehalte.			
		1 Direktor der Kollegialmittelstelle B. 1	7 500		
		1 Vorsitzender Rat B. 3	6 800		
		5 Kollegialmitglieder C. 2	24 470		
		Ein Kollegialmitglied der Steuerdirektion soll als Mitglied der Zolldirektion eine budgetmäßige Dienstzulage von 500 M. erhalten		500	
		7 Beamte . . . . . Übertrag	38 770	500	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	—	In dem zum Domänenetat gehörigen alten evangelischen Pfarrhaus in Durlach ist seit 17. März 1904 die Steuereinnehmerei daselbst untergebracht. Bei der nunmehr dauernden und ausschließlichen Verwendung des Gebäudes für Zwecke der Steuerverwaltung empfiehlt es sich, die Überweisung dieses Gebäudes vom Domänenetat auf den Steueretat herbeizuführen.
—	—	Die Räumlichkeiten für Bureau und Dienstwohnung im Dienstgebäude des Finanzamts Müllheim sind unzureichend. Die Mißstände beruhen auf der Anlage des Gebäudes selbst und können auch bei durchgreifender baulicher Veränderung nicht beseitigt werden, so daß die Errichtung eines Neubaues geboten erscheint. Das alte Gebäude soll künftig als Dienstgebäude für Steuerkommissär und Steuereinnehmerei Verwendung finden. Ein geeigneter Bauplatz befindet sich bereits im Staatsbesitz.
—	—	Die Diensträume des Steuerkommissärs für den Bezirk Pforzheim-Stadt sind in einem städtischen Gebäude in völlig ungenügender und außerdem in unsicherer Weise untergebracht, so daß es dringend geboten erscheint, ein dauerndes, den Bedürfnissen des Dienstes und der Steuerpflichtigen entsprechendes Unterkommen zu beschaffen. Die wiederholten Bemühungen, in Privathäusern entsprechende Räume zu mieten, blieben ergebnislos, so daß nur durch Erstellung eines eigenen Gebäudes Abhilfe geschaffen werden kann. Das Gebäude soll auf dem durch die Justizverwaltung zur Verfügung gehaltenen Platz des alten Amtsgefängnisses in Pforzheim erstellt werden und für die drei Steuerkommissärdienste in Pforzheim Verwendung finden, wobei zugleich auf die Einrichtung einer Wohnung für einen Diener abgehoben werden soll.
—		Der Neubau des Dienstgebäudes für die Steuereinnehmereien und für 2 Steuerkommissäre in Freiburg (vergleiche Staatsvoranschlag für 1904/05, Finanzministerium, Tit. VI., Außerordentlicher Etat §. 3) ist vollendet. Es erübrigt noch, dem Domänengrundstock den Wert des zur Verfügung gestellten Bauplatzes (1133 qm) zu vergüten. Derselbe beträgt nach vorgenommener Schätzung 33 000 ℳ, die unter Zuschlag von 100 ℳ für Nebenkosten hiermit angefordert werden.
		Ein Kollegialmitglied der Steuerdirektion ist zugleich Rechtsreferent der Zolldirektion, in welcher Eigenschaft er mit Rücksicht auf seine starke Inanspruchnahme sowohl in seinem Hauptdienst wie in diesem Nebendienst eine Dienstzulage von 500 ℳ erhalten soll. Eine Stelle wird z. Zt. durch einen zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung (D. 3) versehen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VII.)	(1.)	7 Beamte . . . . . Übertrag	38 770	500		
		2 (statt bisher 1 Stelle) nach D. 1: 1 Vorstand einer Bezirksfinanzstelle als Hilfsarbeiter im Kollegium (neue Stelle) und 1 Steuerinspektor (wie bisher) . . . . Der Hilfsarbeiter im Kollegium erhält eine budgetmäßige Dienstzulage von 300 ℳ.	3 000	4 900		
		1 Sekretär D. 3	2 500			
		2 zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6	5 000			
		2 Revisionsvorstände E. 2	8 400			
		12 (statt bisher 15) Stellen nach F. 3: Revisoren (8 statt bisher 11), Registratoren (3) und Expeditoren (1) . .	38 450			
		8 (statt bisher 5) Revidenten G. 5	15 430			
		2 Bureauassistenten J. 6	4 280			
		3 (statt bisher 4) Kanzleiassistenten J. 7	4 300			
		3 Kanzleidiener K. 3	4 450			
		42 Beamte wie bisher . Summe	124 580	5 400		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 134 840 ℳ. „ „ 1907 . . . . . 137 400 „ „ „ für ein Jahr durchschnittlich . . 136 120 ℳ. und nach Abzug von $1\frac{1}{2}$ % rund . . . . . 134 000 „			134 000	130 300
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in § 1 aufgeführten Beamten 30 060 ℳ., nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			28 900	28 900
	3.	Andere persönliche Ausgaben, und zwar: a. Vergütungen und sonstige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals			9 050	6 000
		Übertrag . .			171 950	165 200

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Zugang: Ein Vorstand einer Bezirksfinanzstelle als Hilfsarbeiter im Kollegium wegen Geschäftsvermehrung in der Hauptsache infolge der Einführung des neuen Zolltarifs.
		Die Stelle wird z. Zt. durch einen zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung (D. 3) versehen.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Von den bisher genehmigten Stellen ist eine bei der Domänendirektion, 2 sind bei der Steuerdirektion besetzt. Nebengehalt: 1 Beamter bezieht als Sportelextrahent Konstatiergebühren aus der Steuerkasse und für die Führung der Handkasse 60 ℳ. zu Lasten von Tit. VII. §. 3d.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Eine Stelle ist vom Etat der Domänendirektion, zwei sind vom Etat der Steuerdirektion hierher übergegangen.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Von den seither genehmigten Stellen ist eine bei der Steuerdirektion besetzt.
		Die Kanzleidiener beziehen wandelbares Einkommen aus den Mitteln für sachliche Amtsunkosten, wofür 50 ℳ. vom Gehaltssatz in Abzug gebracht sind. 1 Kanzleidiener erhält für Besorgung der Hausaufsicht in den Gebäuden Schloßplatz Nr. 3 und Zirkel Nr. 8 in Karlsruhe einen Nebengehalt von 200 ℳ. aus der Domänenkasse (Budget der Forst- und Domänenverwaltung §. 15b.).
3 700	—	Der Mehraufwand ist durch den oben verzeichneten Stellenzugang und durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	
3 050	—	3 (bisher 2) Beamte beim Sekretariat zu 1 800 ℳ. . . . . 5 400 ℳ. Zugang: 1 Stelle wegen Geschäftsvermehrung.
		3 (bisher 1) Schreibgehilfen. Zugang: 1 Stelle, die bisher für eine Maschinenschreiberin angefordert war, und 1 Stelle wegen der Übertragung einer Kanzleiassistentenstelle [J. 7] an die Steuerdirektion . . . 3 650 „
6 750	—	zusammen . . 9 050 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VII.)		Übertrag . .	171 950	165 200
	(3.)	b. Ersatzleistung für die Bezüge eines Beamten der Chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt	2 750	—
		c. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	2 940	3 000
		d. Sonstige persönliche Ausgaben	5 845	4 016
	4.	Sachliche Amtsunkosten	10 000	10 000
	5.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	1 600	1 570
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	810	870
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	20	30
	6.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	400	130
		Summe I. Zentralverwaltung . .	196 315	184 816

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.		
		II. Bezirksverwaltung.				
	7.	Gehalte.	ℳ.	ℳ.		
		14 Oberzollinspektoren D. 1	60 010			
		14 tarifmäßige Dienstzulagen (1 zu 800 ℳ., 2 zu 600 ℳ. und 11 zu 300 ℳ.)	5 200			
		14 Dienstwohnungen. Der Oberzollinspektor des Hauptzollamts Mannheim erhält als Hafenkommissär neben der tarifmäßigen Dienstzulage eine weitere (budgetmäßige) Dienstzulage von 200 ℳ.				
		14 Beamte . . . . . Übertrag	65 210			

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
6 750	—	
2 750	—	Vergleiche Voranschlag des Ministeriums des Innern für 1906/07, Hauptabteilung IV., Ausgabe Tit. XV. §. 7. Ein Beamter der Chemisch-technischen Prüfungs- und Versuchsanstalt ist ausschließlich mit Geschäften für die Zollverwaltung (Untersuchung von Waren, Ausbildung der Zollbeamten usw.) beschäftigt. Seine Bezüge werden deshalb an den Etat des Ministeriums des Innern ersetzt.
—	60	Rechnungsdurchschnitt.
1 829	—	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten: 1 Kanzleibeamter wegen Führung der Handkasse 60 M., 1 Maschineninspektor der Eisenbahnverwaltung wegen nebenamtlicher technischer Verrichtungen bei der Überwachung der Branntweinsammelgefäße und Alkoholmeßgeräte 400 M., der Vorstand der Lebensmittelprüfungsstation hier für die Erstattung von Gutachten und für die Beteiligung bei der Ausbildung von Zollbeamten in der Chemie 200 M. zusammen . . . . . 660 M. b. Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt nach Abzug der Kosten für einige Stellvertretungen von ungewöhnlich langer Dauer . . . . . 4 420 „ c. Dienstkleidung der 3 Kanzleidiener . . . . . 150 „ d. Beiträge zur Invalidenversicherung, derzeitiger Aufwand . . . . . 15 „ e. Einmalige Vergütungen an Beamte der Zolldirektion wegen außergewöhnlicher besonders schwieriger und erfolgreicher Tätigkeit bei Vorbereitung der Einführung des neuen Zolltarifs 1200 M., für 1 Jahr . . 600 „ zusammen . . 5 845 M.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 9450 M. Da eine Steigerung des Aufwands wegen Vermehrung der Diensträume usw. zu erwarten ist, wird der bisherige Budgetsatz mit 10000 M. beibehalten. Davon Kredit der Handkasse . . . . . 7 800 M. Sonstige Amtsunkosten . . . . . 2 200 „
30	—	Rechnungsdurchschnitt zuzüglich des hierher entfallenden Anteils an der Portobauschsumme mit 1190 M. (vergleiche §. 24a).
—	60	Rechnungsdurchschnitt.
—	10	Desgleichen.
270	—	Desgleichen.
11 629	130	

1 Stelle wird z. Zt. durch einen zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 versehen.
1 Beamter bezieht für Führung einer Gymnasiumskasse einen Nebengehalt von 450 M. zu Lasten des Unterrichtsbudgets.
An die Stelle der im Voranschlag 1904/05 als gemietet angeforderten Dienstwohnung für den Oberzollinspektor in Basel tritt eine solche in einem eisenbahneigenen Gebäude. Dafür wird für den Hauptamtsverwalter in Basel eine Wohnung in gemieteten Räumen angefordert statt einer solchen in eisenbahneigenem Gebäude.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VII.)	(7.)	14 Beamte . . . . . Übertrag	65 210			
		14 Hauptamtsverwalter D. 3	44 000			
		14 Kassenzulagen (10 zu 210 ℳ., 2 zu 170 ℳ. und 2 zu 130 ℳ.)	2 570			
		14 Dienstwohnungen (darunter 4 — bisher 2 — gemietete).				
		3 (statt bisher 2) zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D 6	5 000	2 000		
		2 Dienstwohnungen.				
		14 Hauptamtskontrolleure D. 6	32 000			
		1 Kassenzulage zu 60 ℳ.	60			
		5 — bisher 6 — Dienstwohnungen.				
		3 (statt bisher 2) Vorsteher von Eisenbahnzollabfertigungsstellen (Gehaltsklasse I.) E. 3	11 430	100		
		2 Kassenzulagen (1 zu 60 ℳ. und 1 zu 40 ℳ.)	100			
		2 Dienstwohnungen.				
		20 (statt bisher 17) Stellen nach F. 5: Obergrenzkontrolleure (3 statt bisher 4), Zollverwalter, Gehaltsklasse I. (6 statt bisher 5, wofür eine Zollverwalterstelle, Gehaltsklasse II. G. 4, wegfällt), Vorsteher von Eisenbahnzollabfertigungsstellen, Gehaltsklasse II. (5, wofür 5 Oberbuchhalterstellen wegfallen), Oberbuchhalter (6 statt bisher 8, davon 3 im Verrechnungsdienst und 3 als Obersteuerkontrolleure)	58 440	300		
		Übertragbar sind:				
		3 Oberbuchhalterstellen für den Bereich der Domänen-, Steuer- und Zollverwaltung,				
		3 Oberbuchhalterstellen (für Obersteuerkontrolleure) für den Bereich der Steuer- und Zollverwaltung.				
		10 Kassenzulagen, und zwar 1 zu 210 ℳ., 1 zu 90 ℳ., 5 zu 80 ℳ., 2 zu 60 ℳ., 1 zu 20 ℳ.	840			
		11 (bisher 9) Dienstwohnungen (darunter 3 gemietete).				
		68 Beamte . . . . . Übertrag	219 650	2 400		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		1 Beamter bezieht für Führung einer Gymnasiumskasse 400 ℳ zu Lasten des Unterrichtsbudgets. Für den Hauptamtsverwalter in Karlsruhe wird an Stelle der seitherigen Dienstwohnung im Hauptamtsgebäude eine solche in gemieteten Räumen angefordert; ebenso für den Hauptamtsverwalter in Basel an Stelle der seitherigen Dienstwohnung in einem eisenbahneigenen Gebäude.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Zugang: 1 Stelle in Mannheim. Zur Entlastung der Oberbeamten beim Hauptzollamt Mannheim, die dringend geboten ist, soll dem Amt ein weiterer Oberbeamter zugeteilt werden.
		Abgang: 1 Dienstwohnung, die künftig für einen Hauptamtsassistenten angefordert wird.
		Zugang: 1 Stelle, die wegen der Wichtigkeit des von dem Beamten zu versehenden Dienstes statt einer Oberbuchhalterstelle F. 5 angefordert wird.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Von den bisher bei der Steuerverwaltung genehmigten Stellen der Oberbuchhalter sind zwei bei der Zollverwaltung besetzt, daher jetzt hier 8 + 2 = 10 Oberbuchhalter. Davon sind 5 Stellen zur Besetzung mit Vorstehern von Eisenbahnzollabfertigungsstellen, Gehaltsklasse II., bestimmt. Zugang: 1 Zollverwalter der Gehaltsklasse I. an Stelle eines Zollverwalters der Gehaltsklasse II. (G. 4), 1 Vorsteher einer Eisenbahnzollabfertigungsstelle, Gehaltsklasse II., an Stelle eines Revisionsinspektors G. 5 und 1 Oberbuchhalter (Obersteuerkontrolleur) an Stelle eines Steuerkontrolleurs G. 5. Abgang: 1 Obergrenzkontrolleur (im Voranschlag für 1904/05 als künftig wegfallend bezeichnet), wofür 1 Grenzkontrolleur G. 5 angefordert wird, 1 Oberbuchhalter wegen Anforderung einer Stelle nach E. 3. Die Stelle eines Oberbuchhalters wird z. Zt. durch einen Revisionsinspektor G. 5 versehen. Kassenzulagen gehen zu: Eine für einen Zollverwalter der Gehaltsklasse I. und eine für den Vorsteher einer Eisenbahnzollabfertigungsstelle, Gehaltsklasse II., mit 80 ℳ (seither unter G. 4) und 60 ℳ (seither unter G. 5). Dienstwohnungen gehen zu: Eine für einen Zollverwalter, Gehaltsklasse I., die seither für einen Zollverwalter, Gehaltsklasse II., angefordert war, und eine für den Vorsteher einer Zollabfertigungsstelle der Gehaltsklasse II., die seither für einen Revisionsinspektor G. 5 angefordert war.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VII.)	(7.)	68 Beamte . . . . . Übertrag	219 650	2 400		
		15 (statt bisher 14) Zollverwalter (Gehaltsklasse II.) G. 4 .	33 550	5 160		
		2 tarifmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ. und 1 von 50 ℳ. für Besorgung des Steuerdienstes, künftig wegfallend (§ 5 Ziffer 1 des Nachtrags zur Gehaltsordnung) . . .	450			
		15 Kassenzulagen (1 zu 80 ℳ., 2 zu 60 ℳ., 2 zu 40 ℳ., 2 zu 20 ℳ. und 8 zu 10 ℳ.)	410			
		15 (bisher 14) Dienstwohnungen (darunter 3 gemietete.)				
		106 (statt bisher 102) Stellen nach G. 5: Hauptamtsassistenten und Buchhalter (68), Grenzkontrolleure (12, bisher 11), Steuerkontrolleure (10, bisher 13) und Revisionsinspektoren (16, bisher 12)	193 540	18 000		
		43 tarifmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ., 2 künftig wegfallende Dienstzulagen von 105 ℳ. und 75 ℳ. nach Bemerkung zu H. 4 des Gehaltstarifs vom 24. Juli 1888 und §. 5 Ziffer 1 des Nachtrags zur Gehaltsordnung	6 545	1 000		
		17 Kassenzulagen (4 zu 130 ℳ., 4 zu 90 ℳ., 5 zu 60 ℳ. und 4 zu 40 ℳ.)	1 240			
		20 — bisher 24 — Dienstwohnungen.				
		2 Hafenmeister J. 4	4 200			
		1 Beamter (in Mannheim) erhält eine budgetmäßige Dienstzulage von 300 ℳ., und jeder der beiden Beamten als Vergütung für Dienstkleidung 75 ℳ.	450			
		2 Dienstwohnungen.				
		32 (statt bisher 27) Bureauassistenten J. 6	63 180			
		2 Hauptamtsassistenten beziehen tarifmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ.; die Bureauassistenten erhalten tarifmäßige Dienstzulagen von je 100 ℳ.	2 400	500		
		4 Kassenzulagen (1 zu 90 ℳ. und 3 zu 40 ℳ.)	210			
		10 (bisher 6) Dienstwohnungen (darunter 1 gemietet).				
		223 Beamte . . . . . Übertrag	525 825	27 060		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Zugang: 2 Stellen wegen der Umwandlung zweier Nebenzollämter II. Klasse in solche I. Klasse. Abgang: 1 Stelle, die für einen Zollverwalter der Gehaltsklasse I. F. 5 angefordert ist. 1 Stelle wird z. Zt. durch einen Hauptamtsassistenten versehen. Kassenzulagen gehen 2 zu, die bisher für Zolleinnehmer angefordert waren; 1 geht ab, die oben für einen Zollverwalter der Gehaltsklasse I. F. 5 angefordert ist. Ein Beamter bezieht als Beobachter einer meteorologischen Station einen Nebengehalt von 200 ℳ. aus der Wasser- und Straßenbaukasse und ein Beamter hat Nebenbezüge für die Erhebung städtischer Verbrauchssteuern. Eine Dienstwohnung geht hier ab, die unter F. 5 angefordert ist, und 2 gehen zu, die bisher für Zolleinnehmer angefordert waren.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. Von den letztmals genehmigten Stellen sind 7 bei der Steuerverwaltung besetzt. Zugang: 12 Hauptamtsassistenten- und Buchhalterstellen wegen Geschäftsvermehrung, 1 Grenzkontrolleurstelle, wofür 1 Obergrenzkontrolleurstelle F. 5 wegfällt. Abgang: 2 Stellen (1 Revisionsinspektor, 1 Steuerkontrolleur) wegen Anforderung nach F. 5. 5 Hauptamtsassistentenstellen werden in Revisionsinspektorenstellen und 2 Steuerkontrolleurstellen in Buchhalterstellen umgewandelt. Ein Beamter bezieht auf Grund des Artikels 27 Absatz 3 des Etatgesetzes einen den Höchstgehalt um 90 ℳ. übersteigenden Gehalt. Kassenzulagen gehen zu: 1 zu 60 ℳ, die bisher für einen Bureauassistenten J. 6 angefordert war; ab: 1 zu 60 ℳ, die für 1 Revisionsinspektor F. 5 angefordert wird, 1 zu 40 ℳ. wegen Aufhebung der Kasse. Dienstwohnungen gehen zu: eine, die bisher für einen Hauptamtskontrolleur angefordert war; ab: je eine, die für 1 Revisionsinspektor F. 5 und für 1 Bureauassistenten J. 6 angefordert wird, und 3, die wegen baulicher Veränderungen eingehen.
		Zugang: 6 Stellen wegen der mit dem neuen Zolltarif zusammenhängenden Änderung der Vorschriften über das Abfertigungsverfahren und wegen Übertragung von Geschäften des Nebenzollamts Leopoldshöhe an das Hauptzollamt Basel, wogegen 1 Nebenzollamtsassistent und 5 Revisionsaufseher wegfallen. Abgang: 1 Stelle, für die ein nichtetatmäßiger Beamter (Hauptamtsgehilfe) angefordert wird. Eine Kassenzulage zu 60 ℳ. geht hier ab und für einen Revisionsinspektor (G. 5) zu. 7 Stellen sind z. Zt. noch mit nichtgeprüften Hauptamtsassistenten (G. 5) besetzt. Beim Abgang dieser treten an ihre Stelle Bureauassistenten. 2 Stellen, im Staatsvoranschlag 1904/05 für Basel neu angefordert, sind noch nicht besetzt. Dienstwohnungen gehen hier zu: eine bisher für einen Hauptamtsassistenten, zwei für Revisionsaufseher und eine für einen Grenzaufseher angeforderte.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VII.)	(7.)	223 Beamte . . . . . Übertrag	525 825	27 060		
		17 (statt bisher 16) Stellen nach J. 9: Nebenzollamtsassistenten (11, bisher 10) und Untersteueramtsassistenten (6)	29 070	600		
		11 Kassenzulagen (4 zu 80 ℳ., 3 zu 60 ℳ., 3 zu 20 ℳ. und 1 zu 10 ℳ.)	520			
		5 (bisher 6) Dienstwohnungen.				
		1 Bauaufseher J. 10	1 850			
		Dienstwohnung.				
		80 (statt bisher 85) Stellen nach J. 12: Berittene Grenzaufseher (14) und Revisionsaufseher (66, bisher 71)	128 770			
		37 (bisher 38) Dienstwohnungen (darunter 1 gemietete).				
		30 Stellen nach K. 3: Wagmeister (15), Lagerhausaufseher (11) und Hafenmeistergehilfen (4)	45 270			
		4 Hafenmeistergehilfen erhalten budgetmäßige Dienstzulagen von je 60 ℳ. zur Beschaffung von Dienstkleidung . . .	180			
		19 Dienstwohnungen.				
		37 (statt bisher 39) Zolleinnehmer K. 6	53 320			
		6 tarifmäßige Dienstzulagen von je 150 ℳ.	900			
		37 Kassenzulagen (1 zu 80 ℳ., 3 zu 60 M., 13 zu 40 ℳ., 6 zu 20 ℳ. und 14 zu 10 ℳ.)	960			
		31 Dienstwohnungen (darunter 16 — bisher 14 — gemietete). Von den neuen Dienstwohnungen in gemieteten Gebäuden soll eine mit Wirkung vom 1. März 1904, eine mit Wirkung vom 1. Juli 1905 und eine mit Wirkung vom 1. August 1905 an als Dienstwohnung behandelt werden.				
		8 (statt bisher 6) Kanzleiassistenten bei Bezirksfinanzstellen K. 6	8 000	1 100		
		396 Beamte . . . . . Übertrag	794 665	28 760		

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Zugang: 2 Stellen wegen der Umwandlung zweier Nebenzollämter II. Klasse in solche I. Klasse, wobei zwei Zolleinnehmer wegfallen. Abgang: 1 Stelle, für die eine Bureauassistentenstelle angefordert wird. 1 Stelle wird z. Zt. durch einen Revisionsaufseher versehen. Eine Dienstwohnung geht hier ab und für einen Grenzaufseher zu. Ein Beamter hat Nebenbezüge für Erhebung städtischer Verbrauchssteuern.
		6 Revisionsaufseher in Mannheim finden bei der Hafenmeisterei und als Oberaufseher bei der Hafenaufsicht Verwendung, 3 Revisionsaufseherstellen werden z. Zt. durch einen berittenen Grenzaufseher und zwei Grenzaufseher versehen. 2 Revisionsaufseherstellen sind z. Zt. nicht besetzt. Zugang: 5 Revisionsaufseher (2 in Mannheim, 1 in Heidelberg, 1 in Karlsruhe und 1 in Kehl) wegen Geschäftsvermehrung usw., wofür 2 Hafenaufseher und ein nichtetatmäßiger Beamter (Hilfsaufseher) wegfallen. Abgang: 10 Revisionsaufseher, an deren Stelle jetzt 5 nichtetatmäßige Beamte (Hauptamtsgehilfen) und 5 Bureauassistenten J. 6 angefordert werden. Ein Revisionsaufseher bezieht als Pegelbeobachter einen Nebengehalt von 48 ℳ. aus der Wasser- und Straßenbaukasse. Dienstwohnungen gehen hier zu: zwei, die bisher für Grenzaufseher, und eine, die bisher für einen Hafenaufseher angefordert waren, dagegen ab: zwei, die für Bureauassistenten, und zwei, die künftig für Grenzaufseher angefordert werden.
		Die Stelle eines Hafenmeistergehilfen wird z. Zt. durch einen Hafenaufseher versehen. Dienstwohnungen gehen hier zu: eine, die bisher für einen Gewichtssetzer angefordert war; ab: eine, die wegen baulicher Veränderungen eingeht.
		Abgang: 2 Stellen wegen der Umwandlung zweier Nebenzollämter II. Klasse in solche I. Klasse. Eine Stelle wird z. Zt. durch einen Grenzaufseher versehen. Kassenzulagen gehen hier 2 ab und für Zollverwalter G. 4 zu. 2 Beamte haben Nebenbezüge für Erhebung städtischer Verbrauchssteuern. 1 Beamter erhält für Erhebung des Brückengeldes bei der Rheinfähre in Kadelburg einen Nebengehalt von 30 ℳ. zu Lasten von Tit. VII. §. 14; 2 Beamte beziehen als Pegelbeobachter Nebengehalte von 42 ℳ. und 48 ℳ. aus der Wasser- und Straßenbaukasse. Die drei neuen Dienstwohnungen in gemieteten Gebäuden gehen zu in Dingelsdorf, Weisweil und Hagnau. Ab gehen zwei Dienstwohnungen in staatlichen Gebäuden, die für Zollverwalter G. 4 angefordert sind, und eine in einem gemieteten Gebäude.
		Vergleiche die Übersicht der übertragbaren Stellen, Anlage 1. 1 Stelle ist von der Steuerverwaltung zugegangen. Zugang: 1 Stelle wegen Geschäftsvermehrung.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(VII.)	(7.)	396 Beamte . . . . . Übertrag	794 665	28 760		
		627 (statt bisher 626) Stellen nach K. 7: Hauptsteuer- und Hauptzollamtsdiener (35, bisher 36), Grenzaufseher (509, bisher 505), Hafenaufseher (57), Gewichtssetzer (8), Schiffsbegleiter (6), Zucker- und Salzsteueraufseher (12, bisher 14.)	754 500	1 550		
		Tarifmäßige Dienstzulagen erhalten von den als Postenführer verwendeten Grenzaufsehern 4 je 100 ℳ. und 84 je 60 ℳ	5 440			
		151 Dienstwohnungen (darunter 8 — bisher 6 — gemietete).				
		11 (statt bisher 12) Nebenzollamts- und Untersteueramtsdiener K. 11	13 200			
		5 (bisher 6) Dienstwohnungen.				
	1034					
		Dazu die im Reichsdienst und in Lübeck verwendeten 5 badischen Zollbeamten	36			
	1039	(statt bisher 1028) Beamte . Summe	1 567 841	30 310		
		Voranschlag für 1906	1 662 840 ℳ.			
		„ „ 1907	1 693 030 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . .	1 677 935 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	1 652 800 „		1 652 800	1 595 100
		Übertrag . .			1 652 800	1 595 100

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
		Zugang: 2 Hafenaufseher in Mannheim, 3 Grenzaufseher in Basel (wofür 1 Nebenzollamtsdiener in Leopoldshöhe wegfällt) und 1 Grenzaufseher in Konstanz wegen Geschäftsvermehrung. Abgang: 2 Hafenaufseher (je 1 in Mannheim und Kehl), für die Revisionsaufseherstellen angefordert sind, 1 Hauptamtsdiener, der wegen Errichtung eines Finanzamts in Karlsruhe beim Hauptsteueramt entbehrlich wird, und 2 Salzsteueraufseher, die wegen der Änderung in der Kontrolle des Betriebs in der Sodafabrik Wyhlen entbehrlich geworden sind. Die Stellen je eines Hauptamtsdieners, Hafenaufsehers und Schiffsbegleiters werden z. Zt. durch Grenzaufseher versehen; die Stelle eines Hauptamtsdieners ist z. Zt. unbesetzt. 1 Hauptamtsdiener bezieht als Pegelbeobachter einen Nebengehalt von 48 ℳ. aus der Wasser- und Straßenbaukasse, 1 Postenführer für Kontrollierung des Brückengeldes bei der Rheinfähre in Kadelburg 20 ℳ. zu Lasten von Tit. VII. §. 14 und ein Grenzaufseher für Reinigung und Beleuchtung des Hafengebiets in Radolfzell 64 ℳ. zu Lasten von Tit. VII. §. 14. 21 Hauptzoll- und Hauptsteueramtsdiener beziehen wandelbares Diensteinkommen, wofür 1380 ℳ. am Gehaltssatz in Abzug gebracht sind. Dienstwohnungen gehen hier zu, und zwar in staatlichen Gebäuden: Eine, die bisher für einen Nebenzollamtsassistenten, zwei, die für Revisionsaufseher, eine, die für einen Nebenzollamtsdiener angefordert waren, und eine, die neu errichtet wird (in Rheinheim), ferner zwei in gemieteten Räumen; ab gehen und zwar in staatlichen Gebäuden: Eine, die für einen Bureauassistenten, drei, die für Revisionsaufseher, eine, die für einen Wagmeister angefordert sind, und zwei, die wegen baulicher Änderungen eingehen.
		Abgang: 1 Stelle wegen anderweiter Einrichtung des Dienstes in Leopoldshöhe, wofür 1 Grenzaufseher in Basel angefordert wird. 4 Beamte beziehen auf Grund des Artikels 27 Absatz 3 des Etatgesetzes Gehalte, die den Höchstgehalt eines Nebenamtsdieners um 90 ℳ, 80 ℳ. und zweimal um 60 ℳ. übersteigen. Eine Dienstwohnung geht hier ab und für einen Grenzaufseher zu.
		Die im Reichsdienst und in Lübeck verwendeten Beamten sind: 1 Kollegialmitglied einer Mittelstelle C. 2 (Reichsbevollmächtigter in Magdeburg); 2 zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung D. 3 oder D. 6 (Stationskontrolleure in Köln und Posen); 2 Hauptamtsassistenten G. 5 (in Lübeck). Die beiden zweiten Beamten erhalten Aufbesserungen nach §. 18 Absatz 2 der Gehaltsordnung von je 18 ℳ. jährlich.
57 700	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch oben verzeichneten Stellenzugang erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
57 700	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VII.)		Übertrag . .	1 652 800	1 595 100
	8.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§. 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 7 aufgeführten Beamten, sowie Ortszulagen für die auf schweizerischem Gebiet verwendeten Beamten 381 780 ℳ.; nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme 375 220 ℳ.	360 200	342 800
		Andere persönliche Ausgaben, und zwar:		
	9.	Vergütungen und sonstige ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals . . .	250 600	232 600
	10.	Kosten für Stellvertretung und Dienstaushilfe	20 770	18 840
	11.	Aufwand für Dienstkleidung	37 700	39 250
	12.	Umzugskosten	25 970	25 830
	13.	Tagegelder und Reisekosten	169 160	159 890
	14.	Heilkosten des Grenzschutzpersonals	2 500	—
		Übertrag . .	2 519 700	2 414 310

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
57 700	—	
17 400	—	10 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. (davon einer vom 1. April 1906 und einer vom 1. Oktober 1907 an). Auf Grund von §. 23 Absatz 1 des Beamtengesetzes beziehen: 1 Beamter der Abteilung J. das Wohnungsgeld nach G. und 2 Beamte der Abteilung K. das Wohnungsgeld nach J. Einem Beamten der Abteilung J. 12 ist von einer Fabrik freie Wohnung gestellt; er bezieht daher kein Wohnungsgeld (§. 26 Absatz 1 des Beamtengesetzes). Ortszulagen für auf schweizerischem Gebiete verwendete Beamte werden bezahlt an: 4 Beamte der Abteilung D. je 270 ℳ, 1 der Abteilung F. 180 ℳ, 11 der Abteilung G. je 108 ℳ, 20 der Abteilung J. je 108 ℳ und 60 der Abteilung K. je 60 ℳ.
18 000	—	50 (bisher 44) Hauptamtsgehilfen, erste Gehilfen und 1 nichtetatmäßiger Revisionsinspektor. 5 Stellen (7 – 2) sind wegen des Übergangs etatmäßiger Amtsstellen der Tarifabteilung F. 5 und G. 5 von der Steuerverwaltung zugegangen. Zugang: 15, die als neue Stellen wegen Geschäftsvermehrung und wegen der geänderten Vorschriften über das Abfertigungsverfahren angefordert werden (dagegen fallen die Stellen von 5 Revisionsaufsehern, 1 Bureauassistenten und 1 zweiten Gehilfen weg); Abgang: 1 Stelle in Mannheim, für die eine zweite Beamtenstelle D. 6 angefordert ist, 1 Stelle, die bei Errichtung des Finanzamts Karlsruhe an die Steuerverwaltung übergeht und 12 Stellen, die mit etatmäßigen Beamten besetzt werden (vgl. die Erläuterung zum Gehaltsetat bei G. 5) . . . . . 76 290 ℳ. 18 (bisher 15) zweite Gehilfen. Zugang: 6 Stellen für Aushilfsbeamte wegen Geschäftsvermehrung; Abgang: 1 Stelle für die eine erste Gehilfenstelle angefordert wird und 2 Stellen, die bei Errichtung des Finanzamts Karlsruhe entbehrlich werden . . . . . 23 400 „ 28 (bisher 25) dritte Gehilfen und Bureaugehilfen bei Hauptämtern. Eine der bisher genehmigten Stellen ist gegen eine etatmäßige Stelle K. 6 an die Steuerverwaltung übergegangen. Zugang: 2 Stellen, die wegen Geschäftsvermehrung angefordert werden, 5 Stellen, die bisher für Maschinenschreiberinnen angefordert waren; Abgang: 2 Stellen, die bei Errichtung des Finanzamts Karlsruhe an die Steuerverwaltung übergehen und 1 Stelle, die mit einem etatmäßigen Beamten besetzt wird (vergleiche die Erläuterung zum Gehaltsetat Tit. VII, §. 7 zu K. 6) . . . . . 33 810 „ 2 Zolleinnehmer (wie bisher) . . . . . 860 „ 3 (bisher 1) Hilfsdiener. Zugang: je 1 Stelle in Pforzheim und Freiburg wegen Geschäftsvermehrung 3 300 „ 81 Privatlager- und Hilfsaufseher (wie bisher) . . . . . 101 500 „ 5 ständige Arbeiter (wie bisher) . . . . . 6 940 „ 2 Personen zur Bedienung des Hafenpolizeiboots in Mannheim (wie bisher) . . . . . 3 340 „ 2 Fährmänner (wie bisher) . . . . . 1 200 „ zusammen . . 250 640 ℳ. rund . . 250 600 ℳ.
1 930	—	Rechnungsdurchschnitt 23 770 ℳ. Wegen der angeforderten Vermehrung der ständigen Stellen werden nur 20 770 ℳ. vorgesehen.
—	1 550	Nach dem besonders berechneten voraussichtlichen Bedarf.
140	—	Rechnungsdurchschnitt.
9 270	—	Rechnungsdurchschnitt. Hierunter sind die besonderen Gebühren inbegriffen, die die Zoll- und Steuerbeamten der Abteilung F. 5, G. 4, 5, H. 2, J. 4, 6, 9, 11, 12, K. 2, 3, 5, 6, 7 des Gehaltstarifs für Abfertigungen außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden und außerhalb ordentlicher Amtsstelle, sowie für amtliche Begleitungen beziehen.
2 500	—	Es ist beabsichtigt, soweit es sich nach den örtlichen Verhältnissen als ausführbar erweist, den Grenzaufsehern (ähnlich wie es bei den Schutzmännern usw. geschieht) im Falle der Erkrankung freie ärztliche Behandlung zu gewähren. Die Kosten sind vorläufig für das Jahr veranschlagt auf 2 500 ℳ.
106 940	1 550	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VII.)		Übertrag . .	2 519 700	2 414 310
	15.	Sonstiger persönlicher Aufwand	2 719	3 880
	16.	Sachliche Amtsunkosten	91 310	89 880
	17.	Besondere Kosten der Grenzzollverwaltung	4 550	3 160
	18.	Besondere Kosten der Statistik des Warenverkehrs	1 450	1 410
	19.	Kosten der Hafen- und Niederlageverwaltung	48 570	45 910
	20.	Kosten der Strafgefälle	840	770
	21.	Mietzinse für Dienst- und Wohnräume	15 300	12 800
		Übertrag . .	2 684 439	2 572 120

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
106 940	1 550	
—	1 161	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten für nebenamtliche Tätigkeit: 1 Werkführer in Mannheim für Prüfung der Kostenvoranschläge und Rechnungen über Herstellungen an Kranen und Wagen daselbst (wie seither) . . . . . 30 M. 1 Werkstättevorsteher in Heidelberg für Beaufsichtigung des Hebewerks in der hauptamtlichen Niederlage daselbst (wie seither) . . . . . 25 „ 1 Werkführer in Offenburg für Überwachung und Prüfung des Lastenaufzugs in der Zollhalle daselbst und in der Zollniederlage in Lahr je 15 M. (wie seither) zusammen . . . . . 30 „ 1 technischer Assistent der Eisenbahnverwaltung in Karlsruhe für die Prüfung der Lastenaufzüge in der Zollniederlage daselbst (wie seither) . . . . . 25 „ 1 Werkführer in Bruchsal für Überwachung und Instandhaltung des Aufzugs usw. in der Zollhalle daselbst (wie seither) . . . . . 25 „ 1 Stationsvorsteher in Weizen für Besorgung der Legitimationsscheinkontrolle wegen der mit der Bahn daselbst ankommenden und auf dem Landwege weitergehenden Warensendungen (wie seither) . . . . 20 „ 2 Beamte der Zollverwaltung (Zolleinnehmer und Postenführer) für Erhebung usw. des Brückengelds bei der Rheinfähre zu Kadelburg 30 M. + 20 M. (wie seither) . . . . . 50 „ 1 Eisenbahningenieur, 1 Regierungsbaumeister und 1 technischer Assistent der Eisenbahnverwaltung für die Prüfung der technischen Einrichtungen in den staatlichen Betrieben des Hafengebiets in Mannheim und für die Überwachung und Instandhaltung der Beleuchtungsanlagen der Zollverwaltung daselbst mit Wirkung vom 1. Oktober 1905 ab 400 M. + 120 M. + 30 M., zusammen 550 M. (gegen bisher mehr 250 M. wegen der durch die neuen Vollzugsvorschriften zum Abschnitt VI. der Hafenpolizeiordnung bedingten Vermehrung der Geschäfte), für 1906/07: 2 × 550 M. und Teilbetrag aus der Erhöhung von 250 M. für 1. Oktober bis 31. Dezember 1905 rund 60 M. zusammen 1160 M., für 1 Jahr . . 580 „ 1 Bahnmeister in Mannheim für Überwachung der Unterhaltungsarbeiten an der zolleigenen Gleisanlage daselbst (wie seither) . . . . . 150 „ 1 Grenzaufseher in Radolfzell für Besorgung der Reinigung und Beleuchtung des Hafengebiets daselbst . 64 „ 2 Aufseher am polizeilichen Arbeitshaus für die Beaufsichtigung von Tabaklagern 50 M. + 40 M., zusammen 90 „ Der Zollverwalter und der Nebenzollamtsassistent am Kreuzlinger Tor und die Zolleinnehmer am Emmishofer und am Paradieser Tor in Konstanz für die Erhebung städtischer Verbrauchssteuern besondere Vergütungen, veranschlagt zu zweimal 190 M. (Kreuzlinger Tor) + 290 M. + 100 M. . . . . 770 „ b. Auf Grund des Gesetzes über die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen an die Hinterbliebenen eines nichtetatmäßigen Beamten zu leistende Zahlungen (neuester Stand) . . . . . 180 „ c. Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 500 „ d. Sonstiger Aufwand, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 180 „ zusammen . . 2 719 M.
1 430	—	Kredite der Hauptzoll- und Hauptsteuerämter, der Zoll- und Untersteuerämter, der Nebenzollämter I., sowie der Zuckersteuerstelle Waghäusel, Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag eines Betrags wegen Umwandlung des Zollamts in Basel in ein Hauptzollamt und sonstiger Vermehrung der Beamten und Diensträume . . . . . 51 570 M. Bauschvergütungen der Vorstände von 2 Untersteuerämtern für Reinigung und Bedienung . . . . . 130 „ Bauschbeträge für 39 Nebenzollämter II. . . . . 2 640 „ Bauschbeträge der 3 Obergrenzkontrolleure und 12 Grenzkontrolleure . . . . . 540 „ Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag von jährlich 500 M. wegen Ausstattung der Dienstzimmer der Zollverwaltung im neuen Personenbahnhof in Lörrach . . . . . 36 430 „ zusammen . . 91 310 M.
1 390	—	Rechnungsdurchschnitt.
40	—	Desgleichen.
2 660	—	Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einer einmaligen nicht wiederkehrenden Ausgabe von 6000 M.
70	—	Kredite der Oberzollinspektoren wegen der Maßnahmen gegen den Schleichhandel, wie bisher . . . . . 500 M. Sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 340 „ zusammen . . 840 M.
2 500	—	Hiervon entfallen auf: a) Diensträume . . . . . 2 226 M. b) Wohnräume für 4 Beamte der Abteilung D. 3, 3 Beamte nach F. 5, 3 Beamte nach G. 4, 1 Beamten nach G. 5, 1 Beamten nach J. 6, 2 Beamte nach J. 12, 16 Beamte nach K. 6, 6 Beamte nach K. 7 13 069 „ zusammen . . 15 295 M. rund . . 15 300 „
115 030	2 711	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VII.)		Übertrag . .	2 684 439	2 572 120
	22.	Bauaufwand	58 420	57 500
	23.	Öffentliche Abgaben	6 320	4 000
	24.	Bewaffnung der Aufsichtsmannschaft und Pferdeausrüstung	12 830	13 360
	25.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	32 090	32 070
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	2 540	2 860
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	1 380	950
	26.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	5 960	9 220
		Summe II. Bezirksverwaltung . .	2 803 979	2 692 080
		Hierzu „ I. Zentralverwaltung . .	196 315	184 816
		Summe A. Ordentlicher Etat	3 000 294	2 876 896
		Summe A. Ordentlicher Etat für beide Jahre . .	6 000 588	
		B. **Außerordentlicher Etat.**	Voranschlag für 1906/07 zusammen. ℳ.	
	1.	Erstellung eines Nebenzollamtsgebäudes in Rheinheim	27 120	—
	2.	Wiederaufbau des abgebrannten Stiftsökonomiegebäudes in Säckingen und Abtragung des alten Amtsgefängnisses zur Gewinnung von Gärten	12 100	—
		Übertrag . .	39 220	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
115 030	2 711	
920	—	1. Eigentlicher Unterhaltungsaufwand, Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag eines Betrags von jährlich 1 500 ℳ. wegen der in den letzten Jahren neu zugegangenen Gebäude . . . . . 42 350 ℳ. 2. Aufwand für größere Herstellungen: 32 138 ℳ., für 1 Jahr . . . . . 16 070 „ zusammen . . 58 420 ℳ.
2 320	—	Rechnungsergebnis von 1904. Wegen der Erhöhung der Feuerversicherungsbeiträge infolge der Änderung des Gesetzes über die Gebäudeversicherung und wegen des Zugangs neuer Gebäude wäre der Rechnungsdurchschnitt mit 4 600 ℳ. unzureichend.
—	530	Bauschbeträge der Aufsichtsmannschaft für Unterhaltung der Dienstkleidung und Waffen — für berittene Grenzaufseher je 24 ℳ., für die übrigen Aufseher je 18 ℳ. — sonstige Kosten, Rechnungsdurchschnitt 790 ℳ.
20	—	Rechnungsdurchschnitt 8 440 ℳ., Anteil an der Portobauschsumme 23 650 ℳ., zusammen 32 090 ℳ.
—	320	Rechnungsdurchschnitt.
430	—	Telegraphengebühren 70 ℳ. (Rechnungsdurchschnitt), Fernsprechgebühren 1 310 ℳ. (Ergebnis von 1904).
—	3 260	Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einer einmaligen nicht wiederkehrenden Ausgabe. Besondere Gebühren beziehen die Sanitätsbeamten für körperliche Untersuchung von Beamten, ebenso für Prüfung usw. von Dienstpferden und für Ausstellung von Zeugnissen über das Ergebnis.
118 720	6 821	
11 629	130	
130 349	6 951	
6 951		
123 398		
—	—	Im Staatsvoranschlag für die Jahre 1904/05 (vgl. den Nachtrag zu Hauptabteilung V. Titel VII. B. §. 4a) sind die Mittel zur Erwerbung eines Bauplatzes für die Erstellung eines neuen Nebenzollamtsgebäudes in Rheinheim bewilligt worden, damit nach Erbauung der neuen Rheinbrücke Rheinheim-Zurzach das Nebenzollamt in die Nähe der Brücke verlegt werden kann. Da inzwischen mit dem Brückenbau begonnen worden ist, soll mit der Errichtung des Gebäudes, das außer den Diensträumen Dienstwohnungen für den Zolleinnehmer und einen Postenführer und ein Wohnzimmer für einen ledigen Grenzaufseher erhalten wird, vorgegangen werden. Der Aufwand beträgt nach den vorliegenden Plänen und dem eingehenden Kostenvoranschlag 27 120 ℳ.
—	—	In dem im Jahre 1903 durch Brand zerstörten Stiftsökonomiegebäude in Säckingen waren neben den Dienstwohnungen des Amtsdieners des Bezirksamts und des Hauptsteueramts, für die inzwischen Wohnungen gemietet worden sind, die Räume zur Aufbewahrung der Holz- und Kohlenvorräte der genannten Staatsstellen und der verschiedenen Bewohner der staatseigenen Gebäude daselbst nebst einer Waschküche untergebracht. Zur Wiedergewinnung von Aufbewahrungsräumen für Holz und Kohlen und der Waschküche soll das abgebrannte Gebäude unter Verwendung des noch brauchbaren Mauerwerks teilweise wieder aufgebaut werden. Zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse des angrenzenden Traufgäßchens soll von einem vollständigen Wiederaufbau abgesehen werden. Aus demselben Grunde sollte das alte Amtsgefängnisgebäude abgetragen und der Platz zu Gärten umgestaltet und verschiedene von den Anstößern gemeinschaftlich auszuführende Herstellungen — Verbreiterung, Kanalisation usw. des Gäßchens — durch Beiträge unterstützt werden. Der Aufwand ist zu 12 100 ℳ. veranschlagt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VII.)		Übertrag . .	39 220	
	3.	Erwerbung eines Bauplatzes zu einem Nebenzollamtsgebäude in Gottmadingen . . .	5 700	—
	4.	Erstellung eines Untersteueramtsgebäudes in Rastatt	125 500	—
	5.	Ausstattung der Räume im neuen Zollgebäude am Bahnhof in Pforzheim	3 100	—
	6.	Entwässerung des Marstallhofs in Heidelberg	4 400	—
	7.	Anschluß der Abortgruben einiger Zollgebäude in Mannheim an die städtische Kanalisation	12 730	—
	8.	Bauliche Herstellungen im Hauptsteueramtsgebäude in Karlsruhe zur Unterbringung des Finanzamts daselbst und zu Verbesserungen im Kassenzimmer	4 300	—
	9.	Anlage einer Fernsprecheinrichtung und eines elektrischen Läutewerks für die Diensträumlichkeiten der Zollverwaltung im neuen Güterbahnhof in Basel	6 500	—
	10.	Ankauf und Herrichten eines Gebäudes in Arlen zur Gewinnung von Dienstwohnungen für Grenzaufseher	30 000	—
		Übertrag . .	231 450	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	—	Bei den ungünstigen Wohnungsverhältnissen in Gottmadingen ist es nötig, die z. Zt. in einem gemieteten Hause befindlichen Diensträume des Nebenzollamts nebst Wohnung des Zolleinnehmers baldmöglichst in einem zolleigenen Gebäude unterzubringen und außerdem für einen Teil der daselbst stationierten Grenzaufsichtsmannschaft Dienstwohnungen zu beschaffen. Für den zu diesem Zweck zu erstellenden Neubau soll zunächst ein Bauplatz im Flächengehalt von rund 38 ar zum Preise von 1 ℳ 50 ₰ für das Quadratmeter = 5 700 ℳ erworben werden.
—	—	Das Untersteueramt in Rastatt ist z. Zt. in einem gemieteten Gebäude untergebracht. Die für die zollamtlichen Abfertigungen zur Verfügung stehenden Räume sind unzulänglich, außerdem wird vom Handelsstande das Fehlen einer öffentlichen Niederlage beklagt. Der Mißstand soll durch Erstellung eines Neubaues behoben werden. Als Bauplatz ist der an der Ecke der Herren- und Lyzeumsstraße gelegene domäneneigene Platz, auf dem sich z. Zt. die evangelische Schule befindet, in Aussicht genommen. Nach den fertiggestellten Bauplänen und Kostenberechnungen stellt sich der Aufwand für das Gebäude, das neben den Diensträumen und der öffentlichen Niederlage eine Wohnung für den Zollverwalter erhalten soll, auf 111 000 ℳ. Hierzu kommen die Kosten des Grunderwerbs mit 14 500 ℳ, somit Gesamtaufwand 125 500 ℳ.
—	—	Auf den Zeitpunkt der voraussichtlich in die Jahre 1906/07 fallenden Inbetriebnahme des neuen Güterbahnhofes in Pforzheim sind für die Diensträume in der neuen von der Eisenbahnverwaltung zu erstellenden Zollhalle Ausstattungsgegenstände mit einem auf 2700 ℳ veranschlagten Kostenaufwand zu beschaffen; für Beleuchtungskörper, Einrichtung eines elektrischen Läutewerks und Anschluß an das Fernsprechnetz sind weitere 400 ℳ erforderlich.
—	—	Die Straße durch den Marstallhof in Heidelberg ist noch nicht an die städtische Kanalisation angeschlossen, was nunmehr geschehen soll, um die aus der oberirdischen Ableitung der Tages- und Gebrauchswasser entstehenden Mißstände — üble Gerüche im Sommer, Bildung einer Eisfläche dem Haus entlang im Winter — zu beseitigen. Der Aufwand ist auf 7150 ℳ veranschlagt, wovon auf die Unterrichtsverwaltung 2750 ℳ, auf die Zollverwaltung 4400 ℳ entfallen.
—	—	Der Anschluß der Abortgruben der Zollgebäude an das städtische Kanalnetz ist zur Ersparung der bisherigen hohen Abfuhrkosten und aus gesundheitlichen Gründen dringend geboten. Zunächst sollen folgende Gebäude angeschlossen werden: das Matrosenhaus, die beiden Brückengebäude, das Dienstwohngebäude Parkring 18/19 und das Hauptzollamtsgebäude. Der Aufwand ist zu 12730 ℳ veranschlagt.
—	—	Das zu errichtende Finanzamt in Karlsruhe soll im zweiten Stock des Hauptsteueramtsgebäudes daselbst in der bisherigen Dienstwohnung des Hauptamtsverwalters untergebracht werden. Zur Herrichtung der Räume zu Dienstzwecken und zu Verbesserungen im Kassenzimmer des Hauptsteueramts sind bauliche Herstellungen vorzunehmen, deren Kosten zu 4300 ℳ veranschlagt sind.
—	—	Zur Erleichterung des Dienstbetriebs der räumlich weit auseinanderliegenden Abfertigungsstellen der Zollverwaltung im neuen Güterbahnhof in Basel ist die Erstellung einer Fernsprechanlage dringend nötig. Die Anlage soll in Verbindung mit der von der Eisenbahnverwaltung zu erstellenden gleichen Anlage ausgeführt werden. Außerdem sind die Zolldiensträume in dem ausgedehnten neuen Güterverwaltungsgebäude mit einem elektrischen Läutewerk zu versehen. Der Aufwand ist auf 6500 ℳ berechnet.
—	—	In Arlen sind 4 Grenzaufseher verwendet. Bei der zahlreichen Fabrikbevölkerung in diesem Orte ist es den verheirateten Grenzaufsehern fast unmöglich, passende Wohnungen zu finden. Diesem Mißstand kann abgeholfen werden durch Erwerbung eines zu 14 000 ℳ zum Kauf angebotenen Anwesens, bestehend aus Wohngebäude und Ökonomiegebäude. Das Wohngebäude bietet genügend Raum für 2 Dienstwohnungen; 2 weitere Wohnungen können durch Ausbau des Ökonomiegebäudes geschaffen werden. Die Kosten für diesen Ausbau, sowie für die Erneuerung der Garteneinfriedigung sind zu 16 000 ℳ veranschlagt. Hiernach Gesamtanforderung 30 000 ℳ. Das Anwesen ist in einem guten baulichen Zustande und ist der verlangte Kaufpreis nach dem Gutachten der Bezirksbauinspektion als mäßig zu bezeichnen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VII.)		Übertrag . .	231 450	
	11.	Errichtung einer Wahrschau an der Mündung des Mühlauhafens in Mannheim . .	4 400	—
		Summe B. Außerordentlicher Etat . .	235 850	
		Hierzu „ A. Ordentlicher Etat . . .	6 000 588	
		„ Tit. VII für beide Jahre . .	6 236 438	

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.
VIII.		**Münzverwaltung.**			
		Ordentlicher Etat.	M.	M.	M.
		Allgemeiner Verwaltungsaufwand.			
	1.	Gehalte.			
		1 Vorstand C. 6	4 900	—	
		1 zweiter Beamter D. 3 . . . . . Beide Beamte haben Dienstwohnung.	3 000	—	
		1 Werkmeister H. 2	2 700	—	
		4 Münzgehilfen K. 7 . . . . . 1 Beamter hat Dienstwohnung.	5 260	—	
		7 Beamte, wie bisher . . . Summe	15 860	—	
		Voranschlag für 1906	16 160 M.		
		„ „ 1907	16 340 „		
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . .	16 250 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund	16 000 „		16 000 / 15 300
	2.	Wohnungsgeld.			
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach §. 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			4 000 / 4 000
		Übertrag . .			20 000 / 19 300

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
—	—	Zur Verhütung von Schiffsunfällen haben die aus dem Mühlauhafen nach dem Rhein ausfahrenden Dampfboote rechtzeitig ein vernehmbares Signal mit der Dampfpfeife oder Glocke zu geben. Außerdem haben die Führer solcher Dampfschiffe Ausschau nach zu Tal treibenden Schiffen zu halten. Hierin erblicken die Schiffahrtsvertreter bei der starken Zunahme des Schiffsverkehrs und insbesondere des Bergverkehrs keine genügende Sicherheit für die Schiffahrt, sie beantragen vielmehr die Errichtung einer ständigen Wahrschaustelle an der Mündung des Mühlauhafens. Da das Bedürfnis für begründet zu erachten ist, soll dem Antrage stattgegeben und eine solche Einrichtung erstellt werden. Die Kosten für die Signaleinrichtung der Wahrschaustelle sind zu 4 400 ℳ veranschlagt.
		Der zweite Beamte bezieht für Führung der Betriebshandkasse einen Nebengehalt von 100 ℳ (vergleiche §. 3).
700	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	
700	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VIII.)		Übertrag . .	20 000	19 300
	3.	Andere persönliche Ausgaben	884	620
	4.	Sachliche Amtsunkosten	458	96
		Betriebskosten.		
	5.	Unterhaltung der Maschinen, Werkzeuge und Geräte	540	687
	6.	Anschaffung neuer Maschinen, Werkzeuge und Geräte	2 410	5 499
	7.	Für Gold	9 770	11 718
	8.	Für Silber	1 770	2 073
	9.	Für Kupfer	137	137
	10.	Für Nebenmaterialien	7 728	7 691
	11.	Für Arbeitslöhne	9 300	5 585
	12.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	170	170
		Summe Titel VIII	53 167	53 576
		„ „ „ für beide Jahre . .	106 334	
IX.		**Allgemeine Kassenverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Kosten wegen des Erlöses aus Fahrnissen und Materialien	50	130
	2.	Kosten wegen der ledigen, herren- und erblosen Güter und Abgang an der Einnahme aus solchen	2 140	2 500
	3.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	12 920	9 750
		Summe Tit. IX.	15 110	12 380
		„ „ „ für beide Jahre . .	30 220	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
700	—	
264	—	Nebengehalt des II. Beamten für Führung der Betriebshandkasse, wie bisher . . . . . 100 ℳ. Gebühren der etatmäßigen Beamten (Münzgehilfen) für Überstunden, Schmelzen und Glühen, Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag von weiteren 302 ℳ. für 1 Jahr wegen Geschäftsvermehrung . . . . . 700 „ Tagegelder und Umzugskosten, Rechnungsdurchschnittt . . . . . 84 „ zusammen . . 884 ℳ.
362	—	1 Münzgehilfe, Vergütung für Besorgung der Dienergeschäfte, wie bisher . . . . . 60 ℳ. Bureaubedürfnisse, Rechnungsdurchschnitt mit einem Zuschlag für Anschaffung neuer Bureaugerätschaften . 398 „ zusammen . . 458 ℳ.
—	147	Rechnungsdurchschnitt.
—	3 089	Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einmaliger Ausgaben 2 410 ℳ.
—	1 948	Rechnungsdurchschnitt.
—	303	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
37	—	Rechnungsdurchschnitt.
3 715	—	Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag von weiteren 3 002 ℳ. für 1 Jahr wegen Geschäftsvermehrung (darunter sind die Beträge für Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung mit einem Jahresdurchschnitt von 126 ℳ. enthalten).
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
5 078	5 487	
	5 078	
—	409	
—	80	Rechnungsdurchschnitt.
—	360	Desgleichen.
3 170	—	Desgleichen.
3 170	440	
440		
2 730		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
X.		**Schuldentilgung.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Dotation der Amortisationskasse	—	—
	2.	Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse	850 152	2 000 000
		Summe Tit. X.	850 152	2 000 000
		„ „ „ für beide Jahre . .	1 700 304	
XI.		**Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Lebenslängliche Ruhegehalte:		
		a. der etatmäßigen Beamten im allgemeinen	3 137 000	2 980 000
		b. der Volksschullehrer	586 500	540 000
		Übertrag . . .	3 723 500	3 520 000

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
M.	M.	
—	—	Vergleiche Anlage 2.
—	1 149 848	Vergleiche Spezialbudget der Eisenbahnschuldentilgungskasse. Der Reinertrag der Eisenbahnen hat sich seit zwei Jahren (1903 und 1904) in erfreulicher Weise wieder gehoben, so daß er nicht nur zur Verzinsung und planmäßigen Tilgung der Eisenbahnschuld hingereicht hat, sondern besonders in dem zweiterwähnten Jahre davon noch ein immerhin ins Gewicht fallender Betrag zur Verminderung der Eisenbahnschuld verwendet werden konnte. Trotzdem wäre es im Hinblick auf die erfahrungsgemäß großen Schwankungen, welche die Eisenbahnrente aufweist, und wofür die nächstvorhergegangenen Jahre den besten Beleg bilden, ganz besonders aber im Hinblick auf die in den nächsten Jahren infolge großer Bauten (Bahnhöfe) zu erwartende starke Steigerung der Eisenbahnschuld erwünscht und angezeigt gewesen, die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse im bisherigen Umfang von 2 Millionen Mark aufrecht zu erhalten. — Nun erscheint aber die Staatskasse durch Hinauszahlungen an das Reich für die Jahre 1906 und 1907 in außergewöhnlicher Weise belastet (vergleiche Ausgabeetat des Staatsministeriums Tit. IV. §. 1 — eigentlicher Matrikularbeitrag). Außer mit einem ungedeckten Matrikularbeitrag von rund 2 000 000 M. muß damit gerechnet werden, daß an gestundeten Matrikularbeiträgen für die Jahre 1904 und 1905 in den Jahren 1906 und 1907 zur Erhebung kommen 532 800 M. und 1 766 900 M. Der ersterwähnte Betrag kann als endgültig angesehen werden, wie er sich auf Grund des Rechnungsergebnisses im Reiche für 1904 ergeben hat; der zweite könnte möglicherweise durch teilweise Abbürdung nach Maßgabe des Rechnungsergebnisses für 1905 noch eine Änderung erfahren. Doch kann nach den bis jetzt für 1905 vorliegenden Rechnungsausweisen des Reichs auf eine erhebliche Herabminderung nicht gerechnet werden. Da diese außergewöhnliche Belastung zugunsten des Reichs nicht finanziert werden kann, ohne das badische Budget erheblichen Störungen auszusetzen, so sollen die gestundeten Matrikularbeiträge auf die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse verwiesen werden. Im Hinblick darauf, daß es sich hierbei nur um eine einmalige Maßnahme handelt, erscheint diese nach obigen Ausführungen über die augenblickliche Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse und Gestaltung der Eisenbahnrente vertretbar. — Die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse soll in dem Maße bis zu ihrem bisherigen Betrage von jährlich 2 000 000 M. erhöht werden, als diese gestundeten Matrikularbeiträge vom Reiche tatsächlich etwa nicht verlangt werden.
—	1 149 848	
157 000	—	Auf 1. Januar 1905 war der Jahresstand dieser Ruhegehalte rund 2 937 000 M. Nach den angestellten Berechnungen wird der mutmaßliche Zuwachs in den Jahren 1905/07 jährlich 100 000 M. betragen. Unter dieser Annahme wird sich der Jahresstand am 1. Januar 1906 auf 3 037 000 M. und am 1. Januar 1907 auf 3 137 000 M. erhöhen. Als Budgetsatz wäre somit einzustellen für 1906: Jahresstand auf 1. Januar 1906 mit 3 037 000 M. zuzüglich des hälftigen Zuwachses von 100 000 M. mit 50 000 M. . . . . 3 087 000 M. für 1907: Jahresstand auf 1. Januar 1907 mit 3 137 000 M. zuzüglich des Zuwachses wie 1906 mit 50 000 M. . . . . 3 187 000 „ somit für 1 Jahr durchschnittlich . . 3 137 000 M.
46 500	—	Der mutmaßliche Zuwachs an diesen Ruhegehalten wird nach den angestellten Berechnungen 1905/07 jährlich je etwa 16 000 M. betragen. Der Stand der Ruhegehalte auf 1. Januar 1905 mit rund 554 500 M. wird darnach voraussichtlich auf 1. Januar 1906 auf 570 500 M. und auf 1. Januar 1907 auf 586 500 M. anwachsen. Der Budgetsatz wird hiernach veranschlagt: für 1906 auf 570 500 M. + 16 000 M. : 2 = ... 578 500 M. für 1907 auf 586 500 M. + 16 000 M. : 2 = ... 594 500 „ somit für 1 Jahr durchschnittlich . . 586 500 M.
203 500	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(XI.)		Übertrag . .	3 723 500	3 520 000
	2.	Widerrufliche Ruhegehalte:		
		a. der etatmäßigen Beamten im allgemeinen	19 500	20 300
		b. der Volksschullehrer	1 920	1 830
	3.	Unterstützungsgehalte der entlassenen und der nichtetatmäßigen Beamten:		
		a. der Beamten im allgemeinen	88 000	62 500
		b. der Volksschullehrer	8 960	8 800
	4.	Ruhe und Unterstützungsgehalte aus besonderen Verhältnissen	22 350	20 700
	5.	Sterbegehalte aus Ruhe- und Unterstützungsgehalten:		
		a. der Beamten im allgemeinen	67 400	59 850
		b. der Volksschullehrer	10 660	11 800
	6.	Zuschuß zur Beamtenwitwenkasse:		
		a. wegen der Beamten im allgemeinen	2 030 000	1 756 000
		b. wegen der Volksschullehrer	340 000	294 000
		c. Zur Deckung des Fehlbetrags der Jahre 1902—1904 rund 102 000 ℳ. oder jährlich	51 000	—
		Übertrag . .	6 363 290	5 755 780

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
203 500	—	
—	800	Dermaliger Stand.
90	—	Desgleichen.
25 500	—	Der Stand der Unterstützungsgehalte auf 1. Januar 1905 war rund 74000 M. und wird bei Annahme einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 7000 M. auf 1. Januar 1906 = 81000 M. und auf 1. Januar 1907 = 88000 M. betragen, woraus sich für 1906 ein Budgetsatz von . . . . . 84500 M. und für 1907 ein solcher von . . . . . 91500 „ ergibt; hiernach für 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 88000 M. Die außergewöhnliche Steigerung des Aufwands ist im wesentlichen auf den vermehrten Bedarf an Unterstützungsgehalten für die Landstraßenwarte zurückzuführen, denen neuerdings die Beamteneigenschaft verliehen wird.
160	—	Bei Annahme einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme von 360 M. wird der Stand auf 1. Januar 1905 mit 8240 M. bis 1. Januar 1906 auf 8600 M. und bis 1. Januar 1907 auf 8960 M. anwachsen. Darnach Budgetsatz für 1906 . . . . . 8780 M. für 1907 . . . . . 9140 „ somit für 1 Jahr durchschnittlich . . 8960 M.
1 650	—	Auf 1. Januar 1905 haben hierher gehört: a. die Ruhegehalte der Beamten bei Behörden der weltlichen Stiftungen, kirchlichen Vermögensverwaltungen usw., die durch landesherrliche Entschließung auf die Staatskasse übernommen wurden, mit 16100 M. b. die Zuschüsse zu den Pensionen der ehemaligen badischen Militärpersonen gemäß Gesetz vom 29. Juni 1874 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 373) mit . . . . . 3230 „ c. die auf die Staatskasse übernommenen Hofpensionen gemäß Protokoll der II. Kammer vom 9. Februar 1854 (Regierungsblatt Seite 47) sowie die Abfindungen usw. gemäß Gesetz vom 15. November 1833 (Regierungsblatt Seite 252) mit . . . . . 3480 „ zusammen . . 22810 M. Bei a. und c. wird der neueste Stand eingesetzt, bei b. ist ein Abgang von jährlich 230 M. zu erwarten. Es ergibt sich darnach auf 1. Januar 1906 ein Stand von 22580 M. und auf 1. Januar 1907 ein solcher von 22350 M. Hieraus berechnet sich der Budgetsatz für 1906 auf 22465 M. und für 1907 auf 22235 M. oder für beide Jahre durchschnittlich auf 22350 M.
7 550	—	Der Aufwand betrug 1904 = 62900 M. und wird bei einer voraussichtlichen jährlichen Zunahme von 1800 M. im Jahre 1906 auf 66500 M. und im Jahre 1907 auf 68300 M. ansteigen; hiernach für ein Jahr durchschnittlich 67400 M.
—	1 140	Rechnungsdurchschnitt.
274 000	—	Vergleiche hierwegen Voranschlag der Beamtenwitwenkasse, Anlage 3.
46 000	—	Desgleichen.
51 000	—	Desgleichen.
609 450	1 940	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XI.)		Übertrag . .	6 363 290	5 755 780
	7.	Gnadengaben an Hinterbliebene von etatmäßigen Beamten	185 000	185 000
		a. Zusätzliche Erhöhung	60 000	60 000
		Summe Tit. XI	6 608 290	6 000 780
		„ „ „ für beide Jahre . .	13 216 580	
XII.		**Allgemeiner Fonds der Großh. Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art.**		
		Ordentlicher Etat	50 000	50 000
		Summe Tit. XII für beide Jahre . .	100 000	
XIII.		**Unterstützungs- und Belohnungsfonds.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen:		
		a. der etatmäßigen Beamten	17 500	15 260
		Übertrag . .	17 500	15 260

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
609 450	1 940	
—	—	Vergleiche Art. 30 des Etatgesetzes. An Beihilfen aus dem allgemeinen Gnadengabenfonds wurden bewilligt: für 1904: Zahl / Betrag; für 1905 (Stand: 1. Juli 1905): Zahl / Betrag an Witwen . . . . . 1 102 / 110 747 ℳ. — 1 031 / 120 520 ℳ. an ledige Söhne und Töchter . . . . . 408 / 64 496 „ — 394 / 66 926 „ zusammen . . 1 510 / 175 243 ℳ. — 1 425 / 187 446 ℳ.
—	—	An Beihilfen aus diesem Fonds wurden bewilligt: für 1904: Zahl / Betrag; für 1905 (Stand: 1. Juli 1905): Zahl / Betrag an Witwen . . . . . 487 / 68 444 ℳ. — 414 / 61 537 ℳ.
609 450	1 940	
1 940		
607 510		
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
2 240	—	Nach der Zusammenstellung, Anlage 4, beträgt die Zahl der in Betracht kommenden Beamten der Tarifabteilungen E bis K: 2 103. Unter Zugrundelegung des Einheitssatzes von 8 ℳ. 50 ₰. auf den Kopf berechnet sich der Budgetsatz auf jährlich rund 17 875 ℳ. Mit Rücksicht jedoch auf die unter Tit. VII. §. 14 angeforderten Mittel für Heilkosten des Grenzschutzpersonals wird nur der Betrag von 17 500 ℳ. eingestellt. In allen Zweigen der Staatsverwaltung haben mit der Zeit die Anforderungen an den Unterstützungs- und Belohnungsfonds der etatmäßigen Beamten derart zugenommen, daß, wenn alle berechtigten Gesuche befriedigt werden sollen, die Erhöhung des bisherigen Satzes von 7 ℳ. 50 ₰. auf den Kopf der etatmäßigen Beamten unvermeidlich ist. Der Berechnung der bezüglichen Budgetsätze wurde diesmal in allen Etats ein Kopfbetrag von 8 ℳ. 50 ₰. zugrunde gelegt, mit dem man auszukommen hofft.
2 240	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(XIII.)	(1.)	Übertrag . .	17 500	15 260
		b. Zusätzliche Erhöhung zur Bewilligung von außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte jeder Art	3 010	10 860
	2.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen für das nichtetatmäßige Personal .	21 500	—
		Summe Tit. XIII	42 010	26 120
		„ „ „ für beide Jahre . .	84 020	
XIV.		**Verschiedene und zufällige Ausgaben.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Prozeßkosten	70	70
	2	Sachliche Kosten für Staatsprüfungen im Bereich der Finanzverwaltung	240	180
	3.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	6 540	6 290
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	900	740
		c. Telegraphen- und Fernsprechgebühren	2 300	1 430
	4.	Sonstige zufällige Ausgaben	350	430
		Summe Tit. XIV.	10 400	9 140
		„ „ „ für beide Jahre . .	20 800	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
2 240		
—	7 850	Vergleiche Artikel 29, Absatz 2 des Etatgesetzes. Zur Bildung des Budgetsatzes werden die Kostenanschläge für folgende, nach Art und Umfang besondere Schwierigkeiten bietende Bauten in Rechnung gezogen: 1. Erstellung eines Dienstgebäudes nebst Ökonomiegebäude für das Forstamt Bonndorf (Administrativkredit 1900/01) . . . . . 75 000 M. 2. Bauliche Herstellungen in dem zur Unterbringung des Hauptsteueramts in Pforzheim erworbenen Anwesen (Staatsvoranschlag 1902/03) . . . . . 108 450 „ 3. Erweiterung und Umbau des Ständehauses (Administrativkredit) . . . . . 528 500 „ 4. Erstellung eines Dienstgebäudes für das Domänenamt und den Bezirksgeometer in Kehl . . . . 100 000 „ 5. Neubau eines Domänenamtsgebäudes in Meersburg . . . . . 95 000 „ 6. Neubau eines Dienstgebäudes für das Finanzamt Müllheim . . . . . 75 300 „ 7. Neubau eines Dienstgebäudes für die Steuerkommissärsdienste in Pforzheim . . . . . 110 000 „ 8. Neubau eines Untersteueramtsgebäudes in Rastatt (ohne Bauplatz) . . . . . 111 000 „ zusammen . . 1 203 250 M. Hiervon $^1/_2$ % = rund 6 020 M. oder für ein Jahr 3 010 M.
21 500	—	Für 2 873 Köpfe zu 7 M. 50 Pf. = rund 21 500 M. Hieraus können auch Unterstützungen an Hinterbliebene dieses Personals verwilligt werden.
23 740	7 850	Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind jetzt, wie dies schon bisher hinsichtlich der etatmäßigen Beamten geschehen ist, die bisher zerstreut unter den einzelnen Budgettiteln enthaltenen Anforderungen für Unterstützungen usw. der nichtetatmäßigen Beamten für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums unter einem Paragraphen vereinigt.
7 850		
15 890		
—	—	Bisheriger Budgetsatz.
60	—	Rechnungsdurchschnitt.
250	—	Anteil an der Portobauschsumme nach dem neuesten Stand 5 824 M. Hierzu sonstiges Porto nach dem Rechnungsdurchschnitt 716 M., zusammen 6540 M.
160	—	Rechnungsdurchschnitt.
870	—	Rechnungsergebnis von 1904.
—	80	Rechnungsdurchschnitt nach Abzug einer einmaligen Ausgabe.
1 340	80	
80		
1 260		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
		Zusammenstellung.		
Titel		I. Finanzministerium	163 590	161 500
„		II. Landeshauptkasse	61 300	60 440
„		III. Hochbauwesen	521 480	508 230
„		IV. Forst- und Domänenverwaltung	6 260 405	6 128 827
„		V. Salinenverwaltung	683 850	729 881
„		VI. Steuerverwaltung	6 614 003	6 431 089
„		VII. Zollverwaltung	3 000 294	2 876 896
„		VIII. Münzverwaltung	53 167	53 576
„		IX. Allgemeine Kassenverwaltung	15 110	12 380
„		X. Schuldentilgung	850 152	2 000 000
„		XI. Ruhegehalte, Hinterbliebenenversorgung und Gnadengaben	6 608 290	6 000 780
„		XII. Allgemeiner Fonds der Gr. Regierung für im Staatsvoranschlag nicht vorgesehene Bedürfnisse persönlicher und sachlicher Art	50 000	50 000
„		XIII. Unterstützungs- und Belohnungsfonds	42 010	26 120
„		XIV. Verschiedene und zufällige Ausgaben	10 400	9 140
		Summe der Ausgabe	24 934 051	25 048 859

Gegen seither jährlich		Gesamtbetrag für die Budgetperiode.			Erläuterungen.
mehr.	weniger.	Ordentlicher Etat.	Außerordentlicher Etat.	Hauptsumme.	
M.	M.	M.	M.	M.	
2 090	—	327 180	—	327 180	
860	—	122 600	—	122 600	
13 250	—	1 042 960	—	1 042 960	
131 578	—	12 520 810	627 320	13 148 130	
—	46 031	1 367 700	102 450	1 470 150	
182 914	—	13 228 006	248 000	13 476 006	
123 398	—	6 000 588	235 850	6 236 438	
—	409	106 334	—	106 334	
2 730	—	30 220	—	30 220	
—	1 149 848	1 700 304	—	1 700 304	
607 510	—	13 216 580	—	13 216 580	
—	—	100 000	—	100 000	
15 890	—	84 020	—	84 020	
1 260	—	20 800	—	20 800	
1 081 480	1 196 288 1 081 480				
—	114 808	49 868 102	1 213 620	51 081 722	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
I.		**Forst- und Domänenverwaltung.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
		I. **Aus Liegenschaften.**		
	1.	Aus Gebäuden	132 460	132 488
	2.	Aus landwirtschaftlichen Grundstücken	1 561 230	1 585 176
	3.	Aus Liegenschaften mit besonderer Gewerbseinrichtung:		
		a. Von der Brauerei Rothaus und dem Hof Dürrenbühl	445 519	411 793
	4.	b. Sonstige Einnahmen	11 957	11 117
		Aus Holz	7 337 740	7 191 975
		Übertrag . .	9 488 906	9 332 549

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	28	Mietzinse für Dienstwohnungen von Beamten . . . . . 88 903 M. Sonstige Mietzinse nach den bestehenden Mietverträgen . . . . . 43 557 „ zusammen . . 132 460 M.
—	23 946	Der Voranschlag berechnet sich für die einzelnen Kulturarten wie folgt:

	Nutzbare Fläche ha	a	Roheinnahme vom ha M.	Pf.	Budgetbetrag M.	Pf.
I. Aus in Selbstbetrieb stehenden Wiesen	5 311	62	109	05	579 232	16
II. „ „ „ „ Reben	43	80	1 322	33	57 918	05
III. „ „ „ stehendem Torfgelände	18	65	238	44	4 446	91
IV. „ verpachteten Grundstücken:						
A. Parzellengüter	9 128	86	83	64	763 537	85
B. Hofgüter	2 309	43	54	26	125 309	67
V. Aus Nebennutzungen					21 698	88
VI. Fischzuchtanstalten und Fischteichanlagen					9 086	28
zusammen . .	16 812	36			1 561 229	80

Es entsprechen die Nutzungsflächen dem Stand auf 1. Januar 1905 unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Änderungen, die Pachtzinse den dermalen bestehenden Pachtverträgen — hierunter begriffene Naturalpachtzinse dem Rechnungsdurchschnitt der Fruchtpreise —, der Roherlös vom Hektar der selbstbewirtschafteten Wiesen, Reben und des Torfgeländes, sowie die Einnahme aus Nebennutzungen dem Rechnungsdurchschnitt, die Einnahme aus Fischzuchtanstalten und Fischteichanlagen dem neuesten Rechnungsergebnis.

33 726	—	Rechnungsdurchschnitt unter Berücksichtigung der wegen außergewöhnlicher Verhältnisse erforderlichen Änderungen sowie der durch Verbesserung der technischen Einrichtungen ermöglichten stärkeren Produktion, unter Abzug von 4 % wegen der Unsicherheit des Ergebnisses. Hierunter Mietzins für 2 Dienstwohnungen 410 M.; ferner Zinsen von an Bierabnehmer aus Wirtschaftsmitteln gewährten Darlehen 400 M.
840	—	Nach dem Stand der dermalen bestehenden Verträge.
145 765	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt ergibt sich:

	Im ganzen: Verwertete Holzmasse fm	Erlös im ganzen M.	Pf.	vom fm M.	Pf.	Aus verkauftem Holz: Verwertete Holzmasse fm	Erlös im ganzen M.	Pf.	vom fm M.	Pf.
Oberirdische Holzmasse	652 487,53	7 572 489	79	11	61	644 580,67	7 522 981	91	11	67
Stock- und Wurzelholz	3 443,94	17 718	10	5	15	3 119,14	16 889	03	5	41
zusammen . .	655 931,47	7 590 207	89	11	57	647 699,81	7 539 870	94	11	64

Auf das Hektar der ertragsfähigen Waldfläche = 92 914,44 ha ausgerechnet beträgt vorstehende Nutzung an oberirdischer Holzmasse 7,02 fm. Nach den z. Zt. gültigen Einrichtungswerken für die Domänenwaldungen berechnet sich der geordnete Abgabesatz ausschließlich der Ergebnisse der Weglinienaufhiebe auf das Hektar der ertragsfähigen Waldfläche durchschnittlich auf . . . . . 5,80 fm

Dieser Abgabesatz wird erfahrungsgemäß durch zufällige, in den Hiebsvorschlägen nicht vorgesehene Nutzungen um durchschnittlich 10 % überschritten, es gehen daher zu . . . . . 0,58 „

Hierzu ferner das Ergebnis der Weglinienaufhiebe, wie bisher . . . . . 0,22 „

zusammen . . 6,60 fm

Hieraus ergibt sich für die ertragsfähige Waldfläche — nach dem Stand vom 1. Januar 1905 = 93 315,68 ha — eine Nutzungsmasse an oberirdischem Holze von . . . . . 615 883,49 fm

Hierzu kommen nach dem Rechnungsdurchschnitt 0,5 % dieser Summe für Stock- und Wurzelholz mit . . . . . 3 079,42 „

zusammen Nutzungsmasse . . 618 962,91 fm

180 331	23 974

(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 107.)

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(I.)		Übertrag . .	9 488 906	9 332 549
	5.	Ertrag der Murgschifferschaftsrechte	192 835	188 866
	6.	Aus Forstnebennutzungen	206 741	237 131
	7.	Anteile an den Geldstrafen für Forstdiebstahl	2 351	2 560
	8.	Aus Jagden	59 555	58 163
		Summe I.	9 950 388	9 819 269
		II. Aus Lehen und Berechtigungen.		
	9.	Aus Lehen und zinspflichtigen Gütern	262	263
	10.	Aus Fischereien	34 985	33 596
	11.	Aus sonstigen Berechtigungen	8 173	7 467
		Summe II.	43 420	41 326
		III. Vom Grundstock.		
	12.	Zinsen	122 718	219 954
		Übertrag . .	122 718	219 954

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
180 331	23 974	(Fortsetzung der Erläuterungen zu § 4.)

Unter Zugrundlegung der Holzabgabe an Berechtigte, aus Vergünstigung, zu Kompetenzen und an Gültmühlen nach dem Rechnungsdurchschnitt, der Holzpreise dagegen wie im letzten Budget — der Rechnungsdurchschnitt bietet wegen des hierin außergewöhnlichen Jahres 1902 keine zutreffende Grundlage — berechnet sich der Budgetsatz:

	Oberirdische Holzmasse.						Stock- und Wurzelholz.						Budgetsatz.	
	zu verwertende Holzmasse fm	Erlös vom fm M.	Pf.	Erlös im ganzen M.	Pf.		zu verwertende Holzmasse fm	Erlös vom fm M.	Pf.	Erlös im ganzen M.	Pf.		M.	Pf.
I. Holzabgabe an Berechtigte .	1 550,91	5	03	7 801	08		246,27	2	17	534	41		8 335	49
II. „ aus Vergünstigung	3 388,22	3	72	12 604	18		78,53	3	75	294	49		12 898	67
III. „ zu Kompetenzen	2 899,22	9	77	28 325	38		—	—	—	—	—		28 325	38
IV. „ an Gültmühlen .	68,51	11	31	774	85		—	—	—	—	—		774	85
V. Erlös aus Holz durch Verkauf	607 976,63	11	96	7 271 400	49		2 754,62	5	81	16 004	34		7 287 404	83
zusammen . .	615 883,49	11	89	7 320 905	98		3 079,42	5	50	16 833	24		7 337 739	22
												rund . .	7 337 740	M.

3 969	—	Mit Berücksichtigung der im Jahre 1904 eingetretenen Erweiterung des Besitzanteils von 1,976 039 % Rechten stellt sich der Voranschlag:
		a. Erlös aus dem statutengemäß in Natur zu verteilenden besseren Nutzholz, dessen Menge auf 7 500 fm veranschlagt wird, für das Festmeter nach dem Rechnungsdurchschnitt zu 19 M. 84 Pf. . . . . 148 800 M.
		b. Anteile an den Überschüssen der schifferschaftlichen Kasse nach dem Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag von 850 M. wegen Vermehrung des Rechtebesitzes . . . . . 44 035 „
		zusammen . . 192 835 M.
—	30 390	Rechnungsdurchschnitt; darunter aus Waldstreu . . . . . 139 371 M.
		und zwar durch Abgabe an Berechtigte . . . . . 51 346 M.
		„ „ aus Vergünstigung . . . . . 36 854 „
		„ Verkauf . . . . . 51 171 „
—	209	Rechnungsdurchschnitt.
1 392	—	Pachtzinse nach dem dermaligen Stand . . . . . 43 951 M.
		Erträgnisse der in Selbstbetrieb genommenen Jagden nach den Voranschlägen der Forstämter . . . . 15 604 „
		zusammen . . 59 555 M.
185 692	54 573	
54 573		
131 119		
—	1	Zu §§ 9—11. Feststehende Leistungen und Pachtzinse nach dem Stand am 1. Januar 1905, wandelbare Einnahmen nach dem Rechnungsdurchschnitt.
1 389	—	
706	—	
2 095	1	
1		
2 094		
—	97 236	1. Aus der Kontokorrentschuld der Amortisationskasse nach dem Stand vom 1. Juli 1905 von rund 800 000 M. zu 3½ % . . . . . 28 000 M.
		2. Dividenden aus den Aktien der Renchtaleisenbahngesellschaft 69 900 M. nach dem Rechnungsdurchschnitt 2 718 „
		3. Aus den von den Domänenämtern einzuziehenden Grundstockskapitalien nach dem Stand am 1. Juli 1905 von rund 2 300 000 M. zu 4 % . . . . . 92 000 „
—	97 236	zusammen . . 122 718 M.

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(I.)		Übertrag . .	122 718	219 954
	13.	Ersatz der Grundstocksverwaltung für Anschaffung von Kunstgegenständen in die Kunsthalle zu Karlsruhe	30 000	30 000
		Summe III.	152 718	249 954
		IV. **Verschiedene Einnahmen.**		
	14.	Vom Heidelberger Schloß	52 998	47 304
	15.	Ersatzleistungen für Einrichtung von Gemeinde- und Körperschaftswaldungen . . .	18 200	21 311
	16.	Rückersatz an Prozeß- und Gefällbetreibungskosten	4 255	4 393
	17.	Sonstige Einnahmen	78 547	62 726
		Summe IV.	154 000	135 734
		Hiezu „ I.	9 950 388	9 819 269
		„ „ II.	43 420	41 326
		„ „ III.	152 718	249 954
		Summe A. Ordentlicher Etat	10 300 526	10 246 283
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	20 601 052	
		B. **Außerordentlicher Etat.**		
		Für den Grundstock.		
	1.	Ersatz der Grundstocksverwaltung für die zu ihren Lasten vorgesehenen Aufwendungen	627 320	
		Summe Tit. I. für beide Jahre . .	21 228 372	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	97 236	
—	—	Vergleiche § 32 der Ausgabe.
—	97 236	
5 694	—	Miet- und Pachtzinse nach dem neuesten Stand unter Berücksichtigung bekannter Änderungen, darunter für Dienstwohnungen 1850 ℳ; wandelbare Einnahmen nach dem Rechnungsdurchschnitt.
—	3 111	Rechnungsdurchschnitt.
—	138	Rechnungsdurchschnitt.
15 821	—	Mietzinse von gemieteten Gebäuden (darunter für Dienstwohnungen 8 900 ℳ) . . . . . 9 100 ℳ. Frohndkosten und sonstige Ersatzbeträge bei kirchlichen Bauten (§ 34 b. der Ausgabe): Britzingen, evangel. Kirche, Frohndkostenrest 2 339 ℳ, Baukostenanteil der Kirchengemeinde 2 849 ℳ und des Zehntbaulastenfonds 8 488 ℳ . . . . . zusammen . . 13 676 ℳ. Sexau, evangel. Pfarrhaus, Frohndkosten . . . . . 6 200 „ Durlach, altes evangel. Pfarrhaus, Verkaufserlös . . . . . 24 600 „ für beide Jahre . . 44 476 ℳ. für 1 Jahr . . . . . 22 238 „ Übrige Einnahmen, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 47 209 „ zusammen . . 78 547 ℳ.
21 515	3 249	
3 249		
18 266		
131 119	—	
2 094	—	
—	97 236	
151 479	97 236	
97 236		
54 243		

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
II.		**Salinenverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat.		
		I. **Salinenbetrieb.**		
	1.	Aus Liegenschaften und Einrichtungen	12 226	6 934
	2.	Aus Erzeugnissen	1 000 000	965 000
	3.	Verschiedene Einnahmen	7 331	4 542
		Summe I.	1 019 557	976 476
		II. **Solbadbetrieb.**		
	4.	Aus Liegenschaften	100	458
	5.	Aus den Bädern	17 480	15 413
		Summe II.	17 580	15 871
		„ I.	1 019 557	976 476
		Summe Tit. II.	1 037 137	992 347
		„ „ „ für beide Jahre . .	2 074 274	
III.		**Steuerverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat.		
		I. **Direkte Steuern.**		
	1.	Grund- und Häusersteuer	4 369 460	4 231 135
	2.	Gewerbsteuer	1 963 879	1 962 814
	3.	Kapitalrentensteuer	2 427 235	2 268 598
		Übertrag . .	8 760 574	8 462 547

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
5 292	—	a. Aus Gebäuden, darunter 4 520 M. Mietzinse für Dienstwohnungen . . . . . 4 696 M. b. Aus Grundstücken, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 552 „ c. Aus Einrichtungen: 1. Wasserleitungen, neuester Stand . . . . . 5 478 M. 2. Elektrische Licht- und Kraftanlagen (noch im Bau begriffen) fürsorglich . . . . . 500 „ 5 978 „ zusammen . . 12 226 M.
35 000	—	Rechnungsdurchschnitt 1 142 778 M. Die Einnahme ist von 1 234 488 M. im Jahre 1902 zurückgegangen im Jahre 1903 auf 1 107 108 M. und im Jahre 1904 auf 1 086 737 M. Da infolge Entstehens neuer Salinen ein Preisrückgang oder aber eine Absatzeinbuße zu erwarten steht, kann auf einen höheren Betrag als 1 000 000 M. nicht wohl gerechnet werden.
2 789	—	Rechnungsdurchschnitt nach Ausscheidung einmaliger außerordentlicher Einnahmen.
43 081	—	
—	358	Rechnungsdurchschnitt 674 M.; nachdem der Gasthof zur Saline in Rappenau verkauft ist und da die in Dürrheim für die Erbauung eines neuen Solbades 2c. 2c. erworbenen Güter zum Teil parkartig aufgeforstet werden sollen, kann ein höherer Ertrag als 100 M. nicht eingestellt werden.
2 067	—	Rechnungsdurchschnitt 16 481 M.; mit Rücksicht auf die günstige Frequenz ist das Rechnungsergebnis des Solbades Dürrheim von 1904 mit rund 17 480 M. eingestellt.
2 067	358	
358		
1 709		
43 081		
44 790		
138 325	—	Nach der Zusammenstellung der Kataster für 1905 aus 2 880 144 260 M. Steuerkapital (1 496 855 190 M. Grundsteuerkapital und 1 383 289 070 M. Häusersteuerkapital) zu 15 ₰ von 100 M. . . . . 4 320 216 M. Hierzu Nachtrag nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 49 244 „ zusammen . . 4 369 460 M.
1 065	—	Nach der Zusammenstellung der Kataster für 1905 aus 1 089 864 400 M. Steuerkapital zu 15 ₰ von 100 M. 1 634 796 M. Hierzu: 1. Gewerbsteuernachträge einschließlich der Gewerbsteuer neuzugehender Pflichtigen (Rechnungsdurchschnitt) 148 920 „ 2. Wandergewerbsteuer (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 175 946 „ 3. Gewerbsteuertaxen (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 1 060 „ 4. Gewinnanteil von der badischen Bank (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 3 157 „ zusammen . . 1 963 879 M.
158 637	—	Nach der Katasterzusammenstellung für 1904 aus 1 949 510 940 M. zu 12 ₰ von 100 M. = ... 2 339 413 M. Dazu Steuernachtrag (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 87 822 „ zusammen . . 2 427 235 M.
298 027	—	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(III.)		Übertrag . .	8 760 574	8 462 547
	4.	Einkommensteuer	13 378 419	11 943 297
	5.	Sonstige Steuern:		
		a. Beförsterungssteuer	133 500	133 318
		b. fixierte Steuer	745	559
		Summe I.	22 273 238	20 539 721
		II. Indirekte Steuern.		
	6.	Weinsteuer	2 433 308	2 474 311
	7.	Biersteuer	7 902 154	7 980 017
	8.	Fleischsteuer	756 362	772 835
	9.	Grundstücks-Verkehrssteuer	4 218 011	4 203 773
	10.	Erbschafts- und Schenkungssteuer	1 455 208	1 425 474
		Summe II.	16 765 043	16 856 410
		III. Justiz- und Polizeigefälle.		
	11.	Gerichtskosten	2 130 597	2 039 577
	12.	Notariatskosten	1 582 339	1 650 000
	13.	Grundbuchkosten	1 346 441	1 350 000
	14.	Sporteln, Taxen und Strafen der Verwaltungsbehörden, Abhörgebühren	1 893 455	1 704 329
		Übertrag . .	6 952 832	6 743 906

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
298 027	—	
1 435 122	—	Nach der Katasterzusammenstellung für 1905 aus 378 202 325 M. Steueranschlag, und zwar: aus 17 332 800 M. zu 2 M. 40 Pf. von 100 M. = 415 987 M. 20 Pf. 269 514 525 „ „ 3 „ — „ 100 „ = 8 085 435 „ 75 „ 8 307 000 „ „ 3 „ 15 „ „ 100 „ = 261 670 „ 50 „ 10 212 000 „ „ 3 „ 30 „ „ 100 „ = 336 996 „ — „ 8 134 000 „ „ 3 „ 45 „ „ 100 „ = 280 623 „ — „ 11 735 000 „ „ 3 „ 60 „ „ 100 „ = 422 460 „ — „ 8 263 000 „ „ 3 „ 75 „ „ 100 „ = 309 862 „ 50 „ 10 168 000 „ „ 3 „ 90 „ „ 100 „ = 396 552 „ — „ 5 771 000 „ „ 4 „ 05 „ „ 100 „ = 233 725 „ 50 „ 28 765 000 „ „ 4 „ 20 „ „ 100 „ = 1 208 130 „ — „ Zusammen 11 951 442 M. 45 Pf. Hierzu Steuernachtrag, einschließlich der Steuer neuzugehender Pflichtigen nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 426 977 „ zusammen . . 13 378 419 M. 45 Pf.
182	—	Nach der Katasterzusammenstellung für 1905 aus 133 500 370 M. Steuerkapital zu 10 Pf. von 100 M.
186	—	Nach §. 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 1904 (G.V.Bl. S. 423).
1 733 517	—	
—	41 003	Rechnungsdurchschnitt unter Abzug von 5% wegen der Ertragsschwankungen: a. Weinakzise . . . . . 1 668 726 M. b. Weinohmgeld . . . . . 609 077 „ c. Weinsteueraversen von Wirten . . . . . — „ d. Gestundete Weinsteuer . . . . . 129 710 „ e. Akzis-Aversen von Weinhändlern . . . . . 24 481 „ f. Gebühren für Weinlagerkeller . . . . . 1 314 „ zusammen . . 2 433 308 M.
—	77 863	Rechnungsdurchschnitt (wie §. 6) unter Abzug von 5%.
—	16 473	Rechnungsdurchschnitt (wie §. 6) unter Abzug von 5%.
14 238	—	Rechnungsdurchschnitt (wie §. 6) unter Abzug von 5%.
29 734	—	Rechnungsdurchschnitt (wie §. 6) unter Abzug von 5%.
43 972	135 339	
	43 972	
	91 367	
91 020	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	67 661	Rechnungsdurchschnitt.
—	3 559	Rechnungsdurchschnitt unter Zuschlag von 198 400 M. Anteil am Reinertrag der Gemeindegrundbuchämter.
189 126	—	a. Sporteln und Taxen der Verwaltungsbehörden (einschließlich Erlös aus gestempelten Vordrucken) Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 513 285 M. b. Strafen der Verwaltungsbehörden (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 231 983 „ c. Abhörgebühren, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 148 187 „ zusammen . . 1 893 455 M.
280 146	71 220	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(III.)		Übertrag . .	6 952 832	6 743 906
	15.	Forststrafgefälle	31 391	36 391
	16.	Hundstaxen	653 016	611 085
		Summe III.	7 637 239	7 391 382
		IV. Verschiedene Einnahmen.		
	17.	Steuerstrafgefälle:		
		a. Steuernachträge	35 520	32 673
		b. Hinterziehungs- und Ordnungsstrafen	72 145	93 230
	18.	Heb- und Kontrollgebühren	197 987	174 793
	19.	Ersatz von Kreisen, Gemeinden und anderen für Katasterarbeiten	123 593	135 141
	20.	Ersatz und Abgang von Ausgaben	4 739	6 935
	21.	Mietzinse	54 150	46 550
	22.	Sonstige Einnahmen	26 479	20 911
		Summe IV.	514 613	510 233
		Hierzu „ I.	22 273 238	20 539 721
		„ II.	16 765 043	16 856 410
		„ III.	7 637 239	7 391 382
		Summe Titel III.	47 190 133	45 297 746
		„ „ „ für beide Jahre . .	94 380 266	
IV.		**Zollverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat.		
	1.	Vergütung des Reichs für die Kosten der Zollverwaltung	1 457 498	1 346 946
	2.	Vergütung des Reichs für die Kosten der Verwaltung der Reichssteuern:		
		a. der Tabaksteuer	240 670	249 250
		b. der Zuckersteuer	80 900	81 400
		Übertrag . .	1 779 068	1 677 596

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
280 146	71 220	
—	5 000	Rechnungsdurchschnitt.
41 931	—	Rechnungsdurchschnitt (vergleiche auch Ausgabe §. 23 f.).
322 077	76 220	
76 220	—	
245 857	—	
2 847	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	21 085	Rechnungsdurchschnitt.
23 194	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	11 548	Rechnungsdurchschnitt.
—	2 196	Rechnungsdurchschnitt.
7 600	—	Neuester Stand unter Berücksichtigung der in der Budgetperiode durch Zugang weiterer Dienstwohnungen zu erwartenden Änderungen.
5 568	—	Rechnungsdurchschnitt.
39 209	34 829	
34 829	—	
4 380	—	
1 733 517	—	
—	91 367	
245 857	—	
1 983 754	91 367	
91 367		
1 892 387		
110 552	—	a. Nachtragsleistungen anläßlich der endgültigen Abrechnungen nach besonderer Aufstellung . . . . 16 080 M. b. Vergütungen bei den vorläufigen Abrechnungen: 1. Für Gehalte und sonstige ständige Bezüge mit Einschluß der Kosten für Beschaffung der Dienstkleidung 1 302 065 „ 2. Für Kosten der auswärtigen Dienstverrichtungen . . . . . 51 250 „ 3. Bauschbeträge für Umzugskosten, Bureaubedürfnisse und räumliche Unterbringung der Ämter . . . 58 990 „ 4. Besonders in Anrechnung zu bringende Kosten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 29 113 „ zusammen . . 1 457 498 M.
—	8 580	Rechnungsdurchschnitt.
—	500	Desgleichen.
110 552	9 080	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(IV.)		Übertrag . .	1 779 068	1 677 596
	(2.)	c. der Salzsteuer	12 220	11 258
		d. der Branntweinsteuer	322 780	315 150
		e. der Schaumweinsteuer	250	250
		f. der Wechselstempelsteuer	10 200	10 720
		g. des Spielkartenstempels	250	210
		h. der Reichsstempelabgaben	16 300	18 050
		i. der statistischen Gebühr	1 840	2 030
	3.	Abgabe von Branntwein in den Zollausschlußgebieten	1 190	1 510
	4.	Brückengefälle	1 500	1 580
	5.	Niederlage- und Waggebühren, sowie Verwaltungskostenbeiträge	175 630	169 200
	6.	Zoll- und Steuerstrafen und Erlöse aus eingezogenen Gegenständen	16 000	13 200
	7.	Mietzinse	186 060	174 590
	8.	Ersatz für Dienstkleidungs- und Ausrüstungsstücke	540	420
	9.	Zufällige Einnahmen	12 220	11 350
		Summe Titel IV.	2 536 048	2 407 114
		„ „ „ für beide Jahre . .	5 072 096	
V.		**Münzverwaltung.**		
		Ordentlicher Etat.		
		I. Aus Fabrikaten.		
	1.	Aus Goldmünzen	4 531	2 576
	2.	Aus Silbermünzen	40 313	24 036
	3.	Aus Nickelmünzen	4 203	11 188
	4.	Aus Kupfermünzen	4 299	9 965
	5.	Für Medaillen	12 762	12 209
		Summe I.	66 108	59 974
		II. Verschiedene und zufällige Einnahmen.		
	6.	Aus Materialien und Gerätschaften	182	314
	7.	Schmelz- und Probegebühren	23	182
		Übertrag . .	205	496

Gegen seither jährlich mehr	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
110 552	9 080	
962	—	Nachtragsleistung anläßlich der endgültigen Abrechnung laut besonderer Feststellung . . . . . 70 *M.* Die Vergütung bei den vorläufigen Abrechnungen beträgt: a. Für Gehalte und sonstige ständige Bezüge mit Einschluß der Kosten für Beschaffung der Dienstkleidung 12 088 „ b. Für Reisekosten der Oberbeamten, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 62 „ zusammen . . 12 220 *M.*
7 630	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	
—	520	Desgleichen.
40	—	Desgleichen.
—	1 750	Desgleichen.
—	190	Desgleichen.
—	320	Desgleichen.
—	80	Desgleichen.
6 430	—	Desgleichen.
2 800	—	Rechnungsergebnis von 1902. (Der Rechnungsdurchschnitt mit 33 300 *M.* ist wegen einiger in den Jahren 1903 und 1904 bezahlter besonders hoher Strafen außergewöhnlich hoch.)
11 470	–	Nach dem neuesten Stande.
120	—	Rechnungsdurchschnitt.
870	—	Desgleichen.
140 874	11 940	
11 940		
128 934		
1 955	—	Rechnungsdurchschnitt.
16 277	—	Desgleichen.
—	6 985	Desgleichen.
—	5 666	Desgleichen.
553	—	Desgleichen.
18 785	12 651	
—	132	Desgleichen.
—	159	Desgleichen.
—	291	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(V.)		Übertrag . .	205	496
	8.	Sonstige zufällige Einnahmen	2 083	2 754
		Summe II.	2 288	3 250
		„ I.	66 108	59 974
		Summe Titel V.	68 396	63 224
		„ „ „ für beide Jahre . .	136 792	
VI.		**Allgemeine Kassenverwaltung.**		
		A. **Ordentlicher Etat.**		
	1.	Mietzinse	43 900	66 500
	2.	Dienstpolizeiliche Geldstrafen	1 240	1 120
	3.	Erlös aus Fahrnissen und Materialien	4 100	4 470
	4.	Anfall von ledigen, herren- und erblosen Gütern	3 650	6 460
	5.	Ersatz einzelner Verwaltungszweige für Ruhe- und Unterstützungsgehalte, Versorgungsgehalte sowie Gnadengaben, Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen	2 223 300	1 937 420
	6.	Kontokorrentzinsen aus dem Geldverkehr der Landeshauptkasse	24 000	20 000
	7.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	4 550	3 300
		Summe A. Ordentlicher Etat	2 304 740	2 039 270
		„ „ „ „ für beide Jahre . .	4 609 480	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	291	
—	671	Rechnungsdurchschnitt.
—	962	
18 785	12 651	
18 785	13 613	
13 613		
5 172		
—	22 600	Neuester Stand der Mietzinse. Im übrigen Rechnungsdurchschnitt.
120	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	370	Desgleichen unter Zuschlag einer zu erwartenden Mehreinnahme von jährlich 750 M.
—	2 810	Rechnungsdurchschnitt.
285 880	—	Der Ersatz der durch die Landeshauptkasse zu leistenden Zahlungen der nebenbezeichneten Art an Beamte von nicht zur allgemeinen Staatsverwaltung gehörigen Dienstzweigen und für Hinterbliebene solcher Beamten (vergleiche Ausgabe des Finanzministeriums Tit. XI. §§. 1—3 und 5—7 und des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Tit. IV. §§. 1—2) wird veranschlagt: für 1906/1907 jährlich: a. aus der Eisenbahnhauptkasse an: 1. Ruhegehalten, Hinterbliebenenbezügen und Gnadengaben auf . . . . . 1 854 400 M. 2. Unterstützungen und außerordentlichen Belohnungen auf . . . . . 69 450 „ b. aus der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu Lasten des Reinertrags der Main—Neckarbahn auf . . . 74 500 „ c. aus anderen Kassen auf . . . . . 17 080 „ 2 015 430 M. Hierzu kommt die Vergütung des Reichs für Ruhegehalte, Hinterbliebenenbezüge und Unterstützungen der Grenzzollbeamten . . . . . 207 070 „ Ferner Vergütung von Lübeck für die durch dorthin abgeordnete badische Beamten entstehende Pensionslast . . . . . 800 „ zusammen . . 2 223 300 M.
4 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
1 250	—	Desgleichen.
291 250	25 780	
25 780		
265 470		

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
		B. Außerordentlicher Etat.		
(VI.)	1.	Einnahme von der vormaligen badischen Militärverwaltung und zwar Ersatz von Kasernenbaukosten	199 622	—
		Hierzu A. Ordentlicher Etat	4 609 480	
		Summe Tit. VI.	4 809 102	

Zusammenstellung.

	Für 1906/07 jährlich.	
Titel I. Forst- und Domänenverwaltung	10 300 526	10 246 283
„ II. Salinenverwaltung	1 037 137	992 347
„ III. Steuerverwaltung	47 190 133	45 297 746
„ IV. Zollverwaltung	2 536 048	2 407 114
„ V. Münzverwaltung	68 396	63 224
„ VI. Allgemeine Kassenverwaltung	2 304 740	2 039 270
Summe der Einnahme	63 436 980	61 045 984

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
—	—	Vergleiche die Erläuterung zu diesem Paragraphen im Staatsvoranschlag 1904/05.

Gesamtbetrag für die Budgetperiode.		
Ordentlicher Etat.	Außerordentlicher Etat.	Hauptsumme.
ℳ.	ℳ.	ℳ.
20 601 052	627 320	21 228 372
2 074 274	—	2 074 274
94 380 266	—	94 380 266
5 072 096	—	5 072 096
136 792	—	136 792
4 609 480	199 622	4 809 102
126 873 960	826 942	127 700 902

Übersicht der über-

im Bereich der Finanz-

Art der Stellen.	Budget. Tit.	Budget. §.	Die Übertragung erfolgt zwischen den Verwaltungszweigen:	Zahl der Stellen. Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Budgetanforderung. bisher.	künftig.	künftig mehr.	künftig weniger.
D. 3 und D. 6.								
Zweite Beamte der Bezirksfinanzverwaltung	IV.	1	Forst- u. Domänenverwaltg.	1	1	1	—	—
	"	5	"	2	2	2	—	—
	VI.	1	Steuerverwaltung . . .	2	2	1	—	1
	"	5	" . . .	1	1	3	2	—
	VII.	1	Zollverwaltung	2	2	2	—	—
	"	7	"	2	2	3	1	—
F. 3.			zusammen . .	10	10	12	3	1
Revisoren, Registratoren, Expeditoren	IV.	1	Forst- u. Domänenverwaltg.	12	11	12	1	—
	VI.	1	Steuerverwaltung . . .	14	12	14	2	—
	VII.	1	Zollverwaltung	12	15	12	—	3
F. 5.			zusammen . .	38	38	38	3	3
Oberbuchhalter der Bezirksfinanzverwaltung	IV.	5	Forst- u. Domänenverwaltg.	2	2	2	—	—
	IV.	13	"	1	1	1	—	—
	V.	1	Salineverwaltung . . .	2	2	2	—	—
	VI.	5	Steuerverwaltung . . .	5	10	8	—	2
	VII.	7	Zollverwaltung	3	8	3	—	5
			zusammen . .	13	23	16	—	7
Oberbuchhalter der Bezirksfinanzverwaltung (als Obersteuerkontrolleure)	VI.	5	Steuerverwaltung . . .	2	—	2	2	—
	VII.	7	Zollverwaltung	2	—	3	3	—
G. 5.			zusammen . .	4	—	5	5	—
Revidenten, Registratur- und Expeditурassistenten	IV.	1	Forst- u. Domänenverwaltg.	3	4	3	—	1
	VI.	1	Steuerverwaltung . . .	5	7	6	—	1
	VII.	1	Zollverwaltung	8	5	8	3	—
Revidenten (bei der Katasterkontrolle) und Steuerkommissärassistenten			zusammen . .	16	16	17	3	2
	VI.	1	Steuerverwaltung . . .	10	9	10	1	—
	VI.	13	" . . .	38	39	41	2	—
Hauptamtsassistenten, Buchhalter, Grenzkontrolleure, Steuerkontrolleure, Revisionsinspektoren			zusammen . .	48	48	51	3	—
	IV.	5	Forst- u. Domänenverwaltg.	7	7	7	—	—
	VI.	5	Steuerverwaltung . . .	56	49	58	9	—
	VII.	7	Zollverwaltung	95	102	106	4	—
J. 6.			zusammen . .	158	158	171	13	—
Büreauassistenten bei der Katasterkontrolle und bei den Steuerkommissären	VI.	1	Steuerverwaltung . . .	4	4	4	—	—
	"	13	" . . .	8	8	8	—	—
J. 7.			zusammen . .	12	12	12	—	—
Kanzleiassistenten	IV.	1	Forst- u. Domänenverwaltg.	5	5	5	—	—
	VI.	1	Steuerverwaltung . . .	3	2	3	1	—
	VII.	1	Zollverwaltung	3	4	3	—	1
K. 6.			zusammen . .	11	11	11	1	1
Kanzleiassistenten bei Bezirksfinanzstellen	IV.	5	Forst- u. Domänenverwaltg.	5	3	6	3	—
	VI.	5	Steuerverwaltung . . .	4	7	7	—	—
	VII.	7	Zollverwaltung	7	6	8	2	—
			zusammen . .	16	16	21	5	—

Erläuterungen.

Zugang: 2 Stellen bei der Steuerverwaltung zur Entlastung der Dienstvorstände und 1 Stelle bei der Zollverwaltung wegen Geschäftsvermehrung.
Abgang: 1 Stelle bei der Steuerverwaltung, die nach D. 1 angefordert ist.

Vom Zolletat werden 2 Stellen auf den Etat der Steuerverwaltung und 1 Stelle auf den Etat der Forst- und Domänenverwaltung übertragen.

1 Stelle (bei der Steuerverwaltung) ist unbesetzt. Bei der Steuerverwaltung gehen 2 Stellen zu zur Entlastung der Dienstvorstände, ab gehen dagegen 2 Stellen an den Etat der Zollverwaltung und 2 Stellen, die für Obersteuerkontrolleure angefordert (ausgeschieden) sind.
Bei der Zollverwaltung gehen 2 Stellen zu vom Etat der Steuerverwaltung, ab gehen dagegen 2 Stellen, die für Obersteuerkontrolleure angefordert sind und 5 Stellen, die (für Zollabfertigungsbeamte) aus dem Gemeinschaftsetat ausgeschieden sind.

Hier sind bei der Steuer- und Zollverwaltung je 2 Stellen aufgeführt, die seither für Oberbuchhalter angefordert waren; bei der Zollverwaltung geht 1 Stelle zu gegen Wegfall einer Stelle G. 5.

1 Stelle vom Etat der Forst- und Domänenverwaltung und 2 Stellen vom Etat der Steuerverwaltung gehen auf den Etat der Zollverwaltung über. Bei der Steuerverwaltung geht 1 Stelle zu wegen Geschäftsvermehrung.

Zugang: 3 Stellen wegen Geschäftsvermehrung.

Steuerverwaltung: Zugang: 7 Stellen vom Zolletat und 2 neue Stellen (für das zu errichtende Finanzamt).
Zollverwaltung: Zugang: 12 Stellen wegen Geschäftsvermehrung und 1 Stelle für eine wegfallende Obergrenzkontrolleurstelle.
Abgang: 7 Stellen, die auf den Steueretat übertragen werden, und 2 Stellen wegen Anforderung nach F. 5.

1 Stelle wird vom Zolletat auf den Steueretat übertragen.

Zugang: bei der Forst- und Domänenverwaltung 2 Stellen durch Übertragung vom Steueretat und 1 Stelle wegen Geschäftsvermehrung.
Bei der Steuerverwaltung 3 Stellen wegen Geschäftsvermehrung.
Bei der Zollverwaltung 1 Stelle durch Übertragung vom Steueretat und 1 Stelle wegen Geschäftsvermehrung.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für 1906.	Voranschlag für 1907.	Voranschlag für ein Jahr durchschnittlich.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
		Amortisationskasse.						
I.		**Verwaltungskosten.**						
	1.	Gehalte.						
		1 Direktor B. 2	7 500					
		1 Hauptkassier D. 1	5 000					
		Kassenzulage	350					
		1 Sekretär D. 3 (statt bisher 2 Stellen) . .	3 500					
		1 Kassier E. 3	4 300					
		1 Kassenzulage	200					
		5 (statt bisher 4 Stellen) nach F. 3: Oberbuchhalter (4 statt bisher 3) und Expeditor (1)	15 650					
		4 Buchhalter G. 5	9 350					
		3 Bureauassistenten J. 6.	5 360					
		2 Beamte tarifmäßige Dienstzulage von je 100 ℳ	200					
		2 Kassendiener K. 3	3 040					
		18 Beamte, wie bisher . . Summe	54 450					
		Voranschlag für 1906 . . . . . 56 260 ℳ.						
		„ „ 1907 . . . . . 56 990 „						
		„ „ ein Jahr durchschnittlich 56 625 ℳ.						
		Betreffnis der Amortisationskasse $^1/_3$ nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 18 600 ℳ.			18 600	18 600	—	18 500
		Betreffnis der Eisenbahnschuldentilgungskasse $^2/_3$ nach Abzug von $1^1/_2$ % rund . . . . . 37 200 „						
	2.	Wohnungsgeld.						
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in § 1 aufgeführten Beamten . . . . . 11 850 ℳ.						
		Betreffnis der Amortisationskasse $^1/_3$ nach Abzug von 4 % 3 800 „			3 800	3 800	—	3 900
		„ der Eisenbahnschuldentilgungskasse $^2/_3$ nach Abzug von 4 % . . . . . 7 600 „						
		Übertrag . .			22 400	22 400	--	22 400

anschlag
für die Jahre 1906 und 1907.

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Eine bisher als „künftig wegfallend" bezeichnete Stelle ist bestimmungsgemäß nach eingetretener Erledigung mit einem Oberbuchhalter (F. 3) besetzt worden, daher hier eine Stelle weniger und unter F. 3 eine Stelle mehr. (Vergleiche auch Erläuterung im Budget für 1904/05.)
		Wegen des Zugangs einer Stelle vergleiche vorstehende Erläuterung zu D. 3. 1 Beamter für Führung der Handkasse Nebengehalt 40 ℳ. aus Mitteln des §. 3.
		Diese Beamten beziehen für Fertigung von Rechnungsreinschriften Nebengehalte im Durchschnitt von je 100 ℳ. aus Mitteln des §. 3.
		1 Stelle wird z. Zt. von einem Kanzleiassistenten (J. 7) versehen. Die Beamten beziehen für Fertigung von Rechnungsreinschriften Nebengehalte im Durchschnitt von je 50 ℳ. aus Mitteln des §. 3.
		Die Kassendiener beziehen wandelbares Einkommen, wovon für einen nach Anmerkung O. Z. 3e zu Abteilung K. des Gehaltstarifs 10 ℳ. am Gehaltssatz in Abzug gebracht sind.
100	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	100	1 Beamter der Abteilung D. bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach §. 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
100	100	

Titel	§.	Ausgabe. — Einnahme.	Voranschlag für 1906.	Voranschlag für 1907.	Voranschlag für ein Jahr durchschnittlich.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
(I.)		Übertrag . .	22 400	22 400	—	22 400
	3.	Andere persönliche Ausgaben	1 500	1 500	—	1 500
	4.	Sachliche Amtsunkosten	1 200	1 200	—	1 200
	5.	Postporto	148	148	—	148
	6.	Sonstige Ausgaben	15	15	—	15
			25 263	25 263	—	25 263
II.		**Passivzinsen und Renten.**	181 963	181 963	181 963	243 163
III.		**Sonstige Ausgaben (Verlust).**	8 500	8 500	8 500	8 500
IV.		**Zuwachs an neuen Schulden.**	—	—	—	—
V.		**Vermehrung der Aktiven.**	886 854	781 854	834 354	773 154
		Summe der Ausgabe	1 102 580	997 580	1 050 080	1 050 080
		Einnahme.				
I.		**Aktivzinse.**	1 102 500	997 500	1 050 000	1 050 000
II.		**Sonstige Einnahmen.**	80	80	80	80
III.		**Zuwachs an neuen Aktiven.**	—	—	—	—
		Summe der Einnahme	1 102 580	997 580	1 050 080	1 050 080

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
100	100	
—	—	a. Vergütung für 2 Gehilfen — 1 Gehilfe im Buchhaltereidienst und 1 Schreibgehilfe — durchschnittlich zu 1400 ℳ. wie bisher . . . . . 2 800 ℳ. b. Dienst- und Schreibaushilfe wie bisher . . . . . 1 000 „ c. Nebengehalt für einen Kanzleibeamten wegen Führung der Handkasse . . . . . 40 „ d. Nebengehalt für Beamte der Abteilung G. und J. für Fertigung von Rechnungsreinschriften . . . . 550 „ e. Dienstkleidung der beiden Kassendiener 2×50 ℳ. . . . . 100 „ zusammen . . 4 490 ℳ. rund . . 4 500 „ Hievon entfallen nach dem bisherigen Verteilungsmaßstabe auf die Amortisationskasse 1/3 mit 1500 ℳ., auf die Eisenbahnschuldentilgungskasse 2/3 mit 3000 ℳ.
—	—	Handkassenkredit 3000 ℳ., wovon die Amortisationskasse mit 1/3 und die Eisenbahnschuldentilgungskasse mit 2/3 zu belasten ist. Hierzu: Sonstige Amtsunkosten bei der Amortisationskasse wie bisher jährlich rund 200 ℳ.
—	—	Wie bisher. Rechnungsdurchschnitt 140 ℳ. (Die Amortisationskasse ist in die Portoaversierung nicht eingeschlossen.)
—	—	Wie bisher. Rechnungsdurchschnitt 10 ℳ.
100	100	
—	61 200	Für Kautionskapitalien nach dem Rechnungsdurchschnitt 11 000 ℳ., für gesetzlich hinterlegte Gelder desgleichen 18 700 ℳ. für Passivkapitalien aus verschiedenen Schuldtiteln 2263 ℳ.; für Kontokorrentschulden nach dem mutmaßlichen Stand 110 000 ℳ. — zusammen je 141 963 ℳ. — Hier sind gegebenenfalls auch die für ausgestellte Schatzanweisungen zu zahlenden Zinsen zu verrechnen, wofür weitere 40 000 ℳ. jährlich eingestellt werden.
—	—	Kursverlust bei der planmäßigen Tilgung der zu den Aktivbeständen gehörigen Wertpapiere.
—	—	
61 200	—	
61 300	61 300	
61 300		
—		
—	—	Die verzinslichen Aktiven der Amortisationskasse betrugen auf 1. Juli 1905 rund 35 049 000 ℳ., bestehend in Wertpapieren 5 834 100 ℳ., Pfanddarlehen 3 552 000 ℳ., sonstige Darlehen und Forderungen 9 715 700 ℳ., sowie dem Kontokorrentguthaben bei der Eisenbahnschuldentilgungskasse mit 15 947 200 ℳ. In der Annahme, daß sich die Bestände auf 1. Januar 1906 auf rund 33 000 000 ℳ. und auf 1. Januar 1907 auf rund 30 000 000 ℳ. vermindern werden, dürften an Zinsen eingestellt werden: für 1906: 3½% aus durchschnittlich rund 31 500 000 ℳ. = 1 102 500 ℳ. für 1907: 3½% aus durchschnittlich rund 28 500 000 ℳ. = 997 500 ℳ.
—	—	Wie bisher Rechnungsdurchschnitt.
—	—	
—	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
I.		**Beamten-Witwenkasse.**				
		Verwaltungskosten.				
	1.	Gehalte:				
		a. Verwaltungsrat	—	—		
		b. Kasse:				
		1 Vorstand C. 5	5 500			
		Kassenzulage	300			
		Dienstwohnung.				
		1 Kontrolleur E. 3	4 300			
		Kassenzulage	60			
		1 Oberbuchhalter F. 3, wofür die Stelle eines Buchhalters (G 5) wegfällt	2 420	200		
		1 (statt bisher 2) Buchhalter G. 5	2 200			
		1 Bureauassistent J. 6	2 010			
		Tarifmäßige Dienstzulage	100			
		1 Kassendiener K. 3	1 500			
		Dienstwohnung.				
		6 Beamte, wie bisher Summe	18 390	200		
		Voranschlag für 1906	22 475 M.			
		„ „ 1907	22 600 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich . .	22 538 M.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	22 200 „		22 200	21 100
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			4 500	4 400
	3.	Sonstige persönliche Ausgaben			6 050	6 030
		Übertrag . .			32 750	31 530

anschlag
für die Jahre 1906|07.

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Sekretariats-, Rechnungs- und Kanzleigeschäfte werden vom Personal des Ministeriums der Finanzen besorgt. Die Bezüge eines Revisors gehen zu Lasten der Beamtenwitwenkasse. (Vergl. Etat des genannten Ministeriums Titel I §. 1.)
		Eine Buchhalterstelle (G. 5) soll in eine Oberbuchhalterstelle (F. 3) umgewandelt werden, um einen Beamten, der nach seinem Dienstalter zur Beförderung heransteht, diesem eigenartigen Dienste erhalten zu können.
		Bezieht wandelbares Einkommen aus Gebühren, wofür nach Anmerkung O.-Z. 3e. zu Abteilung K. des Gehaltstarifs 150 ℳ. auf den Gehalt angerechnet werden.
		Einschließlich 3420 ℳ. Gehalt eines Revisors, siehe obige Bemerkung zu a.
1 100	—	Der Mehraufwand ist durch Stellenänderung und anfallende Gehaltszulagen bedingt.
100	—	Einschließlich 680 ℳ. Wohnungsgeld eines Revisors, siehe obige Bemerkung zu a.
20	—	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten für nebenamtliche Tätigkeit: Der Vorstand und 3 ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrats der Beamtenwitwenkasse einschließlich der Fürsorgekasse für Gemeindebeamte, sowie 2 Rechnungsbeamte des Finanzministeriums, diese für Mitwirkung bei den Sekretariats- und Rechnungsgeschäften und 1 Registrator dieses Ministeriums für Besorgung der Registratur und Expeditur 800 ℳ. + 3 × 600 ℳ. + 2 × 400 ℳ. + 200 ℳ. = zusammen . . . . . 3 600 ℳ. b. Vergütung für 1 Gehilfen bei der Kasse . . . . . 1 100 „ c. Stellvertretung, Dienst- und Schreibaushilfe beim Verwaltungsrat und der Kasse nach dem Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 300 „ Hieraus kann auch eine Vergütung für Bedienung des Verwaltungsrats (durch etatmäßige oder nicht etatmäßige Diener) gewährt werden. d. Dienstkleidung des Kassendieners . . . . . 50 „
1 220	—	zusammen . . 6 050 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(I.)		Übertrag . .	32 750	31 530
	4.	Sachlicher Aufwand	2 170	1 900
		Summe Titel I.	34 920	33 430
II.		**Witwen- und Waisenbezüge.**		
		a. der Hinterbliebenen von etatmäßigen Beamten im allgemeinen:		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 2 719 800 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 2 804 800 „		
		im Jahr durchschnittlich . . . . . 2 762 300 ℳ.	2 762 300	2 504 000
		b. der Hinterbliebenen von Volksschullehrern:		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 455 000 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 470 000 „		
		im Jahr durchschnittlich . . . . . 462 500 ℳ.	462 500	419 500
		Summe Titel II.	3 224 800	2 923 500
III.		**Lasten des Vermögensertrags.**	140	200
IV.		**Sonstige Ausgaben.**	100	200
V.		**Für den Vermögensgrundstock.**	51 000	—
		Hierzu Titel I.	34 920	33 430
		Summe der Ausgaben	3 310 960	2 957 330
		Einnahme.		
I.	1.	**Vermögensertrag.**	785 200	793 600
II.	1.	**Witwenkassenbeiträge.**		
		Voranschlag für 1906 . . . . . 12 300 ℳ.		
		„ „ 1907 . . . . . 11 700 „		
		im Jahr durchschnittlich . . . . . 12 000 ℳ.	12 000	13 700
		Übertrag . .	797 200	807 300

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
1 220	—	
270	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt, und zwar a. Amtsunkosten . . . . . 1 350 M. b. Für Unterhaltung des Dienstgebäudes: Rechnungsdurchschnitt unter Ausscheidung eines außergewöhnlichen Aufwands . . . . . 300 „ c. Porto, darunter Anteil an der Portobauschsumme 205 M. . . . . 300 „ d. Sonstige Versendungskosten 20 M., Verschiedenes 200 M. . . . . 220 „ zusammen . . 2 170 M.
1 490	—	
258 300	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt steht eine Steigerung der Hinterbliebenenbezüge von jährlich etwa 85 000 M. zu erwarten. Die Summe der im Jahr 1904 bezahlten Hinterbliebenenbezüge betrug 2 549 804 M. Es ergibt sich darnach ein Aufwand: für 1905 von 2 549 804 M. + 85 000 M. = rund . . . . . 2 634 800 M. „ 1906 „ 2 634 800 „ + 85 000 „ = ... 2 719 800 „ „ 1907 „ 2 719 800 „ + 85 000 „ = ... 2 804 800 „
43 000	—	Nach dem Rechnungsdurchschnitt steht eine Steigerung der Bezüge von jährlich 15 000 M. zu erwarten. Die Summe der im Jahre 1904 bezahlten Bezüge betrug 424 919 M. Hiernach ergibt sich ein Aufwand: für 1905 von 424 919 M. + 15 000 M. = rund . . . . . 440 000 M. „ 1906 „ 440 000 „ + 15 000 „ = ... 455 000 „ „ 1907 „ 455 000 „ + 15 000 „ = ... 470 000 „
301 300	—	
—	60	Steuern, Umlagen, Wasserzins, Feuerversicherung: Rechnungsdurchschnitt.
—	100	Rechnungsdurchschnitt.
51 000	—	Zur Deckung des Ausgabenüberschusses der Jahre 1902—1904, siehe Erläuterung zu Einnahmetitel III §. 1c.
1 490	—	
353 790	160	
160		
353 630		
—	8 400	Geschätzter Ertrag des Vermögensstandes und sonstige Erträgnisse (einschließlich Miet- und Pachtzinse).
—	1 700	Von Postbeamten, entlassenen Beamten und Volksschullehrern, die freiwillig Mitglieder der Kasse geblieben sind.
—	10 100	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
		Übertrag . .	797 200	807 300
III.		**Zuschüsse.**		
	1.	Staatszuschuß:		
		a. wegen der etatmäßigen Beamten im allgemeinen	2 030 000	1 756 000
		b. wegen der Volksschullehrer	340 000	294 000
		c. zur Deckung des Fehlbetrags der Jahre 1902 bis 1904: 102 000 ℳ. oder jährlich	51 000	—
	2.	Sonstige Zuschüsse	82 000	88 000
IV.		**Sonstige Einnahmen.**	10 760	12 030
		Summe der Einnahmen	3 310 960	2 957 330
		Summe der Ausgaben	3 310 960	2 957 330

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
—	10 100	
274 000	—	Zur Erhaltung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben der Kasse. Vergl. Erläuterung zu Titel III der Einnahme im Budget 1902/03.
46 000	—	Für die Jahre 1903 und 1904 stellt sich das Rechnungsergebnis der Beamtenwitwenkasse folgendermaßen:
51 000	—	

Ausgabe.	1903.	1904.
I. Verwaltungskosten	34 425 M. 62 Pf.	34 745 M. 19 Pf.
II. Witwen- und Waisenbezüge	2 849 449 „ 89 „	2 974 724 „ 61 „
III. Lasten des Vermögensertrags	121 „ 14 „	157 „ — „
IV. Sonstige Ausgaben	112 „ — „	9 „ 85 „
Summe der Ausgabe	2 884 108 M. 65 Pf.	3 009 636 M. 65 Pf.
Einnahme.		
I. Vermögensertrag	786 530 M. 33 Pf.	784 585 M. 85 Pf.
II. Witwenkassenbeiträge	14 716 „ 02 „	13 861 „ 30 „
III. a. Staatszuschuß	1 930 000 „ — „	2 050 000 „ — „
b. Sonstige Zuschüsse	66 640 „ 90 „	101 462 „ 33 „
IV. Sonstige Einnahmen	6 560 „ 25 „	6 825 „ 97 „
Summe der Einnahme	2 804 447 M. 50 Pf.	2 956 735 M. 45 Pf.
Hiernach Mehrausgabe	79 661 M. 15 Pf.	52 901 M. 20 Pf.
	132 562 M. 35 Pf.	

Da eine Einzehrung des Vermögens der Beamtenwitwenkasse vermieden werden soll, wird die vorstehende Mehrausgabe mit rund 132 562 M. abzüglich des im Jahr 1902 erzielten Einnahmeüberschusses von 30 441 M., sonach restlich der Betrag von 102 120 M. oder rund 102 000 M. durch einen besonderen Zuschlag zum Staatszuschuß ausgeglichen.

—	6 000	a. Zuschüsse auf Grund des Artikels 17 des Etatgesetzes . . . . . 55 000 M. b. wegen Wegfalls der Witwenkassenbeiträge der Anstalts- und Körperschaftsbeamten . . . . . 10 000 „ c. Ersatzleistungen an Hinterbliebenenbezügen bei Anstaltsbeamten . . . . . 14 000 „ d. Gratialquartalien für Nichtstaatsdiener (Postbeamte) . . . . . 3 000 „ zusammen . . 82 000 M.
—	1 270	Zufällige Einnahmen. Für Besorgung der Geschäfte der Militärwitwenkasse durch das Personal der Beamtenwitwenkasse wird zur Bestreitung der Verwaltungskosten ein Bauschbetrag von 6 000 M. bewilligt.
371 000	17 370	
17 370		
353 630		
353 630		

Anlage 4
zum
Spezialbudget
des
Finanzministeriums
für 1906/07.

Zusammenstellung

der in den Spezialbudgets des Finanzministeriums für 1906/07 vorgesehenen Stellenzahl für etatmäßige Beamte.

Budgettitel und Positionen.	Zahl der Beamten nach den Tarifabteilungen										Zusammen	Bisher genehmigte Stellenzahl.	Sonach künftig	
	A.	B.	C.	D.	E.	F.	G.	H.	J.	K.			mehr.	weniger.
I. §. 1 . .	1	6	1	3	1	9	1	—	3	2	27	25	2	—
II. §. 1 . .	—	—	1	—	1	6	4	—	1	2	15	15	—	—
III. §. 1 . .	—		—	21	—	3	—	18	7	1	50	50	—	—
IV. §. 1 . .	—	3	11	4	3	14	3	3	8	3	52	50	2	—
5 . .	—	—	—	16	—	2	7	—	1	6	32	29	3	—
9 . .	—	—	—	121	—	—	—	—	—	—	121	117	4	—
13 . .	—	—	—	—	—	1	1	4	2	236	244	244	—	—
V. §. 1 . .	—	—	—	2	—	2	2	2	6	2	16	17	—	1
VI. §. 1 . .	—	2	6	9	7	17	16	—	10	3	70	68	2	—
5 . .	—	—	—	27	—	10	58	30	137	290	552	502	50	—
13 . .	—	—	—	13	36	—	66	—	8	2	125	121	4	—
VII. §. 1 . .	—	2	5	5	2	12	8	—	5	3	42	42	—	—
7 . .	—	—	—	45	3	20	121	—	132	713	1 034	1 023	11	—
im Reichsdienst .	—	—	1	2	—	—	2	—	—	—	5	5	—	—
VIII. §. 1 . .	—	—	1	1	—	—	—	1	—	4	7	7	—	—
X. § 1 u. Anlage 2 . .	—	1	—	2	1	5	4	—	3	2	18	18	—	—
XI. §. 1 u. Anlage 3 . .	—	—	1	—	1	1	1	—	1	1	6	6	—	—
Summe .	1	14	27	271	55	102	294	58	324	1 270	2 416	2 339	78	1
													1	
Hiervon ab die Stellenzahl der Abteilungen A.—D.											313		77	
Verbleiben für die Abteilungen E.—K.											2 103			

Hauptabteilung VI.

Spezial-Budget

der

Oberrechnungskammer

für die Jahre

1906 und 1907.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellen-Änderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.	M.	M.
		Ordentlicher Etat.				
	1.	Gehalte.				
		1 Präsident A. 2	10 000			
		Dienstwohnung vom 1. April 1905 an.				
		3 Kollegialmitglieder B. 3	20 400			
		4 Revisionsvorstände E. 1	19 100			
		10 Beamte: 1 Sekretär und 9 Revisoren F. 1	37 210			
		1 Kanzleisekretär F. 5	3 150			
		1 Kanzleidiener K. 3	1 440			
		Dienstwohnung.				
		20 Beamte wie bisher . Summe	91 300			
		Voranschlag für 1906	92 775 M.			
		„ „ 1907	93 050 „			
		„ „ ein Jahr durchschnittlich . . .	92 912 M.			
		und nach Abzug von $1^1/_2$ %	91 500 „		91 500	89 800
	2.	Wohnungsgeld.				
		Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Dienstzulage nach § 3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in §. 1 aufgeführten Beamten, und zwar nach Abzug von 4 % der Voranschlagssumme			15 700	15 700
	3.	Andere persönliche Ausgaben:				
		a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten			—	520
		b. Sonstige persönliche Ausgaben			3 420	1 620
		Übertrag . .			110 620	107 640

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Die Dienstwohnung im Neubau wurde auf 1. April 1905 bezogen.
		1 Beamter bezieht einen Nebengehalt von 1200 ℳ. als Vorstand der Zentralleitung des Schutzwesens für entlassene Gefangene aus Mitteln der Hauptabteilung III Tit. VIII §. 16.
		Nebengehalte: 1 Kanzleibeamter für Führung der Handkassenrechnung 60 ℳ. und 1 Revisionsbeamter für Verwaltung des Rechnungsarchivs 500 ℳ. zu Lasten von §. 3b.
		Im Fall der Erledigung der Stelle soll dieselbe wie früher (s. Budget für 1904/05) mit einem Registraturassistenten besetzt werden. Künftig wegfallend 475 ℳ.
		Nebengehalt für den Hausmeisterdienst 100 ℳ. und für Bedienung des Rechnungsarchivs (wie früher der Archivdiener in Bruchsal) 60 ℳ. zu Lasten von §. 3b. Der Beamte bezieht außerdem wandelbares Einkommen aus Mitteln für sachliche Amtsunkosten, wofür 30 ℳ. an Gehalt in Abzug gebracht sind.
1 700	—	Der Mehraufwand ist durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
—	—	Künftig wegfallend 80 ℳ. für die Kanzleisekretärstelle, s. o. §. 1.
—	520	Die Bauschvergütung des als Archivverwalter bestellten Revisionsbeamten für Tagegelder und Reisekosten ist vom 1. Juni 1905 ab wegen Verlegung des Rechnungsarchivs von Bruchsal nach Karlsruhe weggefallen.
1 800	—	a. Nebengehalte etatmäßiger Beamten: 1 Kanzleibeamter für Führung der Handkasserechnung . . . . . 60 ℳ. 1 Revisionsbeamter für Besorgung des Rechnungsarchivs statt bisheriger 150 ℳ. jährlich 500 ℳ. und zwar die Erhöhung von 350 ℳ. zahlbar vom 1. Juni 1905 an, dem Zeitpunkt des Wegfalls der Bauschvergütungen für Tagegelder und Reisekosten von 520 ℳ. und für sachliche Amtsunkosten von 90 ℳ.; für 1 Jahr der Budgetperiode die Hälfte von rund 1200 ℳ. . . . . 600 „ 1 Kanzleidiener für Wahrnehmung der Hausmeistersgeschäfte und Bedienung des Rechnungsarchivs . . 160 „ 820 ℳ. b. Stellvertretung und Dienstaushilfe, Rechnungsdurchschnitt . . . . . 360 „ c. Dienstkleidung des Kanzleidieners . . . . . 50 „ d. Vergütung des Heizers . . . . . 1 440 ℳ. und eines Hilfsheizers für 7 Monate . . . . . 700 „ 2 140 „ e. Unterstützung des nichtetatmäßigen Personals und Beiträge zur Invaliden- und Krankenversicherung . . . . . 50 „ zusammen . . 3 420 ℳ.
3 500	520	

Titel.	§.	Ausgabe. — Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
		Übertrag . .	110 620	107 640
	4.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen der etatmäßigen Beamten . . .	140	120
		Sachlicher Aufwand.		
	5.	Für sachliche Amtsunkosten	13 500	3 020
		(bisher § 6) Aufwand für das Dienstgebäude	—	430
		(bisher § 7) Für das Rechnungsarchiv	—	140
	6.	Versendungskosten:		
		a. Postporto	10	10
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	10	10
		c. Telegraphengebühren	160	—
	7.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	30	10
		Summe Ordentlicher Etat	124 470	111 380
		„ „ „ für beide Jahre . .	248 940	
		Einnahme.		
		(bisher § 1) Mietzins aus dem Dienstgebäude	—	416
	1.	Aus Materialien	255	36
	2.	Verschiedene und zufällige Einnahmen	10	10
		Summe Ordentlicher Etat	265	462
		„ „ „ für beide Jahre . .	530	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	M.	
3 500	520	
20	—	Für 16 Beamte zu je 8 M. 50 Pf. (Wegen Erhöhung des Einheitssatzes vergl. Budget des Finanzministeriums Tit. XIII §. 1 a.)
10 480	—	a. Kredit der Handkasse . . . . . 4 200 M. Der Mehraufwand gegenüber früher (2 630 M.) ist auf die Reinigung und Beleuchtung der ausgedehnten Räumlichkeiten des neuen Dienstgebäudes und Rechnungsarchivs zurückzuführen. b. Sonstige Amtsunkosten wie bisher . . . . . 300 „ c. Zentralheizung für die Gebäude der Oberrechnungskammer, des Verwaltungsgerichtshofs und des Generallandesarchivs nach vorläufiger Berechnung von seiten Sachverständiger . . . . . 9 000 „ zusammen . . 13 500 M.
—	430	Der Aufwand erscheint im Budget des Finanzministeriums unter Tit. III §. 6. (Aufwand auf Zentralstaatsgebäude.)
—	140	Infolge Verlegung des Rechnungsarchis von Bruchsal nach Karlsruhe wegfallend.
—	—	Die Oberrechnungskammer ist in die Aversierung nicht einbezogen.
—	—	
160	—	Bauschgebühr für den Anschluß an das Fernsprechnetz.
20	—	Rechnungsdurchschnitt.
14 180	1 090	
1 090		
13 090		
—	416	Miet- und Wasserzinse erscheinen im Budget des Finanzministeriums Tit. VI §. 1. (Allgemeine Kassenverwaltung) in Einnahme.
219	—	Vergütung des Präsidenten, Kanzleidieners und Heizers für Benützung der Zentralheizung.
—	—	Der Rechnungsdurchschnitt beträgt 1 466 M. Ein Erlös für verkaufte Rechnungsmaterialien ist für die nächste Budgetperiode ausgeschlossen, weshalb der seitherige Budgetsatz beibehalten wurde.
219	416	
	219	
	197	

Hauptabteilung VII.

Spezial-Budget

der

Verkehrsanstalten

und zwar

1. des Eisenbahnbetriebs,

2. der Bodenseedampfschiffahrt,

3. des Anteils Badens an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn

für die Jahre

1906 und 1907.

Vorbemerkung.

Das durch die badische Staatsbahnverwaltung betriebene Bahnnetz hatte am Ende des Jahres 1904 eine Länge von 1 672,26 km
wovon badischen Gemeinden und Gesellschaften sowie Nachbarstaaten 65,28 km gehören.

Im Jahre 1905 ist die Eröffnung der Strecken Rheinau—Brühl	2,77	„
Einmündungsbogen in Bruchsal	2,01	„
Güterbahn Gundelfingen—Leutersberg	11,13	„
Mimmenhausen—Frickingen	8,40	„
und im Jahre 1906 der Güterbahn Mannheim—Friedrichsfeld—Schwetzingen	6,37	„
zu erwarten, so daß sich das ganze Bahnnetz auf	1 702,94	km

erstrecken wird.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
		1. Eisenbahnbetriebsverwaltung.				
I.		**Gehalte und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten.**				
	1.	a. Gehalte.				
		1 Generaldirektor B 1	7 500			
		Dienstzulage, tarifmäßig	1 200			
		Dienstwohnung.				
		4 Abteilungsvorstände B. 3	26 300			
		4 tarifmäßige Dienstzulagen je 700 ℳ.	2 800			
		22 Kollegialmitglieder C. 2	105 410	2 300		
		1 budgetmäßige Dienstzulage von 600 ℳ, 1 budgetmäßige Dienstzulage von 300 ℳ.	900			
		2 Beamte haben Dienstwohnungen (als Betriebsinspektor in Mannheim und Vorstand der Hauptwerkstätte).				
		1 Vorstand der Eisenbahnhauptkasse C. 5	5 500			
		68 (bisher 67) Bahnbauinspektoren, Maschineninspektoren, Vorstände der Zentralanstalten, Zentralinspektoren und Betriebsinspektoren D. 1	301 290	4 200		
		Dienstzulagen (vergleiche Erläuterungen)	26 100	1 100		
		44 (bisher 41) Beamte haben Dienstwohnungen (davon 6 zu Lasten des Betriebs- und 7 zu Lasten des Bauetats Mietwohnungen).				
		39 (bisher 30) wissenschaftlich gebildete Beamte als Hilfsarbeiter bei Mittelstellen und Techniker als zweite Beamte bei Zentral- und technischen Bezirksstellen (Regierungsbaumeister) D. 3	70 900	20 000		
		Dienstzulagen (vergleiche Erläuterungen)	3 000	*) 1 800		
		10 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		135 Beamte . . . . . Übertrag	550 900	29 400		

*) Hier ist der Mehraufwand an Baudienstzulagen auch von Ziffer E. 2 und F. 2 berücksichtigt.

Erläuterungen.

Die Zunahme der Geschäfte des bahnbautechnischen Dienstes macht die Anstellung eines weiteren Respizienten in diesem Dienstzweig erforderlich. Ein Beamter ist mit den Geschäften des Betriebsinspektors in Mannheim und einer mit denen des Vorstandes der Hauptwerkstätte betraut.

Dienstzulagen: Der Vorstand der Hauptwerkstätte bezieht, wie bisher, eine budgetmäßige Dienstzulage von 600 ℳ; das mit den Geschäften des Betriebsinspektors in Mannheim betraute Kollegialmitglied soll die Dienstzulage eines Betriebsinspektors mit 300 ℳ erhalten.

23 (bisher 22) Bahnbauinspektoren, 6 Maschineninspektoren, 4 Vorstände von Zentralanstalten, 22 (bisher 23) Zentralinspektoren, 13 (bisher 12) Betriebsinspektoren, zusammen 68 Beamte.

Die Eisenbahnbauinspektionen Überlingen, Neustadt, Basel, Freiburg, Offenburg, Gernsbach und Karlsruhe bleiben bestehen; das von einem Zentralinspektor geleitete Eisenbahnbaubureau Durlach wird in eine Eisenbahnbauinspektion umgewandelt.

Mit Rücksicht auf die hohe Geschäftsaufgabe wird der Eisenbahnhauptwerkstätte statt eines zweiten Beamten (D. 3) 1 Zentralinspektor (D. 1) und dem Bezirksbeamten für den Betriebsdienst in Mannheim statt eines Bahnverwalters (E. 3) ein Betriebsinspektor D. 1 zugeteilt. Die Stelle des Vorstehers des Zentralbureaus der Generaldirektion soll statt mit einem Zentralinspektor (D. 1) künftig mit einem Bureauvorsteher (E 2) besetzt werden. Hier gehen daher im ganzen 2 Stellen zu und 1 Stelle geht ab.

Dienstzulagen: 61 (bisher 59) tarifmäßige Dienstzulagen — 60 (bisher 58) zu 300 und 1 zu 500 ℳ —, 14 (bisher 13 Beamte) budgetmäßige Dienstzulagen und zwar: der Bahnbauinspektor in Mannheim wie bisher 1200 ℳ (künftig wegfallend beim Wechsel des Inhabers der Stelle); 5 Zentralinspektoren wie bisher je 400 ℳ (eine künftig wegfallend nach Beendigung der Werkstättebauten); 8 (bisher 7) Vorstände der Eisenbahnbauinspektionen Baudienstzulagen je 800 ℳ.

Nach bisheriger Übung werden für die etatmäßigen Baubeamten (D. 1, D. 3, E. 2, F. 2, F. 5 und H. 1) mit Rücksicht auf die hohe Anforderungen stellenden Bauausführungen Baudienstzulagen in den üblichen Beträgen angefordert.

Die Baudienstzulagen und die Bezüge der lediglich für die Bauverwaltung erforderlichen Beamten (7 Vorstände und 9 zweite Beamte der Eisenbahnbauinspektionen) kommen am Schlusse zu Lasten des Bauetats in Abzug.

Nebengehalt: 1 Zentralinspektor erhält für nebenamtliche technische Verrichtungen bei Kontrollierung der Branntweinsteuer eine Vergütung aus der Zollkasse von jährlich 400 ℳ.

2 wissenschaftlich gebildete Hilfsarbeiter, 37 (bisher 28) Regierungsbaumeister und zwar 24 (bisher 17) für den bahnbautechnischen, 12 (bisher 11) für den maschinentechnischen und elektrotechnischen und 1 (bisher 0) für den hochbautechnischen Dienst.

Mit Rücksicht auf die erheblichen Geschäfte der Bauverwaltung im inneren und äußeren Dienste sollen die Stellen der Regierungsbaumeister des bahnbautechnischen Dienstes um 7, des hochbautechnischen Dienstes um 1 und des maschinentechnischen Dienstes um 2, zusammen um 10 Stellen vermehrt werden. 1 Stelle geht ab (siehe oben Bemerkungen zu D. 1).

Dienstzulagen: Es erhalten Baudienstzulagen von je 600 ℳ: 2 Regierungsbaumeister bei der Eisenbahnbauinspektion Basel, je einer bei den Eisenbahnbauinspektionen Überlingen, Neustadt, Freiburg, Gernsbach, Karlsruhe und Durlach, außerdem 1 für den hochbautechnischen Dienst — ferner je 1 für den Bau des Rangierbahnhofs in Mannheim, der elektrischen Zentrale in Mannheim, der Werkstätten in Karlsruhe und Offenburg.

Nebengehalt: Für die Überwachung und Unterhaltung der maschinellen und elektrischen Anlagen der Zollverwaltung und der dieser Verwaltung gehörigen Zollboote sowie für die Prüfung der Kostenvoranschläge über Instandhaltung dieser Gegenstände erhalten 1 Regierungsbaumeister, 1 Eisenbahningenieur (E. 2) und 1 technischer Assistent (H. 1) in Mannheim aus der Zollkasse im ganzen 550 ℳ Vergütung. Der Regierungsbaumeister erhält hievon 120 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1 Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	135 Beamte . . . . . Übertrag	550 900	29 400		
		17 Hauptkassenverwalter, Hauptmagazinsverwalter, Bahnverwalter und Güterverwalter (Gehaltsklasse I.) E. 1	63 060			
		Dienstzulagen (vergleiche Erläuterungen)	3 800			
		14 Beamte haben Dienstwohnungen (davon 5 — bisher 7 — gemietet.)				
		27 (bisher 22) Bureauvorsteher, Eisenbahningenieure und Eisenbahnarchitekten (Gehaltsklasse I.) E. 2 . . .	96 140	10 000		
		Dienstzulagen (siehe Erläuterungen)	2 400	50		
		5 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		51 Zahlmeister, Bahn- und Güterverwalter (Gehaltsklasse II.) E. 3	185 810			
		Dienstzulagen (siehe Erläuterungen)	700			
		1 Kassenzulage 300 ℳ.	300			
		50 Beamte haben Dienstwohnungen (davon 2 gemietet).				
		6 (bisher 10) Eisenbahningenieure und Eisenbahnarchitekten (Gehaltsklasse II.) F. 2	22 060			
		1 budgetmäßige Dienstzulage von 600 ℳ. (neu).				
		128 (bisher 113) Sekretäre, Revisoren, Expeditoren, Registratoren, Oberbuchhalter bei den Zentralkassen und den Zentralanstalten der Eisenbahnverwaltung, Vermessungsrevisoren und Betriebskontrolleure F. 3	369 800	22 500		
		Dienstzulagen (siehe Erläuterungen)	1 700			
		1 Kassenzulage von 200 ℳ.				
		364 Beamte . . . . . Übertrag	1 296 670	61 950		

Erläuterungen.

2 Hauptkassenverwalter, 1 Hauptmagazinsverwalter, 12 Bahnverwalter und 2 Güterverwalter, zusammen 17 Beamte.

Dienstzulagen: 10 Bahn- und Güterverwalter tarifmäßige Dienstzulagen von 300 ℳ.; der Vorstand der Güterverwaltung Mannheim erhält wie bisher eine budgetmäßige Dienstzulage von 500 ℳ. (künftig wegfallend beim Wechsel des Inhabers der Stelle).

Die Bahnverwalter in Offenburg und Konstanz erhalten künftig Dienstwohnungen in bahneigenen Gebäuden, ferner kommt eine angemietete Wohnung für den Bahnverwalter in Mannheim hier in Wegfall (siehe D. 1) und eine solche für den Bahnverwalter in Heidelberg in Zugang.

15 (bisher 12) Bureauvorsteher, 12 (bisher 10) Eisenbahningenieure und Eisenbahnarchitekten und zwar 7 (bisher 5) für den bahnbautechnischen, 3 für den maschinentechnischen und 2 für den hochbautechnischen Dienst.

Es besteht ein dringendes Bedürfnis, die Geometergeschäfte in einem Bureau der Zentralverwaltung zu vereinigen; es wird daher eine Bureauvorsteherstelle neu angefordert. Wegen des Zugangs einer weiteren Bureauvorsteherstelle vergleiche die Erläuterungen zu D. 1. In der Zentralverwaltung soll ferner 1 Eisenbahningenieur Gehaltsklasse II (F. 2) als Bureauvorsteher angestellt und ihm die Beaufsichtigung eines Teils der Beamten des bahnbautechnischen Bureaus übertragen werden. 2 weitere Stellen werden angefordert wegen Vorrückens von Eisenbahningenieuren Gehaltsklasse II (siehe F. 2).

Dienstzulagen: 3 (bisher 1) Beamte — je 1 Beamter bei den Eisenbahnbauinspektionen Offenburg und Basel und beim Maschineninspektor in Mannheim (hier wegen der Erbauung maschinentechnischer Anlagen) — erhalten Baudienstzulagen von je 600 ℳ.; 1 Beamter erhält eine gleiche budgetmäßige Dienstzulage wegen besonderer Verwendung (bisher F. 2) und 1 Beamter als Geometer eine budgetmäßige Dienstzulage von 300 ℳ. wie bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Nebengehalte: 1 Eisenbahningenieur in Mannheim erhält aus der Zollkasse 400 ℳ. (vergleiche Bemerkungen zu D. 3.)

1 Zahlmeister, 41 Bahnverwalter, 9 Güterverwalter.

Im Falle des Ankaufs der Dinglingen—Lahrer Bahn soll das Stationsamt Lahr in ein Stationsamt I umgewandelt werden. Daher wird eine Stelle hier statt bei F. 5 (Stationskontrolleure) angefordert; eine Stelle geht ab (siehe oben Bemerkungen zu D. 1).

Dienstzulagen: Der Vorstand der Güterverwaltung in Kehl bezieht (künftig wegfallend beim Wechsel des Inhabers der Stelle) wie bisher eine budgetmäßige Dienstzulage von 500 ℳ. Außerdem erhält dieser Beamte als Hafenverwalter wie bisher eine budgetmäßige Dienstzulage von 200 ℳ. Der Bahnverwalter in Rheinau soll für die Besorgung der Geschäfte des Hafenverwalters eine budgetmäßige Dienstzulage von 300 ℳ. erhalten.

Nebengehalte: Ein Beamter bezieht eine Vergütung von 150 ℳ. aus der Wasser- und Straßenbaukasse für nebenamtliche Besorgung der Geschäfte des Hafenverwalters in Wertheim.

Die Dienstwohnung des Güterverwalters in Konstanz ist dem Bahnverwalter (siehe E. 1) zugewiesen worden. Statt für den Bahnverwalter wird für den Güterverwalter daselbst eine Wohnung angemietet. Ferner muß eine solche für den Bahnverwalter in Lörrach angemietet werden, da das Aufnahmsgebäude daselbst, in dem er wohnte, wegen des Bahnhofumbaues abgebrochen worden ist.

4 (bisher 7) Eisenbahningenieure des bahnbautechnischen Dienstes, 2 (bisher 3) des maschinentechnischen Dienstes. 4 Stellen gehen ab. Siehe Bemerkungen zu E. 2.

Dienstzulage: 1 Beamter erhält wegen der Bahnhofumbauten in Pforzheim und auf anderen Stationen der Strecke Karlsruhe—Mühlacker eine Baudienstzulage von 600 ℳ.

121 Sekretäre, Revisoren, Oberbuchhalter und Betriebskontrolleure, 5 Registratoren, 1 Expeditor und 1 Vermessungsrevisor, zusammen 128 (bisher 113) Beamte. Die Vermehrung unter F. 3 beträgt 15 Stellen.

Der jetzige Bestand der nichttechnischen Hilfsbeamten (der etatmäßigen Beamten unter F. 3, G. 5, G. 7, H. 11, J. 6 und J. 7 des Gehaltstarifs und der nichtetatmäßigen Gehilfen — Eisenbahn-, Bureau-, Kanzlei- und Rechnungsgehilfen — siehe § 2a des Betriebsetats) alle zusammengerechnet reicht für den Dienst derzeit aus und es bedarf im ganzen keiner Stellenvermehrung. Wegen der starken Vermehrung der nichtetatmäßigen Stellen in den rückliegenden Budgetperioden muß aber dringlich eine größere Zahl von etatmäßigen Stellen mehr angefordert werden, um welche die Stellen unter § 2a. vermindert werden.

Dienstzulagen: Die Kassenzulage für den Kassier der Arbeiterpensionskasse wird nach dem Umfang der Kassengeschäfte von 50 ℳ. auf 200 ℳ. erhöht. Wegen der Kassenzulage für die Betriebskrankenkasse siehe unter G. 5 (Betriebssekretäre). 1 Beamter (früher bei der Main-Neckarbahn) bezieht auch weiterhin eine budgetmäßige Dienstzulage von 150 ℳ.; der Vermessungsrevisor erhält als Geometer wie bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues wie bisher eine budgetmäßige Dienstzulage von 250 ℳ.; der Hauptregistrator bezieht wie bisher eine solche von 200 ℳ. — 1 Beamter bezieht auf Grund des Artikels 27 Absatz 3 des Etatgesetzes einen den Höchstgehalt um 500 ℳ. und ein anderer Beamter einen den Höchstgehalt um 350 ℳ. übersteigenden Gehalt. Beide Beamte waren früher Bahnverwalter.

Nebengehalte: 7 Oberbuchhalter der Eisenbahnhauptkasse, ferner 7 Betriebssekretäre (G. 5) und 2 Bureauassistenten (J. 6) beziehen Nebengehalte von 120 bis 540 ℳ. für außerhalb der Dienststunden zu fertigende Rechnungsabschriften; 1 Beamter erhält für nebenamtliche Besorgung der Handkasse der Generaldirektion einen Nebengehalt von 100 ℳ., sämtliche zu Lasten des § 2b. des Betriebsetats. Endlich bezieht 1 Beamter als Sportelextrahent Konstatiergebühren (künftig wegfallend beim Wechsel des Inhabers der Stelle) aus der Steuerkasse.

Titel.	§.	Ausgabe:	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	364 Beamte . . . . . Übertrag	1296 670	61 950		
		73 (bisher 65) Zeichner (Gehaltsklasse I.), Stationskontrolleure und Telegraphenkontrolleure F. 5 . . .	194 990	15 200		
		4 Zeichner budgetmäßige Baudienstzulagen (1 zu 600 ℳ. und 3 zu 400 ℳ.)	1 800			
		40 Beamte haben Dienstwohnungen (davon 1 gemietet).				
		18 Trigonometer und Werkstättevorsteher G. 2 . . .	50 140			
		6 budgetmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ.	1 000			
		8 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		121 (bisher 124) Stationsverwalter (Bahnexpeditoren I. Klasse), Güterexpeditoren und Telegraphensekretäre (Obertelegraphisten) G. 3	312 220			
		1 budgetmäßige Dienstzulage von 500 ℳ.	500			
		117 Beamte haben Dienstwohnungen (davon 1 für den Güterexpeditor in Radolfzell gemietet).				
		253 (bisher 243) Betriebssekretäre, Registratur- und Expeditursassistenten G. 5	559 860	14 000		
		1 Kassenzulage von 100 ℳ. und 10 tarifmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ.	2 080	20		
		20 (bisher 18) Beamte haben Dienstwohnungen.				
		410 (bisher 365) Betriebs- (Expeditions-) Assistenten und Telegraphenassistenten G. 7	604 540	63 000		
		50 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		55 technische Assistenten und Hauptmagazinsmeister H. 1	125 310			
		4 budgetmäßige Baudienstzulagen von je 400 ℳ.	1 600			
		15 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		29 Material- und Hausverwalter, Zeichner (Gehaltsklasse II.) und Werkmeister H. 2	59 300			
		5 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		68 (bisher 61) Filialmagazinsmeister und Werkführer II. 3	121 830	11 200		
		24 Beamte haben Dienstwohnungen				
		1391 Beamte . . . . . Übertrag	3 331 840	165 370		

Erläuterungen.

26 (bisher 21) Zeichner (Gehaltsklasse I.) und zwar 12 für den bahnbautechnischen, 8 für den hochbautechnischen und 6 für den maschinentechnischen beziehungsweise elektrotechnischen Dienst, 40 (bisher 37) Stationskontrolleure und 7 Telegraphenkontrolleure.

5 weitere technische Assistentenstellen (H. 1) sollen in Stellen für Zeichner (Gehaltsklasse I.) umgewandelt und weitere 4 Stationsämter II., deren Dienstumfang eine Bedeutung angenommen hat, daß die Umwandlung in Stationsämter I. angezeigt ist, sollen mit Stationskontrolleuren statt Stationsverwaltern (G. 3) besetzt werden.

Es gehen somit im ganzen 9 Stellen zu; eine Stelle geht nach Anmerkung zu E. 3 ab; daher Vermehrung im ganzen 8 Stellen.

6 Trigonometer und 12 Werkstättevorsteher.

Dienstzulagen: Für 6 Trigonometer wird — wie bisher — die gleiche budgetmäßige Dienstzulage von je 200 ℳ angefordert, wie sie die Geometer der Wasser- und Straßenbauverwaltung beziehen.

1 Stelle ist am 1. Juli nichtetatmäßig besetzt.

Nebengehalte: Ein Werkstättevorsteher bezieht aus der Zollkasse einen Nebengehalt von 25 ℳ für nebenamtliche Besorgung des Hebewerks in der Niederlage des Hauptsteueramts Heidelberg.

83 (bisher 87) Stationsverwalter (Bahnexpeditoren I. Klasse), 32 (bisher 31) Güterexpeditoren und 6 Telegraphensekretäre (Obertelegraphisten). 4 Stationsverwalterstellen gehen ab und werden unter F. 5 (Stationskontrolleure) angefordert. In Jagstfeld, Mühlacker, Mengen und Sigmaringen werden im ganzen 4 Güterexpeditoren verfügbar, dagegen sind für Freiburg, Basel und Durlach 5 weitere Stellen erforderlich; Mehrzugang daher 1 Stelle.

Dienstzulage: Der als Getreidelagerhausverwalter angestellte Güterexpeditor in Kehl erhält, wie bisher, 500 ℳ budgetmäßige Dienstzulage.

Nebengehalte: 1 Beamter bezieht für nebenamtliche Besorgung:

a. der Regen- und Wasserbeobachtungsstation in Titisee 35 ℳ aus der Wasser- und Straßenbaukasse und

b. der Geschäfte der Steuerabfertigungsstelle daselbst außer der Bauschvergütung für Amtsunkosten und der Kassenzulage Gebühren von 3 Prozent der erhobenen Steuergefälle.

248 (bisher 238) Betriebssekretäre, 3 Registratur- und 2 Expediturassistenten. Wegen Umwandlung von nichtetatmäßigen Beamtenstellen in etatmäßige Stellen siehe Bemerkungen zu F. 3. — Hier werden 10 weitere Betriebssekretärstellen angefordert. Wegen Minderung der nichtetatmäßigen Eisenbahngehilfenstellen siehe § 2 a. des Betriebsetats.

Die Kassenzulage für den Kassier der Betriebskrankenkasse wird dem Umfang der Kassengeschäfte entsprechend von 80 auf 100 ℳ erhöht.

Die der Abteilung G. 5 angehörigen Betriebsassistenten führen die Amtsbezeichnung „Betriebssekretär".

Nebengehalte: 1 Beamter für Übersetzung der bei der Generaldirektion einlaufenden englischen und italienischen Schriftstücke 100 ℳ zu Lasten des § 2 b. des Betriebsetats. Wegen der Nebengehalte für Fertigen von Rechnungsabschriften — hier 7 Beamte — vergleiche oben Bemerkung zu F. 3.

4 Beamte (früher Stationsverwalter) beziehen auf Grund des Artikels 27 Absatz 3 des Etatgesetzes den Höchstgehalt ihrer Amtsstelle um 200 ℳ übersteigende Gehalte.

Die Erhöhung der Zahl der Dienstwohnungen ergibt sich infolge Erstellung weiterer Dienstwohnungen in Offenburg und Freiburg.

Wegen der Umwandlung von nichtetatmäßigen Beamtenstellen in etatmäßige Stellen siehe Bemerkungen zu F. 3.

Hier werden 45 weitere Stellen angefordert. Wegen Minderung der nichtetatmäßigen Stellen der Eisenbahngehilfen siehe § 2 a. des Betriebsetats.

Die der Abteilung G. 7 angehörigen Expeditionsassistenten führen die Amtsbezeichnung „Betriebsassistenten".

21 technische Assistenten für den bahnbautechnischen, 17 für den maschinentechnischen und elektrotechnischen Dienst und 16 Hochbauassistenten, zusammen 54 Beamte, ferner 1 Hauptmagazinsmeister.

5 Stellen sollten, weil unter F. 5 (Zeichner, Gehaltsklasse I.) angefordert, abgehen. Um aber erprobte, nichtetatmäßig angestellte Techniker der Verwaltung zu erhalten, werden die fünf Stellen, statt hier, bei den nichtetatmäßigen technischen Gehilfen (§ 2 a. des Betriebsetats) abgesetzt.

Nebengehalte: Ein technischer Assistent in Mannheim erhält aus der Zollkasse 30 ℳ — siehe Bemerkungen zu D. 3.

1 Material- und Hausverwalter, 22 Zeichner und 6 Werkmeister.

12 Filialmagazinsmeister, 56 (bisher 49) Werkführer, darunter 5 (bisher 3) Betriebsleiter. Für die Zentrale in Lauda ist ein weiterer Betriebsleiter erforderlich. Um einige ältere Werkführer nach Erfüllung der geordneten Voraussetzungen in die etatmäßige Anstellung einrücken lassen zu können, werden 6 weitere Stellen hier angefordert und unter den nichtetatmäßigen Stellen (§ 2 a. des Betriebsetats) abgesetzt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	1391 Beamte . . . . . Übertrag	3331 840	165 370		
		193 (bisher 184) Bahnmeister, Telegraphenmeister und Stationsmeister H. 4	384 790	14 400		
		12 Bahnmeister tarifmäßige Dienstzulagen von je 100 ℳ. und 10 Bahnmeister solche von je 350 ℳ.	4 500			
		186 (bisher 169) Beamte haben Dienstwohnungen (davon 12 gemietet).				
		680 (bisher 650) Lokomotivführer H. 6	1248 296	45 900		
		9 budgetmäßige Dienstzulagen von je 400 ℳ. (neu)	3 600			
		11 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		179 (bisher 169) Zugmeister H. 8	308 710	500		
		4 als Zugsrevisoren verwendete Beamte budgetmäßige Dienstzulagen von je 300 ℳ.	1 200			
		1 Beamter hat Dienstwohnung.				
		29 Expeditions- und Telegraphengehilfinnen H 11 .	39 100			
		29 tarifmäßige Dienstzulagen von je 100 ℳ.	2 900			
		1 Vorsteher der Billetdruckerei J. 1	2 800			
		49 Stationsvorsteher (Bahnexpeditoren II. Klasse) und Hafenmeister J. 4	91 590			
		Sämtliche Beamte haben Dienstwohnung.				
		8 Maschinisten bei staatlichen Betrieben J. 5	13 000			
		5 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		200 (bisher 170) Bureauassistenten J. 6	287 250	39 000		
		193 tarifmäßige Dienstzulagen von je 100 und 7 zu je 110 ℳ.	18 090	3 000		
		25 Beamte (bisher 15) haben Dienstwohnungen.				
		86 (bisher 75) Kanzleiassistenten, Billetdrucker, Magazinsaufseher und Rechnungsführer (Werkschreiber) J. 7	121 530	13 750		
		8 Beamte (bisher 2) haben Dienstwohnungen.				
		2816 Beamte . . . . . Übertrag	5859 196	281 920		

Erläuterungen.

108 (bisher 102) Bahnmeister, 15 (bisher 12) Telegraphenmeister und 70 Stationsmeister. Mit der Eröffnung des Güterbahnhofs Basel wird die Anstellung eines weiteren Bahnmeisters nötig. Um ferner die nichtetatmäßig angestellten Bahnmeister und Telegraphenmeister nach Erfüllung der geordneten Voraussetzungen nicht zu lange auf die etatmäßige Anstellung warten zu lassen, werden 5 Bahnmeister- und 3 Telegraphenmeisterstellen statt unter § 2a. des Betriebsetats hier angefordert. Die Bahn- und Telegraphenmeisterstellen werden daher im ganzen um 9 hier vermehrt.

Nebengehalte: 1 Bahnmeister in Mannheim bezieht aus der Zollkasse für die Überwachung der Arbeiten an den zolleigenen Gleisanlagen 150 ℳ. Der Zugang an Dienstwohnungen ergibt sich infolge Erstellung weiterer Dienstwohnungen in Mannheim, Offenburg, Freiburg u. s. w.

Um die Personen- und Güterzugskurse ganz mit angestellten Lokomotivführern besetzen zu können und um auch ältere, seit Jahren als Reserveführer in Führerstellen verwendete Heizer in die Anstellung als Führer vorrücken lassen zu können, sollen die Lokomotivführerstellen um 30 vermehrt werden. Vergleiche Bemerkungen zu K. 5.

Dienstzulagen: 9 ausschließlich im Werkstättedienst verwendete Lokomotivführer sollen als Ersatz für die wandelbaren Gebühren Dienstzulagen von je 400 ℳ. erhalten.

4 Zugsrevisoren, 140 (bisher 130) Zugmeister und 35 Oberschaffner mit den Bezügen der Zugmeister. Da von den Anwärtern für Oberschaffnerstellen ebenfalls die Ablegung der Zugmeisterprüfung gefordert wird, soll das Vorrücken der Oberschaffner, die diese Prüfung abgelegt haben, verbessert werden; es werden daher 10 Stellen hier statt unter K. 1 (Oberschaffner) angefordert.

48 Stationsvorsteher und 1 Hafenmeister.

Nebengehalte: 30 Beamte erhalten Nebengehalte in Beträgen von 108 bis 400 ℳ. wegen Verwendung von Familienangehörigen im Dienste zu Lasten des § 2b. des Betriebsetats. Ferner bezieht 1 Beamter 20 ℳ. aus der Zollkasse für nebenamtliche Besorgung der Zollgeschäfte auf Station Weizen.

Am 1. Juli waren 5 Stellen mit nichtetatmäßigem Personal besetzt.

Wegen der Vermehrung der Stellen um 30 vergleiche Bemerkungen zu F. 3. Wegen Minderung der nichtetatmäßigen Bureau-, Kanzlei- und Rechnungsgehilfenstellen siehe § 2a. des Betriebsetats.

Dienstzulagen: 7 Beamte erhalten noch gemäß § 5 Absatz 1 des Ergänzungsgesetzes zur Gehaltsordnung vom 9. Juli 1894 eine Dienstzulage von 110 anstatt 100 ℳ.

Nebengehalte: Wegen der Nebengehalte für Fertigung von Rechnungsabschriften vergleiche oben Bemerkung zu F. 3.

3 Beamte (früher Stationsmeister) beziehen auf Grund von Artikel 27 Absatz 3 des Etatgesetzes einen den Höchstgehalt ihrer Amtsstelle um je 300 ℳ. übersteigenden Gehalt.

Der Zugang weiterer 10 Dienstwohnungen ergibt sich infolge Erstellung weiterer Dienstwohnungen auf verschiedenen Stationen.

40 (bisher 31) Kanzleiassistenten, 6 (bisher 5) Billetdrucker, 9 Magazinsaufseher und 31 (bisher 30) Rechnungsführer. Wegen Vermehrung der Kanzleiassistenten- und Rechnungsführerstellen um 10 vergleiche Bemerkungen zu F. 3; wegen Minderung der nichtetatmäßigen Gehilfenstellen wird auf § 2 a. des Betriebsetats verwiesen. Außerdem wird die Zahl der Billetdrucker wegen Vermehrung der Druckereigeschäfte um 1 Stelle vermehrt. Damit noch ein älterer, erprobter Billetdrucker etatmäßig angestellt werden kann, wird die weiter nötige Stelle hier angefordert.

Der Zugang von 6 Dienstwohnungen ergibt sich infolge Erstellung weiterer Dienstwohnungen.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	2816 Beamte . . . . . Übertrag	5859196	281 920		
		407 (bisher 410) Stationsaufseher (Billetausgeber I. Klasse), Oberschaffner und Wagenrevidenten K. 1	553510	8 400		
		3 budgetmäßige Dienstzulagen	60			
		108 Beamte haben Dienstwohnungen (davon 1 gemietet).				
		15 Kanzlei- und Kassendiener K. 3	21 620			
		6 Beamte (bisher 2) haben Dienstwohnungen.				
		716 (bisher 616) Lokomotivheizer und Heizer im Generaldirektionsgebäude K. 5	821550	120000		
		1 budgetmäßige Dienstzulage	200			
		8 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		452 (bisher 432) Wagenwärter, Pförtner und Bureaudiener K. 7	514760	20 000		
		9 budgetmäßige Dienstzulagen	1 292			
		40 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		400 (bisher 350) Schaffner K. 8	352520	45 000		
		100 (statt bisher 50) budgetmäßige Dienstzulagen von je 200 ℳ.	800	10 000		
		5 Beamte haben Dienstwohnungen.				
		1711 (bisher 1663) Bahn- und Weichenwärter K. 16	1372684	33 600		
		Dienstzulagen (siehe Erläuterungen)	198455	21 412		
		6517 (bisher 6118) Beamte. Summe	9696647	540332		

Erläuterungen.

86 (bisher 84) Stationsaufseher, 270 (bisher 280) Oberschaffner, 51 (bisher 46) Wagenrevidenten – darunter 12 Stellwerkschlosser. Wegen Umwandlung von 2 Stationsämtern V. in Stationsämter IV. werden 2 Stellen hier statt unter K. 16 (Bahn- und Weichenwärter) angefordert. 10 Oberschaffnerstellen gehen ab nach Bemerkungen zu H. 8. Es sollen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse in den neu zu eröffnenden Bahnhöfen noch 5 weitere Stellwerkschlosser als Beamte angestellt werden. Die Stellen werden hier angefordert, um ältere nichtetatmäßige Beamte (§ 2 a. Betriebsetat) in die etatmäßige Anstellung überführen zu können.

Dienstzulagen: Einige an der Neckartalbahn stationierte Beamte (Stationsaufseher, Bahn- und Weichenwärter) sind genötigt, bei ihrem beziehungsweise ihrer Angehörigen Verkehr mit Nachbarorten die Neckarfähre zu benützen. Für die dadurch entstehenden Kosten sollen sie durch eine Ortszulage entschädigt werden. Hier kommen in Anforderung wie bisher 3 Ortszulagen mit 10, 20 und 30 ℳ, zusammen 60 ℳ.

Nebengehalte: 85 Stationsaufseher beziehen Nebengehalte in Beträgen von 108 bis 600 ℳ wegen Verwendung von Familienangehörigen im Dienste zu Lasten des § 2 b. des Betriebsbudgets.

Am 1. Juli war 1 Stelle durch einen nichtetatmäßigen Beamten besetzt.

13 Kanzlei- und 2 Kassendiener.

Der Zugang von 4 Dienstwohnungen ergibt sich infolge der Herstellung weiterer Dienstwohnungen.

715 (bisher 615) Lokomotivheizer, 1 Heizer im Generaldirektionsgebäude (Stelle künftig wegfallend, sobald Inhaber abgeht). Außer der Vermehrung der Lokomotivführerstellen (H. 6) um 30 werden auch die etatmäßigen Heizerstellen um 100 vermehrt und dementsprechend die nichtetatmäßigen Heizerstellen um 130 vermindert (§ 2 a. des Betriebsetats). Die Vermehrung der etatmäßigen Stellen ist dringendes Bedürfnis, um die Heizer nach Erfüllung der geordneten Voraussetzungen nicht zu lange auf die etatmäßige Anstellung warten lassen zu müssen.

Dienstzulage: Der Heizer im Generaldirektionsgebäude bezieht, wie bisher, eine besondere budgetmäßige Dienstzulage von 200 ℳ.

360 (bisher 340) Wagenwärter, 36 Pförtner und 56 Bureaudiener. Um ältere, nichtetatmäßige Wagenwärter nach Erfüllung der geordneten Voraussetzungen in die etatmäßige Anstellung aufrücken lassen zu können, werden weiterhin 20 Stellen hier anstatt unter § 2 a. des Betriebsetats angefordert.

Dienstzulagen: 8 Beamte (statt bisher 1 Beamter) beziehen als Ersatz für entgehende wandelbare Gebühren (§ 14 der Gehaltsordnung) Dienstzulagen im Betrag von 1 280 ℳ und 1 Beamter (früherer Zugmeister) eine Dienstzulage nach Artikel 27 Absatz 3 des Etatgesetzes von 12 ℳ, zusammen 1 292 ℳ.

Mit der Fortführung der Bahnsteigsperre ist die Anstellung weiteren Personals zur Prüfung der Fahrkarten erforderlich. Auf größeren Stationen soll ein Teil der Stellen mit etatmäßigen Beamten (Bahnsteigschaffnern) besetzt werden. Die etatmäßigen Schaffnerstellen werden deshalb um 30 Stellen vermehrt. Damit auch die älteren, nichtetatmäßigen Schaffner in die etatmäßige Anstellung aufrücken können, sollen weiterhin 20 Stellen bei den nichtetatmäßigen Stellen des § 2 a. des Betriebsetats abgesetzt und hier angefordert, die etatmäßigen Stellen also im ganzen um 50 vermehrt werden

Dienstzulagen: Die Bahnsteigschaffner erhalten statt der wandelbaren Gebühren Dienstzulagen von 200 ℳ. Angenommen wird die Anstellung von 100 etatmäßigen Bahnsteigschaffnern. Am 1. Juli 1905 waren 4 Bahnsteigschaffner etatmäßig angestellt

Infolge Erstellung weiterer Wohnungen auf verschiedenen Stationen sollen 5 Schaffner Dienstwohnungen erhalten.

1 040 (bisher 992) Weichenwärter einschließlich Signalwärter und Stationswarte und 671 (wie bisher) Bahnwärter, zusammen 1 741 Beamte. 2 Stationswarte gehen ab; vergleiche Bemerkungen zu K. 1.

Auf der Hauptbahn und in den größeren Bahnhöfen ist die Errichtung weiterer Wärterposten nötig geworden. An den wichtigeren Posten sollen statt der verwendeten Hilfswärter als Beamte angestellte Wärter verwendet werden. Die Streckenblockierung erfordert weitere Signalwärter. Mit der Übernahme des Rheinauhafens wurde die Anstellung von weiteren Wärtern nötig; auch mit der Eröffnung der neuen Bahnhöfe in Basel und Mannheim müssen ebenfalls neue Wärterposten errichtet werden. Der hieraus erwachsende Mehrbedarf beziffert sich auf 80 Stellen, wovon 50 hier, 30 unter § 2 a. angefordert werden. Dagegen kommen 30 Hilfswärter (§ 3 des Betriebsetats) in Wegfall. Die Vermehrung beträgt daher 50 – 2 = 48 Stellen.

Dienstzulagen: 16 (bisher 31) Weichenwärter erhalten tarifmäßige Dienstzulagen von je 50 ℳ zum Höchstgehalt, zusammen 800 ℳ. Ferner erhalten sämtliche Weichenwärter tarifmäßige Stationszulagen und diejenigen Weichenwärter, die mit der Bedienung der Apparate für zentrale Weichen- und Signalstellung betraut sind, wie bisher, nach dem Geschäftsumfang abgestufte besondere budgetmäßige Stellwerkszulagen in folgenden Beträgen (nach dem dermaligen Stande und unter Berücksichtigung der dazu kommenden Wärterposten und Stellwerke):

Stationszulagen.			Stellwerkszulagen.		
282 zu 250 ℳ	=	70 500 ℳ	120 zu 132 ℳ	=	15 840 ℳ
124 „ 200 „	=	24 800 „	180 „ 108 „	=	19 440 „
160 „ 160 „	=	25 600 „	90 „ 72 „	=	6 480 „
115 „ 125 „	=	14 375 „	95 „ 48 „	=	4 560 „
359 „ 100 „	=	35 900 „			
1040 Summe		171 175 ℳ	405 Summe		46 320 ℳ

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(I.)	(1.)	Voranschlag für das Jahr	1906.	1907.
			M.	M.
			10 494 259	10 609 869
		Hiervon ab die Bezüge von 7 Bahnbauinspektoren und 9 Regierungsbaumeistern, ferner die unter D. 1, D. 3, E. 2, F. 2, F. 5 und H. 1 angeforderten, aus Baumitteln zu bestreitenden Dienstzulagen von $8 \times 800 + 18 \times 600 + 7 \times 400$ M.	70 610	70 610
		bleibt für Betriebsetat	10 423 649	10 539 259
		somit für 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 10 481 454 M.		
		und nach Abzug von 1½ % rund . . . . . 10 324 200 „	10 324 200	9 489 900
		b. Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld nebst Orts- und Dienstzulagen nach §§ 2/3 des Wohnungsgeldgesetzes für die in § 1 a. aufgeführten Beamten, ferner Ortszulagen für außerhalb des Landes stationierte Beamte gemäß Artikel 25 Absatz 2 a. des Etatgesetzes und Mietzinsentschädigungen (der Bahn- und Weichenwärter) an Stelle zugesicherter freier Wohnung gemäß Artikel 25 Absatz 2 b. des Etatgesetzes.		
		Voranschlag für das Jahr	1906	1907
			M. Pf.	M. Pf.
			2 317 153 —	2 317 190 50
		Hiervon ab zu Lasten des Bauetats	12 550 —	12 550 —
		Bleibt für Betriebsetat	2 304 603 —	2 304 640 50
		somit für 1 Jahr durchschnittlich . . . . . 2 304 621 M. 75 Pf.		
		und nach Abzug von 4 % rund	2 212 400	2 051 800
		Summe Titel I. . .	12 536 600	11 541 700

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		(Fortsetzung der Erläuterung zu K. 16.) 22 Bahn- und Weichenwärter der Schwarzwaldbahnstrecke Hornberg-Sommerau erhalten mit Rücksicht auf die Abgelegenheit ihrer Dienstposten (wie bisher) budgetmäßige Ortszulagen von 96 ℳ., zusammen 2 112 ℳ., 2 Beamte als Entschädigung für Benützung der Neckarfähre (vergleiche Bemerkung zu K. 1) budgetmäßige Ortszulagen von je 30 ℳ., zusammen 60 ℳ. Nebengehalte: 120 Stationswarte beziehen Nebengehalte für nebenamtliche Besorgung des Expeditions- und Telegraphendienstes, 43 Bahnwärter desgleichen für den Fahrkartenverkauf an Lokalzugshaltepunkten unter Beihilfe von Familienangehörigen und 3 Wärter solche für Besorgung des Telegraphendienstes zu Lasten des § 2 b. des Betriebsbudgets. 1 Wärter bezieht für nebenamtliche Tätigkeit als Pegelbeobachter in Oberkirch, desgleichen der Wärter der Wartstation 11 der Schwarzwaldbahn für Aufzeichnung der Wasserstände der Kinzig bei der Schwaibacher Brücke aus der Wasser- und Straßenbaukasse einen Nebengehalt von je 35 ℳ.
834 300	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch den bezeichneten Stellenzugang und durch Stellenumwandlung erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
		36 beziehungsweise (1907) 37 Beamte der Abteilung D. beziehen das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach § 4 des Wohnungsgeldgesetzes. Die auf Schweizer Gebiet stationierten Beamten erhalten auf Grund des Artikels 25 Absatz 2a. des Etatgesetzes eine Aufbesserung in Form einer Ortszulage, welche beträgt in:

	I. Ortsklasse.	II. Ortsklasse.	übrigen Ortsklassen.
	ℳ.	ℳ.	ℳ.
für einen Beamten der Tarifabteilung D.	270	180	—
„ „ „ „ „ E. und F.	180	108	—
„ „ „ „ „ G., H. und J. . .	108	66	48
„ „ „ „ „ K.	60	42	30

Nach dem dermaligen Stand sind an Ortszulage erforderlich: 4 zu 270 ℳ., 10 zu 180 ℳ., 144 zu 108 ℳ., 1 zu 66 ℳ., 184 zu 60 ℳ., 3 zu 48 ℳ. und 14 zu 30 ℳ.

Denjenigen Beamten, die bisher eine höhere als die allgemein festgesetzte Ortszulage bezogen haben, wird der Mehrbetrag für ihre Person solange belassen, als sie am bisherigen Orte und in der bisherigen Dienstklasse verbleiben. Hiernach beziehen 3 Beamte der Abteilung K. des Gehaltstarifs in der V. Ortsklasse 42 ℳ. statt 30 ℳ.

160 600 — Die den Bahn- und Weichenwärtern nach Artikel 25 Absatz 2 b. an Stelle freier Wohnung zu gewährenden Mietzinsentschädigungen entsprechen im allgemeinen dem Betrag des Wohnungsgeldes der Tarifabteilung K. Indessen muß in den kleineren Orten, wo wenig Mietwohnungen zu haben sind, besonders bei raschem Anwachsen industrieller Unternehmungen, in besonders gearteten Fällen über den Betrag des Wohnungsgeldes der Gehaltsklasse K. hinausgegangen werden können, so daß auch in den Orten der II., III., IV. und V. Ortsklasse wie bisher eine Mietzinsentschädigung bis zum Betrage von 400 ℳ. (I. Ortsklasse) bewilligt werden kann. Nach dem dermaligen Stand beziehen: 1 Beamter 360 ℳ. statt 300 ℳ., 1 Beamter 276 ℳ. statt 250 ℳ.; je ein Beamter 264, 245, 240, 230, 220, 210 beziehungsweise 180 ℳ. statt 150 ℳ.

994 900 —

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
II.		**Andere persönliche Ausgaben und Löhne.**		
	2.	a. Vergütungen und andere ständige Bezüge des nichtetatmäßigen Personals	2 779 100	3 129 200
		b. Nebengehalte etatmäßiger Beamten (nicht für den Hauptdienst)	138 800	133 000
		c. für zeitweise Geschäftsaushilfe	250 000	281 700
	3.	Tag- und Accordlöhne	8 393 000	7 894 700
		Summe Titel II. . .	11 560 900	11 438 600

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	350 100	Wegen des Bedarfs an nichttechnischem Hilfspersonal im Bureau-, Abfertigungs- und Fahrdienst, sowie wegen Umwandlung nichtetatmäßiger Stellen in etatmäßige ist auf die Erläuterungen unter § 1 a bei den Abteilungen F. 3, G. 5, G. 7, J. 6 und J. 7, ferner H. 1, H. 3, H. 4, K. 5, K. 7 und K. 8 zu verweisen. Nach entsprechender Kürzung der Stellenzahl kommen hier in Anforderung:
		11 Hilfszeichner zu 1 580 ℳ. . . . . 17 380 ℳ.
		17 Billetdruckereigehilfen und Arbeiter zu 1 530 ℳ. . . . . 26 010 „
		80 (bisher 90) Kanzlei- und Rechnungsgehilfen zu 1 380 ℳ. . . . . 110 400 „
		1 Referendär und 14 Ingenieurpraktikanten . . . . . 27 100 „
		110 Kanzlei-, Schreib- und Zeichengehilfen bei Bezirksbeamten zu 1 380 ℳ. . . . . 151 800 „
		22 Kanzlei- und Rechnungsgehilfen bei Werkstätten zu 1 380 ℳ. . . . . 30 360 „
		652 (bisher 722) Eisenbahn- und Telegraphengehilfen, 85 Expeditions- und Telegraphengehilfinnen, 250 (bisher 280) Bureaugehilfen, zusammen 987 (bisher 1 087) Gehilfen im Abfertigungs- und Telegraphendienst zu 1 310 ℳ. . . . . 1 292 970 „
		9 (bisher 14) Bahnmeister und 3 (bisher 6) Telegraphenmeister zu 1 650 ℳ. . . . . 19 800 „
		480 Bahn- und Weichenwärter zu 950 ℳ. . . . . 456 000 „
		200 (bisher 220) Schaffner zu 950 ℳ. . . . . 190 000 „
		70 (bisher 90) Wagenwärter zu 1 050 ℳ. . . . . 73 500 „
		230 (bisher 360) Heizer zu 1 250 ℳ. . . . . 287 500 „
		5 Wagenrevidenten zu 1 250 ℳ. . . . . 6 250 „
		35 (bisher 40) technische Gehilfen zu 1 650 ℳ. (davon 20 zu Lasten des Bauetats) . . . . . 24 750 „
		17 (bisher 23) Werkführer und Betriebsleiter zu 1 650 ℳ. . . . . 28 050 „
		12 Mechanikergehilfen zu 1 600 ℳ. . . . . 19 200 „
		Ortszulagen (wie bisher) . . . . . 8 000 „
		Fahrdienstzulagen für nichtetatmäßig angestellte Fahrdienstbeamte (wie bisher) . . . . . 10 000 „
		2 779 070 ℳ.
5 800	—	16 Beamte (8 Kollegialmitglieder, 4 Zentralinspektoren, 3 Bureaubeamte und 1 Professor als Kommissäre bei den staatlichen Prüfungen für den Eisenbahndienst) . . . . . 2 400 ℳ.
		1 Kanzleibeamter für Führung der Handkasse der Generaldirektion . . . . . 100 „
		1 Bureaubeamter für Übersetzen der englischen und italienischen Schriftstücke . . . . . 100 „
		30 Stationsvorsteher, 85 Stationsaufseher für Verwendung von Familienangehörigen im Dienste Nebengehalte von 108, 204 und 300 und 3 zu 400 ℳ., 1 zu 600 ℳ., zusammen . . . . . 28 620 „
		3 Wärter für Besorgung des Telegraphendienstes . . . . . 42 „
		120 Bahn- und Weichenwärter (Stationswarte) für nebenamtliche Besorgung des Abfertigungs- und Telegraphendienstes, Nebengehalte von 250 bis 600 ℳ. . . . . 41 147 „
		43 Bahnwärter für den Fahrkartenverkauf an Lokalzughaltepunkten unter Beihilfe von Familienangehörigen Nebengehalte von 70 bis 600 ℳ. . . . . 9 600 „
		Besondere Fahrdienstzulagen (bis zu 250 ℳ.) für etatmäßig angestellte Betriebsbeamte (rund 1 480 Beamte, die sonst großenteils und hauptsächlich Abfertigungs-, Telegraphen-, Kassen- und Rechnungsdienst besorgen, als Stationsverwalter, Betriebssekretäre, Telegraphensekretäre, Betriebsassistenten, Stationsvorsteher, Stationsaufseher, als Bahn- und Weichenwärter angestellte Signalwärter) für Besorgung des Fahrdienstes nach Maßgabe ihrer Verwendung in diesem Zweig und der Bedeutung des geleisteten Fahrdienstes, statt bisher 45 000 ℳ. 50 000 „
		16 Oberbuchhalter, Betriebssekretäre und Bureauassistenten der Eisenbahnhauptkasse und Magazinsverwaltung für außerhalb der Dienststunden zu fertigende Rechnungsabschriften Nebengehalte von 120 bis 540 ℳ. 6 820 „
		zusammen . . 138 829 ℳ.
		rund . . 138 800 „
—	31 700	Rechnungsdurchschnitt: 308 955 ℳ.; 1904er Ergebnis: 215 127 ℳ. Man wird voraussichtlich mit 250 000 ℳ. jährlich ausreichen.
498 300	—	Der Aufwand für Stellvertretung des etatmäßigen Zugspersonals (Lokomotivführer, Zugmeister, Oberschaffner, Heizer, Wagenwärter und Schaffner), der bisher hier unter § 3 verrechnet wurde, soll in Übereinstimmung mit der Buchungsordnung künftig unter § 4 b gebucht werden. Der Betrag von 204 000 ℳ. wird daher hier abgesetzt und unter § 4 b. angefordert.
504 100	381 800	Bei Bemessung des Aufwands für die Jahre 1906 und 1907 wurde von dem Aufwand für 1904 ausgegangen. Der nach den Voranschlägen für 1905 durch Lohnerhöhungen und Personalvermehrung entstehende Mehraufwand wurde zugeschlagen und etwaiger Minderbedarf abgezogen. Für die Jahre 1906 und 1907 wurden alsdann in gleicher Weise wie für 1905 Zuschläge und Minderungen zu- und abgesetzt, wobei einerseits der Mehrbedarf für die neuen Bahnstrecken und Bahnhöfe, für die Weiterführung der Streckenblockierung und Bahnsteigsperre, anderseits der Minderbedarf nach Vermehrung der Beamtenstellen (§ 1 a.) entsprechend berücksichtigt worden ist.
381 800		
122 300		

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
III.		**Tagegelder, Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**		
	4	a. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	360 000	360 000
		b. Stellvertretungskosten und Kommandogelder	1 474 000	1 300 000
	5.	Fahr-, Stunden- und Nachtgelder	2 230 000	2 240 000
	6	Prämien für Materialersparnisse, für Entdeckung von Rad-, Achs- und Schienenbrüchen und dergleichen	444 000	434 300
	7	Verlustentschädigungen für Kassenführer	35 000	34 000
	8	Außerordentliche Belohnungen	—	—
	9.	Insgemein	73 000	72 800
		Summe Titel III.	4 616 000	4 441 100
IV.		**Für Wohlfahrtszwecke.**		
	10	Kosten für den bahnärztlichen Dienst und für sonstige ärztliche Untersuchung und Behandlung des Personals einschließlich der Heilmittel	72 000	44 000
	11	Pensionen und Zuschüsse zur Hinterbliebenenversorgung einschließlich der Leistungen auf Grund des Beamtenfürsorgegesetzes	1 854 400	1 621 500
	12.	Zuschüsse zu Krankenkassen	237 000	241 000
	13.	Zahlungen auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes	128 000	131 500
	14.	Zuschüsse zu Arbeiterpensions- und Unterstützungskassen, soweit sie nicht auf § 13 zu verrechnen sind	247 000	241 400
	15.	Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	260 000	250 000
	16.	Besondere Verwaltungskosten auf Grund der Unfallversicherungsgesetze sowie des Invalidenversicherungsgesetzes	500	300
	17.	Unterstützungen	204 000	168 000
		Summe Titel IV.	3 002 900	2 697 700

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
—	--	Rechnungsdurchschnitt: 380 952 ℳ.; 1904er Ergebnis: 353 383 ℳ., zu vergleichen ist § 20 der Einnahme. Der bisherige Budgetsatz wird beibehalten.
174 000	—	Rechnungsdurchschnitt: 1 267 337 ℳ. rund 1 270 000 ℳ.; dazu kommt ein Betrag von 204 000 ℳ., der bisher unter § 3 verrechnet wurde.
—	10 000	1904er Ergebnis: 2 230 533 ℳ. Die fortschreitende Einführung der Bahnsteigsperre wird zwar vermindernd auf die Ausgaben einwirken, allein diese Verminderung wird durch den Zugang der Strecke Rheinau—Brühl und Mimmenhausen—Frickingen teilweise wieder ausgeglichen.
9 700	—	Auf Grund des Rechnungsergebnisses für 1904 mit: 443 444 ℳ.
1 000	—	Wegen Eröffnung neuer Stationen wird der Voranschlag erhöht. Wegen der Festsetzung für die Stations- und Schalterkassen siehe Erläuterung zu § 11 im Budget 1890/91.
—	--	
200	—	Rechnungsdurchschnitt: 72 839 ℳ.
184 900	10 000	
10 000		
174 900		
28 000	—	1. Für Honorare der Bahnärzte, die bedeutend erhöht wurden . . . . . 59 000 ℳ. 2. Für sonstige Ausgaben der ärztlichen Untersuchung und Behandlung sowie der Gesundheitspflege des Personals, insbesondere für unentgeltliche Abgabe von warmem Kaffee an Nachtdienstpersonal des Stationsdienstes in kalten Winternächten und an die bei der großen Schmiede der Hauptwerkstätte beschäftigten Arbeiter in der heißen Jahreszeit . . . . . 7 000 „ 3. Beitrag zum Erholungsheim Hechtsberg . . . . . 6 000 „ zusammen . . 72 000 ℳ.
232 900	—	Die Ruhegehalte der Beamten der Eisenbahnverwaltung werden gleich den Ruhegehalten der übrigen staatlichen Beamten von der Landeshauptkasse bezahlt und sind bezüglich der Bahnbeamten an die allgemeine Kassenverwaltung zu ersetzen (siehe Hauptabteilung V. Einnahme Titel VI).
—	4 000	Bedarf nach Maßgabe des voraussichtlichen Mitgliederstandes und unter Berücksichtigung des wahrscheinlichen Aufrückens einer Anzahl Mitglieder in eine höhere Lohnklasse zufolge Lohnerhöhungen.
—	3 500	Bedarf nach Maßgabe des voraussichtlichen Mitgliederstandes.
5 600	—	Mehrbedarf nach Maßgabe des voraussichtlichen Mitgliederstandes.
10 000	—	Nach der in den letzten Jahren beobachteten Steigerung kann der Aufwand für die beiden Jahre 1906 und 1907 auf 520 000 ℳ. oder 260 000 ℳ. für 1 Jahr veranschlagt werden.
200	—	Rechnungsdurchschnitt 523 ℳ.
36 000	—	Hier werden auch die Belohnungen (siehe § 8) verrechnet.
312 700	7 500	1. Ersatz der Eisenbahnverwaltung an die Landeshauptkasse für solche Beträge, die aus dem Unterstützungs- und Belohnungsfonds des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten (Artikel 29 des Etatgesetzes) an Eisenbahnbeamte gewährt werden. Der Aufwand wird betragen für Beamte:
7 500		a. der Eisenbahnverwaltung . . . . . 44 000 ℳ.
305 200		b. der Dampfschiffahrtsverwaltung . . . . . 450 „
		2. Zur Gewährung von Unterstützungen und außerordentlichen Belohnungen an nichtetatmäßige Beamte, ferner an außerhalb des Beamtenverhältnisses ständig im Dienst beschäftigte Personen, auch an ständige Arbeiter, sowie zu Unterstützungen an Hinterbliebene der Vorgenannten sind bei Zugrundelegung von 7 ℳ. 50 ₰. für den Kopf erforderlich:
		a. Eisenbahnpersonal 17 799 × 7 ℳ. 50 ₰. = 133 492 ℳ. 50 ₰. oder rund . . . . . 130 000 ℳ.
		b. Dampfschiffahrtspersonal 61 Köpfe = 457 ℳ. 50 ₰. oder rund . . . . . 500 „
		Der seitherige Betrag von 7 ℳ. 50 ₰. für den Kopf ist für etatmäßige Beamte in Übereinstimmung mit den übrigen Staatsverwaltungszweigen auf 8 ℳ. 50 ₰. erhöht worden; vergleiche Erläuterung zum Budget des Finanzministeriums Titel XIII. § 1.
		3. Von den unter 2 angeforderten Mitteln waren bisher 20 000 ℳ. als zusätzliche Verwilligungen zu Renten-, Witwen- und Waisengeldern der Arbeiterpensionskasse ausgeschieden. Da aber die Mittel für sonstige Unterstützungszwecke erforderlich

Titel.		Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
		Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien.		
	18.	Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände	769 4 0	846 400
	19.	Beschaffung der Betriebsmaterialien:		
		1. Drucksachen, Schreib- und Zeichenmaterialien	663 000	652 000
		2. Brenn-, Schmier-, Putz- und sonstige Betriebsmaterialien	8 486 000	7 727 000
	20.	Bezug von Wasser, Gas und Elektrizität von fremden Werken	468 000	415 100
		Summe Titel V. . .	10386 400	9 640 500

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		(Fortsetzung der Erläuterung zu § 17.)
		geworden sind, wird dieser Betrag auf 10 000 ℳ. herabgesetzt und entsprechend dem dringlichen Bedürfnis, die Mittel für zusätzliche Verwilligungen zu den Renten zu erhöhen, statt des bisherigen besonderen Zuschusses von 10 000 ℳ. ein solcher von 30 000 ℳ. angefordert.
		Es kommen also in Anforderung:
		Gemäß Ziffer 1 . . . . . 44 000 ℳ.
		„ „ 2 130 000 — 10 000 = ... 120 000 „
		„ „ 3 10 000 + 30 000 = ... 40 000 „
		zusammen . . 204 000 ℳ.
-	77 000	a. Dienstkleidung.
		In Berücksichtigung des 1904er Ergebnisses und weitergehender Bedürfnisse stellt sich der Aufwand für 1 Jahr voraussichtlich wie folgt:
		1 Dienstkleidung derjenigen Beamten und Bediensteten, denen sie kostenfrei geliefert wird (einschließlich Mützen für Arbeiter, Mäntel für Bremser, Wagenwärtergehilfen, Güterschaffner und Ablöser, wasserdichte Joppen für ständig im Freien beschäftigtes Personal, Filzstiefel für Bremser und Wagenwärtergehilfen, Filzschuhe für Bahnsteigschaffner . . . . . 217 900 ℳ.
		2. Zuschuß zur Kleiderkasse der zum Tragen der Dienstkleidung verpflichteten Beamten der Gehaltsklassen G., H. und J., 25 % der Beschaffungskosten . . . . . 23 000 „
		3 Zuschuß für Dienst- und Schutzkleider, die an Arbeiter zu ermäßigten Preisen abgegeben werden, 25 % der Beschaffungskosten . . . . . 10 200 „
		zusammen . . 251 100 ℳ.
		b. Handkassenkredit (Generaldirektion — wie bisher) . . . . . 5 500 „
		c. Sonstiges.
		Auf Grund des Ergebnisses für 1904 wird vorgesehen:
		Unterhaltung u. s. w. der Ausstattungsgegenstände im allgemeinen . . . . . 383 500 „
		Desgleichen in den Werkstätten und elektrischen Zentralen . . . . . 65 400 „
		Unterhaltung der Bahndienstgeräte . . . . . 29 700 „
		a.—c. jährlich . . 735 200 ℳ.
		Hierzu außerordentliche Anschaffungen . . . . . 68 250 ℳ.
		also für 1 Jahr 34 125 ℳ. rund . . 34 200 „
		zusammen . . 769 400 ℳ.
11 000	—	Auf Grund des Bedarfs für 1904/05 werden hier vorgesehen:
		a. Handkassenkredite } soweit nicht nach § 19 gehörig . . . . . 58 900 ℳ.
		b. Bauschbeträge } soweit nicht nach § 19 gehörig . . . . . 18 900 „
		c. Sonstiges (Aufwand 1904: 584 616 ℳ.) . . . . . 584 600 „
		zusammen . . 662 400 ℳ.
		aufgerundet . . 663 000 „
759 000	—	A. Brennmaterialien nach voraussichtlichem Bedarf und Preis . . . . . 7 158 000 ℳ.
		B. Schmiermaterialien (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 441 000 „
		C. Putzmaterialien:
		a. Handkassenkredite 16 156 ℳ., Aufbesserung 144 ℳ. = ... 16 300 ℳ.
		b Bauschbeträge 5 981 „ „ 119 „ = ... 6 100 „
		Materialaversen der Bahnwärter, Aufwand 1904 . . . . . 40 959 ℳ.
		wegen weiterer Posten . . . . . 341 „
		41 300 „
		c. Sonstiges (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 274 500 „
		338 200 „
		D. Sonstige Betriebsmaterialien (Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 549 000 „
		zusammen . . 8 486 200 ℳ.
		oder rund . . 8 486 000 „
52 900	—	Der Aufwand für 1906/07 ist berechnet:
822 900	77 000	a. Für Wasser . . . . . 70 000 ℳ.
77 000		b. „ Gas . . . . . 237 000 „
745 900		c. „ Elektrizität . . . . . 161 000 „
		468 000 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
VI.		**Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen.**		
	21.	Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter, Beschaffung der Baumaterialien (ausschließlich Oberbaumaterialien) und sonstige Ausgaben, einschließlich der Kosten kleinerer Ergänzungen	5 880 000	5 646 000
		Übertrag . .	5 880 000	5 646 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.			
ℳ.	ℳ.				
234 000	—	a. Unterbau:			
		1. Unterhaltung des Bahnkörpers, der Gräben, Böschungen, Stütz- und Futtermauern, Pflasterungen, Straßen- und Wegübergänge für 2 Jahre			459 810 ℳ.
		Verbesserung der Wasserableitung in Einschnitten und an abgerutschten Böschungen, Heben eingesunkener Bankette, Erweiterung des Bahnprofils nach den größeren Ausmaßen für den verstärkten Oberbau, sowie für kleinere Änderungen und Erweiterungen von Stationen			100 000 „
		Anlage und Instandsetzung der Feuerschutzstreifen			20 000 „
		2. Unterhaltung der Zufahrten zu den Bahnhöfen, der Vorplätze und Ladestraßen			320 000 „
		3. Unterhaltung der Grenzen, Abteilungszeichen, Einfriedigungen und Wegübergangsabschlüsse			272 480 „
		4. Unterhaltung der Brücken, Dohlen und Tunnel			238 420 „
		Umbau offener Dohlen und von Brückchen, Anbringung und Änderung von Schutzgeländern, Änderung und Verstärkung kleiner Brücken			49 290 „
		Verstärkung und Erneuerung des Eisenwerks einer Anzahl Brücken (zumteil für 1904/05 schon bewilligt, aber zurückgestellt)			458 000 „
					1 918 000 ℳ.
		5 Außerordentlicher Aufwand:			
		1. Pforzheimer Tunnel, Mauerwerkerneuerung	263 000 ℳ.		
		2. Bezirk Heidelberg, Erstellung von Futtermauern	21 000 „		
		3. Mannheim Bahnsteigtunnels, Dichtung der Decken	13 000 „		
		4. Mannheim Rheinkaistraße, Ergänzung der Pflasterung	17 500 „		
		5. Mannheim Zentralgüterbahnhof, Pflasterung der Bahnübergänge	14 500 „		
		6. Strecke Appenweier—Kork, Dohlenumbau	10 000 „		
		7. Krozingen, Neumagen-Brücke, Wiederherstellung	15 600 „		
		8. Bellingen, Viadukt, Wiederherstellung	89 000 „		
		9. Strecke Markelfingen—Allensbach, Planumsverbesserung	11 000 „		
		10. Verschiedene kleine Herstellungen, zusammen	105 160 „	rund	560 000 „
		Summe a.			2 478 000 ℳ.
		b. Oberbau:			
		1. Gewöhnliche Unterhaltung der Hauptgleise samt Bettung 2 488 km zu 680 ℳ.			1 691 840 ℳ.
		Heben von Gleissenkungen wie bisher			46 000 „
		Unterhaltung der Nebengleise 1 390 km zu 400 ℳ.			556 000 „
		Kleine Ergänzungen und Verbesserungen			36 160 „
					2 330 000 ℳ.
		2. Gleisumbau:			
		a. auf den Hauptlinien	292 500 ℳ.		
		b. auf den Seitenlinien	45 000 „		
		c. an Nebengleisen in Bahnhöfen	24 000 „		
		d. Rillenschienenoberbau für den Zentralgüterbahnhof in Mannheim	1 500 „		
					363 000 „
		3. Bettungserneuerung auf 200 km zu 6 000 ℳ. =	1 200 000 ℳ.		
		Ergänzung des Schotterbetts auf Umbaustrecken und sonstigen Stellen	198 000 „		
		Desgleichen bei Gleishebungen	150 000 „		
		Für Nachschotterung 25 000 cbm zu 5 ℳ.	125 000 „		
		Beseitigung der erdigen Bestandteile 150 000 cbm zu 80 ₰	120 000 „		
					1 793 000 „
		4. Weichen:			
		Unterhaltung von 10 510 Weichen	210 200 ℳ.		
		Umbau von 820 Weichen	73 800 „		
					284 000 „
		5. Löhne der mit der Behandlung des Oberbaumaterials betrauten Magazins- und Kyanisierarbeiter			71 600 „
		6. Außerordentlicher Aufwand:			
		Strecke Markelfingen—Allensbach, Umbau	19 000 ℳ.		
		Verschiedene kleinere Herstellungen, zusammen	10 360 „		
					29 360 „
		Summe b.			4 870 960 ℳ.
234 000		rund			4 871 000 „

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VI.)	(21.)	Übertrag . .	5 880 000	5 646 000
	22.	Beschaffung der Oberbaumaterialien:		
		1. Schienen	1 370 000	1 579 000
		Übertrag . .	7 250 000	7 225 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.		
ℳ.	ℳ.			
234 000	—	c. Telegraph und Signale:		
		1. Laufende Unterhaltung der elektrischen Telegraphen- und Signaleinrichtungen sowie Fernsprechanlagen nach dem Rechnungsdurchschnitt mit Zuschlag eines Betrags von 50 000 ℳ. für unvorhergesehene, unverschiebliche Erweiterungen		668 000 ℳ.
		Löhne der mit dem Material Befassung habenden Magazinsarbeiter		9 000 „
				677 000 ℳ.
		Außerordentlicher Aufwand:		
		Wegübergang bei Buchen (Kilometer 10,9), Warnungssignale	7 200 ℳ.	
		Kehl Hafen, Vervollständigung der Fernsprechleitung	1 800 „	
				9 000 „
		zusammen		686 000 ℳ.
		2. Unterhaltung der optischen Signale und Stellwerke wegen Vermehrung der Anlagen		460 000 „
		Umbau von Stellwerken infolge von Abnützung und von Änderung der Gleisanlagen		200 000 „
		Summe c.		1 346 000 ℳ.
		d. Hochbau:		
		1. Für die laufende Unterhaltung der Hochbauten sind mit Rücksicht auf die in den Jahren 1904/05 hinzugekommenen Bauten unter Beibehaltung des bisherigen Satzes von 0,75 % des Bauwerts vorzusehen		1 296 000 ℳ.
		2. Unterhaltung der Bahnsteige, Bahnsteigtunnel, Laderampen, Entwässerungen, Pflasterungen und Trinkwasserversorgung	300 000 ℳ.	
		Weitere Anschlüsse an Wasserleitungen und Kanalisationen	20 000 „	
		Unterhaltung der Drehscheibenfundamente, der Gruben, der Schiebebühnen und der Entleerungsgruben	50 000 „	
		Unterhaltung der Kohlenkammern	10 000 „	
		Beseitigung der Kohlenschlacken	70 000 „	
		Kleinere Erweiterungen von Laderampen und Bahnsteigen	10 000 „	
				460 000 „
		3. Unterhaltung der Beleuchtungseinrichtungen	364 000 ℳ.	
		Verbesserung „ „	48 000 „	
		Weitere Anschlüsse in Mannheim	20 000 „	
		Teilweise Erneuerung des Gestänges der Hochspannleitungen in Oos und Offenburg	20 000 „	
				452 000 „
		4. Unterhaltung der Speise- und Trinkwasserleitungen	25 000 ℳ.	
		Erstellung der Fundamente für nach Bedarf zu beschaffende Krauen und Brückenwagen	30 000 „	
				55 000 „
		5. Außerordentlicher Aufwand:		
		Einrichtung von Gas- und elektrischer Beleuchtung in Dienstwohnungen nach Bedarf	18 000 ℳ.	
		Verschiedene kleinere Herstellungen	229 655 „	
		Ställe und Futterräume für Bahn- und Weichenwärter	70 950 „	
		Vergrößerungen von Wartstationen	86 800 „	
		Erstellung von gemauerten Backöfen	4 760 „	
		„ „ Wachthütten	11 200 „	
		Für Unvorhergesehenes, wie bisher	200 000 „	
			rund	622 000 „
		Summe d.		2 885 000 ℳ.
		e. Schneebeseitigung, 10jähriger Durchschnitt		180 000 „
		Summe a.		2 478 000 „
		b.		4 871 000 „
		c.		1 346 000 „
				11 760 000 ℳ.
		für 1 Jahr		5 880 000 „
—	209 000	Für vollständigen Umbau von Gleisen und Weichen werden erforderlich		2 497 980 ℳ.
		Für Einzelauswechslungen, kleine Bahnhoferweiterungen und unvorhergesehene Gleisänderungen		242 020 „
		zusammen		2 740 000 ℳ.
		für 1 Jahr		1 370 000 „
234 000	209 000			

1. Eisenbahnbetrieb.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VI.)		Übertrag .	7 250 000	7 225 000
	(22.)	2. Kleineisenzeug	459 000	485 000
		3. Weichen und deren Bestandteile, Herzstücke und Kreuzungen	540 000	480 000
		4. Schwellen	1 333 000	1 588 000
	23.	Kosten erheblicherer Ergänzungen	1 221 700	1 242 500
		Summe Titel VI. . .	10 803 700	11 020 500

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
ℳ.	ℳ		
234 000	209 000		
—	26 000	Für Umbau von Gleisen werden erforderlich	593 413 ℳ.
		Für Umbau von Weichen	159 800 „
		Zur Unterhaltung und Ergänzung beim Umbau	132 600 „
		Für unvorhergesehene Änderungen und Bahnhoferweiterungen	32 187 „
		zusammen	918 000 ℳ.
		für 1 Jahr	459 000 „
60 000	–	Zur Fortsetzung des Umbaues von Weichen aus 140 und 129 mm hohen Schienen und für unvorhergesehene kleinere Ausführungen sind erforderlich	1 080 000 ℳ.
		für 1 Jahr	540 000 „
—	255 000	Es werden angefordert:	
		Eiserne Schwellen für vollständigen Gleisumbau	2 144 352 ℳ.
		Eiserne Weichenschwellen	345 856 „
		Hölzerne Schwellen zum Gleisumbau in Tunneln und zur Einzelauswechslung	105 588 „
		Brückenschwellen und unvorhergesehene Änderungen an Bahnhofgleisen	70 204 „
		zusammen	2 666 000 ℳ.
		für 1 Jahr	1 333 000 „
—	20 800	1. Veränderungen, Erweiterungen und Verbesserungen an Gleisen und sonstigen Stationsanlagen:	
294 000	510 800	1. Buchen, Bahnhoferweiterung	26 300 ℳ.
	294 000	2. Rosenberg, Gleisänderung	11 000 „
		3. Eubigheim, Bahnhoferweiterung	39 000 „
	216 800	4. Rheinsheim, Erweiterung der Bahnsteiganlagen	7 500 „
		5. Söllingen, Wegunterführung	24 000 „
		6. Niefern, Bahnhoferweiterung und Änderungen	32 500 „
		7. Kuppenheim, Gleiserweiterung	22 000 „
		8. Appenweier, Verlegung des südlichen Teils der Güterzufahrtsstraße	14 500 „
		9. Kehl, Gleiserweiterung am Ostende der Station	10 000 „
		10. Haslach, Verbesserung der Ladeanlagen	8 000 „
		11. Hausach, weiteres Abstellgleis	6 700 „
		12. Hornberg, Überholungsgleis	35 000 „
		13. Immendingen, Erweiterung der Lade- und Gleisanlagen	21 000 „
		14. Kleinlaufenburg, Bahnhoferweiterung	37 000 „
		15. Thiengen, Bahnhoferweiterung	36 000 „
		16. Oberlauchringen, Gleiserweiterungen	36 000 „
		17. Buchholz, Errichtung einer Güterstation	32 000 „
			398 500 ℳ.
		2 Neuherstellungen, Veränderungen und Erweiterungen an Hochbauten:	
		1. Mannheim, Zentralgüterbahnhof, Vergrößerung des Brausebads	6 200 ℳ.
		2. Mannheim, Zentralgüterbahnhof, Wasserleitung (Werfthallenstraße)	17 000 „
		3 Mingolsheim, Aufnahmsgebäude, Vergrößerung	25 000 „
		4. Wilferdingen, Neubau eines Bahnmeisterwohnhauses	25 000 „
		5. Niefern, Aufnahmsgebäude, Erweiterung	15 500 „
		6. Karlsruhe, Rangierbahnhof, Erstellung einer Badeanstalt	20 640 „
		7 Karlsruhe, Erweiterung des Holztrockenofens und Herstellung von Holzlagern und Holzschuppen	47 700 „
		8. Karlsruhe, Erweiterung der Eilguthalle, der Frachtgut- Versand- und Empfangshalle	20 250 „
		9. Karlsruhe, Lokomotivwerkstätte, weitere Entleerungsgruben	26 500 „
		10. Karlsruhe, Generaldirektionsgebäude, Abortverbesserung	18 000 „
		11. Karlsruhe, Westbahnhof, Vergrößerung der Güterhalle	25 500 „
		12 Muggensturm, Neubau des Aufnahmsgebäudes	35 000 „
		13. Rastatt, Güterhalle, Erweiterung	22 900 „
		14. Hörden, Erweiterung der Dienst- und Wohnräume	26 150 „
		15. Bühl, Erweiterung der Diensträume und der Dienstwohnung des Stationsvorstehers	30 000 „
		16. Ottersweier, Erweiterung des Gepäckraums und der Dienstwohnung des Stationsvorstehers	14 000 „
		17. Appenweier, weiteres Wohnhaus	47 000 „
		18. Villingen, Bahnsteighalle nebst Asphaltierung	42 000 „
		19. Dürrheim, neues Dienstwohngebäude	18 000 „
		20. Kenzingen, neues Dienstwohngebäude	31 400 „
		21. Ihringen, Aufnahmsgebäude, Erweiterung	16 600 „
		Übertrag	530 340 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ	ℳ.
(VI.)	(23.)			
VII		**Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und maschinellen Anlagen.**		
	24.	Löhne der Werkstättearbeiter	3 948 000	3 737 000
	25.	Beschaffung der Werkstättematerialien	1 725 000	1 733 000
	26.	Sonstige Ausgaben	867 000	931 300
		Übertrag . .	6 540 000	6 401 300

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.	
ℳ.	ℳ.		
		Übertrag . .	530 340 ℳ.
		22. Krozingen, Güterhalle, Erweiterung	10 000 „
		23. Leopoldshöhe, Erweiterung der Gepäck- und Postdiensträume	18 500 „
		24. Haagen, Aufnahmsgebäude und Güterhalle, Vergrößerung	20 300 „
		25. Hausen-Raitbach, Abfertigungsräume und Wärterwohnung	11 400 „
		26. Schaffhausen, Güterdienstgebäude, Änderungen	23 500 „
		27. Schirmhallen für verschiedene Bahnhöfe nach Bedarf	25 000 „
		28. Uhren für verschiedene Bahnhöfe nach Bedarf	13 800 „
		29. Sonstige Herstellungen in Einzelbeträgen bis 10 000 ℳ.	125 800 „
		30. Erstellung von Bahn- und Weichenwärterhäusern	250 000 „
			1 028 640 ℳ.
		3. Sonstige Herstellungen und Verbesserungen:	
		1. Mannheim, Fußwegunterführung (0,2 km gegen Ludwigshafen)	21 000 ℳ.
		2. Mannheim, Elektrizitätswerk, Verbesserungen	7 000 „
		3. Mannheim, Werkstätte, Verbesserungen	5 200 „
		4. Mannheim, Industriehafen und Wilferdingen, Fersprechanschlüsse je 4 500 ℳ.	9 000 „
		5. 29 7/8 km Neckartalbahn (bei Zwingenberg), Steg zur Beseitigung eines Fußwegübergangs	6 500 „
		6. Lauda, Elektrischer Antrieb (Werkstätte) und Batterievergrößerung	13 300 „
		7. Schwetzingen, Fußwegunterführung	29 000 „
		8. Bretten, Wegüberführung (Derdinger Übergang)	30 000 „
		9. Strecke Durlach-Mühlacker, Ersetzung von 3 Fußwegübergängen durch Unterführungen	12 000 „
		10. Karlsruhe, Bruchsal, Oos, Elektrizitätswerk, Verbesserungen	15 340 „
		11. Offenburg—Gengenbach, Fernleitung	20 000 „
		12. Schiltach, Wasserstation	7 000 „
		13. Villingen, zweiter Wasserturm 17 000 ℳ.	
		Lokomotivspeisungsverbesserung 30 000 „	47 000 „
		14. „ Werkstätte, Einfriedigung	15 000 „
		15. Hirschsprung, Wegüberführung	34 000 „
		16. Kehl, Feuerlösch-Pumpwerk	45 000 „
			316 340 ℳ.
		4. Herstellung von Bahnsteigabschlüssen (Bahnsteigsperre)	200 000 „
		5. Für nicht vorgesehene unverschiebliche Bauausführungen und Geländeerwerbungen, wie bisher	500 000 „
		Hierzu 1 . .	398 500 „
		Hierzu 2 . .	1 028 640 „
		zusammen . .	2 443 480 ℳ.
		für 1 Jahr rund . .	1 221 700 „
		Die unter § 23 am Schlusse einer Budgetperiode unverwendet gebliebenen Mittel können — der bisherigen Übung entsprechend — noch in der folgenden Budgetperiode verwendet werden	
211 000	—	Es ist vom Rechnungsdurchschnitt unter Berücksichtigung der Zunahme der Arbeiterzahl, soweit sich solche voraussehen läßt und von der infolge der regelmäßigen Lohnaufbesserungen zu gewärtigenden Mehraufwendung ausgegangen.	
	8 000	Es wird unter Berücksichtigung der Preissteigerungen und des Mehrbedarfs an Werkstättenmaterialien vom Rechnungsdurchschnitt (dieser beträgt 1 627 225 ℳ.) ausgegangen.	
—	64 300	a. Betriebsmittel.	
		Für Unterhaltung, laufender Aufwand nach dem Rechnungsdurchschnitt	712 000 ℳ.
		Außerordentlicher Aufwand:	
		Beschaffung von Ersatzlokomotivkesseln 120 000 ℳ.	
		Beschaffung von 640 Wagendecken (540 Ersatz, 100 Vermehrung) 51 000 „	
		Ausrüstung der Abteilwagen mit Schlössern mit Innengriffen 50 000 „	
		Umbau von D-Zugswagen 42 000 „	
		Änderung der Notbremseinrichtungen 55 000 „	
		Beschaffung von 100 Drehschemeln 40 000 „	
		Änderung der Heizung in Personenwagen 28 000 „	
		Beschaffung von Geschwindigkeitsmessern 9 000 „	375 000 „
		b. Maschinelle Einrichtungen.	
211 000	72 300	1. Laufende Unterhaltung in den Werkstätten, Wasserstationen, Wagenreinigungsanlagen, Heizanlagen, Lokomotiv- und Wagenschuppen	105 000 „
		Übertrag . .	1 192 000 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VII.)	(26.)	Übertrag . .	6 540 000	6 401 300
	27.	Beschaffung ganzer Fahrzeuge:		
		1. Lokomotiven	500 000	480 000
		2. Motorwagen	—	—
		3. Personenwagen	175 000	166 000
		4. Gepäck- und Güterwagen	67 000	76 200
		Summe Titel VII. . .	7 282 000	7 123 500
VIII.		**Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistung fremder Beamten.**		
	28.	Vergütung für gepachtete Bahnstrecken	194 000	211 300
	29.	Vergütung für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten anderer Verwaltungen oder der Besitzer von Anschlußgleisen, sowie für Wahrnehmung des Betriebsdienstes auf der eigenen Strecke oder in gemeinsamen Verkehren durch andere Verwaltungen	580 000	557 600
		Übertrag . .	774 000	768 900

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
211 000	72 300	Übertrag . . 1 192 000 ℳ.
		Außerordentlicher Aufwand:
		1. Verbesserungen nach Bedarf an Wasserstationen und Wasserkranen . . . . . 30 000 ℳ.
		2. Desgleichen an Rauchabzugseinrichtungen in Lokomotivschuppen nach Bedarf . . . . . 10 000 „
		3. Modelle von Eisenbahnfahrzeugen nach Bedarf . . . . . 20 000 „
		4. Maschinen für die Hauptwerkstätte . . . . . 40 000 „
		5. Räder-Drehbank, Betriebswerkstätte Karlsruhe . . . . . 16 000 „
		6. Wagenreinigungsanlagen . . . . . 18 000 „
		7. Drehbank und Motoren für die Werkstätte Heidelberg . . . . . 31 500 „
		8. Verschiedenes im Gesamtbetrag von . . . . . 21 500 „
		187 000 „
		2. Gaswerke, elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen, laufende Unterhaltung . . . . . 118 000 „
		Außerordentlicher Aufwand:
		1. Kehl, Einbau eines Gleichstromdynamos . . . . . 19 600 ℳ.
		2. Mannheim, Ölgasbehälter . . . . . 12 500 „
		3. Generaldirektion, Erneuerung der Accumulatorenbatterie . . . . . 12 000 „
		4. Verschiedenes im Gesamtbetrag von . . . . . 14 400 „
		rund 59 000 „
		3. Unterhaltung der maschinellen Einrichtung in den Getreidespeichern . . . . . 18 000 „
		c. Kranen:
		Laufende Unterhaltung der elektrisch betriebenen Kranen . . . . . 7 600 ℳ.
		„ „ „ andern „ . . . . . 20 000 „
		Beschaffung neuer Kranen und Ersatz solcher älterer durch Kranen neuerer Bauart nach Bedarf . . . . . 35 000 „
		Verschiedenes zusammen . . . . . 15 000 „
		rund 78 000 „
		d. Drehscheiben:
		Laufende Unterhaltung . . . . . 20 000 „
		e. Schiebebühnen:
		Laufende Unterhaltung der elektrisch betriebenen . . . . . 6 400 ℳ.
		„ „ „ anderen . . . . . 8 000 „
		rund 14 000 „
		f. Brückenwagen:
		Laufende Unterhaltung . . . . . 20 000 ℳ.
		Beschaffung von Brückenwagen . . . . . 27 000 „
		47 000 „
		1 733 000 ℳ.
		für 1 Jahr rund . . 867 000 „
20 000	—	Als Ersatz werden vorgesehen 10 schwere, der Neuzeit entsprechende Lokomotiven, deren Gattung sich bei Aufstellung des Staatsvoranschlags noch nicht bestimmt feststellen läßt, zu 100 000 ℳ., für 2 Jahre = ... 1 000 000 ℳ.
		für 1 Jahr = ... 500 000 „
—	—	
9 000	—	Ersatz der 1904/05 ausgeschiedenen Personenwagen durch den jetzigen Anforderungen entsprechende Fahrzeuge.
—	9 200	1904/05 sind im ganzen 39 Personal-, Güter- und Bahndienstwagen zerlegt worden, deren Ersatz durch den heutigen Anforderungen entsprechende gleichartige oder gleichwertige Fahrzeuge nötig fällt.
240 000	81 500	
81 500		
158 500		
—	17 300	Die aus dem Baukapital für die Strecke Landesgrenze–Würzburg einschließlich Bahnhoferweiterung Würzburg auf Baden entfallenden Zinsen betragen jährlich . . . . . 170 000 ℳ.
		für die Basler Verbindungsbahn . . . . . 24 000 „
		194 000 ℳ.
22 400	—	Nach den dermaligen Vertragsverhältnissen, den letzten Abrechnungsergebnissen und in Berücksichtigung einiger in Aussicht stehender Änderungen.
22 400	17 300	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(VIII.)		Übertrag . .	774 000	768 900
	30.	Vergütung von Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen . .	65 000	63 000
	31.	Sonstige Vergütungen (Ertragsanteile der Privatbahnen)	164 000	227 600
		Summe Titel VIII. . .	1 003 000	1 059 500
IX.		**Für Benützung fremder Betriebsmittel.**		
	32.	Miete und Leihgeld für Lokomotiven	—	—
	33.	Miete und Leihgeld für Wagen	2 081 000	2 213 000
		Summe Titel IX. . .	2 081 000	2 213 000
X.		**Verschiedene Ausgaben.**		
	34.	Steuern, Gemeindeabgaben und öffentliche Lasten	3 000	2 900
	35.	Entschädigungen auf Grund des Haftpflichtgesetzes	220 000	220 000
	36.	Ersatzleistungen	140 000	103 300
	37.	Entschädigungen für Benützung fremder Grundstücke, Miete für Dienstgebäude und Dienstwohnungen	53 900	47 000
	38.	a. Postporto	5 300	5 300
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	500	1 200
		c. Telegraphen- (auch Fernsprech-) Gebühren	15 000	13 000
		d. Gerichts- und Bekanntmachungskosten, Feuer- und andere Versicherungsbeiträge, Kosten des Geldverkehrs	111 000	99 500
	39.	Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben	70 000	70 000
		Summe Titel X. . .	618 700	562 200
		Zusammenstellung.		
		Summe Titel I. . .	12 536 600	11 541 700
		„ „ II. . .	11 560 900	11 438 600
		„ „ III. . .	4 616 000	4 441 100
		„ „ IV. . .	3 002 900	2 697 700
		„ „ V. . .	10 386 400	9 640 500
		„ „ VI. . .	10 803 700	11 020 500
		„ „ VII. . .	7 282 000	7 123 500
		„ „ VIII. . .	1 003 000	1 059 500
		„ „ IX. . .	2 081 000	2 213 000
		„ „ X. . .	618 700	562 200
		Summe der Ausgabe . .	63 891 200	61 738 300

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
22 400	17 300	
2 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	63 600	Nach dem voraussichtlichen Ergebnis.
24 400	80 900	
	24 400	
	56 500	
—	—	
—	132 000	Rechnungsdurchschnitt.
—	132 000	
100	—	1904 er Ergebnis 2 919 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 451 808 ℳ.; 1904 er Ergebnis 204 264 ℳ. Der hohe den Rechnungsdurchschnitt beeinflussende Aufwand des Jahres 1902 ist auf einen größeren Unfall zurückzuführen. Es wird gehofft, mit dem bisherigen Satz auszukommen.
36 700	—	1904 er Ergebnis 139 393 ℳ.
6 900	—	Nach dem dermaligen Stand unter Berücksichtigung der eintretenden Änderungen.
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	700	Rechnungsdurchschnitt
2 000	—	Wegen fortschreitender Ausdehnung des Fernsprechverkehrs wird ein erhöhter Betrag vorgesehen.
11 500	—	1904 er Ergebnis 111 174 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 70 753 ℳ.
57 200	700	
700		
56 500		
994 900	—	
122 300	—	
174 900	—	
305 200	—	
745 900	—	
—	216 800	
158 500	—	
—	56 500	
—	132 000	
56 500	—	
2 558 200	405 300	
405 300		
2 152 900		

1. Eisenbahnbetrieb.

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
I		**Personen- und Gepäckverkehr.**		
	1.	Für Beförderung von Personen, ausschließlich Militär auf Militärfahrscheine und Militärfahrkarten	23 000 000	22 100 000
	2.	Für Beförderung von Militär auf Militärfahrscheine und Militärfahrkarten	405 000	451 000
	3.	Für Beförderung von Gepäck	1 142 000	1 043 000
	4.	Für Beförderung von Hunden	30 000	27 000
	5.	Für bestellte Sonderzüge nach besonderem Tarif	32 000	32 000
	6.	Nebenerträge	285 000	217 300
		Summe Titel I.	24 894 000	23 870 300
II.		**Güterverkehr.**		
	7.	Für Beförderung von Eil- und Expreßgut, Milch im Abonnement, einschließlich Fahrzeuge aller Art	2 733 000	2 316 000
	8.	Für Beförderung von Frachtgut einschließlich Fahrzeuge aller Art	44 333 000	39 420 000
	9.	Für Beförderung von Postgut	46 000	40 000
	10.	Für Beförderung von Militärgut auf Militärfahrscheine oder Frachtbriefe einschließlich Pferde und Fahrzeuge	106 000	93 000
	11.	Für Beförderung von Vieh einschließlich Pferde, auch Luxuspferde, ausgenommen Hunde	925 000	865 000
	12.	Für Beförderung von Leichen	45 000	38 700
	13.	Für Beförderung von frachtpflichtigem Dienstgut	102 000	80 000
	14.	Nebenerträge	1 307 000	1 255 000
		Summe Titel II.	49 597 000	44 107 700
III.		**Für Überlassung von Bahnanlagen und Leistungen für Dritte.**		
	15.	Vergütung für verpachtete Bahnstrecken	15 700	15 700
	16.	Vergütung fremder Bahnverwaltungen oder Besitzer von Anschlußgleisen u. s. w. für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten, sowie für Wahrnehmung des Dienstes in fremden oder gemeinschaftlichen Verkehren	1 369 500	1 292 700
	17.	Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	41 000	30 000
		Übertrag	1 426 200	1 338 400

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
900 000	—	Rechnungsdurchschnitt 22 992 573 ℳ., 1904 er Ergebnis 23 826 225 ℳ. Wenn auch bei regelmäßiger Verkehrszunahme der Rechnungsdurchschnitt überschritten wird, so empfiehlt es sich doch, den Rechnungsdurchschnitt als Budgetsatz einzustellen, weil die Gestaltung des Reiseverkehrs in erheblichem Maß von nicht vorauszusehenden Umständen abhängt und die Veranschlagung überdies durch die noch bestehende Unsicherheit über die künftige Gestaltung der Personentarife erschwert wird.
—	46 000	Rechnungsdurchschnitt.
99 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
3 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
67 700	—	Das 1904 er Ergebnis mit 229 230 ℳ. unter Zuschlag des zu erwartenden Mehrerlöses aus Bahnsteigkarten infolge Ausdehnung der Bahnsteigsperre auf weitere Bahnstrecken, aber abzüglich der Einnahme aus Nachforschungs- und Vorausbestellungsgebühren mit etwa 2 000 ℳ., die künftig in der Telegraphenrechnung (§ 26 der Einnahme) erscheinen.
1 069 700	46 000	
46 000		
1 023 700		
417 000	—	Rechnungsdurchschnitt 2 535 445 ℳ., 1904 er Ergebnis 2 734 687 ℳ. Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren wahrnehmbare Besserung der Wirtschaftslage, die wohl noch einige Zeit anhalten dürfte, und ihre Wirkungen auf die Eisenbahneinnahmen wurde bei Veranschlagung der Einnahmen aus Eilgutbeförderung statt wie üblich vom Rechnungsdurchschnitt von dem höheren Ergebnis für 1904 ausgegangen; für die im Jahre 1905 in Betrieb zu nehmenden Neubaustrecken Rheinau–Brühl und Mimmenhausen—Frickingen wurde ein entsprechender Zuschlag gemacht. Der Veranschlagung der Einnahmen aus Expreßgut- und Milchbeförderung wurde der Rechnungsdurchschnitt zugrunde gelegt und eine jährliche Einnahmesteigerung um 3 % angenommen und berücksichtigt.
4 913 000	—	Rechnungsdurchschnitt 41 710 728 ℳ., 1904 er Ergebnis 44 292 738 ℳ. Aus den in den Erläuterungen zu § 7 der Einnahme dargelegten Gründen wurde auch hier der Veranschlagung statt des Rechnungsdurchschnitts das höhere Ergebnis für 1904 zugrunde gelegt. Für die Neubaustrecken Rheinau—Brühl und Mimmenhausen—Frickingen wurde ein angemessener Zuschlag gemacht.
6 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
13 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
60 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
6 300	—	Rechnungsdurchschnitt.
22 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
52 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
5 489 300	—	
—	—	Pachtzins für die Strecke Wertheim—Mitte Main.
76 800	—	Nach den letzten Ergebnissen unter Berücksichtigung der dermaligen Vertragsverhältnisse und einiger bevorstehender Änderungen.
11 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
87 800	—	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(III.)		Übertrag . .	1 426 200	1 338 400
	18.	Vergütung für die in den Werkstätten ausgeführten Arbeiten	210 000	210 000
	19.	Andere Vergütungen der Postverwaltung	236 000	220 000
	20	Andere Vergütungen der Neubauverwaltung oder sonstiger Zweige der Verkehrsanstalten	3 000	18 600
	21.	Sonstige Vergütungen	3 000	3 000
		Summe Titel III. . .	1 878 200	1 790 000
IV.		**Für Überlassung von Betriebsmitteln.**		
	22.	Miete und Leihgeld für Lokomotiven	30 000	23 000
	23.	Miete und Leihgeld für Wagen	1 997 000	1 926 000
		Summe Titel IV. . .	2 027 000	1 949 000
V.		**Erträge von Veräußerungen.**		
	24.	Aus dem Verkauf und der Abgabe von Materialien und Materialabfällen sowie von sonstigen Gegenständen	1 670 000	1 834 500
	25.	Aus der Abgabe von Wasser, elektrischem Strom, Gas und dergleichen	247 000	201 700
		Summe Titel V. . .	1 917 000	2 036 200
VI.		**Verschiedenes.**		
	26.	Telegraphengebühren	55 000	53 000
	27.	Pacht- und Mietzinse sowie wirtschaftliche Nutzungen aus Gebäuden und Grundstücken	1 278 000	1 132 000
		Übertrag . .	1 333 000	1 185 000

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
87 000	—	
—	—	Rechnungsdurchschnitt.
16 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	15 600	1904 er Ergebnis 2 881 ℳ. Die Diäten der Baubeamten, die früher unter § 4 a. verausgabt und hier wieder vereinnahmt wurden, werden ab 1. Januar 1904 unmittelbar auf den Bauetat verausgabt.
—	–	Rechnungsdurchschnitt.
103 800	15 600	
15 600		
88 200		
7 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
71 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
78 000	—	
—	164 500	Durchschnitt 1903/04 . . . . . 2 283 000 ℳ. Das Jahr 1902 kann zur Durchschnittsberechnung nicht beigezogen werden; vergleiche hierwegen die Erläuterungen im Budget 1904/05. In den Jahren 1903/04 haben außerordentliche Abgaben von gebrauchten Oberbaumaterialien stattgefunden. Diese Abgaben werden sich in den Jahren 1906/07 in dem gleichen Umfange nicht wiederholen; hierfür sind an obigem Durchschnitt für 1 Jahr in Abzug zu bringen . . . . 613 000 „ Rest . . 1 670 000 ℳ.
45 300	—	1904 er Ergebnis . . . . . 218 600 ℳ. Zuschlag für weitere Abgabe von Wasser und elektrischem Strom . . . . . 28 400 „ zusammen . . 247 000 ℳ.
45 300	164 500	
	45 300	
	119 200	
2 000	—	Rechnungsdurchschnitt 53 105 ℳ.; dazu 2 000 ℳ. von § 6 übertragen.
146 000	—	Eine Steigerung ist aus dem Zugang neuer Arbeiterwohnungen und aus vermehrter Platzvermietung zu erwarten. Es kommen für jedes der beiden Budgetjahre zur Aufnahme: a. Mietzinse für Dienstwohnungen von Eisenbahnbeamten abzüglich 4% wegen Freistehens . . . . . 279 000 ℳ. b. Mietzinse für an Beamte der Zollverwaltung überlassene Dienstwohnungen . . . . . 12 000 „ c. Mietzinse für an Eisenbahnpersonal überlassene Mietwohnungen . . . . . 44 200 „ d. Mietzinse für an fremde Personen überlassene Mietwohnungen . . . . . 5 300 „ e. Mietzinse für Diensträume und Mietwohnungen der Post- und Militärverwaltung . . . . . 42 100 „ f. Mietzinse für Lagerplätze, Lagerhäuser . . . . . 615 000 „ g. Kranenmiete . . . . . 13 400 „ h. Pachtzinse für Bahnwirtschaften . . . . . 223 000 „ i. Sonstige Pacht- und Mietzinse, Erlös aus Erwachs . . . . . 40 980 „ k. Dergleichen Einnahmen aus dem Eigentum der Privatbahnen . . . . . 2 500 „ 1 277 480 ℳ. rund . . 1 278 000 „
148 000	–	

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			M.	M.
(VI.)		Übertrag . .	1 333 000	1 185 000
	28.	Einnahme an Brücken- und Fährgeld	107 000	112 100
	29.	Ruhegehaltsbeiträge	—	—
	30.	Zinsen und Kursgewinn	135 000	68 000
	31.	Sonstige Einnahmen	100 000	123 000
		Summe Titel VI. . .	1 675 000	1 488 100
		Zusammenstellung.		
		Summe Titel I. . .	24 894 000	23 870 300
		„ „ II. . .	49 597 000	44 107 700
		„ „ III. . .	1 878 200	1 790 000
		„ „ IV. . .	2 027 000	1 949 000
		„ „ V. . .	1 917 000	2 036 200
		„ „ VI. . .	1 675 000	1 488 100
		Summe der Einnahme . .	81 988 200	75 241 300
		Abschluß.		
		Einnahme	81 988 200	75 241 300
		Ausgabe	63 891 200	61 738 300
		Reineinnahme . .	18 097 000	13 503 000

2. Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung.

Ausgabe.

			Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/07 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.
I.		**Gehalte und Wohnungsgeld der etatmäßigen Beamten.**	M.	M.
	1.	Gehalte.		
		1 Dampfschiffahrtsinspektor D. 1	5 000	
		Tarifmäßige Dienstzulage	300	
		Dienstwohnung.		
		1 Stationskontrolleur F. 5	2 850	
		1 Betriebssekretär G. 5	1 800	
		6 Schiffskapitäne H. 4	12 000	
		7 Schiffmaschinenleiter J. 7	13 260	
		16 Beamte . . . . . Übertrag	35 210	

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
148 000	—	
—	5 100	Nach dem Ergebnis für 1904.
—	—	
67 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	23 000	Rechnungsdurchschnitt nach Absetzung einiger nicht wiederkehrender Einnahmen.
215 000	28 100	
28 100		
186 900		
1 023 700	—	
5 489 300	—	
88 200	—	
78 000	—	
—	119 200	
186 900	—	
6 866 100	119 200	
119 200		
6 746 900		
6 746 900	—	
2 152 900	—	
4 594 000	—	

Die in G. 5 des Gehaltstarifs eingereihten Betriebsassistenten führen die Amtsbezeichnung „Betriebssekretär".

2. Bodensee-Dampfschiffahrt.

Titel.	§.	Ausgabe.	Effektivetat auf 1. Juli 1905.	Zugang für 1906/1907 durch Stellenänderung und -Vermehrung jährlich.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	16 Beamte . . . . . Übertrag	35 210			
		1 Platzsteuermann J. 9	1 780			
		10 Steuermänner K. 1	14 280			
		10 (bisher 8) Schiffsheizer K. 5	10 440	2 400		
		19 (bisher 16) Bureaudiener, Schleppschiffführer, Schiffskassiere, Untersteuermänner K. 7	17 440	3 000		
		56 (bisher 51) Beamte . . Summe	79 150	5 400		
		Voranschlag für 1906	86 070 ℳ.			
		„ „ 1907	88 140 „			
		„ „ 1 Jahr durchschnittlich	87 105 ℳ.			
		und nach Abzug von 1½ % rund	85 800 „		85 800	77 900
	2.	Wohnungsgeld. Tarifmäßiges Wohnungsgeld für die in § 1 aufgeführten Beamten und zwar nach Abzug von 4% der Voranschlagssumme			23 700	21 700
		Summe Titel I . .			109 500	99 600
II.		**Andere persönliche Ausgaben.**				
	3.	Tag- und Accordlöhne			50 950	56 850
	4.	Fahrt- und andere Gebühren			30 000	31 000
	5.	Unterstützungen und außerordentliche Belohnungen			950	800
	6.	Zuschüsse zur Betriebskrankenkasse			700	900
	7.	Invalidenversicherung			1 000	1 100
	8.	Sonstige persönliche Ausgaben			9 700	12 000
		Summe Titel II. .			93 300	102 650
III.		**Allgemeine sachliche Ausgaben.**				
	9.	Sachliche Amtsunkosten			4 300	4 000
	10.	Versendungs- und Insertionskosten:				
		a. Postporto			20	20
		Übertrag . .			4 320	4 020

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
		Um die älteren nichtetatmäßigen Schiffsheizer nach Erfüllung der geordneten Voraussetzungen in die etatmäßige Anstellung überführen zu können, werden hier 2 weitere Stellen angefordert und unter § 3 abgesetzt.
		1 Bureaudiener, 3 Schleppschiffführer, 3 Schiffskassiere und 12 (bisher 9) Untersteuermänner. Um die älteren nichtetatmäßigen Untersteuermänner nach Erfüllung der geordneten Voraussetzungen etatmäßig anstellen zu können, werden hier drei weitere Stellen für Untersteuermänner in Anforderung gebracht und unter § 3 abgesetzt.
7 900	—	Der Mehraufwand ist, soweit nicht durch die bezeichneten Stellenumwandlungen erklärt, durch anfallende Gehaltszulagen bedingt.
2 000	—	Der Dampfschiffahrtsinspektor bezieht das Wohnungsgeld der Abteilung C. nach § 4 des Wohnungsgeldgesetzes.
9 900	—	
—	5 900	1904 er Ergebnis 55 689 ℳ. Zur Einstellung als nichtetatmäßiges Personal werden vorgesehen: 5 (bisher 8) Untersteuermänner und 2 (bisher 4) Schiffsheizer.
—	1 000	Rechnungsdurchschnitt 29 754 ℳ.
150	—	Vergleiche Erläuterungen zu § 17, Eisenbahn-Betriebsbudget.
—	200	Bedarf mit Rücksicht auf das Ergebnis der Jahre 1904/05.
—	100	Bedarf mit Rücksicht auf das Ergebnis seit 1904.
—	2 300	Rechnungsdurchschnitt.
150	9 500	
	150	
	9 350	
300	—	1904 er Ergebnis 4 276 ℳ.
—	—	Rechnungsdurchschnitt 13 ℳ.
300	—	

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz
			ℳ.	ℳ.
(III)		Übertrag . .	4 320	4 020
	(10.	b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten, Telegraphengebühren und Insertionskosten	220	220
	11.	Umlagen und Feuerversicherungsbeiträge	100	100
	12	Ersatz, Entschädigung und Nachlaß	100	100
	13.	Verschiedene und zufällige Ausgaben	900	1 300
		Summe Titel III. . .	5 640	5 740
IV.	14.	**Bauliche Unterhaltung der Anlagen auf dem Lande**	5 700	1 500
V.	15.	**Bauliche Unterhaltung der Schiffe nebst Zubehör**	86 000	92 100
VI	16.	**Schiffahrt und Transport**	144 000	150 000
VII.	17.	**Staatsbeitrag zur Unterhaltung**		
		a. eines Dampfschiffbetriebs auf dem Untersee	15 700	15 700
		b. eines Motorschiffbetriebs zwischen Bodman und Ludwigshafen	2 000	—
		Summe Titel VII. . .	17 700	15 700
		Hierzu „ „ I. . .	109 500	99 600
		„ „ II. . .	93 300	102 650
		„ „ III. . .	5 640	5 740
		„ „ IV. . .	5 700	1 500
		„ „ V. . .	86 000	92 100
		„ „ VI. . .	144 000	150 000
		Summe der Ausgabe . .	461 840	467 290
		Einnahme.		
I.		**Transportgefälle.**		
	1.	Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	265 000	250 000
	2.	Aus dem Güterverkehr	126 000	128 000
		Summe Titel I. . .	391 000	378 000
II.	3.	**Sonstige Einnahmen**	4 600	2 600
		Summe der Einnahme . .	395 600	380 600

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
300	—	
—	—	1904er Ergebnis 222 ℳ.
—	—	1904er Ergebnis 77 ℳ.
—	—	Bisheriger Satz.
—	400	Rechnungsdurchschnitt
300	400	
	300	
	100	
4 200	—	Der bisherige Budgetsatz war ungenügend. Entsprechend dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre wird der laufende Aufwand betragen für 2 Jahre im hochbautechnischen Dienst 3 000 ℳ., im bahnbautechnischen Dienst 3 000 ℳ., im maschinentechnischen Dienst 1 000 ℳ., zusammen 7 000 ℳ. Hierzu kommt der außerordentliche Aufwand für Erneuerung der Pfähle 2 000 ℳ., für Aufstellen einer elektrischen Uhr in Konstanz 2 400 ℳ., zusammen 11 400 ℳ.; für 1 Jahr 5 700 ℳ.
—	6 100	Für die laufenden Arbeiten nach dem Rechnungsdurchschnitt mit 80 717 ℳ. . . . . 80 000 ℳ. Außerordentlicher Aufwand: Beschaffung von 6 Rettungsboten 12 000 ℳ., daher für 1 Jahr . . . . . 6 000 „ zusammen . . 86 000 ℳ.
—	6 000	Die Forderung gründet sich auf den Rechnungsdurchschnitt, die kilometrischen Leistungen und die zu erwartenden Material- bezw. Heizstoffpreise.
—	—	a. Nach Vertrag muß zur Unterhaltung des Dampfschiffbetriebs auf dem Untersee ein jährlicher Beitrag bis zu 15 700 ℳ. geleistet werden.
2 000	—	b. Zur Beschaffung neuer Motoren wird der Motorboot-Gesellschaft Bodman für den Betrieb Bodman-Ludwigshafen ein einmaliger Beitrag von 4 000 ℳ. bewilligt. Aufwand für ein Budgetjahr 2 000 ℳ.
2 000	—	
9 900	—	
—	9 350	
—	100	
4 200	—	
—	6 100	
—	6 000	
16 100	21 550	
	16 100	
	5 450	
15 000	—	Rechnungsdurchschnitt.
—	2 000	Rechnungsdurchschnitt.
15 000	2 000	
2 000		
13 000		
2 000		Rechnungsdurchschnitt
15 000		

Titel.	§.		Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
		2. Bodenseedampfschiffahrt.	M.	M.
		Abschluß.		
		Summe der Einnahme	395 600	380 600
		„ „ Ausgabe	461 840	467 290
		Mehrausgabe	66 240	86 690
		3. Anteil Badens an den Reineinnahmen der Main-Neckar-Eisenbahn.		
		Einnahme.		
I.	1.	Anteil an den Reineinnahmen	1 050 000	920 000
		Ausgabe.		
I.	1.	Zuschuß zum Diensteinkommen der etatmäßigen badischen Beamten bei der Eisenbahndirektion in Mainz und bei den Inspektionen	400	600
		Übertrag	400	600

Gegen seither jährlich		Erläuterungen.
mehr.	weniger.	
ℳ.	ℳ.	
15 000	—	
—	5 450	
15 000	5 450	
	15 000	
	20 450	
130 000	—	Die auf Grund des Staatsvertrags vom 14. Dezember 1901 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1902 Seite 301) in den preußischen Etat der Eisenbahnverwaltung eingestellten Beträge der auf den badischen Anteil der Main-Neckarbahn entfallenden Reineinnahmen dieser Bahn waren für das Jahr 1903 . . . . . 1 127 410 ℳ. „ „ „ 1904 . . . . . 1 059 798 „ somit im Rechnungsdurchschnitt . . . . . 1 093 604 ℳ. Durch die Neuregelung der Leitung des Güterverkehrs auf den deutschen Bahnen gehen dem badischen Teil der Main-Neckarbahn an Roheinnahmen aus diesem Verkehr jährlich rund 110 000 ℳ. verloren, was nach Abzug von durchschnittlich 60 % für Betriebskosten einem jährlichen Ausfall an Reineinnahmen von 110 000 — 66 000 = 44 000 ℳ. entspricht. Der Budgetsatz ergibt sich daher aus Rechnungsdurchschnitt rund . . . . . 1 094 000 ℳ. ab Einnahme-Ausfall . . . . . 44 000 „ Budgetsatz . . 1 050 000 ℳ. Die dem badischen Teil der Main-Neckarbahn nach vorstehendem entgehenden Einnahmen aus dem Güterverkehr werden durch Verkehrszuweisungen an anderer Stelle den badischen Staatseisenbahnen gut gebracht (vergleiche Spezialbudget der Eisenbahnbetriebsverwaltung § 8 der Einnahme). Nach Artikel 6 des Staatsvertrags waren die Betriebsmittel der Main-Neckar-Eisenbahn auf 1. Oktober 1902 der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft zu überweisen. Im Falle der Auflösung der Main-Neckarbahn-Gemeinschaft wird Baden für seinen Anteil an den Betriebsmitteln in Geld abgefunden. Zu diesem Zweck ist der Anteil Badens an den Beschaffungskosten der am 1. Oktober 1902 vorhandenen Betriebsmittel der Main-Neckarbahn besonders festgestellt worden. Diesem Anteil Badens wird die von Baden zur Vermehrung der Betriebsmittel der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft alljährlich beigesteuerte, in dem Anteil Badens an den Gesamtausgaben der Main-Neckarbahn (Artikel 4 Ziffer 4 des Vertrags) enthaltenen Summen jeweils zugeschrieben. Der Anteil Badens an den Beschaffungskosten der Betriebsmittel der Main Neckarbahn betrug am 1. Oktober 1902 . . . . . 3 250 883 ℳ. 1 April 1903 . . . . . 3 291 962 „ 1. April 1904 . . . . . 3 366 134 „ 1 April 1905 . . . . . 3 486 406 „
—	200	Die Bezüge der im äußeren Dienst verwendeten badischen Beamten werden nach den badischen Bestimmungen bemessen und von der betriebsleitenden Verwaltung im vollen Betrag gezahlt (Artikel 9 Ziffer 1 und 3 des Staatsvertrags). Den badischen Beamten bei der Eisenbahndirektion Mainz und bei den preußisch-hessischen Inspektionen wird, sofern ihr Diensteinkommen geringer ist als das der gleichalterigen preußischen Beamten, eine dem Unterschiedsbetrage entsprechende nichtpensionsfähige Zulage auf Kosten der betriebsleitenden Verwaltung (Preußen) gewährt. Soweit dagegen diese Beamten nach den badischen Normen mehr erhalten als die gleichalterigen preußischen Beamten nach den preußischen Normen, hat die badische Regierung den Unterschiedsbetrag an die betriebsleitende Verwaltung zu ersetzen (Artikel 9 Ziffer 4 des Staatsvertrags). Für Unterschiedsbeträge der letzteren Art sind nach dem gegenwärtigen Stand anzunehmen jährlich 400 ℳ. Eine Übersicht über die für das Jahr 1906 veranschlagten badischen Beamtenstellen bei der Eisenbahndirektion Mainz, den preußisch-hessischen Inspektionen und auf der Main-Neckarbahnstrecke enthält die Anlage Seite 46.
	200	(Fortsetzung der Erläuterungen Seite 45.)

3. Main-Neckar-Eisenbahn.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1906/07.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.
(I.)	(1.)	Übertrag . .	400	600
	2.	Ruhegehalte badischer Beamten der Main-Neckarbahn sowie Beitrag zu Hinterbliebenenbezügen	75 200	61 000
		Summe der Ausgabe	75 600	61 600
		Verglichen mit der Einnahme . .	1 050 000	920 000
		Reineinnahme . .	974 400	858 400

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	(Fortsetzung der Erläuterung zu § 1.)
..	200	Um einigen älteren Betriebsassistenten (G. 7) das Vorrücken nach G. 5 zu ermöglichen und im übrigen die Zahl der etatmäßigen zu den nichtetatmäßigen Beamten in das bei der preußisch-hessischen Gemeinschaft übliche Verhältnis zu bringen und häufigem Wechsel des Personals (Rücktritt zur badischen Staatsbahn) zu vermeiden, wurden die Stellen der Betriebssekretäre (G. 5) und Bureauassistenten (J. 6) um je 3 vermehrt, die der Betriebsassistenten (G. 7) um 2 vermindert. Daher Mehrzugang . . . . . 4 Stellen
		Eine Werkführerstelle (H. 3) wurde in eine Materialverwalterstelle (ebenfalls H. 3) umgewandelt.
		Die Zunahme des Zugsverkehrs machte die Vermehrung der Lokomotivführerstellen (H. 6) und Heizerstellen (K. 5) um je 2 und der Wagenwärterstellen (K. 7) um 1 erforderlich. Daher Zugang . . . . . 5 „
		Die Betriebsverhältnisse bedingen die doppelte Besetzung sämtlicher Bahn- und Weichenwärterposten in je 12stündigen Dienstschichten. Die Posten müssen der Wichtigkeit des Dienstes wegen mit angestellten Wärtern besetzt werden. Es werden daher mehr erforderlich 3 Weichen- und 13 Bahnwärter (K. 16), somit im ganzen 16 „
		Gesamtzugang . . 25 Stellen
		Ab gehen die Stellen für 1 Maschinisten (J. 5) und 1 Maschinenwärter (K. 5) in Friedrichsfeld wegen Eingangs der elektrischen Zentrale daselbst, für 2 Wagenrevidenten (J. 6) in Mannheim wegen Übergangs des Revidentendienstes daselbst an die badische Staatsbahn, für einen Bahnsteigschaffner (K. 8) in Weinheim wegen des Bahnhofumbaues daselbst und für 3 Zugschaffner (K. 8) wegen Durchführung der Bahnsteigsperre. Daher Abgang im ganzen . . . . . 8 „
		Somit im ganzen Mehrzugang . . 17 Stellen
14 200	—	Vergleiche Artikel 9 Ziffer 3 des Staatsvertrags.
		Hiervon a. Zum Ersatz an die allgemeine Kassenverwaltung (Hauptabteilung V. Titel VI. in Einnahme):
14 200	200	1. für Ruhegehalte . . . . . 52 400 ℳ.
200		2. Anteil am Staatszuschuß zur Beamtenwitwenkasse . . . . . 22 100 „
		b. Pensionen auf Grund des Fürsorgegesetzes, neuester Stand . . . . . 700 „
14 000		zusammen . . 75 200 ℳ.
130 000		
116 000		

Verkehrsanstalten.

Anlage zu Abteilung 3 Main-Neckar-Eisenbahn.

(Erläuterung zu Ausgabe-Titel I. §. 1).

Übersicht

über die Art und Zahl der für das Jahr 1906 veranschlagten badischen Beamtenstellen bei der Eisenbahndirektion in Mainz, den preußisch-hessischen Inspektionen und auf der Main-Neckarbahnstrecke.

1.	2.	3.	4.	5.	6.
O-Z.	Dienstbezeichnung der Stelle bei der preußisch-hessischen Gemeinschaftsverwaltung.	Dienstbezeichnung der Stelle bei den badischen Staatseisenbahnen.	Im badischen Gehaltstarif Abteilung und Ziffer.	Zahl der Stellen.	Bemerkungen.
1.	Direktionsmitglieder	Kollegialmitglieder der Mittelstellen	C. 2	1	
2.	Stationsvorsteher I. Klasse	Bahnverwalter (Gehaltsklasse II.)	E. 3	2	1 Beamter wird zurzeit nach F. 5 behandelt.
3.	Technische Eisenbahnsekretäre	Eisenbahningenieure (Gehaltsklasse II)	F. 2	1	
4.	Eisenbahnsekretäre	Revisoren	„ 3	4	
5.	Werkstättenvorsteher	Werkstättevorsteher	G. 2	1	
6.	Stationsvorsteher II. Klasse	Stationsverwalter	„ 3	1	
7.	Güterexpedienten	Güterexpeditoren	„ 3	1	
8.	Betriebssekretäre	Betriebssekretäre	„ 5	4	
9.	Eisenbahnassistenten	Betriebssekretäre (Assistenten als Stationsvorsteher)	„ 5	3	
10.	Eisenbahnassistenten	Betriebssekretäre (Assistenten)	„ 5	5	
11.	Eisenbahnassistenten	Betriebs-(Expeditions-)Assistenten	„ 7	22	
12.	Werkstättenwerkmeister	Werkführer	H. 3	1	
13.	Materialienverwalter	Filialmagazinsmeister	„ 3	1	
14.	Bahnmeister I. Klasse	Bahnmeister	„ 4	2	
15.	Rangiermeister	Stationsmeister	„ 4	4	
16.	Lokomotivführer	Lokomotivführer	„ 6	17	
17.	Zugführer	Zugmeister	„ 8	9	
18.	Eisenbahnassistenten	Bureauassistenten	J. 6	4	
19.	Lademeister	Stationsaufseher	K. 1	1	
20.	Wagenmeister	Wagenrevidenten	„ 1	5	
21.	Lokomotivheizer	Lokomotivheizer	„ 5	18	
22.	Wagenwärter	Wagenwärter	„ 7	12	
23.	Portiers	Bureaudiener	„ 7	2	
24.	Bahnsteigschaffner	Schaffner	„ 8	9	
25.	Packmeister	Schaffner	„ 8	6	
26.	Schaffner	Schaffner	8	18	
27.	Weichensteller	Weichenwärter	„ 16	33	
28.	Bahnwärter	Bahnwärter	„ 16	36	
		Summe . .	. . . . .	223	
		1904	. . . . .	206	
		Daher künftig mehr . .	. . . . .	17	

Hauptabteilung VIII.

Spezial-Budget

des

Eisenbahnbaues

für die Jahre

1906 und 1907.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			M.
		Badisches Bahnnetz.	
I.		**Neue Bahnen.**	
	1.	Bahn Weisenbach—Landesgrenze	—
	2.	Bahn Kappel—Bonndorf, III. Teilforderung	1 500 000
	3.	Bahn Wertheim—Miltenberg, Restforderung	698 400
		Summe Titel I. . .	2 198 400
II.		**Bestehende Bahnen.**	
	4.	Kauf der Bahn Dinglingen—Lahr	295 000
	5.	Oos—Baden, II. Gleis, II. Teilforderung	300 000
	6.	Gengenbach—Hausach, II. Gleis, IV. Teilforderung	1 500 000
	7.	Immendingen—Singen, II. Gleis, Restforderung	606 000
	8.	Neckarelz Osterburken, II. Gleis	2 613 700
		Übertrag . .	5 314 700

Erläuterungen.

Die Bausumme ist veranschlagt zu . . . . . 5 830 000 ℳ.
Bewilligt sind in den Budgets für 1902/03 und 1904/05 als I. und II. Teilforderung zusammen . . . . . 2 000 000 „

daher noch erforderlich . . 3 830 000 ℳ.

Da die bewilligten Mittel infolge der Schwierigkeiten, die sich bei der Geländestellung ergeben haben, größtenteils noch unverwendet sind und auch jetzt noch nicht abzusehen ist, bis wann die Überweisung des Geländes erfolgen wird, wird von der Anforderung eines weiteren Treffnisses abgesehen.

Nach der eingehenden Projektsbearbeitung ist der Kostenaufwand veranschlagt zu . . . . . 3 310 000 ℳ.
Bewilligt sind in den Budgets für 1902/03 und 1904/05 als I. und II. Teilforderung zusammen . . . . . 1 000 000 „

daher noch erforderlich . . 2 310 000 ℳ.

Nachdem die Geländeüberweisung erfolgt ist, soll mit dem Bauvollzug möglichst rasch vorgegangen werden. Es wird deshalb als III. Teilforderung der Betrag von 1 500 000 ℳ. anverlangt.

Der badische Anteil an den Baukosten einschließlich der Mainbrücke bei Hasloch ist veranschlagt auf . . . . . 673 300 ℳ.
Die Kosten des Grunderwerbs auf badischem Gebiet betragen . . . . . 34 800 „

zusammen . . 708 100 ℳ.
Bewilligt sind als I. Teilforderung im Budget für 1904/05 . . . . . 50 000 „

daher noch erforderlich . . 658 100 ℳ.
Dazu badischer Zuschuß zum Grunderwerb auf bayerischem Gebiet . . . . . 30 000 „
und Anteil an dem Fußgängersteg an der Haslocher Brücke . . . . . 10 300 „

daher im ganzen noch erforderlich . . 698 400 ℳ.

Mit Rücksicht auf den Neubau des Bahnhofs Lahr (vergleiche § 41), der auf Kosten der Staatsbahnverwaltung erfolgen soll, ist auch der Ankauf der Bahn Dinglingen - Lahr durch den Staat erforderlich; er soll auf Grund des Artikels 18 der Konzession mit Wirkung vom 1. September 1906 erfolgen.

Der Kaufpreis berechnet sich, wie folgt:

Anlagekapital . . . . . 348 714 ℳ.
Nachträgliche Zugänge zu diesem . . . . . 4 362 „

zusammen . . 353 076 ℳ.
Davon ab der Minderwert, der vorerst veranschlagt ist auf . . . . . 58 354 „

somit auf . . 294 722 ℳ.
rund . . 295 000 „

Die Gesamtkosten sind veranschlagt zu . . . . . 625 000 ℳ.
Bewilligt sind im Budget für 1904/05 als I. Teilforderung . . . . . 117 000 „

daher noch erforderlich . . 508 000 ℳ.

Nachdem die Geländeerwerbung zum größeren Teil erfolgt ist, soll mit dem Bau begonnen werden. Es wird deshalb als II. Teilforderung der Betrag von 300 000 ℳ. anverlangt.

Der Gesamtaufwand ist veranschlagt auf . . . . . 3 360 000 ℳ.
Bewilligt sind in den Budgets für 1902/03 und 1904/05 sowie im Nachtrag zu letzterem Budget als I, II. und III Teilforderung zusammen 1 450 000 „

daher noch erforderlich . . 1 910 000 ℳ.

Der Bau kann in der Budgetperiode in der Hauptsache zu Ende geführt werden.

Die Gesamtkosten sind veranschlagt auf . . . . . 4 780 000 ℳ.
Bewilligt sind in den Budgets für 1900/01 und 1904/05 (Nachtrag) zusammen . . . . . 4 174 000 „

daher noch erforderlich . . 606 000 ℳ.

Die Bauherstellung soll in der Budgetperiode vollendet werden.

Nach dem zwischen dem Reich und Baden unterm 21. Oktober 1904 getroffenen Übereinkommen hat Baden die Strecke Neckarelz - Osterburken zweigleisig auszubauen und zu betreiben. An den Gesamtkosten von 2 460 000 ℳ. zahlt das Reich ohne Anspruch auf Verzinsung und Rückzahlung 85 % mit 2 091 000 ℳ., den Rest Baden. Wegen der Rückeinnahme des vom Reich zu leistenden Ersatzes vergleiche § 1 der Einnahme.

Im Zusammenhang mit dem Bau des II. Gleises sollen noch folgende Bauarbeiten ausgeführt werden, deren Kosten nach dem Übereinkommen Baden allein zu tragen hat.

1. Erweiterung der Station Mosbach . . . . . 46 000 ℳ.
2. Herstellung eines Überholungsgleises in Scheffleuz . . . . . 54 400 „
3. Auswechslung des schadhaften Gewölbes im Scheffleuzer Tunnel . . . . . 85 000 „

Übertrag . . 185 400 ℳ.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			ℳ.
(II.)		Übertrag . .	5 314 700
	9.	Beseitigung schienenebener Wegübergänge, I. Teilforderung	500 000
	10.	Streckenblockierung	—
	11.	Streckenfernsprecher, II. Teilforderung	300 000
		Summe Titel II. . .	6 114 700
III.		**Stationen.**	
	12.	**Mannheim, Rangierbahnhof** II., V. und letzte Teilforderung	1 060 000
	13.	**Mannheim,** Erweiterung des Elektrizitätswerks	253 000
	14.	**Heidelberg,** Neubau eines Bahnhofs, III. Teilforderung	1 000 000
	15.	**Heidelberg,** elektrische Beleuchtung des Bahnhofs	150 000
	16.	**Meckesheim,** Bahnhoferweiterung, II. und letzte Teilforderung	124 000
	17.	**Haßmersheim** und **Heinsheim,** Bau von Kreuzungsgleisen	75 600
		Übertrag . .	2 662 600

Erläuterungen.

(Fortsetzung von Seite 3.)

Übertrag . .	185 400	ℳ.
4. Herstellung einer Futtermauer im Voreinschnitt des Eichholzheimer Tunnels	6 700	„
5. Änderungen an Stellwerken	60 000	„
zusammen . .	252 100	ℳ.
Hierzu die Baukosten für das II. Gleis mit, wie oben	2 460 000	„
daher Gesamtaufwand . .	2 712 100	ℳ.
Hiervon ab für Verwaltungsaufwand, da dieser unter § 58 angefordert wird	98 400	„
daher hier anzufordern . .	2 613 700	ℳ.

Im Interesse der Erhöhung der Sicherheit für den Eisenbahnbetrieb und den Straßenverkehr soll mit der Beseitigung von schienenebenen Wegübergängen fortgefahren werden Es sind in Aussicht genommen:

a. auf der freien Strecke:

1. die Unterführung der Kreisstraße von Zimmern nach Adelsheim unter der vorhandenen Seckachbrücke	39 000	ℳ.
2. die Überführung der Landstraße von Adelsheim nach Osterburken in der Nähe des Adelsheimer Tunnels	52 000	„
zusammen a. . .	91 000	ℳ.

b. in den Stationen:

1. Eicholzheim: Überführung der Kreisstraße Kleineicholzheim–Großeicholzheim	43 000	ℳ.
2. Eubigheim: Überführung der Erftalstraße	44 500	„
3. Schwetzingen: Überführung der Karl-Theodorstraße	500 000	„
4. St. Ilgen: Überführung der Landstraße	254 000	„
5. Königsbach: zwei Wegunterführungen	59 500	„
6. Villingen: Überführung der Schwenninger Straße	235 000	„
zusammen b. . .	1 136 000	ℳ.
Summe a. und b. . .	1 227 000	ℳ.
I. Teilforderung . .	500 000	„

Wegen Beseitigung weiterer schienenebener Übergänge vergleiche § 18. Weitere derartige Anforderungen sind inbegriffen unter den §§ 26, 27, 35, 40 und 44.

Die aus früheren Bewilligungen — vergleiche die Budgets für 1900/01 (Nachtrag), 1902/03 und 1904/05 — übrigen Mittel reichen zur Bestreitung der in der Budgetperiode 1906/07 entstehenden Aufwendungen aus. Es werden daher für die Budgetperiode keine weiteren Mittel angefordert.

Die Kosten der Herstellung von Streckenfernsprechern auf den von Schnellzügen befahrenen Strecken betragen	645 000	ℳ.
Bewilligt sind im Budget für 1904/05 als I. Teilforderung	250 000	„
daher noch erforderlich . .	395 000	ℳ.

Als II. Teilforderung wird der Betrag von 300 000 ℳ. anverlangt.

Als Restforderung werden — ausschließlich der Kosten für Stellwerke (vergleiche § 51) — 1 060 000 ℳ. angefordert.
Vergleiche die Budgets von 1898/99 (Nachtrag), 1900/01, 1902/03 und 1904/05.

Das Elektrizitätswerk R. in Mannheim soll durch Erstellung eines weiteren Stromerzeugers (Dampfturbine) erweitert werden, um dem gesteigerten Bedarf an Elektrizität nach Eröffnung des neuen Rangierbahnhofs in Mannheim genügen und die Lieferung der für die Beleuchtung des Bahnhofs Heidelberg erforderlichen Elektrizität (vergleiche § 15) übernehmen zu können.

Für die Geländeerwerbung werden in den nächsten beiden Jahren voraussichtlich erforderlich sein	4 000 000	ℳ.
Hiervon geht ab der von den beiden ersten Teilforderungen — Budgets für 1902/03 (Nachtrag) und 1904/05 — mit 4 500 000 ℳ. noch verfügbare Betrag von	3 000 000	„
so daß als III. Teilforderung anverlangt werden	1 000 000	ℳ.

Der Bahnhof Heidelberg soll mit elektrischer Beleuchtung versehen werden, wozu die Elektrizität aus dem Werk in Mannheim bezogen werden soll (vergleiche § 13).

Der Kostenanschlag beträgt — ausschließlich der Stellwerke —	264 000	ℳ.
Bewilligt sind im Budget für 1904/05 als I. Teilforderung	140 000	„
Angefordert wird der Rest mit	124 000	ℳ.

Der Bau wird in der Budgetperiode zu Ende geführt.

Die Kosten betragen für Haßmersheim	48 400	ℳ.
und für Heinsheim	27 200	„
zusammen . .	75 600	ℳ.

Die Kosten für die Stellwerksanlagen sind angefordert unter § 51.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			M.
(III.)		Übertrag . .	2 662 600
	18.	**Auerbach,** Errichtung einer Güterstation mit Beseitigung schienenebener Wegübergänge	176 000
	19.	**Lauda,** Einfahrtsgleis der Taubertalbahn	90 000
	20.	**Lauda,** Dienstgebäude, Nachforderung	50 000
	21.	**Wittighausen,** Bahnhoferweiterung	60 500
	22.	**Plankstadt,** Errichtung einer Güterstation	53 300
	23.	**Kirchheim b. H.,** Aufnahmsgebäude	55 000
	24.	**Graben-Neudorf,** Gleiserweiterung, II. und letzte Teilforderung	226 000
	25.	**Philippsburg,** Gleiserweiterung	63 000
	26.	**Durlach,** Bahnhofumbau	—
	27.	**Pforzheim,** Bahnhoferweiterung, IV. Teilforderung	500 000
	28.	**Eutingen,** Gleiserweiterung, Nachforderung	36 000
	29.	**Karlsruhe,** Verlegung des Personenbahnhofs, IV. Teilforderung	1 000 000
	30.	**Karlsruhe,** Erweiterung der Hauptwerkstätte, III. und letzte Teilforderung	672 000
	31.	**Karlsruhe,** Verlegung der Betriebswerkstätte, III. Teilforderung	500 000
	32.	**Ettlingen,** Umbau der Güterhalle und Erweiterungsbauten	72 700
	33.	**Hilpertsau,** Bahnhoferweiterung	69 600
	34.	**Kehl** und **Offenburg,** Herstellung einer Verbindungsleitung zwischen den Elektrizitätswerken und Anschluß der Bahnhöfe in Achern, Renchen und Gengenbach an diese Leitung	260 000
		Übertrag . .	6 546 700

Erläuterungen.

Dem Wunsche der beteiligten Gemeinden nach Errichtung einer Güterstation in Auerbach soll entsprochen werden, sofern die Interessenten das erforderliche Gelände stellen und die Gemeinde Auerbach in die Beseitigung der jetzt den Bahnhof durchschneidenden schienenebenen Wegübergänge willigt.

Die Taubertalbahn besitzt kein besonderes Einfahrtsgleis in den Bahnhof Lauda; ihre Züge müssen deshalb auf eine Länge von 800 m das westliche Gleis der Bahn nach Würzburg benützen. Zur Beseitigung der damit verbundenen Nachteile für den Betrieb und der Gefahren für die Sicherheit soll die Taubertalbahn auf einem besonderen Gleis in den Bahnhof Lauda eingeführt werden.

Nachforderung zu § 21 des Budgets für 1904/05.

Die Ladegleise in Wittighausen bedürfen dringend einer Erweiterung, womit eine durchgreifende Verbesserung der Stationsanlagen verbunden werden soll

Dem Gesuche der Gemeinde Plankstadt um Errichtung einer Güterstation soll unter der Bedingung entsprochen werden, daß die Gemeinde das nötige Gelände stellt und überdies einen Barzuschuß von 7 500 *M.* leistet. Die Gemeinde hat sich hiermit bereits einverstanden erklärt. Die Kosten sind, ausschließlich der von der Gemeinde zu tragenden Geländekosten, auf 53 300 *M.* veranschlagt. Wegen des Beitrags der Gemeinde vergleiche § 1 der Einnahme.

Die Räumlichkeiten im Aufnahmsgebäude der Station Kirchheim b. H. reichen nicht mehr aus. Die Abfertigungszimmer, der Gepäckraum und der Wartesaal sind unzulänglich, ein Wartesaal II. Klasse ist nicht vorhanden. Das Aufnahmsgebäude steht zu nahe am Gleis, der Bahnsteig ist infolgedessen zu schmal. Den Mißständen soll durch Erstellung eines vom Gleis mehr abgerückten neuen Aufnahmsgebäudes abgeholfen werden; auch ist der Bau eines neuen Abort- und Ökonomiegebäudes erforderlich.

Die Gesamtkosten sind — ausschließlich Stellwerksanlagen — veranschlagt auf	526 000 *M.*
Bewilligt sind im Budget für 1904/05 als I Teilforderung	300 000 „
so daß als II. Teilforderung anverlangt werden	226 000 *M.*

Der Bau wird in der Budgetperiode zu Ende geführt.

Das Überholungsgleis in Philippsburg soll verlängert und an beiden Enden an die Hauptgleise angeschlossen werden; im Zusammenhang damit sollen auch die Bahnsteiganlagen verbessert werden.

Bei weiterer Projektbearbeitung hat sich der im Budget für 1900/01 angegebene Kostenaufwand von — ausschließlich Stellwerksanlagen — . . als unzureichend erwiesen. Nach dem jetzt vorliegenden Projekt und Voranschlag werden die Kosten — ausschließlich Stellwerksanlagen — sich belaufen auf	3 550 000 *M.*
	4 635 900 „
oder mehr . .	1 085 900 *M.*

Bewilligt sind bisher in den Budgets für 1900/01, 1902/03 und 1904/05 3 Teilforderungen mit zusammen 2 500 000 *M.* Da hiervon noch ein größerer Teil unverwendet ist, auch der Grunderwerb noch nicht vollständig vollzogen werden konnte, wird von der Aufnahme einer weiteren Teilforderung im vorliegenden Budget abgesehen.

Wegen der Anforderung für Stellwerke vergleiche § 51.

Im Budget für 1900/01 waren die Kosten für das damals vorliegende Projekt einschließlich eines für die Budgetperiode 1898/99 bereits bewilligten Betrags für Geländeerwerbung von 420 000 *M.* — ausschließlich der Kosten für Stellwerke — zu	4 410 000 *M.*
veranschlagt. Dieser Betrag hat sich bei der weiteren Projektsbearbeitung als unzureichend erwiesen. Der jetzt vorliegende Voranschlag berechnet den Aufwand ohne Kosten für Stellwerksanlagen auf	6 859 500 „
oder mehr . .	2 449 500 *M.*
Bewilligt sind bisher in den Budgets für 1898/99 (II. Nachtrag), 1900/01 (Nachtrag), 1902/03 und 1904/05 im ganzen	3 460 000 „
Für das vorliegende Budget werden angefordert	500 000 „

Die im § 30 des Budgets für 1904,05 vorgesehenen Mittel haben sich als nicht ausreichend erwiesen.

Bisher wurden bewilligt in den Budgets für 1900/01 (II. Nachtrag), 1902/03 und 1904/05 im ganzen	10 500 000 *M.*
Für die Budgetperiode 1906/07 werden voraussichtlich weiter erforderlich.	1 000 000 „

Der gesamte Kostenaufwand ist veranschlagt zu	2 008 000 *M.*
Bewilligt sind in den Budgets für 1902/03 und 1904/05 als I. und II. Teilforderung zusammen	1 336 000 „
daher noch erforderlich . .	672 000 *M.*

Der Bau soll in der Budgetperiode zu Ende geführt werden.

Der Kostenvoranschlag beträgt	2 365 000 *M.*
Bewilligt sind in den Budgets für 1902/03 und 1904/05 als I. und II. Teilforderung zusammen	1 200 000 „
Für die Budgetperiode 1906/07 sind weiter erforderlich	500 000 „

Die Güterhalle in Ettlingen muß verlegt und der unzulängliche Freiladeplatz erweitert werden.

In Hilpertsau ist ein Kreuzungsgleis und ein Zwischenbahnsteig nötig. Ferner hat sich das dringende Bedürfnis gezeigt, den Freiladeplatz zu vergrößern und eine Holzverladerampe anzulegen. Gleichzeitig erfolgt der Umbau auf 129 mm hohes Schienenprofil.

Um für das Kehler Elektrizitätswerk die dringend erforderliche weitere Dampfreserve zu beschaffen, soll dieses Werk mit jenem in Offenburg verbunden und damit auch eine bessere Verwendung der in Kehl vorhandenen Wasserkräfte während der Nacht erzielt werden. Im Interesse der Kostenersparnis sollen ferner die Bahnhöfe Achern und Renchen sowie Gengenbach an die Verbindungsleitung Offenburg—Kehl angeschlossen und elektrisch beleuchtet werden.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			M.
(III.)		Übertrag . .	6 546 700
	35.	**Offenburg,** Bahnhofumbau (einschließlich neue Betriebswerkstätte), V. Teilforderung	1 500 000
	36.	**Kirnach,** Aufnahmsgebäude	53 000
	37.	**Villingen,** elektrische Beleuchtung	50 400
	38.	**Donaueschingen,** Bahnhofumbau, IV. Teilforderung	414 000
	39.	**Niederschopfheim,** Bahnhofumbau, II. und letzte Teilforderung	57 500
	40.	**Dinglingen,** Bahnhofumbau, I Teilforderung	500 000
	41.	**Lahr,** Bahnhofumbau, I. Teilforderung	750 000
	42.	**Freiburg,** elektrische Beleuchtung des Personenbahnhofs	120 000
	43.	**Neustadt,** Erweiterung der Stationsanlagen	260 000
		Übertrag . .	10 251 600

Erläuterungen.

Bisher wurden bewilligt in den Budgets für 1898/99 (Nachtrag), 1900/01, 1902/03 und 1904/05 zusammen . . . . . 4 800 000 ℳ.
Weiter zur Anforderung kommen . . . . . 1 500 000 „
Der Gesamtaufwand für den Umbau und die Erweiterung des Bahnhofs Offenburg ist berechnet auf . . . . . 19 800 000 ℳ.
(zu vergleichen Bericht der Budgetkommission der II. Kammer über das Eisenbahnbaubudget für 1904/05 — Beilage Nr. 18 zum Protokoll der 89. Sitzung der Kammer – Seite 51 ff.).
Hierunter sind enthalten:
für Stellwerksanlagen . . . . . 990 000 ℳ.
für Verwaltungskosten . . . . . 452 000 „
1 442 000 „
die hier abzusetzen sind, weil dieser Aufwand auf besondere Paragraphen verrechnet wird.
Der Gesamtaufwand hier beträgt daher . . . . . 18 358 000 ℳ.

Die geplanten Anlagen für den Personen-, Güter- und Werkstättebahnhof müssen im ganzen Umfang ausgeführt werden; dagegen kann darüber, ob bei den Umladehallen und den Gleisanlagen des Rangierbahnhofs eine Einschränkung möglich ist, erst Entscheidung getroffen werden, wenn die Verkehrsentwicklung der nächsten Zeit und ferner die Wirkungen des im vorigen Jahre eingeführten neuen Ladesystems bei den Stückgütern sowie der seit 1. Juli getroffenen Neuregelung der Leitung des Güterverkehrs sich genügend übersehen lassen.

In dem Gesamtaufwand ist für militärische Anlagen der Betrag von etwa 400 000 ℳ. enthalten, der seiner Zeit von der Militärverwaltung rückzuvergüten wäre. Die Verhandlungen hierwegen sind noch nicht abgeschlossen.

Das Aufnahmsgebäude ist durchaus unzureichend und muß erweitert werden.

Die Gasbeleuchtungseinrichtungen in Villingen sind unzulänglich und sollen durch die elektrische Beleuchtung ersetzt werden.

Für den Umbau des Bahnhofs Donaueschingen wurden in den Budgets für 1898/99 (Nachtrag), 1900/01 (§§ 1 und 36) und 1902/03 (Nachtrag) bewilligt zusammen . . . . . 1 316 000 ℳ.
Von diesen Mitteln wurden irrtümlicherweise für den Bau der Höllentalbahn verwendet und sind daher hier nochmals anzufordern rund 279 000 ℳ.
Für Grunderwerb ergibt sich gegenüber dem Anschlag ein Mehraufwand von . . . . . 110 000 „
Der von der Wasser- und Straßenbauverwaltung verlangte Umbau der Zufahrtsstraße zum Bahnhof erfordert . . . . . 25 000 „
daher Gesamtmehraufwand . . 414 000 ℳ.

Die Gesamtkosten sind – ausschließlich der Stellwerke — veranschlagt zu . . . . . 207 500 ℳ.
Bewilligt sind im Budget für 1904/05 als I. Teilforderung . . . . . 150 000 „
daher noch erforderlich . . 57 500 ℳ.

Der Bau wird in der Budgetperiode fertig gestellt werden. Wegen der Kosten der Stellwerke vergleiche § 51.

Die Gleisanlagen im Bahnhof Dinglingen sind schon längst unzulänglich. Von einer Verbesserung wurde bisher nur deshalb abgesehen, weil die Frage des Umbaues des Bahnhofs Lahr, mit welchem der Dinglinger Bahnhof in betriebstechnischer Hinsicht in engem Zusammenhang steht, noch nicht entschieden war. Der letztere Grund fällt bei Genehmigung der Anforderung unter § 41 weg. Die Umgestaltung der Bahnhofanlagen läßt sich jetzt schon deshalb nicht weiter verschieben, weil von ihrer baldigen Durchführung die endgültige Ausführung der Streckenblockierung zwischen Offenburg und Freiburg abhängt

Der Gesamtaufwand ist — ausschließlich der Kosten für Stellwerke — jedoch einschließlich der Kosten, die sich aus der Verlegung des Bahnhofs Lahr (zu vergleichen § 41) und der Seitenbahn dahin innerhalb des Bahnhofs Dinglingen ergeben, zu . . . . . 1 750 000 ℳ.
veranschlagt. Als I. Teilforderung werden . . . . . 500 000 „
eingestellt.

Der Bahnhof Lahr ist durchaus unzulänglich; die schon lange schwebende Bahnhoffrage bedarf dringend der Lösung. Dieselbe ist in der Weise beabsichtigt, daß die Bahn Dinglingen–Lahr vom Staat angekauft (vergleiche § 4) und etwa 200 m westlich vom jetzigen Bahnhof ein neuer Bahnhof gebaut wird. Die Verschiebung des Lahrer Bahnhofs wie auch die Änderungen im Bahnhof Dinglingen (vergleiche § 40) machen ferner eine Verlegung der Lahrer Bahn erforderlich.

Der Kostenaufwand ist — ausschließlich Stellwerksanlagen — veranschlagt:
für den neuen Bahnhof zu . . . . . 2 340 000 ℳ.
für die neue Verbindungsbahn zu . . . . . 180 000 „
zusammen . . 2 520 000 ℳ.
Der Wert des durch die Bahnhofverlegung verfügbar werdenden Geländes und Oberbaumaterials beträgt . . . . . 180 000 „
so daß der tatsächliche Aufwand . . . . . 2 340 000 ℳ.
betragen wird.
Als I. Teilforderung wird der Betrag von . . . . . 750 000 „
angefordert.

Der Personenbahnhof Freiburg soll im Anschluß an das neue Elektrizitätswerk daselbst mit elektrischer Beleuchtung versehen werden.

Die Stationsanlagen in Neustadt sind jetzt schon sehr beschränkt. Dieser Nachteil wird mit Einführung der Züge der Linie Kappel - Bonndorf in den Bahnhof Neustadt noch empfindlicher werden, da die Züge dieser Linie bis Neustadt durchlaufen sollen. Die Kosten der Erweiterung belaufen sich auf 260 000 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			M.
(III.)		Übertrag . .	10251 600
	44.	**Basel,** Bahnhofumbau, VIII. Teilforderung	5 000 000
	45.	**Lörrach,** Bahnhofumbau, II. Teilforderung	750 000
	46.	**Wilchingen-Hallau,** Erweiterung der Gleise und Ladeeinrichtungen	54 000
	47.	**Radolfzell,** Bahnhofumbau, II. Teilforderung	500 000
	48.	**Konstanz,** Erweiterung der Bahnsteig- und Gleisanlagen	59 700
	49.	Erstellung von Dienstwohnungen und Diensträumen, I. Teilforderung	500 000
	50	Aufstellung von Ausfahrtsignalen und Ausfahrtvorsignalen	122 500
	51.	Stellwerke	2 000 000
		Übertrag . .	19237 800

Erläuterungen.

Die für den Bahnhofumbau in Basel bisher bewilligten Mittel — vergleiche Bericht der Budgetkommission der II. Kammer zum Budget für 1904/05 — mit zusammen . . . . . 13 268 000 ℳ.
sind aufgebraucht. Der Güterbahnhof wird Ende des Jahres 1905 dem Betrieb übergeben.

In der Budgetperiode 1906/07 wird der Bau des Personenbahnhofs und des Verschubbahnhofs in vollem Umfang in Angriff genommen. Das erforderliche Gelände ist in der Hauptsache erworben.

Als weitere Teilforderung werden hier . . . . . 5 000 000 ℳ.
eingestellt.

Wegen der Kosten der Stellwerksanlagen vergleiche § 51.

Die Gesamtkosten sind — ausschließlich der Stellwerksanlagen — veranschlagt auf . . . . . 1 804 000 ℳ.
Hierzu die Kosten für militärische Anlagen (Verpflegungsgleis 20 000 ℳ. und Kriegsrampe 58 000 ℳ.) auf Rechnung des Reichs . . . 78 000 „

zusammen . . 1 882 000 ℳ.

Bewilligt sind im Budget für 1904/05 als I. Teilforderung . . . . . 750 000 „

daher noch erforderlich . . 1 132 000 ℳ.

Als II. Teilforderung werden hier anverlangt . . . . . 750 000 „

Wegen Rückeinnahme von 78 000 ℳ. vom Reich vergleiche § 1 der Einnahme.

Die Stationsanlagen in Wilchingen—Hallau sind durchaus unzulänglich und müssen verbessert werden.

Der im Budget für 1904/05 angegebene Gesamtaufwand von . . . . . 1 500 000 ℳ.
hat sich bei weiterer Projektsbearbeitung als unzulänglich erwiesen; die Kosten sind — ausschließlich der Stellwerksanlagen — auf . . . 1 710 000 ℳ.
zu veranschlagen. Bewilligt sind bisher im Budget für 1904/05 als I. Teilforderung . . . . . 800 000 „

daher noch erforderlich . . 910 000 ℳ.

Angefordert werden als II. Teilforderung . . . . . 500 000 „

Die Bahnhofverhältnisse in Konstanz, insbesondere die Bahnsteiganlagen und die Zugaufstellgleise, bedürfen im Interesse der Betriebssicherheit und der geordneten Abwicklung des Zugsverkehrs dringend einer Verbesserung, die nicht bis zu dem in Aussicht genommenen Umbau der Station verschoben werden kann. Um die dringendsten Herstellungen schon im Sommerdienst 1906 benützen zu können, wurde ein Administrativkredit von 150 300 ℳ. erwirkt. Die weiter erforderlichen Arbeiten, die einen Aufwand von 59 700 ℳ. erfordern werden, sollen im Laufe der nächsten Budgetperiode ausgeführt werden.

Dienstwohnungen und Diensträume sollen erstellt werden:

1. bei den Elektrizitätswerken in Mannheim und Durlach, je ein Gebäude, zusammen . . . . . 80 500 ℳ.
2. in Rheinau zwei Gebäude mit einzelnen Diensträumen . . . . . 95 700 „
3. in Eberbach ein Dienstwohngebäude . . . . . 80 000 „
4. in Graben-Neudorf zwei Wohngebäude mit Diensträumen . . . . . 117 000 „
5. in Kehl ein Dienstwohngebäude . . . . . 53 000 „
6. in Villingen zwei Gebäude mit einzelnen Diensträumen . . . . . 87 000 „
7. in Freiburg (neuer Güterbahnhof) Wohnhäuser . . . . . 128 500 „
8. in Radolfzell zwei Gebäude, eines auch Übernachtlokale enthaltend . . . . . 134 000 „

zusammen . . 775 700 ℳ.

Als I. Teilforderung wird der Betrag angesetzt von . . . . . 500 000 „

Soweit Dienstwohnungen in Verbindung mit der Erbauung neuer Bahnhöfe oder aus Anlaß sonstiger größerer Umbauten auf Stationen errichtet werden, sind die Kosten der Wohnhäuser in den hierfür angeforderten Mitteln enthalten.

Auf den Stationen, welche regelmäßig auch von Zügen ohne Halt durchfahren werden, ist die Aufstellung der noch fehlenden Ausfahrtvorsignale erforderlich. Außerdem sollen auf den Stationen der Strecken Meckesheim—Jagstfeld, Meckesheim—Neckarelz und Neckarelz—Jagstfeld zur Verbesserung der Sicherungseinrichtungen getrennte Ausfahrtsignale aufgestellt werden.

Für die Herstellung von Stellwerksanlagen sind erforderlich:

1. als Restforderung für die in den Erläuterungen zu § 25 des Nachtrags zum Budget für 1902/03 genannten Bahnhöfe . . . . . 565 400 ℳ.
2. für im Budget noch nicht vorgesehene Neuherstellungen und Erweiterungen bestehender Anlagen auf den Stationen Seckenheim, Ötisbach, Durmersheim, Schutterwald, St. Georgen b. Fr., Hügelheim, Kleinkems, Istein, Leutersberg, Gundelfingen, Freiburg Süd, Heidenhof, Mannheim Zentralgüterbahnhof, Neckarau, Freiburg Hauptbahnhof, Niederschwörstadt, Fahrnau, Hausen-Raitbach, Rheinfelden, Zuzenhausen, Neidenstein, Waibstadt und Gondelsheim, zusammen . . . . . 427 000 „
3. für Mehraufwendungen gegenüber den in den Budgets für 1900/01 und 1902/03 bewilligten Mitteln für Stellwerksanlagen — infolge von erheblichen Gleiserweiterungen oder Einführung der Streckenblockierung — auf den Stationen Niederschopfheim, Orschweier, Ringsheim, Kenzingen, Emmendingen, Krozingen, Heitersheim, Schliengen, Efringen-Kirchen, Haltingen, Friesenheim, Kippenheim, Herbolzheim, Köndringen, Denzlingen, Schallstadt, Buggingen, Auggen, Bellingen, Rheinweiler und Eimeldingen, zusammen . . . . 446 000 „
4. für die Stationen Ortenberg, Gengenbach, Schönberg, Biberach-Zell, Steinach, Haslach und Hausach im Zusammenhang mit dem Bau des II. Gleises auf der Strecke Offenburg—Hausach, zusammen . . . . . 277 300 „
5. für die Stationen Heinsheim und Haßmersheim . . . . . 66 800 „

(Fortsetzung auf Seite 13.)

Übertrag . . 1 782 500 ℳ.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			ℳ
(III.)		Übertrag . .	19 237 800
	52.	Für unvorhergesehene Geländekäufe	500 000
		Summe Titel III. . .	19 737 800
IV.		**Transportmaterial.**	
	53.	Lokomotiven	—
	54.	Personenwagen, I. Teilforderung	1 000 000
	55.	Gepäck- und Güterwagen	2 088 300
	56.	Gewichtswagen	33 400
	57.	Ersatzstücke	60 000
		Summe Titel IV. . .	3 181 700
V.	58.	**Lasten und Verwaltungskosten**	2 068 500
		Hierzu Titel I. . .	2 198 400
		„ II. . .	6 114 700
		„ III. . .	19 737 800
		„ IV. . .	3 181 700
		Summe der Ausgabe . .	33 301 100

Erläuterungen.

(Fortsetzung von Seite 11.)

	Übertrag . .	1 782 500 ℳ.
6.	für die im Zusammenhang mit größeren Änderungen der Gleisanlagen erforderlichen Abänderungen der Stellwerke in Schwetzingen, Friedrichsfeld, Bruchsal, Neustadt und Kleinlaufenburg Güterbahnhof, zusammen	518 000 „
7.	für Mannheim Rangierbahnhof, Restforderung	940 000 „
8.	für den neuen Bahnhof Basel, für Leopoldshöhe und Anschluß der neuen Anlagen an die bestehenden Bahnen	1 712 000 „
9.	für den neuen Bahnhof Durlach	295 000 „
	zusammen . .	5 247 500 ℳ.
	Für die Budgetperiode werden hiervon angefordert	2 000 000 „

Wie im vorigen Budget.

Für Neubeschaffung von Lokomotiven werden keine Mittel angefordert, weil der Lokomotivstand für die nächste Zeit nach Anlieferung der bestellten und der noch zu bestellenden Lokomotiven ausreichend erscheint.

Zur Anschaffung sind vorgesehen:

40	vierachsige Personenwagen I./II. und III. Klasse	1 900 000 ℳ.
5	Ärztewagen	115 000 ,
	zusammen . .	2 015 000 ℳ.
	Als I. Teilforderung werden vorgesehen	1 000 000 „

Angeschafft sollen werden:

16	vierachsige Gepäckwagen	402 200 ℳ.
474	Güter- u. s. w. Wagen	1 638 100 „
4	Wagen für Betriebswerkstätten (2 Geräte- und 2 Mannschaftswagen)	48 000 „
	zusammen . .	2 088 300 ℳ.

Mit der Anschaffung von Gewichtswagen (vergleiche Budget für 1904/05 § 56) soll fortgefahren werden und zwar sollen die Maschineninspektoren in Heidelberg und Freiburg je einen solchen Wagen erhalten.

Rund 2 % der Anforderungen unter den §§ 54 bis 56.

Mit Rücksicht auf einen noch nicht völlig verwendeten, aus früheren Budgetperioden stammenden Restkredit werden nur 2 %, statt wie bisher 3 % angefordert.

An Stelle der bisherigen Berechnung dieser Kosten nach Prozenten des Aufwandes unter Titel I. bis III. wird die Anforderung nach dem zu erwartenden wirklichen Aufwand bemessen.

				jährlich
1.	Leitung und Regelung des Grunderwerbs, Vermessungen und Abgrenzungen einschließlich der Grenzsteine: Rechnungsdurchschnitt für 1902/04			29 000 ℳ.
2.	Gehalte, Wohnungsgeld, Tagegelder und Reisekosten:			
	a. Gehalte der für die Bauverwaltung im Betriebsbudget 1906/07 angeforderten Beamten (§ 1 a.)		70 610 ℳ.	
	b desgleichen Wohnungsgeld (§ 1 b.)		12 550 „	
	c. Ersatz an den Betriebsetat für Diensteinkommen von in der Bauverwaltung weiterhin verwendeten etatmäßigen Beamten, wofür in der Betriebsverwaltung Aushilfspersonal eingestellt wird: Rechnungsdurchschnitt für 1902/04 . .		65 000 „	
	d. von der Bauverwaltung vertragsmäßig angestelltes Personal nach dem Stand vom 1. Oktober 1905:			
	70 Ingenieure und Architekten	207 000 ℳ.		
	170 Techniker, technische Gehilfen und Bauaufseher	316 000 „		
	36 Schreibgehilfen	50 000 „		
			573 000 „	
	e. Tagegelder und Umzugskosten: Voraussichtlicher Aufwand für 1905		67 500 „	
	Summe 2 . .			788 660 „
3.	Einrichtung und Ausstattung der Bureaus: Bureau-, Meß- und Zeichengeräte, Instrumente, Bücher, Karten, Pläne: Rechnungsdurchschnitt 1902/04			14 000 „
4	Sonstige Bureaukosten: Bureaumiete, Heizung, Reinigung und Beleuchtung, Schreib- und Zeichenmaterialien, Zeitungsbezugs- und Bekanntmachungskosten, Porto: Aufwand für 1904 (67 041 ℳ.)			67 000 „
5.	Kosten der Pfähle, Signalstangen, sowie für Geschirr, Latten, Nägel ꝛc.: Rechnungsdurchschnitt 1902/04 . .			9 600 „
6.	Taglöhne der Meßgehilfen, Bodenuntersuchungen und sonstige bei den Vorarbeiten vorkommende Ausgaben: Aufwand für 1904 (77 890 ℳ.)			78 000 „
7.	Baupolizei und Krankenverwaltung: Rechnungsdurchschnitt 1902/04			22 000 „
8.	Festlichkeiten			— „

(Fortsetzung auf Seite 15.)

Übertrag . . 1 088 260 ℳ.

Titel.	§.	Einnahme.	Voranschlag für 1906/07 zusammen.
			M.
I.		**Kostenbeiträge zu baulichen Herstellungen.**	
	1.	Zuschüsse des Reichs, von Behörden und Gemeinden	2 176 500
II.		**Sonstige Einnahmen.**	
	2.	Ertrag von Grundstücken und Gebäuden	90 000
	3.	Erlös aus Grundstücken und Gebäuden	200 000
	4.	Erlös aus Material und Ausrüstungsgegenständen	112 000
	5.	Verschiedenes	70 000
		Summe Titel II. . .	472 000
		Hierzu „ „ I. . .	2 176 500
		Summe der Einnahme . .	2 648 500
		Abschluß.	
		Die Ausgabe beträgt	33 301 100
		Die Einnahme beträgt	2 648 500
		Daher Mehrausgabe . .	30 652 600

Erläuterungen.

(Fortsetzung von Seite 13.)

	Übertrag . .	1 008 260 ℳ
9. Außerordentliche Belohnungen: Rechnungsdurchschnitt 1902/04		20 000 „
10. Unvorhergesehenes: Rechnungsdurchschnitt 1902/04		6 000 „
	Summe Voranschlag für 1 Jahr	1 034 260 ℳ
	„ „ für beide Jahre rund . .	2 068 500 ℳ

Zuschuß vom Reich zu den Kosten des II. Gleises auf der Strecke Neckarelz–Osterburken (vergleiche § 8 der Ausgabe)	2 091 000 ℳ
Zuschuß vom Reich zu den Kosten des Verpflegungsgleises und der Kriegsrampe in Lörrach (vergleiche § 45 der Ausgabe)	78 000 „
Beitrag der Gemeinde Plankstadt zu den Kosten der Güterstation daselbst (vergleiche § 22 der Ausgabe)	7 500 „
zusammen . .	2 176 500 ℳ

Rechnungsdurchschnitt.

Rechnungsdurchschnitt mit Ausscheidung einer außerordentlichen Einnahme vom Jahr 1903 (Geländeverkauf im Kehler Hafen).

Rechnungsdurchschnitt.

Rechnungsdurchschnitt.

Hauptabteilung IX.

Spezial-Budget

der

Eisenbahnschuldentilgungskasse

für die Jahre

1906 und 1907.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906.	Voranschlag für 1907.	Voranschlag für 1 Jahr durchschnittlich.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
I.		**Verwaltungsaufwand.**				
	1.	Gehalte	37 200	37 200	—	37 000
	2.	Wohnungsgeld	7 600	7 600	—	7 800
	3.	Andere persönliche Ausgaben	3 110	3 110	—	3 420
	4	Sachliche Amtsunkosten	2 750	2 750	—	2 500
	5.	Provisionen an Banken	26 000	26 000	—	20 400
	6.	Versendungskosten:				
		a. Postporto	550	550	—	300
		b. Eisenbahnfracht und andere Versendungskosten	10	10	—	70
		c. Telegrammgebühren	20	20	—	10
	7.	Sonstige Ausgaben	1 400	1 400	—	1 150
	8.	Außerordentlicher Verwaltungsaufwand	19 500	19 500	—	12 000
		Summe Titel I. Verwaltungsaufwand	98 140	98 140	—	84 650
II.		**Passivzinsen**	17 067 242	18 094 969	17 581 105	17 346 225
		Übertrag	17 165 382	18 193 109	—	17 430 875

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
M.	*M.*	
200	—	Vergleiche Voranschlag der Amortisationskasse (Anlage 2 zum Spezialbudget des Finanzministeriums).
—	200	
—	310	a Nach Titel I. § 3 des vorbezeichneten Voranschlags . . . . . 3 000 *M.* b. Bauschvergütung eines Kassendieners für das Abstempeln eingelöster Schuldpapiere (statt der bisherigen Gebühren mit 170 *M.* wegen Einschränkung der Abstempelungen) . . . . . 60 „ c. Tagegelder, Reisekosten u. s. w. (aufgerundeter Rechnungsdurchschnitt) . . . . . 50 „ zusammen . . 3 110 *M.*
250	—	a. Anteil am Handkassenkredit der Kassen der Staatsschuldenverwaltung nach Titel I. § 4 des Voranschlags der Amortisationskasse (Anlage 2 zum Spezialbudget des Finanzministeriums) . . . . . 2 000 *M.* b. Sonstige sachliche Amtsunkosten. Rechnungsdurchschnitt aufgerundet 520 *M.* Wegen der mit der Vermehrung der öffentlichen Ziehungen zusammenhängenden Steigerung des Aufwands kommen in Anforderung . . . . 750 „ zusammen . . 2 750 *M.*
5 600	—	Rechnungsdurchschnitt 21 533 *M.*, Rechnungsergebnis von 1904 22 461 *M.* Wegen voraussichtlich eintretender Zunahme der Eisenbahnschuld ist ein höherer Betrag vorgesehen.
250	—	Aufgerundeter Rechnungsdurchschnitt 410 *M.* Wegen der Steigerung des Aufwands im Umschreibeverfahren wird ein höherer Betrag angefordert. Die Eisenbahnschuldentilgungskasse ist in die Portoaversierung nicht einbezogen.
—	60	Aufgerundeter Rechnungsdurchschnitt.
10	—	
250	—	Rechnungsdurchschnitt 1 091 *M.* Wegen Vermehrung der öffentlichen Ziehungen kommt ein höherer Betrag in Anforderung.
7 500	—	a. Kosten der Ausgabe neuer Zinsscheine zu den Schuldverschreibungen der Anlehen von 1859/61, 1862/64, 1867, 1875, 1878, 1879, 1880, 1886 und 1896 . . . . . 30 000 *M.*
14 060	570	b Für Anfertigung der Schuldverschreibungen (Mäntel und Zinsscheinbogen) eines neu aufzunehmenden Anlehens . . . . . 9 000 „
570		zusammen . . 39 000 *M.*
13 490		oder für 1 Jahr . . 19 500 „
234 880	—	

O.-Z.	Schuldtitel.	Zinsfuß Prozent.	Stand auf 1. Januar 1906.		1906.		1907	
			M.	*Pf.*	*M.*	*Pf.*	*M.*	*Pf.*
1.	Anlehen von 1859/61	3½	13 475 720	31	471 648	–	440 256	—
2.	„ „ 1862/64	„	22 797 373	24	797 904	—	744 768	—
3.	Prämienanlehen von 1867 Zins	4	15 705 000	—	628 200	—	581 400	
	Prämien		—	—	174 600	—	416 400	—
4.	Anlehen von 1875	3½	18 976 000	—	653 030	—	630 280	—
5.	„ „ 1878	„	20 744 000	—	726 040	—	706 300	—
6.	„ „ 1879	„	42 588 000	—	1 490 580	—	1 452 360	—
7.	„ „ 1880	„	65 100 000	—	2 278 500	—	2 227 050	—
8.	„ „ 1886	„	10 815 000	—	378 525	—	374 605	—
9.	„ „ 1892 beim Reichsinvalidenfonds .	„	1 926 600	—	67 431	—	66 514	—
10.	„ „ 1892/94	„	53 942 000	—	1 887 970	—	1 862 245	—
11.	„ „ 1896	3	12 508 800	—	375 264	—	375 264	—
12.	„ „ 1900	3½	28 000 000	—	977 550	—	972 527	50
13.	„ „ 1901	4	56 000 000	—	2 240 000	—	2 240 000	—
14.	„ „ 1902	3½	42 000 000	—	1 470 000	—	1 470 000	—
15.	„ „ 1904	„	42 000 000	—	1 470 000	—	1 470 000	—
16.	Für Schuldaufnahme durch Begebung des Restes vom 1904er Anlehen zu 3½ % mit 12 000 000 *M.* (für 1906 ein halber Jahreszins)	„	—	—	210 000		420 000	—
17.	Für Schuldaufnahme durch Begebung von Schuldverschreibungen eines neuen Anlehens: 1906: 18 000 000 *M.* (für 1906 ein halber Jahreszins)	„	—	—	315 000		630 000	—
	1907: 38 000 000 *M.* (ein halber Jahreszins)	„	—	—		—	665 000	—
18.	Kontokorrentschuld an die Amortisationskasse: für 1906: aus 12 500 000 *M.*	„	*14 000 000	—	437 500		—	—
	„ 1907: „ 9 500 000 „	„	—	—	—	—	332 500	—
19.	Kontokorrentschuld an die Arbeiterpensionskasse: 500 000 *M.*	„	*1 500 000	—	17 500	—	17 500	—
	zusammen . .				17 067 242		18 094 969	50

* Voraussichtlicher Stand.

Titel.	§.	Ausgabe.	Voranschlag für 1906.	Voranschlag für 1907.	Voranschlag für 1 Jahr durchschnittlich.	Seitheriger Budgetsatz.
			ℳ.	ℳ.	ℳ.	ℳ.
		Übertrag	17 165 382	18 193 109	—	17 430 875
III.		**Planmäßige Schuldentilgung**	8 360 298	8 447 584	8 403 941	7 715 854
IV.		**Rückerstattung von Vorschüssen an die Amortisationskasse**	3 000 000	3 000 000	—	—
V.		**Bauaufwand:**				
		a. Aufrecht zu erhaltende Kredite . . . . . 39 000 000 ℳ.				
		b. Neue Forderungen . . . . . 30 652 600 „				
		zusammen . . 69 652 600 ℳ.	34 000 000	35 652 600	—	—
VI.		**Kursverluste bei neu zu begebenden Anlehen**	600 000	760 000	680 000	1 060 000
VII.		**Kassen- und sonstige Aktivbestände**	13 199 632	6 401 651	—	—
		Summe der Ausgabe . .	76 325 312	72 454 944	—	—
		Einnahme.				
I.		**Kassenvorrat**	70 000	13 199 632	—	—
II.		**Aktiven**	25 000 000			
III.		**Aktivzinsen**	900 000	900 000	—	900 000
IV.		**Dotation:**				
	1	Reinertrag der Staatseisenbahn	18 097 000	18 097 000	—	13 503 000
	2.	Ausgabeüberschuß der Bodenseedampfschiffahrt	— 66 240	— 66 240	—	— 86 690
			18 030 760	18 030 760	—	13 416 310
	3.	Anteil an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn	974 400	974 400	—	858 400
	4.	Aversum als Anteil an den Überschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung	500 000	500 000	—	500 000
	5.	Zuschuß aus dem allgemeinen Staatshaushalt	850 152	850 152	—	2 000 000
		Summe IV. Dotation . .	20 355 312	20 355 312	—	16 774 710
V.		**Kursgewinne bei neu zu begebenden Anlehen**	—	—	—	—
VI.		**Schuldenaufnahme**	30 000 000	38 000 000	—	—
		Summe der Einnahme . .	76 325 312	72 454 944	—	—

Gegen seither jährlich mehr.	Gegen seither jährlich weniger.	Erläuterungen.
ℳ.	ℳ.	
248 370	—	
688 087	—	Die nach den Anlehensgesetzen in den Jahren 1906 und 1907 zu tilgenden Betreffnisse sind folgende:

	1906.	1907.
1. Anlehen von 1859/61	896 918 ℳ 49 ₰	932 575 ℳ 80 ₰
2. Anlehen von 1862/64	1 518 179 „ 16 „	1 576 808 „ 03 „
3 Prämien-Anlehen von 1867	1 170 000 „ — „	975 000 „ — „
4. Anlehen von 1875	636 000 „ — „	664 000 „ — „
5. Anlehen von 1878	564 000 „ — „	592 000 „ — „
6. Anlehen von 1879	1 092 000 „ — „	1 132 000 „ — „
7. Anlehen von 1880	1 470 000 „ — „	1 526 000 „ — „
8. Anlehen von 1886	112 000 „ — „	119 000 „ — „
9. Anlehen von 1892 beim Reichsinvalidenfonds	26 200 „ — „	27 200 „ — „
10. Anlehen von 1892/94	735 000 „ — „	756 000 „ — „
11. Anlehen von 1900	140 000 „ — „	147 000 „ — „
zusammen . .	8 360 297 ℳ 65 ₰	8 447 583 ℳ 83 ₰

—	—	Das Kontokorrentguthaben der Amortisationskasse bei der Eisenbahnschuldentilgungskasse wird Ende 1905 voraussichtlich rund 14 000 000 ℳ betragen. Hiervon sollen ersterer Kasse behufs Erfüllung ihrer Verpflichtungen in den Jahren 1906 und 1907 die hier eingestellten Beträge rückerstattet werden.
—	—	Die Summe der Restkredite (a.) ist schätzungsweise festgestellt, jene der neuen Forderungen (b.) dem Budget des Eisenbahnbaues für 1906/07 entnommen.
—	380 000	Ein Kursverlust von 2 % ist für den Fall angenommen, daß in den Jahren 1906 und 1907 3½ prozentige Schuldverschreibungen in Höhe von 68 Millionen begeben werden. (Vergleiche auch Einnahme Titel VI.)
—	—	Die eingestellten Beträge bilanzieren die Einnahme und Ausgabe.
—	—	
—	—	Zu I. und II. Die für 1906 eingestellten Beträge entsprechen dem Stand auf 1. Oktober 1905 einschließlich des Giroguthabens bei der Reichsbankstelle mit Berücksichtigung der bis zum Schluß des Jahres voraussichtlich eintretenden Änderungen. Die Summe für 1907 stellt den Betrag der unter Titel VII. der Ausgabe für 1906 zum Ausgleich eingestellten Kassen- und sonstigen Aktivbestände dar.
—	—	Die eingestellten Beträge umfassen die aus den Aktivbeständen zu erzielenden Zinsen, sowie die bei Begebung von Schuldverschreibungen zu vergütenden Stückzinsen.
4 594 000	—	Die vorgesehenen Beträge sind dem Spezialbudget der Verkehrsanstalten entnommen.
—	20 450	
4 614 450	—	
116 000	—	
—	—	
—	1 149 848	Vergleiche Ausgabe Titel X. des Spezialbudgets des Finanzministeriums.
3 580 602	—	
—	—	
—	—	Vergleiche Erläuterung zu Ausgabe Titel II. und VI
—	—	

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 061429186